


CHRISTO ET ECCLESIAE
VE RI TAS
SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG

Bilder

aus der

Deutschen Kleinstaaterei.

Von

Karl Braun
(Wiesbaden).

Zweiter Band.

Leipzig
Verlag von Otto Wigand.
1869.

Herrn Dr. Karl Mayer,

Mitglied der zweiten Kammer des württemberger Landtags,
in Stuttgart.

Berlin, den 10. September 1869.

Vor längerer Zeit erhielt ich unter Kreuzband mit dem Poststempel Frankfurt am Main eine Nummer des von Ihnen in Stuttgart herausgegebenen „Beobachter", in welcher, unter grausenhafter Schilderung aller blutigen Details, erzählt wird, wie ein berühmter Schriftsteller aus Frankfurt a. M., den ohne Zweifel nur seine Bescheidenheit zwingt, namenlos zu bleiben, mich Endesunterfertigten auf öffentlichem Markt hingerichtet und verbrannt und alsdann meine Asche mit allen Verwünschungen und Flüchen, so in der Thora geschrieben stehen, in alle vier Winde zerstreut habe.

Ich bin von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Sie durchaus nicht die Absicht haben, die Leser Ihres „Beobachter" zu täuschen, und setze daher voraus, daß der Frankfurter Anonymus celeberrimus Sie in ähnlicher Weise mystifizirt hat, wie dies kürzlich der hiesigen Nationalzeitung in Betreff des Papa

Wrangel passirt ist. So was kann natürlich auch dem Besten zustoßen, und ich mache Ihnen keine Vorwürfe darüber. Um Sie aber über den wirklichen Sachverhalt aufzuklären, bitte ich Sie um die Erlaubniß, Ihnen das nachstehende bescheidene Opus widmen zu dürfen, obwohl ich nur zu sehr fühle, wie weit es hinter Ihren Leistungen zurückbleibt.

Ich hoffe aber, Sie gewinnen dadurch wenigstens die Ueberzeugung, daß Sie der große Unbekannte in Frankfurt mit einer Tartaren-Botschaft heimgesucht hat, und daß ich keineswegs dekapitirt bin, sondern mich noch bei Leben und bei leiblichem Wohlsein befinde, womit ich die Ehre habe zu sein

Euer Wohlgeboren

ergebener Diener

Karl Braun.

Inhalt.

I.

Auf dem Marsche zur Freiheit.

Erinnerungen
an den
deutschen Vereinstag zu Braunschweig am 4. August 1866.

Motto:
„Kannst Du nicht Allen gefallen durch Deine That und Dein Kunstwerk,
Mach es Wenigen recht. Vielen gefallen ist schlimm!"
Schiller.

Es war einen Monat nach der Schlacht bei Königgrätz; vierzehn Tage nach der Okkupation von Nassau, Frankfurt und Hessen-Darmstadt; acht Tage nach der Niederlage der Württemberger bei Tauberbischofsheim und dem Waffenstillstande zwischen Preußen und Oesterreich; zu einer Zeit, als im Süden Deutschlands die Fahnen Preußens noch unaufhaltsam vorwärts eilten, bis ihnen die Waffenstillstandsverträge ein Ziel setzten; — es war am 4. August 1866, an jenem Tage, an welchem im Norden unter dem Jubel des Volks König Wilhelm von Preußen von seinem siegreichen Feldzug in seine Haupt- und Residenzstadt, wo er sich die entfremdeten Herzen zurückerobert hatte, zurückkehrte, und an welchem im Süden der Generalissimus des Bundestags Prinz Karl von Bayern sein undankbares und lorbeerloses Kommando über das 7. und 8. Bundes-Armee-Korps im Stillen niederlegte; — es war am 4. August 1866, als in Braunschweig die Vorstände und hervorragendsten

Mitglieder einer Reihe deutscher Vereine und Korporationen zusammentraten und Berathung pflogen über die Lage des Vaterlandes und die aus Anlaß derselben zu ergreifenden Mittel.

Es war keineswegs Zufall, daß die Vereine alle denselben Tag und denselben Ort wählten, sondern beruhte auf einer Verständigung unter den leitenden Personen. Man wußte nicht, welchen Einfluß die überraschenden Erfolge des Kriegs für die deutsche Politik und die deutsche Volkswirthschaft haben würden. Hoffnungen und Befürchtungen wechselten mit einander ab. Das Wort Indemnität war in Berlin noch nicht gesprochen, und Niemand konnte bestreiten, daß die Regierung mächtig genug war, es auch ungesprochen bleiben zu lassen. Daß der Main nunmehr eine Grenze war, wußte man, aber man hoffte, ihn überbrücken, oder wenigstens über denselben hinaus Bündnisse für Handel und Wandel, zu Schutz und zu Trutz, schließen zu können, als Uebergang zu vollkommenerer Gestaltung.

Unter diesen Umständen trat die Besprechung vom 4. August ein. Sie war nicht ohne erheblichen unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge, namentlich im Gebiete der Handelspolitik und der Volkswirthschaft.

Ich habe sofort nach der Zusammenkunft, am 10. August 1866, meine Erinnerungen an und meine Gedanken über dieselbe zu Papier gebracht. Ich veröffentliche diese Aufzeichnungen, welche damals zum Theil in den Grenzboten erschienen, hier unverändert. Damals, unmittelbar nach betäubenden Schicksalsschlägen und noch mitten im Geräusche der Waffen, kümmerte sich das große Publikum im Allgemeinen wenig um jene Versammlung; und auch die Geschichtschreiber des Jahres 1866 gedenken nur selten derselben.

Ich hoffe, meine Aufzeichnungen werden den Leser überzeugen, daß dies unrecht ist; und daß die Geschichte nicht bloß auf dem Schlachtfelde und im Kabinet gemacht wird, sondern auch an andern Orten.

Jedenfalls aber ist es ein interessantes Kultur- und Zeitbild, das ich vor dem Vergessen zu bewahren versuchte.

Auf den 4. August 1866 waren nach Braunschweig einberufen: erstens der Ausschuß des Nationalvereins, zweitens die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Kongresses und drittens der Vorstand des im Jahre 1861 in Heidelberg gegründeten deutschen Handelstages. Außer diesen drei Verbänden sollte noch ein vierter an demselben Orte zu derselben Zeit zusammentreten, nämlich der deutsche Abgeordnetentag, welcher zum ersten Male am 28. und 29. September 1862 in Weimar, zum letzten Male am 20. Mai 1866 in Frankfurt am Main versammelt war. Bei dieser letzten Zusammenkunft empfahl der Abgeordnetentag mit großer Majorität (dagegen stimmten nur die schleswig-holstein-augustenburgischen und die frankfurtischen Partikularisten, sowie einige Mitglieder der aus Schwarz und Roth gemischten süddeutschen „Volkspartei") den südwestdeutschen Mittel- und Kleinstaaten, gegenüber dem drohenden Krieg, eine reservirte Haltung, sie möchten sich nicht blindlings in einen dynastischen Krieg zu Gunsten Oesterreichs stürzen, vielmehr vorerst neutral bleiben und ihre Finanz-, Militär- und Volkskräfte ungeschwächt und ungebraucht erhalten, um eintretenden Falles für die Integrität des deutschen Gebiets einzutreten. In Süddeutschland entstand durch diese Beschlüsse eine Spaltung der liberalen Partei, je nachdem die einzelnen Mitglieder mehr der föderalistischen oder der unitarischen Richtung angehörten. Bei der Wahl des Ausschusses siegte eklatant die letztere Partei. Gleichwohl wählte der Ausschuß auf Vorschlag des Abgeordneten Metz aus Darmstadt — dessen Akkommodations- und Vermittelungsbestreben gewiß stets aus ehrenhaften Motiven hervorgeht, aber zuweilen bittere Früchte trägt — zum ersten und zweiten Vorsitzenden die Herren DDr. Siegmund Müller und Ernst Passavant in Frankfurt. Letztere hatten

auf dem Abgeordnetentage den föderalistischen Standpunkt vertreten und beantragt, die „bundestreuen" Regierungen und die ganze deutsche Nation aufzufordern, „nicht nur mit passivem, sondern auch mit aktivem Widerstande, ja sogar mit den äußersten Mitteln gerechter Nothwehr gegen die preußische Regierung aufzutreten und Recht, Treue, Glauben und Ehrenhaftigkeit wieder zur Geltung zu bringen" (wörtlich). Trotz dieser diametral entgegengesetzten Auffassung stellte die unitarische Majorität des Ausschusses diese beiden Antragsteller an die Spitze der Geschäfte. Als nun die Herren v. Bennigsen, Miquèl, Moritz Wiggers u. A. die Berufung des Abgeordnetentages auf den 4. August nach Braunschweig beantragten, antworteten die beiden Frankfurter mit einer Weigerung. Zwischenzeitig war der Stadt Frankfurt das Prädikat „frei" abgenommen und ihr dafür eine Kontribution von 25 Millionen Gulden auferlegt worden, deren Erhebung gradezu unmöglich ist. Wird und bleibt Frankfurt preußisch, dann darf man ihm überhaupt gar keine Kontribution auferlegen, erstens weil man seine eigenen Unterthanen nicht brandschatzt und zweitens die Kontribution grade diejenigen Personen, welche in der berüchtigten Cirkusversammlung die Melodie von „Feigheit und Verrath" mit Grazie in infinitum variirten — die Trabert, Sonnemann, Röckel, Bebel, Grün, Struve, Berens und May (Letzterer angeblich Schleswig-Holsteiner, in Wirklichkeit ein schlesischer Israelit) —, wenig oder gar nicht treffen würde. Denn diese sind alle plötzlich von einem unwiderstehlichen Triebe, gegen Süden zu pilgern, ergriffen worden. Daß die Herren S. Müller und E. Passavant, zwei ernsthafte und patriotische Männer, welche jene Wanderlust nicht theilten, sondern in Frankfurt blieben, von ihrem Standpunkte aus gegen eine Berufung des Abgeordnetentags waren, weil sie glaubten, derselbe werde diesen Standpunkt nicht acceptiren, verdient keinerlei Tadel, wohl aber muß es ernstlich gerügt werden, daß ein unitarischer Ausschuß zwei Föderalisten an seine Spitze stellt und dadurch es gradezu unmöglich macht, daß die Geschäfte

im Sinne des Ausschusses und seiner Auftraggeber geführt werden. Wir heben diesen Punkt auf das nachdrücklichste hervor, weil er einen neuen Beleg liefert für eine große Schwäche unseres politischen Lebens. Wir können nämlich nicht unterscheiden zwischen dem persönlichen Feind und dem sachlichen Gegner. Entweder behalten wir im Auge, daß unser Gegner nicht unser Feind ist, und dann vergessen wir über dem Umstand, daß er ein Mensch ist, den weiteren Umstand, daß er trotz alledem unser politischer Gegner ist, und daß daher, wenn er auch noch so sehr unser menschliches und unser persönliches Vertrauen besitzt, wir ihm nicht das politische Vertrauen schenken und ihm nicht politische Vertrauensmandate zuwenden dürfen. Oder aber, wir identifiziren — und das geschieht in Augenblicken der Aufregung und Gereiztheit — die Begriffe Gegner und Feind und vergessen über dem Umstand, daß jemand unser politischer Gegner ist, den weiteren Umstand, daß er ein Mensch ist, oft gewiß ein recht braver, kenntnißreicher, tüchtiger Mensch, daß wir ihn deshalb nicht als persönlichen Feind hassen und ihm zwar nicht unser politisches, wohl aber unser menschliches und persönliches Vertrauen zuwenden dürfen. Jene Unterscheidung wurde unsererseits vergessen, als man die Herren Müller und Passavant an die Spitze der Geschäfte stellte. Sie wurde auf der anderen Seite nach der entgegengesetzten Richtung vergessen, als die föderalistisch-partikularistische Presse von Frankfurt den Rednern der Majorität vom 20. Mai 1866, den Herren Schulze-Delitzsch, Bluntschli, Völck, die man im Saalbau durch Donner- oder Mordschläge vergeblich hatte zu consterniren gesucht, nachgehends das Standrecht, den Galgen, den Strick, oder ein sonstiges gedeihliches Lebensende, blos ihrer politischen Gesinnung halber, anwünschte. Am interessantesten war darin das frankfurter Witzblatt die Laterne, welches vorschlug, meine Wenigkeit blos deshalb, weil ich auf dem Abgeordnetentag den mich anbrüllenden Gegnern kaltblütig ein paar Wahrheiten in das Gesicht geschleudert hatte, in den Kochbrunnen zu Wiesbaden zu werfen, um den „treuen Nassauern"

von mir eine Fleischbrühe zu kochen. Infolge jenes inkorrekten Verfahrens also konnte der Abgeordnetentag am 4. August in Braunschweig nicht zusammentreten, um daselbst die ihm zugedachten Funktionen eines Vorparlaments auszuüben.

An seiner Stelle trat der Ausschuß des Nationalvereins zusammen, ohne jedoch einen genügenden Ersatz bieten zu können. Dieser Verein, gegründet 1859, hat unter den schwankenden politischen Konjunkturen der jüngsten Vergangenheit quantitativ und qualitativ gelitten. Zur Zeit seiner Entstehung war die Lage in Preußen und die Parteigruppirung im Süden eine andere als jetzt. In Preußen standen damals Schwerin, Patow, Auerswald an der Spitze der Geschäfte. Sie schonten Oesterreich und bedrohten nur die Regierungen der Kleinstaaten, und auch diese nur mit „moralischen" Eroberungen, wodurch diese Gouvernements zwar unter Umständen, d. h. bei hastigem und hartnäckigem Andrängen der eigenen Bevölkerung, gezwungen wurden, liberal zu werden oder zu scheinen, aber grade wenn sie dies thaten, dann um so weniger Anlaß fanden, national zu sein, d. h. sich einer preußischen oder irgend einer anderen Reichsgewalt zu unterwerfen. Denn je mehr sie liberal wurden oder (was die Regel bildete) nur es zu sein oder werden zu wollen schienen, desto mehr nahm das Drängen der einheimischen Bevölkerung ab, welche über dem Schein der Freiheit oder über dem vorübergehenden, widerruflichen und unverbürgten Besitz und Genuß eines Stückchens Freiheit nur allzu leicht die Einheit vergaß, welche allein der Freiheit Dauer, Gewähr und Werth verleihen kann, weil sie das Recht und die Macht identifizirt. In Süddeutschland hatte sich damals, 1859, noch nicht jener Preußenhaß, jener zentrifugale Sankt-Veitstanz entwickelt, zu welchem auch damals, bei der liberalen, friedfertigen, weder gegen die Kleinstaaterei, noch gegen Oesterreich aggressiven Haltung des preußischen Ministeriums, der Stimulus und die Musik fehlten.

Nachdem in Preußen an die Stelle eines liberal-friedfertigen ein konservativ-aggressives Ministerium getreten war, welches

auch die Gouvernements der Mittel- und Kleinstaaten ermunterte, in konservative (oder richtiger gesagt in pseudo-konservative, klerikale, büreaukratisch-partikularistische, österreichelnde, welfische u. s. w.) Bahnen einzulenken, weil sie sich vor moralischen Eroberungen nicht mehr fürchteten und an kriegerische Eroberungen im Köhlerglauben an die Allmacht der österreichischen Waffen gar nicht dachten, änderte sich das Alles. In Preußen fraß sich das Gift des „inneren Konfliktes" immer tiefer ein. Mancher vergaß darüber den nationalen Beruf des Staats. Im Süden machten die partikularistischen, klerikalen und antinationalen Parteien Front gegen Preußen, weil es nationalen Beruf hat. Die liberalen Fraktionen machten Front gegen Preußen, weil es eine konservative Regierung hatte. Die Konservativen im Süden haßten den Grafen Bismarck, weil er national, die Liberalen haßten ihn, weil er konservativ war. Dadurch rückten die Schwarzen und die Rothen, früher durch einen Abgrund getrennt, einander so nahe, daß in demselben Moment der damals noch der Fortschrittspartei angehörige bayerische Abgeordnete Crämer-Doos in Nürnberg und der der äußersten Rückschrittspartei angehörige klerikale „Volksbote" in München Preußen und dem ganzen Norden die Freundschaft kündigten, indem sie wie der Pharisäer ausriefen: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin, wie jener Norddeutschen Einer!"

Gewiß, es war eine sehr schwere Aufgabe für den Nationalverein, sich in dieser veränderten Sachlage zurecht zu finden und, ohne seinem Prinzip etwas zu vergeben, den verschiedenen Richtungen, welchen seine Mitglieder angehörten, Rechnung zu tragen. Bei den Diffikultäten seiner Stellung muß man Mißgriffe, die er machte, entschuldigen. Aber läugnen darf man sie nicht. Um den Süddeutschen zu genügen, ließ er die Frage der Einheit hinter die der Freiheit zurücktreten. Allein die sogenannte „Volkspartei" (welche von den radikalen Partikularisten in Stuttgart, dem Abgeordneten Oesterlen und den mit besonderem Agitationstalente begabten Redakteuren des dortigen „Beobachters", dem

bayerischen Abgeordneten Crämer=Doos und einem Herrn Trabert, welcher in der kurhessischen Ständeversammlung das verkannte Genie spielte, gegründet worden war und, in starkem Mißverhältniß zu ihrem realen Bestande und ihren wirklichen Leistungen, selbst sehr viel von sich reden machte) floh um so schneller, je mehr man ihr nachlief. Sie wies diese Konzession als unzureichend mit „sittlicher Entrüstung" zurück, ohne indeß deutlich sagen zu können, was sie selbst denn eigentlich wolle. Denn der Eine bezeichnete als Ziel eine demokratische Heer=, Steuer= und Staatsverfassung unter Beibehaltung der monarchischen Vielstaaterei, der Zweite wollte die Föderativrepublik, der Dritte die „république une et indivisible", und der Vierte suchte die Eigenthümlichkeit seiner eigenen Partei darin, daß sie schlechtweg eine „programmlose" und grade deshalb zu Allem im Stande und zu Großem berufen sei.

Um der liberalen Opposition in Preußen zu genügen, betonte der Verein die Reichsverfassung und machte den Eintritt der preußischen Führung von Bedingungen abhängig, welchen vielleicht das Preußen der Zukunft dereinst zu genügen vermag, welche aber das Preußen der Gegenwart nicht erfüllen konnte, ohne sich den größten Gefahren auszusetzen, Bedingungen, welche die Unklarheit des 1848er Standpunktes theilen, welche verkennen, daß ein Uebergangsstadium unvermeidlich ist, daß keine Nation ihre Einheit im Sprung erreicht, daß vielmehr zwischen der ägyptischen Knechtschaft und dem gelobten Lande das rothe Meer und der Marsch durch die Wüste liegen. Alles das schützte jedoch den Nationalverein nicht gegen den vom Süden aus erhobenen Vorwurf, er sei eine Borussifizirungsmaschine, und ebenso wenig gegen die vom Norden her erhobene Beschuldigung, er habe die preußische Spitze entweder inkonsequenterweise fallen lassen, oder sie muthlos hinter der Reichsverfassung von 1849 versteckt.

Der Verein war den Preußenfeinden zu viel, den Preußen=

freunden zu wenig preußisch. Er hätte bei dem Bestreben, es Allen recht zu machen, an den Schiller'schen Pentameter erinnern können:

„Mache es Wenigen recht, — Allen genügen ist schwer."

Zu alledem kam, daß er über große Geldmittel verfügte, ohne daß greifbare Resultate der Verwendung derselben an den Tag kamen. Einzelne Opponenten brummten allerlei, das wie „Nepotism" und „Gevatterschaftspolitik" klang. Indessen ist es nicht unsere Sache, Anklagen zu erheben. Wir wollen nur die Situation zeichnen. Soweit wir unterrichtet sind, hat der Verein gegenwärtig, nachdem er viel an Mitteln und Mannschaft eingebüßt, proportionell den stärksten Anhang in Preußen selbst. Dann kommen Hannover, Kurhessen und Nassau, wo die eigenthümliche Art des Regierens dem Partikularismus den Todesstoß versetzt, den Einheitsdrang gekräftigt und dessen Anhänger mächtig gestählt hat. In dritter Linie rangiren Baden, Hessen-Darmstadt, Thüringen, Sachsen. Die Mitglieder in Bayern und Württemberg wird man gegenwärtig an den zehn Fingern herzählen können. Frankfurt zählte deren viele. Allein Angesichts der Bundestagsarmee und unter dem Terrorismus der rothen, schwarzen und schwarz-gelben Blätter sind sie ausgetreten, und Herr v. Manteuffel scheint auch kein Talent zu besitzen, den status quo ante wieder herzustellen. Und das ist auch recht gut. Denn auf geflohene Mitglieder ist kein Gewicht zu legen. Auf zum Wiedereintritt Gepreßte noch weniger.

In Obigem ist der status activorum et passivorum, mit welchem der Vorstand des Nationalvereins am 4. August in Braunschweig, dieser von modernem Geist durchwehten alterthümlich monumentalen Stadt, zusammentrat, so genau geschildert, als man es auf knapp bemessenem Raum vermag.

Der Süden war wenig, Nord- und Mitteldeutschland stark, Preußen aber in Anbetracht der am andern Tage bevorstehenden Eröffnung des Landtages nur durch drei oder vier Mitglieder vertreten. Alle waren unitarisch gesinnt. Die Anderen unbedingt.

Die Preußen mit Vorbehalt. Sie fürchteten nämlich, durch allzu bereitwilliges Eingehen auf des Grafen Bismarck Unions-, Annexions- und Parlamentsbestrebungen dem Hunde der Fabel zu gleichen, welcher das Stück Fleisch, das er im Munde trug, verlor, während er nach dessen Spiegelbild schnappte, das der von dem Träger durchschwommene Bach ihm zurückwarf. Sie fürchteten in dem Militär- und Budgetkonflikt die so mühsam errungene und kaum noch behauptete Stellung ganz zu verlieren, auf die Gefahr hin, auch den parlamentarischen Bundesstaat nicht zu erlangen, nach welchem sie strebten.

Die Anderen sahen die Dinge weniger pessimistisch an. Sie behaupteten, Preußen habe das Parlament dringend nöthig, um das Begonnene zu vollenden, das Vollendete zu genehmigen und zu weihen. Dieses Bedürfniß verbürge die Ernstlichkeit des Willens. Die errungene Machtstellung aber garantire das Gelingen. Der Militärkonflikt sei gegenstandlos. Sei auch die Zahl der Regimenter (vielleicht in Friedenszeiten) für das bisherige Preußen zu groß gewesen, so habe sich das Verhältniß dadurch geändert, daß Preußen zwischenzeitig um vier bis fünf Millionen Einwohner gewachsen sei. An die Stelle des preußischen trete das von Preußen geführte deutsche Heer, dessen Budget das Parlament votire. Demnach lägen keine Gründe für das preußische Ministerium vor, der Wiederherstellung des Budgetrechts, dessen Verletzung der Regierung selbst mancherlei Schwierigkeiten bereitet habe, zu widerstreben und durch Aussprechen des Wortes „Indemnität" die Versöhnung anzubahnen*).

So standen die Ansichten einander gegenüber; und da der folgende Tag — der fünfte August — in der Thronrede des

---

*) Ich habe an diesen, wie gesagt, am 10. August 1866 niedergeschriebenen Worten nicht das Geringste geändert. Sie zeigen, wie damals schon der Keim des Verfalls (oder des Auseinanderfallens) in der preußischen Fortschrittspartei lag.

Königs die Entscheidung bringen mußte, so faßte man den Entschluß, welcher nach Lage der Sache der vernünftigste war.

Man verlegte die Vorstandssitzung von dem vierten auf den sechsten August und von Braunschweig nach Berlin, wohin die Mitglieder in der Nacht vom 4. auf den 5. August abreisten. Das Uebrige ist aus den Zeitungen bekannt. Die nichtpreußischen Mitglieder hatten die Sachlage, wie es scheint, richtiger aufgefaßt als die preußischen, die noch in dem Labyrinth des innern Konfliktes befangen sind.

Gehen wir nun von den beiden politischen Versammlungen zu den beiden ökonomischen über. Wie jene der Mangelhaftigkeit der Bundesverfassung in politicis, so sollen diese der Verfassungslosigkeit des Zollvereins in oeconomicis zu Hülfe kommen. Der volkswirthschaftliche Kongreß wurde schon 1858 in Gotha, der deutsche Handelstag 1861 in Heidelberg gegründet. Jener hat bis jetzt achtmal, nämlich 1858 in Gotha, 1859 in Frankfurt am Main, 1860 in Köln, 1861 in Stuttgart, 1862 in Weimar, 1863 in Dresden, 1864 in Hannover, 1865 in Nürnberg getagt. Der Handelstag war nur dreimal, 1861 in Heidelberg, 1862 in München, 1865 in Frankfurt, versammelt. Der Handelstag ist eine Vertretung offizieller oder quasi-offizieller Verbände, nämlich der Handelskammern und solcher Vereine oder Körperschaften, welche deren Funktionen ausüben. Nicht der einzelne Mann ist Mitglied, sondern die betreffende Korporation, welche ihn delegirt. Die Körperschaften bringen auch die Mittel auf; letzte fließen reichlich, so daß namentlich auch die Vorstandsmitglieder Vergütung erhalten.

Bei dem volkswirthschaftlichen Kongreß ist Alles das umgekehrt. Auf ihm erscheinen zwar auch Delegirte von Vereinen aller Art, nicht blos von Handelskammern und -Vereinen, sondern auch von landwirthschaftlichen, von Ingenieur-, von Apotheker-, von Gerbervereinen u. s. w., von Banken, von Versicherungsanstalten, von Kredit-, Rohstoff-, Konsum-, Handwerker- und allen möglichen Genossenschaften, welche ausschließlich, oder

vorwiegend, oder nebenher wirthschaftliche Zwecke verfolgen. Aber sie fungiren nicht als Vereinsdeputationen, die an Instruktionen gebunden sind. Und außer ihnen erscheint eine Reihe anderer Männer, welche kein weiteres Mandat besitzen als das, welches sie aus ihren wissenschaftlichen Bestrebungen, ihren praktischen Kenntnissen und Leistungen, aus ihrem Thätigkeits- und Nützlichkeitstrieb und ihrem Patriotismus herleiten. Es sind lauter Freiwillige; auch hier bestätigt sich der Satz, daß geschulte Freiwillige gute Truppen sind. Die Mittel des Kongresses fließen nicht aus den Kassen von Staat, Behörden oder Korporationen; es sind freiwillige Beiträge Einzelner. Gleichwohl war der Kongreß bisher, ohne das Gleichgewicht seines Budgets zu gefährden, im Stande, nicht nur alljährlich eine sorgfältig ausgearbeitete Darstellung seiner Verhandlungen zu publiziren, sondern auch eine Reihe von Monographien über wissenschaftliche Gegenstände und Spezialuntersuchungen über brennende praktische Fragen zu veranlassen, die Autoren zu honoriren und die Produkte ihrer Mühwaltung durch den Druck zu vervielfältigen, endlich auch nicht unansehnliche Preise für volkswirthschaftliche Schriften auszusetzen und zu vertheilen. Die Mitglieder des Vorstandes des volkswirthschaftlichen Kongresses haben die ihnen angetragene Vergütung für Reisen ꝛc. zurückgewiesen. Das Prinzip der Diätenlosigkeit kann wirthschaftlich angefochten werden; allein in dem öffentlichen Leben Englands hat es sich so glänzend bewährt, daß es wohl der Mühe lohnt, auch auf dem Kontinent einen Versuch der Nachahmung zu machen.

Aus der Mitte des volkswirthschaftlichen Kongresses ist die von Faucher und Michaelis herausgegebene „Vierteljahrschrift für Volkswirthschaft" (bis jetzt zwölf Bände, Berlin, F. A. Herbig) hervorgegangen. Sie enthält Abhandlungen der beiden Herausgeber und vom Präsident Lette, Dr. Braun, Viktor Böhmert, Otto Wolff, Max Wirth, H. v. Rönne, Prince-Smith, Dr. A. Soetbeer, Alexander Meyer, Professor Mackowizka u. s. w. Es sind hauptsächlich die ältesten und ständigsten Theilnehmer des

volkswirthschaftlichen Kongresses und diejenigen, welche alljährlich von Neuem in den Vorstand gewählt werden, die Herausgeber und regelmäßigen Mitarbeiter dieser Revue. Dieselbe ist jedoch nicht offizielles Organ des Kongresses. Denn jede derartige Qualität beeinträchtigt die Freiheit der Forschung und des wissenschaftlichen Urtheils.

Mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, zu welchen wir Herrn Prof. Mackowizka in Erlangen und Herrn Prof. und Oberappellationsgerichtsrath Wilhelm Endemann in Jena rechnen (dieser hat sich durch seine treffliche Monographie über „die nationalökonomischen Grundsätze der kanonistischen Lehre" das volkswirthschaftliche Ehrenbürgerrecht erworben), hat die zünftige Gelehrsamkeit der Universitäten sich dem Kongreß und der Vierteljahrschrift ferne gehalten. Dies ist sehr begreiflich. Denn diese junge progressistische Schule der deutschen Nationalökonomie wendet die scharfen Denk- und Darstellungsformen der exacten Wissenschaften an. Sie läßt sich nicht von dem historischen Material beherrschen, sondern sucht es durch ihre Logik zu bewältigen; statt nur Einzelkenntnisse aufzuhäufen, strebt sie nach der Total-Erkenntniß und statt mit den Irrthümern und Mißständen der Gegenwart zu paktiren und zu kompromittiren, führt sie einen entschlossenen und hartnäckigen Krieg mit denselben. Sie pflegt die Wissenschaft um ihrer selbst willen, aber sie erwartet auch sofortige praktische Früchte von derselben. Vor Allem strebt sie nach Beseitigung der Bande des Feudal- und des Polizeistaats, welche die wirthschaftliche Thätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft in gemeinschädlicher Weise hemmen und beschränken. Sie verlangt Grenzregulirung zwischen der Politik und der Volkswirthschaft, damit jene wie diese auf ihrem eigenen Gebiete ihre volle Kraft entwickele, statt sich durch Zersplitterung und Uebergriffe zu schwächen und einander hindernd in den Weg zu treten, damit der Staat dem Volke Macht- und Rechtsschutz (ohne Bevormundung) und das Volk dem Staate Kapital und Menschenkraft nach Möglichkeit und Bedarf zur Verfügung stelle.

Man hat oft den volkswirthschaftlichen Kongreß beschuldigt, er treibe Politik. Dies ist ein Irrthum. Er hat sich allerdings zuweilen genöthigt gesehen, das Gebiet der Volkswirthschaft gegen Uebergriffe der Politik zu vertheidigen. Auch wünscht die Volkswirthschaft einen Staat, der, seiner hohen Aufgabe des Macht- und Rechtsschutzes voll bewußt, sich auf diese beschränkt und von ihr so in Anspruch genommen wird, daß es ihm unmöglich wird, die Beschäftigung jener liliputanischen soi-disant „Staatsmänner" nachzuahmen, welche, in Ermangelung höherer Aufgaben, sich berufen fühlen, sich um die Privatwirthschaft eines jeden Einzelnen zu kümmern, jedem in den Topf zu sehen und mit plumper Faust einzugreifen in die auf unabänderlichen Naturgesetzen beruhende Entwickelung der ökonomischen Harmonie der menschlichen Gesellschaft, welche glauben, man könne die Gesetze des Denkens und des Seins ändern durch Ordonnanzen der Staatsgewalt und Ukase der Polizei, und die, indem sie sich schmeicheln, Wohlthaten zu erweisen und Wohlstand zu gründen, Verwirrung anstiften und Hemmung, Lähmung, Elend und Massenverarmung herbeiführen. Der Kampf gegen diesen Feind der Volkswirthschaft fällt auf vielen Gebieten (Verkehrsanstalten, Transport-, Postwesen, Monopolen, Niederlassungs-, Zug- und Gewerbefreiheit u. s. w.) zusammen mit dem Kampf gegen das Uebermaß der Kleinstaaterei. Aber die Volkswirthe sind in diesen Kampf eingetreten, nicht weil sie den Kleinstaat als solchen, sondern weil sie auf wirthschaftlichem Gebiete das System der Abpferchung, der Einschachtelung, der Uebergriffe, des Mechanismus und die Ausbeutung der Gesammtheit durch Monopole und Privilegien Einzelner befehden. Die Volkswirthe, indem sie die Grenze zwischen dem Staat und der wirthschaftlichen Gesellschaft, zwischen der Politik und der Oekonomie zu regeln streben, wollen in wahrhaft konservativem Interesse den durch Grenzverwirrung und -Strittigkeiten bedroheten Frieden wieder herstellen und dauernd stabilisiren. Sie wollen dem Kaiser geben, was des Kaisers, dem Volke, was des Volkes ist; und wenn einzelne

deutsche Staaten so klein, und ihre Regierungen zu einem Anschluß an größere zu verblendet sind, so daß hier eine solche prinzipgerechte Grenzregulirung unmöglich und der Unfriede permanent ist, — nun, dann sind es doch gewiß nicht die Volkswirthe, welche die Schuld daran tragen, daß man taub ist gegen die alte Lehre Schiller's:

„Strebe nur immer zum Ganzen; und kannst du selber kein Ganzes
Bilden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an!"

Auch für die Budgetkonflikte, welche in Preußen flagrant und akut, in den andern deutschen Staaten latent und chronisch an der Tagesordnung sind, hat vielleicht die Volkswirthschaft eine Lösung gefunden, welche gegenüber einem wirklichen Staat auf keine Schwierigkeiten stoßen würde.

Der Staat sagt zur Gesellschaft: „Ich gewähre dir den Rechtsschutz im Innern, den Machtschutz nach Außen; stelle mir zu diesem Zwecke deine Mittel zur Verfügung." Die Gesellschaft antwortet: „Meine Mittel habe ich zum größten Theile für mich selbst nöthig; ohne Kapital kann ich nicht produziren, ohne Produktion nicht leben und auch dir nichts leisten; ich kann dir daher nur einen Theil meiner jeweiligen Produktionsüberschüsse geben; wieviel? — das muß ich selbst nach einem jeden Abschluß entscheiden; denn davon verstehst du nichts, mein lieber Staat." Er, der Staat, erwidert, von seinem Standpunkte aus ganz richtig: „Aber das verstehe ich doch, daß ich nicht in Ungewißheit von der Hand in den Mund leben, daß ich nicht warten kann, bis du deine Bilanz gemacht hast; denn zwischenzeitig überschreitet vielleicht der Feind die Grenze, oder eine Räuberbande verwüstet das Land; ich kenne meine Pflichten und habe das Recht zu fordern, daß mir die Mittel zu deren Erfüllung ungeschmälert zur Verfügung gestellt werden: wieviel? — das entscheidet mein Bedürfniß."

Da haben wir den Konflikt. Er und sie streiten, es fehlt auf beiden Seiten nicht an falschen Freunden, Zuträgern, Aufhetzern. Die Kluft erweitert sich. Man träufelt Gift in die

Wunde. Die bisher so glückliche Ehe zwischen dem Staat und der Gesellschaft ist in Gefahr, sich aufzulösen.

Da tritt die Volkswirthschaft als Mittler zwischen die strittigen Ehegatten; sie sagt dem Staat: Du verlangst zu viel, und der Gesellschaft: Du willst zu wenig geben. Sie sagt beiden: Ihr beide bedürft für euer Geschäft Kapital- und Menschenkraft, Eisen und Blut; suchen wir eine dauernde Grenzregulirung, einen bleibenden Distributionsmodus zu finden, welcher im Nothwendigen Festigkeit, im Nützlichen Spielraum und im Zweifelhaften Freiheit gewährt. Versuchen wir ein Normal- und Minimalbudget zu finden, welches sich beschränkt auf das nothwendige Maß dessen, was der Staat Jahr aus Jahr ein regelmäßig bedarf zur Erfüllung seiner Mission des Rechts- und des Machtschutzes. Vereinbaren wir dieses Normalbudget der unabweisbaren Ausgaben, ohne welche der Staat nicht bestehen, die Gesellschaft nicht geschützt werden kann. Ist dieses normale Ausgabenbudget zwischen dem Staat einerseits und der Gesellschaft andererseits festgestellt, so kommen wir überein, daß es nur in Uebereinstimmung beider geändert werden kann (nur per mutuum dissensum, wie die Pandektisten sagen). Gehen wir weiter. Ermitteln wir dann aus der Zahl der bisherigen Staatseinnahmen eine Reihe von Posten, die sich der jährlichen budgetmäßigen Verwilligung oder Verweigerung ihrer Natur nach entziehen, weil sie Jahr aus Jahr ein so ziemlich mit derselben Regelmäßigkeit fließen, so lange nicht die Gesetzgebung oder das Niveau des Durchschnittswohlstandes der Nation sich ändert. Solche Posten sind z. B. die Zölle, die Ueberschüsse der Postverwaltung, der Ertrag solcher Regalien, welche man nicht oder noch nicht als gemeinschädlich abschaffen will. Ermitteln wir so viel derartige Posten, daß der Gesammtertrag derselben die Summe des Normal*ausgabe*budgets bilanzirt. Vereinbaren wir auf dieser Grundlage das Normal*einnahme*budget, setzen wir fest, daß auch dieses nur durch und in Uebereinstimmung aller Faktoren der Gesetzgebung geändert werden kann. Damit ist die erste

Grundlage des Friedens gewonnen. In necessariis unitas et securitas. Was hierüber hinausgeht, muß im Jahresbudget angefordert werden. Wird ein Posten dieses veränderlichen, der alljährlichen neuen Vereinbarung unterliegenden Jahresbudgets (welches einmal die wechselnden Bedürfnisse umfaßt, bei deren Befriedigung der Staat weniger innerhalb seiner eigentlichen Macht- und Berufssphäre, sondern als auftragloser Geschäftsführer — negotiorum gestor — der bürgerlichen, wirthschaftlichen, menschlichen, in einem Nationalverband vereinigten Gesellschaft handelt, sodann aber auch weiter sich auf die außerordentlichen und unregelmäßigen Vorkommnisse erstreckt), wird, sagen wir, ein Posten dieses variablen Ausgabebudgets von den Vertretern der Steuerzahler nicht verwilligt, so ist und bleibt er gestrichen. Stellen wir diesem variablen Ausgabebudget ein variables Einnahmebudget zur Seite, das durch Steuern aufgebracht wird. Statuiren wir als Monade, als einfache Quote, oder als Rechnungseinheit des Steuersatzes (Simplum genannt in der alten deutschen Steuerverfassung) einen Prozentsatz des Einkommens*). Dann stellt sich die Sache so: Zur Deckung des variablen Jahresausgabebudgets wird zunächst verwendet der aktive Ueberschuß des Normaleinnahmebudgets (Zölle, Post, Regalien) über das Normalausgabebudget (Heer, Rechtspflege, Administration). Was dann noch fehlt, wird durch Steuern gedeckt. Diese Steuern sind nicht fixirt, sondern variabel. Sind diese Bedürfnisse für das laufende Jahr hoch, so wird der Einheitssatz (Simplum) fünf- oder sechsmal, sind sie niedrig, so wird er nur zwei- oder dreimal erhoben. Die Verwilligung dieser variablen Steuern in quali et quanto erfolgt jährlich. Die Zustimmung der Vertreter der Steuerzahler in Betreff des „Ob?" und des „Wieviel?" ist indispensabel. Ohne dieselbe kann nichts erhoben werden. Das Wieviel richtet sich nach der Höhe des Bedarfs. Folglich

*) Wir lassen hier die technischen Fragen: „Einkommensteuer?" oder „Vermögenssteuer?" oder „Gemischtes System?" absichtlich unberührt.

muß zuerst der Bedarf, d. h. das variable Ausgabebudget votirt, dann die Ueberbilanz der Zölle u. s. w. kalkulirt und dann die zur Deckung des Restes erforderliche Zahl der Simpla votirt werden. Dieses Verfahren entspricht der altgermanischen Steuerverfassung. Es hat die Weihe der Geschichte und die Sanktion der Wissenschaft für sich. Es stellt das Gleichgewicht des Budgets und den Frieden wieder her. So ist es mit der Vermögenssteuer zu halten. Und was die Blutsteuer anlangt, so kontingentire man die Friedensstärke. Dadurch wird das Gleichgewicht zwischen Einberufung und Präsenzzeit hergestellt. Will man viele assentiren, dann muß man die Dienstzeit kürzen. Will man eine lange Dienstzeit, dann muß man die Assentirung auf weniger beschränken. Man wird wohl das Erstere wählen.

So würde etwa die Volkswirthschaft sprechen. Wird sie Gehör finden in dem Streit der erbitterten Parteien? Wir hoffen es. Wir glauben stets an den Sieg der Vernunft.

Doch kehren wir von dieser Episode zurück zum Kongreß der Volkswirthe und dem deutschen Handelstag.

Letzterer ist eine nothwendige Ergänzung des ersteren und hat sich unter der Leitung eines aus Männern der Wissenschaft und der Praxis geschickt zusammengesetzten Vorstandes bereits bleibende Verdienste erworben.

Während der freihändlerisch-progressistische Kongreß zivilisirend, rasch und siegreich in die böhmischen Wälder der Unkultur vordringt und den wirthschaftlichen Träumer aufweckt, indem er ihm den aus dem Studium einer exakten Wissenschaft gewonnenen kategorischen Imperativ rücksichtslos in das Ohr ruft, geht der Handelstag zwar auch den Weg der Reform, aber wie es seine Natur als Vertreter vorwiegend konservativer Korporationen mit sich bringt, mit rücksichtsvoller Schonung der bestehenden Zustände und Interessen. Er baut die Straßen, welche die Volkswirthschaft projektirt. Er beschränkt seine Thätigkeit auf die Interessen des Handels und der Großindustrie und findet seine Stärke in dieser Beschränkung.

Beide, der Kongreß der Volkswirthe und der Handelstag, nahmen in ihr Programm das „ganze Deutschland" auf*). Beide machten damit eigenthümliche Erfahrungen. Auf dem volkswirthschaftlichen Kongreß erschienen nur selten Oesterreicher und auch dann nur in geringer Anzahl; in Frankfurt und Stuttgart (1859 und 1861) sah man Herrn Dr. Creuzberg von Prag, um in Gemeinschaft mit den Süddeutschen eine Lanze für den Schutzzoll einzulegen. Im Jahre 1862 sahen wir in Gotha den k. k. Direktor der Zentralstelle für Statistik in Wien, den Ritter von Czörnig, um in Gemeinschaft mit dem Anwalte der süddeutschen Protektionisten, dem agitations- und sprechlustigen Hofrath v. Kerstorff aus Augsburg, für das Phantom einer Zolleinigung mit Oesterreich und gegen den Eintritt in die neue handelspolitische Gemeinschaft, welche durch Beseitigung des Differenzialzollsystems und durch die westeuropäischen Handelsverträge begründet worden ist, nach Kraft und Gelegenheit zu wirken. Beide Male waren die Bestrebungen erfolglos. Seitdem haben wir niemals mehr einen Oesterreicher auf dem Kongreß erblickt, auch nicht an den ihnen geographisch sehr bequem gelegenen Orten, wie z. B. 1863 in Dresden und 1865 in Nürnberg**).

Nicht ganz so schlimm, aber ähnlich ging es mit Württemberg und Bayern. Als der Kongreß 1861 in Stuttgart tagte, eilten die süddeutschen Schutzzöllner, berufen durch ihren bereits erwähnten Anwalt, v. Kerstorff, in Schaaren herbei, um in der Schutzzollfrage die Mehrheit zu bekommen. Sie schienen nicht einzusehen, daß es im Grunde genommen für einen wissenschaftlichen Kongreß auf die Mehrheit wenig ankommt. Dieselbe wird bedingt durch Zeit, Ort, Gelegenheit und Umstände, welche die

---

*) Der Handelstag hat zwischenzeitig sein Programm geographisch reduzirt, nämlich auf das gegenwärtige Zollvereins-Gebiet.

**) Nach 1867 hat sich dies geändert und es sind wieder Oesterreicher erschienen.

zufälligen Zuläufer herbeiführen, aus denen, neben dem eigentlichen Stock der Gesellschaft, der seit 1858 derselbe geblieben, sich das Plenum der Versammlung komponirt. Außerdem hat der Kongreß keine Exekutive. Seine Beschlüsse fallen in das Gewicht durch das, was sie werth sind, nicht durch die Zahl derer, welche zustimmten. Es gelang indeß 1861 den süddeutschen Schutzzöllnern nicht, einen Einfluß auf die Beschlüsse zu gewinnen, obgleich auch der damalige württembergische Minister des Innern, Herr v. Linden, nur als lokaler Ehrengast anwesend, sich bemüßigt fand, ein ihm gar nicht zustehendes Stimmrecht zu deren Gunsten in die Wagschale zu werfen. In der Debatte behielten die Freihändler, Prince-Smith an der Spitze, entschieden die Oberhand. Nach dieser Niederlage sah man nur noch einmal, 1862, Herrn v. Kerstorff, als „einsame Pappel", auf dem Kongreß. Seitdem kamen aus Süddeutschland zwar treffliche Männer, aber nur sehr wenige, die Schutzzöllner aber kamen gar nicht mehr; und selbst als man 1865 den Sitz der Versammlung mitten in den Süden hinein, nach Bayern legte, war die Betheiligung aus diesem Lande, wenn auch qualitativ werthvoll, doch quantitativ sehr gering. Die Gründer und die Masse des Kongresses waren und blieben Nord- und Mitteldeutsche.

Der Handelstag machte ähnliche Erfahrungen. Seine erste Versammlung war von Oesterreich wenig beschickt. Auf der zweiten, auf welcher es galt, den Handelsvertrag, welchen Preußen für den Zollverein mit Frankreich geschlossen, zu kassiren und Preußen für immer die handelspolitische Führung in Deutschland zu entreißen, oder es unter österreichische Vormundschaft zu stellen, auf der zweiten am 14.—18. Oktober 1862 in München abgehaltenen Versammlung waren alle Städte Oesterreichs vertreten, nicht nur die zum deutschen Bunde, sondern sogar auch nicht dazu gehörige Länder. Letzteres, obgleich statutenwidrig, wurde von dem mit dem Vorsitze betrauten vormaligen preußischen Minister David Hansemann, der sich stark auf die österreichisch-

protektionistische Seite neigte, zugelassen. Während die Städte des Zollvereins nur durch ihre Handelskammer, d. h. einmal vertreten waren, erschien die Stadt Wien fünffach: als Wien-Handelskammer, Wien-Handelsgremium, Wien-Gewerbeverein, Wien-Großhändlergremium, Wien-Verein der Industriellen. Die österreichische Stadt Linz mit 32,000 Einwohnern führte drei Stimmen, eine für die Handelskammer, die zweite für den Gewerbeverein, die dritte für das Handelsgremium. Das Kreisstädtchen Troppau, in Oesterreichisch-Schlesien mit 12,000 Einwohnern, führte 2 Stimmen, die eine für die Handelskammer, die andere für das Handelsgremium. Dagegen Berlin mit 650,000 Einwohnern hatte nur eine einzige Stimme. Ein Troppauer wog somit grade so schwer, wie hundert Berliner. Einige harmlose Galizier machten kein Hehl daraus, daß sie von der Regierung angewiesen seien, nach München zu gehen und dort zu stimmen, wie Herr Szabel (Reichstagsabgeordneter), und daß die Regierung es sei, welche ihnen die Reisekosten bezahle. Bei dem Festbanket ließ man den Radetzky-Marsch spielen. In der Debatte, am 18. Oktober, erinnerte Herr Dr. Creuzberg daran, daß bei Leipzig die Kroaten, Czechen und Ungarn mitgefochten hätten, und folgerte daraus, daß sie auch in den Zollverein müßten, als ob vorübergehende Waffenbrüderschaft und bleibende Kassengemeinschaft eins und dasselbe seien. Ja, der mit slavischem Exterieur und Namen ausgestattete Herr Szabel rief, er rieche Lunte, Preußen habe die deutschen Zollvereinsstaaten schon halb mediatisirt, es sei hohe Zeit, daß Oesterreich in den deutschen Zollverband trete, um dem Schwindel ein Ende zu machen. Die Nord- und Mitteldeutschen brummten, die Bayern klatschten dazu. Der alte Präsident Hansemann nickte beifällig lächelnd sein schlaues Haupt mit dem in weißen Bündeln und Flocken weithin wallenden Hauptthaar. Allein auch dieser unter so außerordentlich günstigen Konstellationen und unter der Führung Hansemanns, eines Meisters der parlamentarischen Taktik nicht nur, sondern auch sogar der unparlamentarischen

Taktik, unternommene Angriff der kombinirten schwarzgelben Brigade und der mittel- und kleinstaatlichen Liga unterlag dem dominirenden Bewußtsein der zollvereinlichen Kohärenz und der materiellen Interessen; und da der Handelstag vom 18. Oktober 1862 mehr realen Tik hatte, als der Abgeordnetentag vom 20. Mai 1866, so wendeten sich die Dinge alsbald so, daß David Hansemann das Ehrenamt eines Mitgliedes und Vorsitzenden des Vorstandes verlor, und die österreichischen Handelskammern, Korporationen und Vereine austraten. Seitdem hat man die Oesterreicher nicht wieder gesehen und auch die Zahl der Süddeutschen begann zu schwinden. Die der Norddeutschen und Mitteldeutschen wuchs.

So kam es, daß, als am 4. August 1866 in Braunschweig der Vorstand des Handelstags und der des volkswirthschaftlichen Kongresses aus Anlaß der Neugestaltung Deutschlands zusammentraten, vorwiegend die nördlichen und mittleren Provinzen Deutschlands vertreten waren. Ein Mann aus dem Süden, der beiden Vorständen angehört und in beiden eine hervorragende Stellung einnimmt, war offenbar durch die damals seine württembergische Heimath speziell berührenden Kriegsereignisse verhindert. Sonst wäre er sicher gekommen. Er besitzt den ganzen Scharfsinn seiner Landsleute, aber er ist völlig erhaben über jene scheelsüchtige partikularistische Kleinmeisterei, jenen Hang zu abstraktem juristisch-theologischem Formalismus und zu nichtssagenden querelles allemandes, woran unsere lieben Brüder in Schwaben zuweilen kranken. Es ist der Großhändler Herr Gustav Müller in Stuttgart.

Der volkswirthschaftliche Kongreß hatte auf den 4. August seine ständige Deputation und seine thätigsten Mitglieder, etwa 50 an der Zahl, in Braunschweig versammelt. Der Süden fehlte. Von den Erschienenen gehörten zwei Drittel dem Norden, ein Drittel Mitteldeutschland an. Es waren keinerlei Vorbereitungen getroffen, weder Berichte ausgearbeitet, noch Resolutionen präparirt. Man schritt sofort zur Berathung im Plenum und ließ auch Mitglieder

der Behörden und Korporationen der Stadt Braunschweig zu. Die Verhandlungen verliefen ohne Stockung. Die Resultate entwickelten sich aus denselben mit logischer Nothwendigkeit.

Die gefaßten Beschlüsse betrafen:

1) die Zukunft des Zollvereins und sein Verhältniß zum Bundesstaat, Antragsteller Dr. C. Braun (Wiesbaden) und Dr Viktor Böhmert (Bremen);

2) die Beschaffung der Einkünfte des zu gründenden deutschen Bundesstaates, Antragsteller Dr. Julius Faucher;

3) das Einnahme- und Ausgabebudget des Bundesstaats, das Verhältniß der Bundesstaatssteuern zu den Steuern des Einzelstaats, Antragsteller Julius Faucher und Otto Michaelis;

4) die Durchführung der wirthschaftlichen Einheit im Bundesstaatsgebiet, auf der Grundlage der wirthschaftlichen Freiheit, Antragsteller Dr. Braun;

5) Beseitigung der Monopole, namentlich Abschaffung des Salzmonopols der Einzelstaaten, Antragsteller Braun und Michaelis;

6) Aufhebung aller Beschränkungen der Freiheit der Niederlassung und des Gewerbebetriebs an jedem Orte des Bundesgebiets, Beseitigung der wirthschaftlichen Unterschiede zwischen In- und Ausländern, Antragsteller Braun;

7) einheitliche Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens im ganzen Bundesgebiet; Beseitigung der Vielköpfigkeit; Vermeidung des Systems fiskalischer Ausbeutung; Steigerung des Verkehrs durch Herabsetzung der Taxen; einheitliche Frankomarke, einstufige Brieftaxe; Abschaffung oder Beschränkung des Postmonopols; Verwendung der Ueberschüsse der Post für die Bundeskasse, Antragsteller Braun;

8) Regelung des Eisenbahnwesens durch ein deutsches Reichsgesetz; Beschränkung des Konzessionswesens, Uebertragung des Oberaufsichts- und des Konzessionsrechts an die Bundesgewalt, Antragsteller Michaelis.

Diese Beschlüsse lehnen sich an die Bundesreformvorschläge

an, welche die preußische Regierung mit einer Depesche vom 10. Juni 1866 den deutschen Regierungen vor Ausbruch des Kriegs gemacht und nach siegreicher Beendigung des Kriegs in allen wesentlichen Stücken wieder aufgegriffen hat.

Außer den oben unter 1 bis 8 aufgezählten Gegenständen, welche der volkswirthschaftliche Kongreß der Kompetenz der Bundesgewalt und des Reichstages reklamirt, sollen nach Artikel VI der genannten Reformvorschläge denselben unterworfen sein:

1) Einheitliche Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtsystems;

2) Feststellung der Grundsätze über Emission von fundirtem und nicht fundirtem Papiergeld;

3) allgemeine Vorschriften über das Bankwesen;

4) über Erfindungspatente und über

5) den Schutz des sogenannten geistigen Eigenthums;

6) die Vorschriften über Zugfreiheit, Heimathsverhältnisse, Berechtigung zur Niederlassung und zum Geschäftsbetriebe, Kolonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;

7) Organisation des gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flagge zur See, die Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche aus Bundesmitteln dotirt wird;

8) Schiffahrtsbetrieb auf den mehrern deutschen Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, die Fluß- und die sonstigen Wasserzölle;

9) gemeinsame Zivilprozeßordnung und Konkursordnung.

Unter den Verhandlungen des volkswirthschaftlichen Kongresses vom 4. August 1866 hatten die über die Zukunft des Zollvereins ein vorwiegend praktisches und brennendes Interesse. Deshalb waren sie auch die ausführlichsten; und grade in dieser Frage platzten am stärksten die Geister auf einander. Es gelang jedoch eine gute Mitte zu finden, welche, ohne das Prinzip zu verletzen, für den Augenblick die streitigen Interessen wieder in

Harmonie setzt und einen Uebergangszustand anbahnt, durch welchen die gegenwärtig vorhandenen Differenzen ihre definitive Ausgleichung finden können.

Ueberblicken wir zunächst die gegenwärtige Lage des Zollvereins.

Nach anerkannter völkerrechtlicher Doktrin lösen sich durch den Ausbruch des Kriegs von selbst, und ohne daß es einer Kündigung bedarf (eo ipso), die bis dahin zwischen den kriegführenden Staaten bestehenden Verträge. Zwischen Preußen und seinen Verbündeten einerseits, und denjenigen deutschen Staaten, welche Oesterreich — sei es auch in gutem Glauben an das sogenannte „Bundesrecht“ — zu Hülfe eilten, um Krieg zu führen gegen Preußen, andrerseits, bestehen also gegenwärtig die Zollvereinsverträge nicht mehr. Die preußische Regierung hat dies am Beginn des Kriegs öffentlich erklärt. Sie hätte danach das Recht gehabt, an den äußern Grenzen Preußens den Zoll zu heben von allen zollpflichtigen Waaren, welche für diejenigen Zollvereinsstaaten bestimmt waren, die sich im Krieg befanden mit Preußen. Sie hätte alle Sendungen aus den letztgenannten Staaten nach der preußischen Monarchie und den mit ihr verbündeten Territorien einem Grenzzoll unterwerfen können, welcher sich bemißt nach dem allgemeinen Tarif.

Sie könnte jetzt noch eine Zollgrenze errichten, welche übereinstimmt mit dem äußersten Kordon der Truppen, oder mit der Demarkations- oder der Mainlinie.

Sie hat von alledem nichts gethan und damit einen neuen Beweis ihrer Mäßigung, ihrer Versöhnlichkeit, ihrer Achtung der wirthschaftlichen Interessen, selbst mitten im Krieg und gegenüber einem wenig rücksichtsvollen Gegner, gegeben.

Nur in einem Punkt hat sie ihrer Auffassung, daß die Verträge aufgelöst sind, Ausdruck gegeben. Die Zollvereinseinkünfte werden nach der Kopfzahl vertheilt. Die süddeutschen Zollvereinsstaaten erheben selbst in ihren einheimischen Zoll- und Steuerämtern an Zöllen weit weniger, als ihnen bei der Vertheilung

der Gesammteinkünfte nach der Kopfzahl der Bevölkerung eines jeden Zollvereinsstaates zukommt. Das Fehlende ergänzt Preußen aus der Zentralkasse, welche unter seiner Verwaltung steht. Als der Krieg ausbrach, hatte es bereits die für das erste Vierteljahr 1866 erfallenen Einkünfte der Zollkasse vertheilt und auch an seine späteren Feinde ausbezahlt. Nach Ausbruch des Kriegs sistirte es die weitere Zahlung. Natürlich. Man darf seinem Feinde kein Geld geben, denn Geld ist das wirksamste Kriegsmaterial. Man kann aus ihm alles Andere machen.

Es erfolgten zwar auch beiderseits Ausfuhrverbote. Allein bei dem raschen Vorrücken der Preußen gen Süden ereignete es sich häufig, daß dieselben einige Tage nach Erlassung des Ausfuhrverbots in dem Gebiete des verbietenden Staates erschienen, um sich in eigener Person auf dem Wege der Requisition das Schlachtvieh und Getreide gratis zu holen, welches zum Export zu kaufen und baar zu bezahlen sie durch die von den „Bundestreuen" auf Befehl des Bundestags angeordnete Grenzsperre verhindert worden waren.

Im Uebrigen war in Mitteldeutschland durch die Kriegsereignisse ohnedies der Verkehr unterbrochen; die Eisenbahnen waren außer Betrieb oder gar vorübergehend zerstört. Die Bundesfestung Mainz hemmte die Rheinschifffahrt. Die Feldwachen und Vorposten ließen nur mit Schwierigkeit Passage zu. Kurz, es stockte Alles. Deshalb fühlte man vorübergehend die Zerreißung des Zollvereins nicht. Vergißt man doch über einen größeren Schmerz den kleineren.

Aber jetzt, da wir an dem Thore des Friedens stehen, fragt desto ängstlicher und hastiger Jedermann: Was soll aus dem Zollverein werden? Besteht er noch? Wird er erneuert werden? Was werden seine Grundlagen sein? Wer wird in den neuen Verband aufgenommen oder zugelassen werden?

Aufgelöst ist der Zollverein unzweifelhaft durch den Krieg. Damit ist aber seine Wiederaufrichtung keineswegs ausgeschlossen. Für den zu gründenden Bundesstaat ist er jedoch nach den bereits

oben angeführten Reformvorschlägen überflüssig. Nach Artikel VI Absatz 1 soll die „Zoll- und Handelsgesetzgebung" Sache der Bundesgewalt und des Reichstages werden. Der Zollverein wird also ersetzt durch den Bundesstaat.

Letzterer besteht aus drei in handelspolitischer Hinsicht verschieden situirten Bestandtheilen: erstens aus dem vergrößerten Preußen, welches durch die Einverleibung zunächst von Hannover, Kurhessen und Nassau, ferner wahrscheinlicherweise eines Stückes von Hessen-Darmstadt und endlich der Stadt Frankfurt, von einer Bevölkerung von etwas über 19 Millionen auf eine solche von mehr als 24 Millionen Einwohnern anwächst und sich als Bundespräsidialgewalt konstituirt. Zweitens aus denjenigen norddeutschen Staaten, welche dem alten Zollverein nicht angehört haben, aber dem neuen Bundesstaate beitreten und mit diesem zu einem einheitlichen Wirthschaftsgebiete werden vereinigt werden. Dies sind Schleswig-Holstein, beide Mecklenburge und die nordischen Hansestädte. Der zu Gunsten der letzteren in der neunundvierziger Reichsverfassung gemachte Vorbehalt einer Art Freihafenqualität wird wohl auch in die Konstitution des nord- und mitteldeutschen Bundesstaats mit herübergenommen werden. Wenigstens liegt dies nicht nur im Interesse von Hamburg, Lübeck und Bremen, sondern auch in dem von uns Andern. Den beiden mecklenburgischen Regierungen wird es nun wohl auch endlich klar werden, was ihnen seit 1860 verständige Menschen (unter welchen vorzugsweise der Geheime Legationsrath Dr. Prosch und Moritz Wiggers zu erwähnen) vorausgesagt haben, daß sie Zeit und Geld verschwendeten, als sie kürzlich erst für die beiden Mecklenburg einen separaten Zollverein konstituirten und an den äußeren Grenzen eine Douane aufrichteten, und daß ihnen am Ende, trotz allen Sträubens der Feudalen, nichts übrig bleibe, als der wirthschaftlichen Gemeinschaft Deutschlands beizutreten. Drittens besteht er aus denjenigen nord- und mitteldeutschen Staaten, welche dem neuen Bundesstaat beigetreten sind, aber auch schon

früher im Zollverein waren. Für sie tritt zu der alten wirthschaftlichen Gemeinschaft (deren Verfassung sich ändert, während der Tarif vorläufig bleibt) die neue politische Gemeinschaft, deren Verfassung noch festzustellen ist und sich auch über das handelspolitische Gebiet zu erstrecken hat. Wir sehen also auf der einen Seite den Einheitsstaat Preußen, auf der anderen eine Staatengruppe, welche theils von Alters her dem einheitlichen Wirthschaftsgebiete angehört, theils demselben neu beitritt.

Prekär ist das Schicksal dessen, was außerdem noch von dem durch den Krieg hinfällig gewordenen Zollverein übrig bleibt. Dies sind die süddeutschen Staaten: Baden, Hessen-Darmstadt, Bayern und Württemberg. Die drei letztgenannten bildeten bekanntlich innerhalb des Zollvereins stets eine Art von Sonderbund, welcher bei jeder Krisis frondirend gegen Preußen in's Feld rückte und die Koalitionen von Darmstadt, Bamberg, Würzburg, München u. s. w. anzettelte, in Gemeinschaft mit der Dynastie des Landes Nassau, welche nicht zu wissen schien, daß ihr Land wirthschaftlich eine Enklave von Preußen ist, und daß, wenn man diese handgreifliche Wahrheit auf die Dauer verkannte, entweder der Wohlstand des Landes zu Grunde gerichtet, oder der Tag muthwillig heraufbeschworen werden mußte, an welchem diese Dynastie „aufhören werde zu regieren."

Es scheint nach der augenblicklichen Lage der Dinge auch für uns, die wir in die Geheimnisse der preußischen Diplomatie nicht eingeweiht sind, außer Zweifel gestellt, daß Baden, Hessen-Darmstadt (oder was davon übrig bleibt), Württemberg und Bayern dem nordischen Bundesstaat, an dessen Spitze Preußen steht, nicht beitreten, und selbst dann, wenn sie beitreten wollten, nicht werden zugelassen werden von Preußen, mag letzteres nun in dieser Beziehung gebunden sein durch Verpflichtungen, welche es gegenüber Oesterreich oder Frankreich eingegangen hat, oder mag es eine nähere Allianz mit frondirenden Kabineten und zentrifugalen Volksstämmen vor vollendeter Sammlung und Konzentrirung aller seiner eigenen, im Augenblicke stark

angespannten Kräfte als vorerst noch bedenklich vermeiden. Jedenfalls bietet in der That der Süden gegenwärtig mit seiner Unklarheit und Zerfahrenheit für uns Andere, die wir etwas minder heißes Blut haben, kein sehr einladendes Bild; und namentlich das Gebaren der tollen „Volksvereine", welche unter der rothen Flagge des Radikalismus Hand in Hand gehen mit dem schwarzgelben und dem schwärzesten Ultramontanismus, um jeder staatlichen Ordnung den Krieg zu erklären, ist geeignet, auch dem Eßlustigen die Warnung, daß man auf einmal nicht mehr zu sich nehmen soll, als man verdauen kann, und die alte Tischregel, „daß die Artischocke blattweise genossen werden muß," in's Gedächtniß zu rufen. Erinnern wir uns daher an den schönen Spruch aus Wallenstein's Lager:

„Warum so eilig, Herr Konstabel? —
Die Wege sind noch nicht praktikabel!"

Warum so eilig eine politische Ehe eingehen, von welcher vorauszusehen, daß sie keine glückliche sein wird? Jedenfalls eilt die Sache nicht so sehr, und ein Aufschub von ein paar Jahren läßt die Leidenschaften mehr erkalten und die Entwickelung der Dinge auf naturgemäßem Wege ihrem Ziele entgegenreifen.

Nach der Bevölkerungsziffer gruppiren sich jene Bestandtheile Deutschlands wie folgt:

Das ganze nicht-österreichische Deutschland hat 37,760,000 Einwohner.

Preußen erhält Zuwachs: durch Schleswig-Holstein 961,000, durch Hannover 1,923,000, durch Kurhessen 745,000, durch Nassau 468,000, durch Frankfurt 91,000 Einwohner. Seine Gesammtbevölkerung wird also — auch abgesehen von etwaigem bayerischen und hessen-darmstädtischen Zuwachs — auf 23,490,000 Seelen gesteigert. Für das „übrige" Deutschland bleiben noch 14,270,000 Seelen.

Hiervon kommen auf die ohne völlige Einverleibung in den norddeutschen Bund mit Preußen tretenden Länder 5,406,000

Seelen — darunter Königreich Sachsen mit 2,344,000 Seelen, Mecklenburg-Schwerin mit 552,000 Seelen, Oldenburg mit 302,000 Seelen, die übrigen 14 Herzog- und Fürstenthümer und 3 freien Städte bleiben jedes unter 300,000 Seelen.

Uebrig bleibt dann also, soweit es nicht — was nur für Hessen-Darmstadt in Aussicht steht — kleine Gebietsschmälerungen zu erleiden haben wird, Bayern mit 4,807,000 Seelen, Württemberg mit 1,748,000 Seelen, Baden mit 1,429,000 Seelen, Hessen-Darmstadt mit 880,000 Seelen, — im Ganzen 8,864,000 Seelen.

Das außerösterreichische Deutschland wird sich also theilen in den norddeutschen Bund mit etwa 29 Millionen und in den süddeutschen Rest mit etwa 8 Millionen Einwohnern. Wo hier der nationale Schwerpunkt liegt, bedarf keiner weitern Ausführung.

Dies sind die gegebenen Größen, mit welchen der volkswirthschaftliche Kongreß oder vielmehr dessen verstärkter Ausschuß am 4. August 1866 zu rechnen hatte.

Nach Anhörung des bestellten Referenten Braun und des Korreferenten Böhmert, beantragte ersterer folgende Resolution:

„1. Durch die Konstituirung des parlamentarischen Bundesstaats, zu dessen Kompetenz auch die Zoll- und Handelsgesetzgebung gehört, wird das Bedürfniß einer Reform der Zollvereinsverfassung befriedigt. An die Stelle der Zollvereinskonferenzen tritt der Bundesrath und der Reichstag.

2. Deutsche Staaten, welche nicht dem zu gründenden Bundesstaate, sondern nur dem (vorläufig zu erneuernden) Zollvereine beitreten wollen, können zu letzterem nur dann zugelassen werden, wenn sie *mindestens* auf eine solche Reform der Zollvereinsverfassung eingehen, durch welche die handelspolitische Gesetzgebung dem Bundesrathe und dem Reichstage und die Verwaltung der Bundesregierung übertragen wird.

3. Denjenigen Reichstagssitzungen, in welchen über Zollvereinsangelegenheiten beschlossen wird, treten ad hoc Abgeord-

nete bei, welche in den dem Bundesstaate nicht angehörigen Zollvereins-Territorien nach dem Reichswahlgesetze zu wählen sind."

Dieser Antrag fand von zwei Seiten lebhaften Widerspruch, von der einen, weil er zu wenig die politische Seite berücksichtige und sich zu sehr an die bisherige ausschließlich wirthschaftliche Institution anlehne; von der andern Seite, weil er zu viel Politik treibe und nicht genug für die Erhaltung des bisherigen Zollvereins eintrete, welcher keineswegs durch den Krieg aufgelöst sei.

Der letztern Richtung folgend, beantragte Finanzrath Hopf von Gotha: Erhaltung des bisherigen Zollvereins, Ausdehnung desselben auf die dem Bundesstaat beitretenden norddeutschen Staaten, Errichtung eines Zollvereinsparlaments außer und neben dem Reichstage des norddeutschen Bundesstaats.

Der ersteren Richtung folgend beantragte Grumbrecht, Bürgermeister in Harburg, den Zollverein mit den süddeutschen Staaten nur dann zu erneuern, wenn sie auch in den Bundesstaat aufgenommen werden; wenn nicht — nicht; also entweder wirthschaftliche und politische Einigung, oder weder die eine noch die andere. „Der Zollverein ist todt — es lebe der Bundesstaat. Wer nicht ganz hinein will, bleibt ganz draußen."

Finanzrath Hopf warf dem Referentenantrag vor, man vermisse darin die „Wärme der Empfindung", wodurch der Süden uns erhalten werden könne. Darauf erwiederte Braun, es gäbe Leute, die sich desto kälter zurückzögen, je wärmer man ihnen entgegenkomme, und schon Talleyrand habe gesagt: „Pour réussir dans les affaires, il ne faut pas montrer trop de zèle."

Lange schwankte die Debatte unentschieden zwischen diesen drei Meinungen, wovon die eine (Hopf) die Rechte repräsentirt, indem sie das Bestehende möglichst erhalten, die andere (Grumbrecht) die Linke, indem sie das Bestehende zum Vortheil des Werdenden sofort vernichten will, während Braun das Centrum darstellt, indem er ein zeitweiliges Provisorium vorschlägt, einen Uebergangszustand, welcher mit organisch zwingender Gewalt

auf geebneten Bahnen das Bestehende, ohne es zu schädigen, aber auch ohne sich durch dasselbe schädigen zu lassen, in das Werdende hinüberführt.

Neben diesen drei Hauptrichtungen tauchten zwei weitere Anträge auf, welche die Sätze 1 und 2 des Referentenantrages zu ihrer Grundlage hatten, dagegen in dem Satze 3 keine genügende Bürgschaft dafür fanden, daß nicht etwa die Südstaaten auch in dem reformirten Zollverein am Ende wieder anfingen, ihren alten sektirerischen Neigungen unter Gefährdung des Gemeinwohls die Zügel schießen zu lassen und aus dem Provisorium ein Definitivum zu machen.

Albrecht, Stadtsyndikus von Hannover, verlangte, die Südstaaten, welche in dem Zollverein bleiben, aber dem Bundesstaate nicht beitreten könnten oder wollten, müßten auf jede Theilnahme an der Zoll- und Handelsgesetzgebung verzichten, welche nur der Zentralgewalt und dem Reichstage des Bundesstaats zusteht.

Professor Dr. Biedermann von Leipzig schlug vor, die Südstaaten nur provisorisch zuzulassen, nämlich bis 1870, sobald dieser Termin gekommen, sollen sie sich entscheiden, ob sie entweder dem Bundesstaate beitreten, oder auch aus dem Zollverein ausscheiden wollen. Im Uebrigen erklärten sich Biedermann, Böhmert, Dr. Wolff von Stettin und Faucher für den Braun'schen Antrag.

Die beiden Letztgenannten gaben den Ausschlag. Dr. Wolff bekannte sich in Uebereinstimmung mit dem Ziele des Grumbrechtschen Antrages, nämlich der Vereinigung von ganz Deutschland zum Bundes-, ja zum Einheitsstaate; aber um dieses Ziel zu erreichen, stimme er für den Antrag Braun's, welcher die Vorschule abgebe und den Uebergang vermittele; allerdings sei dieser Uebergang mit mancherlei Uebelständen verbunden, allein gerade durch diese Uebelstände würden beständige Reibungen erzeugt,

welche das Einschlafen verhinderten, so daß die Frage gar nicht eher wieder zur Ruhe gelangen könne, bis daß sie völlig gelöst, d. h. bis der völlige, auch politische Anschluß der südlichen Territorien an den norddeutschen Bundesstaat erfolgt sei; das von Grumbrecht vorgeschlagene Mittel werde den entgegengesetzten Erfolg haben; sei einmal auch das wirthschaftliche Einheitsband zwischen Norden und Süden vollständig gelöst, so werde das Zustandekommen des politischen Einheitsbandes unwahrscheinlich gemacht, oder wenigstens noch mehr in die Ferne gerückt. Faucher empfahl Braun's Antrag mit Biedermann's Zusatz. „Grumbrecht," meinte er, „wolle die Südstaaten in den Bundesstaat hereinpeitschen; es sei nicht blos die Peitsche zu gebrauchen, man müsse Zuckerbrod damit verbinden; das Darinbelassen in 1866 sei das Zuckerbrod, das sofort verabreicht, der Ausschluß nach 1870 sei die Peitsche, welche nur gezeigt, wahrscheinlich aber nicht angewandt werde; jedenfalls gewähre der gesetzte Termin von vier Jahren den Süddeutschen eine geräumige Deliberationsfrist, innerhalb deren die vernünftige Ueberlegung die Oberhand gewinnen könne über die sich immer mehr abkühlende Leidenschaft des Augenblicks; für den schlimmsten Fall, für den Fall, daß 1871 definitiv geschieden sein müsse, biete die gewährte Frist der Industrie eine zureichende Zeit, neue Absatzwege zu suchen."

Das Ende der Berathung war, daß Satz 1 und 2 der Braun'schen Anträge und das Biedermannn'sche Amendement angenommen wurden. Alle übrigen Anträge verwarf die Versammlung. Das Ergebniß ist also die Aufstellung der Forderung, daß der bisherige Zollverein nur unter der Bedingung erneuert und fortgesetzt werden könne und dürfe, daß die Gesetzgebung in die Hände der Bundesgewalt und einer parlamentarischen Vertretung der Bevölkerung des Vereinsgebietes gelegt, und auf dieser Grundlage ein Provisorium bis 1870 errichtet werde, in der Voraussetzung, daß zwischenzeitig die Entwickelung der Dinge dahin führe, daß von 1871 ab der Begriff des

Bundesstaats und der des Zollvereins einander vollständig decken*).

Die Beschlüsse des Vorstandes des deutschen Handelstages, der um dieselbe Zeit in Braunschweig versammelt war, bewegen sich in der nämlichen Richtung, so daß eine wörtliche Aufführung derselben nicht nöthig ist. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich und entziehen sich dadurch der Wiedergabe.

Prüfen wir den Werth der Beschlüsse des volkswirthschaftlichen Kongresses, so wirft sich zunächst die Frage auf: „Was ist, oder was war, der deutsche Zollverein?" Diese Frage zu beantworten, politisch und wirthschaftlich korrekt zu beantworten, ist sehr schwer, selbst in dem allzeit zur Formulirung von Definitionen (womit aber zuletzt in der Regel sehr wenig geholfen ist) so sehr geneigten und geschickten schriftgelehrten Deutschland.

Ein Institut wie der deutsche Zollverein war noch nicht da in der Geschichte und wird auch schwerlich jemals wiederkommen, weil die politische Krankheit, woran Deutschland von 1815 bis 1866 litt, eine seltene ist. Unbeschadet des Respektes, den der Zollverein durch die von ihm der wirthschaftlichen und nationalen Entwickelung Deutschlands in vollstem Maße geleisteten Dienste verdient, unbeschadet der ruhmreichen Stellung, die er sich in der Geschichte unseres Vaterlandes erworben hat, dürfen wir jetzt — auf der Schwelle einer besseren Zukunft —, ohne undankbar zu sein, doch sagen, er war keine normale und bleibende, sondern eine abnorme und vorübergehende Institution, die, was den norddeutschen Bund anlangt, schon innerhalb Jahresfrist durch die Bundesverfassung überholt und für uns über-

*) Die Geschichte, wie sie nach der Braunschweiger Versammlung verlief, hat meinem Vorschlag unter Satz 3 den Vorzug gegeben vor dem Biedermann'schen Amendement. Daß man aber die Verträge, statt nur auf 3—4 Jahre, auf 12 Jahre abgeschlossen hat, betrachte ich auch heute noch als einen Fehler.

flüssig gemacht wird, wenn wir sie auch den süddeutschen partibus annexis vorläufig noch gönnen wollen. Wir werden diesen Satz, welcher auf den ersten Blick vielleicht paradox klingt, näher erläutern:

Es ist die Regel bei allen gesunden Nationen, daß das Gebiet der wirthschaftlichen Einheit und das der nationalpolitischen Einheit einander decken. Die politische Gesellschaft und die wirthschaftliche Gesellschaft bewegen sich unter dem Schutze der nämlichen einen Staatsgewalt und des nämlichen Rechts und Gesetzes auf demselben einheitlichen, ungetheilten und untheilbaren Gesammtstaatsterritorium.

Auch die schweizer Eidgenossenschaft und die amerikanische Union liefern kein Argument dagegen. Beide haben, obwohl in einzelne Staaten und Kantone getheilt und somit zusammengesetzte (und nicht einheitliche) Staaten, doch eine wirkliche Zentralregierung, eine Zentralrepräsentation der Bevölkerung, einen obersten Bundesgerichtshof, ein Gesammtstaatsbürgerrecht, ein Gesammtstaatswahlrecht für alle Bürger der Union und der Eidgenossenschaft, das sie aktiv und passiv ausüben können in allen Orten, auch in denjenigen Staaten, Territorien und Kantonen, wo sie nicht als spezielle Kantonal- oder Territorialbürger eingeschrieben sind, also ein Anrecht eines jeden Gesammtstaatsbürgers an das ganze Gesammtstaatsgebiet, ohne Rücksicht auf die geographischen Unterabtheilungen desselben und an die ganze Staatsgewalt; und umgekehrt auf der anderen Seite ein direktes Anrecht der obersten Bundesgewalt auf die Personal- und Finanzkraft des ganzen Gebietes und aller Bewohner desselben, ohne daß es zu dessen Ausübung einer Vermittelung der einzelnen Staaten- und Kantonalregierungen bedarf. Die Schweiz und Nordamerika sind Bundesstaaten, Deutschland war bisher nur ein „Staatenbund". Kein Gesammtstaat, kein Gesammtstaatsbürgerrecht; souveräne Staaten, keine Bundesregierung; an der Stelle der letzteren nur eine Gesandtenkonferenz ohne Exekutive, gebunden an Instruktionen ihrer Auftraggeber;

so daß das Ganze hinter dem Einzelnen zurücktreten, daß man vor Bäumen keinen Wald, vor lauter engen, engeren und engsten Vaterländern kein Deutschland sah!

Als nun alle diese einzelnen Staaten in dem Vollgefühle ihrer jungen Souveränetät und „unter des durchlauchtigsten deutschen Bundes schützenden Privilegien“ sich 1816 einzurichten begannen, Zölle etablirten, Grenzpfähle und Schlagbäume pflanzten, ein Heer von „Zöllnern und Sündern“ (sit venia verbo!) anstellten, da wurde es sehr enge und unheimlich bei uns. Deutschland wurde arm. Anfangs wußte es nicht, woran das lag. Auf einmal merkte es, daß ihm die wirthschaftliche Einheit fehle. Aber wie sie schaffen? Bei dieser politischen Zerrissenheit! War das nicht eine Aufgabe, schwierig wie die Quadratur des Zirkels, oder das Perpetuum mobile?

Die Art, wie man diese Aufgabe, unter Anwendung des äußersten Maßes von Scharfsinn, Geschichtskenntniß und Patriotismus — man denke an Nebenius in Karlsruhe und Kühne in Berlin! — zu lösen wußte, erinnert uns gleichwohl stets — vielleicht sehr unpassender Weise, aber leider doch immerhin zutreffender Weise — an eine alte schnurrige Studentengeschichte.

An einigen kleinen deutschen Hochschulen herrscht die Unsitte, daß man die Studenten, welche ihre Schulden nicht bezahlen, mit Stadtarrest belegt und dadurch zwingt, auch fernerhin „fremdes Erz zusammenzuziehen.“ Ein mit solchem Banne belegter unglücklicher Musensohn erhält Nachricht aus der Heimath, sein Vater liege bedenklich krank, er möge eiligst nach Hause kommen. Aber, er hat Stadtarrest. Er eilt zum Prorektor, einem wohlwollenden, gutherzigen, alten Theologen. Er zeigt ihm den Brief. „Eilen Sie nach Hause!“ sagt der Prorektor. „Ich kann nicht,“ erwiedert der Student, „ich habe Stadtarrest, heben Sie meinen Stadtarrest auf.“ — „Ich kann nicht,“ sagt nun der Prorektor, „das kann nur das Universitätsgericht und dieses tritt erst übermorgen zusammen!“ — „Aber,

um Himmels willen, was thun?" ruft verzweifelnd der Student. Der Prorektor sinnt nach, er sinnt lange nach. Anfangs bange, trüb und ernst, endlich immer heiterer, sagt er zuletzt: „Jetzt hab' ich es, reisen Sie ab, reisen Sie sogleich nach Hause, aber unter strengster Beibehaltung des Stadtarrestes!"

Die Abreise mit Beibehaltung des Stadtarrestes — die wirthschaftliche Einheit mit Beibehaltung des Uebermaßes politischer Zersplitterung und Spaltung — das ist der Zollverein. Wir geben bereitwillig zu, eine schulgerechte Definition ist das nicht, aber es ist die einfache reale Wahrheit. Kein Wunder, daß die politische Vielheit und die wirthschaftliche Einheit in fortwährende Reibung und Konflikte geriethen, bei welchen die erstere, weil sie obrigkeitlich konstituirte Organe besaß, in der Regel siegte über die letztere, welche solcher Organe entbehrte, und dafür in der auftragslosen Geschäftsführung Preußens und in der Zollkonferenz, welche sich wieder aus einer an Mehrheitsbeschlüsse nicht gebundenen Vielheit zusammensetzte, nur einen äußerst mangelhaften Ersatz fand.

Und doch, wie sehr hätte der Partikularismus Grund gehabt, dem Zollverein dankbar zu sein! Der letztere, indem er dem Partikularismus, unter gleichzeitiger Aufbesserung der Finanzen, jene Last der Zollschranken, mit welcher er am schwersten auf den wirthschaftlichen Verkehr der bürgerlichen Gesellschaft drückte und die produktiven Klassen zur Unzufriedenheit aufstachelte, abnahm, fristete demselben sein Dasein und würde ihm dasselbe noch weit länger gefristet haben, wenn nicht der Partikularismus durch die gröbsten Excesse und Fehler, unter welchen der Undank und die Feindseligkeit gegen den Zollverein nicht die letzte Stelle einnimmt, in arger Verblendung seinem Untergange in die Hände gearbeitet hätte.

Statt längerer Ausführungen wollen wir einige historische und politische Parallelen nur mit ein paar Strichen andeuten. Die Geschichte zusammengesetzter Staatenkomplexe bietet solche.

Die im Jahre 1848 gegründete Einheit der Schweiz ist, trotz einzelner Putschgelüste, trotz des Kantönligeistes, des Ultramontanismus und sonstiger feindlicher Gewalten, hauptsächlich deshalb so dauerhaft, weil man im Innern die wirthschaftliche Einheit hergestellt und an den Außenlinien das Freihandelsprinzip adoptirt und damit den Samen der Zwietracht beseitigt hat.

Umgekehrt hat in der amerikanischen Union das von der Bundesregierung im Widerspruch mit den allgemeinen Interessen und insbesondere auch denen der Südstaaten festgehaltene und nahe bis an die Grenze des Prohibitivsystems emporgeschwindelte Prinzip der Schutzzölle, nächst der Frage der Sklaverei — in dem einen Stück hatte der Süden Recht, in dem andern der Norden —, am meisten dazu beigetragen, einen verhängnißvollen vierjährigen Bürgerkrieg, der die Existenz des Gemeinwesens bedrohte, heraufzubeschwören. Es hindert noch bis zur Stunde die volle Versöhnung; und wenn die Yankee-Staaten in Zukunft fortfahren, mit gewohnter Bornirtheit und Hartnäckigkeit an einem hirnverbrannten Schutzzollsystem festzuhalten, werden sie eine Koalition des Südens und des Westens wider den Osten heraufbeschwören.

In den italienischen Staaten, deren Geschichte die Idee der Einheit früher kaum jemals in körperliche Erscheinungsform hat treten sehen, würde die Begeisterung für die „Italia una“ schwerlich so rapide Fortschritte gemacht haben, wenn nicht früher der Partikularismus durch ein wahnwitziges Paß- und Mauthsystem alle Adern des Verkehrs unterbunden hätte. Wäre in Italien bei Zeiten ein Zollverein nach Art des deutschen zu Stande gekommen, oder hätte der politische Partikularismus in irgend einer andern Form dem wirthschaftlichen Einheitsbedürfnisse dieses für den Handel geschaffenen Landes Konzessionen gemacht, vielleicht säßen die Fürsten von Toskana, Parma, Modena &c. noch auf ihren Thronen.

Der Partikularismus begriff diese mäßigende, mildernde und vermittelnde Stellung des Zollvereins nicht, der den Stoß

der wider einander prallenden Einzelngewalten brach, wie jene an den Stirnseiten der Eisenbahnwagen angebrachten „Buffer" durch ihre Weichheit die Stöße auffangen und unschädlich machen und dadurch verhindern, daß die schwer beladenen unelastischen, harten Wagengestelle durch das Aufeinanderstoßen zertrümmert werden.

Der kleinstaatliche Partikularismus in Deutschland haßte leider den Zollverein als, wie Fouquier-Tinville terroristischen Andenkens sagte, des „Verdachts verdächtig", weil die wirthschaftliche Einheit Vorläufer der politischen Einheit ist; er haßte ihn, weil Preußen dessen Führer und Gründer ist. Denn je eifriger er mit dem Munde Preußens nationalen Beruf läugnete, desto aufrichtiger glaubte er, in Haß, Neid und Furcht, im Grunde des Herzens daran. Preußen aber schwieg und dachte mit Cicero: „Oderint dum metuant." (So lange ich ihnen Respekt einflöße, habe ich ihren Haß nicht zu fürchten.)

Gleichwohl machte es der Partikularismus (welcher eine Koalition einging mit Allem, das den wirthschaftlichen Fortschritt, und Allem, das den Staat Preußen haßt, — mit den Schutzzöllnern, mit den Ultramontanen und den Muckern, mit den großdeutschen Demokraten und den großdeutschen Aristokraten, mit den Anarchisten und den Sozialisten, mit den Lassallianern und den „Volksvereinen", mit den idealen Freiheitsschwärmern und den unklaren Utopisten —) dem Zollverein schwer, theilweise sogar unmöglich, seine Mission der Gründung eines einheitlichen Wirthschaftsgebiets vollständig durchzuführen.

Für die Waaren waren die Zollschranken zwar gefallen (mit Ausnahme der Uebergangsabgaben von Branntwein, Bier, Tabak ꝛc., die ihren Grund in der Verschiedenheit der internen Steuersysteme suchen). Für die Menschen aber, für die Arbeitskraft, für die Niederlassung, für den Gewerbebetrieb bestehen sie leider noch; und da die westeuropäischen Handelsverträge dem Fremden, d. h. dem Angehörigen des vertragschließenden auswärtigen Staates, in jedem einzelnen der Zollvereinsstaaten

„die Rechte des Inländers" verleihen, so befinden wir uns gegenwärtig in der unbegreiflichen Lage, daß in Frankfurt z. B. in Betreff der gewerblichen Niederlassung ein Franzose und ein Italiener unbestreitbare Rechte hat, welche allen übrigen Deutschen, welche den nächsten Nachbarn, den Darmstädtern, den Mainzern, den Bockenheimern, den Hanauern, den Wiesbadenern als „deutschen Ausländern" tagtäglich abgesprochen wurden, — ein Zustand, der unvereinbar ist mit dem Nationalgefühl und dem der Bundesstaat trotz des Widerstrebens des Frankfurter Pfahlbürgerthums wohl ein Ende machen wird.

Dazu kam der bereits erwähnte Mangel an einer Vereinsregierungsgewalt und einer Organisation. Die nur nach längeren Zwischenräumen periodisch zusammentretenden Zollkonferenzen litten an denselben Fehlern wie der Bundestag, und noch an mehren anderen dazu. Sie waren geheim. Die Instruktionen der Bevollmächtigten wurden nur von den Regierungen ertheilt, oft im direktesten Widerspruch mit den ausdrücklichsten Erklärungen und Beschlüssen der Volksvertretung. Man vergleiche z. B. die preußenfeindliche Haltung der Regierungen von Hessen-Darmstadt und Nassau in der Zollvereinskrisis von 1862 bis 1864 gegenüber den diametral entgegengesetzten preußenfreundlichen Resolutionen ihrer Landtage. Letztere hatten schließlich nur, wenn sie nicht gegen den Stachel der Einheit lecken wollten, faits accomplis zu registriren. Jede, auch die kleinste Regierung, mochte ihr Land auch nur so viel Einwohner haben, wie eine kleine Provinzialstadt, oder auch nur so viel Flächengehalt, wie eine große Dorfmark, hatte das „liberum veto" des polnischen Reichstages; und viele davon waren in dem Vollgefühl ihrer souveränen Selbstüberhebung und Eigenmacht nur zu geneigt, auf Kosten der Gesammtheit zur Hintertreibung gemeinnütziger Reformen Gebrauch davon zu machen.

So war es denn noch bei allem Unglück als ein wahres Glück zu betrachten, daß der Zollverein kündbar war, daß er nur auf zwölf Jahre geschlossen wurde, und daß bei jeder Kündigung

und bei jedem Ablauf der Vertragsperiode die schicksalsschwere Frage an ihn herantrat: „Sein oder Nichtsein?" — Nur in dieser Bedrohung lag die Möglichkeit des Fortschritts. Denn der Partikularismus, zwischen die Alternative gestellt, das Recht der Erstgeburt, d. h. seine Scheinsouveränetät, oder das Linsengericht, d. h. die reichlichen und schwer entbehrlichen, einer landständischen Verwilligung nicht unterliegenden Zolleinkünfte, zu verlieren, zog es vor, letztere zu behalten.

Der Zollverein konnte sich nur durch periodische Krisen, welche den Charakter schwerer, fast tödtlicher Krankheiten annahmen, entwickeln. Nur dadurch, daß er alle zwölf Jahre einmal fiel oder zu fallen schien, konnte er sich vorwärts bewegen. Preußen war die vorwärts bewegende, das Gefühl der Kohärenz der materiellen Interessen war die zusammenhaltende Kraft. Die Mittel- und Kleinstaaten repräsentirten das hemmende und zentrifugale Element. Oesterreich aber spielte jene Rolle, welche der bereits zur ehrwürdigen Exzellenz herangereifte Goethe in einem Rückfall in den burschikosen Uebermuth seiner Jugendjahre bildlich dargestellt hat. Ich spreche von jener Zeichnung, auf welcher wir Kotzebue, der trotz aller Zudringlichkeit in den engeren Zirkel des Weimarer Musenhofes nicht zugelassen und durch den Ausschluß sehr erbittert wurde, in einer niederen Verrichtung auf der Erde zusammengekauert und mit den Worten:

„Ach könnt' ich doch dort oben hinein!
Wie schnell sollt' Alles ver — — sein!"

neidisch zum Olymp hinaufschielen sehen, wo Schiller, Goethe, Herder u. A. wandeln.

In der Zwischenzeit, inmitten jener periodischen Krisen, war die handelspolitische Gesetzgebung des Zollvereins zur Unthätigkeit verurtheilt. Denn jede Bewegung ließ fürchten, daß der Verein auseinanderfiel. Er glich darin jenem Manne in der deutschen Heldensage, der gespalten durch den Hieb eines von Wieland dem Schmiede geschmiedeten Schwertes, infolge der

Schärfe dieses Instruments und der dadurch bedingten verschwindend kleinen Breite der Schnittwunde, noch zusammenblieb, so lange er sich stille hielt und sich erst dann halbirte, als er sich bewegte.

Alle diese Krankheiten und Krankheitssymptome traten bis zum Uebermaß zu Tage während der Zollvereinskrisis von 1862 bis 1864. Als auf dem volkswirthschaftlichen Kongreß im September 1863 in Dresden dieser Umstand, mit bangen Befürchtungen für die Zukunft des Vereins, hervorgehoben wurde, erlaubte ich mir als Vorsitzender die beschwichtigenden Worte:

„Die gegenwärtige Konstellation in der Zollvereinskrisis unterscheidet sich nur dadurch von der bisherigen, daß sie die auch schon früher vorhandenen faulen Säfte an die Oberfläche getrieben und offen gelegt hat. Das aber, meine Herren, betrachte ich nicht als ein Unglück, sondern als den Anfang der Heilung!"

Dem Zollkrieg, der 1862 bis 1864 mit Noten geführt wurde, ist 1866 der wirkliche Krieg mit Zündnadeln und Kanonen gefolgt. Dieser unterscheidet sich von jenem nur, wie eine akut verlaufende Krankheit von einer chronischen. Die Krisis ist glücklich verlaufen. Jetzt gilt es, einem Rückfalle und einer neuen Krankheit vorzubeugen, die veränderte Sachlage zum Guten auszubeuten.

Zu diesem Zwecke bedarf der Zollverein einer organischen Gliederung, welche den Partikularismus durch Aufhebung des „liberum veto" entwaffnet, und neben die Zentralregierung eine Vertretung der bürgerlichen Gesellschaft stellt, um deren wirthschaftliche Interessen es sich ja doch handelt.

Dieses Ziel (zu dessen Erreichung man bisher nur Halbheiten, wie ein „Zollparlament" u. dgl. vorzuschlagen wußte) wird erreicht durch Gründung des Bundesstaats. Die zentrale Bundesgewalt und die ihr zur Seite stehenden Repräsentanten der Nation geben der Idee der wirthschaftlichen Einheit den kräftigen, mit Fleisch und Blut ausgestatteten stattlichen staatlichen

Körper, dessen sie zu ihrer Realisirung bedarf. Diese Forderung ist unabweisbar. Ihr muß sich fügen, wer irgend bei dem Verein um Zulassung nachsucht.

Allerdings behält der Neubau noch das Kennzeichen der Unfertigkeit dadurch, daß das Gebiet der wirthschaftlichen Einheit um etwa 8 Millionen Menschen größer sein wird, als das der politischen Einheit. In der That ist dies ein Mißstand für das ästhetisch blickende Auge des theoretisch-doktrinär gebildeten Politikers. Für den praktischen Blick des Volkswirths ist es keiner. Er weiß die Schmerzen und Gefahren einer Amputation zu würdigen und zieht deshalb der gewagten raschen Operation die zwar langsame, aber sichere Heilung durch ein Uebergangsstadium vor.

Der Bundesstaat kann nie und nimmer verzichten auf seine unitarische wirthschaftliche Funktion durch organisch konstituirte Regierungsgewalt und Nationalvertretung. Er muß an die Stelle der vielköpfigen Anarchie die einheitliche Ordnung setzen. Eine Transaktion hierüber ist unmöglich.

Aber er kann diejenigen Mitglieder des alten Zollvereins, welche dem Bundesstaate nicht beitreten wollen, sollen oder können, auch in den neuen wirthschaftlichen Verband zulassen, unter der Bedingung, daß sie verzichten auf die feindlichen Bestrebungen, welchen alle bisherigen Wirrsale, Widerwärtigkeiten und Hemmnisse entsprangen. Er kann dies um so mehr, als die Gefahr des Dualismus, welche durch den Eintritt Oesterreichs oder auch schon durch die bloße „Anstrebung" dieses Eintritts drohete, nunmehr endgültig entfernt ist.

Freilich ist eine strikte Garantie dafür erforderlich, daß wir nicht wieder, wie schon so oft, zwischen Thüre und Angel hängen bleiben, d. h. daß nicht die Uebergangssituation sich in einen bleibenden Zustand, daß nicht das Provisorium sich in ein Definitivum verwandle. Das geeignetste Mittel zu diesem Zwecke scheint uns der von dem volkswirthschaftlichen Kongreß auf Antrag der Herren Biedermann und Faucher acceptirte Endtermin.

An die Stelle der von Herrn Grumbrecht vorgeschlagenen

„Peitsche", welche Freund und Feind beschädigt, setzt dieser Antrag die weit unwiderstehlichere „douce violence" der Zeit und der allmälig wachsenden Einsicht. Die gewährte Frist hindert die augenblickliche Zerreißung alter Verbindungen, die beiden Theilen durch eine dreißigjährige „süße Gewohnheit des Daseins" und des Zusammenwirkens lieb und werth geworden sind. Sie gewährt dem Süden Muße zur Abkühlung und Sammlung, zum geistigen und körperlichen Hineinwachsen in die neuen politischen Formen, und dem Norden gewährt sie die Gewißheit, daß seine Nachsicht nicht mißbraucht wird, und daß es nach Ablauf weniger Jahre heißt: „Die Thüre muß offen sein, oder geschlossen!"

„Der Zollverein" — so sagen wir mit Otto Michaelis — „ist die Vorschule gewesen für den norddeutschen Bundesstaat, er wird auch die Vorschule sein für den nationalen Staat, das Ziel unserer heißesten Wünsche."

II.

Deutsch-amerikanische Schwabenstreiche.

Ein

1867er Pfingstbrief.

„Ridendo dicere verum."

Der Partikularismus der Schwaben in Württemberg ist in der That für uns Andere ein auffallendes Phänomen, namentlich wenn wir bedenken, daß es Schwaben sind, mit welchen die Geschichte des alten deutschen Reichs endet und die des neuen anhebt. Unter diesen großen welthistorischen Schwaben meine ich die Hohenstaufen und die Hohenzollern. Gestatten Sie mir ein Wort der Erläuterung. Ich bekämpfe, wie Sie wissen, alle Monopole und verweigere daher auch dem, welches sich die Verfasser der Hand- und Lehrbücher der deutschen Geschichte angemaßt haben, — nämlich dem Monopol der ausschließlichen Berechtigung, die deutsche Geschichte in Perioden zu theilen — alle und jede Anerkennung.

Ich habe mir meine Eintheilung selbst gemacht. Ich theile die Geschichte unseres Vaterlandes in drei Perioden. Die erste ist die des alten deutschen Reichs, das eine Universalmonarchie sein wollte, darüber mit dem Papstthum, das ebenfalls die Weltherrschaft anstrebt, in die Haare gerieth und dabei den Kürzeren zog. Der Höhepunkt dieser Epoche ist

die Zeit der mächtigen Sachsen und Franken; der Verfall beginnt mit dem Tage von Canossa, wo ein deutscher Kaiser im Büßerhemde die Gnade eines römischen Priesters erbetteln mußte, und endigt unter den Hohenstaufen, welche sich ritterlich wehrten, aber an dem Weltherrschaftstaumel zu Grunde gingen.

Die dritte Periode ist die des neuen deutschen Reichs. Wenn man das Niedergehn der ersten mit Canossa markirt, so kann man als Aufgangspunkt der dritten Fehrbellin bezeichnen, wo der große Kurfürst die Fremdherrschaft der Schweden brach. In dieser dritten Periode entsteht das deutsche Königthum, nicht auf universalistischer, sondern auf streng nationaler Grundlage. Es identifizirt sich mit den Kulturinteressen des deutschen Volks und prügelt die Fremden zum Lande hinaus, zuerst die Schweden, dann die Franzosen und endlich auch die spanischen Habsburger. Letztere übten nämlich in Deutschland ganz dieselbe Fremdherrschaft aus, wie in Italien. Man darf sie auch durchaus nicht identifiziren mit den Deutschen in der habsburgischen Monarchie. Diese Deutschen fühlen sich dort mit jedem Tage unbehaglicher. Sie sinken in Folge des egoistisch-kosmopolitischen Verhaltens ihrer Dynastie immer mehr zu der Rolle einer kaum noch geduldeten, sondern schon zu der einer gedrückten Bevölkerung herunter, welche bald erkennen wird, was sie bisher nicht erkannt hat, — nämlich daß sie ihren wahren Schutz und Rückhalt mit Erfolg nirgends suchen kann, als bei der großen deutschen Nation und bei der dieselbe repräsentirenden Staatsgewalt Preußens und des norddeutschen Bundes.

Die zweite oder mittlere Periode ergiebt sich aus dem Anfang der dritten und dem Ende der ersten. Es ist die Periode der anarchisch-polnischen Kleinfürsten- und Dynasten-Republik in Deutschland. Während derselben sind die Territorialgewalten immer mehr in die Höhe gekommen und haben sich vorzugsweise und fast möchte ich sagen:

„liebevoll" damit beschäftigt, sich unter einander so viel wie möglich zu schädigen und die deutsche Nation zu Grunde zu richten, oder an das Ausland zu verrathen. Wenn ihnen letzteres nicht vollständig gelungen ist, so sind sie wenigstens von jeder Schuld an dem Mißerfolge ihrer energischen Bestrebungen von jedem unparteiischen Geschichtschreiber freizusprechen.

Will man die drei Perioden mit dem Namen von Herrscherhäusern bezeichnen, so nenne man die erste die der Waiblinger (Ghibellinen), die zweite die der Welfen und die dritte die der Hohenzollern.

Sobald die Württemberger sich von der Wahrheit dieser Geschichtseintheilung (der Lobredner des humanen Grafen Tilly und des aufrichtigen Georg Rex, Herr Onno Klopp, wird sie wahrscheinlich als „kleindeutsche Geschichtsfälschung" bezeichnen) überzeugt haben, werden sie ohne Zweifel gute Unitarier werden, schon ihren speziellen Landsleuten, den Hohenstaufen und Hohenzollern, zu Liebe.

„Aber," fragen Sie, „werden sich die württembergischen Schwaben überhaupt je überzeugen?"

Ich weiß es nicht, aber ich hoffe es. Ich halte den schwäbischen Stamm, mitinbegriffen die Württemberger, welche freilich nur einen Theil desselben bilden, für den begabtesten Deutschlands. Hat er uns nicht, um von Anderen zu schweigen, Kepler, Schiller, Wieland, Hegel, David Strauß und Berthold Auerbach gegeben? Die beiden Letzteren haben ja in dem sonst so kalten Berlin Furore gemacht. Eine gebildete Berlinerin, die für Beide schwärmte, (wenigstens sagte sie so), ließ sich dieselben alle zwei auf einmal vorstellen und brach dabei in die rührende Apostrophe aus: „Jott, wie reizend! hier der Meister des Worts (Auerbach) und da der Meister der Töne (Strauß)!" Die gute Dame hielt nämlich den Verfasser des Lebens Jesu für den Walzercomponisten. Dieser Irrthum hinderte sie jedoch durchaus nicht, für ihn zu schwärmen. Davon, daß im Schwabenlande Jemand für

Bruno Bauer geschwärmt und ihn etwa mit dem „Sub-Marine-Ingenieur“ Bauer verwechselt hätte, ist Ihnen wohl noch Nichts bekannt geworden? Mir auch nicht.

Schwaben hat allerdings die böse Eigenschaft an sich, daß es seine großen Männer in's nichtschwäbische Ausland gehn läßt und Nichts für sie thut. Hegel, Strauß und Auerbach gingen nach Berlin, Schiller und Wieland nach Weimar. Kepler mußte nach Linz, Graz, Prag, Wien, Rostock wandern, um ein Stück Brod zu suchen, und fand es schließlich doch nicht, so daß er am Ende Hungers starb. Nach seinem Tode, das versteht sich, hat man ihm ein Monument gesetzt. Das thaten jedoch nicht seine Landsleute, die Schwaben, sondern der alte Fürst-Primas; auch steht das Denkmal nicht in dem schwäbischen Dorfe, wo Kepler das Licht der Welt erblickt hat, sondern in der Stadt Regensburg, wo ihm der Tod eine Ruhestätte gab, die ihm seine Heimath im Leben versagt hat.

Man sagt, die Schwaben bekämen ihren Verstand erst mit vierzig Jahren. Dies ist falsch. Ich zähle unter meinen dortigen Bekannten Manchen, der mir den unwiderleglichsten Beweis eines weit früheren Anfangstermines durch seine eigene Person geführt hat. Wahr ist es aber, daß sich die hohe Begabung des Schwaben desto rascher entwickelt, je mehr er mit Nichtschwaben in Berührung kommt und sich in der Fremde umhertreibt.

Ich brauche nicht an die Hohenstaufen und die Hohenzollern, an Kepler und Hegel, an Schiller und Wieland, an Strauß und Auerbach zu erinnern. Wir haben die Beispiele in Unzahl täglich vor Augen. Der Württemberger namentlich hat leider einen ausgeprägt separatistischen Hang; er hat diesen Hang weit mehr als die Alamannen (Schwaben) in der Schweiz, welche mit Italienern, Rumaunschen und Franzosen; mehr als die Alamannen in Baden, welche mit Franken; mehr als die Alamannen im Elsaß, welche mit Lothringern und Franzosen; mehr als die

Schwaben in dem Königreich Bayern, welche mit Bajuvariern und mit Franken politisch in einen Topf geworfen sind. Je mehr der Württemberger diesem Absonderungstrieb huldigt, desto mehr treten seine guten Eigenschaften zurück und seine schlechten zu Tage. Unter die schlechten rechne ich Kleinmeisterei und Kleinstädterei; Schildburg und Krähwinkel; Neid und Mißtrauen; Grübelei, Frömmelei und Nihilismus; Kantönli-Geist und Haß gegen die Staatsidee; Partikularismus, Mangel an deutschem Patriotismus und Ueberfluß an Hang zur Französelei.

Man kann psychologisch nachweisen, daß alle diese Laster aus einer und derselben Quelle fließen, und wie sich diese Quelle im Laufe der Geschichte gebildet hat und bilden mußte. Sehr werthvolle Nachweisungen hierüber bietet uns für die Zeit vor fünfzig Jahren ein Buch, das der zweite König von Württemberg geschrieben oder doch wenigstens inspirirt hat, und dessen System heute noch die größte Wahlverwandtschaft hat mit den Auslassungen des Herrn Moritz Mohl wider die deutschen Hansastädte und denen des Stuttgarter Beobachter wider den preußischen Staat. Ich meine das „Manuskript aus Süddeutschland, herausgegeben von George Erichson," angeblich in London, bei James Gripsi (2. Aufl. 1821) erschienen und mit dem Motto versehen: „Vernehmt, was ich und mit mir mein Volk verlangen" (Quid ego et populus mecum desideret, audi. Horat.). Das „ich" ist der König, der „populus" ist nicht das deutsche Volk, sondern das schwäbische, oder richtiger: das württembergische, welches nach der spanisch-gasupinischen Vollblut-Theorie des angeblichen Demokraten Mohl den einzigen rein-deutschen Volksstamm bildet. Ich hoffe, bei einer anderen Gelegenheit auf jenes „Manuskript aus Süddeutschland" zurückkommen zu dürfen. Es hat nicht blos ein theoretisches und retrospektives Interesse, sondern bietet zugleich den praktischen Schlüssel zu manchen sonst beinahe unbegreiflichen oder unerklärlichen Erscheinungen der Gegenwart.

Glücklicher Weise hat diese Gegenwart die wirksamsten Gegengifte wider den württembergischen Absonderungstrieb. Die Eisenbahnen und Telegraphen der Freihandel und die internationale Arbeitstheilung, rücken ihm immer mehr zu Leibe. Und so kommt es denn, daß jetzt schon etwa ein Viertel der Bevölkerung dieses Rheinbunds-Königreichs gut unitarisch gesinnt ist; und wenn man nach der Schiller'schen Regel:

„Man muß die Stimmen wägen und nicht zählen"

verfährt, dann bedeutet dieses Viertel beinahe die Hälfte. Denn es repräsentirt den Besitz und die Kultur, die Intelligenz, das Haben, die Bewegung, den wirthschaftlichen Fortschritt. Dieses Viertel setzt sich nämlich aus folgenden Elementen zusammen:

Zuerst die Arbeiter-Bevölkerung, die geistig so hoch steht, daß sie die Verdienste zu würdigen weiß, welche sich der norddeutsche Bund um sie erwirbt kraft des Programmes, das in seiner Verfassung enthalten ist. Denn dieses Programm verkündigt das Evangelium des einheitlichen freien Wirthschafts-Gebiets und der Befreiung der Arbeit von allen jenen Fesseln, welche ihr in Deutschland das sinkende Mittelalter und der fiskalisch-büreaukratisch-polizeiliche Territorialstaat angelegt haben. Wenn ich von den Arbeitern in Württemberg spreche, so darf ich ihren treuesten Freund nicht unerwähnt lassen. Es ist der durch größere Arbeiten auf dem Gebiete der Volkswirthschaft und der Finanzwissenschaft bekannte Schriftsteller Dr. Eduard Pfeiffer in Stuttgart, den wir ohne Zweifel früher oder später in der württembergischen Kammer und im deutschen Parlament finden werden. Denn er verdient noch mehr in letzterem zu sitzen, als in ersterer, was immerhin ein zweifelhaftes Vergnügen ist. Er hat die Arbeiter im Süden bewahrt vor dem traurigen Schicksal, bethört, betrogen und mißbraucht zu werden von den einander befehdenden falschen Propheten und anmaßlichen „Präsidenten," welche sich fort-

während unter einander schimpfen und sich Arbeiter nennen, wie lucus a non lucendo.

Zweitens habe ich unter den Anhängern der Einheits-Idee zu nennen die größeren Industriellen, Kauf- und sonstigen Geschäftsleute. Auch viele Landwirthe haben sich schon angeschlossen. Es geht hier, wie mit dem Christenthum, das sich ebenfalls seiner Zeit nach und nach aus den Städten auf das Land verbreitete, weßhalb man auch die Heiden Landbewohner, Pagani, nannte. Pagani würde heut zu Tage in Württemberg zu übersetzen sein mit Stock-Schwab oder Nestl-Schwab (Neschtl-Schwab).

Drittens gehört hieher eine große Anzahl höherer Beamte und Offiziere. Die Offiziere namentlich sind durch das Jahr 1866, wo sie, trotz persönlicher Tüchtigkeit, unter der Ungunst des Bundes-Wirrwarr und der sonstigen Verhältnisse schwer zu leiden hatten, darüber belehrt, wie sehr in einem größeren Gemeinwesen bessere Gelegenheit zur Verwerthung von Fähigkeiten und Kenntnissen und zur Geltendmachung einer ersprießlichen Thätigkeit geboten ist.

Je mehr freilich in diesen Kreisen die deutsche Gesinnung Fortschritte macht, desto mehr versteifen sich die Schwarzen und die Rothen, die kleinfürstlichen Großdeutschen und die ultramontanen Undeutschen, die Pagani in den Rottenboroughs und die Kaffern auf dem Lande, in ihren Partikularismus. Der Gegensatz wird immer unversöhnlicher und der Kampf immer wilder, so daß er droht, die morschen Wände der Maikäfer-Schachtel aus einander zu sprengen, worin er geführt wird. Wenn heute in Württemberg nach dem allgemeinen Stimmrecht zum Reichstag gewählt würde, dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß die deutsche Partei in allen Wahlbezirken unterliegt, wenngleich sie ohne Zweifel überall eine ganz respektable, schwer in das Gewicht fallende Minorität aufzuweisen haben würde.

Natürlich würde man auch die Wahlbezirke je nach Zweck und Ersprießlichkeit zuzuschneiden wissen. Auf so was verstehen

sich die Herrn von Varnbüler und von Mittnacht vortrefflich. Auch hat im gegenwärtigen Augenblicke der erstere Eisenbahnen und Landstraßen, und der letztere Gerichtssitze zu vergeben.

„Aber," höre ich Sie fragen, „was wollen Sie gegen Herrn von Varnbüler? Hat er sich denn nicht gründlich ernüchtert von jenem Taumel, in welchem er: „„Wehe den Besiegten!"" rief? Ist er nicht gut deutsch? Hat er nicht das Ministerium Neurath gestürzt, das zur Zeit der Luxemburger Krisis eine zweideutige, oder richtiger gesagt: eine nur allzu unzweideutige Stellung einzunehmen versuchte? Hat er nicht bei verschiedenen Gelegenheiten seine preußenfreundliche Gesinnung versichert?"

Ich erwiedere: kann Alles wohl sein, beweist aber Nichts. Ich kenne brave Schwaben, welche behaupten, man wisse bei Herrn von Varnbüler niemals genau, was das Gesicht und was die Maske sei. In Berlin lasse er durch eine ihm sehr nahe stehende Person versichern, er stelle sich in Stuttgart nur deßhalb so partikularistisch, um im Stillen desto ungestörter Preußen Vorschub leisten zu können; und in Stuttgart versichere er selbst, er stelle sich in Berlin nur darum so unionistisch, um im Stillen desto ungestörter dem Partikularismus in Stuttgart Vorschub leisten zu können; jedenfalls sei er mehr österreichisch als preußisch gesinnt.

Sie wissen, ich bin sehr vorsichtig in meiner Kritik von Personen, und deßhalb möchte ich jenes harte Urtheil nicht unbedingt unterschreiben. Ich stelle mir vielmehr vor, Herr von Varnbüler hält es mit dem Spruche: „Amicus Plato, amicus Aristoteles, sed magis amica veritas!" und er übersetzt denselben so: Ich liebe Preußen und noch mehr liebe ich Oesterreich; aber am meisten liebe ich das Ministerium Varnbüler, das ich für wahrhaft unentbehrlich halte, und dem ich daher jedes Opfer bringe, um es zu erhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß ich heute mit meinen Anhängern aus der Vae-victis-Periode und morgen mit meinen Anhängern aus

der Nikolsburger Periode, und so mit Grazie in infinitum abwechselnd, weiter marschiren muß.

Seinen Justizminister hat sich übrigens Herr von Varnbüler noch in allerneuester Zeit aus der Zahl seiner Gesinnungsgenossen von ehedem und nicht aus der Reihe derer von heute gewählt. Der Chef des Justiz-Departements, Herr von Mittnacht, war sogar noch weit länger großdeutsch, als Herr Varnbüler. Noch im vorigen Herbst und Winter donnerte Mittnacht gegen Preußen. Er wußte damals offenbar noch Nichts von dem Schutz- und Trutzbündniß. Erst seitdem das letztere bekannt geworden, seit die „Mailüfterl" weh'n und die „Gelbveiglein wiederblühn," ist auch in Mittnacht's Brust eine mildere Gesinnung eingezogen. Auf wie lange? Wer weiß!

Dafür rechnet nun aber auch der „Beobachter, ein Volksblatt aus Schwaben" — so nennt er sich, ein Volksblatt, das seit längerer Zeit für ein Bündniß mit den Franzosen schwärmt und seit neuester Zeit auch für möglichst hohe Civillisten, durch deren Aufrechterhaltung oder Verwilligung der kluge Schmeichler die süddeutschen Fürsten von dem Eintritt in den norddeutschen Bund abhalten und für die Idee einer deutschen Föderativ-Republik gewinnen will, — der „Beobachter" also rechnet augenblicklich Herrn Mittnacht ebenfalls unter die Zahl der „Verräther". Er ist jetzt (ich setze aber immer hinzu: Wer weiß, auf wie lange?) in seinen Augen um kein Haar besser als Herr Hölder in Stuttgart und Herr Römer in Tübingen, die beiden Führer der National-Partei im Schwabenlande. Was den Professor Römer in Tübingen anlangt, so ist neuerdings wieder durch das Verdienst des schwäbischen „Volksblattes," welches den Namen des österreichischen „Beobachters" seligen Andenkens führt, ein außerordentlich schwarzes Verbrechen desselben an den Tag gekommen. Der Sachverhalt ist folgender: Herr Römer hat im wunderschönen Monat Mai, als alle Knospen sprangen, einen Ausflug auf die Achalm gemacht, auf

einen in der Nähe der guten Stadt Reutlingen gelegenen spitzen Berg, der eine schöne Aussicht bietet. Das ist nun, selbst nach den streng republikanischen Begriffen des für hohe Civillisten der Kleinfürsten begeisterten „Beobachters," an und für sich zwar noch kein Verbrechen; denn Römer hatte sich dabei doch innerhalb der Grenzen des königl. württembergischen engeren Vaterlandes bewegt. Allein es kommt schon besser. Auf diesem Wege beging Herr Römer die Unvorsichtigkeit, eine höchst verhängnißvolle Visitenkarte zu verlieren. Auf deren Vorderseite steht fein lithographirt zu lesen: „Dr. Karl Braun, Reichstags-Abgeordneter," und weiter unten: „Wiesbaden, 11. Emserstraße. Berlin, 55. Königgrätzerstraße." Auf der Rückseite des corpus delicti enthüllt sich jedoch erst der schlimmere Theil der schwarzen Unthat. Dort steht nämlich mit Bleistift, zwar etwas verwischt und unleserlich, aber für den republikanisch-tugendhaften Scharfsinn des „Beobachters" immer noch entzifferbar, zu lesen: „bittet um eine Karte zum Reichstags-Schlußakt, für Herrn Professor Dr. jur. Römer von Tübingen. Braun."

Diese Visiten-Karte also fand auf dem Wege zur Achalm ein Finder, der bis jetzt „dem stillen Veilchen gleich, gern im Verborgnen blüht." Dieser unbekannte Biedermann witterte Unrath. Sein patriotisches Herz erlaubte ihm nicht, auch nur eine Stunde die Sache für sich zu behalten. Er kann die Minute kaum erwarten, bis der nächste Bahnzug von Reutlingen nach Stuttgart fährt. Dort eilt er zu den kleinfürstlichen Republikanern, zu den Vätern des Vaterlandes, welche sich in dem Redaktionslokal des „Beobachters" vorfanden. Die Patres conscripti setzen ihre Brillen auf ihre respektiven Nasen und entziffern mit einem philologischen Scharfsinn, welcher dem Herausgeber des Corpus inscriptionum alle Ehre machen würde, die beiden eben mitgetheilten Inschriften auf dem Avers und dem Revers der verhängnißvollen Karte; und es dauert keine Viertelstunde, so schreien alle kapitolinischen Gänse auf beiden Ufern des Nesenbachs: „Verrath, Verrath, schwarzer

Verrath! Quiriten des Schwabenlands! Dieser Römer ist kein Römer mehr, sondern ein blutiger Karthager! Er ist kein furchtlos und treuer Schwabe mehr, sondern ein preußisches Ungeheuer. Reißt ihm die Kleider vom Leibe und untersucht seine Haut und Ihr werdet finden, daß sie gestreift ist: schwarz und weiß, wie die sterbliche Hülle des Zebras. Fluch über ihn! denn er war in Berlin. Was hat ein furchtlos-treuer Schwabe in dem Sodom des Borussenthums zu thun? Zweimal Fluch über ihn! denn er war im Reichstag; er hat dort, wenn auch nur aus der Vogelperspektive, vielleicht gar den — Gott sei bei uns — Bismarck gesehen, dieser entartete Sohn des Schwabenlands! Eher als daß er solche Greuel sah, hätte ein richtiger Schwabe das Haupt verhüllen sollen, wie Cäsar das seinige vor den Dolchen der Mörder. Dreimal Fluch über ihn! denn welch' schändliches Mittel wählte er zum schändlichen Zwecke! Er erwirkte sich eine Eintrittskarte durch jenen Dr. Braun, der auf dem Abgeordnetentage vom 1. Oktober 1865 unseren großen Volkstribun Oesterlen verspottet hat, weil er sich für die deutsche Föderativrepublik und für das deutsche Kleinfürstenthum zugleich erklärte, — durch jenen Braun, der die Stirn hatte, auf dem Abgeordnetentage vom 20. Mai 1866 die sibyllinischen Wahrsagungen — leider trafen sie nicht ein — unseres großen Propheten Frese über den Sieg des österreichisch-schwäbischen Südbundes über das nichtsnutzige Großpreußenthum, über den Untergang des Berlinerthums und den Triumph der föderativen Kleinfürsten-Republik für „faule Studentenwitze" zu erklären und sich nicht einmal irre machen ließ durch unsere Mordschläge, unseren tausendstimmig brüllenden Ruf „sittlicher Entrüstung;" — durch jenen Braun, der auf dem sogenannten Berliner Reichstage warnte, man möge dem Süden nicht zu eifrig nachlaufen; denn desto eifriger laufe derselbe fort; — der von uns, von den Volksvereinen in Württemberg, von der Partei des „Beobachters," in dem sogenannten Reichstag gesagt hat: diesen Leuten ist selbst Württemberg noch viel zu groß; sie

möchten die kleinsten Länder in Kirchspiele zerschlagen und an der Stelle der Staaten Kantönli etabliren, wo sich ein jeder ihrer Führer als Quasi-Souverän, als Präsident oder Diktator und dergleichen an die Spitze stellen könnte; — der uns zentrifugale staatsfeindliche Gewalten genannt hat. Von einem solchen Menschen nahm ein Römer, ein Schwabe, eine Karte! Schleppt ihn auf's Kapitol, stürzt ihn vom tarpejischen Felsen! Verrath!! Verrath!!!" — — —

So schrien die kapitolinischen Gänse an beiden Ufern des Nesenbachs, und am andern Tag meldete der „Beobachter" die Schauer-Geschichte und druckte sogar das Corpus delicti — oder wie der berühmte württembergische Patriot und Wahrheitsfreund Herr Röhrle, der mit dem Latein ebenso brouillirt ist, wie mit der deutschen Schriftsprache und einen Stolz darein setzt, keine Sprache, als die schwäbische, rein zu sprechen, sich ausdrückte: das Porcus delicti — auf Seite 4 seiner Nummer 134 vom 28. Mai 1867 wörtlich ab, indem er gleichzeitig auf Seite 1 einen vernichtenden und zermalmenden Leitartikel gegen Braun losließ, in welchem er denselben aus der Gesellschaft anständiger Schwaben verbannte und in die elender „preußischer Spitzeln und Preßknechte" verwies. Er vergaß freilich, daß es in Preußen keine „Spitzeln" giebt, sondern nur in Oesterreich, wo sie in der glorreichsten Zeit Metternichs erfunden und alle Ministerien — Pillersdorf, Doblhoff, Bach, Schmerling, Belcredi und Beust hindurch — mit jener stabilen Pietät, welche den wahrhaft demokratischen Volksstaat in Oesterreich charakterisirt, beibehalten worden sind. Was schadet indeß ein solcher Schnitzer einem schwäbischen Volksmann, der weder auf Talent noch auf Kenntnisse Anspruch macht, sondern nur auf entschiedenste Entschiedenheit, Gesinnungstüchtigkeit und Charakter?

Seitdem, d. h. seit dem 28. Mai, wartet der „Beobachter" und seine Partei in republikanisch-menschenfreundlicher Tugend darauf, welches Schicksal oder Verhängniß den besagten Römer ereile. Da der tarpejische Felsen einstweilen in Schwaben noch

fehlt, — ein Wink für den gelehrten Kultusminister Golther, diesem Mißstand abzuhelfen und dem dringenden Bedürfnisse nach einem solchen Marterinstrumente für schwarz-weiße Verräther entgegenzukommen — so würde der edle Verrina Hausmann (wie es bei Schiller heißt: „Verschworner Republikaner, schwer, ernst, düster, mit tiefen Zügen") und der tugendhafte Burgognino Meyer (nach Schiller: „ebenfalls Verschworner, edel und angenehm, stolz, rasch und natürlich" — vide „die Personen des Stücks" im Fiesko) seinen föderativ-republikanisch-kleinfürstlichen Ingrimm zur Noth auch dann befriedigt fühlen, wenn Herr Römer nicht zwar vom tarpejischen Felsen, aber doch von seiner Tübinger Professur heruntergeworfen und zum Schulmeister in irgend einem Dorfe auf der rauhen Alp degradirt würde, wie dies Kultusminister Golther mit dem Prof. Pauli machte, weil letzterer das schwäbische Nationalgefühl durch einen Aufsatz in den preußischen Jahrbüchern auf das gröblichste verletzt hatte.

Leider warten Verrina und Burgognino immer noch vergeblich und der Erstere bedauert aufrichtig, daß der Prof. Römer überhaupt und namentlich in der gegenwärtigen Jahreszeit, nicht auch einen Mantel trägt; sonst würde er es ihm machen, wie Verrina dem seligen Fiesko, der auch ein Verräther war. In Ermangelung dessen gehen die beiden edlen Republikaner alltäglich in den Spalten des „Beobachters" um und wehklagen in denselbigen, daß leider keine spartanische Zucht mehr sei in Württemberg, daß man dort verschmähe, politische Ketzer zu braten, was doch im Interesse der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes absolut nöthig sei, und daß die königliche Krone unrettbar dem Rande des Abgrundes entgegenrolle. Aber, sagen sie mit dem Kapuziner in Wallensteins Lager,

„Aber wie soll man die Knechte loben?
Kömmt doch das Aergerniß von oben!
Wie die Glieder, so ist auch das Haupt!
Weiß doch Keiner, an wen Der glaubt;

und unter dem „Der" verstehen sie hier nicht den Herzog von Friedland, sondern den von ihnen noch kürzlich seiner antipreußischen Haltung halber so sehr belobigten Herrn von Varnbüler. Denn von diesem schreibt der „Beobachter" jetzt (Nr. 120), „daß er den König Karl Schritt vor Schritt dem Verhängniß entgegenführe," und das föderativ-republikanische Blatt versucht dem Monarchen gleichzeitig zu Gemüthe zu führen, daß, wenn er nun nicht endlich mit dem Knüppel dreinschlage, er in Gefahr schwebe, um seine ökonomische Behaglichkeit, d. h. um seine Civilliste zu kommen. Der verblendete König hat aber den verführerischen Gesängen dieser bärtigen Sirenen, der „verschworenen Republikaner" Burgognino und Verrina, dieses Erlkönigs-Duplikats, das Geld verspricht, und zwar nicht „leise," sondern sehr laut auf offenem Markt, bis jetzt keine Folge gegeben. Videant Consules! — — — —

„Und a bissele Lieb', und a bissele Treu',
Und a bissele Falschheit, is all'mal dabei,"

heißt's auf schwäbisch.

An diese royalistischen Kundgebungen des republikanischen „Beobachters" reiht sich würdig eine schwäbische Korrespondenz an, welche sich in einem amerikanischen Blatte findet, nämlich in dem von dem verdienstvollen Lexow in New-York herausgegebenen „Belletristischen Journal;" man vermuthet, daß sie den berühmten Röhrle*) zum Verfasser hat. Sie enthält einen Bericht über die diesjährige Feier des Geburtstages des Königs Karl, angefüllt mit den landesüblichen Hochs und Böllersalven, bei welchen wir uns nicht länger aufhalten wollen. Als charakteristisch wollen wir aus der Festbe-

*) Röhrle ist kein Individuum, sondern ein Begriff, wie der Frankfurter Hampelmann, der Wiener Staberl und das Münchener Kindle, wie John Bull, Uncle Sam u. s. w. Röhrle ist der legitimistisch-demokratische Schreier auf der Bierbank und hat von dem seligen Freiherrn von Münchhausen den unwiderstehlichen Drang geerbt, die Wahrheit zu sagen.

schreibung nur zwei Punkte hervorheben. Erstens heißt es, „die Soldaten seien auf den Straßen herumgebummelt, die nagelneuen Kriegsmedaillen auf der Brust" — die treffendste Charakteristik und Kritik des dermaligen württembergischen Heerwesens, welche man mit einem Dutzend Worte ausdrücken kann: der Soldat bummelt, als wenn er dazu erschaffen wäre und trägt triumphirend, wie ein Siegeszeichen, die Medaille, welche geprägt ist zur Erinnerung an einen Krieg, der für ihn nichts aufzuweisen hat, als Retiraden und Niederlagen (wofür wir indessen die Mannschaft nicht verantwortlich machen wollen). Zweitens heißt es: „die Stadt Stuttgart sei mit schwarzgelben Fahnen geschmückt gewesen, dem verstoßenen Bruderstamm" — nämlich Oesterreich, dessen überwiegende Majorität Nicht-Deutsche sind — „zu Ehren." Hier belieben Herr Röhrle den Amerikanern einen Humbug vorzumachen, dessen sich selbst Ehren-Barnum nicht zu schämen hätte. Schwarz und gelb sind nämlich einfach die Farben der guten Stadt Stuttgart, und Herr Röhrle weiß das ohne Zweifel so gut, wie wir!

Auf einmal fällt es dem schwäbischen Korrespondenten des amerikanischen Blattes ein, seine Leser jenseits des Ozeans könnten in seiner begeisterten Schilderung der Geburtstagsfeierlichkeiten etwa „Unterthanengeist, Loyalitätsduft und Knechtssinn" wittern. Dies kränkt ihn. Er gebietet seiner Leyer Schweigen und greift zum Schwert, und zwar mit folgendem Aushieb beginnend: „Wir Schwaben sind in unserm Kerne (sic!) so gute Republikaner, als unsere Brüder am Ohio drüben. Aber was kann denn unser (folgt ein epitheton non ornans, das wir aus Schicklichkeitsgründen weglassen) — Karl dazu, daß er König von Württemberg ist?"

„Besteht schon von Alters her," fährt der republikanische Royalist fort, „im Schwabenlande ein eigenthümliches kordiales Verhältniß zwischen Volk und Dynastie (Zeugniß: Christian Schubart und der Hohenasberg, auf dem er zehn

Jahre ohne Verhör gesessen und den er körperlich und geistig gebrochen verließ, um bald darauf zu sterben), so sind die neuesten Ereignisse im übrigen Deutschland ein neues mächtiges Bindemittel geworden, zufolge dessen selbst die Rothesten der Rothen, selbst ein Meyer, Hausmann, Gustav von Struve und andere Leute, deren republikanische Gesinnung über alle Zweifel erhaben steht, sich mit Begeisterung um ihren König Karl schaaren."

Fürwahr ein Stoff für die Zeichner und Holzschneider des „Kladderadatsch" und der „Fliegenden Blätter," dieses schöne Bild, wie der alte Struve (der, in Rußland geboren, später oldenburgischer Legationssekretär, dann badischer Advokat und schließlich amerikanischer Journalist war, und also vielleicht russischer, oder oldenburgischer, oder badischer Unterthan, oder Bürger der Union, aber auf keinen Fall Unterthan von Württemberg ist) sich par dépit um „seinen" König Karl schaart! Wenn wir diese schwäbische Metapher in einfaches Deutsch übertragen, heißt sie: „Wir Republikaner schwärmen jetzt für König Karl, nicht weil's uns ernst ist, sondern nur um Preußen zu ärgern." Nun, Preußen wird ihnen von Herzen dieses kindliche Vergnügen gönnen. Denn König Karl ist besser, als seine Hof-Republikaner.

Der republikanische Royalist versichert sodann, daß sie sich in Schwaben (wo eine so bevormundungssüchtige und verzopfte Büreaukratie besteht als irgendwo in der Welt und außer der ersten Kammer, die nur aus Privilegirten besteht, auch noch einmal ein Viertel der zweiten aus Prälatur und Ritterschaft und für den Rest ein so antediluvianisches Wahlgesetz besteht, daß man sich wundern muß, wie doch noch vernünftige Menschen den Weg in die Volksvertretung finden) einer „verfassungsmäßigen Freiheit erfreuen, wie man sie sonst in keinem deutschen Lande findet."

Nachdem er sich das selbst bescheinigt hat (daß wir Andern es glauben, glaubt er selbst gewiß nicht, und er selbst, Herr

Röhrle nämlich, hat schon einige hundert Mal auf Volksversammlungen und auf der Bierbank das Gegentheil gesagt), wirft er sich mächtig in die Brust und ruft mit einer Stentorstimme, die von Stuttgart bis New-York schallt, aus:

„Wie kann man uns Württembergern zumuthen, uns aus dem schönsten Sonnenschein freiheitlicher Zustände (Zeugniß: der Hohenasberg) in den finsteren, eisigen Schatten des Borussismus zu begeben? Sollen wir alle unsere in Jahrhunderte langen Kämpfen mühsam errungenen Rechte, unsere schöne Preßfreiheit, unser unantastbares Vereins-, Versammlungs- und Steuerverwilligungsrecht, unsere ganze vortreffliche alte Verfassung" (hier vergißt sich Röhrle; gegen diese Verfassung ist noch im letzten Jahre eine heftige Opposition proklamirt worden, darunter natürlich auch die des Herrn Röhrle, aber was macht's? die in New-York wissen ja nichts davon), „mit einem Wort, unser gutes altes Recht, dahingeben für das neue Recht, um unter dem Namen der deutschen Einigung Kosaken Bismarck's zu werden?" Gut gebrüllt, Löwe!

„Lächerlich ist es," hebt er von Neuem an, „wenn Leute, denen die Peitsche" (warum nicht „Knute," die doch besser zu den „Kosaken" passen würde?) „Bismarck's auf dem Rücken brennt, von unfreien Zuständen in Württemberg sprechen wollen." (Röhrle, Röhrle, wie oft haben Sie selbst davon gesprochen?!) „Unfreiheit existirt heute in Württemberg nur noch insofern, als noch der brutale Einfluß eben jener Macht reicht, welche im Namen der Einheit auch über uns die Krallen ausstreckt und unsere nichtsnutzige Büreaukratie" (aha, also doch ein kleiner Schatten auf dem schönsten Sonnenschein freiheitlicher Zustände!) „am Ruder erhält, welche im andern Falle wir Württemberger schon längst davongejagt hätten."

Quod erat demonstrandum, — Preußen ist also schuld an dieser Büreaukratie und auch daran, daß sie nicht der tapfere Röhrle (der übrigens, trotz all seiner Tapferkeit, wie andere

hier nicht mit abgedruckte Stellen seines Briefes ergeben, ein abgesagter Feind der preußischen allgemeinen Wehrpflicht ist) schon längst beim Teufel gejagt hat. O Röhrle!

„Diese Varnbüler und Konsorten,“ fügt der republikanische Royalist hinzu, „haben sich in die obersten Staatsämter der Art eingefressen und ein so festes Netz elender Intriguen gesponnen, daß der König selbst sich dieses Geschmeißes nicht mehr entledigen kann.“ (Oh, Sonnenschein der Freiheit!) „Die geheimen Verträge mit Preußen kommen jetzt an's Licht. Die Wuth und Entrüstung der Volkspartei über diese neuen Enthüllungen namenloser Verrätherei ist unbeschreiblich groß*).“

„Was wird noch aus Deutschland werden? Der Südosten (die Ungarn, Kroaten und Czechen) ausgeschlossen und auf Rache lauernd, der Südwesten ein Tummelplatz wilder Leidenschaft (mehr Unverstand als Leidenschaft), der Norden mit der Gewalt des Säbels (soll heißen: des Parlaments) zusammengehalten, und im Westen die rothen Hosen mit einem Einfalle drohend und von vielen Leuten auch auf deutscher Erde mit Jubel begrüßt!“

Mit dieser Variation des von dem offiziellen „Staatsanzeiger“ ausgegebenen Schiboleths „Lieber französisch als preußisch!“ (oder deutsch) läßt der republikanisch-royalistische Schwabe seine schöne Seele jenseits des Ozeans voll austönen.

Aber es bekommt ihm schlecht. Denn in der Redaktion von Lexow's „Belletristischem Journal“ zu New-York sitzt auch ein Schwabe, und zwar ein sehr gescheidter, der die Welt gesehen und einen deutlichen Begriff von der Staatsidee bekommen hat. Dieser wilde Republikaner am Hudsonstrom antwor-

---

*) Es dauerte kein halbes Jahr, da war Röhrle wieder frère et compagnon mit Varnbüler und forderte — bei Zollparlaments-Wahlen — Arm in Arm mit ihm sein Jahrhundert in die Schranken.

tet dem zahmen Republikaner am Nesenbach in Lexow's Journal Folgendes:

„Briefe aus Süddeutschland sind uns jetzt immer besonders willkommen, und mit Vergnügen lenken wir die Aufmerksamkeit der Leser auf die in dieser Nummer veröffentlichte Korrespondenz aus Schwaben. In Norddeutschland ist eine Macht in dem Grade dominirend, und Alles muß sich einem Einflusse in dem Grade beugen, daß eine gewisse, ermüdende Uniformität und Monotonie unvermeidlich ist; im Süden dagegen wogt noch Alles hübsch bunt durcheinander, und trägt das Gewimmel auch zuweilen einen etwas komischen Anstrich, wissen auch die guten Leute oft selbst nicht recht, was sie wollen, so fühlt man sich doch frisch angeregt, und bei dem gesunden Kerne braucht man sich nicht der Befürchtung hinzugeben, daß nicht, nachdem die Elemente sich ein wenig ausgetobt haben, das Rechte gefunden wird. Unser Korrespondent berichtet von der Geburtstagsfeier des Königs Karl und meint, wir hätten kein Recht uns darüber aufzuhalten, denn Karl könne nichts dafür, daß das Schicksal ihn zum Könige gemacht, persönliche Animositäten hätten nichts mit der Politik zu thun, und die Schwaben seien darum doch ebenso gute Republikaner als wir. Alles dies ist uns neu und interessant, und besonders wundern wir uns darüber, daß gute Republikaner einen König umjubeln, weil er nichts dafür kann, daß er König ist. Den Grund müssen wir als durchaus originell und frappirend anerkennen. — (Es folgen nun einige hier nicht mittheilbare Stellen, weil sie sich auf Sätze des schwäbischen Republikaners beziehen.) — Unser Erstaunen wird noch gesteigert, wenn wir hören, daß die Rothesten der Rothen, unter ihnen Gustav Struve, sich mit Begeisterung um *ihren* König Karl schaaren werden, so ihm durch einen auswärtigen Potentaten irgend eine Unbill zugefügt werden sollte. Wir haben unsern Gustav in mancher Situation gesehen, würden uns aber äußerst erbaut fühlen, wenn wir ihn unter dem Einflusse einer so rührenden Begeisterung für *seinen* König beobachten könn-

ten. Eines absprechenden Urtheils werden wir uns klüglich enthalten, denn es wird uns von vorn herein gesagt, daß dasselbe, einer gänzlichen Unkenntniß württembergischer Verhältnisse entspringend, keinen andern als entweder lächerlichen oder verächtlichen Eindruck machen würde. Fern sei es überhaupt von uns, die gemüthlichen Schwaben in ihrer republikanischen Begeisterung für ihren guten König stören zu wollen. Dagegen erfüllen uns aber die ferneren Bemerkungen unseres Korrespondenten mit einigen leisen Bedenken. Gegen Preußen wird die bitterste Abneigung ausgesprochen, der Gedanke eines Anschlusses an den norddeutschen Bund entschieden verworfen und hinzugefügt, wenn die Regierung die allgemeine Wehrpflicht nach preußischem System einführen wolle, müsse sie preußische Pickelhauben zu Hülfe rufen, denn sonst werde sie die Rekruten nimmermehr bekommen. Endlich wird noch gesagt, die süddeutsche Affaire werde vielleicht, wie weiland die schleswig-holsteinische Verwickelung, noch den Anlaß zu einem europäischen Kriege abgeben, sobald einmal preußische Exekutionstruppen die Mainlinie überschritten. Mit letzterer Andeutung kann nur eine französische Intervention, herbeigerufen durch Deutsche, gemeint sein. Es ist einer solchen Gefahr bereits, wenn wir uns nicht irren, vorgebeugt; aber wurde jemals ein solcher Gedanke gefaßt, oder gar ein solcher Wunsch gehegt, so muß uns dies wahrlich betrüben, und wir glauben kaum, daß der Korrespondent dabei die Gesinnung eines namhaften Theils der süddeutschen Bevölkerung repräsentirt. Wir in Amerika sind auch gute Republikaner, wenn wir auch nicht den Geburtstag eines guten Königs feiern; aber als wir hörten, daß Deutschland eine militärische Einheit geworden sei, da jubelten wir; und dem Tage, an welchem die Einigung noch weiter vollendet sein wird, sehen wir mit freudiger Ungeduld entgegen. Mögen die Schwaben sich bei Leibe nicht dem Wahne hingeben, als sei ihr „altes gutes Recht" gesichert,

wenn sie in einer Isolirung verharren, welche nur unter französischem Protektorat eine Zukunft haben könnte. Nur das **vereinigte** Deutschland kann **frei** sein." — So der Amerikaner. — —

Sie wünschten von mir eine Skizze über Personen und Zustände im heutigen Schwabenlande. Ich kann Ihnen kein besseres Bild davon geben, als wenn ich die beiden obigen Schwabenstreiche, den deutschen und den amerikanischen, neben einander stelle. Der Korrespondent am Nesenbache und der Respondent im Manhattan-Lande sind beide ächte Repräsentanten dieses begabten deutschen Volksstammes. Sie unterscheiden sich nur dadurch von einander, daß der, welcher in seinem alten Lande geblieben, sich in seiner kleinmeisterlichen Rechthaberei und unpolitischen Verbissenheit völlig verzopft und inkrustirt, daß dagegen der, der in die neue Welt gegangen, sich zu einer großen, freien und unbefangenen politischen Anschauung, vielleicht auch erst nach Ueberwindung schwerer Hindernisse, durchgerungen hat.

Wenn alle Schwaben Röhrle's wären, dann würde Nord- und Mitteldeutschland gewiß gerne auf die Wiedervereinigung mit ihnen verzichten. Glücklicherweise ist dies aber durchaus nicht der Fall.

Deßhalb schreit der republikanische Erlkönig Karl Meyer, welcher dem König eine höhere Civilliste leise verspricht, jeden Tag laut: „Das Vaterland ist in Gefahr!" Unter dem Vaterland versteht er nämlich nur den „Beobachter" und dessen Partei.

III.

Im Zollparlament.

Unpolitische Briefe an eine Dame.

I.

Motto.
„Wer zählt die Völker, nennt die Namen,
Die gastlich hier zusammen kamen?"
Schiller.

Berlin, den 26. April 1868.

Ich bin sehr unglücklich, gnädige Frau, daß es mir unmöglich sein wird, mein Versprechen zu erfüllen, oder vielmehr, von der gütigen Erlaubniß, die Sie mir gaben, Gebrauch zu machen. Welches Vergnügen würde es mir gewährt haben, Sie in die Sitzungen des Zollparlaments zu begleiten und von dem erhabenen Standpunkt der Tribüne aus, Sie zu orientiren über die neuen Heerschaaren und Ihnen dort die Führer und sonst hervorragenden Häupter zu zeigen: den Achill und den Hektor, den Ajax und Ulysses, den Diomedes und den Glaukos, den Kalchas und den Thersites, des Agrios häßliches Söhnlein. Leider muß ich auf alles Das verzichten. Ein höchst unerwarteter, obgleich sonst nicht unangenehmer Zwischenfall ruft mich nach Hamburg und wahrscheinlich noch weiter, nach London. Ich werde mich den Abend auf dem Hamburger Bahnhof einschiffen; und so sehr

das schöne Wetter und die Bäume, die zu grünen und zu blühen beginnen, in das Freie locken, habe ich doch beschlossen, den heutigen Tag ausschließlich der Briefstellerei zu widmen, um Ihnen schriftlich einige Ariadne-Fäden zur Orientirung in dem Parlaments-Labyrinth in die Hand zu geben, was mündlich zu thun mir versagt ist. Denn ich weiß nicht, wenn ich zurückkehre.

Ich hörte neulich, wie Sie sich etwas geringschätzend über das Zollparlament äußerten. „Welches Interesse," sagten Sie, „kann uns eine Versammlung einflößen, die nur Tarifsätze diskutirt? Was liegt mir daran, ob Herr Ameyer für Tabaksteuer schwärmt, damit für seinen geliebten süßen einträglichen Zucker Alles beim Alten bleibt; ob Herr Bemeyer zu Gunsten seiner Rapsfelder dem armen Manne das Petroleum vertheuern will, das dieser nöthig hat zu der Arbeit; ob Herr Cemeyer sich bereit erklärt, dem Rübenzucker mit zu Leibe zu gehn, wenn man nur sein altes Eisen in Ruhe läßt; oder ob gar Alle, der zuckersüße Ameyer, der rübölige Bemeyer, der roheiserne Cemeyer und der nikotinhaltige Demeyer sich miteinander koalisiren, um sich gemeinschaftlich einer jeden Tarifreform zu widersetzen? Mir ist Einer so gleichgültig und langweilig wie der Andere!"

Ganz so schlimm wird's nicht werden, gnädige Frau. Oder glauben Sie, daß ein Freiherr von Roggenbach von Karlsruhe, ein Fürst Hohenlohe von München, ein Dr. Völk von Augsburg und ein Ludwig Bamberger von Paris nach Berlin eilen, blos um ein paar Tabaksblätter und einige Runkelrüben zu traktiren? Wenn die Vertreter von acht und dreißig Millionen Deutschen, hervorgegangen aus dem allgemeinen Stimmrecht, sich in der Kapitale des norddeutschen Bundes versammeln, ergeben sich die höheren Ziele ganz von selbst; und wenn Sie, gnädige Frau, eine geringere Meinung von dem Zollparlamente haben, so fürchte ich, auch Sie sind nicht ganz frei von jenem in der Kritik so starken und in Glauben und Liebe so schwachen Pessimismus, der die Stimmung der guten Stadt Berlin heute noch kennzeichnet. Aber gewiß nicht mehr lange.

Das Zollparlament komponirt sich aus den 297 Reichstagsmitgliedern und aus 85 Vertretern der Deutschen in den südlichen Territorien. Die ersteren sind Ihnen bekannt. Sie sind ihren Verhandlungen oft genug gefolgt in den Räumen des Herrenhauses, die sich ebenso sehr durch Eleganz und gute Akustik auszeichnen, als die Räume des Abgeordnetenhauses, worin das Zollparlament tagen wird, durch das Gegentheil und durch den sofort erkennbaren Mangel an guter Hausordnung, um nicht zu sagen: Reinlichkeit *). Die Reichstagsmitglieder repräsentiren schon das geeinigte Deutschland. Sie stehen, nicht nach Landsmannschaften, sondern nach politischen Grundsätzen gruppirt, in Reih und Glied, mit mehr oder weniger einflußreichen Führern, mehr oder minder strenger Mannszucht, mit bestimmter Stellung gegenüber der Bundesgewalt.

Bis sich die 85 Andern in diese Gruppirung eingereiht haben, das kann noch lange dauern. Vorerst wird man statt der politischen Differenzen mehr die der Landesfarben sehn. Das Schwarzroth von Württemberg, das Gelbroth von Baden, das Rothweiß von Darmstadt und das Blauweiß von Bayern. Am schnellsten werden sich die Männer aus Baden und Hessen zurecht finden; am langsamsten die aus Württemberg; denn letztere sehen, durch Moritz Mohl's Wahnruf belehrt, auf uns herab, wie auf slavische Halbbarbaren, auf schwarzweiß tätowirte Rothhäute.

Die württemberger Abgeordneten werden eingetheilt in Rothe, Schwarze und Varnbüler'sche. Letztere, behauptet man, trügen alle Farben des Regenbogens, — ein Punkt, worüber ich Ihnen eine sehr gründliche Auseinandersetzung machen würde, wenn ich nicht wüßte, daß Sie alles Langweilige detestiren, wozu eine jede Dame das Recht hat, und eine schöne und geistreiche Dame das doppelte. Ich beschränke mich daher

*) Seitdem Herr Happel an der Spitze des Büreaus steht, ist das anders und besser geworden.

darauf, zu sagen, daß auch jenes Rouge, Noir und Mille Couleurs nirgends rein zum Vorschein kommt, sondern überall auf einem stark durchschimmernden Grunde aufgetragen ist, nämlich auf dem der Idiosynkrasie gegen Preußen, gegen den norddeutschen Bund, gegen die Wehrpflicht und gegen alles Steuerzahlen. Dies ist, kurz gefaßt, das Glaubensbekenntniß, auf welches in Württemberg ein Jeder gewählt ist. Wer ihm nicht zustimmte, galt als Ketzer. Diese Ketzer, auch „Bettelpreußen" genannt, sind alle durchgefallen. Wir werden sie aber im nächsten Zollparlament sehen; und ich freue mich, Ihnen dann statt der Herrn Varnbüler und Konsorten die Herren Landtagspräsident Weber, Professor Römer, Gustav Müller, Prof. Reyscher, Dr. Otto Elben u. s. w. nicht nur brieflich, sondern auch persönlich vorstellen zu können.

Sie werden fragen, woher ich dessen so gewiß sei? Nun, diese Ketzer hatten unter all dem schweren Druck, den eine Koalition von Roth und Schwarz, von Staat und Kirche, von Verschmitztheit und Unverstand, dieses Mal gegen sie übte, bei dieser Wahl schon über beinahe ein Viertel aller Stimmen zu disponiren. Wenn eine Ketzergemeinde beim ersten Aushieb schon so stark ist, dann kann man sie nicht mehr ausrotten. Sie frißt fort, wie ein heimlich glimmendes Feuer, welchem die Gegner selbst den Brennstoff liefern.

Ich kann Ihnen das deutlich machen, auch ohne von Politik zu reden. Sie sind zu jung, um sich dessen zu erinnern. Aber ein Mann, wie ich, der beinahe fünfzig Jahre auf dem Rücken trägt, hat die Zustände aus der Zeit vor der Entstehung und aus der der Erweiterung des Zollvereins noch treu im Gedächtniß. Eine meiner lebhaftesten Jugenderinnerungen ist folgende: Es war am Anfang der dreißiger Jahre. Unser kleines Fürstenthum war damals dem Zollverein noch nicht beigetreten, obgleich es beinahe von Preußen eingeschlossen wurde. Jenseits der Grenze lag eine große preußische Provinzialstadt, wo mein älterer Bruder das Gymnasium frequentirte. Mein Vater fand es eines

Tages nöthig, dem Jungen einmal das Gewehr zu visitiren. Einer seiner Freunde, unser Hausarzt Dr. Korn, schloß sich an; und ich wurde zur Belohnung eines während der letzten Wochen ausnahmsweise an den Tag gelegten Fleißes und Wohlverhaltens mitgenommen, damit ich Gelegenheit hätte, „einmal die Welt zu sehen." Die beiden alten Herren hatten sich, da zwar die Entfernung nicht allzu groß, aber doch der Weg wegen seiner übeln Beschaffenheit lang, und die Witterung ein wenig frisch war, zwei Flaschen Wein mit in den Wagen genommen. So rumpelte unsere altmodische Kutsche mit den zwei langbehaarten und starkknochigen Pferden der preußischen Grenze zu. Am Zollhaus trat ein Douanier mit strammer Haltung hervor und fragte kurz angebunden, ob wir zollpflichtige Gegenstände bei uns führten? Der alte Doktor hatte schon das „Nein" auf den Lippen, als mein Vater, der auch in Kleinigkeiten stets die größte Gewissenhaftigkeit beobachtete, ihm zuvorkam und die zwei Flaschen Wein deklarirte. Darauf wurden, wenn ich nicht irre, zwei Groschen und einige Pfennige Zoll verlangt. Mein Vater zog den Geldbeutel. Damals trug man noch gehäkelte Geldbeutel von ansehnlicher Länge und von Sackform. Die beiden Enden des Sacks waren durch Ringe von einander getrennt. In dem einen Ende trug man das Silber, in dem andern das Kupfer. Gold gab's nicht; und das Papier wurde als „des Verdachts verdächtig" nicht gerne gesehen. Man muß sich auch an solche Kleinigkeiten erinnern, um sich das Bild der Vergangenheit wieder vollständig zu vergegenwärtigen.

Also, mein Vater zog den schwerfälligen, mehr kupfer- als silbergefüllten sackförmigen Beutel, um dem Zöllner das Geld zu bezahlen. Aber der alte Doktor Korn fiel ihm in den Arm. „Aber, Frank," rief er — doch nein, er rief nicht, sondern er flüsterte nur; denn der stramme preußische Douanier imponirte ihm doch ein wenig — „aber, Frank, wie kann ein freier deutscher Mann, ein Mann aus dem Fürstenthum L., aus dem Lande der Freiheit, wo Hermann den Varus schlug, sich solches bieten

lassen von einem Zöllner, einem Schergen der Gewalt!" Dieser Ausdruck der tiefsten sittlichen Entrüstung verfehlte nicht seine Wirkung auf meinen guten Vater. Er steckte seinen großen Geldbeutel wieder ein; und nun wurde Kriegsrath gehalten, was zu machen sei. Das Urtheil ging endlich dahin, die beiden Flaschen seien im Interesse der gemeinen deutschen Freiheit, welche durch Zöllnerei nicht beeinträchtigt werden dürfe, sofort auszutrinken. Dies Erkenntniß wurde durch die beiden alten Herren auf der Stelle vollstreckt, wobei auch meine Wenigkeit, soweit es die jugendliche Kraft erlaubte, mitwirkte, und schließlich auch für den Kutscher noch was übrig blieb. Dann ging's weiter.

Bis zur preußischen Provinzialstadt war noch eine Meile. Diese ganze Strecke hindurch ertönte das Innere des Wagens von Klagen über die preußische Fiskalität und von schwarzen Prophezeihungen des namenlosen Unheils, welches über das gesegnete Fürstenthum L. und seine 50,000 Einwohner unfehlbar hereinbrechen werde, wenn es dem preußischen Zollverein beitrete: nicht nur der Wein, der Branntwein und der Tabak, sondern auch die unentbehrlichsten Haushaltungsgegenstände, wie Kaffee und Zucker, würden namenlos vertheuert, der Bezug fremder Waaren erschwert, der Unternehmungsgeist gelähmt, Handel und Wandel vernichtet, Alles, der Wohlstand, die Gemüthlichkeit, die Freiheit, Alles werde dem Militärstaate geopfert werden. Mein Vater und der Doktor Korn gehörten zu den angesehensten und verständigsten Leuten in unserem Landstädtchen. Was sie sprachen, war nur der gemäßigte Ausdruck der Anschauungen und Gefühle, welche Alle beseelten. Endlich kam aber doch der gefürchtete Moment, wo das Fürstenthum dem Zollverein beitrat. Wir alle, mich mitinbegriffen, sahen ihm entgegen mit jener Bangigkeit, mit welcher die Mannschaft eines Schiffes das Wasser steigen und das Schiff allmählich sinken sieht. Wir erwarteten das Schlimmste. Namentlich unsere liberalen Politiker — und deren gab es viele; denn in unserem

Fürstenthum kannegießerte Alles in Politik, und Alles war liberal; wir hatten sogar einen Landtag, der siebenzehn Mitglieder zählte, nämlich fünf vom hohen Adel, zwei Geistliche, einen katholischen und einen lutherischen, und zehn Gemeine, wovon zwei die beiden Landstädtchen, deren eins zugleich als Haupt- und Residenzstadt fungirte, und acht die Bauerschaft vertraten — unsere Politiker also waren ganz untröstlich. Der Zoll, sagten sie, trage nun dem Fürsten regelmäßig und alljährlich eine immer höher steigende Summe ein, die einer landständischen Verwilligung nicht unterliege; am Ende wachse er so, daß die Regierung gar keine direkten Steuern mehr bedürfe, und da die Steuerverwilligung für sie der Hauptzweck des Landtags sei, so werde die Regierung, wenn sie keine Steuern mehr nöthig habe, auch den Landtag nicht mehr einberufen; und so werde durch den Anschluß an den Zollverein am Ende gar die glorreiche Verfassung, mit welcher der höchstselige Landesvater Fürst Joachim XXVII. seine getreuen Unterthanen beglückt und die nun schon beinahe zehn Jahre bestehe, ohne daß man von Konflikten oder von sonstigen Verbrechen oder Unglücksfällen jemals irgend Etwas gehört habe, hinfällig, und der lichte Strahl der Freiheit, in dessen Glanz und Wärme sich bisher das Fürstenthum gesonnt habe, werde gänzlich erlöschen. Der Landtag wehrte sich denn auch eine Zeit lang gegen den Anschluß; als aber Serenissimus Allerhöchstselbst versicherten, es gehe partout nicht anders, was blieb da anders übrig, als nachzugeben? denn Serenissimus regierte eben so patriarchalisch, als konstitutionell; und was er einmal wollte, das geschah.

Das Fürstenthum trat also dem Zollverband bei. Und nun? Ei, nun geschah von Allem, was prophezeit worden war, das Gegentheil. Der Fürst hatte vor wie nach direkte Steuern nöthig, und die siebenzehn „liebe feste und getreue Stände" genossen vor wie nach das konstitutionelle Vergnügen, solche alljährlich zu verwilligen; die glorreiche Landesverfassung von 1823 blieb also ganz unangetastet. Dagegen belebte sich der

Unternehmungsgeist; und der Schmuggel (mit allen den Verbrechen und Lastern, die er im Gefolge gehabt hatte) hörte auf. Handel und Wandel hoben sich; der Wein wurde nicht theurer, aber besser; statt des schändlichen und niederträchtigen Sprit, womit sich bisher der gemeine Mann vergiftet hatte, trank er ein gesundes und wohlschmeckendes Bier; Kaffee und Zucker waren wohl etwas theurer geworden, dafür hatten wir aber auch viel mehr Geld, um sie bezahlen zu können. Kaum waren einige Jahre darüber hingegangen, so sahen Land und Leute aus, wie ein aus seiner Knechtsgestalt erlöster verwunschen gewesener Prinz. Man sah, sonst das tägliche Brod, keine Betrunkene mehr, wenigstens nicht mehr am hellen Tag und auf offener Straße. Die Leute fingen an, reine und feine Leibwäsche und anständige Kleider zu tragen. Auch steckten sie nicht mehr die Hosen in die Stiefel und gewöhnten es sich ab, ihre lange übel riechende Tabakspfeife überall hin, selbst auf das Rathhaus, mitzuschleppen. Ihr Verstand wuchs über die Landesgrenze hinaus. Dampfschiffe und Eisenbahnen kamen in die Nähe. Die Leute fingen an zu reisen. Sie wurden sichtlich mit jedem Tage gebildeter, klüger und wohlhabender.

Vier Jahre nach jener ersten Fahrt fuhr ich wieder, diesmal als angehender Student, mit meinem Vater und dem guten alten Doktor nach der preußischen Provinzialstadt. Wir fuhren diesmal in einem eleganten Fuhrwerk und die Landstraße hatte sich seitdem enorm gebessert. Als wir an das Haus kamen, wo ehemals der preußische Zoll und Schlagbaum war, zeigte mein Vater darauf, fuhr dann mit dem Finger nach seiner Stirne und sagte: „Korn, Korn, was waren wir Esel!"

Der gute alte Doktor aber nickte und lachte lustig mit seinen klugen braunen Aeuglein und dem weingerötheten Antlitz. Alle Welt war zufrieden, mit alleiniger Ausnahme der Schmuggler. Denn deren Geschäft war verdorben.

Und abermals vier Jahre später würde man Jedermann, der etwas gegen die Institution des vorher so arg geschmähten

und gefürchteten Zollvereins zu sagen gewagt hätte, ohne Weiteres für einen Tollhaus-Kandidaten erklärt haben.

So wird es auch gehen mit dem Zollparlament und den Süddeutschen. Die Letzteren, oder vielmehr ein Theil derselben und vor Allem die Württemberger (die wenig Verkehr mit der Außenwelt haben, immer unter einander sitzen und so Einer dem Andern den Kopf heiß machen, und Einer dem Andern mit Mißtrauen gegen jeden Dritten erfüllen) stehen in dem gegenwärtigen Augenblick noch auf dem Standpunkte meiner ersten Fahrt nach der preußischen Provinzialstadt. Es wird aber nicht lange dauern, dann rücken sie auf den der zweiten Fahrt vor, womit ich indessen nicht gesagt haben will, daß sie dann ebenso aufrichtig, wie mein seliger Vater und der alte Doktor Kern zu einander sagen werden: „Was waren wir Esel!"

Doch, ich fürchte, Sie werden ungeduldig und sagen mir, ich schweife von der Sache ab. Sie verlangen Portraits, statt der moralischen Betrachtungen, die ich Ihnen biete. Leider nun muß ich Ihnen im Voraus gestehen: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie jeder Einzelne dieser Herren mit seinem Vornamen heißt, wenn und wo er das Licht der Welt erblickt, und welche Aemter und Ehrenstellen er schon zu Hause bekleidet hat. Ich will Ihnen aber verrathen, wo Sie das Alles finden. Dr. Hirth, der schon einen Reichstags- und einen Landtags-Almanach herausgegeben hat, wird in den nächsten Tagen auch einen Zollparlaments-Almanach herausgeben, worin sich biographische Notizen aller M. P's. (members of Parliament) vorfinden, und zwar die der norddeutschen Mitglieder mit deutschen und die der süddeutschen mit lateinischen Lettern gedruckt; letzteres wahrscheinlich um deßwillen, weil Süddeutschland etwas näher bei Rom liegt. Diese Notizen haben einen sehr großen Werth.

Sie wissen, daß Rafael auf dem berühmtesten seiner Bilder in den Vatikanischen Stanzen, „der Schule von Athen," in irgend einer Ecke ein Portrait von sich selbst angebracht hat. Ich habe Ihnen ja einen hübschen Stich davon mit der Unterschrift:

„Raffaello Sanzio da Urbino depintosi da se stesso“ von Rom mitgebracht und Sie hatten die Güte, denselben Ihrer Sammlung einzuverleiben. Nun, die parlamentarischen Portraits bei Hirth sind alle solche „depintosi da se stesso.“ Sie rühren von den Portraitirten selber her, an welche sich Dr. Hirth zu diesem Zwecke gewandt hat. Der Eine erzählt, er sei schon vor vierzig Jahren auf dem Schildburger Gymnasium ein sehr aufgeweckter Junge gewesen, der Beruf zur politischen Karriere gezeigt. Der Andere singt eine schwermüthige Elegie auf erlittenes politisches Martyrium. Der Dritte versichert, er habe in das Krähwinkeler Amts- und Wochenblättchen welterschütternde Leitartikel geschrieben. Der Vierte hält es für unerläßlich anzuführen, er habe nach Absolvirung seiner akademischen Studien „große“ Reisen in Württemberg und den angrenzenden Ländern gemacht. Der Fünfte endlich (und dies ist der Regensburger Militärprediger Joseph Lucas) verkündigt der erstaunten Welt, er habe ein unsterbliches Werk geschrieben, das den Titel führt: „Die Presse, ein Stück moderner Versimpelung“ und das 1867 in Landshut erschienen sei.

Diese wenigen Andeutungen werden wohl schon genügen, um Ihr ganzes Interesse für den Parlaments-Almanach zu wecken. Sobald er erscheint, werden Sie ihn erhalten. Ich habe schon Vorsorge dafür getroffen.

Doch nun ohne Aufenthalt zu den Württembergern. Natürlich erscheint an ihrer Spitze Herr von Varnbüler. Seiner Abstammung nach gehört er, obgleich seine Physiognomie eher für orientalische Herkunft spricht, laut urkundlicher Nachweise der schwäbischen Reichsritterschaft an. Er besitzt mehrere reichsritterschaftliche Güter in Württemberg und sitzt als Vertreter der Ritterschaft in der zweiten Kammer zu Stuttgart. Erst seit 1864 ist er im Staatsdienste, und zwar hat er seine Karriere nicht unten, sondern oben angefangen. Er wurde nämlich gleich 1. Minister der Familienangelegenheiten der Krone,

2. Minister der auswärtigen Angelegenheiten und 3. Minister der Verkehrsangelegenheiten. Er ist der leitende Kopf der württembergischen Regierung, und da er Herr über Post und Eisenbahn, Herr über Lohn und Strafe ist, so genießt er einen sehr großen Einfluß, von welchem er natürlich auch Gebrauch macht. In Berlin, wo er keine Eisenbahnen zu vergeben hat, wird sich der Einfluß etwas vermindern.

Bevor er Minister wurde, that er sich hauptsächlich als Vorstand der großdeutschen Reformvereine hervor, welche, in der Form einer sklavischen Kopie des Nationalvereins, der Sache nach die entgegengesetzte Tendenz verfolgten, wie dieser. Wie der Nationalverein für die preußische, so war der großdeutsche Verein für die österreichische Hegemonie. Seinen Kulminationspunkt erreichte der großdeutsche Verein während der schönen Tage von Frankfurt, August 1863, wo dort unter Führung des Kaisers von Oesterreich der Fürstentag versammelt war, welcher jedoch nicht das Recht hatte, sich den „deutschen" Fürstentag zu nennen; denn der mächtigste deutsche Fürst, der König von Preußen, fehlte. Damals konzentrirte der großdeutsche Verein alle seine „besten Männer" in Frankfurt. Sie standen an den Straßenecken, wo sie Hurrah riefen und die Hüte schwenkten, so oft der Kaiser Franz Joseph vorbeifuhr. Nie hatte die österreichische Partei größere Hoffnungen, als damals. Damals war es auch, wo in den Salons des Senators Bernus in Frankfurt a. M. von dem Munde eines süddeutschen Staatsmannes die Parole fiel: Lieber französisch, als preußisch. Im Jahre 1866 brachte auch der württembergische Staatsanzeiger lange Variationen über dieses Thema vom August 1863.

Im Mai und Juni 1866 betrieb Herr von Varnbüler sehr eifrig den Bundeskrieg gegen Preußen. Im Widerspruch mit der alten Regel, daß man das Fell nicht verkaufen soll, bevor man den Bären geschossen hat, rief er im Voraus sein „Wehe dem Besiegten!" gegen Preußen. Letzteres war großmüthig genug, Herrn von Varnbüler wenige Wochen später, da er der Besiegte

war, diese Unvorsichtigkeit nicht entgelten zu lassen, obgleich er bis auf das Aeußerste Widerstand geleistet hatte. Denn er setzte den Krieg, wahrscheinlich in Hoffnung auf die angerufene französische Einmischung, auch dann noch fort, nachdem er schon davon unterrichtet war, daß nach der Schlacht von Königgrätz Benedek die Armee für nicht mehr widerstandsfähig erklärt hatte. In Folge dieser Fortsetzung, welche entweder eine unnütze Grausamkeit war — denn Württemberg allein konnte doch gegen Preußen nicht aufkommen — oder eine Spekulation auf französische Einmischung — denn ausweislich des französischen Blaubuchs hatte Herr von Varnbüler damals Frankreichs Beistand angerufen — kam es noch Ende Juli bei Tauberbischofsheim zu einem Blutvergießen, das man füglich hätte sparen können und sollen.

Erst dann bat Varnbüler um Frieden. Er selbst trug damals dem Grafen Bismarck das später so viel geschmähte Schutz- und Trutzbündniß an. Als aber dieses vor den Landtag von Württemberg kam, wollten es die Herren Volksvertreter nicht genehmigen. Herr von Varnbüler mußte seinen ganzen Einfluß, den er namentlich als Minister der Post und der Eisenbahnen hat, aufbieten, um es durchzudrücken. Und auch damit würde er es nicht gezwungen haben, wenn ihm nicht die deutsche Partei beigesprungen wäre. Nur dieser, oder wie man hier zu Lande sagen würde, den Nationalliberalen, an deren Spitze dort der Professor Dr. Robert Römer in Tübingen und der Rechtskonsulent Hölder in Stuttgart stehen, verdankte er seinen Sieg. Herr von Varnbüler versicherte damals den letzteren, welche für den Eintritt in den Nordbund sind, er sei ganz ihrer Meinung, die Schwierigkeit seiner Stellung verbiete ihm aber, sich förmlich der deutschen Partei anzuschließen, jedenfalls aber sei er derselben zum aufrichtigsten Danke verpflichtet.

Hören Sie nun, wie er diesen Rettern in der Noth seinen Dank abstattet! Kaum zwei Monate später zieht Herr v. Varnbüler eine Gelegenheit an den Haaren herbei, um eine donnernde

Philippika gegen den norddeutschen Bund zu halten, eine haarsträubende Schilderung von dessen Finanzlasten zu geben und Ziffern mitzutheilen, die an Unrichtigkeit und falscher Gruppirung nur durch das württembergische Wahlmanifest übertroffen werden, das Herrn von Varnbüler's Gutsverwalter oder Farmer, ein gewisser Ramm, der, Dank seinem Grund- oder Pachtherrn, wirklich in's Zollparlament gewählt ist, im März 1868 erließ. Herr von Varnbüler aber schwor Stein und Bein, von den Nationalen, welche ihn im Oktober gerettet hatten, dürfe jetzt zum Danke Keiner in's Zollparlament; und er hat es gezwungen, freilich um den Preis einer Koalition, die vielleicht ihm und seinem König üble Früchte tragen mag, wie schon die nächsten Landtagswahlen zeigen werden. Doch, was liegt Ihnen und mir daran? Das ist seine Sache!

Selbst dem Herrn von Neurath, den er bei Gelegenheit der Luxemburger Affaire aus dem Sattel hob, gab Herr von Varnbüler den Vorzug vor Männern wie Römer und Reyscher.

Dieser Herr von Neurath, auch Member of Zoll-Parliament, ist das Haupt der österreichisch-reaktionären Partei, und gerade deßhalb wurde er dort, im „Lande der Freiheit," gewählt. Er begann seine staatsmännische Laufbahn als Censor. Das Jahr 1848 verscheuchte ihn in die Schweiz. Als sich die Gewässer der harmlosen „deutschen Bewegung" wieder verlaufen hatten, stieg Neurath von den Alpen herunter, um in dem Stutengarten am Nesenbach Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu werden. Seine drei Herkules-Arbeiten sind: Erstens stürzte er die Gesetze über Ablösung der Feudallasten und Befreiung des Grundeigenthums wieder um. Zweitens half er den alten Bundestag wieder aufrichten und drittens unterzeichnete er das bekannte Londoner Protokoll, was aber mit Sorgfalt verheimlicht wurde und erst 1863 an den Tag kam. Später Geheimerathspräsident und dann Justizminister, beantwortete er den Beschluß des Landtags, die Todesstrafe abzuschaffen,

sofort mit zwei Hinrichtungen. Als im Frühjahr 1867 ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich drohte, wollte er Württemberg neutral erklären. Darüber stürzte er, nicht ohne Beihülfe des Herrn von Varnbüler, welcher Herrn v. Mittnacht an Neurath's Stelle setzte. Als Mitglied der ersten Kammer bekämpfte Neurath den Zollvereins- und den Allianzvertrag. In seinem Wahlprogramm heißt es, „letzteren müsse man nur so lange halten, bis die völkerrechtliche Lösung möglich sei." Die sogenannte Volkspartei, d. h. die radikalen Partikularisten, schwärmen jetzt für den reaktionären Partikularisten Neurath. Der „Beobachter" nennt ihn den „treuen Neurath," wie die hessische Volkszeitung hochachtungsvoll von dem „eisernen Hassenpflug" spricht. Zur Belohnung für seine drei obbemeldeten Herkulesarbeiten haben ihn nun die Schwaben in das Zollparlament gewählt. Uebrigens ist Neurath mehr Kanzlei- als Parlaments-Genie.

Das Zwischenglied zwischen Varnbüler und den Rothen, also zwischen Gouvernemental und Radikal, ist der Abgeordnete Oesterlen, als Zwischenglied zwischen Neurath und den Rothen, also zwischen den Klerikalen und den Radikalen, ist der Abg. Probst zu betrachten. Letzterer ist Demokrat vom reinsten Wasser, aber gleichwohl ein eifriger Anhänger und Vertheidiger des Konkordats. Probst ist unter sämmtlichen württembergischen Zollparlamentsmitgliedern das hervorragendste, ein feiner Kopf von ausgedehnten Kenntnissen, mit einer schwungreichen und doch maßvollen Beredtsamkeit. Er war bis 1850 Richter; dann wurde er, weil er sich 1849 politisch kompromittirt hatte, Rechtsanwalt; jetzt ist er Direktor einer Lebensversicherungsbank. In seinem politischen Verhalten zeigt er stets Humanität und Achtung der fremden Meinung. Die nationale Partei behauptet jedoch, das sei nur Maske. Innerlich sei Probst schlimmer als Mohl. Jener sei aber klüger, als dieser, und sage deßhalb zu ihm: „Hampelmann, geh' Du voran — Du hast die großen Stiefel an;" Probst sei aber im Grunde des Herzens ultramontan, und

nur ultramontan; allein er habe Einsicht genug, um an die Möglichkeit der definitiven Hegemonie Preußens über Deutschland zu glauben, und wolle für diesen Fall nicht sich selbst unmöglich machen. Ich bin aber überzeugt, dies Urtheil ist zu hart. Wir Andern, wir Menschen von einfacher Konstruktion, wissen uns nicht zurecht zu finden in Männer, in welchen so unvermittelte Gegensätze neben einander liegen, wie in Probst. Wir sollten aber gerade deßhalb in unserm Urtheil über solche trikolore Naturen schonend und vorsichtig sein. Sei dem nun, wie ihm wolle, Probst ist ein Mann von Geist und wird im Zollparlament dieses geistige Licht gewiß nicht unter den Scheffel stellen.

Ein Gleiches läßt sich in diesem Umfange nicht von dem Rechtskonsulenten Oesterlen sagen, der 1865 in Gemeinschaft mit dem Aesthetiker Ludwig Eckhardt und dem Redakteur Johann Adam Trabert „ein Schutz- und Trutzbündniß der Kleinstaaten gegen preußische Vergewaltigung" vorschlug, aus welchem jedoch weiter nichts geworden zu sein scheint. Mit Probst hat er nur das gemein, daß er ebenfalls bis 1849 Richter war, und dann sich ebenfalls politisch kompromittirte, daß er (sehr wider Neigung) den Staatsdienst verließ und Advokat wurde. Wie Probst fein und glatt, so ist Oesterlen molluskenhaft dick und schwabbelich. Er spricht mit hohlem und falschem Pathos, aber mit großer Suffisance. Am 4. Juli 1866 deklamirte er, der Graf Bismarck scheue sich nicht, einen Theil Deutschlands an Frankreich zu opfern, denn „Graf Bismarck wisse nichts von der Idee der nationalen Einheit und Bismarck's Herz erwärme sich nicht für Ideale." Inzwischen hat Graf Bismarck die deutsche Einheit praktisch durchgesetzt; der dicke Oesterlen aber vergießt Ströme von Thränen, Worten und Tinte über die „Dreitheilung Deutschlands", protestirt zugleich feierlich gegen den Anschluß des Südens an den Norden, und noch feierlicher dagegen, daß Württemberg sich wehrhaft mache für das Vaterland, denn das koste doch gar zu viel Geld. Bei Be-

rathung des Kriegsdienstgesetzes deklamirte dieser dicke Idealist in der zweiten Kammer Württembergs:

„Sollen wir zu dem Zwecke, daß, wenn Frankreich die preußische Politik nicht ruhig mit ansieht, und wenn es in Folge dessen zum Kriege zwischen beiden käme, daß dann Preußen triumphire, — sollen wir Württemberger uns zu diesem Zwecke die Pflicht auferlegen, uns möglichst zu rüsten und unser Land mit einem Militär-Aufwande von einigen Millionen zu belasten, — blos damit, wenn es dann zum Krieg mit Frankreich kommt und wir diesen Krieg gewinnen, wir um so gewisser preußisch werden? Dazu sollen wir dies Kriegsdienstgesetz annehmen?!" — —

So sprach der Mann, der für Ideale schwärmt, am 18. Januar 1868. Klingt das nicht beinahe wie eine verschämt vorsichtige Umschreibung des „Lieber französisch, als preußisch" (d. h. deutsch)?

Oesterlen versicherte, er gehe jetzt nur nach Berlin, „um den Löwen in seiner Höhle aufzusuchen." Wenn es ihm nur nicht geht, wie den sieben Schwaben mit dem Spieß. Er erklärte, die Verträge seien zu halten, aber auch mehr nicht. Als aber der Redakteur des radikalen „Beobachter", in Uebereinstimmung mit dem reaktionären Herrn von Neurath, erklärte, nein, sie seien nicht zu halten, sondern rückgängig zu machen, und als der versammelte Publikus darob donnernden, rauschenden, brausenden, nimmer enden wollenden Applaus spendete, erklärte sich Herr Oesterlen sofort auch damit einverstanden. Was thut ein Volksmann nicht für's Volk!

Wie Probst und Oesterlen, so bilden Mittnacht, der Chef des Justiz-Departements, und Schäffle*), der Professor der Staatswissenschaften an der württembergischen Landes-Universität, ebenfalls eine Parallele, würdig eines Plutarchus. Herr Schäffle war 1849 Zögling des Tübinger „Stifts," eines

*) In der Zwischenzeit an die Hochschule in Wien berufen.

Seminars, das evangelische Geistliche produzirt. Allein die Politik entfremdete ihn ein wenig der Theologie und zog ihn in ihren strudelnden Schlund. Schäffle verschwand schließlich ganz darin. Man sagt, er sei bei den Freischaaren in Baden gewesen. Allein in Anbetracht der ihn auszeichnenden Vorsicht glaube ich das durchaus nicht. Später finden wir ihn als Redakteur bei dem „Schwäbischen Merkur;" dann wirft er sich auf die Volkswirthschaft, und schließlich wird er Universitäts-Professor. Die andern gelehrten Herren in Tübingen erkennen ihn aber nicht als zünftig an, sondern behaupten, der Journalist stecke noch in ihm; und allerdings ist er noch vielfach in der Tagespresse thätig, namentlich in der Augsburger Allgemeinen Zeitung. Bei der Rektorwahl wird Schäffle von den Wählern mit Geflissenheit übergangen; vielleicht auch deßhalb, weil er mit dem ebenfalls journalistisch thätigen Kultusminister Golther (der den Professor Pauli, jetzt in Marburg und Mitglied des preußischen Herrenhauses, von Tübingen vertrieben hat) allzu intim ist. Schäffle besitzt viel Schrift- und wenig Redegewandtheit, etwas zu viel Hochmuth nach unten und etwas zu wenig nach oben, viel Ehrgeiz und wenig Schiffsballast, der geistige Schwankungen hindert. In der Zeit von 1862 bis 1864 focht er, obgleich Freihändler, in österreichischem Sinne gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag. Er war damals in der zweiten Kammer. Plötzlich entdeckte er, der Beruf eines Universitätslehrers und der parlamentarische Lebenswandel seien absolut unvereinbar mit einander. Er proklamirte dieses Dogma öffentlich und legte sein Mandat nieder. Wenige Tage darauf machte er im Stillen Anstrengungen, wiedergewählt zu werden. Heute scheint er das Amt eines Professors in Tübingen und den zollparlamentarischen Wandel in Berlin wieder für sehr wohl vereinbar zu halten. Sein Wahlprogramm wetteifert mit dem des Varnbüler'schen Hintersassen, Herrn Ramm. Es donnert gegen „den Militärcharakter des Nordbundes" und „die überhand nehmenden finanziellen Lasten." In letzterem Kapitel begeht der Professor der

Volkswirthschaft einige grobe Schnitzer. Dafür ist aber das Programm, damit es besser in die Augen springt, wenigstens zum sechsten Theil mit gesperrten und sehr fetten Lettern gedruckt. Es ist sechs Folioseiten lang und empfiehlt die Wiedervereinigung mit Oesterreich.

Mittnacht hat mehr Ballast, als der leicht bewegliche Schäffle. Er ist „kühl bis an's Herz hinan" und ein Meister kalter Berechnung; mehr zäh, als geistreich, mehr hartnäckig, als gutmüthig, wenig wählerisch in politischen Mitteln. Ein juristisch und dialektisch gut geschulter Kopf. Große Formgewandtheit, mäßige Kenntnisse, auch in seinem Fache. Steril an großen Gedanken, aber sehr reich an kleinen Mitteln. Mittnacht hat die Zollparlamentswahlen dirigirt, aber ohne sich dabei so zu exponiren, wie der Ministerpräsident von Varnbüler und der Kultusminister Golther. Er hat den Gerichten befohlen, aus der Sportelkasse die württembergische Landeszeitung anzuschaffen, die sich während der Wahlen durch sinnloses Wüthen gegen Preußen besonders hervorthat. Er spricht sehr gut, aber seine Reden riechen, wie seine Landsleute behaupten, nach der Studierlampe. Er bereitet sie mit großer Sorgfalt vor.

Zu des Proteus Varnbüler Gefolge gehören: ein Kaufmann aus Heilbronn Namens Reibel; ein Anilinfabrikant Namens Knosp (sprich Knoschp) aus Stuttgart; ein Banquier Namens Dörtenbach von da; ein Krämer Namens Erath von Horb und vor Allem Varnbüler's Hintersasse, Farmer Ramm. Für des Letzteren Wahl wurde die ganze Regierungsmaschinerie in Bewegung gesetzt.

Als Schutzzöllner sind gewählt: der Blechwaarenfabrikant Deffner von Eßlingen, der frühere Reallehrer und jetzige Fabrikant Ammermüller und vor Allem der große Moritz Mohl, der Urtypus des alten württemberger Beamtenthums, in seinen guten, wie in seinen schlimmen Eigenschaften. Ueber diesen Mann könnte man ein Buch schreiben; und es verlohnte wirklich der Mühe. Denn er ist wahrhaft typisch. Aber fürchten

6*

Sie sich nicht, gnädige Frau, ich werde mir, so schwer dies ist, Mühe geben, auf einer halben Seite fertig zu werden. Mohl ist eigensinnig und von seiner eigenen Unfehlbarkeit auf's tiefste überzeugt, wie ein Bureaukrat; fiskalisch und monopolistisch, wie ein Steuerbeamter; schutzzöllnerisch, wie ein Fabrikant; von einer kritiklosen Sammelwuth und einem eisernen Fleiße beseelt, wie ein Stubengelehrter; toll, wie ein Junker; rechthaberisch, wie ein Advokat; reizbar wie eine Frau, und partikularistischer wie irgend Jemand. Aber Redlichkeit, Uneigennützigkeit und Ueberzeugungstreue kann ihm Niemand absprechen. Er hat über jedes Ding eine fertig abgeschlossene Meinung. Will er einen Gegenstand bearbeiten, so sammelt er Berge von Material, aber nur das Material, das zu dieser seiner vorgefaßten Meinung paßt, wobei es ihm auf kritisches Sondern und Sichten nicht allzusehr ankommt. In Allem Fanatiker, ist er es doppelt in seiner Abneigung erstens gegen die Hansa-Städte, von welchen er glaubt, sie hätten sich mit dem „perfiden Albion" zum Ruin unserer Industrie verbündet, und zweitens gegen Preußen, das er für die Pandora-Büchse allen Unheils hält. Die Freihändler erklärt er für Hunnen und Vandalen, und namentlich auf uns unglückliche Berliner sieht er mit einer Verachtung herunter, wie ein klassischer Athenienser auf einen barbarischen Hyperboräer. Sein Herz zu erobern, würde selbst Ihnen schwer sein.

Mohl's Widersacher in Württemberg behaupten, sein Haß gegen uns habe einen persönlichen Grund, er sei vor langen Jahren Vertreter Württembergs auf einer Berliner Zollkonferenz gewesen; in Folge seiner Rechthaberei und Unverträglichkeit sei es ihm dort schlecht gegangen, ja er sei auf Wunsch und besonderes Verlangen Preußens zu den ferneren Konferenzen nicht mehr geschickt worden. Die Wahrheit dieser Erzählung muß ich dahin gestellt sein lassen. Man hat eine solche Hypothese aber gar nicht nöthig, um Mohl's Preußenhaß zu begreifen. Er ist partikularistischer Stockwürttemberger. Württemberg ist ihm der Mittelpunkt der Welt, um den sich Alles dreht, der einzige

reindeutsche Staat, während wir Andern Kelten, Juranier, Wenden, Letten, Slaven sind, oder was weiß ich sonst. Nun aber erlaubt sich dieses Preußen, sich neben diesem auserwählten Württemberg breit zu machen und gar zu verlangen, daß letzteres seine nationale Pflicht thue. Ist das nicht schändlich? Deßhalb nieder mit ihm! Schon 1833 schrieb — so erzählte Herr von Varnbüler selbst in der württembergischen Landtagssitzung vom 31. Oktober 1867 — der schreibselige Mohl eine zweiundvierzig Bogen lange Denkschrift, um dem König Wilhelm von Württemberg vom Beitritte zum Zollverein abzurathen; „trete man bei, dann sei Württemberg für immer ruinirt.“ Der Beitritt erfolgte doch. Seine Wirkungen bewiesen, daß Mohl kein Prophet sei. Aber Mohl ließ sich nicht irre machen; seiner Ueberzeugung nach hatte er Recht, die Geschichte Unrecht. Seit 35 Jahren bekämpft er nun den Zollverein, direkt oder indirekt. Am 31. Oktober 1867 hielt er wieder eine donnernde Rede gegen den neuesten Zollvereinsvertrag. Varnbüler widersprach ihm, Mohl sei immer ein falscher Unglücksprophet gewesen, schon 1833 habe er dergleichen prophezeit, wovon später das Gegentheil eingetroffen.

„Das ist nicht wahr!“ rief Mohl. Varnbüler griff lächelnd in sein Portefeuille, holte ein vergilbtes Manuskript hervor, 42 Bogen stark, Alles enge voll gekritzelt, hielt es triumphirend in die Höhe und sprach: „hier sehen Sie diese schriftliche Arbeit!“ Homerisches Göttergelächter. Mohl bückt sich, als wolle ihm Varnbüler das Ding an den Kopf werfen. Es war die verhängnißvolle Denkschrift von 1833.

So ging's am 31. Oktober vorigen Jahres. Heute, kaum ein halbes Jahr später, sind Mohl und Varnbüler wieder frère et compagnon, ein Herz und eine Seele. Arm in Arm werden sie auf dem Zollparlamente ihr Jahrhundert in die Schranken fordern.

In derselben Sitzung der württembergischen zweiten Kammer, worin jenes gespenstige Manuskript von 1833 als Revenant

wieder auftauchte, am 31. Oktober 1867, betonte Mohl auf das Nachdrücklichste (wörtlich), „daß die süddeutschen Zollvertreter in diesem Berliner Parlamente, in welchem sie sicher sind, bei Allem überstimmt zu werden, was den Preußen nicht genehm ist, eine verzweifelte Figur machen werden.“ „Ich glaube,“ setzte Mohl mit seinem schon so häufig erprobten prophetischen Blicke hinzu, „ich glaube, es werden Männer, welche sich selbst respektiren, sich nicht dazu hergeben, diese traurige Rolle zu spielen.“

Ach welche Tücke des Schicksals! Jetzt sitzt der Prophet selbst, Herr Moritz Mohl, der doch wahrhaftig sich selbst respektirt wie kein Anderer, in diesem Zollparlament, um den Ritter von der traurigen Gestalt zu spielen. Er hat sich selbst auf das eifrigste um die Wahl in dies Berliner Parlament beworben und ist freiwillig gekommen; — er der Konsequenteste aller Konsequenten!

Er kann dem Parlament gefährlich werden. Erstens weil er in parlamentarischer Taktik, namentlich hinter den Coulissen, eine ungemeine Rührigkeit und Geschicklichkeit besitzt, die nur zuweilen durch Herrschsucht und Unverträglichkeit paralysirt wird. Zweitens ob seiner Redseligkeit, die noch weit größer ist, als seine wirklich kolossale Schreibseligkeit. In Stuttgart spricht er in jeder Sitzung 3—4 mal und zwar jedes Mal sehr lange. Der Restaurateur Müller mag sich seiner Sitzungssaal-Entleerungs-Kraft erfreuen.

Ich glaube, jetzt habe ich Ihnen Alle vorgeführt bis auf Drei, nämlich den Rechtskonsulenten Tafel aus Stuttgart, den Obersteuerrath Vayhinger aus Stuttgart und den Advokaten Freiesleben aus Heidenheim.

Der genannte Obersteuerrath Vayhinger wurde gewählt auf die Empfehlung Mohl's. Er soll auf der Zollkonferenz dasselbe Schicksal gehabt haben, wie Mohl. Jedenfalls theilt er dessen Preußenhaß. Jedoch ist er nicht so fanatisch. Denn er liebt die Freuden der Tafel.

Der Abg. Tafel dagegen liebt nicht die Freuden der Tafel. Er ist ein alter starrer Republikaner; der Verrina von einem Provinzialtheater. Er hat auch zuweilen seiner politischen Gesinnung wegen auf der Festung Hohenasberg gesessen. Da aber die heilige Demokratie das unfehlbare Dogma aufgestellt hat, Württemberg sei der „alleinige Hort der Freiheit," so darf man von dergleichen jetzt absolut nicht mehr sprechen, und wer von Stuttgart nach Bruchsal fährt, muß die Augen schließen, damit er den Hohenasberg gar nicht sieht. Sonst ist er ein hartgesottener Ketzer und „Bettelpreuße". Deßhalb stille davon!

Und damit keine Couleur fehlt, so ist der letzte Mohikaner, den ich Ihnen vorstelle, der Advokat Freiesleben — Mitglied und Agent der Genfer Friedensliga. So Einer fehlte hier noch.

Da haben Sie alle Siebenzehn. Sie werden fragen: Welcher Fraktion werden sie angehören? Ich antworte: gar keiner. Sie werden einen württembergischen Klub bilden, mit dem Motto: „Hie guet Württembergk allewege." Württemberg ist eine Welt für sich. Wie kann ein richtiger Württemberger etwas Anderes sein, als — Württemberger? Er muß sich stets in seiner alemannischen Reinheit konserviren, und in Berlin erst recht. Er wird unter den Linden einherstolziren mit dem Bewußtsein jenes Frankfurters, der seinen Besuch in der Sophienkirche in Konstantinopel erzählte. Kennen Sie die Geschichte? Nein? Nun, da ist sie:

„Da ich nun einmal in Konstantinopel war, wollt' ich auch in die Moschee gehn. Das ging aber nit so einfach. Ich mußt' mich als Türk' maskiren und mich auf's Mormele (Murmeln) verlegen, wie's die Türke in ihrer Moschee mache: Al Allah il Allah Muhamed Rasull Allah, Al Allah il Allah und immer so weiter. So schlupf' ich also in die Moschee, leg' mich auf den Bauch, wie die annere Türke auch und mormele als mit: Al Allah il Allah Muhamed Rasull — Allah, un so fort. Un ich

rutsche immer weiter vorwärts auf'm Bauch, bis ich ganz vorn hin komme, was bei uns der Altar heißt. Richtig, da liegt auch der Sultan, der Großtürk, auf sei'm Allerhöchsten Bauch und mormelt auch: Al Allah il Allah Muhamed Rasull Allah. Un ich nit faul, auch immer richtig drauf los gemormelt: Al Allah il Allah, un so fort, un mir als den Großtürk dabei beguckt. Auf einmal dreht sich Euch der Großtürk um un sagt: Nu, was is denn das, sagt er, da mormelt jo e Frankforter? Ich kenn' ihn an seiner Frankforter Aussprach, was mer bei uns Acsangk (Accent) nennt!" — — — —

Die Schleswig-Holsteiner, die Sachsen und Andere, die sich auch Anfangs in Landsmannschaften zusammenhielten, sind in die politischen Parteien Deutschlands aufgegangen. Sie bilden im Reichstage keine Landsmannschaften mehr. Die Württemberger werden es anders halten, d. h. diese im März 1868 gewählten Württemberger. Fast kann man eher von den Polen erwarten, daß sie in Deutschland aufgehn, als von diesen „deutschen Brüdern," die sich auf ihr Deutschthum, ihr reines und unvermischtes Deutschthum, so viel zu gut thun. Es giebt indeß, beiläufig bemerkt, Gelehrte, welche behaupten wollen, es fließe viel keltisches Blut in ihren Adern, und die Lust zum Streit und Spektakuliren spricht wenigstens nicht dagegen.

Doch genug von den „furchtlos und treuen" Württembergern. (Ihr Wahlspruch im Wappen heißt nämlich in alterthümlicher Schreibart: „furchtlos und trew.") Nun zu den Bayern:

Unter den 48 Abgeordneten, welche Bayern stellt, befindet sich nur ein einziger, welcher seiner Richtung nach zu den demokratischen Partikularisten aus Württemberg paßt, — dies ist der in Kaiserslautern in Rheinbayern gewählte Pfälzer Georg Friedrich Kolb. Bis zum Jahre 1849 war er als Buchhändler, wenn ich nicht irre, in Speyer etablirt. Er vertrat auch diese Stadt in der Paulskirche. In Folge des pfälzer Auf-

standes mußte er 1849 seine Heimath verlassen. „Er ging der Reaktion aus dem Wege," wie er selbst dem jungen König von Bayern, auf dessen Frage, warum er (Kolb) sich so lange in der Schweiz aufgehalten, gesagt hat. Die Reaktion verkörperte sich damals in Kolb's Augen in Preußen, gegen das er seitdem eine aufrichtige Abneigung empfindet. In der Schweiz machte sich Kolb an gründliche statistische Studien, aus welchen sein schon in fünf Auflagen erschienenes klassisches Buch „Handbuch der vergleichenden Statistik, der Völkerzustands- und Staatskunde" hervorging. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Redakteur der „Neuen Frankfurter Zeitung." Das Jahr 1866 stellte ihn und den sächsischen Maigefangenen Röckel (jetzt bei Beust in Wien) an die Spitze des von der Frankfurter Pfingstversammlung gewählten Volksvereinsausschusses, der aber bei dem raschen Gange der Ereignisse kaum zu Worte kam. Seitdem widmet Kolb seine Thätigkeit der zweiten Kammer in München, wo er als Arbeitskraft sehr hoch geschätzt ist.

Die übrigen bayerischen Abgeordneten zerfallen in drei Gruppen: nationale, klerikale und Mittelpartei. — — — — —

Ein Blick auf die Uhr zeigt mir, daß ich nur noch zwei Stunden Zeit übrig habe. Um 6 Uhr muß ich auf dem Hamburger Bahnhof sein. Ich habe mein bestes Pulver an den Württembergern verschossen und muß mich daher bezüglich der Andern kurz fassen. — — — — — — — —

An der Spitze der bayerischen Mittel- oder Regierungspartei steht der in dem Regierungsbezirke Oberfranken gewählte Staatsminister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Klodwig Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst. Er ist ein jüngerer Bruder des als Mitglied des Reichstags und des preußischen Herrenhauses bekannten Herzogs Viktor von Ratibor auf Schloß Rauden in Oberschlesien (zugleich auch Fürsten von Corvey in Westphalen, Besitzer der Herrschaften Kieferstädtl, Zembowitz u. s. w.). Durch einen Vertrag von 1845 trat der Herzog von Ratibor die Succession

in die Familienstammgüter, die in der bayrischen Provinz Mittelfranken liegen, an jenen seinen Bruder Klodwig ab. Von zwei jüngeren Brüdern ist einer Kardinal in Rom und der vierte ist Flügeladjutant des Kaisers von Oesterreich und k. k. Oberkämmerer in Wien. So stehen diese Brüder an drei hohen Posten in dem „dreigetheilten" Deutschland und an einem nicht minder hohen in Rom, das nicht ohne Schuld daran ist, daß wir einstweilen noch vor der Dreitheilung stehen.

Der Fürst Klodwig war lange, bevor er Minister wurde, schon als erbliches Mitglied der bayerischen Reichsrathskammer bekannt als unabhängiger, liberaler Mann von wahrhaft deutscher Gesinnung. Er nahm stets jene Stellung ein, welche ich vom deutschen Grundadel mehr vertreten zu sehn wünschte, nicht nur im Interesse des Adels, sondern auch in dem der Bürger, des Staats und der Gesellschaft. Denn eine vernünftige und patriotische Aristokratie, welche ihrerseits auch die Berechtigung der Demokratie anerkennt, ist eine politische Wohlthat. Hier verstehe ich natürlich unter „Demokratie" nicht die heilige Demokratie von Württemberg, sondern die wahrhaft nationale Demokratie von Deutschland.

Fürst Hohenlohe hat eine schwierige Stellung in München. Er wird, wenn er sich einer hier bereits konstituirten Partei anschließt, wohl zu den Freikonservativen gehören, bei welcher sich auch sein Bruder, der Herzog von Ratibor, und sein Vetter, der Herzog Ujest befinden. Fürst Hohenlohe spricht schön und klar.

Die nationalen Abgeordneten aus Bayern kommen nicht aus altbayrischem, sondern aus fränkischem und schwäbischem Lande, so der treffliche Jordan aus Deidesheim, gleichsehr zu beneiden um seine vorzüglichen Weine wie um seine stattliche Figur (er ragt um eines Hauptes Länge über alles Volk), dann der Fabrikant Crämer von Doos bei Nürnberg, der durch ehrenwerthen Charakter und Intelligenz sich vom einfachen Arbeiter zu einer angesehenen Stellung emporgearbeitet hat, der patriotische Professor Marquardsen in Erlangen, der Frei-

Herr von Stauffenberg in Augsburg, früher Staatsanwalt, jetzt aus dem Staatsdienste ausgetreten und der Bewirthschaftung seiner Güter und der Politik lebend, Mitglied der bayerischen Kammer, ein noch junger Mann von großer Zukunft, Dr. Erhardt in Nürnberg, ein tüchtiger Volkswirth, Dr. Marquard Barth in Kaufbeuern (die norddeutschen Zeitungen, welchen der Vorname „Marquard" fremd ist, zerlegen diesen sehr einheitlichen und untheilbaren Mann gewöhnlich in zwei Personen, von welchen die eine Marquard und die andere Barth heißen soll), ein unermüdlicher, altbewährter Vorkämpfer der Einheits-Idee, nicht zu verwechseln mit seinem Namensvetter dem Advokaten Dr. Karl Barth in Augsburg, einem großdeutschen Piepmeier, der ebenfalls Mitglied des Zollparlaments und der bayerischen Kammer ist; endlich — last not least — Dr. Völk von Augsburg, gewählt in Immenstadt im Allgäu, von jenen vortrefflichen Bauern, welche uns den Käse bereiten, den wir in unserem Unverstand „Schweizerkäse" benennen.

Auf diesen Dr. Völk, den Vertreter der Allgäuer Bauern, mache ich Sie besonders aufmerksam. Es ist keine Mohl'sche Prophezeihung, wenn ich Ihnen sage: er wird sich auszeichnen. Er ist ein Prachtexemplar von einem Süddeutschen. Kurz, gedrungen, Stiernacken, freie hoch entwickelte Stirn- und Schädelbildung, krauses hochblondes Haar, neckisches lustiges Auge. Ein besseres Herz und eine bösere Zunge habe ich nie vereinigt gefunden. Er ist reich an Gedanken und Kenntnissen, allzeit aufgelegt und schlagfertig, gleich groß in ernster Rhetorik und leichtem Humor, bald ein weiser Staatsmann, bald ein neckischer Kobold, aber immer ein braver Mann und ein ehrlicher treuer Deutscher. Ein Volks-Mann und kein Volks-Schmeichler.

Zu bedauern ist, daß Dr. Karl Brater, ein Politiker von mehr idealem Zuschnitte und akademischem Faltenwurf, dabei ein fleißiger und einsichtsvoller Gelehrter, durch seinen Gesundheitszustand verhindert war, ein Mandat anzunehmen.

Wie Völk an der Spitze der Nationalen, so steht Jörg

an der Spitze der Klerikalen. Er ist bayerischer Archivar in Landshut und Mitglied des Abgeordnetenhauses in München, ein klarer Kopf von umfassenden Kenntnissen, für seine Partei ganz unentbehrlich. Jörg und Probst, das muß man ihnen auch als Gegner ihrer Richtung zugestehen, werden jedem Parlament zur Zierde gereichen. Jörg hat etwa die Hälfte der bayerischen Abgeordneten hinter sich. Unter seinem Anhange sehen wir die katholischen Hoch-Tory's: Graf Arco-Stepperg, Graf Arco-Valley, und den wegen Wechselangelegenheiten quiescirten Prof. Joseph Sepp von München, welchen man, wenn er etwas harmloser wäre, den modernen Abraham a Santa Clara nennen könnte.

Eine selbstständige Stellung nimmt der Prof. Dr. Edel in Würzburg ein; er ist ein Mann von gemäßigt großdeutscher Gesinnung, von großer Beredtsamkeit und noch größerer Bescheidenheit.

Gehen wir über zu dem dualistischen Hessen-Darmstadt. Ein gutes Stück dieses Großherzogthums haben wir schon im norddeutschen Bunde. Es ist dort durch Männer von nationaler Gesinnung vertreten, nämlich durch den altliberalen Freiherrn Nordeck von Rabenau, den freikonservativen Grafen zu Solms-Laubach und den nationalliberalen Wendel von Butzbach. Jetzt kommen noch fünf Vertreter des Restes des Großherzogthums hinzu. Hier hat die nationale Partei glänzend gesiegt über die Koalition der Hintersassen des Ministers v. Dalwigk, des Bischofs v. Ketteler und des Mainzer Advokaten Dumont, von welchen der erste die rothweißen, der zweite die schwarzen und der dritte die dunkelrothen Heerschaaren führte.

Am heftigsten war der Kampf in Mainz, das zwar nicht die Residenz des Großherzogs, aber die erste Stadt des Großherzogthums und außerdem der Sitz des Freiherrn von Ketteler ist, des Bischofs und päpstlichen Thronassistenten. Nur wer den Hergang einer englischen oder einer amerikanischen Wahl kennt

und zugleich das Jahr Achtundvierzig in Deutschland miterlebt hat, kann sich einen Begriff von der Hartnäckigkeit und der Leidenschaft dieser Bataille machen. Von Seiner bischöflichen Gnaden bis herunter zum ärmsten Tagelöhner hatte Jedermann Partei ergriffen. Keiner fehlte bei der Stimmurne. Dazu die Lebhaftigkeit der Bevölkerung und die Vermehrung derselben durch reichlichen Weingenuß. Auch hatte man nicht versäumt, den Pöbel zu fanatisiren, der hier zu allem Extremen geneigt ist. Ich erinnere mich an die vortrefflichen Schilderungen von Mainz vor und nach dem Einmarsche der Franzosen am 21. Oktober 1792, welche uns Clemens Theodor Perthes in seinem Werke: „Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft" giebt. Bei dem Einmarsch, erzählt uns Perthes, herrschte bei der niederen Bevölkerung der Glaubensfanatismus, nach demselben der Revolutionsfanatismus. Vorher ereignete es sich, daß, als einst bei einer öffentlichen Prüfung in der Arithmetik das Additionszeichen + öfters an die Tafel geschrieben wurde, ein ehrsamer Zunftmeister aus der Zuhörerreihe rief: „Macht Ihr nur Kreuze, es hilft Euch doch nichts und wenn Ihr sie auch schockweise macht, der Teufel holt Euch doch alle mit einander!" Nachher tanzte derselbe Zunftmeister, die rothe Mütze auf dem Haupte und so gut es ging das „Ça ira" singend, um den französischen Freiheitsbaum. Diesmal, bei der Zollparlamentswahl, schienen beide Geister zugleich in ihn gefahren zu sein. Es kam vor, daß der nationale Kandidat Dr. Ludwig Bamberger einige Mal vom schreienden Pöbelhaufen bis an seine Wohnung verfolgt und dort eine Zeit lang belagert wurde. Dennoch siegte er, mit 50 Stimmen über Majorität. Ebenso eroberte Dr. Metz den Wahlbezirk Bingen, obgleich sich dort leider ein derselben Partei angehöriger Eingeborener zum Gegenkandidaten hergegeben hatte. Derselben Richtung gehört der Fabrikant August Kugler in Offenbach an. Auch die beiden Anderen sind, wenngleich ihrer Richtung nach mehr altliberal, doch für den Eintritt in den Nordbund.

Das ganze Land Hessen-Darmstadt, vertreten durch acht Deputirte, hat sich sonach gegen die Politik des Herrn von Dalwigk ausgesprochen, was diesen aber in der so oft bewährten großen Anhänglichkeit an sein Portefeuille natürlich gar nicht irre macht.

Den Dr. Metz, den „Nationalvereins-Apostel“ von Ehedem, auf dessen Vereinsdiäten damals so viel schlechte Witze gemacht wurden gerade von Solchen, die jetzt die „Diäten-Frage“ für das oberste und erste Problem der hohen Politik erklären, kennen Sie. Er erfreut sich der Ehre, der best verläumdete Hessen-Darmstädter zu sein.

Ludwig Bamberger, Anfang der vierziger Jahre stehend, schlank, blond, von aristokratischer Tournüre, ist ein Mann von hoher Begabung. Im Jahre 1848 schrieb er, obgleich großherzoglicher Gerichtsaccessist, die „Mainzer Zeitung“ mit einer revolutionären Energie und Grazie, wie man sie nur in dem Vieux Cordelier des Benoit Camille Desmoulins vereinigt findet. Seiner Betheiligung an der Erhebung für die Reichsverfassung von 1849 verdankte er ein langjähriges Exil. Er wußte sich indeß das Brod der Verbannung zu versüßen. Denn er nahm in Paris eine ebenso geachtete als einträgliche Stellung als Theilhaber eines Bankgeschäftes ein, vernachlässigte aber dabei keineswegs Politik und Wissenschaft, wie eine Reihe glänzender politischer Pamphlete und wissenschaftlicher Abhandlungen (namentlich auch aus dem Gebiete der Volkswirthschaft) in deutschen und französischen Zeitschriften und in den „Demokratischen Studien“ beweisen. Bamberger ist nicht minder Meister des Worts, wie der Feder. Seine Kandidaten-Reden, wovon eine gedruckt erschienen, sind klassisch, fein in der Form, obgleich der Inhalt von göttlicher Grobheit beseelt ist. Sie haben Wunder gewirkt. Herr von Ketteler wird sie nicht zu seinem Brevier machen. Dalwigk wird ihm einen politischen Prozeß an den Hals hängen.

Kommen wir zuletzt zu Baden. Die dort etwas zu offi-

ziell vornehm gewordene nationale Partei hat in ihrem Gefühl der Sicherheit und ich darf wohl hinzusetzen: in Folge von Unkenntniß der bei dem suffrage universel einzuhaltenden Wahltaktik, mehrere Mandate an Klerikale verloren, welche Mandate man auch bekommen hätte, wenn dort gearbeitet worden wäre, wie es in Mainz durch Bamberger und den vortrefflichen Dr. Görz geschehn. So erscheinen denn als Gegner der Entwickelung, die Deutschland seit 1866 genommen, unter Führung des Ober-Hofgerichtsraths Roßhirt, konkordatlichen Andenkens, der Freiherr von Stotzingen, der Kaufmann Lindau u. s. w., als Freunde derselben unter Führung des Universitätsprofessors Geheimrath Bluntschli die bewährten liberalen Kammermitglieder Dennig von Pforzheim und Kirsner von Donaueschingen, der Oberbürgermeister von Mannheim Herr Diffené und der von Freiburg im Breisgau Herr Fauler. Bluntschli, ein Schweizer von Geburt und als solcher Verfasser des bürgerlichen Gesetzbuchs von Zürich und sehr werthvoller Werke über die Schweizer Rechtsgeschichte, scheint dort einen gründlichen Abscheu vor der Kantönli-Wirthschaft eingesogen zu haben. Er ist ein entschiedener Unitarier und hat als Mitglied der ersten Kammer in Karlsruhe den Beweis geliefert, daß, woran wir Alle nach dem Verlaufe der Bewegung von 1848 ja wohl ein wenig zweifelten, ein Professor doch auch ein sehr geschickter praktischer Politiker sein kann. Bluntschli ist eine große Arbeitskraft, eine zähe, unter scheinbaren Wandlungen stets dasselbe Ziel verfolgende Schweizer Natur, und dabei ein gewandter Redner, der jedoch ein wenig an den Katheder erinnert.

Wenn ich unter den nationalen Badensern nicht auch den Freiherrn Franz v. Roggenbach aufgeführt habe, so geschieht dies nicht aus Verkennung seiner großen Verdienste, unter welchen seine Haltung während des Frankfurter Fürstenkongresses vom August 1863 und unmittelbar danach die erste Stellung einnimmt, sondern weil er sich, wie es scheint geflissent-

lich, ein wenig von den Anderen separirt hat. Ich glaube, er meint, die Stunde sei noch nicht gekommen. Roggenbach ist, obwohl ein sehr tüchtiger Minister, niemals durch die büreaukratische Schule gelaufen. Er hat seine politischen Studien in England und nicht in einer deutschen Schreibstube gemacht. Das mag der Grund sein, daß er an Alles einen großen Maßstab legt und daß er sich die volle Frische, Freiheit und Unabhängigkeit seiner Person gewahrt und nie auf eine Schablone geschworen hat. Seine nationale Gesinnung steht außer Zweifel. Es schlägt halb sechs. Meine Zeit ist abgelaufen.

Genehmigen Sie u. s. w.

Dr. Paul Frank.

II.

Hamburg den 1. Mai 1868.

Ihr von gestern datirtes Briefchen habe ich heute erhalten. Ich danke für die ertheilte Indemnität und freue mich, daß Sie meine lange Epistel wenigstens nicht langweilig finden.

Aber ich muß gestehn, daß mich einiger Schrecken ergriff, als ich las, Sie hätten meine Schreiberei Herrn Dr. N. zu lesen gegeben und in Gemeinschaft mit diesem beschlossen, sie solle gedruckt werden. Wollen Sie mich denn unglücklich machen, dadurch daß Sie meine harmlosen konfidentiellen Plaudereien der Oeffentlichkeit übergeben? Bedenken Sie doch das Kampfgeschrei, das irgend ein sich verwundet glaubender Ajax aus Württemberg ausstoßen, die Fluth von Entgegnungen, Berichtigungen und Eingesandt's, die es regnen wird. Sind ja doch unsere M. P.'s (membres of parliament) nur gewohnt, solche Biographien zu lesen, welche sie allerhöchstselbst eigenhändigst Herrn Dr. Hirth für den Parlaments-Almanach geliefert haben. Und wie können meine elenden stümperhaften Versuche einen Vergleich aushalten gegenüber solchen klassischen Mustern der Memoiren-Historik? Ich wasche meine Hände in Unschuld.

Ich verzichte auf alle Autorrechte, welche ich jemals etwa an dem unglücklichen Briefe gehabt haben könnte, oder noch habe. Behalten Sie das Danaer-Geschenk. Machen Sie damit, was Sie wollen.

Nur so viel kann ich Ihnen versichern, ich schrieb Alles ohne Haß und Gunst, getreu und gewissenhaft und sonder Gefährde. Wenn ich geirrt, so geschah es nicht wissentlich. Und wenn eine Prophezeihung sich nicht erfüllt, nun so tröste ich mich mit Herrn Moritz Mohl und seinen Prophezeihungen über das Unheil, welches die Zollvereinsverträge zur Folge haben sollten. Er ist Steuerrath und hätte das wissen müssen. Ich bin nichts, als Ihr gehorsamster Diener.

Morgen gehe ich nach London. Rückkehr unbestimmt.

Genehmigen Sie u. s. w.

Paul Frank.

IV.

Aus dem Berliner Tagebuche

eines

süddeutschen Zollparlaments-Mitgliedes.

I.

Motto:
„Eigenheiten, die werden schon haften;
Kultivirt Eure Eigenschaften!"
Goethe.

Das hätt' ich vor fünf Jahren, als ich in Frankfurt am Main dem Kaiser von Oesterreich Hurrah rief und für das Reformprojekt nebst Delegirtentag schwärmte, auch nicht gedacht, daß ich heute, am 27. April 1868, als süddeutsches Zollparlaments-Mitglied, in Berlin sitzen würde, um in wenigen Stunden der Eröffnung dieser imposanten Versammlung, die ganz Deutschland mit alleiniger Ausnahme unserer Brüder in Oesterreich umfaßt, halb mit Widerstreben, halb mit Neugierde und Ungeduld entgegenzusehen.

Der Weg hierher ist mir saurer geworden, als ich gedacht hätt'. So ein Nest'l-Schwab bin ich doch nicht, daß ich Heimweh bekäm', wenn ich ein paar Stunden von meiner Heimath entfernt bin. Ich habe mich in Süddeutschland, in den Alpen und in einem Stück Italien gehörig herumgetummelt; auch war ich in Wien. Aber als wir gestern auf die große norddeutsche

Ebene herauskamen; nichts als eine endlose Fläche sahen, höchstens hin und wieder ein kleines Holz, sonst aber Alles tellerglatt, vielfach mit Wasser bedeckt, hin und wieder eine Windmühle, die längs unseres Weges herkollert, eine häßliche Spinne mit dickem Körper und dürren Beinen; — oh, da ward mir's doch weh um mein schwäbisches Herz. Nirgends ein Berg, der dem Auge und dem Sinne einen Haltepunkt und eine Anlehnung bot; Himmel und Erdfläche, wie auf dem Meere, aber statt schöner Schiffe niederträchtige Windmühlen; weder Wasser noch Festland, sondern eine tolle Mischung beider, mehr für Fische, Frösche und Amphibien geeignet, als für zweibeinige aufrechtgehende Menschen: ich muß gestehen, ich fühlte mich sehr unbehaglich und verlassen. Hätt' ich's machen können, wie ich wollte, ich wär' auf der nächsten Eisenbahnstation heraus und hätte mir ein Billet gekauft zur Rückfahrt nach dem schönen gemüthlichen Süden. So aber sagte ich mir: „Alter, sei standhaft; bedenke, daß in heißer Wahlschlacht viele Tausende tapferer Schwabenherzen für Dich geschlagen, daß sie Dir die hohe Mission aufgetragen haben, zu protestiren gegen Unrecht und Gewalt und den Hungerleidern zu zeigen, daß die württembergische Kuh von ihnen in Berlin nicht gemolken werden will." Ich hatte das Gefühl eines Regulus, der unter die Karthager ging. Ich schwor, meinen heimischen Penaten und Laren auch in der fernen kalten Fremde treu zu bleiben, selbst auf die Gefahr hin, in ein Faß gesteckt zu werden, das inwendig mit Nägeln tapezirt ist.

Aber ich muß ein herzlich saueres Gesicht bei diesem Akte der patriotischen Begeisterung geschnitten haben, denn mein Freund Paul Frank aus Baden, — so ein rechter badischer Windbeutel, der die ganze Welt kennt und sich mit aller Welt verträgt, sogar mit den Preußen, — fing an hell auf zu lachen. „Daß Dich das Mäusle beiß'!" sagte er, indem er vergeblich versuchte, unseren schönen schwäbischen Dialekt nachzuahmen, „was isch, alter Neschtl-Schwoab? machescht joa a Gesicht, als wollschte dem Bock zwische die Hörner küsse!"

Ich hatte kein Hehl von dem traurigen, ja unheimlichen Eindruck, den das endlose Flachland bei mir hervorgerufen. Da lachte der badische Windbeutel von Neuem und meinte: „Dem Norddeutschen, der nichts als die Ebene kennt, geht's gerade so, wenn er in unsere Berge kommt. Wir fühlen uns in der Ebene ohne Halt, Anlehnung und Rückendeckung. Der Mann aus dem nordischen Flachland aber meint, er sei zwischen den Bergen, in den engen Thälern, die ihm vorkommen, wie Spalten, gleichsam eingesperrt. Er klagt über die steilen Höhen, wir über den grundlosen Sand. Das Richtige wird sein, wenn wir Einer von dem Andern lernen. Haben erst einmal die vom Norden das Bergsteigen und die vom Süden das Im-Sand-Waten gelernt, dann ist die Einheit Deutschlands fertig. Die Norddeutschen geben sich schon lange alle Mühe im Bergsteigen. Jeden Sommer kommen sie zu uns; und der Berliner „Gemsen-Jäger" ist in unseren illustrirten Blättern eine stehende Figur geworden. Wir Süddeutsche dagegen sind bisher überall hin, — nach Wien, Turin, Florenz, Paris und London — gegangen, nur nicht nach Berlin und unserem deutschen Nordosten, z. B. nach Danzig mit seinem blauen Meere und seinen grünen Bergen und seinen monumentalen Gebäuden. Dazu ist nun das Zollparlament erfunden, damit das anders wird, damit die Süddeutschen, wenn sie nicht *wollen*, nach Berlin gehen *müssen*. Auf daß die Andern auch Appetit dazu kriegen, müßt Ihr, die Parlamentsmitglieder, die Blüthe der Nation, zuerst heran; und es wird Euch in Berlin so wohl gefallen, Ihr werdet Euch dergestalt dort akklimatisiren, daß Ihr, wenn Ihr nach sechs Wochen wieder zu den Ufern des Neckar zurückkehrt, das Mir und das Mich nicht mehr zu unterscheiden versteht. Und in diesem erhabenen Moment werden die Raben aufhören, um den Kyffhäuser zu fliegen, der Zwerg wird es dem Kaiser melden, und der Kaiser Rothbart" — —

„Das wird er gefälligscht bleibe lasse," schrie ich dazwischen; aber der badische Windbeutel hatte ganz laut

gesprochen, die andern sechs Herren im Coupé hatten die Ohren gespitzt und zugehört und dann Beifall gemurmelt, und schließlich wurde mein Protest unter ihrem Bravoruf erstickt. Sie schüttelten mir und dem Badenser die Hand und nun schwatzten sie durch einander mit ihren „jeläufigen" norddeutschen Zungen; und der badische Windbeutel schwatzte mit und sprach fast eben so geläufig, indem er, wie Petrus den Herrn, so er seine süddeutsche Mundart verleugnete. Auch ich wurde mit in das Gespräch gezogen. Ich diente den Kerlen einige Mal gehörig. Aber, ich weiß nicht, wie es kam, ob sie meinen schwäbischen Dialekt nicht verstanden, oder ob ihre aalglatte übertünchte Höflichkeit dran schuld ist, sie thaten, als wären meine Grobheiten Artigkeiten und ließen sich gar nicht aus der Ruhe bringen. Hätten sie sich über meine Anzüglichkeiten geärgert, ich hätte mich vielleicht mit ihnen aussöhnen können. Aber dieses ewig sich gleichbleibende, glatte, höfliche und kalte Wesen machte mich wüthend. Ich kochte innerlich vor Bosheit. Auf der nächsten Station verließ ich unter einem Vorwand das Coupé, gab dem Kondukteur, den sie hier zu Lande Schaffner nennen, ein Trinkgeld und ließ mich in einen andern Wagen setzen.

Dort schwur ich auf's Neue, wie Hannibal den Römern, dem schlangenglatten Geschlecht mit den „jeläufigen" Zungen Rache und ewige Feindschaft und entschlief endlich, auf meiner Zunge die Worte: „Wir wollen Euch das Maul sauber halten."

Als ich in Berlin ankam, war's schon dunkel. Ich hatte auf dem anhalt'schen Bahnhof noch allerlei Scheererei, bis ich eine Droschke bekam. Denn da darf man sich nicht diejenige Droschke nehmen, die Einem gefällt oder am Nächsten zur Hand steht, sondern man bekommt eine Nummer zugeloost und kann dann erst herumlaufen, wie ein Hans Narr, bis man sie findet.

Im Gasthofe angekommen, vermißte ich in meinem Zimmer den Kleiderschrank. Ich verlangte einen solchen. Kellner und Hausknecht schauten mich an, wie eine Kuh das Scheunenthor.

Wußten ja diese Barbaren nicht einmal, was ein „Schrank" ist. Ich mußte ihnen die Sache expliziren; und das war schwer, denn ich verstand sie nicht und sie mich nicht, auch war ich wieder über ihre geläufige glatte Manier in einen süddeutschen Biedermanns-Zorn gerathen und schäumte vor Wuth, daß ich stotterte. Da riefen sie plötzlich Beide unisono: „Ein Spind, ah so, ein Spind wünschen der Herr." Spind bedeutet nämlich in dem slavischen Idiom, das hier der gemeine Mann spricht, soviel wie Schrank. Ich fürchte, bis ich wieder nach Hause komme, habe ich mein Deutsch verlernt und mauschele auf Halbrussisch.

II.

Unser berühmter Volksredner Meyer in Stuttgart — hier würde er Müller oder Schulze heißen — hat unter donnerndem, nimmer enden wollendem Applaus seiner Zuhörer verkündigt, die Parole in Preußen heiße: „Maul halten, Soldat sein, Steuer zahlen."

Diese Parole, sowie der von ihm erfundene Ausdruck „Bettelpreußen" und die Parabel von Freund Oesterlen von der württembergischen Kuh, die in Berlin gemolken werden solle, haben uns bei den Wahlen viel genützt und man muß daher dieselben weder antasten, noch in Zweifel ziehen. Denn man weiß nicht, wie man sie wieder einmal nöthig hat. Auch darf man den kleinen Meyer und den dicken Oesterlen öffentlich nicht blamiren, namentlich nicht vor diesen Berliner Russen, die ohnehin über Alles ein böses Maul haben, oder wie sie selber es nennen „eine Schandschnauze".

Was ich aber in mein Tagebuch notire, das erfährt die Welt nicht; und ich selbst will für mich wissen, woran ich halte. Da hat mir nun ein thüringer Zollparlaments-Kollege den Beweis geliefert, daß Württemberg im Verbrauch von zollpflichtigen Gegenständen weit unter dem Durchschnitte bleibt, während es doch den Ertrag gleichheitlich nach der Kopfzahl mit dem weit

stärker konsumirenden norddeutschen Gebiete theilt, daß es also, um's kurz zu sagen: mehr herauszieht, als es einbrockt, mehr nimmt, als giebt. Freund Oesterlen und Freund Mohl haben mir die Ziffern nicht widerlegen können; und mit dem Gleichniß vom Kuhstall stellt es sich also anders: Wir Schwaben werden nicht gemolken, sondern wir melken selbst. Nun, desto besser. Aber wir wollen's heimlich halten, sonst dauert's am End nicht mehr lang.

Auch mit dem „Maulhalten", wovon Meyer sprach, ist's ganz anders. Es ist wahr, bei uns in Württemberg wird fürchterlich geschimpft und geschrieen, aber doch über alles Andere eher, als über die eigene Obrigkeit. Bei uns zu Hause dürfen wir schimpfen über alle Potentaten von Europa, nur nicht über unsere eigenen. Und wenn wir auch zur Noth noch über unsern König, der wirklich ein guter Mann ist, uns ein Wort erlauben dürfen, über unsere Minister, unsere Kreisregierung, unseren Oberamtmann, unseren lebenslänglichen Bürgermeister und Ortsvorsteher und deren untersten Schreiber, die auch lebenslänglich oder gar erblich sind, dürfen wir kein Wort des Tadels wagen. Unser Ortsvorsteher kann uns sofort in's Loch stecken, und erst, wenn wir wieder herauskommen, dürfen wir uns beschweren. Bekommen wir dann Recht, dann dürfen wir die Strafe wieder zurücksitzen. Aber rathen will ich's Keinem, es mit dem regierenden Bürgermeister und seinen Schreibern zu verderben. Sein Amt dauert auf Lebenszeit, manchmal ist es sogar erblich; und wer bei ihm oder einem seiner Schreiber einmal im schwarzen Buche steht, der thut am besten, er schnürt das Bündel und geht nach Amerika. Im Schwabenlande ist für ihn nichts mehr zu wollen.

Wir also dürfen schimpfen über Alles, was uns nichts angeht. Wir dürfen lästern über Alles, was uns nicht drückt. Und da wir dies Metier schon lange treiben, so haben wir eine hübsche Uebung darin erlangt, und Keiner thut es uns gleich. Auch

sind wir stolz darauf. Denn wir denken: Dem König von Preußen, dem haben wir's denn wieder einmal gehörig gesteckt.

Aber wenn der Oberamtmann oder gar der Bürgermeister, der zwar im Range unter jenem steht, aber im Gift und in der Schneidigkeit weit über ihm, wenn Einer von Denen in die Wirthsstube tritt, dann möcht' ich's keinem freien Schwaben gerathen haben, daß er sitzen bleibt oder die Mütze auf dem Kopfe behält, oder gar raisonnirt. Wenn der Gestrenge wieder draußen ist, dann ist's zur Noth erlaubt, eine Faust in der Tasche zu machen. Ueber Das, was drückt, dürfen wir zu Hause nicht raisonniren. Ueberhaupt loben gerade die Allerradikalsten am meisten unsere schwäbische Verwaltung. Sie erklären solche für unübertrefflich gut und behaupten, wir sonnten uns im Glanze der Freiheit und die württembergische sei die beste aller denkbaren und menschenmöglichen Regierungen. Wenn man ihnen dann heimlich anvertraut, — denn öffentlich darf man so was dort gar nicht sagen —, dieses Lob sei doch unverdient, unserer Regierung schade es doch gewiß nichts, wenn sie etwas besser werde, dann heißt es: „Scht! scht! daß es nur der Preuß' nicht hört; Du weischt ja doch, wie's schlecht, schlecht ischt die Regierung, aber lobe müesse mer'sche doch, und wär'sch nur, daß sich der Preuß' ärgert. Denn weischt (weißt Du), unser Ziel ischt die Vetter-Adif-Republik und da ischt uns Niemand im Weg, als der Preuß'. Sind wir erscht einmal mit dem fertigk, werde wir mit den Andern kein Federlesens mache." Nun gut. Bei uns also muß der Radikale Alles loben, was von oben kommt, von Herrn von Varnbüler bis zum Ortsvorsteher herunter.

Hier in Berlin ist das Gegentheil der Fall. Da sollte man bei einem Berliner Radikalen oder Demokraten schön ankommen, wenn man ihm sagen wollte, er habe eine gute Regierung, oder eine gute städtische Verwaltung. Noch nicht einmal seine eigenen Stadtverordneten oder Abgeordneten zum Reichs- oder zum Landtage darf man ihm loben, ohne zu riskiren, Das zu empfangen, was man bei uns Ohrfeige oder Maulschelle, hier aber „Knall-

schote" nennt. Selbst ihr Jakobi mit seinem sozialistischen Menschen-Antlitz-Programm ist ihnen noch nicht radikal genug.

Das sollten unsere Reutlinger daheim einmal hören, wie hier in so einer großen Volksversammlung von 5—6000 Menschen der Redakteur Held oder der Sozialdemokrat v. Schweitzer von dem regierenden Oberbürgermeister der 700,000 Einwohner zählenden Haupt- und Residenzstadt sprechen. Gerad' als wär' er ihres Gleichen. Donnerwetter, das ließ sich zu Hause unser Tyrann von Mottenburg nicht gefallen. Noch am selbigen Abend säßen die Herren Redner bei Wasser und Brod im Loch.

Und die Stuttgarter, die sollten einmal in so ein Berliner Volkstheater gehen. Nein, diese Witze und Anzüglichkeiten auf den Bundeskanzler, die Minister, den Oberbürgermeister, den Magistrat und sogar auf die hohe Polizei. Ich bin doch gewiß ein freisinniger Mann, aber das ließ' ich als Stadtrath mir nicht gefallen; ich hing' so einem elenden Komödianten einen Prozeß an seinen Schwanenhals, daß er dran ersticken sollte. Der Kollege Knoschp aus Stuttgart sagte auch, wenn da so was passirt wäre, dann hätte der Schauspieler keine 24 Stunden mehr in der Stadt bleiben können; allen Respekt vor der Freiheit, aber Zügellosigkeit dürfe nicht geduldet werden; und wenn sich so ein hergelaufener Komödiant an einem seßhaften achtbaren Bürger vergreife, das sei doch der höchste Grad der Zügellosigkeit.

Aber hier in dem Berlin hat man vor Nichts Respekt, aber auch vor gar Nichts. Ein Herr Von ist hier nicht mehr, als ein Anderer. Grafen giebt es so viel, daß man sie weiter gar nicht mehr ästimirt; und selbst Fürsten und Herzoge, ja selbst ein königlicher Prinz sitzen mit uns im Zollparlament, als wenn sie unseres Gleichen wären. Selbst im Kneip- und Rauchzimmer (was man „Fraktion Müller" nennt, weil der Wirth so heißt) sitzen sie mitten unter uns und kneipen und rauchen mit. Und Müller, der Fraktionschef, d. h. der Wirth, ist sogar ein richtiges süddeutsches Kind, von Aschaffenburg, und spricht bis zum heu-

tigen Tag noch seine süddeutsch-fränkische Sprache so gut, wie Einer. Da möcht' ich doch einmal sehen, wenn ein Berliner nach Stuttgart käme und wollte die Restauration im Halbmond-Saal (Landtags-Lokal) übernehmen, — der sollte schön ankommen!

Wenn in Stuttgart, in diesem Horte der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ein einfacher Abgeordneter einem königlichen Prinzen unter die Nase rauchte, dann würde man glauben, das Ende aller Dinge sei gekommen.

Wenn man daheim in Württemberg zwei Beamte mit einander sprechen sieht, kann man auf den ersten Blick erkennen, welcher höher und welcher niedriger im Range ist. Denn jener hebt die Nase hoch in die Luft und schreit. Dieser senkt sie tief zur Erde und lispelt. Hier verkehren die Beamten im Dienst mit einander, wie Soldaten, und außer Dienst, wie gleichberechtigte Menschen.

Und damit man nicht merkt, wer höher oder tiefer im Range steht, nennt man einen Jeden Geheimerath; von dem Geh. Ober-Regierungsrath, der schon ein großes Thier ist, bis zum Geheimen Kanzleirath und dem Geheimen Registraturrath, der wie ein Laubfrosch die großen Aktenleitern auf- und niedersteigt, nennt man sie alle ohne Unterschied: Geheimerath. So ist hier selbst die heilige Rangordnung des Beamtenthums mittelst des Zauberworts „Geheimerath" demokratisch nivellirt.

Das sollte bei uns einmal Einer riskiren, einem Beamten nicht seinen vollständigen siebenunddreißig Sylben langen Titel zukommen zu lassen. Oder gar der Frau des Beamten! Die kratzte Einem die Augen aus. Wirklich, ein merkwürdiges Nest das, — dieses Berlin!

Wenn aber Freund Meyer in Stuttgart, als er sein berühmtes Hoch auf Berlin ausbrachte, glaubte, der Berliner sei auch ein Anhänger der süddeutschen Volkspartei, deren Ziel die föderative Republik und deren Mittel die Begünstigung der Depossedirten und die Schwächung Preußens ist, so irrt er sich

sehr. Das ist doch ganz anders. Ich will versuchen, ob ich mir's klar machen kann.

Der Berliner ist ein streng rationalistischer Mensch, der, was er einmal als richtig erkannt hat, sofort realisiren will, und dabei auf gegebene Zustände und historische Voraussetzungen keine Rücksicht nimmt. So ziemt es sich auch für den energischen und zukunftsreichen Bürger einer Weltstadt von gestern, deren von überallher zusammengeströmte Bevölkerung keinen historischen Sinn mitbringt. Es ist für einen Süddeutschen schwer, sich von dem öffentlichen Geist in Berlin einen Begriff zu machen. Ich denke mir, es war ähnlich so in dem alten Rom, wo die verfehlten Existenzen aus allen Ecken und Enden der Welt zusammenliefen, um ihr Glück zu machen; nur mit dem Unterschiede, daß man hier die Sabinerinnen nicht zu rauben braucht.

Wenn nun aber auch Berlin von den politischen Mittelparteien aus dem angegebenen Grunde nichts wissen will, so mag es doch von den Depossedirten erst recht nichts hören. Es ist vielmehr monarchisch, preußisch und soldatisch gesinnt, obgleich, wie gesagt, durch und durch demokratisch; so enorm demokratisch, daß wir süddeutsche Radikale manchmal einen geheimen Schauer davor bekommen und hier eher in New-York zu sein glauben, als in unserem alten Deutschland.

Was für den richtigen Berliner Deutschland bedeutet, davon habe ich neulich in einem hiesigen Vorstadttheater einen kleinen Vorgeschmack bekommen.

Das Stück spielt auf einem pommerschen Gute. Das Faktotum der Gutsherrschaft ist ein geborner Berliner, natürlich früher Soldat und ausgestattet mit allen Zaubern des Berliner und sogar auch des Kalauer Witzes. Er ist höchst produktiv in pfiffigen Anschlägen; und wenn die Bauern darob erstaunen, sagt er mit Selbstgefühl: „Ja, dafür bin ich auch mit Spreewasser getauft,“ oder richtiger „jetoft“. Er kommt von Berlin, wo er eine diplomatische Mission hatte, auf das Gut zurück;

man fragt ihn: „Waren Sie in der Hauptstadt auch im Theater?“ Ja. „Was haben sie denn gegeben?“ Fünf Groschen. „Nein, so mein' ich nicht, ich frage: Was für ein Stück?“ Nanu, ein Fünfgroschen-Stück. — Allgemeines Staunen der Bauern über diesen brillanten Witz. „Ja, dafür bin ich ja mit Spreewasser getauft,“ sagt der Bewunderte.

Solche Witze nennt man hier Kalauer. Ich meine, ich hätte bei uns schon welche gehört, die sich neben diesen auch noch sehen lassen konnten. Das Faktotum, das so stolz ist auf das Spreewasser, womit er getauft wurde, singt auch einige Couplets zu Ehr' und Preise von Berlin. Eins davon — die Reime sind meinem Gedächtniß entfallen — läuft darauf hinaus, alle andern Deutschen sängen: Mein Vaterland muß größer sein; der Berliner aber nicht, denn sein Berlin, worin er sein Genüge finde, sei allein und an und für sich schon groß genug.

Hinter mir, ich meine bei der Aufführung dieses Stückes hinter mir im Parkett saßen so ein Paar national-liberale Hannoveraner à la Miquél, die, weil sie selbst annektirt worden sind, nun auch gerne alles Andere annektiren möchten. Die ärgerten sich schwarz und blau über dies Couplet. Wir Schwaben aber freuten uns, weil wir dachten, die Berliner wollten danach nichts von uns wissen, und dann wären wir ja einig mit ihnen. Aber es dauerte nicht lange, da kamen einige zündnadelmäßig-chauvinistische Witze gegen die Depossedirten, gegen die Kleinen und gegen Ihn. Da lachten die zwei Hannoveraner, und wir zwei Württemberger ärgerten uns. Wissen wir doch nicht, ob wir Ihn nicht nöthig haben!

Sonst läßt sich's hier leben, obgleich das Meiste anders ist, als bei uns. So z. B. hat jedes Haus einen unterirdischen Raum, worin auch Menschen wohnen. Ja, die Vergnügungslokale der Unbemittelten, welche man „Bums-Keller“ nennt, befinden sich alle unter der Erde. Wenn man nach Mitternacht nach Hause geht, hört man dort tief in der Erde Schacht noch musiziren und tanzen. Mein schwäbischer Parlamentskollege

Kammermüller, der ehedem Schulmeister war und für eine gelehrte Autorität gilt, behauptet, die Berliner seien wendisch-slavischer Abkunft, hätten früher alle als Troglodyten unter der Erde gewohnt in Höhlen, die sie sich gleich den Kaninchen in den Sand wühlten, auch das Wort „Bums" sei slavisch und bezeichne den wendischen Bacchus, der aber bei diesem Volke nicht der Gott des Weins, sondern der des Schnapses gewesen. Ob das Alles wahr ist? Ich zweifle daran. Ein bloßes Kaninchen-Volk hätte uns rein germanische Stämme doch nicht so überflügeln können. Das wäre doch für unsere schwäbische Hochnasigkeit das allerschlechteste Kompliment. Ich glaube, die Herren Kammermüller und Konsorten flunkern. In den puren wackeligen, beweglichen Sand kann man doch auch keine Höhlen machen. Sie würden ja zusammenbrechen. Ich glaube daher, es ist umgekehrt; man hat die Häuser gebaut, wie auch bei uns; aber wenn der Wind stadteinwärts wehte, hat er soviel Sand mit sich geführt, daß er den untersten Stock halb zugeweht hat; und so sieht es denn jetzt aus, wie ein Keller; aber es ist keiner; denn es wohnen doch Menschen darin.

Auch Das, was mir der Professor Schäffle aufbinden wollte, daß man sich hier seiner Tugend nicht erwehren könne und jeder Keller eine Höhle des Lasters sei, — das ist auch nicht wahr. Ich habe mir die Keller darauf angesehen. In den meisten werden ehrbare bürgerliche Geschäfte getrieben, als da sind Milch- und Sahne-Handlung, Trödelkram, Schuhmacherhandwerk, Viktualiengeschäft und „Vorkosthandlung." Was letzteres ist, war mir unbekannt. Ich habe es aber ausgemittelt. Es ist ungefähr Das, was man bei uns Mehlhandlung und in Bayern „Melberei" nennt.

Was aber die Tugend anlangt, so hab' ich da wieder gemerkt, daß man einem Professor auch nicht Alles glauben kann. Ich erzählte dem Frank aus Karlsruhe, dem badischen Windbeutel, mit dem ich hierher gefahren bin und der immer noch in Geschäften hier ist und sich köstlich zu amüsiren scheint, die

Aeußerung des Professors, der namentlich auch gesagt hatte, es sei damit hier in Berlin schlimmer, als in Rom, Neapel, Paris, Amsterdam, Rotterdam, London, St. Petersburg und Moskau und allen europäischen Hauptstädten, die er alle in dem Stücke so gründlich auskenne, wie seine eigene Hosentasche*). Frank that so, als wenn er nichts gehört oder nichts verstanden hätte; aber er sah mich mit seinen verdammten, runden, hellbraunen, listigen badischen Windbeutel-Augen ganz verflixt an und fragte mich: „Ja, wo wohnen Sie denn eigentlich jetzt, mein verehrter süddeutscher Bruder?"

Ursprünglich, sagte ich ihm, habe ich im „Hotel des Princes" gewohnt, wo es recht gut und auch nicht allzutheuer war. Nachher aber wurden wir Schwaben mißtrauisch. In dem Hotel des Princes wohnten auch norddeutsche, namentlich aber altpreußische Abgeordnete, adelige Gutsbesitzer und dergleichen, womit ich zu Mittag aß. Die Herren waren sehr zuvorkommend und höflich gegen mich. Von aristokratischem Uebermuth keine Spur. Auch hatten sie recht gründliche und praktische Kenntnisse; besonders in der Landwirthschaft konnten sie selbst Unsereinem Etwas zu rathen aufgeben; denn sie bewirthschaften ihre Güter alle selbst. Ich dachte oft im Stillen in meinem Sinne: Das sind also die vielverschrieenen preußischen Junker; nun, wenn sie alle so wären, so möchte ich wünschen, mancher süddeutsche Adelige, der nichts kann, als grobschnauzig sein und anderer Leute Geld verzehren, nähme sich ein Muster an ihnen. Da sagte mir auf einmal Einer meiner württembergischen Kollegen, es sei beschlossen worden, alle württembergischen Abgeordneten sollten von wegen des besseren landsmannschaftlichen Zusammenhangs halber zusammen in ein Haus ziehen. Aber ich bin hier in meinem Hotel ganz zufrieden, sagte ich, und habe eine ganz

*) Aehnliches hat Herr Prof. Schäffle auch drucken lassen in einer Abhandlung über das Zollparlament, welche zuerst in der Cotta'schen Vierteljahrsschrift stand und später auch in Separatabdruck erschienen ist.

Der Herausgeber.

angenehme Tischgesellschaft. Da lachte mein alter Kollege ganz höhnisch und schrie: „Aha, da kommt's heraus; Sie fraternisire schon mit dene preußische Junker.“ Nu, dacht' ich, Du alter Sauhund *), könntest von Junkern doch das Maul halten; denn einen schlimmern Junker, als Du bist, giebt es ja doch gar nicht; Du hast ja doch unsere freisinnigen Ablösungsgesetze über den Haufen geworfen, und Deine Schuld ist's nicht, wenn wir nicht immer noch unter dem Joch aller Feudallasten seufzen, die das finschterschte Mittelalter ausgesonnen hat. Ich wollte ihm eben eine grobe Antwort geben, er habe mir nichts zu befehlen, ich bleibe in meinem Hotel und jede andere Hauskameradschaft sei mir lieber, als die seinige. Aber ich überlegte mir's doch zweimal. Erstens ist der Mann doch Präsident des Geheimenraths und Justizminister gewesen und kann es jeden Tag wieder werden; denn am guten Willen fehlt's nicht, und der Varnbüler hält sich ja doch nur durch Schaukeln. Zweitens haben uns unsere Wähler, als wir das schöne Schwabenland verließen, auf's Allerheftigkschte auf die Seele gebunden, wir Abgeordnete müßten in Berlin einig sein und einig bleiben, wenn wir auch zu Hause noch so uneinig wären; in Berlin sei es einerlei, ob Einer von uns ultramontan oder demokratisch, aristokratisch, büreaukratisch, varnbulerisch, beobachterlich oder wie sonst sei; Preußen haßten wir ja doch alle gleichmäßig, und darauf allein komme es an. Sehen Sie, Herr Frank, ich bin ein freier Mann; ich habe schon zu der Zeit, als der alte Römer und der alte Schott noch jung waren, zur Opposition gehört; und ich bin jetzt noch zu jeder Zeit bereit, für meine Ueberzeugung meinen Block auf den Henkerskopf, — wollt' ich sagen: meinen Kopf auf den Block zu legen; — im Vertrauen gesagt, ich habe auch schon einmal einen Monat auf der Festung Hohenasberg gesessen, weil

*) Solche Kraftausdrücke, die dem württembergischen Idiom eigenthümlich und gar nicht böse gemeint sind, kommen in dem Tagebuch häufig vor. Ich habe die meisten getilgt und nur einige als Wahrzeichen stehen lassen, damit man ex ungue leonem erkenne. Der Herausgeber.

ich für die flüchtigen Polen etwas Geld gesammelt hatte; doch das nur beiläufig; auch wünschte ich nicht, daß Sie es hier in Berlin weiter erzählten, denn sonst spotten sie wieder über unsere vielgepriesene Freiheit; so einem Berliner ist ja nichts heilig. Also ich war stets oppositionell und kümmerte mich den Teufel um so einen alten Geheimerathspräsidenten. Aber diesmal dacht' ich doch: Was sollst Du Dich ohne Noth mißliebig machen? Der Alte ist ein einflußreicher und vornehmer Herr; Deine Wähler wünschen, daß Du mit ihm gehst; wenn Du es nicht thust, kann er Dir zu Haus im Schwabenlande nicht ein Bein, sondern gleich ein ganzes Dutzend stellen. Herr Gott, was gäb' das zu Haus, wenn eines schönen Morgens im Stuttgarter Beobachter stünde, ich wär' zu den preußischen Junkern übergelaufen; was das ein Geschrei in Zopfingen gäb'! und besonders der böse Wühlhuber, der mir ohnehin so gern im Vertrauen meiner Mitbürger die Schleppen abtreten und immer noch viel linkser und entschiedener sein will, als ich, was doch gar nicht menschenmöglich ist; wenn Karl Meyer es erlaubte, wär' ich noch linkser, als der Beobachter selbst; denn die allerentschiedenste Entschiedenheit der Gesinnung ist ja das Einzige, wodurch sich Unsereiner auszeichnen kann; aber trotz Alledem, und obgleich ich dafür überall bekannt bin, — wenn so was im Beobachter stünde, — meine Frau und Kinder wären ihres Lebens nicht sicher, und ich selbst könnte mich mein Lebtag nicht mehr sehen lassen in der vormals freien Reichsstadt Zopfingen, wo ich wohne.

„Natürlich," sagte Frank und blinzelte mich wieder ganz merkwürdig mit seinen listigen badischen Augen an, „ein wahrer Volksmann opfert dem Volke Alles, auch seine Unabhängigkeit und seine Ueberzeugung."

Das ist es eben, sagt' ich, und dann war der Alte, der Anfangs so höhnisch gelacht und mich dadurch fuchsteufelswild gemacht hatte, am Ende doch wieder sehr freundlich und herablassend. Er nannte mich: bester Kollege, klopfte mir zweimal auf

die Schulter und nahm mich zuletzt am drittuntersten Knopf meiner Weste. „Glauben Sie mir," sagte er, „ich bin weit entfernt von Mißtrauen; ich kenne Ihre gut württembergische Gesinnung und weiß, daß Sie niemals Ihre Unabhängigkeit und Ihre Ueberzeugung opfern. Ja, da müßte so ein preußischer Junker früh aufstehn, wenn er unsere braven Kollegen aus Zopfingen fangen wollte; Sie sind Schmeicheleien eben so unzugänglich, als Drohungen; Sie gehören ja zur alten Garde und waren immer der Allerentschiedenste; das muß selbst ich, obgleich ich in württembergischen Dingen in einigen Punkten vielleicht anderer Meinung bin, wie Sie, Ihnen auf das Bereitwilligste zugestehen. Aber sehen Sie, wenn ich auch frei bin von allem Mißtrauen. Es sind das nicht Alle. Der schwäbische Charakter, so vortrefflich er ist — wir sind ja der einzige reindeutsche Volksstamm — er neigt etwas zum Mißtrauen. Deshalb muß man den bösen Schein meiden. Sie wissen ja, wie man Ihnen zu Hause auf die Finger sieht; — der böse Wühlhuber, Ihr Feind, schläft nicht; — der geringste Fehltritt, oder auch nur der falsche Schein eines solchen, kann die verhängnißvollsten Folgen für Sie haben. Für Sie und Ihren Wahlkreis. Zopfingen war bisher vernachlässigt, aber jetzt steht ihm der Gerichtssitz, eine Chaussee und eine Zweig-Eisenbahn gleichzeitig in Aussicht. Nun, wozu viel Worte machen? Sie verstehn mich! Ich werde also auch für Sie miethen. Sie können morgen früh, vor der Zollparlamentssitzung, schon einziehen. Hier ist die Adresse Ihrer zukünftigen Wohnung. Sie erhalten das Zimmer Nummer Dreizehn. Also auf Wiedersehn bis morgen früh." So verschwand der alte Mephisto. Ich that, was er haben wollte und wohne seitdem mit meinen übrigen württembergischen Landsleuten zusammen in der „Schwaben-Herberg zur Freiheit und Gerechtigkeit." So haben wir sie nämlich getauft. Sagen Sie selbst, was hätte ich auch anders machen sollen?

„Natürlich, natürlich, ça va sans dire, mon cher, sagte

der badische Windhund und fragte dann ganz spitz: „Aber wo wohnen Sie denn nun eigentlich?“

Wir Schwaben, sagte ich, wohnen alle mit einander im sogenannten Quadrangel; der liegt nämlich —

„Weiß schon, weiß schon,“ sagte der Frank, „ja dann begreif' ich den Professor Schäffle. Aber warum sucht sich der Mann denn auch grade die Gegend aus? Da hat er Recht, aber sonst im Allgemeinen hat er Unrecht. Wenn ich mir erlauben darf, Ihnen einen guten Rath zu geben, verehrter süddeutscher Bruder, so suchen Sie sich in Zukunft Ihre Wohnung selbst aus, statt sie sich von Vormündern aussuchen zu lassen. Namentlich Professoren oder Geheimerathspräsidenten verstehn davon gar nichts. Da könnten Sie sich noch eher auf einen einfachen Geschäftsreisenden verlassen, wie ich Einer bin. Wünsche, wohl gespeist zu haben, süddeutscher Herr Bruder. I hob' die Ehr'!“

Damit machte er mir eine sehr tiefe Verbeugung, aber keine ernsthafte, sondern so eine leichtfertig-listige nach badischer Windbeutels-Manier, und verließ den Leipziger Garten, wo wir zusammen zu Mittag gegessen hatten.

Ich sah ihm nach und hätte vor Wuth platzen mögen. Da ich ihm aber hier nicht gleich an den Hals konnte, hätte ich mich selber ohrfeigen mögen. Ich glaube gar, der elende Kerl hat mich zum Narren gehalten. Schon daß er mich immer seinen „süddeutschen Bruder“ nannte, war empörend. Wie kann so ein hungerleiderischer Schmachtlappen, so ein leichtfertiger Windbeutel, so ein Badenser, so ein Bettelpreuße, einem vollwichtigen Schwaben aus der freien Reichsstadt Zopfingen, der in seinen eigenen Schuhen steht, jeder Zoll ein Mann, einem würdigen Repräsentanten des einzigen reindeutschen Kernstammes, der den leichten Badenser und den plumpen Bayer gleichweit hinter sich läßt, gegenüber, sich herausnehmen, ihn „deutschen Bruder“ zu nennen? Ei, da wollt' ich mir's doch noch lieber von so einem halbrussischen Ostpreußen gefallen lassen, wie von

so einem verdammten badischen Windhund! Aber warte nur, Kerl, Du sollst mir wieder kommen! Und zu Haus will ich Dir einen Ruf machen, daß kein Hund ein Stück Brod von Dir nimmt.

Halt, da fällt mir eben, während ich diese Geschichte, um meinen Aerger darüber los zu werden, zu Papier bringe, ganz heiß auf die Seele, was mir heute Morgen während der Zollparlaments-Sitzung mein Freund Kammermüller erzählt hat. In dem Zollparlament, sagte er, zirkulire ein Brief über das Parlament, und namentlich über die süddeutschen Abgeordneten, mit einem Porträt von jedem Einzelnen; die Bayern und die Badenser kämen dabei besser weg, als wir Württemberger aus dem Quadrangel; der Verfasser müsse ein Badenser sein, er solle Brandt, oder Schwanck, oder Frank, oder so was, heißen; auch sei in dem Pamphlet mein Wahlsitz, die vormalige freie Reichsstadt Zopfingen, in einem unehrerbietigen Tone erwähnt.

Warte, Kujon! jetzt haben wir Dich, Das hat kein Anderer gethan, als der verwünschte badische Windhund; er heißt ja Frank; er hat mich unterwegs auf der Eisenbahn ausgehorcht und heute wieder im Leipziger Garten. Jetzt geht mir ein schreckliches Licht auf. Ich habe württembergische und Zopfinger Staatsgeheimnisse ausgeplaudert. Er ist ein preußischer Spion. Er verräth mich dem Bismarck. Gott sei mein Beistand! Oder er schreibt's, was noch viel schrecklicher wäre, meinem Widerpart, dem schlechten Wühlhuber zu Haus in Zopfingen! Der Kopf schwindelt mir. Ich will noch ein Schoppenglas von dem Maulbronner Eilfinger trinken, den ich mir mitgebracht habe. Der Wein ist in dem Garten des Klosters Maulbronn gewachsen und heißt Eilfinger, weil die Mönche, die sich auf so was verstanden, elf Finger danach leckten, — also einen mehr, als sie an beiden Händen hatten. Ohne so einen heimathlichen Beistand kann man hier in dem barbarischen Neste nicht existiren. Also Prosit, Alter! Zopfingen soll leben! Soll allen Neidern zum Trotz leben! hoch — abermals hoch — und zum dritten Mal

hoch! Wer mit meiner Vaterstadt anbindet, der hat es mit mir zu thun. Schiller's Urgroßmutter war ja auch gebürtig aus Zopfingen. Und wie sagt unser Schiller?

„Trink ihn aus, den Trank der Labe
Und vergiß den großen Schmerz!
Balsam für's zerrißne Herz,
Wundervoll ist Bacchus Gabe.“

Pereat der Frank und alle badischen Windhunde!! Jetzt will ich mich aber in's Bette legen. Der Aerger und der Schreck sind mir gar zu arg in die Glieder gefahren, obgleich ich von Natur nicht fürchtigk bin. Es ist nur ein Glück, daß Keiner von meinen Landsleuten im Quadrangel Etwas von der Geschichte weiß. Es sind böse Kerle darunter, die Alles gleich in den Beobachter einrücken lassen.

Morgen ist mir's hoffentlich wieder besser. Ob ich nicht vielleicht klüger gethan hätte, mich gar nicht wählen zu lassen? Freilich der Zweifel kommt jetzt einen Posttag zu spät, — und — — — —

III.

Es ist mir ein Stein vom Herzen, seitdem ich weiß, daß es mit dem badischen Windhund gar nichts auf sich hat. Er ist nämlich, wie ich genau ermittelt habe, gestern nach Hamburg abgereist, geht von da nach England und kehrt sobald nicht wieder zurück. Den Brief über das Zollparlament soll er wirklich gemacht haben; aber den Bismarck kennt er gar nicht. Zeit zum Verrath hat er nicht gehabt, da er gleich abgereist ist; an den Wühlhuber hat er auch nicht geschrieben, und wenn er was in die Zeitungen schreibt, so kümmert's mich gar nichts. Denn in Zopfingen lesen sie nichts, als den Stuttgarter Beobachter; und in den Beobachter kommt nichts Schlimmes über mich, so lange ich so stimme, wie die Herren Mohl, Oesterlen, Probst, Tafel und Neurath. Auch soll der badische Windhund gar nicht bös-

artig sein, sondern nur so eine Art Eulenspiegel, der sich mit den Leuten allerlei Kurzweil und „Basseldang," wie sie in Baden sagen, (für Basseldang = pour passer le temps) erlaubt, es aber dabei gut mit Einem meint und keinem Wurm was zu Leid thut.

Also, weg mit den Grillen und Sorgen! Hie guet Würtembergk alle Wege! „Furchtlos und treu," so steht in unserem Wappen geschrieben.

Was mir aber der Frank von der Gegend am Quadrangel gesagt hat, und daß der Professor schief gewickelt sei und uns in Betreff der Höhlen des Lasters u. s. w. falsch berichtet hat, nämlich blos nach dem, was er in der einen Gegend wahrgenommen,— das hat mir mein thüringer Zollparlaments-Kollege Alles bestätigt, und deshalb glaube ich dem Professor doch nicht mehr Alles. Stimmen muß ich freilich mit ihm und den Andern, auch wenn mir's nicht so um's Herz ist. Denn sonst krieg' ich den „Beobachter" und ganz Zopfingen auf den Hals und dafür dank' ich.

Meinem thüringer Kollegen glaub' ich. Er sagt: „So ein Professor muß immer generalisiren; wir haben in Jena auch einen Professor, der kennt aus ganz Ostpreußen nur zwei Menschen, nämlich einen berühmten Schriftsteller, der klein, und einen Oberbürgermeister, der groß von Statur ist; und da sagt der Professor ganz ernsthaft auf seinem Katheder: Einen Mittelschlag giebt's in Ostpreußen gar nicht, die Leute sind entweder sehr groß, oder sehr klein; sehn Sie: so machen's bei uns die Professoren." Ich mußte lachen; denn unsere machen's grad so. Der Thüringer ist so höflich, gemüthlich und bescheiden und erkennt die Superiorität der Schwaben unbedingt an. Er schwärmt für Schiller, Hegel und Berthold Auerbach, und meint, so wären wir Schwaben alle. Nun, hoffentlich wird er wegen der Kürze der Zeit den Kammermüller, den Ramm und den Knoschb nicht kennen lernen; sonst kommt er dahinter, daß er auf dem Holzweg ist.

Heute hat unser Minister Mittnacht eine glänzende Rede gehalten, so daß wir Alle geklatscht haben, d. h. alle Schwaben, nicht nur die in der Versammlung, sondern auch die auf der Zuhörer-Gallerie. Da ist ein preußischer Fürst mit einem polnischen Namen aufgefahren und hat sich die schnöde Bemerkung erlaubt, ein solches Betragen sei hier zu Lande nicht Sitte, das Klatschen gehöre in's Theater und nicht in's Parlament. Und der Präsident hat dem Fürsten Recht gegeben und uns Unrecht. Natürlich, das war ja ein Fürst und ein Preuß', und wir sind Demokraten und Württemberger. Wie kann man da auf Gerechtigkeit rechnen? Präsident Simson also — wir Württemberger haben ihn nicht gewählt; wir wählen nie einen Preußen, und wenn er mit Engelszungen reden könnt'; wir haben Alle weiße Zettel in die Urne geworfen — Simson rief uns zur Ordnung und Denen auf der Gallerie sagte er, sie hätten überhaupt das Maul zu halten. Natürlich in etwas höflicheren Worten, wie das bei den kalten, glatten, ungemüthlichen Norddeutschen Sitte ist.

Kaum aber hat Simson Das gesagt, da fahr' ich noch einmal in die Höhe und klatsche noch zweimal; und er muckste sich nicht. Ich wollte den hochnasigen Norddeutschen doch einmal zeigen, daß ein Zopfinger sich nicht fürchtigk machen läßt, und wenn's auch ein Fürst wär'. Kammermüller hat mir versprochen, er will meine heutige Heldenthat in den Beobachter einrücken. Gott, was wird sich meine Frau freuen, wenn sie das liest! Und was wird sich der zuwidere Neidhammel, der Wühlhuber, ärgern!! Heut' bin ich wirklich zufrieden mit mir.

IV.

Ich merke an meinem Tagebuche, daß ich anfange, zu verberlinern. Ich flanire immer häufiger und schreibe immer seltener. Ja, was noch schlimmer ist, ich gewinne Geschmack an dem hiesigen Leben und Respekt vor den hiesigen Leuten. Ich darf das freilich vorerst nur meinem Tagebuche heimlich anver-

trauen, das ich sorgfältig vor meinen Quadrangelgenossen verstecke. Denn wenn letztere meine wahren Gedanken erführen, würden sie mich in dem Beobachter-Zirkus den wilden Thieren vorwerfen. Aber vor mir selber brauche ich doch kein Geheimniß zu haben. Deshalb heraus damit.

Ich hatte mir das Berlin als eine bloße Residenz- und Garnisonstadt gedacht. Eine Wachtparade, um die ein paar Eckensteher und Gamins herumlungern, oder wie man letztere hier nennt: ein paar „richtige Berliner Jungens". Eckensteher giebt es nun einmal vorab gar keine hier; nur einige alte Leute wissen sich zu erinnern, daß es ehedem welche gab. „Berliner Jungens" giebt es aber, und das gehörig. Eine wahre Pracht-Rasse! Zwei Geschichten muß ich mir zu Papier bringen, daß ich sie nicht vergesse.

Ein solcher Bursche von dreizehn Jahren war in eine Pension in der französischen Schweiz gebracht worden, um dort sein Berliner-Französisch zu verbessern. Das letztere hat nämlich, besonders in der Aussprache, allerlei berechtigte und unberechtigte Eigenthümlichkeiten, die uns Südwestdeutschen außerordentlich auffallen. So sagt man u. A. statt à quatre mains = aah Kater mengk, statt belle-alliance = Bellalliangx, statt accent = Akzangk, statt Amendement = Amangkdemangk und statt ensemble = angkzambel. Wenigstens habe ich selbst im hohen Parlament so sprechen hören. Ich will aber nicht in den Fehler des Professor Schäffle verfallen, nämlich in den des Generalisirens, und verwahre mich hiermit vor mir selbst feierlichst dagegen, zu behaupten, sie sprächen Alle so. Mag dem nun sein, wie ihm wolle. Der junge Berliner also sitzt am Genfer See und imponirt der dortigen Jugend, die auch gerade nicht auf's Maul gefallen ist, durch seine „schnodderigen Redensarten" (das ist auch so ein Berliner Ausdruck). Darauf versucht denn so ein junger Schweizer auch seiner Seits wieder dem Berliner Kind zu imponiren, er zeigt auf den Montblanc und sagt: „Schau, solche Berge habt Ihr

doch in Berlin nicht!" Nee, antwortet der Berliner, die haben wir nicht, aber horch einmal (so sagt man hier statt: hör einmal), wenn wir welche hätten, wären sie noch viel höher. Der Schweizer schwieg; er war ganz verblüfft.

Dieser Tage ging ich mit dem thüringer Abgeordneten, mit dem ich Freundschaft geschlossen habe (meine quadrangularischen Landsleute sind auch darüber wieder ganz mißtrauisch und giftig; denn der Thüringer gehört zu den verdammten National-Liberalen, ist aber trotzdem wirklich ein braver und liebenswürdiger Mann), also ich ging mit dem Thüringer über die Straße. Vor uns her bummelte ein junger Berliner, höchstens 10 Jahre alt, und pfiff, beide Hände in den Hosentaschen, die Melodie des Berliner Nationalliedes, welches anfängt mit den Worten: „Röschen hatte einen Piepmatz." Der Thüringer, der ein so trockener Spaßvogel ist, sagte: „Was meinen Sie wohl, wärthester Herr Kolläge, was würde wohl bei Ihnen zu Hause so ein Junge thun, wenn wir ihm von hinten her unversehens die Mütze vom Kopfe rissen?" „Nun," sagt' ich, „er würde in ein Geheul ausbrechen und irgendwo Schutz suchen oder uns selber anwinseln." „Ganz richtig, akkurat das Nämliche würde er auch bei uns in Däringen (Thüringen) thun; aber wissen Sie, was er hier thut?" Nein! „Nun, das sollen Sie gleich sehen."

Schwabs, riß der Thüringer dem Buben von hinten die Kappe ab und versteckte sie. Was thut der kleine Knirps, der Satansbraten? Er dreht sich ganz kaltblütig um, ohne nur die Hände aus den Taschen zu thun; pflanzt sich breitbeinig vor uns auf, guckt uns frech in's Gesicht und sagt: „Nanu?! Wat ick mir dafor koofe?" und als der Thüringer ihm die Mütze nicht gleich wieder gab, sah er ihn geringschätzig an und sagte: „Na so dumm!" Da war der Thüringer besiegt. Er streckte das Gewehr und setzte dem hoffnungsvollen jungen Mann die Mütze wieder auf. Und Der? drehte uns beiden Vertretern der deutschen Nation mit souveräner Verachtung den Rücken und wandelte fürbaß, indem er seine Piepmatz-Melodie gerade an der

Stelle wieder aufnahm, wo er sie fallen lassen mußte, um das Wort: „Nanu“ zu sprechen.

„Sehen Sie, das giebt die Helden von Düppel und Königgrätz,“ sagte der Thüringer, „gutmüthig und verwegen, oder wie der märkische Bauer sagt: „„jottesfürchtig und dreiste““. Berlin stellt zwar verhältnißmäßig weniger waffenfähige Mannschaft. Das ist aber mit jeder großen Stadt so. In dem Kampfe um's Dasein, der in dem Zentrum heißer entbrennt, als auf der Peripherie, verkümmert manche junge Pflanze; aber was übrig bleibt und in die Höhe schießt, das ist um so dauerhafter und besser. Diese Berliner Jungens zeichnen sich im Feld nicht nur durch ihre *eigene* Courage aus, sondern auch durch ihre kaltblütige und witzige Geistesgegenwart, durch die sie den Muth der Andern wieder auffrischen und neu beleben. Mitten in dem heftigsten Granatfeuer läßt der Berliner einen schnodderigen Witz los; die ganze Kompagnie muß lachen und jede Beklemmung ist vorbei;

„Lachend trägt er seine Wunden,
Scherzend geht er in den Tod.“

Die Berliner Witze, die man sich aus den Feldzügen von 1864 und 1866 erzählt, sind zahllos, wie Sand am Meere. Glauben Sie ja nicht, liebster Kollege, fuhr der Thüringer fort, daß es dem Berliner ernst damit ist, wenn er in irgend einem Bezirksverein die föderativ-republikanisch-legitimistisch-partikularistischen Redensarten eines *Oesterlen* oder dergleichen beklatscht. Der Berliner ist vor Allem neugierig. Das ist klassisch ausgedrückt in einem kleinen Wegweiser durch Berlin, der sich „*der Berliner Kompaß*“ nennt und kurz, klar, wahr und witzig dem Fremden Alles sagt, was er auf seinen Entdeckungsreisen durch die Labyrinthe der großen Spreestadt zu wissen nöthig hat. In diesem Kompaß also heißt es:

„Da es in vieler Hinsicht wünschenswerth und praktisch ist, nicht für einen Fremden, sondern für einen

„„richtigen Berliner““ gehalten zu werden, so beobachte man zu diesem Zwecke folgende Regeln:

„Ist ein Droschkengaul gefallen, oder ein Kanarienvogel weggeflogen, so vergesse man alles Uebrige über diesen außerordentlichen Vorfall. Man säume nicht, sich dem Kreise unermüdlicher Gaffer anzuschließen, die im Stande sind, sich Stunden lang dabei auf's Prachtvollste zu amüsiren.“

Dieses geistreiche Aperçu ist ganz richtig. So gut wie um den gefallenen Droschkengaul, schaart man sich um den redenden Oesterlen; und da der Mann sich nicht für Geld sehen und hören läßt, sondern gratis und aus purer Gefälligkeit, so erfreut ihn der Berliner, der zwar eine böse Zunge, aber ein gutes Herz hat, auch das Bewußtsein in sich trägt, als Gentleman dem Fremdling gegenüber die Honneurs der Hauptstadt machen zu müssen, natürlich mit rauschendem Beifall. Wenn aber Herr Oesterlen glaubt, das gelte seiner Republik oder seinem Partikularismus, dann irrt er sich. Der Berliner ist nicht Republikaner, sondern Royalist, nur will er, daß der König auf alle Wünsche Berlins hört. Er ist nicht Partikularist, sondern Großpreuße in des Wortes verwegenster Bedeutung und, wenn er gereizt wird, militärischer Chauvinist. Der erwähnte Wegweiser Kompaß stellt als zweite Verhaltungsmaßregel, mittelst deren sich der Fremde als „„richtiger Berliner““ legitimiren kann, folgende Regel auf:

„Zieht ein Regiment mit Musik (der Berliner sagt: Musike) über die Straße, so setze man sich schleunigst in Tritt, schultere den Stock oder den Regenschirm und marschire unverdrossen im Takte mit.“

Das ist die Natur des alten Kavallerie-Gauls. Das thun hier nicht nur die Jungen, sondern auch die Alten. Glaubt Ihr wohl, daß das Schwärmer sind für Eure Schweizermiliz, für Euer Selbstbestimmungsrecht und den anderen Krims-Krams, den Ihr Euch zu Hause unter einander vormacht?“

Ich glaube, er hat nicht Unrecht, der Thüringer; und deshalb wollte ich mir seine Worte möglichst genau aufschreiben, um zu Hause in Zopfingen reiflicher darüber nachzudenken.

Jedenfalls sind es schneidige Kerle, diese Berliner. Mit einer Handvoll Redensarten, wie: Nanu!? — Wat is los? — Na, so'n Potsdamer — Na, so'n Nassauer — Ick denke, et jeht — Na, ick bin scheene raus — Sie sind wohl nich von hier? — Sie können wohl nich dafor? — Na, denn nich, lieber Mann, 2c. — schlagen sie sich überall durch. Und im Ernste gesprochen, steckt eine merkwürdige Arbeitskraft und Arbeitslust, Selbstbeherrschung und Mannszucht in ihnen. So ein Berliner Holzspalter verrichtet an einem Tage mehr Arbeit, als unsere in einer ganzen Woche. (Letztere verthun die Hauptzeit mit Schwatzen, Pfeifenstopfen und Feuerschlagen.) Wie wäre es auch sonst möglich, daß eine so kolossale Stadt entstehen konnte auf einem so sterilen Boden, eine Stadt, die eine so riesige Industrie besitzt und deren Handel längst dem von Hamburg, Amsterdam und Rotterdam den Rang abgelaufen hat?

Von Residenz und Garnison merkt man wenig hier. Das Militär verschwindet in der Masse. Von anmaßlichem Betragen der Offiziere habe ich noch Nichts gehört und gesehen. Für den Fremden sind sie recht nützliche Wegweiser. Denn wo ein Offizier in Uniform öffentlich eintritt, da kann man ihm nachgehen. Da ist's anständig.

Was in Berlin uns frappirt, uns imponirt, — das ist das Bürgerthum und seine freie, selbstständige Initiative. Fangen wir z. B. an mit den Juden, die hier wirklich die Stellung einer sozialen Großmacht einnehmen. Unsere israelitischen Mitbürger in Stuttgart haben sich zwar auch einen recht hübschen Tempel gebaut. Aber er ist im Verhältniß zu der hiesigen Synagoge so klein, daß man ihn zehnmal in dieselbe hineinstellen kann. Hier ragen die Kuppeln mit ihrer Vergoldung weit über die ganze riesige Stadt, das Innere zeigt eine seltene Vereinigung von Pracht und Geschmack, und unter den Hunderten von Sehens-

würdigkeiten rangirt die Synagoge dicht hinter den königlichen Museen und Schlössern.

In Stuttgart mußte man sich das Geld zur Erbauung der Synagoge aus dem Interkalarfonds der katholischen Kirche borgen, der in Folge des oberrheinischen Kirchenkonflikts und der Temporaliensperre überschüssige Mittel hatte. In Berlin hatte man das nicht nöthig. Das Geld wurde mit Leichtigkeit durch die Gemeinde aufgebracht.

In Stuttgart rühren alle ansehnlichen Gebäude von der Dynastie her. Auch die der neueren Zeit rühren alle vom König her. Die Stadt hatte nicht die Mittel, sich eine Markthalle zu bauen. König Wilhelm baute eine und schenkte sie der Stadt.

Die Bürgerschaft Berlins, die man bei uns doch auch mit unter die „preußischen Hungerleider" rechnet, läßt sich nichts schenken. Sie baut selbst. Die Stadt kann es ja an Einwohnerzahl und Finanzkraft mit einem halben Dutzend deutscher Fürstenthümer aufnehmen. In wenigen Jahren sind hier eine ganze Reihe schöner Schulgebäude, eine prachtvolle Turnhalle, die stattliche Börse und das kolossale Rathhaus entstanden, — Alles aus den Mitteln der Stadt und der Bürger, — Alles Prachtbauten, die sich in jeder europäischen Großstadt, selbst Rom und Paris mitinbegriffen, könnten sehen lassen.

Ein städtischer Beamter, der zugleich Mitglied des Reichstags ist, zeigte mir das Innere des Rathhauses und führte mich auf den Thurm. Ich muß sagen, daß das Panorama der Stadt, welches sich von da aus meinen Blicken bot, wahrhaft überwältigend wirkte.

Seltsamer Weise aber habe ich noch keinen Berliner gehört, dem das neue Rathhaus gefällt. Dem einen ist es zu kahl, dem Andern zu klobig. Der Eine tadelt die Thurmspitze, der Andere findet die kolossalen Bären, welche den Thurm flankiren, zu niedlich. Jeder hat eine Ausstellung zu machen und jeder eine andere. Und wenn ihnen dann ein Fremder, wie ich,

sagt, ja, das sei aber ein Bau von wahrhaft monumentalem Charakter, neu in der Idee und stilgerecht in der Ausführung, dann zucken sie die Achseln.

Donnerwetter, wenn wir so ein Rathhaus in Zopfingen hätten! Wir wollten einen Spektakel daraus machen, daß es innerhalb eines Vierteljahres schon unter die sieben Weltwunder aufgenommen würde.

Noch mehr als das Rathhaus imponirte mir die selbstständige städtische Verwaltung, die gegen das königliche Polizeipräsidium eine Unabhängigkeit zeigt, welche sich die Pariser in ihrem Kampfe gegen Hausmann zum Muster nehmen könnten, und die Bürgerschaft kontrolirt die Verwaltung mit der größten Aufmerksamkeit. Das Geschrei von der schlechten Finanzlage der Stadt ist völlig grundlos, wenn man ihr enorm rasches Wachsthum und die finanzielle Gebahrung anderer europäischen Großstädte in Vergleichung zieht.

Vielleicht würde es mir übel genommen werden, wenn es an die Oeffentlichkeit käme, aber vor mir selber kann ich's ja schon gestehen, daß für mich das Studium der Berliner Kommunalverwaltung, so weit es mir in der kurzen Zeit möglich war, vielleicht mehr Interesse hat, als das ganze Zollparlament. Denn was letzteres anlangt, so hat uns ja die sogenannte national-liberale Partei bei der Adreßdebatte selbst gesagt, daß auch sie von einer Kompetenz-Erweiterung über den Rahmen der Verträge hinaus eigentlich ebenfalls nichts wissen will. Darin wären wir also einig. Was aber die Tarifreform anlangt, so sagen uns die bayerischen Ultramontanen, sie hätten von den preußischen Ultramontanen ganz sichere Nachricht, daß daraus — Gott sei Dank! — auch nichts werde; denn die Norddeutschen hätten sich unter einander über den Petroleumzoll so verheddert, daß unsere süddeutsche Partei allemal den Ausschlag gebe; derselbe falle also gegen den Petroleumzoll aus, und dafür sei dann auch schon gesorgt, daß der Graf Bismarck ärgerlich werde und den National-Liberalen den ganzen Bettel vor die

Füße schmeiße; denn er lebe ohnehin auf etwas gespanntem Fuß mit diesen seinen Mameluken, weil sie ihm Schwierigkeiten machen, oder gemacht hätten, wegen eines Paragraphen siebzehn, oder wer weiß wie viel, in einem Gesetzentwurfe über die Bundes-Schulden-Macherei, wovon ich nichts verstehe und auch nichts zu lernen gedenke, weil's Gott Lob uns Süddeutsche weiter nichts angeht. Danach geht also das Zollparlament hoffentlich aus, wie das Hornberger Schießen. Mehr können wir nicht verlangen, und Unsereiner, der blos beim Abstimmen da sein muß und höchstens jeden Tag fünf- bis sechsmal Bravo zu rufen, aber keine Reden zu halten hat — das besorgt ja der Mohl hier noch reichlicher, als in Stuttgart —, Unsereiner, sag' ich, hat also mit der ganzen Geschichte sich weiter kein Kopfbrechens zu machen.

Ich habe mir daher den Berliner Gemeinde-Kalender für 1867 und die Berliner Volkszählungs-Statistik von 1864 gekauft — nächstes Jahr kommt auch die von 1867 und die soll noch weit vollständiger und interessanter sein —, und muß gestehen, daß diese beiden Bücher, deren Verfasser der Chef des statistischen Büreau's der Stadt, Herr Dr. H. Schwabe ist, allein der Mühe werth sind, daß ich den weiten Weg von Zopfingen nach Berlin gemacht habe, wo ich mir denn auch auf dem Rathhause, Dank der Gefälligkeit meines Berliner Zollparlaments-Kollegen, die Sache ansehen kann, wie sie sich in der Praxis macht.

Ich muß mich wirklich schämen, wenn ich dagegen an unsere württembergische Schreiber-Wirthschaft, an unsere schlechte Gemeinde-Verfassung und an unsere lebenslänglichen Dorftyrannen denke, die nicht nur täglich älter, sondern auch täglich schlechter werden, ohne daß die Gemeinde sie jemals wieder loswerden kann. In einer großen Nachbar-Gemeinde von Zopfingen z. B. existirt so ein Dorftyrann, der schon seit langen Jahren auf der rechten Seite gelähmt ist und nicht mehr schreiben kann, nicht einmal seinen eigenen Namen. Statt seiner Unterschrift führt er einen Stempel mit seinem allerhöchsten Namenszug. Wo

der drunter gedruckt ist, das gilt, und drunter drücken kann den natürlich jeder Andere, — Weib, Kind, Knecht, Magd, Ochs, Esel und Alles was sein ist — noch besser, als er, dieweil er selber ja lahm ist. Nun muß aber doch in unserem Schreiber-Lande Alles schriftlich gemacht werden und alle diese schriftlichen Verhandlungen hat der Dorf-Tyrann aufzunehmen und mit seines Namens Unterschrift zu beglaubigen. Nun bitt' ich aber Einen zu grüßen, wenn nun der Dorftyrann gar nicht schreiben kann, — nicht einmal seinen Namen!? Was thut er nun, der Lebenslängliche? Er hält sich einen halbwüchsigen Schreiber, einen grünen dummen Jungen, der noch nicht trocken hinter den Ohren ist; — und der regiert die Gemeinde! Ist das nicht, um aus der Haut zu fahren? Dieser kaum der Schule entlaufene Bub' von 15 Jahren regiert eine große Gemeinde. Alle Geschäfte laufen in unterster Instanz bei dem Dorftyrannen aus, und dieser Bub' hat also die Hände in Allem. Verwarnungen und Bestrafungen wegen Unsittlichkeiten, die geheimsten Familienangelegenheiten, welche man nicht anders als unter vier Augen verhandelt, Alles fällt dem Bürschlein anheim und kann ohne ihn nicht zum Abschluß kommen; denn er muß schreiben, weil der Lebenslängliche nicht kann.

Selbst der Beobachter, der so viel mit seiner Schreiberei wider die Bettelpreußen und den norddeutschen Bund zu thun hat, daß ihm zur Beleuchtung innerer Landesbeschwerden, in der er früher wirklich Großes leistete, keine Zeit mehr übrig bleibt, hat nicht umhin gekonnt, obigen Fall an die Oeffentlichkeit zu ziehen, freilich nur ganz hinten und unten, im Speikasten, an einem ganz bescheidenen Plätzchen. Er fügt der Darstellung des Sachverhalts den Schmerzensschrei bei:

„Dieser kleine Mann (der Schreiber des Nichtschreibenden) ist eine angenehme Zugabe für unseren großen Ort, eine Art Beilage zum Gemüs der Lebenslänglichkeit, welche dieses hier noch schmackhafter macht, als anderwärts!"

Aber was hilft der Schmerzensschrei? Der Regierung

passen die Lebenslänglichen in den Kram, sie schüttelt daher den Kopf und damit ist die Sache abgethan. Trotzdem leben wir im „Horte der Freiheit". Denn der Beobachter sagt's, und der Beobachter ist ein ehrenwerther Mann. Wenigstens hat Unsereiner allen Grund, ihm öffentlich nicht zu widersprechen.

In Nassau waren auch die Bürgermeister lebenslänglich. Die Gemeinden beschwerten sich. Die Stände beantragten unermüdlich Jahr ein Jahr aus Einführung der periodischen Wahl. Aber die nassauische Regierung machte es, wie die württembergische. Sie hielt an der Lebenslänglichkeit fest, weil sie ihr in den Kram paßte, weil namentlich die Lebenslänglichen sich bei den gouvernementalen Wahlmißbräuchen ganz vortrefflich bewährt hatten; sie schüttelte einfach den Kopf und ließ sich auf Gründe nicht ein. Und dabei behielt's sein Bewenden. Als nun Nassau preußisch ward, hoffte man, die so lange begehrte Reform werde nun sofort eintreten. Im ersten Jahr hätte man das ja sehr leicht gehabt; die preußische Verfassung war noch nicht eingeführt; die Diktatur hätte mit einem Federstriche helfen können. Allein dem neuen preußischen Civilkommissär und Regierungspräsidenten von Diest gefielen die Lebenslänglichen gerade so gut, wie dem alten nassauischen Kavallerie-General und Ministerpräsidenten Prinz Wittgenstein.

Wie aber das Jahr der Diktatur herum war und Abgeordnete aus Nassau im preußischen Landtag saßen, da griffen dieselben die Lebenslänglichkeit so hartnäckig an und wurden darin von ihren altpreußischen Kollegen, sogar von den Freikonservativen und einem Theile der Altkonservativen so kräftig unterstützt, daß alsbald ein Gesetz zu Stande kam, welches periodische Wahl an die Stelle der Lebenslänglichkeit setzte.

Wir in Württemberg warten immer noch vergeblich. Trotzdem lacht in Württemberg die Sonne der Freiheit und in Preußen grassirt der eisige Schatten der Knechtschaft. Denn so will's der Beobachter.

V.

Ich schlage mich immer noch mit Zweifeln, ob die Behauptung Kammermüller's wahr ist, daß die Bevölkerung Deutschlands vom rechten Elbufer ab und weiter gen Osten nicht mehr deutsch, sondern slavisch sei. Wohl behauptet dasselbe in seinem „Mahnruf," und wenn er auch unpraktisch ist und hier keinen Eindruck macht, so kann ihm doch Niemand Kenntnisse und Gelehrsamkeit absprechen. Da hat mir nun ein hessischer Abgeordneter eine politische Epistel gezeigt, die ein annektirter Rheinländer an einen Freund und Reisegefährten in der hessischen Rheinpfalz geschrieben hat über diesen Gegenstand. Ich will mir eine Abschrift davon hierher nehmen. Die betreffende Stelle dieses langen Briefes lautet nämlich so:

„Ich hoffe, Du schenkst mir Glauben, wenn ich, ein Mann des Westens, ein rheinischer Franke, wie Du, und nicht weniger stolz auf unsern alten Stamm, der das Römer-Reich über den Haufen geworfen und Gallien seinen Stempel aufgeprägt hat, Dir sage, daß Land und Leute im Osten eben so gut eine Reise verdienen, als die im Südwesten und daß wirklich rechts von der Elbe ebenso gut Menschen wohnen, wie links. Das schlesische Gebirge ist nach den Alpen das schönste in Deutschland. Städte des Mittelalters so gut konservirt, wie Lübeck und Danzig, giebt es im Süden nicht. Denn Nürnberg ist nicht konservirt, sondern restaurirt. Danzig ist eine monumentale Stadt edelsten Stils. Die Ostsee kann es kühn mit der Nordsee aufnehmen. Die letztere entbehrt die Nähe eines Gebirgszuges, wie der kimbrisch-uralsche, sie hat nicht jene schönen steil abfallenden Ufer und nicht jene duftigen Buchenwälder, die sich in der See spiegeln. Ich könnte mit diesem Register noch Seiten lang fortfahren. Statt dessen sage ich: Komm' und sieh!

Und damit erfüllst Du zugleich eine politische Pflicht. Ich will nicht davon reden, daß doch eigentlich jeder Deutsche die Bundeshauptstadt gesehn haben muß und daß es nicht recht ist,

daß so viel Süd- und Westdeutsche wohl London, Amsterdam, Paris, Turin, Florenz, Wien gesehen haben, aber weder Breslau noch Hamburg, ja nicht einmal Berlin, dessen Bewohner freilich, wenigstens zum Theil, gegenüber dem norddeutschen Bund und der Bundeshauptstadt als solcher noch jene kritisch-verneinende Stellung einnehmen, mit der es indeß doch so bös nicht gemeint ist. Denn wenn es gilt, dann sind diese wackeren Jungen doch immer tüchtig mit dabei, wie Vierundsechzig in Schleswig-Holstein und Sechsundsechzig in Böhmen und Mähren.

Ich sage nun: Wenn die Deutschen im Süden und Westen so viel den Norden und Osten besuchten und bereisten, wie umgekehrt, dann hätten sich längst die Spitzen und Ecken an einander abgeschliffen, wir wären geheilt von manchen Vorurtheilen und allein dadurch schon wären wir viel weiter mit der deutschen Einheit. Man kennt dort den Norden und den Osten zu wenig, und dieser Mangel läßt sich auch nicht heben durch jene urkomischen Schilderungen, welche der bekannte Bruder Straubinger und andere süddeutsche Volksvertreter in südlichen Blättern gemacht haben. Nur Autopsie kann helfen und sie ist hier wahrlich nicht gefährlich, weil es nicht heißt: Vedere Napoli e poi mori (Sieh' Neapel und dann stirb), sondern: Vedere Berlin e poi Potsdam (Sieh Berlin und dann Potsdam).

Aergern aber muß ich mich allemal, wenn ich in neuerer Zeit so oft den Gegensatz zwischen Ost und West in dem Sinne betonen höre, daß man sagt: Alles östlich von der Elbe ist mehr oder weniger slavisch. Slavische Elemente finden sich wohl hin und wieder auch im Westen. Wenn es aber auf die äußerste Westgränze ankäme, welche die slavischen Eroberungen im Zeitraume vom sechsten bis zum neunten Jahrhundert auf deutschem Boden gehabt haben, so reicht die Elb-Linie nicht aus, vielmehr rückt jene Gränze weit darüber westlich hinaus in das Bayern-, Franken- und Sachsen-Land (Hannover), bis nach Baireuth, Koburg, Gotha, Erfurt, Braunschweig und Lüneburg vor.

Wo kämen wir denn hin, wenn wir uns auf diesen teutonisch-feudalen Pur-sang-Standpunkt stellen wollten? Sollen wir liberale Männer uns denn gebahren wie hirnverbrannte alt-spanische Gachupines?

Zuerst gab's in Europa einen Ruck von Osten nach Westen, der die Deutschen auf gallischem Gebiete weit über die Seine, die Saône und den Rhône hinaus, und die Slaven auf germanischem Boden bis über die Elbe führte. Dann gab es einen Contre-Choc in umgekehrter Richtung, von Westen nach Osten, wobei wir Gelderland, Burgund, Elsaß und Lothringen wieder verloren, die Slaven dagegen das Land zwischen Elbe und Njemen. In Folge dieses Hin- und Herschüttelns, bei welchem die Vorsehung ohne Zweifel sehr weise Absichten hatte und das wenigstens wir nicht zu verantworten haben, ist westlich der Elbe das germanische Blut gemischt mit dem der Kelten und Romanen, östlich der Elbe mit dem der Slaven; aber dort wie hier dominirt das blaue Blut der Germanen.

Wollen wir uns nun auf jenen Standpunkt stellen, welchen Moritz Mohl in seinem „Mahnruf" betitelten Fehdebrief an Norddeutschland mit eben so viel Leidenschaft als Unverstand einnimmt, so würde sich Deutschland einfach in blauen Dunst und sanfte Wehmuth auflösen. Die rechts der Elbe würden Euch links derselben Euer Deutschthum bestreiten, weil Ihr Kelten, und Ihr links der Elbe würdet uns rechts derselben unser Deutschthum bestreiten, weil wir Slaven seien. Wir würden Euch den Franzosen, Ihr uns den Russen überlassen und Deutschland wäre dann einfach, wie Kladderadatsch sagt, „alle geworden". Das wäre die nothwendige Konsequenz solcher alberner schulmeisterlicher Etikette-Streitigkeiten zwischen Söhnen eines und des nämlichen Hauses. Solcher Wahnsinn kann sich nur erzeugen in den engen und dunkeln Klein-Kinder-Stuben der Zwerg-Staaten. Oder hat man je gehört, daß in Frankreich die Nation beabsichtigt, sich zu spalten in Kelten und in Franken, um erstere an Irland und letztere an Deutsch-

land abzutreten, oder daß in England eine itio in partes zwischen Normannen und Angelsachsen beantragt wurde, zu dem Zwecke, erstere Frankreich und letztere Deutschland zu überlassen? Merkwürdig aber ist es jedenfalls, dergleichen hypernationale Distinktionen zu vernehmen von einer Seite, auf deren allerlinkstem Flügel man wieder jede nationale Auffassung soweit wegwirft, daß man nicht einmal mehr ein Deutscher, sondern nur noch ein destillirter „Mensch in Abstrakto," ein „europäischer Mensch" oder — da doch Europa auch nur ein räumlich begränzter geographischer Begriff ist — ein Universalmensch oder ein Aller-Welts-Kerl sein will.

Ehe Slaven hierher kamen — ich spreche hier von Berlin und nächster Umgebung — wohnten hier Semnonen, unzweifelhaft ächtes germanisches Vollblut, das, als es den oben erwähnten Ruck von Osten nach Westen gab, theilweise nach dem jetzigen Schwabenland zog. Der Rest blieb hier. Herr Moritz Mohl, der den Berlinern jeden Tag zehn Mal den „Slaven" an den Kopf wirft, ist wahrscheinlich ein Abkomme jener Semnonen, die ehemals an der Spree hausten, und es ist sehr wohl möglich, daß Einer seiner Vorfahren vor tausend Jahren am Müggelsee oder an der Spree, auf der Müggelbude oder dem Eierhäuschen, saß und Weißbier trank; denn letzteres ist ein uraltes Getränk germanischen Ursprungs und war wahrscheinlich auch schon den Semnonen bekannt.

Diese Annahme ist noch bei Weitem die schmeichelhafteste für Herrn Moritz Mohl. Denn es spricht doch keinerlei äußeres Kriterium dagegen, daß er keltischer Abkunft sei, und das Territorium des augenblicklichen Königreichs Württemberg hat offenbar einen sehr starken keltischen Niederschlag, wie schon eine Anzahl von Ortsnamen beweist. Auch ohne an der modernen Keltomanie zu leiden, kann man das nicht leugnen. Aber trotzdem wäre es eben so lächerlich, wenn wir im Südwesten Jedermann darauf ansehen wollten, wie viel keltisches Blut in seinen

Adern rollt, wie es komisch ist, wenn unsere dortigen lieben Landsleute hier im Nordosten überall Slaven wittern.

Der Stamm der Bevölkerung Berlins ist bekanntlich fränkischer und thüringischer Abkunft, also noch nicht einmal norddeutsch, sondern mitteldeutsch. Im Laufe der Jahrhunderte ist später Zufluß aus aller Herren Ländern gekommen, holländischer, flandrischer, französischer, jüdischer, slavischer und deutscher aus allen Gauen des Vaterlandes. Daraus hat sich denn ein Drittes gebildet, — jene eigenthümliche Mischung, welche man als „das Berlinerthum" bezeichnet und die im übrigen Deutschland vielfach falsch beurtheilt wird. Denn wie man England nicht nach den auf dem Kontinente reisenden Engländern beurtheilen darf, namentlich nicht nach der Sorte, welche wir auf der „großen Tour" — Paris, Rhein und Alpen — oder in den deutschen Bädern zu sehen gewohnt sind, so darf man Berlin nicht nach dem reisenden Berliner Schwätzer beurtheilen, sondern nach dem seßhaften, den man bei seiner Arbeit und in seiner Familie sehn und den man längere Zeit beobachten muß, um den Respekt vor ihm zu bekommen, den er wirklich verdient.

Man darf aber dieses Studium an Ort und Stelle nicht so betreiben, wie ein preußenfresserisches Zollparlaments-Mitglied, von dem man mir Folgendes erzählt:

Das verehrliche Mitglied wandelt eines Tages mit dem stolzesten Vollblut-Bewußtsein durch die Straßen Berlins. Der erste Mensch, der ihm begegnet, hat zufällig eine Stumpfnase, — eine Nase, die allerdings so kühn aufgestülpt ist, daß es zur Noth hinein regnen könnte, wenn der Sturm den Regen in horizontaler Richtung peitscht. Der zweite trägt, weil er am Kanal arbeitet, Wasserstiefel, in welche er seine Beinkleider gesteckt hat, und der dritte hat gar unglücklicher Weise einen Schafspelz an.

„Da haben wir's," ruft das verehrliche Mitglied, indem es sich sofort der uns systematisch erzogenen Menschen eigenthümlichen Untugend ergiebt, aus einer unzureichenden und zufälligen Beobachtung generalisirende Schlußfolgerungen zu

ziehen, „da haben wir's; die Berliner haben Stumpfnasen, sie tragen Schafpelze und stecken die Hosen in die Stiefel; ich habe gelesen, daß die Russen das nämliche haben und thun; folglich sind die Berliner slavischer Abkunft, woraus sich denn weiter ergiebt, daß sie zum Frühstück, statt Kaffee und Semmel, Talglichter verzehren; quod erat demonstrandum.“ Spricht's, geht nach Hause, und schreibt einen Brief in die Heimath. Acht Tage später steht es in dem Straubinger Tagblatte. Vierzehn Tage später ist diese ethnographische Hypothese bei dem zahlreichen Leserkreis dieses geachteten Organs der öffentlichen Meinung zu einem unantastbaren Dogma geworden, welches seine Fruchtbarkeit dadurch an den Tag legt, daß es jeder Zeit neue Zweige treibt und neue Ableger ansetzt. Und doch bestreitet der Feldprediger Lucas die Richtigkeit der von David Friedrich Strauß aufgestellten Theorie der Mythenbildung, obgleich dieselbe selbst noch heutigen Tages unter seinen eigenen Augen im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit vor sich geht.

In London erzählte man mir, daß eine halb civilisirte amerikanische Rothhaut sich durch ihre Neugierde auch auf die Gallerie des Hauses der Gemeinen führen ließ und sich die hohe Versammlung von oben herunter betrachtete. Wenn die Herren ihre Hüte abnahmen — in der Regel behält man sie dort ja auf dem Kopfe — bemerkte der Indianer, daß viele entweder eine Glatze oder eine Perrücke trugen. „Das müssen tapfere Krieger sein,“ sagte die Rothhaut, „denn Einige haben ihren Skalp eingebüßt und Andere tragen den Skalp ihrer Feinde.“ Was würde Moritz Mohl dazu sagen, wenn man mit Zugrundelegung einer solchen Deduktion argumentiren wollte, auch er sei eine Rothhaut? Und doch sind die Beweisführungen des Herrn Mohl und des Feldpredigers Lucas über das Slaventhum des nordöstlichen Deutschland nicht viel besser.

Einem Irokesen kann man wohl etwas der Art zu Gute halten; aber es ziemt sich schwerlich für einen Gelehrten, welcher der hochgebildeten deutschen Nation, und namentlich dem

ganz besonders begabten und bevorzugten Stamme der Schwaben, angehört.

Hiernach komme ich wieder auf meinen Satz zurück: Nicht nur der deutsche Norden und Osten soll, — wie er dies ja schon zu seinem eigenen großen Nutzen thut — nach Süden und Westen reisen, sondern auch umgekehrt. Dann werden jene Vorurtheile nicht nur nach der einen, sondern auch nach der andern Richtung weichen, und das Einander-gegenseitig-Verketzern und -Lästern wird aufhören. Hierdurch und durch ein allgemeineres Studium unserer Geschichte, nicht der Territorial- und der Dynasten-Geschichte, sondern der dem ganzen Vaterlande gemeinsamen Kulturgeschichte, wird sich immer mehr die Ueberzeugung befestigen, daß, wie Gustav Freytag in der neuesten (5.) Auflage seiner „Bilder aus der deutschen Vergangenheit" so schön sagt, daß trotz der Verschiedenheit der Zeiten, Orte und Stämme, Anlage und Charakter, Tugenden und Schwächen der Deutschen im Wesentlichen zu allen Zeiten und aller Orten ganz dieselben geblieben und gewesen sind, so daß der Deutsche an der Grenze der Wallonen und Rätoromanen fühlt, wie der unter den Polen, Wenden, Czechen und Masuren, und wir in unserer Urgeschichte ganz denselben Herzschlag erkennen, der heute noch uns die wechselnden Gedanken der Stunde regelt. Auch dieses Buch von Freytag trägt wesentlich zur Ausgleichung wirklicher oder vermeintlicher Differenzen, zur Niederreißung der glücklicher Weise schon sehr morschen und wackligen chinesischen Mauern bei, welche früher nicht die Stammesverschiedenheit, sondern die Kleinstaaterei und der Partikularismus, die Büreaukratie und die Fiskalität zwischen uns errichtet haben, und die man jetzt unter der täuschenden Flagge des Föderalismus zu konserviren oder mit dem schönfärberischen Ausdrucke des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" zu übertünchen sucht, indem man die wahre Nationalsouveränetät des Ganzen mit taschenspielerischer Geschwindigkeit hinter der falschen Partialsouveränetät der einzelnen dynastischen Par-

tikelchen verschwinden machen will. Ohne irgendwie in tendenziöser Weise darauf auszugehn, widerlegen Freytag's „Bilder aus der Vergangenheit“ diese Irrlehren; und zugleich machen sie durch den Reiz ihrer Darstellung und die Kunst der Auswahl die reichen Schätze unserer National- und Kulturgeschichte auch Denjenigen zugänglich, welche sich nicht ex professo mit solchen Forschungen beschäftigt haben. Dieses Buch sollte in keiner deutschen Familien-Bibliothek fehlen und vor Allem von den Frauen und der heranwachsenden Jugend gelesen werden. Ich komme wieder auf das Slaventhum und frage:

Wer gab denn im Jahre 1813 den ersten und den kräftigsten Impuls zur Abschüttelung des Joches der französischen Fremdherrschaft? Es waren Königsberg und Breslau, Städte, die uns die demokratischen Gachupino-Junker des Südens als slavisch verschreien wollen. Und wer machte 1866 zuerst dem Friedensgewinsel der Städte ein Ende und erhob sich zur Abwerfung der habsburgischen Fremdherrschaft? Es war die gute deutsche Stadt Breslau, obwohl sie bei dem Ausbruche des Kriegs die bedrohteste war. Ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehn lassen, ohne Dir sub rosa, oder meinetwegen auch sine rosa, eine Thatsache mitzutheilen, welche bis jetzt noch wenig bekannt ist, welche aber klar beweist, wie sehr ein Theil der preußischen Büreaukratie, vereinsamt und isolirt in der Schreibstube, in der man nichts hört, als das eigene Ich und dessen Echo's, hinter der Entwickelung der Dinge und der Aufgabe des Großstaats in kleinlicher Auffassung zurückgeblieben ist und für die gegenwärtige Sachlage das natürliche reale Maß der Dinge verloren hat, — ein Umstand, der eine der Hauptursachen bildet, warum in Preußen fast jeden Tag wieder ein neuer Konflikt zu drohen scheint, und der Assimilirungsprozeß in den neuen Provinzen auf solche Hindernisse stößt und augenblicklich eher Rück- als Fortschritte zu machen scheint.

Kurz vor Ausbruch des Kriegs votirte die Bürgerschaft Breslau's, der zweiten Stadt des Reichs, dem König eine Adresse,

worin sie in ehrerbietiger aber rückhaltloser Weise um Beseitigung des Konflikts durch Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags bat, zugleich aber dem Könige Gut und Blut zur Verfügung stellte zur Führung eines Kriegs, den sie für unvermeidlich, für nothwendig im deutschen und im preußischen Interesse erachtete. Die Adresse war unterzeichnet von allen angesehenen Männern der Stadt, auch die national gesinnte Demokratie mit inbegriffen. Eine Deputation, der Oberbürgermeister Hobrecht an der Spitze, reiste nach Berlin, um sie zu überreichen. Sie fand bei dem König den huldreichsten Empfang. Auch Graf Bismarck wußte dem Oberbürgermeister, welcher die erste Anregung zu der Adresse gegeben und sie Hand in Hand mit der demokratischen Partei zu Stande gebracht hatte, nicht genug zu danken dafür, daß durch diesen Akt der so schwierige erste Schritt gethan sei, um die dringend erforderliche Klärung in eine verworrene Situation zu bringen. Als aber der Herr Oberbürgermeister mit dem Dank des Königs und des Ministerpräsidenten nach der zweiten Stadt der Monarchie zurückgekehrt war, fand er dort ein Reskriptum des Ministerii des Innern vor, welches, aufgebaut nach der bekannten Konflikts-Schablone, etwa mit „Wir haben höchst mißfällig wahrgenommen" anfing und mit einer kunstgerecht gedrechselten Nase endigte, und wohl im Wesentlichen dahin ging, daß der Herr Oberbürgermeister sich um Politik überhaupt nicht zu kümmern, über Beilegung des Konflikts keine Meinung zu äußern und jedenfalls darin dienstlich inkorrekt gehandelt, daß er sich mit den Demokraten, den Feinden der Regierung, zu einer Adresse vereinigt habe, möge nun in dieser Adresse stehen, was da wolle. Die Ereignisse gaben dem Verfasser der Adresse recht und dem Verfasser des Reskripts unrecht; und wären beide Autoren nur als einfache Schriftsteller zu beurtheilen, so wäre schwerlich über das Verhältniß ihrer beiderseitigen Gaben und Gnaden ein Zweifel. Solche Gedanken kann jedoch nur Jemand anstellen, der von dem admi-

nistrativen Instanzenzug und der Disziplinargewalt der Hierarchie im Beamtenthum keine korrekten Begriffe hat."

So lautet der Brief. Ich gestehe, die nationalliberale Tonart, die darin herrscht, gefällt mir gar nicht. Mit Kapuzinaden und Dragonaden kann man keinen Hund aus dem Ofenloch locken, viel weniger die Menschen von ihren Vorurtheilen abbringen und in Betreff ihrer Irrthümer bekehren. Damit soll man uns Württembergern nicht kommen; wir sind ja der älteste Sohn der Mutter Germania, wir Schwaben (die Franken sind ganz schief gewickelt, wenn sie uns das bestreiten), und wollen als solcher respektirt sein; und wenn man Das nicht thut, werden wir immer nur noch obstinater, so daß wir Alles riskiren, mit alleiniger Ausnahme der Zugehörigkeit zum Zollverein. Also die Tonart gefällt mir schon gar nicht. Anders ist es mit dem Inhalt. Der Briefsteller ist doch nicht gar so arg preußisch, daß er nicht auch die großen Mängel, nämlich hinsichtlich der Büreaukratie, zugäbe, die zu Haus bei uns hinsichtlich unserer Schreiberkaste seit neuerer Zeit vertuscht und geläugnet werden von der Volkspartei, was mir gar nimmer gefallt.

Daß Berlin kerndeutsch ist, das sehe ich mit jedem Tag mehr ein, während ich in Wien, wo ich vor ein paar Jahren war, mir doch schon halb vorkam, als wär' ich im Ausland. Daß in Berlin nicht auch lauter Schwaben wohnen, das ist schon wahr. Aber es können doch nicht alle Deutsche Württemberger werden. Vielleicht machte sich das Ding mit der Einheit doch vielleicht schneller, besser und bequemer, wenn die Württemberger alle Deutsche würden.

Ja, wenn nur die harten Köpf' nicht wären! Und der Beobachter. Aber bei Dem darf man gar nichts sagen.

VI.

O weh! Wir Württemberger mögen mit unserem „Nein" oben bleiben bei dem Tarif, wo sich die Norddeutschen mit dem

Grafen Bismarck von wegen dem Petroleum verheddert haben; aber den politischen Feldzug haben wir verloren, so gründlich verloren, daß er für diesmal gar nicht wieder zu gewinnen ist. Da beißt kein Mäusle ein Fädle von ab. An diesen 18. Mai werde ich noch lange denken.

Auf der Tagesordnung stand ein Antrag von Bamberger aus Mainz, von dem ich immer noch nicht begreife, warum er von unseren Leuten für so gefährlich verschrieen wird. Früher bezahlte ausländischer Wein im Zollverein einen sehr hohen Eingangszoll, dafür steht aber im Vereinsvertrag, daß er dann auch weiter keiner inländischen Abgabe unterworfen werden darf, keinem Accis, keinem Oktroy, keiner Tranksteuer, keiner Zapfgebühr, keinem Ohm- oder Umgeld, und wie diese schönen Abgaben alle heißen, womit wir auch in Württemberg gesegnet sind. Nun ist der Wein-Eingangszoll schon 1864 ermäßigt worden, und dieses Jahr wird er wieder heruntergesetzt. Für den inländischen Wein aber sind alle jene vertrackten inneren Abgaben bestehen geblieben, und sie sind, Staats- und Gemeinde-Abgaben zusammengerechnet, hin und wieder so hoch, daß sie den Eingangszoll übersteigen, d. h. den jetzigen Eingangszoll, der weit niedriger ist als der frühere. In Folge der Zollherabsetzung also besteht ein Schutzzoll zum Nachtheil der inländischen und zum Vortheil der fremden Weine. Das darf aber doch gewiß nicht sein. Das sagte ich auch dem Obersteuerrath Mohl; allein er schnauzte mich grob an, das sei bloße Wirthshauspolitik (ich merkte gleich, wo er hinaus wollte; mein Schwager in Zopfingen ist nämlich Wirth und betreibt mit großem Erfolg das selbige Hotel, worin sich mein Feind, der verdammte Wühlhuber, nicht halten konnte; er trieb's aber auch danach; denn das Haus ist ein wahres Nahrungshaus). „Wie wollen Sie denn das schwere Geld, die 900,000 Gulden, aufbringen," schrie mich Mohl an, „was uns das Wein-Umgeld einbringt? Wie wollen Sie denn den Ausfall decken? Wollen Sie neue Steuern einführen? Da werden Sie sich einen schönen Dank bei den

Zopfingern einbringen! Ist es nicht genug, daß unsere Ausgaben durch das Militärwesen und all den norddeutschen Schwindel so erhöht sind, sollen wir uns auch noch von Berlin aus unsere Einnahmen abschneiden lassen?"

Ich sagte ihm (das ging nämlich Alles in unserem süddeutschen Klub im Quadrangel vor sich), ei nun, dann solle man auch die ausländischen Weine den selbigen inneren Abgaben unterwerfen, wie die inländischen; denn Gleichheit müsse doch sein; beim Tabak und beim Zucker habe man doch das Verhältniß zwischen Grenzzoll und innerer Besteuerung so sorgfältig zu Gunsten der inländischen Erzeugnisse von Zollparlaments, oder früher von Zollvereins wegen abgewogen, warum denn nicht auch beim Wein?

Da wurde ich dann freilich belehrt, das ginge nicht, das gehe gegen den Geist und Sinn der Verträge u. s. w.

Meinetwegen; das mag aber sein, wie's will. Ich blieb trotz Alledem der Meinung, es sei doch der Mühe werth, einmal die Sache zu untersuchen und zu überlegen, wie man denn unserer vaterländischen Weinproduktion helfen könne, so oder so. Und von der hessischen Trankſteuer und dem Unfug, den die offiziellen Weinratten in den Kellern treiben, von all dieser Schererei und Plackerei, hatte mir noch kürzlich ein Mainzer Demokrat, der im Uebrigen Preußen haßt, wie Gift, so schreckliche Geschichten erzählt, daß ich doch dafür, obgleich mir es Mohl zumuthete, nicht schwärmen konnte, namentlich, wenn es wahr ist, was mir der Mainzer sagte, daß eigentlich die ganze Schweinerei von den Russen herrührt, die vor 54 Jahren dort das Land okkupirt hatten und diese Steuer einführten, um sich in aller Geschwindigkeit die Taschen zu füllen; daß seitdem in Folge einer gewissen Lahmheit die Sache auf russischem Fuße geblieben ist, wie ein aus Vergessenheit stehen gebliebener Regenschirm; und daß die hessische Regierung schon vor zwanzig Jahren ihren Ständen gegenüber selbst anerkannt hat, daß diese Steuer ungerecht

und entsittlichend sei und dem Verkehr zum größten Hemmniß gereiche. Und das soll man nicht öffentlich rügen dürfen? Ich verstehe unsere süddeutschen Freiheitshelden nicht mehr, die früher so darauf aus waren, die Sünden ihrer Regierungen an den Pranger zu stellen, jetzt aber auf das Gegentheil auszugeben scheinen, nämlich Alles zu verwischen und zu vertuschen.

Mögen sie in ihrem „Beobachter" über mich schimpfen, wie sie wollen; ich konnte das nicht auf dem Herzen behalten und sagt' es ihnen gerad heraus. Da wurde Mohl wieder grob und sagte: Was versteht man in Zopfingen von Politik! Da sagt' ich: Nu, neben Aalen (da ist Mohl gewählt) braucht sich Zopfingen nimmer zu verkriechen. Da warf er mir einen giftigen Blick zu und brachte einen ganzen Knäuel verwickelter Redensarten vor, die darauf hinausliefen, daß ich in Berlin meine gutwürttembergische reindeutsche Gesinnung eingebüßt habe, und zwar in Folge von verdächtigem Umgang, womit der Nationalliberale aus Thüringen und die preußischen Edelleute im Hôtel des Princes gemeint waren. Da mußte ich schweigen, sonst hätten sie mir die Augen ausgekratzt. Ich dachte also: „Was Du nicht halten kannst, das mußt Du laufen lassen, Du schwimmst mit dem Strome."

Nur erbat ich mir noch Auskunft darüber aus, wie so denn jenes russische Ueberbleibsel mit der Politik zusammenhänge. Da erfuhr ich denn, die hannoversche Exzellenz von Windhorst, die unsere Leute für den weitaus klügsten Mann im ganzen Zollparlament halten, sei dagegen und habe zu verstehen gegeben, der Bamberger'sche Antrag sei in einem ganz absonderlichen geheimen Komité berathen, geprüft und beschlossen worden*), in einem Komité, das aus unseren Feinden aus allen Parteien zusammengesetzt gewesen, er habe die weittragendsten geheimen

*) Vid. Stenograph. Protokoll. S. 274, Spalte 1 unten und Spalte 2 oben.

Tendenzen (die man mir aber nicht mittheilte), jedenfalls wolle man damit die Kompetenz erweitern, Hessen-Darmstadt in Verlegenheit bringen und die Adreßdebatte durch die Hinterthüre wieder einschmuggeln, nachdem sie zur Hausthüre hinausgeschmissen worden.

„Grad' deshalb!" sagt' ich, „macht doch so kein Geschrei! Wenn Ihr keine Reden haltet, giebt's keine Debatte. Wenn Ihr aber anfangt, dann seid Ihr es ja, die Ihr eine Adreßdebatte selbst macht, während Ihr sie doch um jeden Preis hindern wollt."

Half Alles nichts. Unsere süddeutsche Fraktion Quadrangel beschloß, Redner aufzustellen. Es hieß nun, unser Mohl gelte trotz seiner tiefen Gelehrsamkeit bei den Norddeutschen nicht viel; auch habe er schon gar zu oft gesprochen, das Toujours-perdrix-Mohl schade uns; es würden schon allerlei schlechte Witze und Reime gemacht von Mohl und Kohl u. dgl.; es zirkulirten Karrikaturen mit der Unterschrift:

„Wer hat denn die Milch genascht?
Pudel, hab' ich Dich erhascht!"

Auch habe ein alter Herr, der schon 1848 mit Mohl zu Frankfurt a. M. in der Paulskirche gesessen, ein Sprüchlein von damals wieder aufgewärmt, welches laute:

„Wenn Wedekind-Siemens Phrasen recken,
Ist 's Niemand außer ihnen wohl,
Allein der schrecklichste der Schrecken,
Das ist der Mohl mit seinem Kohl!"

Deshalb müsse diesmal Namens der Partei ein anderer Redner auftreten und zwar unser bester. Das ist aber offenbar der Rechtskonsulent Probst, ein feiner Kopf und eine geläufige Zunge; so geläufig, daß man manchmal meinen könnte, er sei ein Berliner; und dabei so aalglatt, daß man ihn nirgends zu fassen kriegen kann. Er steht bei uns zugleich sowohl an der Spitze der Ultramonta-

nen, als auch an der Spitze der Demokraten, und wird von Beiden gleich hoch geschätzt. Ohne Zweifel wird er noch einmal Kammerpräsident oder Minister, wenn die Dinge bei uns auf derselben Bahn bleiben, wie gegenwärtig.

Die Wahl des Probst zum Redner beruhigte mich wieder. Ungeschickt fängt Der es auf keinen Fall an, dacht' ich. Freilich sollte es anders kommen. Auch Mohl gab sich nicht. Er hielt doch eine Rede, und zwar zu allererst, noch vor Probst; auch sprach er darin wieder von „Wirthshaus-Agitationen", wobei er mir wieder so einen verflixt boshaften Seitenblick unter seiner olivengrünen Perrücke hervor zuwarf (natürlich von wegen meines Schwagers, des Lammwirths, in Zopfingen). Die Debatte ging also los. Alles lief günstig, obgleich der Graf Bismarck selbst da war und so einem hessen-darmstädtischen Bundesrath, der sich mausig machen wollte, ein wenig am Ohr zupfte. Der ging aber uns nichts an.

Unsere Partei hatte sich um die Rednerbühne geschaart. Wenn Einer von den Unserigen sprach, schrieen wir alle Siebenzehn auf ein Zeichen von Zeit zu Zeit: „Hört, hört! — Bravo! — Sehr gut — sehr richtig!"; wir hätten auch gerne geklatscht, wenn nicht der böse preußische Fürst und der Simson gewesen wären. Wenn Einer von den Andern sprach, dann führten wir unter uns laute Unterhaltungen, riefen dazwischen: „Oho! — zur Sache! — Nein! — falsch — grundfalsch!" u. s. w., grunzten, heulten und machten Das, was im Protokoll mit „große Unruhe" und „Widerspruch" bezeichnet wird; wenn er aufhörte zu sprechen, dann zischten wir. In Mannszucht sind wir Siebenzehn nämlich allen andern Parteien überlegen.

Da kam nun endlich unser Probst. Aha, dachten wir, jetzt geht's los. Er sprach fein, gewählt und gewandt, wie immer. Aber seine juristische Beweisführung kam mir (ich bin freilich kein Jurist) doch etwas zu advokatenmäßig und rabulistisch vor. Aber dann gerieth er auf einen bösen Weg. Er drohte mit der Einmischung des Auslandes. „Meine Herren, sagte er, es schien

mir so und es scheint mir auch in der neuesten Zeit noch so, daß irgendwo (in Frankreich?) eine Lawine am Berge hängt, die eine geringe Erschütterung in den Abgrund stürzen kann;" — und darauf ermahnte er uns, wir möchten doch ja das Maul halten, damit wir nicht unter ihrer Masse begraben würden. Und dann fing er wieder an: „Es ist auch, glaube ich, irgend Jemand in der Welt vorhanden (und damit meinte er offenbar den Kaiser Napoleon III.), der darauf paßt, daß die Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland möchten hier auf einander platzen;" — und darauf ermahnte er uns, wir möchten uns hier unter einander nicht zu mausig machen, auf daß wir nicht von der Katz' gefressen würden. Und so ging's weiter.

Die Rede hätte ohne Zweifel im Halbmondsaal in Stuttgart ihren Effekt nicht verfehlt. Aber hier wurde sie übel aufgenommen. Wir mochten „Hört! hört!" — „Sehr wahr!" und „Bravo! Bravissimo!" schreien, so viel wie wir wollten. Es ging ein allgemeines dumpfes Murren durch den großen Saal; und dann gab es eine bange Stille, wie unmittelbar vor dem Gewitter. Wohl winkte uns, wir sollten „Bravo!" und „Hört!" rufen. Aber wir konnten nicht. Wir waren wie gelähmt. Ich weiß nicht, schämten wir uns, oder fürchteten wir uns, oder war es die Gewitterschwüle? Ich weiß es nicht; aber ich werde diesen 18. Mai nicht wieder vergessen! Und der Blitz kam!

Er stand auf, der Mann, der das Jahr Sechsundsechzig gemacht hat, der Mann, den wir hassen, und hauptsächlich deshalb hassen, weil wir gezwungen sind, ihn zu bewundern.

Seine Stirn und seine Augen schauten ernst drein, aber sein Mund lächelte verbindlich; und mit diesem verbindlich lächelnden Munde sagte er uns die ärgsten Dinge, die deshalb so weh thaten, weil ihr Inhalt wahr, und ihre Form höflich war. Er sei weit entfernt, sagte er, gegen uns irgend eine

Pression, oder auch nur die leiseste Ueberredung anzuwenden. Kämen wir mit einem Gesuche um Aufnahme, so werde man es sorgfältig und kaltblütig prüfen; „Sie halten uns für empressirter, als wir es sind!“

Dann aber verschwand das Lächeln von den Lippen. Die hohe Gestalt richtete sich noch höher auf. Die breite Brust dehnte sich gewaltig. Die großen buschigen Brauen vereinigten sich an der Nasenwurzel; die hellen stahlgrauen Augen schleuderten Blitze; und es rollten dem Donner gleich die Worte durch den Saal dahin:

„Dem Herrn Vorredner (Probst) aber und Allen, die mit ihm dasselbe Thema behandeln, gebe ich zu bedenken, daß **ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet**!“

Der Schlag traf und betäubte uns. Zwar versuchte Roßhirt, ein badischer Ultramontaner, zu reden, aber Niemand hörte ihn. Ein sozialistischer Drechslermeister schlug einige Entrechat's, — vergeblich. Unser treuer Bundesgenosse, Excellenz v. Windhorst, versicherte: „An den Frieden appelliren — das ist ja noch keine **Furcht**!“ — man lachte. Und nun kamen Alle und schlugen mit Knüppeln auf uns los, wie auf einen Hund. Der Metz und der Bamberger aus Hessen; der Löwe und der Waldeck vom preußischen Fortschritt; der kleine Lasker von den Nationalliberalen; der Camphausen von den Altliberalen; der Wagener von der Kreuzzeitungspartei. Immer Einer gröber als der Andere, aber immer in spitzen, kalten, höflichen Redewendungen, was uns immer am meisten ärgert. Und zuletzt mußte auch noch ein Schwabe kommen. Ein wirklicher Schwabe von Fleisch und Blut; ein Schwabe aus dem Allgäu, jeder Zoll ein Schwabe; ein Schwabe mit einem frischen Herzen, einem hellen Kopf und einer Zunge, wie ein Schlachtschwert. Das war der Doktor Völk.

Der jodelte uns ein garstiges Schnaderhupferl vor: wir Württemberger seien gar nimmer die richtigen Schwaben mehr;

wir hätten uns unter einander Einer den Andern dumm gemacht, weil wir immer in einem ganz engen Stall zusammen gesessen wären und keine freie Weide gehabt hätten; wir führten uns auf, wie die dummen Jungen, die immer noch mit Schneeballen werfen wollten, und die nicht merkten, daß es schon längst Frühling geworden sei, Frühling in Deutschland, heller, lichter, warmer Frühling u. s. w. — — — —

Ach, das that weh, das zu hören in unserer eigenen schwäbischen Mundart. Wir waren blamirt. Probst versuchte noch eine kleine Katzbalgerei mit Lasker; aber Der gab ihm gar keine Antwort. Er dachte offenbar: „Was schlägst Du an einem todten -- Probst?" Gegen Bismarck wagte Probst nicht den Mund aufzuthun. Es war aus mit ihm.

Unsere Leute ließen die Köpfe hangen. „Was werden sich nu zu Hause die verdammten Bettelpreußen freuen, der Professor Römer, und der Rechtskonsulent Römer, und der Eduard Pfeiffer und der Guschtav Müller u. s. w.!" sagten sie.

Ich aber dachte: Was liegt denn daran? Das Schlimme ist, daß wir in Schwaben nicht wissen, was die Uhr geschlagen hat, und was wir wollen. Ich werde keinem Deutschen mehr ewige Feindschaft schwören. Das Holz, woraus unser Herrgott Minister schnitzt, wie Bismarck, wächst nicht in Schwaben. Es wächst überhaupt nirgends in Deutschland, als in Preußen. Möge Gott ein Einsehns haben und uns bei nächster Gelegenheit am Schlafittch kriegen und bon gré mal gré hineinschmeißen in die Einheit. Sonst geht's uns schlecht. Wir haben uns zu sehr verritten.

V.

Bad Schwalbach.

Zwei Fragmente aus der Mappe eines Kurgastes.

„O fortunatos, sua si bona norint!“
Virgil. Georgic. II. 458.

I.

Fürstliche Badereisen

aus

drei Jahrhunderten.

Wenn ein kleines deutsches Gebirgsbad, das bisher der großen Welt ziemlich unbekannt war, auf einmal im Laufe weniger Wochen von der Kaiserin des Westens und von der Kaiserin des Ostens besucht und auf einige Zeit zum Aufenthalts- und Kurort gewählt wird, wie im Jahre 1864 Bad Schwalbach, so ist es natürlich, daß die neugierige europäische Welt wissen will, wie es dort aussieht. Nun sollte man freilich denken, darüber könne man in jedem Handbuche der Geographie Auskunft erhalten. Denn dieses sagt uns, daß Schwalbach ein nassauisches Landstädtchen von etwa 2000 Einwohnern ist und in den Bergen des Taunus nicht weit vom Rhein, 900 Fuß über der Meeresfläche und 670 Fuß über dem Spiegel des Rheins liegt, und daß es treffliche Heilquellen hat, welche vorzugsweise bei

Frauenkrankheiten gebraucht werden und weiter gegen Blutarmuth, Muskel- und Nervenschwäche, Krankheiten der Schleimhäute und eine Reihe anderer Uebel. „Denn ein ordentliches Bad," sagt der geistreiche Verfasser des Struwwelpeter, „muß für Alle gut sein, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche bereits gestorben sind und derer, die kein Geld haben."

Mit der obigen Auskunft aus Cannabich's Leitfaden ist jedoch das Publikum nicht zufrieden. Sie enthält gerade das, was man gern wissen möchte, nicht. Deshalb müssen andere Mittel ergriffen werden. Die großen englischen und französischen Blätter und die deutschen Zeitungen, welche mit jenen zwar nicht in Größe des Formats, wohl aber in Schnelligkeit der Nachrichten wetteifern, schicken ihre Berichterstatter und Korrespondenten, ihre Zeichner und Spezialartisten. Durch sie erfährt denn das Publikum alltäglich auf das Allergenaueste, wie die Kaiserin Eugenie an diesem Tage gekleidet war, daß sie z. B. ein dunkelbraunes einfaches Kleid, hochgeschürzt, kurz und ohne Schleppe, und darüber eine Jacke von blauem Tuche mit goldenen Knöpfen, einen runden schwarzen Hut mit einer weißen Feder und einen kurzen, bis an die Nasenspitze reichenden Schleier trug, daß ihre zierlichen Stiefeletten sehr hohe Absätze hatten, daß sie in der Hand ein Stöckchen führte, auf welches sie sich beim Gehen zu stützen pflegt u. s. w. Es erfährt ferner, wie die Hofdamen und Kavaliere heißen, welche sie von Paris mitgebracht, und welche Besuche sie erhalten hat, daß den einen Tag der Herzog von Nassau, den andern der Prinz Reuß, den dritten der König von Preußen und sein Gesandter der Graf Bernstorff, daß ferner der Fürst und die Fürstin Metternich, der auf dem Schloß Schaumburg a. d. Lahn in einer Art von Exil lebende Erzherzog Stephan von Oesterreich, weiter der Prinz Nikolas von Nassau, endlich der Kaiser von Rußland in Begleitung seines Adjutanten v. Adlerberg, da waren. Kurz, „wer kennt sie Alle, nennt die Namen, die gastlich hier zusammenkamen?" Ohne Zweifel werden hierzu die illustrirten Blätter

auch einige Abbildungen bringen. Alles das befriedigt die Neugierde des Publikums, aber es befriedigt sie nicht ganz. Denn es giebt außerdem noch Dinge, die es zu wissen nöthig hat, und die bei einem so kurzen Aufenthalte selbst der tüchtigste Korrespondent oder Spezialartist nicht wahrnimmt und nicht kennen lernt, weil dazu ein längerer Zeitaufwand und eine Art von Studium nöthig ist. Da ich seit einer langen Reihe von Jahren jeden Sommer meines Gichtleidens halber Wiesbaden besuche und von da häufig Ausflüge nach dem benachbarten Schwalbach mache, das man zu Wagen in zwei und einer halben Stunde erreicht, und da ich sowohl im Juli, während die Kaiserin von Rußland, als auch im September, während die Kaiserin von Frankreich dort war, einige Zeit in Schwalbach zugebracht und neue Beobachtungen zu den alten gemacht habe, so bin ich, obgleich mit der Feder nicht so bewandert, wie ein Korrespondent, und mit dem Griffel oder dem Krayon nicht so geübt, wie ein „Spezialartist“, vielleicht nicht ungeeignet, als Cicerone für Schwalbach und Umgegend zu dienen. Versuchen wir es denn einmal.

Es geht nichts über eine gute Eintheilung. Wie Yorik in seiner empfindsamen Reise die Reisenden in mehrere Arten abgetheilt, so habe ich mir die deutschen Bäder in drei Klassen getheilt, nämlich in 1. Heilbäder, 2. Luxusbäder, 3. Sommerfrischen. Die Heilbäder werden besucht von den Kranken, die gesund werden wollen, die Luxusbäder von den Gesunden, die krank werden wollen. („Ob gerade wollen?“ Nun, das will ich dahingestellt sein lassen; sie geberden sich aber in der Regel so, als ob sie es wollten.) Die Sommerfrischen werden besucht von den Gesunden, die gesund bleiben wollen. Seitdem in England das Spiel verdrängt worden ist durch die Wette, welche letztere vor dem ersteren den großen Vorzug hat, daß sie nicht durch den Zufall, sondern durch Verstand und Kalkulation geleitet wird und nebenbei vielerlei vernünftige und wirthschaftliche Zwecke fördert — wie z. B. die Wette bei den

Rennen die Pferdekenntniß und die Pferdezucht; seitdem Frankreich die öffentlichen Spielbanken von seinem Boden vertrieben hat, haben sich die letztern in erschreckendem Umfange in einigen der kleinern und kleinsten deutschen Länder angesiedelt in Badeorten, die, wenn sie es nicht schon früher waren, dadurch zu wahren Luxusbädern geworden sind, d. h. zu Orten, wo man nicht die Gesundheit, die Ruhe, die Genesung sucht, sondern die Unruhe, die Zerstreuung, die Debauche findet. Während in diesen Spiel- und Luxusbädern Alles schimmernd und prunkend, unruhig und geräuschvoll, verwirrend, sinnbethörend und aufregend ist, pflegt in denjenigen Bädern, in welche der Kranke und der Genesende eilt, Alles still und friedlich, idyllisch und natürlich zuzugehen. Letzteres ist auch in den „Sommerfrischen" der Fall, die man hauptsächlich in Süddeutschland, in Bayern und Tyrol, in Thüringen, im Harz u. s. w. kennt und schätzt. Der gemüthliche Ort Tegernsee, die herrlichen Inseln des Chiemsee's, das gastliche Haus der guten Jungfer Scholastika am nördlichen Rande des zwischen hohen Bergen versteckten, tiefblauen Achensee's in Tyrol, sind solche „Sommerfrischen," wohin man eilt, nicht weil man krank ist, sondern weil man krank zu werden fürchtet und dem zuvorkommen will. Der vielgeplagte Anwalt, der ewig bewegliche Kaufmann, der unter dem Aktenstaub mürbe und lahm gewordene Beamte finden dort ihren gesunden Schlaf, ihre kräftige Verdauung, ihre starken Nerven, ihren abhanden gekommenen Appetit und ihre frische gute Laune wieder; das Mägdlein geneset da von der Liebe Leid; und die Mutter, die den Tod eines Kindes betrauert, lernt hier zwar nicht vergessen — denn ein Mutterherz vergißt nicht — aber dem aufreibenden Schmerzens-Kultus entsagen. Sie findet Ruhe und Trost im stillen Schooße der Natur, am Herzen der treuen Erde, in welchem in der fernen Heimath ihr Liebling ruht.

Das sind die drei Klassen Bäder in ihrer Reinheit, in ihrer Abstraktion. Im konkreten Leben kommen sie mehr oder weniger gemischt vor. Wiesbaden ist ein treffliches Heilbad,

allein seitdem das Hazardspiel mit den unnennbaren Dingen, die drum und dran hängen, so sehr überhand genommen hat, ist es zu drei Viertel ein Luxusbad geworden, in welchem wir, die alte Garde der Gichtbrüchigen, Mühseligen und Beladenen, obgleich wir Stammgäste sind, und wie der Bergmann sagt, „das Alter im Felde" für uns haben, jetzt nur noch die Geduldeten, nur eine schwache und wenig berücksichtigte Minorität sind, weil wir den Modelastern zu huldigen, theils nicht die Fähigkeit und theils nicht den Willen haben. Ob diese Metamorphose dem Bade auf die Dauer zum Vortheile gereicht, ob überhaupt ein Luxusbad, das den Lärm protegirt, und ein Heilbad, das die Ruhe fordert, mit einander vereinbar sind, das ist eine Frage, die ich hier nicht untersuchen, sondern dem eigenen Nachdenken des geneigten Lesers überlassen will.

Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß sich ein Heilbad und eine Sommerfrische recht gut mit einander vertragen, vorausgesetzt, daß der betreffende Ort wohlgelegen ist und vor Allem frische Wald- und Bergluft hat. Dies ist der Fall bei unserem Schwalbach, das heuer von zwei Kaiserinnen aufgesucht wurde. Gehen wir deshalb nach Schwalbach. Aber wo liegt es? Fahren wir rheinwärts bis Mainz und gehen wir dort auf den beliebten Aussichtspunkt „die neue Anlage," so sehen wir nach Norden blickend die malerisch gezogenen Umrisse und Außenlinien der Höhen des Taunus vor uns, der schon seinem Namen nach, wie die „Tauern" im Salzburgischen, in Steiermark und in Kärnthen, daran erinnert, daß diese Gegend ehedem von Kelten bewohnt war, welche später dem deutschen Stamme der Franken Platz machen mußten. Dazu kam später als drittes Element das römische; und man sieht es noch heutzutage dieser Bevölkerung an, daß sie keineswegs rein germanischen Blutes ist. Das Taunusgebirge, in welchem Bad Schwalbach liegt, ist mit Flüssen und Bächen umgränzt. Südlich fließt der Main, der gegenüber Mainz in den Rhein fällt. Der

letztere ändert dort dem ersteren zu Lieb seinen bis dahin nordwärts gerichteten Lauf und begleitet ihn eine Strecke weit westwärts bis Bingen, wo er sich dann wieder nördlich wendet und somit die westliche Gränze des Taunusgebirges bildet bis nach Lahnstein. Da fällt die Lahn in den Rhein. Sie begränzt den Taunus im Norden. Oestlich besorgen dies einige kleinere Flüsse, welche nördlich von Höchst in den Main fallen. Dies ist das Gebiet, womit wir es zu thun haben. Mitten zwischen diesen Hügeln und Bergen, angelehnt an ein laub- und wiesenreiches Thal, durchschnitten von geschwätzigen Bächen, die sich mit den blauen Wellen der Aar vereinigen, drei starke Stunden von Wiesbaden nordwestlich, liegt Bad Schwalbach, im nassauischen Kanzleistyl Langenschwalbach genannt, weil es einen langgestreckten, schmalen Körper hat. Dem Laufe der Flüsse folgend, können wir es von drei Seiten erreichen, von Dietz an der Lahn aus, indem wir längs der Aar hinauffahren, welche bei Dietz mündet und an Schwalbach vorbeifließt; von Lorch aus, wo die Wisper in den Rhein mündet, die in der Nähe von Schwalbach entspringt; und von Niederwalluf, einer Station der nassauischen Eisenbahn, aus, wo die „Waldaffe“, die ehemalige Gränze zwischen dem Gau „Königshundert“ und dem Rheingau, aus der Nähe von Schwalbach kommend und an dem Bade Schlangenbad vorbeifließend, in den Rhein fallend eine Bucht bildet, in der die fleißige Bevölkerung Rheinschiffe zimmert. — — —

Am 7. September kam die Kaiserin Eugenie nach Schwalbach. Die ganze politische und unpolitische Welt zerbrach sich den Kopf über die Beweggründe und Veranlassungen dieser Reise, die höchst unerwartet kam. Man dachte eher an die entferntest liegenden Kombinationen, an tausenderlei öffentliche und private Motive, als an die doch so nah gelegene Möglichkeit, daß auch eine Kaiserin ebenso gut, wie jeder andere Sterbliche, einmal krank sein, daß sie an Verstimmung der Nerven, oder an Blutmangel, oder irgend einem andern der Leiden, die der vornehmen Frauenwelt eigenthümlich sind, und gegen die Schwal-

bach schon seit fast dreihundert Jahren eine anerkannte Speziali- tät ist, laboriren und das Bedürfniß fühlen könne, sich an ein stilles Plätzchen zurückzuziehen, das ihr Heilung verspricht.

Zwei Vorzeichen waren indeß bereits eingetreten, aus welchen eine sehr feine Spürnase hätte abnehmen können, daß Etwas im Gange war. Das im nassauischen Rheingau gelegene und durch seinen guten Wein bekannte Schloß Johannisberg (ehedem eine reich dotirte Benediktiner-Abtei) wurde bekanntlich, nachdem es früher von Napoleon I. dem Marschall Kellermann geschenkt worden war, im Jahre 1814 von Oesterreich, das nicht mehr und nicht weniger Recht daran hatte, als Napoleon oder Kellermann, dem Fürsten Clemens Metternich, dem Nestor der europäischen Diplomatie, verehrt. Von ihm ist es auf seinen Sohn, den Fürsten Richard Metternich übergegangen, der gegen- wärtig österreichischer Gesandte in Paris ist und seine Besitz- handlungen bezüglich dieses Schlosses im Wesentlichen darauf beschränkt, sich den sehr ansehnlichen Erlös der Weinver- steigerungen alljährlich in Wechseln auf ein Pariser Bankhaus überschicken zu lassen. Kurze Zeit vor der Ankunft der Kaiserin Eugenie in Schwalbach hatte sich das Schloß Johannisberg, das sonst seinen Eigenthümer selten sieht, des Besuches nicht blos des Fürsten, sondern auch der Fürstin, einer geborenen Gräfin Sándor aus Ungarn, einer jungen und schönen Dame, die in der besondern Gunst der Kaiserin Eugenie steht, zu erfreuen. Dieser Besuch auf Johannisberg war ein Vorläufer der Erschei- nung, welche für das benachbarte Schwalbach in Aussicht stand. Während der österreichische Gesandte Paris verlassen hatte und auf Schloß Johannisberg weilte, wurde in Paris der September- Vertrag zwischen Frankreich und Italien abgeschlossen.

Ein wirklicher Vorläufer im wörtlichsten Sinne war ein leerer Pariser Eisenbahnwagen, der schon am 5. September von Bingen über Mainz und die Rheinbrücke auf der links-mainischen Bahn hinauf nach Frankfurt und von da auf der (rechts-maini- schen) Taunus-Bahn wieder herunter nach Castel (dem rechts-

rheinischen Brückenkopf des links-rheinischen Mainz) und Wiesbaden und auf demselben Wege wieder zurücklief, ohne daß irgend Jemand die Motive einer solchen unerklärlichen Handlungsweise eines französischen Personen-Waggons zu enträthseln wußte. Da indessen auf unseren Eisenbahnen öfters Dinge vorkommen, die kein Verstand des Verständigen erklären kann, so beruhigte man sich vorerst wieder über das auffallende Ereigniß, in welchem das Bewußtsein unserer mangelhaften politischen Organisation Anfangs sogar Indizien von französischen Rheinufer-Gelüsten erblicken zu müssen glaubte. Wenige Tage darauf befreite uns die Ankunft der Kaiserin Eugenie, welche ganz denselben Weg nahm, wie der leere Wagen, von allen trüben Gedanken; und es wurde uns klar, daß der verdächtige Waggon nur unsere Eisenbahnen und deren Schienenweite u. s. w. prüfen, aber nicht vorbereitende Handlungen zur Annektirung der Rheinlande vornehmen wollte. Die Kaiserin behielt ihre eleganten Gesellschaftswagen, die sie von Paris mitgebracht hatte, bis nach Wiesbaden bei und machte, um dies zu können, den Umweg über Frankfurt, weil sie hierbei Rhein und Main auf Eisenbahnbrücken passiren konnte. Sie legte die Strecke von Paris nach Wiesbaden ohne Unterbrechung innerhalb der gewöhnlichen Fahrzeit der Eilzüge zurück. Von Wiesbaden bis Bad Schwalbach fuhr sie in einer gewöhnlichen Wiesbadener Stadtdroschke mit zwei Pferden. Die ganze Reise dauerte etwa zwanzig Stunden; und jede Privatperson hätte sie ebenso schnell zurücklegen können. Denn die Kaiserin Eugenie bediente sich nur solcher Transportmittel, welche auch dem übrigen Publikum zur Verfügung stehen. Es ist eine merkwürdige und bisher noch nicht genug gewürdigte Thatsache, daß die Dampfkraft nicht nur die Bewegung beschleunigt hat, indem sie Zeit spart und den Raum verkürzt, sondern auch auf das Reisen der bürgerlichen Gesellschaft von der obersten Klasse derselben bis herunter zu der untersten in der Art nivellirend eingewirkt hat, daß heut zu Tage selbst der mächtigste Fürst im Wesentlichen nicht schneller auf der

Eisenbahn reisen kann, als der bescheidenste seiner Unterthanen. Das Dampfroß hat die sechs- und achtspännigen Karossen abgeschafft, und der Telegraph hat die fürstlichen Läufer, die uns in unserer Jugend durch ihren Stab, durch ihren Azteken-Federbusch und durch ihrer Füße Schnelligkeit imponirten, zu einem Mythus oder wenigstens zu einem überflüssigen Dinge gemacht.

Der Fortschritt der Menschheit wird uns erst klar, wenn wir kulturgeschichtliche Parallelen in Raum und Zeit ziehen. Gestatte man mir eine solche Vergleichung zwischen der Badereise der Kaiserin Eugenie im neunzehnten Jahrhundert und der des Kurfürsten August von Sachsen im sechzehnten Jahrhundert, in dem Jahrhundert des Wiederauflebens der Wissenschaften und der Reformation.

In dem Hauptstaatsarchiv in Dresden befindet sich ein dicker Aktenfaszikel, überschrieben: Akten, betreffend die Reise, so Kurfürst Augustus nach Ellfeld (Eltville) im Rheingau am Rhein unterhalb Mainz wegen Gebrauchs des Sauerbrunnens zu Schwalbach anno 1584 gethan hat.“ Den wesentlichen Inhalt daraus hat der verdienstvolle Archiv-Direktor v. Weber in Dresden in einer interessanten Schrift „Aus vier Jahrhunderten“ (Leipzig 1858) veröffentlicht.

Kurfürst August von Sachsen litt im Winter 1582 auf 1583 am Magen. Sein Leibarzt Dr. Paul Luther, ein Sohn des Reformators, empfahl ihm, sich „etzliche Fäßlein Wasser aus dem Sauerbrunnen eine Meile von Friedland“ (Liebenwerda) kommen zu lassen und in Dresden zu trinken. Ein anderer Leibmedikus empfahl, den „Sawerborn in Schwalbach“ an Ort und Stelle zu gebrauchen, hielt es aber, bevor man das Wagestück unternahm, eine so bedenklich weite Reise in einen fast noch unentdeckten Welttheil anzutreten, für dringend gerathen, zuvor Erkundigungen darüber einzuziehen, ob auch Leute in des Kurfürsten Alter (er zählte damals sechsundfünfzig Jahre), die „solchen Brunnen zumal noch nicht gebraucht, und sonst des Wasser-

trinkens nicht gewohnt," eine derartige Kur vertragen könnten. Schwalbach gehörte damals dem Landgrafen von Hessen-Rheinfels. An diesen schrieb der Kurfürst August einen eigenhändigen Brief und erhielt darauf die Antwort, die Kur sei gut. Der Landgraf fügte auch bei „ein Regiment" (d. h. eine Anweisung zum Gebrauche des Wassers, ein Reglement), „welches ihm sein Bruder Ludwig kommuniziret, der den Brunnen schon mehrmals gebraucht;" er bemerkte aber dabei, Seine Kurfürstliche Gnaden werde sich „in dem Dorfe Schwalbach nicht behelfen können, weil daselbsten die Gelegenheit gar zu geringe und enge sei."

Unter diesen Umständen wagte es der vorsichtige Kurfürst nicht, die Reise im Frühjahre 1583 anzutreten, er beschloß vielmehr, einen zuverlässigen Mann, der mit seinen persönlichen Bedürfnissen und Liebhabereien wohlvertraut sei, vorauszusenden, damit er für den Fürsten der Sachsen diese unbekannten Regionen im fernen Lande der rheinischen Franken erforschen und seinem Herrn „ein bequem Losament (Wohnung) ausrichten" könne. Der Hoffourier Neumann ritt im April 1583 mit diesem ehrenvollen Auftrage rheinwärts ab, versehen mit einer von dem gelehrtesten Hofgeographen gefertigten Reiseroute, die indeß nicht ganz korrekt war und ihn manchmal im Stiche ließ.

Nun folgt eine „lange bange Pause" danach in den Akten. Endlich im Herbst 1583 läuft ein Bericht des getreuen Hoffouriers bei dem in Krankheit und Ungeduld harrenden Kurfürsten ein. Der Fourier ist endlich „post varios casus, post tot discrimina rerum" nach einer wahrhaft odysseischen Irrfahrt durch die weiten Strecken des deutschen Reiches, die man jetzt mit der Eisenbahn in einer Nacht durcheilt, an dem Ort seiner Bestimmung angelangt. Er hat Langenschwalbach erreicht, das von dem Landgrafen, seinem Herrn, als ein Dorf, von dem gewissenhaften Fourier korrekter als ein Flecken (Marktflecken) oder „Flecklein" (kleiner Flecken) bezeichnet wird. Er hat auch „in einem großen und wüsten Gebirge und wüstem

Grunde etwan einhundert und fünfzig Schritt von dem Flecklein Langenschwalbach" den „Sawerborn" entdeckt, — denselben, der jetzt in wohlgepflegten und hübschen frischen Parkanlagen liegt, den Namen „Weinbrunnen" führt und gegenwärtig jeden Morgen Schlag acht Uhr von der Kaiserin Eugenie an Ort und Stelle mit der gewissenhaftesten Pünktlichkeit getrunken wird.

Der getreue Fourier schreibt von dem Schwalbach von 1583 (in welchem damals die „Villa Arnold Herber," worin gegenwärtig die Kaiserin von Frankreich zur Miethe wohnt, noch nicht existirte, denn sie ist erst 1863 erbaut) Folgendes: „Ich finde, daß Ew. Kurfürstliche Gnaden an diesem Ort kein gut Lager haben können; denn dieses Flecklein ist gar übel gebauet, es hat geringe Häuser und arme Leute, die eitel (bloß) Tuchweber sind. Es ist zwar ein Rathhaus da, allein es hat nur eine ordentliche Stube, auch liegt es ganz offen und hat keine Befestigung und soll sich doch allerlei loses Gesindel in dieser Gegend herumtreiben. Wenn aber Ew. Kurfürstliche Gnaden gnädigst damit zufrieden sein wollen, so will ich in die große Rathhausstube mit Brettern eine Wand ziehen; es giebt dann eine Stube und eine Kammer, beides 14 Ellen lang und 8 Ellen breit. Auch ist draußen auf der Treppe noch ein klein Stüblein und Küchlein und oben ist ein großer Boden, woraus man mit bretternen Wänden zur Noth auch noch Kammern machen könnte, wenn es Ew. Kurfürstliche Gnaden so haben wollten."

Der kluge Fourier traut selbst nicht, daß dem Kurfürsten das mittelst bretterner Verschläge auszubauende Rathhaus des Fleckens Langenschwalbach sehr gut gefalle, deshalb bringt er außerdem noch eine Reise nach einem mehr oder weniger geeigneten Orte in der Umgegend in Vorschlag. Zunächst die eine halbe Meile entfernte, von Karl dem Großen gestiftete berühmte Benediktiner-Abtei Bleidenstadt, die indeß damals schon ihrem 1632 durch die Schweden vollendeten Untergang entgegensah. Neumann schreibt von ihr in wegwerfendem Tone: „Allda ist nichts, denn ein alt verfallen Kloster, darinnen

wohnen vier von armem Adel und liegen nur einige geringe Bauernhäuser umher.“

Weiter sagt er, anderthalb Meilen Wegs von dem Schwalbacher Sauerborn und eine starke Meile von Mainz liege auch ein Städtlein und Schloß, das sich Wißbaden nenne und dem jungen Grafen v. Nassau-Idstein gehöre; das habe er auch besichtigt; Schloß und Städtlein seien wohl gebaut und gut befestigt, auch sei ein warm Bad allda, es gebe dort gute Gelegenheit und Herberge, der Kurfürst könne dort Hofgesinde und Pferde alles wohl unterbringen, auch seien sonsten dort Essens- und Trinkens-Speisen und alles Nöthige wohl zu bekommen; — nur sei es etwas zu weit von dem Schwalbacher Sauerborn entlegen.

Der Landgraf von Hessen-Rheinfels hatte das ganz in der Nähe von Schwalbach gelegene nassauische Schloß Adolphseck vorgeschlagen. Allein der Fourier verwirft es, „weil es daselbsten an der Bestia neuerlich gestorben habe,“ (d. h. weil dort eine Tod bringende Epidemie grassirt), weil das ganze Schlößlein nur drei Stuben und Kammern über einander habe und die andern Gebäude bös und baufällig seien.

Schließlich empfiehlt Neumann zum Quartier das Städtchen Ellfeld (Eltville, alta villa) am Rhein, die Hauptstadt des Rheingaues, worin damals ein Vizedom (Vicedominus, Vitzethumb) als Statthalter des Kurfürsten von Mainz hauste. Der Fourier schreibt, „es sei ein lustiges Städtlein und schöner Ort, habe gute Luft, und fließe der Rhein am Städtlein und Schlosse vorbei; das Wasser könne man jeden Tag frisch von Schwalbach haben, wenn man in die dazwischen liegenden Orte Träger auf Rélais lege; das Schloß sei mit Gräben und sonstigen Befestigungen wohl versehen, auch habe es feine Gemächer darin.“ Nun zählt der Fourier die Gemächer auf. Man sieht daraus, daß damals ein Kurfürst des heiligen römischen Reiches bescheidenere Ansprüche hinsichtlich der Wohnung machte, als heut zu Tage jeder wohlhabende Bürger. Es waren nämlich in dem Eltviller Schlosse „drei Stuben mit Kammern und noch eine große Stube

ohne Kammer, die der Erzbischof von Mainz als Tafelstube gebrauche, einige Dachkammern und eine Kammer an der Wendeltreppe."

Diese nach damaligen Begriffen prachtvolle Wohnung erhielt den Beifall des sächsischen Fürsten. Man gab dem Kurfürst-Erzbischof von Mainz einen Wink und dieser beeilte sich, seinen Kollegen einzuladen, in dem Eltviller Schlosse „Herberge zu nehmen," indem er die Versicherung beifügte: „Ew. Liebden soll Thor und Pforten offen und soll uns Ew. Liebden ein lieber und angenehmer Gast sein." Ueber dem Hin- und Herschreiben war das Frühjahr 1584 gekommen. Nach Vorbereitungen, die länger als ein Jahr gedauert hatten, setzte sich der Kurfürst endlich in Bewegung. Er reiste wacker drauf los und brauchte dennoch achtzehn Tage, um von Dresden nach Eltville zu gelangen. Er nahm Weib und Kind mit und sein Gefolge bildete einen langen Zug von Roß und Reisigen, für den immer schon mehrere Tage vorher „die Nachtlager verordnet und wegen der Geleitung und Ausrichtung Anordnung geschehen" mußte. Zuerst kam „Seiner Kurfürstlichen Gnaden Leibwagen," sechsspännig mit zwei Reservepferden, dann der „gnädigsten Frau" und dann der „Fräulein" Wagen, jeder mit sechs Pferden. An zweiter Stelle kamen die Wagen des höheren Hofgesindes und der nächsten Bedürfnisse, darunter des Stallmeisters Kutsche mit 4 Pferden, der gnädigsten Frau „Kammermenscher"-Wagen mit 6, des Geheimrathes Pistor Wagen mit 4, des Kabinetsekretärs Wagen mit 4, des Doktors und des Prädikanten, des Trabanten-Hauptmanns, der Kammerjungen (Pagen), des Küchenmeisters, des Kellermeisters und der Leibschneider Wagen, ein jeglicher mit 4 Pferden, 2 Kammerwagen mit 6 und mit 4 Pferden, ein Bettwagen mit 6, 4 Küchen- und Kellerwagen mit 16, 3 Rüst- und Kastenwagen mit 8 und die Stallkutsche mit 4 Pferden und Alles geleitet von 15 Reisigen zu Pferde. An dritter Stelle kam „das andere Hofgesinde" mit seinen Pferden; an vierter folgten die Kammerjunker, 9 Mann mit 18 Pferden; an fünf-

ter 14 Truchsesse mit 21 Pferden, an sechster endlich ein ganzer Troß Reisige und Knechte mit einigen dreißig Pferden. Letztere wurden geführt von einem „einspännigen Hauptmann“ und einem „einspännigen Leutnant.“ So nannte man Hauptmann und Leutnant zweiter Klasse, die nur ein Pferd hatten, im Gegensatze zu denen erster Klasse, welche zwei Pferde führten und „zweispännige“ hießen. Im Ganzen waren's 209 gewöhnliche Pferde und dazu noch 16 „Leibpferde“ des Kurfürsten. Und nun mache man sich ein Bild davon, wie sich das in den bodenlosen Hohlwegen der damaligen Zeit abgezappelt haben mag.

Die Fürsten am Rhein boten Alles auf, um es dem Herrn aus Sachsen so behaglich wie möglich zu machen. Der Landgraf von Hessen ließ Tag und Nacht am Weinbrunnen Schildwache stehen, damit derselbige nicht verunreinigt werde, was indeß doch auch ohnedies wohl Niemanden eingefallen wäre. Schon mehrere Tage, ehe August von Sachsen nach Eltville kam, hatte sich der Kurfürst von Mainz in hocheigner Person dorthin begeben, um zu sehen, ob Alles in Ordnung sei, und das Schloß mit Wein, Hafer und Korn zu versorgen.

Trotz dieser Kette von Umständen und Schwierigkeiten scheint es dem Kurfürsten wohlgefallen zu haben. Denn er kehrte im Sommer 1585 mit seiner Gemahlin Anna wieder.

Der Fourier Neumann, wenn er die Wohnstätten prüft, ob sie „ein gut Losament“ abgäben, fragt immer in erster Linie, ob sie „wohl befestigt und gut verwahrt“ seien. Zuerst kommt die Frage der Sicherheit, dann erst die des Komforts. Nicht ohne Grund. Wir wissen ja alle aus Uhland's schönem Gedicht, wie nahezu „Eberhard der Graf im Barte, Württembergs geliebter Herr,“ von seinen Feinden im Wildbad aufgehoben worden wäre, und noch im Jahre 1709 wurde der Deutschmeister Kleinholz in dem benachbarten Schlangenbad mitten im Frieden von einer französischen Rotte gefangen und fortgeführt; nur den

wackern Bauern, die mit „deutschen Hieben" intervenirten, verdankte er seine Befreiung.

Das prachtvolle Eltviller Schloß steht noch und ist nach heutigen Begriffen ein bescheidenes Wohnhaus. Jetzt ist ein nassauisches Amt und die Wohnung des Amtmannes darin. Als ich vor Jahren einmal sein Inneres besichtigte, hatte die Frau Amtmann das große Zimmer im Thurm, worin ehedem August von Sachsen wohnte, als Obstdürre in Benutzung. „Sic transit gloria mundi!"

Während 1583 die Badereise eines deutschen Kurfürsten mehr als ein Jahr Vorbereitung und achtzehn Tage Zeit (jetzt fährt man in zwölf Tagen nach Amerika) kostete, entschließt sich 1864 die Kaiserin von Frankreich am 5. September nach Schwalbach zu gehen und am 7. September um 3 Uhr Nachmittags ist sie da. Ihre Reise kostete zwei Tage Vorbereitung und einen Tag Zeit. Während der deutsche Kurfürst 1583 zweihundert fünfundzwanzig Pferde und fast eben so viel Menschen mitnimmt, reist 1864 die französische Kaiserin in Begleitung von zwei Cavalieren, zwei Hofdamen und einer Vorleserin, mit einigen Dienern und sechs Pferden. Damals starrte selbst auf einer harmlosen Badereise Alles in Waffen, jetzt sieht man keine anderen, als höchstens das zierliche Spazierstöckchen der Kaiserin. Damals mußte sich der fürstliche Kurgast hinter Wall, Schießscharte und Graben, hinter Roß und Reisigen decken, obgleich er innerhalb der Gränzen deutschen Volkes und deutschen Landes blieb. Heute reist die Kaiserin der Franzosen nach Deutschland, indem sie die Gensdarmen und Polizeidiener, die man eifrig zu ihrer Verfügung stellt, so schnell wie möglich fortgehen heißt. Sie wohnt in einem Privathaus, das allen Komfort, aber keine Sicherheit und Befestigung bietet. Sie genießt keinen Schutz, als den ihrer Anmuth und Würde, keine Sicherheit als die, welche die Ehre der deutschen Nation gewährleistet. Aber dieser Schutz ist mächtiger als der des vormals stark verwahrten und wohlbefestigten Thurmes von

Eltville, in welchem gegenwärtig die Gattin des nassauischen Paschas mit drei Roßschweifen ihre Pflaumen dörrt, in demselben Gemach, welches ehedem das Prunkgemach eines der mächtigsten Fürsten des Reichs abgab.

Angesichts dieser Umgestaltung der Welt erscheint wohl die Frage gestattet, ob 1864 die kleinen Territorien in Deutschland noch dasselbe Maß von Berechtigung genießen, wie 1584?

Ein Pendant zu der Reise des Kurfürsten August von Sachsen, eines der intelligentesten und angesehensten Fürsten der damaligen Zeit, giebt uns Dr. Walther in Darmstadt in der Badereise des Landgrafen Philipp von Hessen, nach dem Tagebuch des Leibarztes dieses Fürsten, des Dr. Georg Faber. Die letztere fällt in das Jahr 1637, also ein halbes Jahrhundert später, als die erstere. Sie beweist nichts, als daß es in der Zwischenzeit nicht besser, sondern wo möglich noch schlechter geworden war in Deutschland. An dem gesegneten Rheinstrom hausten die Pest und französische Marodeure. Beide nahmen auf Seine landgräfliche Gnaden nicht die geringste Rücksicht. Das Ziel der Reise war Ems. Dieses berühmte Bad (den auf dem linken Lahnufer gelegenen Theil, „im Spieß" genannt, mitinbegriffen) war damals unter drei verschiedene Landesherrschaften getheilt. Den Theil auf dem rechten Lahnufer besaßen nämlich die Fürsten von Nassau-Oranien und die Landgrafen von Hessen-Darmstadt gemeinschaftlich; das linke Ufer gehörte Kurmainz. Der Ausgangspunkt der Reise war das hessische Landstädtchen Butzbach in der Wetterau, zwischen Frankfurt a. M. und Gießen gelegen. Die Reise ging von Butzbach bis Frankfurt zu Land, von da zu Wasser, den Main und Rhein hinunter bis Lahnstein und von da die Lahn hinauf nach Ems. Man legt heut zu Tage diese Strecke auf der Eisenbahn in wenigen Stunden zurück und passirt, außer etwas Oberhessen, nur preußisches Gebiet. Damals brauchte man acht Tage und passirte folgende Territorien: 1. das Landgräflich-Hessische (Butzbach); 2. das Mainzische (Niedermerle); 3. das Hanauische

(Schwalheim); 4. das Friedbergische; 5. wieder das Mainzische (Oberwillstadt); 6. das Rödelheimsche (Ilbenstadt); 7. das Burg-Friedbergische (Groß-Carben); 8. wieder das Mainzische (Vilbel); 9. das Hanauische (Reckbach); 10. das freireichsstädtische Frankfurtische; 11. dann auf dem Main das Hessische und wieder das Kurmainzische, die sich, den Fluß öfters überschreitend, viermal durch einander schlängeln; ferner auf beiden Ufern des Rhein: 12. Kurmainz; 13. Herrschaft Eppstein; 14. Herrschaft Wiesbaden; 15. Kurpfalz; 16. das Rheingau; 17. Kurpfalz; 18. Kurtrier; 19. Hessen-Darmstadt; 20. Kurtrier; 21. Kurmainz; und endlich an der Lahn: 22. Mainz; 23. Hessen; 24. Oranien-Nassau. Bei der Aufzählung dieser zwei Dutzend Länder sind jedoch die reichsunmittelbaren Herrschaften (Ritter, Abteien, Stifter u. s. w.), welche keine Reichsstandschaft hatten, mit Stillschweigen übergangen. Eine Art Territorialhoheit hatten jedoch auch diese, d. h. sie übten den großen und kleinen Blutbann und legten sich das Recht bei, ihre geliebten Unterthanen zu brandschatzen, in welchem Vergnügen sie nur zuweilen durch das Reichskammer-Gericht in Wetzlar ein wenig gestört wurden. Wenn wir diese „kleinen Herrn" den größeren, d. h. den mit Reichsstandschaft begabten, noch hinzurechnen wollten, so würde die Zahl der auf der kurzen Strecke zwischen Butzbach und Bad-Ems gelegenen „Länder" leicht von zwei Dutzend auf sechs Dutzend zu bringen sein.

Hören wir nun, wie Seine Fürstliche Gnaden der Landgraf reiste: Das Gefolge des Landgrafen und seiner Gemahlin bestand aus dem Hofmeister, zwei Hofjunkern, zwei adlichen Jungfrauen, dem Arzt, dem Kammerschreiber, Bereiter, Pagen, Barbier, Koch, Frauenzimmerschneider, Trompeter und einigen anderen Dienern. Man fuhr zum Theil in Kutschen, zum Theil wurde geritten, so daß 38 Pferde nothwendig waren. Die Abreise von Butzbach erfolgte am 2. August Morgens in aller Frühe und man kam in Frankfurt um 12 Uhr an, wo man in des Philipp Braunen Behausung neben dem Ochsen logirte. Am

3. August Morgens um 6. Uhr begab man sich zu Schiff. Man hatte einen Frankfurter Schiffmann akkordirt, welcher zwei Knechte zum Rudern stellte und 30 Reichsthaler für die Fahrt nach Niederlahnstein erhielt. Sobald man vom Lande abgefahren war, ließ der Landgraf durch den Pagen das Morgengebet und das Gebet für die Reisenden und Wandersleute lesen und den Morgengesang anstimmen. Um zwei Uhr Mittags kam man in Mainz an, wo man am Zollhause anfuhr. Man hielt sich aber nicht auf, und fuhr weiter nach Rüdesheim, wo man zu übernachten gedachte. Weil man aber erfuhr, daß sehr viele Kranke im Orte waren, so zog man Bingen vor, und kam um 7 Uhr daselbst an.

Am 4. August fuhr man wieder um 6 Uhr ab, verrichtete das Morgengebet und stimmte den Morgengesang an, wie am ersten Tage. Bei Bacharach mußte man am Zoll anfahren und den Kommandanten begrüßen. Derselbe lud den Landgrafen zur Mittagsmahlzeit ein, „es hat aber wegen Furtreisens nicht sein können," und der Landgraf begnügte sich damit, ein Maaß Wein in's Schiff bringen zu lassen. Bei St. Goar wurde man von einigen Offizieren des Landgrafen Georg von Darmstadt begrüßt und von diesen ein Trunk angeboten, der aber „wegen Eilfertigkeit" nicht angenommen werden konnte. Bei Oberlahnstein fuhr man aus dem Rhein in die Lahn. Dort mußte man sich aber auf ein anderes Schiff begeben, weil das Frankfurter Schiff nicht fortzubringen war. Aber auch das neue Schiff mußte stundenweis durch die Diener gezogen werden. Um 7 Uhr Abend kam man glücklich in Ems an, fand aber das hessische Schloß durch Soldaten, die einige Zeit lang darin quartiert waren, arg verwüstet.

Gleich am ersten Tage des Badeaufenthalts wurde man durch ein Badegeschenk des Landgrafen Georg erfreut, bestehend in 1 Ohm Wein, Pasteten, Salmen und einem Hammel, sowie in einem Nachen, „damit sich die Fürstliche Familie auf dem Wasser erlustigen könne."

Worin bestanden aber nun die Freuden des Badeaufenthaltes? Hören wir, was das Tagebuch des thatenreichsten Tags über Thun und Treiben erzählt: „Am 6. haben sich J. F. Gnaden beiderseits frühe umb 6 Uhren in's Badt begeben und darinnen wider die Ordnung 2 Stundtlang verharret. Nachmittag haben J. G. um 3 Uhr bis zu 4 Uhr gebadt und nach der Abendmahlzeit mit den Junkern und Jungfrauen hinausspazieret, sich mit Umblaufen und dergleichen Kurzweil erlustiret. Am 7. haben J. F. Gn. das Baden frühe eingestellt und ufm Saal predigen lassen. So ist auch diesen Morgen der Bott Christoph wieder nach Butzbach abgelauffen. Bei der Mittagsmahlzeit haben J. F. Gn. Johann Eberhardt von Wolffskehl, itzo zu Nassau wohnend, zur Tafel berufen lassen, wie auch den Pfarrherr zu Embs. Nach der Mittagsmahlzeit haben sich J. F. Gn. mit einander abermahls ufm Wasser mit der Fischerey belustiget und diesen ganzen Tag nicht gebadet. Den 8. haben sich J. F. Gn. frühe um 5 Uhr in's Bad begeben und 4 Stunden darinnen verharret. Diesen Mittag haben J. F. Gn. über dem Wasser unter einer grünen Hütten Tafel gehalten und bin ich neben Junker Georg von Lindau nach der Mahlzeit zu Pferdt nacher Koblenz abgefertiget, aber wegen pestilenzischer infection nicht dahin kommen, sondern nur zu Mühlheimb im Thal verblieben, daselbsten 2 Stundt gefüttert, hernacher wiederumb zurück ufm Abend um 7 Uhr in Embs angelangt, da wir J. F. Gn. noch unter der Hütten Tafel haltend angetroffen. Den 9. seindt J. F. Gn. beiderseits frühe um 5 Uhr in's Badt gegangen, ich aber mit Georg dem Balbirer und dem Hessischen Vogt ufm Wasser nacher Niederlahnstein gefahren und allda rothen und weißen Wein, die Ohm vür 5 Thaler überkommen und mit demselben gegen Abend wiederumb zu Embs ankommen. Nach gehaltener Mittagsmahlzeit seindt J. F. Gn. mit dero Gemahlin, beeden Jungfrauen, Junkern, Kammerschreiber und Pagen auf der Löhne nachher Mühlheim im Thal gefahren. Gegenüber lieget ein Nonnenkloster, alda J. F. Gn. anlanden wollen; als

aber etzliche französische Soldaten alda gewesen, haben sie straks wieder umbgewendet, die Nacht aber alda im Wirthshaus, zum Hufeisen genannt, verblieben und den 10. Morgens umb 8 Uhren zu Pferd alhier im Badt sembtlichen wieder angelangt." In dieser einfachen Abwechslung ging Tag für Tag hin. Am 26. brach man weiter von Ems auf. Das Tagebuch erzählt: „Wir haben drei Nachen gehabt, es ist aber auf der Lahn bis nach Niederlahnstein gar böse zu fahren gewesen wegen des kleinen Wassers, daher denn auch J. F. Gn. nicht wohl können fortkommen; doch ist es mit J. F. Gn. nacher geschwinder gangen, da die anderen beiden Nachen an verschiedenen Orten stecken blieben, daher denn auch J. F. Gn. allein zu Niederlahnstein ankommen. In Niederlahnstein haben J. F. Gn. einen Trunk und Brodt vor die Schiffleute reichen lassen, weil sie viele Mühe gehabt und oft in's Wasser steigen mußten." Am 24. August um 3 Uhr kam man bei Mainz an. Unterwegs hatte man aber mancherlei „Fährlichkeiten" zu bestehen gehabt. Der Landgraf war unwohl geworden, mehrere Personen des Gefolges hatten das Fieber bekommen, und als man in Geisenheim übernachten wollte, wo man Abends spät angekommen war, konnte man kein „Losament" finden, so daß am Ende Bürgermeister und Schultheis das Rathhaus öffnen mußten, „wo noch eine Stube gewesen, darinnen J. F. Gn. mit dero Gemahlin logieret, sonsten aber nichts zu beißen und brechen gefunden worden, außer was J. F. Gn. mitgebracht. Der Rath hat J. F. Gn. zwei Kannen Wein verehrt." Am Samstag den 2. September — also nach achttägiger beschwerlicher Reise — kam man wieder in Butzbach an.

Und das nennen unsere Romantiker „die gute alte Zeit."

Heut zu Tage legt ein wandernder Schneidergeselle diese ganze Strecke, deren Transportkosten für den Landgrafen nach heutigem Geld ein paar hundert Gulden betrugen, mit ein paar Gulden in wenig Stunden zurück und dazu noch weit bequemer und besser; auch werden ihm für ein billiges

Stück Geld, das zu verdienen ihm nicht schwer fällt (vorausgesetzt, daß er nicht der Theorie des Herrn von Schweitzer huldigt), weit bessere Speisen und Getränke unterwegs verabreicht, als damals Seiner landgräflichen Gnaden. Dazu schwellt dem Schneidergesellen noch das demokratische Bewußtsein die muthige Brust, daß regierende Herrn, Fürsten, Herzoge, Grafen, Barone, Millionäre und Nabob's, welche auf demselben Zug fahren, um keine Minute schneller vom Weg kommen, als er, und daß sie sich in diesem Falle von dem Schneidergesellen nur dadurch unterscheiden, daß sie sich mehr langweilen und mehr bezahlen müssen. Denn die letzte Klasse ist weit billiger, als die erste und während auf der ersten nur gegähnt wird, herrscht auf der letzten stets eine lebhafte und heitere Konversation.

Der Landgraf hatte Noth, mit drei Tagen für den Hinweg und acht Tagen zum Rückweg auszukommen, und es gelang ihm dieses Uebermaß „eilfertigen Furtreisens" nur in Folge seiner Hochfürstlichen Qualität. Ein gewöhnliches Menschenkind würde durch alle die Umständlichkeiten und Weitläufigkeiten der Rheinschifffahrts-Abgaben und Passage-Zölle, mit deren Erhebung damals ein jeder der zwei Dutzend Landesherrn auf dieser kurzen Strecke einem verehrlichen reisenden Publiko aufwartete, ohne Zweifel noch 14 Tage länger aufgehalten worden sein. Der Landgraf hatte sich von seinen fürstlichen Brüdern hiervon dispensiren lassen. Ganz ungeschoren kam jedoch auch er nicht durch. Er mußte, um seine bonne volonté zu zeigen und damit aus sothanem Vorgang kein nachtheiliges Präjudizium hergeleitet werden könne, doch wenigstens am Zoll in Mainz und in Bacharach anfahren; nur die Zwischenstationen schenkte man ihm in Gnaden.

Wenn heut zu Tage besagter Schneidergeselle so schlecht behandelt würde, wie damals der regierende Landgraf, so würde er sich zum sofortigen Losschießen der allerblutigsten und allersozialdemokratischsten Revolution berechtigt glauben.

„Aber," wird der Romantiker sagen, „trotz Alledem war

es die „„gute alte Zeit;““ denn der Landgraf betet; können Sie das von Ihrem frivolen Schneidergesellen mit gleicher Sicherheit behaupten?“

Letzteres wohl gerade nicht. Aber warum betet denn der Landgraf? Er betet doch nur deshalb, weil er sich von Gefahr umringt sieht und weil er einige, nicht ganz unbegründete Zweifel hat, ob er mit heiler Haut davon kommt. Unter gleichen Umständen würde ohne Zweifel der frivole Schneidergeselle heut zu Tage auch beten. Sollen wir aber, damit er es thut, alle jene Gefahren zurück wünschen?

Als der Landgraf reiste, konnte er in Rüdesheim nicht landen; denn es waren viele Kranke und ein großes Sterben in dem damals noch mit hohen Mauern und Thürmen eingepferchten feuchten und kalten Orte, in demselben Orte, der jetzt so lachend und einladend, so frohmüthig und sonnenhaft, sich hinlagert am Fuße der Bergdistrikte „Hinterhaus und Bischofsberg“, deren Namen damals auswärts völlig unbekannt waren, deren Ruf aber heute schon bis zu unseren Antipoden gedrungen ist wegen des Weins, den sie produziren und der doch immer erst der zweite ist; denn an der Spitze marschirt — Ehre, wem Ehre gebührt! — der „Rüdesheimer Berg.“

„Aber billig war doch der Wein zur Zeit des Landgrafen; denn sein Leibarzt erzählt, er habe „in Lahnstein rothen und weißen Wein die Ohm vor fünf Thaler überkommen,“ wird mir hier wieder mein Romantiker einwerfen.

Nun, das ist zwar richtig. Der „Lahnsteiner“ ist auch heute noch, obwohl genießbar, nicht sehr theuer. Aber den damaligen Lahnsteiner, welchen der regierende Landgraf 1637 auf Anrathen seines Leibarztes mit Hochgenuß schlürfte, würde 1869 unser mehrerwähnter vagirender Schneidergeselle, ohne dazu eines ärztlichen Gutachtens zu bedürfen, wegen seiner übermenschlichen Säure mit dem Titel eines „Rachenputzers“ belegen und voll sittlicher Entrüstung als eines edlen Proletariers unwürdig zurückweisen. Zur Zeit des Landgrafen gab man dem

Wein, bevor man ihn trank, einen starken Zusatz von Süßigkeiten und Gewürzen aller Art, aus demselben Grund, warum man heut zu Tage gewisse Weine mit Vorliebe zur „Bowle" verwendet, nämlich weil sie zu schlecht und zu sauer sind, um sie pur zu trinken. Man genoß damals „Honig-Wein" und „Würz-Wein," weil man guten Wein überhaupt nicht hatte. Wer daran zweifelt, der studire einmal mit den alten Flur- und Lagerbüchern in der Hand die Gemarkungen in dem Lande der Franken, Katten und Lotharinger. Er wird finden, daß damals der Weinbau eben so extensiv betrieben wurde, wie jetzt intensiv; daß das Wein-Areal zehnfach so groß war, als gegenwärtig und daß man damals Wein zog an Stellen, die man heut zu Tag kaum als zum Kartoffelbau qualifizirt anerkennt.

Kurz der Schneidergeselle Brutus Stürmer genießt heut zu Tage für ein billiges Stück Geld weit besseren Wein, als damals Seine Gnaden der Landgraf und das verdankt er erstens dem allgemeinen Kultur-Fortschritt und zweitens der Entwickelung zur deutschen Einheit, welche, und zwar zunächst in der unscheinbaren Knechtsgestalt des Zollvereins, die Exuberanzen des Territorialismus und der Kleinstaaterei und damit die wirthschaftliche Abschließung und Unfreiheit überwunden hat. Dies habe ich im Einzelnen nachzuweisen versucht in meiner (1869 bei A. Charisius in Berlin erschienenen) Geschichte des „Weinbaues im Rheingau."

In Rüdesheim also findet der Landgraf „viele Kranke." Zu Koblenz kann der landgräfliche Leibarzt nicht hinein, weil dort „Pestilenz und Infektion" herrschen. Er muß auf dem rechten Rheinufer bleiben, also da, wo jetzt die „Stadt" Ehrenbreitstein liegt. Diese existirte damals noch nicht. Man kannte nur die „Veste" Ehrenbreitstein. Weiter landeinwärts in einem Seitenthälchen des Rheins lagen einige Mühlen, um welche sich nach und nach verschiedene Herbergen und sonstige Häuser gruppirt hatten. Man nannte diesen kleinen Ort Müllem, Mühlheim im Thal, oder auch schlechtweg „im

Thal." Die Eingeborenen nennen die Stadt Ehrenbreitstein heute noch so. Wenn der Koblenzer Spießbürger über die Schiffbrücke nach dem rechten Rheinufer wandelt, so sagt er: „Ich gehe in den Thal." Er ist nämlich etwas brouillirt mit dem Artikel, wie der Berliner mit den Kasibus.

Das „Mühlheim im Thal" aber, wohin der Landgraf auf der „Löhne" d. i. auf der Lahn, gefahren und wo er im „Hufeisen" übernachten mußte, ist wieder ein anderes. Es wird heute „Miellen" geschrieben. Das ihm gegenüber, auf dem rechten Lahnufer gelegene Nonnenkloster, wo Seine Fürstliche Gnaden eigentlich nächtigen wollten, aber durch die Nachricht von der Anwesenheit französischer Kriegsvölker verscheucht wurden, ist während der Gräuel des dreißigjährigen Kriegs vom Erdboden verschwunden. Auch das hessische Schloß in Bad-Ems hatten die Soldaten devastirt. Und endlich gar Geisenheim war damals so heruntergekommen, daß für einen regierenden Herrn kein ander Quartier, als ein elendes Kämmerlein im alten Rathhaus, zu haben, dabei aber nichts zu reißen und zu beißen war.

Jetzt prangt Geisenheim mit einer neuen prachtvollen gothischen Kirche, einem neuen Rathhause im Rundbogen-Stil (beides Werke des in Wiesbaden wohnhaften Oberbaurath Philipp Hoffmann, dessen Name schon wegen der griechischen Kapelle auf dem Neroberg bei Wiesbaden und wegen der neuen Synagoge daselbst auf die Nachwelt zu kommen verdient), und es ist umgeben von einem Kranze lachender Villen, unter welchen sich namentlich das „Monrepos" des Generalkonsuls Lade durch Pracht und Geschmack auszeichnet und gleich fähig wie würdig wäre, den mächtigsten Fürsten der Welt und dessen Gefolge aufzunehmen. Während damals hier nichts zu reißen und zu beißen war, wie sich der landgräfliche Leibmedikus drastisch ausdrückt, kann man jetzt das schöne Gedicht, welches Friedrich Rückert in seinen „Oestlichen Rosen" der Stadt Schiras gewidmet hat, füglich auf Geisenheim umdichten und sagen:

„Eine Ros' im Flore
Steht vor jedem Thore;
Eine Flasche mit Weine
Steht auf jedem Steine
Hier in Geisenheim.

Aus des Mufti Hause,
Von des Kadi Schmause,
Fließet eine reine
Quelle edler Weine
Hier in Geisenheim."

Zu Pestilenz und Infektion, zu Marodeurs und Franzosen, zu schlechtem Losament und schlechtem Wein, kamen dann auch noch die mancherlei „Fährlichkeiten" auf dem Wasser. Armer Landgraf!

Bald kommt man auf der Löhne (Lahn) wegen des schlechten Wassers nicht fort; die Kähne bleiben stecken, die Schiffer müssen in's Wasser springen, um sie wieder flott zu machen, zu ziehen und zu drücken. Auf dem Rhein ist es noch schlimmer. Unterhalb Rüdesheim und Bingen durchzieht damals eine Felsbank den Strom. Hier schießen die Schiffe eine reißende Stromschnelle hinunter, um, wenn sie nicht sehr geschickt geführt werden, dem darunter rauschenden Strudel, genannt das Binger Loch, zum Opfer zu fallen. Dann greift der wilde Wisperwind das Schiff an und versucht es zu werfen. Dann drohen die Klippen des „wilden Gefährt" bei Bacherach. Dann sind die Fährlichkeiten der Bodenlei und der St. Goarer Bank zu bestehen; hier erhält nämlich das Schiff allemal einen wirbelnden Stoß, der es mit großer Heftigkeit über die Bank hinweg reißt. Und so geht es weiter. Kein Wunder, daß es den Landgraf auf dem Wasser im kleinen Schiffe mit wildem Weh ergriff, obgleich ihm die Zauberjungfrau Lurelei, die überhaupt nicht einer alten Sage entnommen, sondern ein Machwerk der neuesten Zeit ist (— es thut mir aufrichtig leid, dies dem romantisch denkenden Leser sagen zu müssen, aber zwischen uns sei Wahrheit! —), in keiner

Weise mit Zudringlichkeiten oder magischen Künsten unter die Augen gegangen war.

Heute ist die Lahn schiffbar gemacht und die Klippen im Rhein hat Preußen gesprengt. Wer aber trotzdem sich dem Wasser nicht anvertrauen will, der findet auf beiden Ufern, wo vor Kurzem noch nicht einmal ein fahrbarer Weg existirte, Eisenbahnen. Und alle diese Wunder, die hat keineswegs mit ihrem Singen die Lurelei gethan, oder sonst irgend ein vornehmes oder zauberhaftes Wesen, sondern der einfache, bescheidene, prosaische, hausbackene Zollverein, gegen den sich der süd- und westdeutsche zwergstaatliche Unverstand, wie gegen das schrecklichste aller Uebel, so lange und so heftig gewehrt hat, der Zollverein mit seiner wirthschaftlichen Freiheit und Einheit, erfunden von, wie sich etwa ein radikaler Heißsporn in Stuttgart oder Zopfingen ausdrücken würde, von „ein paar obskuren Büreaukraten," während doch unsere Urenkel, wenn sie (was zu hoffen und zu wünschen) mehr Verstand haben, als wir, die Namen Maaßen, Nebenius und Kühne, die Namen der Gründer und Förderer des deutschen Zollvereins, des Vorläufers des neuen deutschen Reichs, nicht ohne Ehrfurcht und Dankbarkeit aussprechen werden.

II.

Einer von Hunderten.

Eine Spiel- und Dorfgeschichte.

Eines Tages flanirte ich im Westende von Wiesbaden, auf der Emser Straße, einer mit hübschen Gärten und einzeln stehenden Landhäusern flankirten Chaussee. Ziemlich weit draußen beredete mich mein Begleiter, in einen bescheidenen Wirthsgarten einzutreten, wo die Leute aus der Stadt ihren Aepfelwein und

ihre saure Milch nehmen und zugleich auch die Fuhrleute und Bauern von draußen einzukehren pflegen. Wir fanden in dem Garten eine Gruppe, die mich interessirte. Zwei Bauern hörten mit Aufmerksamkeit, ja beinahe mit Andacht, einem dritten zu, der halb leise und ganz heiser zu ihnen sprach. Dieser Dritte war halb bäuerlich und halb städtisch gekleidet. Er hatte, was bei den hiesigen Bauern eine große Seltenheit ist, eine mächtige Glatze. Sein Gesicht war durchfurcht von einem Netze tiefer Runzeln und Einschnitte, welche sich um die Augen herum zu einer solchen Hautwulst zusammennestelten, daß man nur zeitweise die kleinen grauen Augäpfel zu sehen bekam. Neben sich hatte er einen ledernen Büchsenranzen liegen, aus welchem vergilbte und schmutzige Papiere hervorsahen. Der Mann interessirte mich. Ich erkundigte mich bei dem Wirth nach ihm und erfuhr, daß er ein durch das Spiel heruntergekommener, ehedem reicher Bauer sei, der jetzt zu den „problematischen Existenzen" gehöre. Seine Geschichte ist kurz, aber lehrreich. Hier ist sie:

Der Mann hatte ein schönes Bauerngut in dem zwischen den Bädern Schwalbach und Schlangenbad mitteninne liegenden Dorfe Wombach. Man schätzte sein Vermögen auf etwa fünfzigtausend Gulden rheinisch. Er war verheirathet mit einer jungen und hübschen Bäuerin, die ihm zwei kräftige Jungen geboren hatte. Die Ehe war glücklich, die Frau wirthschaftlich und ordnungsliebend, der Mann fleißig. Sie kamen hübsch vorwärts oder — um einen bei den hiesigen Bauern grassirenden Provinzialismus zu gebrauchen, über den ich, so oft ich ihn hörte, habe lachen müssen — „sie empörten sich gehörig," d. h. sie kamen empor. Der Bauer hatte schon in seiner Jugend die Spinnstuben und sonstigen bäuerlichen Vergnügungen nicht aufgesucht, die bei Branntwein und einer hier zu Lande üblichen Art Tabak, die Miggescriwer heißt und übel duftet, gefeiert zu werden pflegen. Er schien sich für etwas Besseres zu halten und war deshalb bei seinen Standesgenossen mißliebig. Man beschuldigte ihn des Stolzes. So kam es, daß er, da nun einmal

ein jeder Mensch das Bedürfniß nach menschlicher Gesellschaft hat, öfters nach dem benachbarten Bade Schwalbach ging und dort den Umgang der Kleinstädter suchte. Damals wimmelte es hier zu Lande noch von Spielhöllen. Sogar das kleine Schwalbach und das noch kleinere Schlangenbad hatten jedes seine „Bank". Jetzt sind die kleinen „Banken" verschwunden. Sie trugen den Unternehmern nicht genug ein. Das Laster des Spiels hat sich konzentrirt auf einige große Etablissements, wovon eins gefährlicher ist, als früher ein Dutzend kleine.

Damals als unser Wombacher Bauer — er hieß Peter — nach Schwalbach ging, war ein Baron Fechenbach Bankhalter, wie auch gegenwärtig ein Baron Wellens Chef der Wiesbadener Spielhöllen-Aktiengesellschaft ist. Wenn es heißt: „der Baron", so versteht man darunter den Chef des Spiels. So ein adliger Titel giebt dem Spiel Lüstre, auch wenn er unächt ist. Bei dem „seligen Fechenbach" aber war er ächt. Sein Vater lebte als pensionirter Offizier in einem Städtchen am Main. Er hatte sechs Söhne und ließ sie alle sechs gar nichts lernen. Ein Freund fragte ihn: „Aber lieber Baron, was soll aus ihren sechs Söhnen werden? Vermögen haben Sie nicht und Sie lassen die Jungen auch nichts lernen?" — „Bah," antwortete der alte Baron, „wenn sie groß sind, gebe ich jedem ein Spiel Karten in die Hand und schicke ihn in die Welt, da mag er sein Glück machen und sich mit der Karte den Weg suchen." Mit der Karte meinte er natürlich nicht die Landkarte, sondern das Kartenspiel. Einer dieser sechs Söhne, die der Baron mit einem so sicheren Wegweiser in die Welt geschickt hatte, war der Spielbaron Fechenbach in Schwalbach. Er verstand sein Geschäft. Schwalbach war und ist noch kein Luxus-, sondern ein Heilbad. Sogenannte „große Spieler" kamen nicht hin. Man mußte daher der klugen Spinne nachahmen, die, wenn keine großen Fliegen in das Netz flogen, keinen Anstand nahm, in Erwartung besserer Glücksumstände, auch die kleinen zu verspeisen. So war denn in den damaligen Spielhöllen und auch in Bad Schwal-

bach, der geringste Satz eine österreichische Silbermünze, welche man „Sechsbätzner" nannte. Sie betrug vierundzwanzig Kreuzer rheinisch und ist in Folge der letzten Münzkonvention aus dem Verkehr verschwunden.

Unser Peter hatte einst seine Haferernte gut verkauft und regalirte den Schullehrer mit einer Flasche Wein. Beide kamen auf die Idee, einmal in „gute Gesellschaft" d. h. in die Spielsäle zu gehen, und da der Bauernkittel dort nicht zugelassen wurde, so lieh der Schulmeister unserem Peter einen dunkelblauen Leibrock und Vatermörder. Hiermit ausstaffirt setzte Peter einen Sechsbätzner auf Roth. Dieselbe Farbe kam viermal hinter einander heraus. Peter hat den Satz aus Unverstand stehen lassen und wurde erst nach dem vierten Spiel durch den Lehrer veranlaßt ihn zurückzuziehen. Er hatte fünf Gulden sechsunddreißig Kreuzer gewonnen, neben seinem Einsatz. Das war viel für einen Bauern, der nicht an größere Summen baaren Geldes gewöhnt ist. Er kaufte seiner Frau ein schönes buntes Kopftuch; mit dem Rest bezahlte er die Steuern. Er blieb ein solider Mann. Aber die Sache ging ihm im Kopf herum. Während er den Erntearbeiten oblag, dachte er oft daran, wie sauer er sich hier plagen müsse im Schweiße seines Angesichts, um ein paar Kreuzer zu verdienen. Und wie leicht war es doch gewesen, die paar Gulden zu erwerben! Er hatte seinen Sechsbätzner hingesetzt, das Rad der Roulette war ein paarmal herumgegangen; der Mensch, der es drehte, hatte ein paar unverständliche Worte vor sich hingeschnurrt, und siehe da, der Sechsbätzner hatte sich verdreißigfacht. Der Weizen hatte schnell und schön geblüht. Und dabei war Peter in vornehmer Gesellschaft gewesen, in einem schön dekorirten hell erleuchteten Saal, wo es nach allerlei fremdartigen Gerüchen duftete, aber nicht nach Schnaps und Tabak. Er hatte den Leibrock und die Vatermörder eines Gelehrten angehabt, und man hatte ihn respektvoll behandelt, und die Leute, die ihn so respektvoll behandelten, waren doch anscheinend vornehm, weit vornehmer als der Schulze und der Amtmann, die

ihn, statt mit „Sie", mit „Er" oder „Du" anredeten und in der Regel übergrob waren.

Gegenüber solchen Verlockungen rief sich Peter alle guten Lehren seiner seligen Großmutter in das Gedächtniß zurück, ihr „Wie gewonnen, so zerronnen," ihr „Bauer-Brod sauer Brod, aber ehrlich Brod." Er erinnerte sich, wie oft sie ihn gewarnt hatte vor dem Kartenspiel, vor dem alten einbeinigen Sergeanten und seinem Freund, dem „Säuschnitter", welche zu betrügen pflegten und einmal seinen seligen Vater beinahe in eine Kriminalgeschichte verwickelt hätten, woran er so unschuldig war, wie ein neugeboren Kind. Er gedachte des „Vetter Anton", der von Haus aus ein vermögender Bauer, an das Kartenspiel und durch das Spiel an die Verzweiflung und durch die Verzweiflung an den Trunk gerathen war und einen frühen Tod fand, seiner Familie nichts hinterlassend, als — den Bettelstab. Er sah noch jetzt das Bild des Vetter Anton vor Augen, wie der, wenn er die Nacht durch mit dem „Einbein" und dem „Säuschnitter" bei Branntwein und Karten gesessen, mit blaugrauem Gesicht und übernächtigen gerötheten Augen, im Dorf herumlotterte und zur Arbeit nicht zu brauchen war. Er gedachte zurück, wie sich Einer nach dem Andern von Vetter Anton zurückzog und wie zuletzt, als der nichts mehr hatte, was er verspielen konnte, sogar der Sergeant und der Schweineschneider sich mit geflissentlich an den Tag gelegter Verachtung von ihm abwandten. Damit wußte er den Lockungen so lange zu widerstehen, bis der Herbst kam, das Roulettespiel in Schwalbach aufhörte und der Spielbaron ging. Am 10. September wurde die Bank geschlossen und die Versuchung war vorbei. Der Lehrer war zwischenzeitig auf eine bessere Schulstelle versetzt worden. Sonst wußte Niemand von der Sache. Die Brücke nach dem Gebiete des Lasters war vollständig abgebrochen. Peter lächelte zuweilen still vor sich hin. Seine Frau fragte ihn, warum. Er aber sagte nichts. In Wirklichkeit freute er sich, daß er den Fallstricken entronnen war, und als er in den Psalmen las: „Herr, ich danke dir, daß du

mich erlösest hast aus den Netzen und Stricken der Jäger," da meinte er im Stillen, das paßte auch auf seinen Fall.

Nach der schweren arbeitsamen Zeit des Herbstes kam der Winter, wo unsere Bauern nichts zu thun haben. Sie schlafen lange, bei Tage liegen sie auf der Ofenbank und rauchen ihre Pfeifen. Der Müßiggang macht böse Gedanken. Auf der Ofenbank ist schon mancher verderbliche Prozeß ausgesonnen worden. Da werden die alten Erbtheilzettel, die alten Flur- und Grenzbücher, die vergilbten Schuldscheine und Briefe hervorgesucht, ein wirkliches oder vermeintliches Unrecht, das schon verjährt und jedenfalls schwer zu erweisen ist, wird da entdeckt und mit jener Hartnäckigkeit verfolgt, welche sich in dem Bauernsprüchwort ausdrückt: „Nach einem Loth Recht darfst du das beste Pferd aus deinem Stall zu Schanden reiten." Peter war zu wohlhabend und zu gutmüthig, um prozeßsüchtig zu sein. Aber wenn er auf der Ofenbank lag, nahte sich ihm ein Versucher, der schlimmer war, als der Prozeßteufel.

Der Spielteufel hielt ihm die Roulettetafel vor, in der Mitte die Drehscheibe, in welcher das weiße Kügelchen springt, rechts und links daneben die grünen Teppiche, die bemalt sind mit schwarzen und rothen Strichen und allerlei Nummern, darunter auch Null und Doppelnull, wie sie auch geschrieben stehen in den achtunddreißig Fächern der Drehscheibe, auf welche die verhängnißvolle Kugel springt. Der Schulmeister hatte ihm ausgelegt, daß man auf Roth und auf Schwarz allemal das Doppelte gewinnen könne, ebenso auf „Grad" und „Ungrad" und auf „Drunter" (manque) und „Drüber" (passe), daß man aber auf einer Zahl gar das Fünfunddreißigfache gewinne. Davon, daß, wenn das Kügelchen auf Null oder Doppelnull falle, fast alle Einsätze eingestrichen werden, fast alle Spieler verlieren und nur die Bank gewinnt; daß überhaupt, wenn man die Sache mathematisch untersucht, die Spieler nur unter sich spielen und die Spielbank etwa von jedem Satze sechs Prozent zieht, so daß, wenn ein Gulden zehnmal gesetzt worden ist, er der Bank gehört,

und daß, wenn dieselben Spieler, ohne Zufuhr von außen zu erhalten, vierzehn Tage mit der Bank spielten, keiner einen Kreuzer übrig hätte, unmöglich übrig haben könnte, nach den unumstößlichen, unbarmherzig-ehernen Gesetzen der Mathematik — von Alledem hatte der Schulmeister dem Bauern nichts gesagt. Er wußte es selbst nicht. Giebt es doch noch heutzutage eine Menge hochstudirter Leute, Staatsmänner, Geschäftsleute, Grafen und Fürsten, die es auch nicht wissen, obgleich es keine dunkle und schwierige Geheimlehre ist, sondern gedruckt steht in Büchern, die für ein paar Groschen zu haben sind (z. B. in dem Schriftchen über das Roulettespiel von Dr. Wiener, Lehrer der Mathematik in Darmstadt. Frankfurt a. M. Expedition des Arbeitgeber, 1863), und verstanden werden kann von Jedermann, der die vier Spezies nothdürftig erlernt hat. Nachts im Bette mit geschlossenen Augen, bei Tage auf der Ofenbank mit offenen Augen, träumte Peter vom Roulettespiel. Er spielte nicht mehr mit Sechsbätznern, sondern mit großen und schweren Goldstücken, und wo er hinsetzte, da gewann er. Von dem Gewinne kaufte er sich ein großes Gut. Er legte darauf eine Branntweinbrennerei neuen Systems an. Denn die alten kleinen Brennereien in Wombach mußten vor der neuen Steuergesetzgebung die Segel streichen. Er trug Sporen und einen Cylinder, von dem Leibrock und den Vatermördern gar nicht zu reden. Er wurde in den Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins gewählt und von dem Minister, der ihn in landwirthschaftlichen Dingen zu Rathe zog, zu Tisch gebeten. Seine Nachbarn platzten vor Neid. Er aber dachte: „Besser beneidet, als bemitleidet!“ .... Und wenn er sich bis zu dieser Stufe des Glücks im Traum emporgeschwindelt hatte, dann trat plötzlich wieder vor seine Augen das Bild des Vetter Anton mit seinem verzerrten, bleichen und verzweifelten Gesicht, rechts der „Einbein“, links der „Säuschnitter“, wie sie ihm die Taschen leerten, und dann kam seine gute selige Mutter mit ihren klaren, treuen, blauen Augen, die schon so lange gebrochen waren; sie hob warnend den Finger, wiederholte das

„Sauer-Brod, sauer Brod“ und die anderen Sprüchwörter, in denen sie so stark war.

„Ach was!“ sagte Peter, der sich zu helfen wußte, dagegen, „meine Mutter hat gewiß Recht, aber das hier ist ja ganz etwas Anderes. In dem Schwalbacher Spielsaal, da geht es nicht zu wie im Solospiel bei dem einbeinigen Sergeanten. Das Schwalbacher Roulettespiel ist von hoher und höchster Obrigkeit gestattet und verpachtet, und die Pachtgelder fließen in die herzogliche Domänekasse; und wenn das was Unrechtes wäre, dann würde es der gnädigste Herr und die hohe Regierung nicht erlauben und noch weniger würden sie ein Sündengeld von einem Pacht davon beziehen. Auch ist ein extraer landesherrlicher Kommissarius darüber gesetzt, der darauf Acht giebt, daß Alles mit rechten Dingen zugeht und daß Jeder von der richtigen Katz' gefressen wird. Wenn der einbeinige Sergeant und der rothhaarige Säuschnitter meinen versoffenen Vetter Anton rupfen wollten, dann nahmen sie ihn mit in das hinterste grüne Stübchen des Wirths Moos, wo ohnedies kein ehrlicher Mann hinging. Aber hier wird gespielt in einem hellerleuchteten Saal voll Glanz und Pracht, und rund herum stehen vornehme Herrn und geputzte Damen, die viel zu vornehm und zu reich sind, um selbst zu betrügen, und viel zu gelehrt und klug, um sich betrügen zu lassen. Jedermann kann dem Mann, der die Scheibe dreht, auf die Finger gucken. Da geht Alles ehrlich und offen zu. Das ist nicht, wie in Moosens Haus. Und was thut's denn, wenn ich einmal ein Goldstück verliere? Das soll dann das letzte Mal sein. Einmal ist keinmal. Und wenn ich die gewonnenen fünf Gulden sechsunddreißig Kreuzer davon abziehe, wieviel Verlust bleibt dann?“ ...

Im Frühjahr, als die Schwalben wiederkamen, kam auch der Baron Fechenbach und schlug sein Roulettespiel wieder auf im Alleesaal zu Schwalbach, ein paar hundert Schritte vom Weinbrunnen. Und die Leute, die an dem Brunnen Gesundheit trinken sollten, tranken lieber im Alleesaal Gift, das Gift der

bösen Leidenschaften, des Hoffens auf Wunder, des Aberglaubens und der Verachtung der ehrlichen saueren bürgerlichen Arbeit.

Unser Peter von Wombach hatte ein gutes Bienenjahr gehabt und viel feinen Honig erzielt. Er hatte diesen im Mai in die Stadt getragen und einen schönen Preis erhalten, zehn Gulden mehr als er gehofft. Da stieg ihm wie eine Feuergarbe der Gedanke im Kopfe auf: „Von diesen zehn Gulden weiß Deine Frau nichts, damit wird gespielt; damit wechsele ich mir ein Goldstück und setze es auf eine Nummer. Gewinne ich, dann habe ich statt eines meine sechsunddreißig Goldstücke. Verliere ich's, nun dann hat die arm' Seel' Ruh', dann ist's aus und vorbei und kein Teufel soll mich mehr in dem Alleesaal sehen."

Zu Hause gab er seiner Frau den Erlös um zehn Gulden geringer an. Er schlief die Nacht, obgleich er müd war, schlecht; er hatte seine Frau belogen und ging mit geheimen Gedanken um. Auch überlegte er, wie er zu einem Goldstück kommen sollte. Da fiel ihm das „Ziegen-Herzchen" ein, oder wie es sich nach seiner neuen Aera nannte, der Kommissionär und Advokat Herz Jesaias in Schwalbach. Herzchen war ein israelitisches Waisenknäblein. In seiner Jugend hatte er sich damit ernährt, daß er in der Umgegend von Schwalbach die Felle der Lämmer und Ziegen zusammenkaufte und an den Hauthändler Bär Baum in Wiesbaden verkaufte. Damit hatte er sich ein kleines Kapital gemacht, und mit diesem Kapital war er in die Welt gegangen. Später hatte er eine Zeit lang in Wiesbaden als Advokatenschreiber praktizirt, und zuletzt war er Amanuensis bei dem Chef der geheimen Polizei, dem damaligen Regierungsrath W. Von da kehrte er nach Schwalbach zurück und etablirte sich als Kommissionär und Advokat (d. h. als Winkeladvokat, oder wie es die Bauern etwas derb nennen, als „Ferkelstecher"), indem er prätendirte, daß die Leute, die ihn früher „Herzchen" und „Du" angeredet hatten, ihn nunmehr „Herr Doktor Jesaias" und „Sie" nennen sollten. Von der Advokatur des selbstgeschaffenen Herrn

Doktor war nun zwar nicht viel zu verspüren, wohl aber hatte er sonst seine Hände in Allem, was das Spiel angeht. Das Spiel ist eine soziale Krankheit und es heißt: „Wo das Aas ist, da sammeln sich die Geier." Haltet euch nur wenige Tage an dem Orte einer Spielhölle auf, und wenn Ihr nur die geringste naturwissenschaftliche Beobachtungsgabe habt, so werdet Ihr unter allen den Masken mit Uniformen und Degen von Direktor und Rath und Geheimerath und Kommerzienrath, alsbald die Aasjäger herausfinden. Auch Herr Jesaias war ein solcher, aber vorerst nur noch ein ganz kleiner. Indeß „was ein Dörnlein werden will, das spitzt sich bei Zeiten."

Herr Jesaias lieh auf Pfänder und Zinsen, und zwar ganz geheim an Solche, die öffentlichen Kredit entweder nicht besaßen, oder ihn zu gebrauchen sich scheuten, sei es aus wahrer, oder — was das Häufigere ist — aus falscher Scham. Er nahm in der Regel nur auf den Monat neun, also auf das Jahr hundertacht Procent. Allein es klagte Niemand darüber, denn erstens ging Alles ganz geheim, und zweitens hatte Jesaias auszusprengen gewußt, die Gelder kämen von einem gar hohen und mächtigen Herrn aus Wiesbaden, und wer mit dem anbinde, komme in des Teufels Küche. Daß Jesaias mit der geheimen Polizei in Beziehungen stand, glaubte man. Noch kürzlich war ein Mann, den man zur Opposition zählte, zu einer Korrektionshausstrafe verurtheilt worden, weil er auf einer öffentlichen Versteigerung für ein Portrait des Landtagspräsidenten Herber einige Gulden und dagegen für das des regierenden Herrn nur ebenso viele Kreuzer geboten hatte. Man fand darin eine Majestätsbeleidigung. Es waren gefährliche Zeiten. In Mainz tagte und saß die „schwarze Kommission" oder wie sie mit ihrem offiziellen Titel hieß: „Die geheime Bundes-Zentral-Untersuchungs-Kommission" .....

Und Doktor Jesaias war sehr intim mit dem Amtmann. Er war ein sehr loyaler und frommer Unterthan. Auf Herzogs Geburtstag schrie er bei dem Toast immer am allerlautesten von

Allen sein „Hoch", und wenn er nicht zufällig ein Israelite gewesen wäre, würde er auch bei der Prozession eine Kerze oder Fahne getragen, oder allerwenigstens aus einem dicken Goldschnittsgesangbuch laut gesungen haben.

Warum ich diesen Herrn genauer beschrieben habe, als den Helden der Geschichte? fragt der Leser.

Ei nun, weil der Herr zu den charakteristischen Anhängseln des Spiels gehört, und weil er in unserer Geschichte eine wichtige Rolle spielt. Denn an dem Tag, welcher dem Verkauf des Bienenhonig und dem Belügen der Frau folgte, schlich unser Wombacher Peter bei Jesaias zur Hinterthüre herein. Zu der Vorderthür, auf welcher in einem blauen Schild mit großen gelben Buchstaben geschrieben stand: „Kommissionsbüreau und Advokatur von Herrn Jesaias", hineinzugehen, schämte sich der Bauer. Auch zur Hinterthür kam er bald wieder heraus.

Was hatte er drinnen gethan? Nichts als einen Tresorschein von zehn Gulden umgewechselt gegen ein Goldstück. Als solches hatte ihm der Herr Doktor einen Napoleon ausgehändigt, der freilich vierzig Kreuzer weniger werth war als die zehn Gulden. Das nannte der Herr Doktor eine kleine Provision. Warum hatte Peter das Geldwechslungsgeschäft gerade bei Jesaias vorgenommen? Weil er das Geheimniß suchte, weil ihn sein Gewissen drückte, und weil er deshalb dachte, er gehe am besten zu Jemanden, der selber in seines Herzens Schrein nicht gerade Alles in bester Ordnung habe.

Abends spät, zu einer Stunde, wo noch gespielt wurde, aber Einheimische nicht mehr dabei waren, huschte Peter in den Alleesaal. Er ging, wieder mit Rock und Vatermördern maskirt, entschlossen auf den Spieltisch zu und setzte seinen Napoleon auf Nummer Elf. Die Kugel rollte und sprang, der Bankhalter sprach einige Worte, die Peter nicht verstand. Der Croupier schob ihm mit einem hölzernen Rechen fünfunddreißig blanke Goldstücke zu seinem einen hinzu. Die Nummer war herausgekommen. Peter griff mit beiden Händen zu und schob das

Geld in die Hosentaschen. Er stürzte aus dem Saal in das Freie. Er konnte kaum athmen und fürchtete einen Schlagfluß. Erst nach und nach kam er zu sich, aber er war nicht froh. Er ging den Lampen, die vor dem Hause hingen, aus dem Wege und suchte sich die dunkelste Hainbuchenallee aus, welche dem Weinbrunnen und dem Paulinenbrunnen entlang an dem Münzbach aufwärts führt. Je näher er dem Walde kam, desto unheimlicher ward es ihm, er glaubte allerlei Schatten zu sehen und Stimmen zu hören. Hatte es nicht da eben dicht neben ihm ganz leise „Peter" gerufen? Es „gruselte" ihm. Auf einmal hält ihn auch Jemand an dem Zipfel des geborgten Leibrocks. Es war eine lange, knochige, krallenartige Hand und die Hand gehörte einem aus dem Schatten einer alten Hainbuche hervortretenden kleinen Menschenkind mit krummem Rücken und noch krummerer Nase, dem über seine niedrige Stirn kleine schwarze Locken in Pfropfenzieher-Format herabhingen. Es war Jesaias. „Peter," schmunzelte er, „was habt Ihr in Euerem Hosensacke? Gebt mir eins von den schönen blanken Dingern. Mir habt Ihr sie doch zu verdanken. Es war ein Heckethaler, den ich Euch wechselte. In ihm stak das Glück. Gebt mir eins; es wird Euch nicht thun leid; es wird nicht sein Euer Schaden."

„Dummes Geschwätz," sagte Peter und wollte weiter eilen. Aber Jesaias folgte ihm zur Seite, wie sein eigener Schatten, immer leise auf ihn einredend.

„Peter," lispelte er, „Ihr habt gespielt an der Roulette. Wißt Ihr, wer nicht spielen darf? Das eingeborene herzoglich nassauische Landeskind. Für uns hat gemacht der gnädigste Landesvater ein mächtig Gesetz, wo gedruckt steht im Gesetzblatt, daß, wenn wir spielen an der Roulette, so kostet's das erste Mal fünfzig Gulden Strafe, das zweite Mal hundertfünfzig Gulden, und das dritte Mal werden wir gethan hinter Schloß und Riegel auf volle drei Monat. Von der Straf' kriegt der Anzeiger die Hälfte als Fanggeld. Könnt' ich mir nicht verdienen fünfund-

zwanzig Gulden? Gebt mir einen Napoleon, es soll nicht sein Euer Schaden."

„Miserabler Bub," zürnte der Bauer, „dann fang' ich lieber gleich mit der dritten Strafe an und gebe Dir die Hälfte, sechs Wochen Korrektionshaus. Lieber bezahl' ich dem Amtmann fünfzig Gulden Straf', als Dir einen Kreuzer Hehlgeld."

„Peter, seid vernünftig," meinte Jesaias, „Ihr könnt nicht zahlen an den Amtmann. Der Amtmann setzt nur die Strafen, aber Geld darf er keins nehmen. Er schreibt die Straf' in ein groß' Buch. Das Buch wird geschickt alle Vierteljahr an die Steuerkasse. Die schreibt dem Rentmeister und der dem Erheber und der dem Dorfschulzen, und dann wird's von Euch gefordert. Eh' Ihr's nur bezahlen dürft, werdet Ihr eingeschrieben in sechs große Bücher und herumgeschleppt bei allen hohen und niedrigen Obrigkeiten. Weiß es der Dorfschulze, weiß es Euer Schwiegervater; weiß es der, dann weiß es Eure Frau, daß Ihr gespielt habt an der Roulette. Nun, Peter, wie heißt?"

„Kerl, ich zerschlage Dir alle Knochen in Deinem nichtsnutzigen —," schrie Peter, indem er den Stock hob.

„Halt, Peter," halt!" mahnte Jesaias, „hitzig ist nicht witzig. Peter, bedenkt, wart Ihr nicht gewesen am vorletzten Sonntag mit dem Schuster-Jakob zu Wiesbaden in dem Wirthshaus bei dem Polen-Bücher, wo gesungen worden sind gefährliche Lieder: „Noch ist Polen nicht verloren" und „Fürsten, zum Land hinaus," und sonst?"

„Ich hab' nicht mitgesungen," erwiederte Peter mit der Ruhe eines guten Gewissens.

„Nicht mitgesungen? Wird Dir was Schönes helfen," höhnte Jesaias, „solche Lieder singen ist Hochverrath. Wer Hochverrath hört, sieht oder riecht, muß es anzeigen, in den ersten vierundzwanzig Stunden, sonst ist er schuldig und strafbar, sonst ist er so strafbar wie der Maleficiant selber und kommt wohin, wo er scheinen sieht keine Sonn' und keinen Mond. Peter,

bedenkt. Hier steh' ich, wenn es dauert noch eine Minut' und ich hab' nicht zwei Napoleon, dann kostt's drei; und dauert's dann noch eine Minut', dann geh' ich und schell' den gestrengen Amtmann aus seinem Bett, nicht wegen Roulettespiel, aber wegen Hochverrath und es dauert keine halbe Stund', dann kommen die Landjäger zu reiten mit den Ketten, und Du und der Schuster-Jakob —". Peter ließ ihn nicht ausreden. Das Ende vom Liede war, daß Jesaias zwei Napoleon erhielt und Schweigen versprach. Er drückte zum Abschied Petern die Hand mit dem Bemerken: „Ihr werdet mich kennen lernen als einen Mann von Wort, als einen Mann von Wahrheit und Ehre; wenn Ihr habt nöthig Beistand und Hülf', kommt zum Jesaias." Und es ist richtig; was er über die bestehenden Gesetze gesagt hat, ist wahr. Als das Ziegenherzchen heimlich wie ein Schatten in der Allee verschwunden war, wischte Peter seine Hand, die ihm Jesaias gedrückt, im nassen Gras neben dem Wege ab. Sie kam ihm vor wie schmutzig. Die vierunddreißig Napoleon brannten ihm in der Tasche, wie höllisches Feuer, und auf der Zunge glitt ihm ein Fluch hin von der hier landesüblichen Länge. Er fing an mit: „Himmel-Kreuz-Element-Millionen-Donnerwetter-Schockschwerenoth, krieg' die Kränk', Du miserabliger —" &c., und als er zu Ende war, war Peter zu Haus. Er hatte vierunddreißig Goldstücke, aber einen Mitwisser, einen Rathgeber, einen Beherrscher. Das lag ihm schwer auf dem Herzen.

Auch Peter kam wieder, wobei ihm sein Freund Jesaias, als „Mann von Wort und Ehre," behülflich war. Jesaias hatte, nachdem er die zwei Napoleon bekommen, Wort gehalten. Er hatte Petern weder wegen Hochverraths, noch wegen strafbaren Hazardspiels denunzirt, er hatte ihm vielmehr seinen Beistand und seine Hülfe angedeihen lassen, freilich in seiner Art. Zunächst hatte Peter seiner Frau etwas vorgeschwindelt in

Betreff der Einnahmequelle, woraus das Geld geflossen. Den größern Theil hatte er zu wirthschaftlichen Zwecken verwandt, den Rest aber unter Anderm dazu, sich städtische Kleidung anzuschaffen, womit er seinem eigenen Hochmuth schmeichelte, die bäuerlichen Landsleute gegen sich erbitterte, und, was das Schlimmste war, sich die courfähige Tracht zum Spielsaal erwarb.

Sein zu Tag getragener Wohlstand, dessen Ursache man im Dorfe nicht kannte, weckte den Neid. Man raunte sich zu, das sei nicht just; wer wüßte, wem der sich verschrieben; der habe gewiß ein Hanselmännchen oder eine „Spirifilaris" (spiritus familiaris). Darüber gab's Zank, Streit, blutige Köpfe, Untersuchung, Strafe, Kosten, Amtsgelaufe, Sporteln, Anwaltstaxen und — immer größere Abhängigkeit von dem „Manne von Wort und Ehre", immer häufigere Rückkehr zum Spiel. Aber das Glück hatte sich gewandt. Die Alten malen es als ein reizendes Weib, das auf der Stirn schöne volle Locken trägt, und auf dem Hinterhaupt eine Glatze. Für unseren armen Peter existirten die Locken nicht mehr, nur noch die Glatze.

Nachdem er ansehnliche Summen verloren, kam er auf die Idee, das Terrain in Schwalbach sei ihm nicht mehr günstig. Denn alle Spieler sind abergläubisch. Statt von Wombach aus gen Norden nach Schwalbach zu pilgern, zog er gen Süden, nach Schlangenbad, wo damals auch eine Spielbank war. Als es dort auch schlecht ging, zog er nach Wiesbaden und dann nach Homburg, vorher und darauf nach Wilhelmsthal, Nauheim und wie alle diese Spielbäder heißen, die sich unweit des Rheins gruppiren, als Ueberreste aus jener Zeit, da man diesen Strom die „große Pfaffengasse" nannte, und sich Erzbischof und Bischof, Prior und Abt, Domherr und Generalvikar, Weihbischof und Ordinariatsrath, Kanonikus und Aebtissin, Deutsch-Ordensherr und Stiftsdame und der sonstige hohe und niedere Adel aus den zahlreichen üppigen Manns- und Frauenklöstern der Umgegend in diesen Bädern tummelten.

Peter entfremdete sich immer mehr der treuen Mutter Erde, welche dem Bauer ein schweres, aber sicheres Stück Brod bietet. Er wurde ein Spiel-Nomade. Habe ich nöthig, ausführlich zu erzählen, wie er von Stufe zu Stufe seines Wohlstandes herabstieg, wie er dieses und jenes verkaufte, um seiner Frau die wirkliche Lage zu verheimlichen; wie er in den Schuldthurm wandern mußte und in Konkurs gerieth, und wie sein Weib endlich vor Gram sich hinlegte und starb?

Unermüdlich wanderte Peter von einem Spielbad zum andern, ein moderner Ahasver. Sein Haar wurde vor der Zeit grau und fiel dann aus. Seine Rettung erblickte er endlich in einem Franzosen, der zu der Zunft der professeurs de jeu gehörte und auf wissenschaftlich-praktischem Wege das unfehlbare Mittel entdeckt hatte, eine jede Bank zu sprengen. Das gab einen Wendepunkt in Peter's Schicksal. Er wurde nämlich von nun an nicht blos von der Spielbank geplündert, sondern auch von dem Spiel-Professor. Desto schneller ging es mit ihm den Berg hinunter, und wie einst der Stelzfuß und der rothe Säuschnitter sich von dem Vetter Anton zurückgezogen, so zog sich nun das Ziegenherzchen von Peter zurück. Haus und Hof waren im Konkurs, und die unbarmherzigen Gläubiger hatten ihm nichts gelassen, als einen Büchsenranzen und den Bettelstab. Den nahm er und zog in das Land. Die landwirthschaftlichen Arbeiten hatte er verlernt. Dazu fehlten ihm jene Ausdauer und Andacht, die der Bauer nöthig hat, der Herr wie der Knecht. Er hatte kein Obdach mehr. Er wurde ein Stromer. In der Umgebung der Badeorte, wo er sich ruinirt hat, sieht man ihn bis auf den heutigen Tag umherstreichen, bekannt unter dem Namen der „Ranzenpeter". „Aber wovon lebt er denn?" fragt der Leser. Je nun, wovon leben die „verfehlten Existenzen"? Von Allem, nur nicht von der Arbeit. Das Unglück, sogar das selbstverschuldete, giebt eine Art Nimbus. Peter war durch sein Spiel, durch seine Finanzen, durch seine Streitigkeiten, durch seine Prozesse, mit allen möglichen Menschen und Behörden in Berüh-

rung gekommen. Er hatte allerlei Erfahrungen gemacht, die sonst den Bauern glücklicherweise fremd bleiben. Er, der sich selbst nicht zu helfen gewußt hatte, verlegte sich nun darauf, Andern zu rathen. Wenn ein Bauer in Nöthen war, wenn er sich in Finanznoth oder Gewissensangst befand, wenn ihm Strafe drohte, oder er einen Prozeß hatte, dann fragte er heimlich den Ranzen-Peter. Denn der war in den nämlichen Schuhen krank gewesen und mußte es wissen. Die Sachen, worin Peter rieth, waren meistens mißlicher und verdächtiger Natur. Einige Meineidscomplote, darauf gerichtet, durch falsches Zeugniß bei Gericht Prozesse zu gewinnen, waren kürzlich zur Aburtheilung gekommen. In den Verhandlungen figurirte auch Peter, jedoch nicht als Angeklagter. —

Während ich Ihnen diesen seinen wahrhaftigen Lebenslauf erzähle, hatte Peter seine Unterredung mit den zwei Bauern beendigt. Peter bleibt in tiefes Sinnen versenkt sitzen. Auch wir verlassen den Wirthsgarten. Auf der Chaussee begegnet uns ein elegantes Fuhrwerk. Eine geputzte schöne Frau und ein schwarzes häßliches Männlein, letzteres womöglich noch mehr geputzt, sitzen darin. Wer ist es?

Die Prima-Donna vom Theater und das vormalige Ziegen-Herzchen, jetzt Herr Jesaias, Häuserbesitzer und Rentier. Sie fahren nach der Fasanerie, einem Vergnügungsort in der Nähe von Wiesbaden.

VI.

Der kleinstaatliche Muster-Beamte.

Ein Kabinetsstück.

Motto:
„Unser Herrgott im Himmel muß selber drüber lachen,
Was die Menschen für närrische Sachen thun machen.“
Aus einem alten baierischen Bierlied.

Das Vernünftige ist wirklich und das Wirkliche vernünftig. Alles was ist, sagt der wohlwollende Staatsweise, hat seine Berechtigung; denn weil es geworden ist, waren die Vorbedingungen seiner Existenz vorhanden, es mußte so kommen. Aber es giebt, Gott sei Dank, auch ehrliche Narren in der Welt, welche das Gewordene mit Vergnügen untergehen sehen, sogar solche Existenzen, welche uns durch ihr Dasein zum Lachen brachten. Damit die Heiterkeit nicht ausstirbt, verzeichnet man diese Kuriosa. Schon in wenigen Jahren dürfte ihnen der Glaube fehlen; und das jetzige Geschlecht muß die Glaubwürdigkeit attestiren; unsere Nachkommen müssen manche Dinge bezeugt erhalten, ihr Verstand würde sie sonst zweifeln lassen an der Historie.

Zwischen den Flüssen Rhein und Main, so ziemlich bis in die Ecke ihres Zusammenflusses, lag früher das Herzogthum Nassau, ein schönes Land, mit Bergen und Flüssen reich bedacht, mit herrlichen Wäldern, den edelsten Weinbergen, Fruchtthälern und

Weiden bedeckt; die steilen und unfruchtbaren Felsen bergen Metalle, als Eisen, Blei, Silber, Kupfer, Zink, und entsenden die berühmtesten Mineralquellen Europa's an's Tageslicht. In einem großen Kriege geschah es, daß dieses Herzogthum erobert wurde und daß das Königreich Preußen sich das Land einverleibte. So reich und schön das Land ist, so ist es doch nicht groß, und ein rüstiger Fußgänger möchte es wohl in einem Sommertage von Aufgang bis Untergang der Sonne durchschreiten. Aber es war ein Reich für sich, hatte einen Herrscher, ein Parlament, und zwar ein Oberhaus und ein Unterhaus, eine Armee, Minister und ein Heer von Beamten. Dieses Heer ist unter Preußen bis jetzt leider nicht vermindert, sondern noch vermehrt worden. Hoffentlich überzeugt man sich in Berlin bald von der Gemeinschädlichkeit dieses embarras de richesses. Alles war wohldiszíplinirt und der Herrscher kannte alle seine Leute von Person, und alle seine Beamten nach den Neigungen ihres Herzens, wußte, wo sie ihren Schoppen Wein zu trinken pflegten, und mit wem sie umgingen. Natürlich gab es auch politische Parteien im Lande, und da eine davon sich überzeugt hielt, daß auf dieser Parzelle deutschen Landes ein eigner unbedingt souveräner und selbständiger Staat nicht von oben herunter gedeihen könnte, predigte sie die Einheit Deutschlands und zunächst den Anschluß an den größten Nachbarstaat Preußen; deshalb hieß sie die Umsturzpartei. So lange die Parteien Krieg führten, wurde der Beamtenstand gerade ebenso gezwungen zu denken, wie das Staatshaupt; und da man die Gedanken der Menschen erkennen kann aus ihrem Umgange und dem Lokal, wo sie ihren Schoppen Wein trinken, so theilte man die Beamten ein in gute und schlimme; und soweit man die ganz schlimmen nicht absetzen konnte, setzte man sie an Orte, wo das Klima am rauhsten und die Einsamkeit am größten war, und zog die anderen in schöne Städtchen und in die Flußthäler des Rheins, des Mains, der Lahn. Es konnte nicht ausbleiben, daß unter den Gutgebildeten sich prächtige Exemplare ausbildeten, denn sie

hatten schöne Stellen, ein gewisses Wohlleben, freie Bewegung, und wenig Arbeit. Es mißfiel zuweilen den Bürgern, daß sie sich sollten regieren lassen von Originalen, aber der Mensch ist geduldig und was in allerhöchster Huld stand, das brauchte sich nicht zu kehren an das Murren beschränkter Unterthanen.

Ein kleines Bild aus dem beschriebenen Kleinstaat möchten wir als vollständig beglaubigt der Nachwelt aufbewahren zur Erheiterung und als Beitrag zur Kulturgeschichte. Sollte Jemanden der Umstand auffallen, daß zur Zeit der Existenz der zu berührenden Persönlichkeit nichts laut wurde von dem merkwürdigen Thun derselben, so bemerken wir ihm, daß der vergangene Staat nicht immer darauf bedacht war, wirkliche Tüchtigkeit zu fördern, aber die geringste Anspielung auf die Person eines seiner Mandarinen als Amts- und Dienstehrenkränkung mit strenger Gefängniß- und Arbeitshausstrafe heimsuchte. Dem Erzähler ist die Wahrheit durch Aktenstücke und Zeugnisse aus eigner Wahrnehmung bewiesen.

Das Herzogthum Nassau hatte mehrere Einrichtungen, die einzig in ihrer Art waren; erinnerte Manches an das Mittelalter, so war Anderes doch neu geschaffen nach ganz eigenen nirgends nachgeahmten Rezepten.

So ist z. B. in diesem Lande 1849 die Justiz von der Verwaltung getrennt worden, und zwar nur um im Jahre 1854 wieder damit vereinigt zu werden. In unterster Instanz sprechen Recht die sogenannten Aemter, besetzt mit einem Amtmann, einem bis zwei Assessoren und einem oder mehreren Accessisten. Der Amtmann und die Assessoren richten als Einzelrichter in erster Instanz ohne Beschränkung ihrer Kompetenz in Civilsachen außer bei Ehescheidungen und haben auch in Kriminalsachen als erkennende und vor Allem als Untersuchungsrichter wichtige Funktionen. Die Accessisten arbeiten dem Namen nach unter spezieller Aufsicht der verantwortlichen Einzelrichter, Amtmann und Assessoren, in Wirklichkeit aber selbständig. Außer der Rechtssprechung hat aber das Amt alle Verwaltungsgeschäfte, es kon-

skribirt, baut Wege, Wasseranlagen, leitet die Erziehungsanstalten, den Kommunalhaushalt, die Forstwirthschaft, hat die ganze Polizei, Verkehrs-, Sanitäts-, Sicherheitspolizei, Kirchensachen u. s. w. Ein Amt hat gewöhnlich 10—20,000 Seelen. — Zur Besorgung der Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Führung der öffentlichen Grundbücher, zur Mitwirkung in Vormundschaftssachen, bei Theilungen, ja sogar bei der Grundsteuerregulirung besteht eine eigene Magistratur, der Landoberschultheiß, auch ein Jurist, und zwar nach neuester Willkür ein Mann mit fester Besoldung, während der Staat die Gebühren für alle vorerwähnten Akte einstreicht. Rentabel ist dies Geschäft natürlich nicht.

Ein dritter unerläßlicher Posten in jedem Amt ist der Rezepturbeamte, auch Rentmeister genannt, der Erheber und Verrechner aller öffentlichen Gelder, der Verwalter der nutzbaren Vermögensobjekte des Staats und der Domäne, auch Agent der Zentralstaatskasse und der Landesbank. Die weiteren Posten, in jedem Amte sich wiederholend, können wir übergehen, der Staat hat bei uns für Alles gesorgt und Alles angestellt und rangirt: Aerzte und Apotheker, Bautechniker und Forsttechniker, Meister in allem Wissen und Männer von allen Fähigkeiten. Alle fungiren als hohe Obrigkeit.

Nun war aber in unserem Herzogthum ein Amtsbezirk vorhanden, eine Enklave, abgetrennt von dem Hauptlande, die nur zwei Dörfer hatte und in beiden circa 1400 Seelen, 800 in dem einen, 600 in dem anderen. Man konnte wegen der Entfernung keinem der Einwohner zumuthen, sein Gericht und seine Vorgesetzten überhaupt in dem Hauptlande zu suchen. Das war ein Weg von vielen Meilen; und doch hatte man im Interesse der Unterthanen denselben alle die staatlichen Wohlthaten wollen zu Theil werden lassen, wie den übrigen glücklichen Nassauern.

Man hat ihnen also ein eigenes Amt gegeben, und einen eignen Landoberschultheiß, und einen eigenen Rezepturbeamten, außer-

dem natürlich alle nöthigen Gesundheits-, Forst- u. s. w. Beamten. Das Amt freilich bestand nur aus dem Amtmann und einem Accessisten, der Landoberschultheiß hatte keinen Gehülfen, der Rezepturbeamte keinen Sekretär, alle drei Stellen vielleicht einen Schreiber gemeinschaftlich. Aber auch so war doch die Arbeit zu klein für drei Menschen; und es mußte sich die Befürchtung aufdrängen, daß einer den andern zu Tode ärgern würde, um nicht selbst auf der vereinsamten Insel, rings vom Ausland umgeben, aus Mangel an Bewegung umzukommen. Da ist unsern Staatslenkern kluger Rath gekommen, und man hat alle drei Aemter einer Person übertragen und einen Mann bestellt, daß er Recht spreche und Verwaltung treibe, die freiwillige Gerichtsbarkeit leite und den Steuerkataster aufstelle, Hypothekenbücher führe und alle und jede Leistung an den Staat oder von dem Staat einnehme, ausgebe und verrechne. Das ist manches Jahr so gegangen und, wenn es auch oft mißlich war, die Beschwerde gegen das Verfahren in der freiwilligen Gerichtsbarkeit ordnungsmäßig bei dem Amtmann anzubringen, da der judex a quo und ad quem eine und dieselbe Person waren, so hatte doch immer schließlich entweder der Beamte oder die Partei nachgegeben; und dann ging's mit einigem Schwanken ganz gut.

Da ereignete es sich, daß der Stammhalter einer alten Familie, die ihren Sitz auf der Bank irgend einer Ritterschaft im heiligen römischen Reich behauptet hatte, zum Amtmann in Reichelsheim, dieser einst nassauischen Enklave im Großherzogthum Hessen, ernannt wurde, dadurch zugleich die Funktionen des Landoberschultheiß erhielt und auch Rezepturbeamte sein mußte. Die drei Aemter drückten schwer.

Der neue Beamte sann darüber nach, wie er seine Lasten trage und nicht Verwirrung in die verschiedenen Angelegenheiten seiner drei Beamtungen bringe. Wie er es fertig brachte im Laufe der Zeit und sich wohnlich einrichtete in dem einzigen Staatsgebäude seines Bezirks, das hätte nicht leicht ein Anderer

ausdenken mögen, obwohl die Idee der deutschen Trias schon lange erfunden ist.

Zuerst ging er daran, seine Dreifaltigkeit äußerlich zu kennzeichnen und die Kanäle der dreifachen Thätigkeit gehörig zu trennen. In dem Amthause befanden sich bald nachher an drei Thüren des Erdgeschosses drei Blechtafeln mit großen Inschriften: „Herzogliches Amt", „Herzogliche Landoberschultheißerei", „Herzogliche Rezeptur", gewissenhaft wurden die Büreaustunden vertheilt und der Herr Amtmann arbeitete so viel Stunden in dem Zimmer des Amtes, um sodann als Beamter der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf dem Büreau der Landoberschultheißerei zu sitzen und schließlich als Rentmeister Kassenbuch und Kassenschlüssel zu handhaben.

Hätten die nassauischen Beamten Uniformen tragen müssen, wie alle großherzoglich hessischen, die verschieden sind für jedes Departement und jeden Grad in dieser Hierarchie, so hätte der Herrscher von Reichelsheim noch zweimal des Tages seine Gewandung wechseln müssen — denn in Hessen z. B. ist sogar der Stoff so genau vorgeschrieben, daß der Oberstaatsprokurator als Vorgesetzter der Notare diesen in einem Reskripte die Heiligkeit der Dienstkleidung einschärfte und gleichzeitig zwei Muster von Sommerhosenstoffen nebst Adresse der Lieferanten beilegte. In Nassau dagegen, wo das Uniformirungssystem sich noch nicht bis zu diesem Kulminationspunkt entwickelt hatte, brauchte er blos durch eine Thür zu gehen, um die Metamorphose zu vollenden.

Der herzoglich nassauische Amtmann ist der Vertreter der Staatshoheit, im Range steht er also über allen Beamten des Bezirks, soweit aber seine speziellen Funktionen nicht reichen, ist ihm der Rentmeister, der Medizinalrath, der Oberförster, der Baumeister koordinirt. Der Beamte der freiwilligen Gerichtsbarkeit steht unter dem ordentlichen Richter seines Bezirks, wird von diesem kontrolirt, ist ihm subordinirt. Das darf man nicht vergessen; und selbst der arme Beamte, der sich selbst subordinirt und koordinirt war, konnte das nicht.

Der Vorgesetzte reskribirt an den Untergebenen; jedes Schriftstück des Amtmanns an den Verwalter der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist ein Reskriptum. Die Vorgesetzten koordinirter Dienststellen schreiben an einander; ihre Korrespondenz heißt „Schreiben". Der subordinirte Beamte berichtet an die vorgesetzte Stelle. Der Amtmann in Reichelsheim war in der glücklichen Lage, daß er an sich selbst berichten, schreiben und reskribiren konnte. Und das hat der Mann nicht unterlassen, und während die anderen Beamten, welche alle für Büreauaufwand ein Aversum beziehen, auf schlechtes Papier schreiben lassen und sich schlechte d. h. billige Schreiber zu halten pflegten, sorgte der Reichelsheimer für das Aeußere seiner schriftlichen Ausfertigungen auf das glänzendste.

Er hatte eine in ritterlichen Kreisen seltene banausische Neigung und trieb in seinen Mußestunden, deren er trotz der vielen Aemter immer noch viele des Tages hatte, die edle Buchdruckerkunst und so ließ er sich nicht verdrießen, in schönen großen Lettern die Köpfe seiner amtlichen Schreiben zu drucken und hatte daran eine dreifache Freude, denn es erquickt den Menschen das Bewußtsein, Schönes geschaffen zu haben, und es erfreut den Schreiber, auch äußerlich die Spur seiner geistigen Thätigkeit in schönem Gewand zu erblicken, und dem Adressaten macht ein schönes sauberes Schriftstück auch mehr Vergnügen als schlechtes Gekritzel auf schlechtem Papier. In dieser Privatoffizin entstanden darum zahlreiche Impressen und Formularien und auf schönem Papier die Köpfe der Berichte an Regierung, Staatsministerium, Finanzkollegium, Obergericht (Hof- und Appellationsgericht), Kriegsdepartement, Oberjägermeisteramt u. s. w., an alle Staats- und Hofstellen. Davon reichten aber stets wenige Exemplare aus, der Verkehr der Lokalstellen unter einander ist natürlich bedeutender und seine schriftlichen Produkte sind massenhafter. Dafür war ebenfalls gesorgt und schöne Bogen mit den zierlichen Aufschriften: „Das herzogliche Amt zu Reichelsheim an die herzogliche Rezeptur daselbst,"

„An herzogliches Amt zu Reichelsheim, gehorsamster Bericht der herzoglichen Landoberschultheißerei daselbst" lagen auf den verschiedenen Büreaus des einen und doch dreifältigen Beamten. Wenn ein Unterthan mit Hinterlassung minderjähriger Kinder gestorben, so machte der Bürgermeister davon vorschriftsmäßig die Anzeige an das Amt. Der Amtmann nahm einen sauberen Kopfbogen mit der Aufschrift „Das herzogliche Amt an die herzogliche Landoberschultheißerei" und schrieb darauf: „Ich beauftrage Sie mit der Vornahme der Inventarisation und Theilung und sehe der Vorlage der Theilungsakten innerhalb vier Wochen entgegen." Er hatte sich selbst einen Auftrag gegeben und nachdem er ihn vollzogen, nahm er einen Bogen mit der Aufschrift: „An herzogliches Amt, gehorsamster Bericht der herzoglichen Landoberschultheißerei" und schrieb darauf, nachdem er rechts oben die Rubrik gesetzt: „die entstandenen Akten lege ich gehorsamst vor." Er theilte sich selbst Akten mit. Auf dem einen Büreau sitzend, schrieb er an die herzogliche Rezeptur, indem er die Liste der bestraften Feldfrevler zur Erhebung und Verrechnung der Geldstrafen mittheilte und der Büreaudiener siegelte den Brief und adressirte ihn: „An herzogliche Rezeptur dahier" und trug ihn hinaus aus der Amtsstube und hinüber über die Hausflur in das Lokal der Rezeptur und legte ihn dort auf den Tisch, damit nachher der Herr Rentmeister ihn finde, mit dem praesentatum versehe und registrire. Adressant und Adressat sind eine physische, aber zwei moralische Personen und die Erscheinung, daß der Briefsteller auch selbst sich die Antwort schreibt, dürfte nicht leicht so oft vorgekommen sein, als in der nassauischen Enklave in der Wetterau.

Die Details dieser amtlichen Thätigkeit und die seltsame Sprache des Herrn Amtmanns, wenn er einen „gehorsamen Bericht" des herzoglichen Landoberschultheißen nunmehr zum dritten Male in Erinnerung bringen mußte, die Reskripte des Amtmanns an den Landoberschultheißen, wenn er zufolge seiner

Dienstverpflichtung die ganze Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit einer sorgfältigen Kontrole unterzogen hatte und allerlei zu tadeln fand, sind nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen; es waltete darüber das Dienstgeheimniß und das mag gut sein; der geneigte Leser kann sich ohne Sorge das Fehlende ergänzen: Zwiegespräche zweier Seelen in einer Brust.

Manches Jahr ist das so fortgegangen und mehrentheils wohl in Ordnung; die verschiedenen Behörden unter einem Dache und einem Kopfe haben sich vertragen; das Gegentheil ist wenigstens nicht bekannt geworden. Wo aber die Keime zu einer Verwicklung liegen, findet sich die Gelegenheit, und so ging es auch hier.

Der herzogliche Landoberschultheiß, der Beamte der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Reichelsheim, hatte eines Tages ein Testament aufgenommen, worin ein kinderloser Unterthan die Erbfolge nach seinem Tode zu ordnen suchte. Wie es gesetzliche Vorschrift ist, hatte der Landoberschultheiß das Testament zu den amtlichen Depositen gegeben, d. h. es bei sich selbst hinterlegt. Der Testator ist bald darauf mit Tode abgegangen, und wie es ebenfalls das nassauische Gesetz vorschreibt, wurde das Testament beim Amte in Gegenwart der Intestaterben geöffnet und verkündet. Was aber der Testator gewollt hatte, daß nach seinem Tode seine Erben in Frieden und mit Vernunft nach den Bestimmungen des Testaments sich auseinander setzen sollten, das traf nicht zu, wie so häufig die letzten Wünsche der Menschen vereitelt werden. Die Erben geriethen in einen Prozeß, und das Testament gerieth in die Akten, es war ein Beweisstück und seine Auslegung ein Hauptgrund der Entscheidung. Und die Entscheidung hing von dem herzoglichen Amte ab, das in erster Instanz Urtheil sprechen mußte.

Der herzogliche Amtmann gab sein Urtheil ab; und es mußte einer oder beiden Parteien nicht gefallen haben, denn es wurde dagegen Appellation angezeigt und ging diese an das vorgesetzte Obergericht, das Appellationsgericht zu Dillenburg. Die

Akten wurden dahin gesandt und das neue Urtheil gesprochen. Mit einer Abschrift dieses Erkenntnisses kehrten die Akten zurück, und in einem Reskripte hatte diesmal das Obergericht zu Dillenburg das herzogliche Amt angewiesen, wegen eines Formfehlers oder einer Nachlässigkeit in der Redaktion des bewußten Testaments dem Landoberschultheißen einen Verweis zu ertheilen und denselben aufzufordern, in Zukunft streng nach der Vorschrift zu verfahren. Der Beamte hatte natürlich nun einen der schönen Kopfbogen vor sich zu legen und diesen Verweis dem hohen Auftrag entsprechend an seinen Untergebenen zu richten; es mag sein, daß er sich nicht gefreut hatte, einen solchen Auftrag zu erhalten; Thatsache aber ist es, daß er erst in Aerger ausbrach, als er nach einigen Stunden den sich selbst ertheilten Verweis auf seinem anderen Arbeitstisch, an welchem er sich als Landoberschultheiß fühlte, vorfand und zur Kenntniß nahm. Der Landoberschultheiß konnte nun vor Aerger nicht mehr ruhen, er setzte sich sofort hin und berichtete eine lange und gelehrte Vertheidigung an das Amt und setzte darin aus einander, warum er also verfahren bei Abfassung des Testaments und bat schließlich, diese seine Remonstration an das Obergericht gelangen zu lassen. Was in dem Mann kochte, war nunmehr heraus, es stand auf schönem Papier und der Büreaudiener siegelte es, adressirte es und trug es hinüber in das andere Zimmer, wo der Herr Amtmann zu sitzen pflegte. Nach einiger Zeit fand sich auch der Amtmann ein und erbrach den Bericht des Landoberschultheißen und ohne einen Schein von Parteilichkeit legte er die Vertheidigung mit einem Berichte dem Obergericht vor.

Dasselbe muß nun im Recht gewesen sein, oder die Gründe des großen Juristen und Praktikers nicht gewürdigt haben; es reskribirte, daß es bei dem Verweis bleiben sollte und in Zukunft anders verfahren werden müßte. Auch diesen harten Bescheid theilte der Amtmann in großer Seelenruhe dem untergeordneten Landoberschultheißen mit, und es war erst an diesem zu ergrimmen und mit heftiger Feder dem Gerichtshof zu Leibe

zu rücken, der in seiner Allwissenheit glaube, keines Menschen Gründe hören zu dürfen. Es mag diese zweite Remonstration etwas unhöflich gewesen sein, und es sollen überhaupt die Juristen beim Streiten über wissenschaftliche Sätze oder deren Anwendung auf einzelne Fälle zuweilen in kleine Anzüglichkeiten gerathen, — zum Beweis die bekannte quaestio Domitiana und die Antwort des Juventius darauf — oder war der Herr Referent am Obergericht sehr empfindlich gegen Angriffe auf seine Autorität, genug, es erging von Neuem ein Reskript an das Amt, worin dem Landoberschultheißen der Verweis wiederholt bestätigt und ihm nebenher wegen einiger bitteren Bemerkungen über den ganzen Reskriptsprozeß eine Disziplinarstrafe von fl. 5 ausgesetzt wurde. Der Amtmann mußte die Strafe in das Strafmanual eintragen, und er hat dies, wie die Geschichte in ihrem Verlauf zeigt, redlich gethan, jedenfalls auch sein in einer anderen Beamtung steckendes Selbst durch Reskript benachrichtigt.

Nun wäre die Sache sehr wohl erledigt gewesen, wenn einestheils der Herr sich über den Verlust von fünf Gulden hätte trösten können und anderntheils nicht noch eine Instanz übrig war, die schützen konnte gegen solche mißverstandene Anwendung der Disziplinargewalt.

In dem gewesenen Herzogthum Nassau konnte jeder, der mit irgendwelcher Strafe von dem Gericht oder im Disziplinarweg, ja von dem Bürgermeister als Ortspolizeirichter belegt worden war, dagegen die Gnade des Souveräns anrufen; er konnte dies nicht blos, sondern bei jeder wenigstens gerichtlichen Verurtheilung mußte der Richter dem Kondemnaten seine Zuständigkeiten genau bezeichnen und nöthigenfalls erklären, und zu diesen Zuständigkeiten gehörte der Gnadenweg.

Der Herzog hatte sein schönstes Recht theilweise dem Ministerium übertragen, einer Behörde, die unter dem Titel „Haus- und Staatsministerium" eine Rekursinstanz über die verschiedenen Departements bildete und auch die Funktionen des Justizministeriums hatte; dieses Ministerium, besetzt mit einem

Minister, der sich seine Qualifikation als hessischer Kavallerieoffizier erworben, und einigen Räthen, entschied auf Gnadengesuche, wenn die Strafe nicht mehr betrug als 30 Gulden an Geld oder 28 Tage Gefängniß.

Der arme bestrafte Landoberschultheiß suchte um gnädigen Erlaß seiner Geldstrafe nach, und wie es so ging, hatte das Gesuch in der Kanzlei des Ministeriums kein anderes Schicksal, als daß es der vorgesetzten Behörde zum Bericht verschrieben wurde, und es hatte der dreifache Gewalthaber in Reichelsheim nunmehr über sein eigenes Straferlaßgesuch zu berichten und mochte wohl fühlen, daß auf seinen gut motivirten Antrag viel ankommen könne.

Während dieser Manipulation war nunmehr ein Monat zu Ende gegangen und es hat am Schlusse eines jeden Monates jeder Beamte einen Auszug seines Strafmanuals der oberen Finanzbehörde vorzulegen, welche denselben festsetzt und der betreffenden Erhebungsstelle, der Rezeptur des Amtes, zur Erhebung überträgt. Und so geschah es auch diesmal und das Finanzkollegium zu Wiesbaden mandirte den Rezepturbeamten in Reichelsheim, die im Strafmanual des Amtmannes angesetzte Strafe von dem Landoberschultheißen zu erheben. Die Rezepturen haben Untererheber, welche nur im Vertragsverhältniß zu den Rezepturbeamten stehen und von den erhobenen Steuern, Strafen, Gefällen eine Provision beziehen. Dieser Untererheber erhielt denn hier von dem Rezepturbeamten, der stets dieselbe Kleidung trug, wie sein anderes Selbst der Amtmann oder seine dritte Inkarnation der Landoberschultheiß, den Auftrag, fünf Gulden Strafe von dem Landoberschultheißen zu erheben und abzuliefern. Aber damit war der Kondemnat nicht einverstanden, sondern erwirkte sich bei dem Amtmann eine Bescheinigung, daß er ein Gnadengesuch eingereicht habe, und damit bis zur erfolgten Entschließung hierauf eine Sistirung des Beitreibungsverfahrens. Als dann so die unmittelbare Gefahr einer finanziellen Exekution sich verzogen, machte sich der Amtmann daran

und berichtete eingehend über sein als Landoberschultheiß eingereichtes Straferlaßgesuch und soll in diesem Berichte in unparteiischer Auseinandersetzung endlich gefunden haben, daß er als Landoberschultheiß ohne Fehl und streng gesetzlich gehandelt und in seinen Remonstrationen gegen die oberrichterlichen Verweise den passenden Ton nicht verletzt.

Und so ging dieser Bericht ab und das herzogliche Amt setzte von dessen Abgang vorsorglich die herzogliche Rezeptur in Kenntniß, damit sie sich ungefähr denken könne, wie lange sie die Beitreibung der Geldstrafe gegen den Landoberschultheißen sistiren dürfe. Denn es darf hier nicht verschwiegen werden, daß die schönen Kopfbogen aus der eigenen Druckerei des Herrn Amtmanns, Landoberschultheißen und Rentmeisters jeden der drei Gewalthaber in der Dreieinigkeit zu kalligraphischen und stilistischen Uebungen nur zu leicht verführten. Es währte aber lange mit der Entscheidung auf das so eigenthümlich eingeführte Straferlaßgesuch; der Rezepturbeamte, der gern seine Restanten schwinden sah, mahnte öfters den Schuldner und erhielt die amtliche Antwort, daß noch nicht dekretirt sei auf die Eingabe; auch der Herr Amtmann soll erbittert gewesen sein über die Verzögerung; nur der Herr Landoberschultheiß habe immer gelächelt und sich gefreut, denn so lange die Entscheidung auf sich warten ließ, so lange behielt er seine fünf Gulden in der Tasche. Aber es sollte Alles anders kommen, als der dreieinige Beamte sich vorgestellt hatte, und kam recht hart.

Die herzoglich nassauischen Beamten der Justiz in unterster Instanz standen in Disziplinarsachen nicht unter den Gerichten, sondern unter der Verwaltung, da sie gleichzeitig Verwaltungsbeamte waren und man die Verwaltung als die Hauptsache, die Rechtsprechung immer nur als ein Nebengeschäft betrachtete. Die oberste Verwaltungsbehörde hieß die Landesregierung und hatte etwa die Funktionen eines Ministeriums des Innern. Mit dieser, also dem Amte zu Reichelsheim vorgesetzten Behörde

hatte das Appellationsgericht zu Dillenburg, welches die Strafe über den Landoberschultheiß verfügt hatte, sich in Benehmen gesetzt, als es das Straferlaßgesuch mit dem schönen Berichte des Amtes erhielt, und da ihm die Korrespondenz einer Person in amtlicher Stellung mit sich selbst doch zu scherzhaft erschien, auf eine Untersuchung dieses Kuriosums angetragen. Und diese harte Regierung ließ die Akten einfordern, und so sehr der Herr Amtmann betheuerte und nachwies, daß Alles in Ordnung sei, Alles nach Gesetz und Brauch hergegangen sei, fand sie das ganze Manöver schlecht geeignet, eines Beamten Ansehen zu fördern, sie tadelte es unerbittlich und setzte dem ordnungsliebenden Mann, der unter der Last dreier Aemter, um die verschiedenen Geschäfte nicht zu vermischen, sich selbst getheilt hatte, eine empfindliche Geldstrafe an.

Von da an soll er an sich selbst nur in solchen Sachen geschrieben haben, wo er nicht auch Partei war, also volle Unparteilichkeit in allen drei Aemtern wahren konnte, doch stets besorgt gewesen sein, Akten, in denen solche Selbstgespräche vorkommen, der Kognition der Oberbehörden so viel als möglich zu entziehen.

Jetzt ist der gute Mann gestorben, kurz darauf ist auch das Herzogthum Nassau verschwunden. Es mag aber noch ähnliche Zustände auch anderswo im deutschen Reich geben. Gott bessere es!

VII.

Verkehrte Verkehrspolitik.

Ein

Fall, der häufig vorkommt.

Motto:

Denn unser Schulze war stets dabei;
Er, der des Dorfes Bestes wollte,
Er gab dem niedrigen Kirchthum Brei,
Damit er größer werden sollte.

Nach Goethe.

Mitten durch das ehemalige Herzogthum Nassau fließt ein Fluß, die Lahn, reich an landschaftlicher Uferschönheit, auch reich an Kräften, die sich der Mensch nutzbar zu machen weiß. Vor seinem Eintritt in die Grenzen des untergegangenen Staates unweit Wetzlar fließt er im Ganzen westlich und in einem meist engen Thal bis zu seiner Mündung in den Rhein bei Oberlahnstein. Schön bewaldete Bergwände, oft steile Felsen des Schiefer- und Kalkgebirges blicken in seine Gewässer, nur selten erweitert sich das Thal so, daß Fruchtfelder und Wiesen zwischen den Höhen und Ufern Platz finden. Rasch eilen die Wellen durch das Bett oder strömen über ausgebreitetes Gerölle in kleinen Stromschnellen. In der trocknen Jahreszeit fast überall seicht und klein, schwillt das Flüßchen im Winter bei Abgang des Schnees oder bei lang anhaltendem Regen gewaltig an und erprobt eine unbändig scheinende Kraft. Aber die Menschen haben ihn doch zu ihrem Dienst gezwungen, Schiffe fahren auf dem

Flusse, das angestaute Wasser treibt Mühlen und gewaltige Werke. Die Schifffahrt war lange äußerst beschränkt; reiche Erze lagen längs der Ufer und keine Straße führte daran vorbei; man versuchte wohl oder übel die Schifffahrt. Kleine Schiffsgefäße, Nachen, höchstens 4 — 500 Zentner tragend, fuhren, so lange das Wasser es erlaubte, Eisenstein, auch Mineralwasser zu Thal und wurden leer heraufgezogen durch sogenannte Halfterpferde. Bei kleinem Wasser mußte oft die Schiffsmannschaft im Flußbette stehend das Schiffchen schieben und heben; die natürlichen Stromschnellen, zu Wehren erhöht, um das Wasser zu einer Mühle oder einem Hüttenwerke zu stauen, bedingten ein Umladen oder ein gefährliches Herabgleiten über das Gestein an einer dazu ausgebrochenen Stelle in der Krone des Wehrs. Monate lang war manchmal gar keine Schifffahrt möglich; Hochöfen, die ihre Eisensteine von der oberen Lahn bezogen, mußten ausblasen, weil ihre Vorräthe zur Neige gingen, ehe die Schleusen des Himmels ihre Transportflotte wieder schwimmen machten.

Das Herzogthum Nassau war aber nach einem unfehlbaren Ausspruche des allmächtigen Staats- und Hausministers v. Marschall, obgleich es nicht einmal das zur Ernährung seiner Bevölkerung erforderliche Getreide aufbringt, ein ackerbautreibendes Land und konnte nicht Anspruch machen auf Besserung der Verkehrsanstalten. Man baute Landstraßen über die Berge, um die hungernde Bevölkerung zu beschäftigen, oder um den armen Dörfern Gelegenheit zu geben, aus der Leistung von Vorspanndiensten etwas zu verdienen, was ihnen entgangen wäre, wenn man durch die Thäler gebaut hätte; auf dem Rhein und Main erhob man hohe Zölle und ließ die Flüsse versanden.

Doch auch hier kamen Zeiten, wo wenigstens vernünftige Entschlüsse gefaßt wurden, wenngleich vernünftige Ausführungen immer erst nach einigen Proben gelingen wollten. Im Jahre 1838 hat man angefangen bei Limburg, ungefähr in der Mitte der nassauischen Lahnstrecke, eine Schleuse zu bauen, um zwei

hohe Wehre zu umgehen, die oberhalb und unterhalb des Städtchens die Gewässer zum Betriebe größerer Mühlen stauten. Das Schleusenwerk gelang auch in so weit, daß kleine Schiffe die Fahrt bei günstigem Wasserstande aus den Eisensteinrevieren zwischen Weilburg und Runkel nach Oberlahnstein und vice versa machen konnten; als aber die Vortheile der direkten Fahrt ein großer Kahn benutzen wollte, der sonst nur auf der unteren Lahn und dem Rheine fuhr, da blieb er in der Schleuse stecken — sie war zu eng. Man hatte die Interessenten nicht gefragt, wie das in dem Lande überhaupt nicht Mode war, wo Kenntnisse, Wille und Verstand als Regierungsmonopol galten. Man half sich mit der schlechten Schleuse und hatte eine Zeit lang in eigener Erkenntniß, wie schwer solche Werke des Verkehrs seien, und im Verdruß über die Spötterei Sachverständiger, die dem hochstehenden Regierungsbaumeister wiederholt eine ganze Reihe elastischer Stoffe als Baumaterial für neue Schleusen vorschlugen, beschlossen, die Lahn laufen zu lassen, wie es Gott gefalle und den Schiffen zu überlassen, wie sie durchkämen. Natürlich vergaß man aber nicht die Hebung von Zöllen und Schleusengeldern.

Mittlerweile hatten aber die anderen Regierungen, deren Länder die Lahn durchströmt, nämlich das Königreich Preußen und das Großherzogthum Hessen, die nassauische Regierung zu gemeinsamen Arbeiten behufs Regulirung der Lahn auf der ganzen Strecke von Gießen bis Oberlahnstein gedrängt. Es kam nach längerer Verhandlung am 16. Oktober 1844 zu Koblenz zu einem Vertrage zwischen den Bevollmächtigten der drei Regierungen. Danach sollte die Lahn auf jener ganzen Strecke für Schiffe von 100 Fuß Länge, 16 Fuß Breite und 2 Fuß Tiefgang regelmäßig zu Thal und zu Berg fahrbar gemacht werden; ein ganzes System von Schleusen war dadurch geboten und diese sollten mindestens eine lichte Weite von 17 Fuß erhalten.

Der herzoglich nassauische Bevollmächtigte hatte sich alle Mühe gegeben, das erlaubte Minimalmaß zwischen den Thor-

flügeln der Schleusen herabzudrücken, und es war ihm gelungen; freilich zur Breite oder vielmehr Knappheit der Limburger Schleuse ließen es die andern Bevollmächtigten nicht kommen. Nassau's Gründe hierzu waren wieder echt kleinstaatlich und man muß es dem geringen Interesse namentlich Preußens an der ganzen schiffbaren Lahn, die nicht zwei Meilen lang seine damalige Enklave Wetzlar durchschnitt, zuschreiben, daß sie durchdringen konnten. Die Hauptausfuhr des nassauischen Eisensteins, der zu 99 Proz. die Lahnschiffe befrachtete, ging damals, wie zum Theil heute noch, nach den Eisenwerken und Hochöfen an der Ruhr. Die Ruhr war damals schon kanalisirt und von zahlreichen Transportkähnen befahren, die alle breiter waren als die bisher auf der Lahn üblichen. Diese Ruhrschiffe fuhren wohl auch einmal bis zur Mündung der Lahn und schlugen ihre Steinkohlen, die langsam Eingang fanden in dem reichbewaldeten Nassau, in Lahnschiffe über. Und nun wußte es Nassau durchzusetzen, daß es seine Lahnschleusen so enge bauen durfte, daß ein Ruhrkahn dieselben nicht passiren konnte, damit nicht etwa diese rührigen preußischen Schiffer ihre Kohlen den Fluß hinaufbrächten und Eisenstein nach ihrer Heimath führten und so den nassauischen Schiffern Konkurrenz machten. Die kleinen Lahnkähne waren zur Rheinschifffahrt nicht wohl tauglich, es mochte auch keine Gesellschaft den Kasko versichern, und so mußte aller Transport an der Mündung der Lahn zum Umschlag in oder aus Rheinschiffen gezwungen werden. Der weitläufigste Theil des Vertrags handelt natürlich wieder von Steuern, Zöllen und Schleusengeldern; sie sollten allerdings immer nur auf den fertig gestellten Strecken erhoben werden, aber was ist ein Weg überhaupt werth, dessen einzelne Theile durch unpassirbare Oeden von einander getrennt sind? — Und dieser Zustand dauerte noch ganze vierzehn Jahre.

Das Herzogthum Nassau mußte nicht hinlänglich das mit dem Vertrage Bezweckte erreicht haben, oder waren Preußen und Hessen unzufrieden, so viel gewährt zu haben, kurz, der am

16. Okt. 1844 geschlossene Vertrag kam erst am 19. Sept. 1845 zur Ratifikation und demnächst unterm 30. desselben Monats zur öffentlichen Bekanntmachung. Ein Vertrag also, der die Handels- und Verkehrsinteressen dreier souveräner Staaten berührte, brauchte nach seinem Abschluß noch ein Jahr, um die landesherrliche Bestätigung zu erhalten und in Ausführung zu kommen.

Im Jahre 1845 und 1846 wurden wirklich Seitens der nassauischen Regierung die Arbeiten begonnen, um überall in der Lahn die nöthige Tiefe herzustellen und da, wo dies wegen des starken Gefälles nicht möglich war, durch Stauung des Wassers zu heben und die Differenz der Wasserspiegel ober- und unterhalb des Wehres durch Schleusen zu überwinden. Man suchte dem Fluß überall ein gleichmäßiges Profil zu geben und baute längs der Ufer den Leinpfad. Auch die hindernden Anlagen Privater, Mühlwehre und dergleichen wurden nach Entschädigung der Besitzer entfernt. Aber man übereilte sich nicht und baute jedes Jahr ein Stück je nach den Mitteln der Staatskasse, unbedacht, daß das Kapital wirthschaftlich sich nicht vollständig verzinse, so lange nicht die ganze Wasserstraße gleichzeitig zu benutzen war; so ging es zehn volle Jahre. Jedes Jahr hat der angestellte Wasserbaumeister ein Stückchen gemacht; die Regierung hatte keine andern Gründe zu drängen als den, daß sie nach Uebereinkunft mit Preußen stets nur auf den fertigen Strecken Zoll erheben dürfe, und so klagte sie noch in der 1855er Session des Landtages, der allerdings nach einem oktroyirten Wahlgesetze mit allen möglichen Hemmungen gewählt worden war, *daß sie jetzt erst $1^{11}/_{312}$ Kreuzer pro Zentner heben dürfe*, während, wenn die ganze Strecke ausgebaut wäre, ihr ein Zoll von $2,^{4575}$ Kreuzer per Zentner erlaubt sei und die getreuen Stände klagten deshalb mit, und es ist nur ein Einziger gewesen, der auch einen andern Gesichtspunkt hatte: „noch mehr liege die Schiffbarmachung der Lahn in dem Interesse des Verkehrs und der Landeseinwohner, als in jenem des Fiskus.“

Erst im Jahre 1857 forderte die Regierung die Bewilligung

eines Kredits, um die angefangenen Arbeiten rasch zu Ende führen zu können und motivirte diese Anforderung, wie aus dem Berichte der Finanzkommission des Landtags hervorgeht, mit den Worten: „die Absicht ist, sobald als möglich in den vollen Bezug der Lahnschifffahrtsabgaben zu gelangen.“

Die Stände genehmigten die Regierungsvorlagen, nicht ohne allerlei Ausstellungen, die aber nur Details der Ausführung betrafen und an das bereits bestehende Projekt des Baues einer Lahneisenbahn anknüpften. Ausstellungen gegen die Art und Weise der Bauten und Beschwerden über Verletzungen Einzelner und ganzer Gemeinden, oft nur über die angebliche Nichtberücksichtigung derselben waren in den Kammern der Kleinstaaten überall, aber besonders in Nassau an der Tagesordnung. Waren doch in den kleinen Wahlbezirken (Aemtern) von 12—20,000 Einwohnern häufig die Chancen der Kandidaten davon abhängig, welches Wegprojekt der eine oder andere zur Sprache gebracht hatte oder noch zu bringen versprach. Bei der Regulirung der Lahn kamen öfters Anlagen zur Sprache, die allerdings für die Interessenten von großer Wichtigkeit waren, die aber von einer einsichtsvollen Bauverwaltung und Regierung vor allem mußten berücksichtigt werden. Es hat aber fast überall nach Erschöpfung aller Instanzen der Beschwerde an die Stände bedurft, um die Ansprüche gegen die Regierung durchzusetzen. Beispielsweise hatten viele Gemeinden, die an der Lahn liegen, nutzbares Gemeinde- oder Privatland auf der anderen Seite des Flusses. Zu dessen Bau und Nutzung waren vielfach ungefährliche Durchfahrten hergestellt und seit unvordenklicher Zeit benutzt worden. Eine Austiefung des Bettes zerstörte diese Furten, und der Staat war wohl verpflichtet, für eine andere Anstalt des Trajektes zu sorgen. In dieser Richtung plaidirte jedes Mitglied der Stände für seinen Wahlbezirk oder seinen Wohnort. Es war eine Kirchthurms-, aber keine Landes-Interessen-Vertretung.

Zu Ende des Jahres 1858 betrachtete die nassauische Regierung die Lahnregulirung als vollendet, sie hob von nun an

den vollen Zoll auf der in ihrem Gebiete liegenden Strecke. Man hatte auch bereits im Jahre 1855 die allzu eng gerathene Schleuse bei Limburg in Uebereinstimmung mit der Konvention vom 16. Okt. 1844 über Schiffbarmachung der Lahn gebracht, man hatte erst versucht, die Schleuse durch Abkippen (Abhauen) der Seitenwände weiter zu machen, aber das harte Gestein (ein Marmor) ließ diese Arbeit kaum vorschreiten. Man mußte sich zum völligen Umbau entschließen und forderte dafür von den Ständen eine Summe von circa 50,000 Gulden. Bei ihrer Bewilligung war noch nicht einmal die Rede davon, woher solche absonderliche Erscheinungen kämen, daß Bauten der Art funfzehn Jahre nach der Ingebrauchnahme total abgelegt werden müßten. Die Regierung hatte sich eine Landesvertretung nach ihrem Sinne durch Oktroyirung geschaffen, die liberale Partei hatte sich der Wahlen enthalten. Das Publikum freilich erlaubte sich allerlei Aeußerungen über den geschickten Regierungsbaumeister; man trug sich mit allerlei Spöttereien und Witzen und es wurde vorgeschlagen, den Mann mit einer hohen Rente zu entschädigen, wenn er das Versprechen geben wollte, nicht mehr zu bauen.

Die ganze, der Regierungsbehauptung nach nunmehr vollendete Lahnregulirung war trotzdem nicht gerathen; es fanden sich immer noch gefährliche Stellen im Flußbett; der Leinpfad war an vielen Stellen noch nicht fertig gestellt, eine der Lahnschleusen so verkehrt angelegt, daß die Einfahrt in den Obergraben stets für Menschen und Schiff gefährlich blieb; niemals war das erreicht worden, was der Vertrag von 1844 als Minimum in Aussicht gestellt hatte, von dem weiter in dem genannten Vertrag angedeuteten Ziele einer gleichmäßigen Wassertiefe von 3 Fuß war nie mehr die Rede. Und noch vor der Zeit, daß die Lahn als schiffbar in dem Sinne betrachtet werden konnte, wie sie es heute in Wirklichkeit noch ist, war ihre Bedeutung zum großen Theile geschwunden.

Bereits im Jahre 1851 hatte man große Eisenbahnprojekte in Regierungskreisen entgegengenommen. Seit im Jahre 1838

die Taunusbahn von Frankfurt am Main über Mainz nach Wiesbaden konzessionirt und in den Jahren 1839 und 1840 zur Ausführung gekommen war, schien in dieser Richtung ein Stillstand eingetreten zu sein. Ein 1845 konzessionirtes Unternehmen einer Bahn von Wiesbaden resp. Bibrich nach Rüdesheim ging an innerer Unhaltbarkeit unter, eine kleine Zweigbahn der Taunusbahn, die Strecke Höchst-Soden, ist ohne Bedeutung gewesen und geblieben. Im Jahre 1851 aber tauchten Eisenbahnprojekte auf, die geeignet schienen, dem Herzogthum ein vollständiges System von Schienenstraßen zu geben und in der Zeit der großen Aktien- und Kreditschwindeleien, die dem 2. Dezember folgten, fand sich wohl das Kapital zu solchen Unternehmungen. Da aber drei Viertheile des Herzogthums von preußischen Landen umschlossen waren, so hätte man selbstverständlich solche Pläne in Gemeinschaft mit Preußen entwerfen müssen. Aber es war die Zeit der ersten Zollvereinskrisis; Nassau*) versuchte wieder einmal, wie oft schon vorher und nachher, mit seinen süddeutschen Bundesgenossen gegen die Stimme des ganzen Landes in österreichischem Interesse dieses einzige staatliche Werk deutscher Einheit zu zerstören.

Dieses Verhalten des kleinen Nassau ist oftmals geschildert worden; es ist eine Ursache seines Untergangs gewesen, weil es auf einer Verkennung seiner wirklichen Interessen beruhte. Die nächste Wirkung war, daß große Eisenbahnprojekte darum nicht zu Stande kamen und solide Gesellschaften konnten hier kein Terrain für ihre Unternehmungen finden. Fremde Schwindler, Abenteurer, pessimae memoriae, mit ausländischen Titeln und Orden, hatten dagegen von jeher viel Glück und viel Theilnahme gefunden; und so geschah es auch hier, daß eine englisch-französische Gesellschaft, an deren Spitze zum Theil nicht gerade die solidesten Namen standen, die Konzession zum Bau einer Eisen-

*) Ich verstehe hier unter „Nassau" die Dynastie. Denn ein Land Nassau oder einen nassauischen Volksstamm hat es niemals gegeben. Die Bevölkerung besteht aus Franken, Katten und Westphalen.

bahn von Wiesbaden nach Niederlahnstein erhielt, d. h. bis zur Landesgrenze nördlich am Rhein. Die Bahn konnte nicht existiren ohne den weiteren Anschluß auf preußischem Gebiete. Der aber blieb aus, weil das souveräne Herzogthum in wirthschaftlichen Dingen mit dem souveränen Königreich Preußen Krieg führte; in Folge davon verlor die ohnedem nicht sehr kreditwürdige Gesellschaft ihren Kredit; sie konnte das angefangene Werk nicht vollenden trotz verschiedener Versuche, ihr die Hülfe des Staats durch Zinsgarantie und garantirte Obligationen zuzuwenden. Die Konzessionsurkunde war vom 23. Juni 1853 datirt gewesen, am 14. Oktober 1858 wurde dieselbe zurückgenommen. Der Staat hatte bereits in den Jahren 1856 und 1857, da die Bahn längs des Rheins noch von der erwähnten Aktiengesellschaft gefördert wurde, und während er wegen gleichzeitiger Uebertragung auch des Baues der Lahnbahn an diese überall verrufene, aber in Hofkreisen immer noch geschützte Gesellschaft unterhandelte, von dem Rheine lahnaufwärts eine kleine Strecke Eisenbahn selbst gebaut. Zunächst nach Ems, um diesen weltberühmten Kurort mit dem Rheine wenigstens in Verbindung zu bringen, dann etwas weiter bis Nassau, dem Geburtsort des großen Freiherrn Karl vom Stein.

Die Gesellschaft, die demnächst die ganze Lahnbahn von der Grenze bis zur Mündung in den Rhein übernehmen sollte, würde nach der Absicht der Regierung die auf diese Bauten verwendeten Kosten zu ersetzen gehabt haben. Die Gesellschaft aber, der man noch im Jahre 1857 eine hohe Zinsengarantie bewilligt und zugleich mit der Konzession der Lahnbahn ein nicht zu verachtendes Geschenk gemacht hatte, wurde bereits 1858 offiziell für bankerott erklärt, und sie war es in der That lange schon. Immer noch ohne Verständigung mit Preußen über die Anschlüsse lahnaufwärts und lahnabwärts war der Staat gezwungen, die begonnenen und vollendeten Arbeiten zu übernehmen und auf Staatskosten zu bauen. Die Stände hatten dazu nach langer Verhandlung ihre Einwilligung gegeben, es blieb eben nach allen Mißgriffen der

Regierung nichts Anderes übrig. Außerdem hatte man ja schon ein Stückchen auf Staatskosten probeweise versucht; die Techniker des Regierungskollegiums hatten nämlich unter sich einen Kollegen gefunden, der auch Eisenbahnen bauen konnte. Das war aber wieder leider der Meister jener Limburger Lahnschleuse, die zu eng war, um das Erforderliche zu leisten. So ist denn auch die Eisenbahnstrecke längs der Lahn von Oberlahnstein bis Ems ebenso oder ähnlich geworden und die Pläne zum Weiterbau versprachen ein vollständig übereinstimmendes Resultat. Techniker haben später unverholen zugestanden, daß einzelne im Plane bereits festgestellte Strecken mit Lokomotiven absolut nicht zu befahren gewesen sein würden.

Man mußte nun bei den Ständen die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel beantragen; da mochte man sich wohl gescheut haben, ohne feste Pläne und ohne Kostenüberschlag hervorzutreten; man hatte auch bereits Stimmen vernommen über das Werk des berühmten Wasserstraßen- und Eisenbahnbaumeisters; kurz man war einmal gezwungen, aus dem nassauischen Schlendrian hervorzutreten. Das nöthigte zum Engagement eines Technikers, der bereits tüchtige Proben abgelegt; er war Landeskind von Geburt, aber nicht geläutert und erprobt in den Staatsprüfungen der Regierungsweisen, sondern in der praktischen Schule des ersten deutschen Eisenbahntechnikers, des Oberingenieurs von Denis, zuletzt in München. Nun ging es einmal wirklich rasch mit dem Bau, die Rheinbahn wurde vollendet, die von dem Regierungsbaumeister zum Glück für das Land nicht weiter als von Lahnstein nach Nassau angelegte Lahnbahn wurde korrigirt und ausgebaut und im Wesentlichen Alles bis zum Jahre 1862 zu Ende geführt. Durch Staatsvertrag vom 8. Februar 1860 hatten sich die herzoglich nassauische und königlich preußische Regierung endlich über Fortführung der Bahn von Oberlahnstein nach Koblenz geeinigt und gleichzeitig die Konzessionen zum Bau der Bahn von Köln nach Gießen und von der nassauischen Landesgrenze bis nach Wetzlar gegeben. Damit war dieser Eisenbahn-

krieg endlich erledigt; Nassau aber erhielt seine Eisenbahnen dadurch später und statt des direkten Wegs nach Köln einen Anschluß an Koblenz und statt des Baues durch eine Privatgesellschaft gegen eine etwaige geringe Zinsgarantie eine Staatsbahn, die nicht viel mehr rentirte als die Hälfte des zur Verzinsung der Eisenbahnschuld nöthigen Bedarfs.

Nun konkurrirte längs der ganzen Lahn die Eisenbahn mit der Schifffahrt. Die Eisenbahnverwaltung setzte ihre Tarife niedrig, die Schiffer folgten; die Direktion ging weiter, die Schiffer mußten nach, und während so auf der einen Seite der Staat als Eigenthümer und Verwalter der Staatsbahn den Schiffern die Frachtsätze herabdrückte, belästigte er sie auch noch durch Schifffahrtsabgaben; die Lahnschifffahrt war bald beschränkt auf den Transport von Erzen und Mineralien, deren Lagerstätten nahe am Ufer, aber nicht bequem zur Abfahrt nach einem Bahnhofe gelegen waren; sie verkümmerte immer mehr, und mit halben Maßnahmen, als Herabsetzung der Lahnzölle, Aufhebung der Zölle für Frachten zu Berg, war ihr nicht mehr zu helfen. Vom 1. Juli 1866 ab wurde die Zollerhebung ganz aufgegeben, ein letzter Akt der verschwundenen Regierung, der wohl nicht mehr im Stande sein wird, den Wasserverkehr zu beleben, bis vielleicht bei reicherer Entwickelung des Verkehrs die Massentransporte derart zunehmen, daß wieder eine Theilung zwischen Eisenbahn und Wasserstraße nothwendig wird.

Die Eisenbahnlinie zwischen Oberlahnstein und Nassau und ein Theil der Lahnkorrektur sind Werke eines und desselben Baumeisters. Zwischen dem Rheine und Nassau liegen Kurven, daß eine Fahrt mit schweren Zügen unmöglich, jedes Fahren nur mit Materialverschleiß möglich und bereits ein totaler Umbau dieser Strecke nothwendig geworden ist. Bei Nassau liegt die sogenannte Hollericher Schleuse, deren Kanal fast unerreichbar oder wenigstens bei gutem Wasserstand nur mit Gefahr für Leben und Eigenthum erreicht werden kann und dazu noch von Zeit zu Zeit durch Einsturz der Seitenmauern gänzlich unfahrbar wird, so daß

dann einige Tage oder Wochen oft bei günstigstem Wasserstande die ganze Schifffahrt gehemmt ist.

Auch an andern Stellen des Flusses sind ähnliche kleinere Hemmnisse immer noch vorhanden; der alte büreaukratische Schlendrian und die unantastbare Weisheit der Regierungstechniker hatten es so weit gebracht, daß ein bäuerlicher Abgeordneter, Namens Jost Schmidt, einst in öffentlicher Sitzung der Stände des Herzogthums der Regierung den Rath gab, künftig bei ihren Wasserbauten nicht blos Techniker, sondern auch „Sachverständige" beizuziehen. Er meinte damit etwa, die Techniker möchten wohl die Schleuse bauen können, daß sie aber auch brauchbar sei, dafür könnten sie nicht einstehen, das wisse ein Schiffer besser zu beurtheilen, und der Mann hatte hier nicht so unrecht.

Die Korrekturen haben allerdings eigentlich nie ganz aufgehört, was anzuerkennen ist, aber der Kleinstaat, der so viele Arbeitskräfte hatte und sich um Details bekümmern konnte, litt so häufig Schiffbruch an dem Wollen oder den Fähigkeiten der Beamten, die nach allen andern Rücksichten eher als nach ihrer Qualifikation gewählt wurden.

Im Anfange der 1860er Jahre wurden Beschwerden laut über eine der Schifffahrt auf der Lahn sehr hinderliche Untiefe bei Staffel, einem Dorfe etwas unterhalb der Bischofsstadt Limburg. Durch Ausbaggerung des Flußbettes war leicht Abhülfe gewährt und sie sollte auch vorgenommen werden. Die Gemeinde aber erhob Einsprache dagegen und verlangte als ihr Recht, daß an dieser Stelle keine Aenderung des Flußbettes vorgenommen werde, weil sie daselbst eine Furt habe, deren sie bedürfe, um zur Feldbestellung u. s. w. in die jenseits der Lahn gelegenen Theile der Gemarkung mit Vieh und Wagen gelangen zu können. Es war kein Zweifel, daß die Gemeinde Anspruch auf Berücksichtigung hatte, und es wurde Seitens der Regierung die Lokalverwaltungsbehörde, das herzogliche Amt zu Limburg, mit den einschlagenden Verhandlungen beauftragt. Der Amtmann, der

damals dort statthalterte, war nicht mehr jung, hatte sich in die Gewohnheit einer maschinenmäßigen Arbeit eingelebt und konnte nicht mehr heraus. Sollte von ihm eine Entscheidung ausgehen oder eine Auskunft eingeholt werden, so setzte er sich mit der Fachbehörde oder mit seinen Untergebenen, den Gemeindebeamten in Schriftwechsel, und aus den einlaufenden Schreiben und Berichten konstruirte er sich seine Ansicht und sein Wissen. So leicht wurde es ihm aber hier nicht. Er hatte Auftrag zu vermitteln zwischen der Wasserbaubehörde, die das Interesse der Schiffbarmachung der Lahn vertrat, und der Gemeindebehörde, die das Interesse ihrer bäuerlichen Genossen verfocht; er konnte daher weder den Wasserbaumeister ersuchen, ihm seine Ansichten von der Sache mitzutheilen, noch den Bürgermeister von Staffel zum Bericht auffordern. Darum blieb die Sache liegen und so oft sie von der einen Seite angeregt wurde, fiel die Verhandlung wegen des Widerspruchs des andern Interessenten. Nach verschiedenen Monitorien und endlich dringenden Befehlen mußte der Amtmann aber doch vorschreiten. Ohne Bericht und ohne Akten überhaupt ließ sich jedoch nichts machen, und darum schrieb er in Ermangelung anderer sachkundiger Personen offiziell an den Pfarrer des Orts, um von diesem die nöthige Information zu beziehen. Der Pfarrer scheint seine Thätigkeit in nützlicher Richtung verwerthet zu haben; denn die Lahnvertiefung kam zu Stande und die Gemeinde erhielt, in Folge geistlichen Beistands, statt der Furt eine auf Staatskosten zu unterhaltende Fähre.

Nicht immer mag es so gut gegangen sein; Vieles ist unterblieben, weil der Mann nicht zu finden war, der entschieden nach reiflicher Prüfung auf einem Plane beharrte; mit dem Vonsichschieben hatte man die kleinste Arbeit und Verantwortlichkeit.

Die Lahn ist nunmehr bis auf ein kleines Stückchen im Großherzogthum Hessen, das aber mit der Provinz Oberhessen nun auch zum norddeutschen Bunde gehört, ein preußischer Fluß. Man wird nicht vergessen, demselben die einmal nach langen

harten Geduldproben erzielte Schiffbarkeit zu erhalten; die dem freien Verkehr huldigenden Gesetze des preußischen Staates, vor allem das alle Hemmnisse feudaler Institutionen und fiskalischer Bedrückung ausschließende Bergrecht werden die Produktion der Mineralien im Lahnthale in ungeahntem Maße heben, in die Seitenthäler des Flusses (bei zweien ist schon der Anfang gemacht) wird man Zweigbahnen legen; und es wird die Zeit kommen, wo Eisenbahn und Schifffahrt einander ergänzend die Reichthümer auch weiland nassauischer Erde auf den Weltmarkt fördern.

So unfähig dieser rheinische Kleinstaat war, wirkliche Politik zu treiben, ebenso unhaltbar war die Meinung, er könne statt dessen in der Verwaltung und in der Förderung materieller Interessen seine Berechtigung nachweisen und seine Unterthanen entschädigen. Seine Ohnmacht wurde darin offenbar, als der moderne Verkehr Anstalten erforderte, die innerhalb der künstlichen Schranken bunter Vielherrschaft nicht errichtet werden konnten. Dampfmaschinen, Eisenbahnen und Telegraphen haben, weil sie Blick und Willen für große Beziehungen des Staatslebens erfordern, die meisten unserer Kleinstaaten in nicht geringerem Grade zerstört, wie die geräuschvollen Vorgänge, die man sonst unter dem Begriff großer geschichtlicher Aktionen begreift. Nassau ist unter den nächstbenachbarten Opfern des Jahres 1866 nur ultimus inter pares, aber seiner kompendiösen Uebersichtlichkeit wegen hat es noch den Vorzug, in der politischen Pathologie Deutschlands das zu sein, was die Aerzte einen „schönen Fall" nennen.

Deshalb möge man auch diesen Versuch einer pragmatischen Darstellung des „schönen Falles" mit Nachsicht aufnehmen.

VIII.

Nassau im Kampfe mit dem preußischen Thaler.

Ein Beitrag zur deutschen Münzgeschichte.

Wie u: glückselig ist der Mann,
Der unterläßt das, was er kann
Und unterfängt sich, was er nicht versteht.
Kein Wunder, daß er zu Grunde geht.
Goethe.

Vor den Feldzügen des Jahres 1866, die dem deutschen Staate Preußen so schöne Länder und vor allem die nöthige Achtung erworben haben, lange vor dieser Zeit war schon der preußische Thaler still und geräuschlos ausgezogen auf Eroberungen gegen Osten und Westen, nördlich und südlich; von einem dieser Siegeszüge, dessen Geschichte mir näher liegt, will ich dem verehrten Leser erzählen. Es ist grade kein merkwürdiges Ereigniß, dessen Darstellung ich beabsichtige, aber doch ein kleiner Beitrag zum Verständniß der deutschen Entwickelungsgeschichte.

Was im Jahre 1866 geschehen, erscheint Vielen heute noch als ein unerwarteter Schlag des Schicksals, den Niemand von sich hätte abwehren können, unberechnet und unberechenbar, ein Sturm, der daher gefahren kam und Alles vor sich niederwarf. Aber was bestehen will, das muß auch schon einen Sturm aushalten können, man habe es denn aufgerichtet in der Region

ewiger Windstille. Wenn der Apfel vom Baume fällt, ist er entweder reif oder wurmstichig, der Wind hat seinen Sturz beschleunigt; der Fall selbst aber war naturnothwendig!

Die 1866 gefallenen deutschen Souveränetäten — es dürften darunter auch solche zu rechnen sein, die anscheinend noch stehen — hatten schon lange vor diesem gesegneten Sturm sehr harte Kämpfe bestanden um ihre Souveränetät und waren nicht unverletzt daraus hervorgegangen. Der Mantel staatlicher Selbständigkeit und fürstlicher Souveränetät hatte schon lange arge Löcher erhalten und die Lappen, die man darauf klebte, reichten nicht aus, um die defekten Stellen unsichtbar zu machen. Wir werden, wenn wir Alles objektiver und ruhiger betrachten, vielleicht noch lange, lange Zeit in der Geschichte deutscher Kleinstaaterei tausend Umstände und Ereignisse auffinden, die uns klar machen, wie Alles so kommen mußte, weil der Begriff des Staates längst auf diese nur äußerlich staatenähnlichen Gebilde nicht mehr anzuwenden war. Und mit seltenem Geschicke haben kleine deutsche Fürsten und Staatsmänner in diesem Kampfe gegen die Windmühlen immer dahin gehauen und gestochen, wo kein Feind stand. Die äußere Politik, das Recht des Kriegs und des Friedens, die Gesetzgebung in Handels- und Verkehrssachen, war den Prärogativen dieser Kronen abhanden gekommen; desto gewaltiger meinte man in der Verwaltung zu sein, bis auch hier gemeinsame Maßregeln aller, widerwillig eingegangen, der Willkür gewisse Schranken setzten. Man hatte sich stets in dem Wahn erhalten, daß nur eine kleine Zahl von böswilligen Leuten beständig an dem Zwergstaate bohrten, um seinen Untergang zu beschleunigen und sah nicht, wie die ganze Richtung der Zeit, wie Kultur und Sitte, Bildung und Wissen, Handel und Verkehr einträchtig an den bunten Grenzpfählen unserer vielen Vaterländer rüttelten.

Wo war da die Souveränetät geblieben, als man nicht einmal mehr eine Eisenbahn nach eigenem Belieben bauen konnte, weil der böse Nachbar anders wollte, und diese Eisenbahn

nun doch innerhalb der Landesgrenzen nicht existiren konnte? Wo war die Machtvollkommenheit, wenn man Zünfte und dergleichen Zopf abschaffen mußte, weil die benachbarten Städte und Städtchen unter dem Schutze der Gewerbefreiheit die Kundschaft des ganzen Ländchens gewonnen hatten?

Und gar, wo war die Souveränetät hingekommen, als man nicht mehr seine eigenen Münzen schlagen sollte, sondern in Schrot und Korn, in Durchmesser und Dicke, in Avers und Revers sich bestimmten Vorschriften beugen mußte?

Dafür konnte auch das Symbol der Münzhoheit, der Kopf des Regenten auf dem Avers nicht entschädigen. Der Unterschied war einmal verschwunden zwischen dem großherzoglich hessischen und dem herzoglich nassauischen Gulden.

Und endlich, das ist die Ironie der Geschichte, mußte der souveräne Herzog von Nassau sein eigenes Bildniß auf den Avers des verhaßten preußischen Thalers setzen. Das war die Eroberung, die der preußische Thaler gemacht hat.

Bei weitem der größte Theil der Grenzen des ehemaligen Herzogthums Nassau stößt auf preußische Lande und es war natürlich, daß sein Handel und Verkehr dahin ging; wenn das kleine Land seine Produkte bei dem großen Nachbar absetzen wollte, so mußte es sich naturgemäß diesem bequemen, sonst hätte der Nachbar andere Bezugsquellen aufgesucht. Darum geschah es ohne Wunder, daß man bald in allen Landestheilen, mehr oder weniger, je nach der Lage, viel, ja fast ausschließlich preußisches Geld in Verkehr sah, zumal ein nassauisches Geld, insbesondere Scheidemünze, nicht in hinlänglicher Menge vorhanden war. Das war ein faktisches Eindringen in die Souveränetätsrechte des Staates Nassau und man bestrebte sich, dem entgegenzuwirken, weil man im Ernst glaubte, daß das Gesetz und das Gepräge und nicht der innere Werth der Münze Geltung verschafften.

Der preußische Münzfuß ist von 1764 bis zur allgemeinen

deutschen Münzkonvention vom 24. Januar 1857 unverändert derselbe geblieben.

Wie bereits das Münzedikt vom 29. März 1764 anbefiehlt, wurden bis 1857 aus der Kölnischen Mark fein Silber 14 Thaler ausgeprägt.

Seit der Noth des siebenjährigen Krieges ist es, unseres Wissens, nicht mehr vorgekommen, daß eine geringhaltige Kourantmünze unter preußischem Stempel geschlagen worden.

Es herrschte ein allgemeines Vertrauen in die Gewichtigkeit und Legirung des „preußischen" Thalers. So heißt der Thaler des erwähnten Münzfußes in ganz Süd- und Südwestdeutschland, mag darauf der König von Hannover oder auch der Kaiser von Oesterreich abgebildet sein.

Das Herzogthum Nassau, zur Zeit seiner Konstituirung von nicht mehr als etwa 350,000 Einwohnern bewohnt, hatte seine eigene Münzstätte und seine eigene Münzdirektion; die Prägung beschränkte sich hauptsächlich auf die s. g. Kronenthaler, auf Zwanziger oder Eindrittelguldenstücke des 20-Guldenfußes und auf Scheidemünze. Es galt rechtlich und dem Namen nach der süddeutsche s. g. 24-Guldenfuß, der aber in Wirklichkeit schon der $24^1/_2$-Guldenfuß geworden war. Die erwähnten Zwanziger, im Lande Sechsbätzner oder Kopfstücke genannt, galten 24 Kreuzer rh.

Mit einer Ministerialverordnung vom 29. Juli 1818 eröffnete die nassauische Regierung den Kampf gegen den fremden Eindringling. In der Verordnung aber lag schon ein Bekenntniß der schlimmen Position, in welche die Münzherrlichkeit gerathen: sie motivirte ihr Erscheinen mit dem „immer häufigeren Vorkommen" des preußischen Geldes, das nach „Bericht der Münzdirektion" im Verhältniß zum Konventionsgeld (24-Guldenfuß) nur einen innern Gehalt von 1 fl. 42 kr. pr. Thaler habe. Es wird darum verordnet, daß der preußische Thaler im Verkehr und bei öffentlichen Kassen nur anzunehmen sei zu 1 fl. 42 kr., der Dritteithaler zu 34 kr. u. s. w. Dem Verkehr

ließ sich nun so etwas nicht gebieten, weil er seine Gesetze von einer höheren Macht empfängt als der Regierung eines Staates von etwa 350,000 Menschen; aber auch die öffentlichen Kassen scheinen nicht unempfindlich gewesen zu sein gegen die zwingenden Umstände. Thatsache ist es, daß auch sie das preußische Geld zu einem höheren Kourse annahmen, als es das Gesetz wollte, und sie entschuldigten sich damit, daß dies zur Erleichterung der Abgabenpflichtigen geschehe. In Wahrheit mochten wohl kaum so humane Rücksichten obgewaltet haben, sondern die Ueberzeugung, daß dieses so verschrieene Geld gut und überall zu dem Kours anzubringen sei, den es im Verkehr sich errungen hatte.

Wenn man allerdings grobe Silbermünzen im 24-Guldenfuß ausmünzte und den Gulden in 60 Kreuzer theilte, so hatte der nassauische Münzmeister darin Recht, daß dann der Thaler des 14-Thalerfußes nur 102 und ein Bruchtheil Kreuzer werth sei; aber alle süddeutschen Münzen waren bereits geringhaltiger geworden, so daß die gesetzliche Einführung des $24^1/_2$-Guldenfußes im Jahr 1836 nur die Sanktion des bestehenden Zustandes war.

Demgemäß hatte der Thaler im ganzen Herzogthum den Kourswerth von 1 fl. 45 kr. und da, wo auch die Unterabtheilungen des Thalers $^1/_3$, $^1/_6$ und $^1/_{12}$ koursirten, galt der Thaler gar meistens 108 Kreuzer, weil auf diese Weise auch die gebräuchlichen Unterabtheilungen desselben sich in Kreuzern ohne Brüche ausdrücken ließen. Bei der ausschließlichen Cirkulation dieses Geldes in einem bestimmten Bezirk war diese besondere Valvation ohne Nachtheile. Diese traten nur da ein, wo zweierlei Geld im Verkehr sich traf, also auf den Grenzen der einzelnen Gebiete.

Nicht ein Jahr war verflossen nach dem ersten Edikt gegen den eroberungslustigen Thaler, da mußte die nassauische Regierung schon am 12. Juni 1819 den Vollzug der Verordnung, daß der preußische Thaler nur 102 Kreuzer werth sein solle, während

ihn alle nassauischen Unterthanen je nachdem auf 105 oder 108 schätzten, auf das strengste einschärfen.

Daß auch diese Verschärfung vergeblich war, ließ sich leicht einsehen, und da alle öffentlichen Kassen nicht blos einzunehmen hatten, sondern auch ausgeben mußten, ein jeder aber, der dort Geld zu empfangen hatte, den blanken Thaler gern zu 105 Kreuzer annahm, so war es unthunlich, die Kassenführer anzuhalten, soweit ihre Einnahme nicht grade an eine Hauptkasse abgeliefert werden mußte, das allgemein gangbare Zahlungsmittel zurückzuweisen. Die Habgier hat aber oft nicht ohne Erfolg dem armen Manne gegenüber versucht, ihm unter Hinweisung auf das Gesetz seinen Steuerthaler zu 102 abzunehmen, um ihn demnächst zu 105 auszugeben und aus der kleinstaatlichen Münzpolitik einen Nutzen von 3% zu ziehen.

Die Gesetzgebung ruhte im Gefühl ihrer Ohnmacht oder in dem Bewußtsein, daß sie ihre Schuldigkeit gethan, volle sieben Jahre; aber die Verhandlungen der nassauischen Landstände, der Herrenbank und der Landesdeputirten, sind voll der Beschwerden über diese Münzverwirrung und die dadurch ermöglichte Ausbeutung der Armuth der Steuerzahler und der aus öffentlichen Kassen bezahlten Angestellten, Arbeiter und Lieferanten.

Die Verordnung vom Jahre 1818 trug die Rubrik den „Kours des königlich preußischen Geldes in dem Herzogthum Nassau betreffend," sie wendet sich nicht blos an Rechner und Verwalter öffentlicher Kassen, sie bringt „gegenwärtige Verfügung zur Darnachachtung und Bemessung der mit der Polizeiaufsicht beauftragten Behörden" zur öffentlichen Kenntniß; sie ist ein Polizeigesetz, das das Annehmen und Ausgeben des Thalers zu einem andern Kours verbietet.

So weit ist man in der Folge nicht mehr gegangen; man ließ davon ab, dem Publikum befehlen zu wollen, wie es sein Geld schätzen solle, man erließ nur noch Verfügungen an die öffentlichen Kassen und deren Rechner.

Eine Ministerialverordnung vom 15. April 1826 (den

Kours des königlich preußischen Geldes in den öffentlichen Kassen des Herzogthums betreffend) hebt an:

„Seine herzogliche Durchlaucht haben auf die Anträge der Stände des Herzogthums gnädigst zu genehmigen und zu beschließen geruht, daß die königlich preußischen Thalerstücke und zwar der ganze Thaler zu 1 fl. 44 kr., der $^1/_3$ u. s. w. bis auf weitere Verfügung in allen öffentlichen Kassen des Herzogthums angenommen und ausgegeben werden, geringere Geldsorten (als $^1/_6$) aber ganz hiervon ausgeschlossen bleiben sollen."

Damit hatte man einen großen Theil des Kampfgebietes geräumt, den Einfluß auf den Privatverkehr durch Valvation der Geldstücke aufgegeben; man hatte den in der Verordnung vom 29. Juli 1818 angezogenen Bericht der Münzdirektion, wonach der preußische Thaler nur einen innern Werth von 1 fl. 42 kr. habe, Lügen gestraft und bekannt, entweder daß er mehr werth sei, oder daß die Landesmünze schlechter geworden, oder beides zugleich.

Der Kampf des Thalers gegen die Landeswährung dauert denn auch ruhig fort; der Thaler rollt durch die Hände der fleißigen Bauern, die ihr Getreide und ihr Schlachtvieh nach Preußen absetzen, und der Bergarbeiter, welche die Erze des reichen Landes zur Verhüttung auf niederrheinischen Werken fördern. Aller Welt ist der Thaler eine genehme Münze, aber die öffentlichen Kassen sollen ihn nicht nehmen zu seinem Werth und belästigen dadurch die Steuerzahlenden.

In einem großen Theile des Herzogthums war der Thaler die Hauptmünze geworden, er wurde dort zu 108 Kreuzer gerechnet und man gab deshalb auf das effektive Guldengeld ein Agio von $1^1/_2$ bis 2 Kreuzer.

Das ungehinderte Vordringen, die allgemeine Geltung des Thalers wurde wiederum offiziellerweise zugestanden und anerkannt in einer Verordnung vom 2. November 1832:

„Seine herzogliche Durchlaucht haben zu beschließen geruht, daß der Kourswerth der königlich preußischen Thalerstücke bei

den öffentlichen Kassen von 1 fl. 44 kr. auf 1 fl. 45 kr. gesetzt werde" u. s. w.

Es wurde also verfügt, daß der Thaler an öffentlichen Kassen gelten solle, was er werth war; daß dieses Zugeständniß aber nur ein erzwungenes war, geht aus dem Zusatz hervor, wonach preußische Kassenscheine auszuschließen seien. Von einem ehrlichen Bestreben, die Verkehrsbeziehungen zu dem Nachbarlande zu regeln und zu heben, war nicht die Rede, und doch wäre es schon zu der Zeit gerathen gewesen, dem in materieller Entwickelung mächtig voranschreitenden Staate auch in der Handels- und Verkehrspolitik die Führerschaft zuzugestehen.

Wir kommen in die Zeit des Kampfes gegen die Gründung des Zollvereins, eine Zeit des Kampfes zwischen dem dynastischen Interesse und der materiellen Wohlfahrt des Volkes. Es war dem Herzogthum Nassau vorbehalten, bis zuletzt den Eintritt in dies erste rein deutsche Bündniß zu verschieben, ihm war es vorbehalten, im Widerspruch mit der ganzen Bevölkerung sein eigenes Grenzzollsystem aufrecht zu erhalten und das Land auf das Aeußerste zu schädigen, um der Unterordnung unter ein wirthschaftliches Ganze zu entgehen, dessen Führerschaft, freilich eingeschränkt durch das liberum veto jedes Einzelnen, Preußen zufiel. Dieselbe nassauische Regierung hat sich nicht gescheut, als schon die meisten süddeutschen Staaten dem Zollverein beigetreten waren, am 19. September 1833 einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen, der es ihm unmöglich machen, d. h. einen Vorwand dafür abgeben sollte, dem Zollvereine nicht beizutreten. Die Geschichte dieses wunderbaren Vertrages und seiner Aufhebung ist des Lesens werth, eine Staats- und Kabinetsgeschichte aus einem Kleinstaate, voller Unverstand und zugleich voll humoristischer Züge. Sie findet sich im ersten Bande der gegenwärtigen Sammlung.

Am 10. Dezember 1835 kam der Anschluß an den Zollverein endlich zu Stande, und es enthielt der am 1. März 1836 publizirte Vertrag in Art. 11 eine Bestimmung über die Annahme

der Münzen aller kontrahirenden Staaten an allen Hebestellen des Zollvereins nach einer zu vereinbarenden Valvationstabelle. Diese Tabelle wurde dann unter dem 23. April 1836 verkündigt, sie setzt das Verhältniß der Thaler zu den Gulden fest = 4 : 7.

In weiterer Folge des Zollvereinsvertrags und seines Artikels 11 entstand die Münzkonvention vom 25. August 1837 zwischen den süddeutschen Staaten, basirt auf den 14½-Guldenfuß, der faktisch schon fast überall eingeführt war. Man wollte auf solche Weise die Verständigung mit den norddeutschen Staaten des 14-Thalerfußes anbahnen. Dem Herzogthum Nassau und seiner Regierung hätte es damals wohl angestanden, die Frage in Berathung zu ziehen, ob nicht der Uebergang zur Thalerwährung nützlicher sei, da die Hälfte des Landes, der ganze Theil nördlich der Lahn, fast nur preußisches Geld cirkuliren ließ, die groben Silbermünzen dieser Währung sich aber überall eingebürgert hatten. Man blieb aber bei dem Gulden.

Am 30. Juli 1838 kam die sogenannte Dresdner Münzkonvention zum Abschluß, wonach sämmtliche Zollvereinsstaaten als Grundlage ihrer Ausmünzungen die bereits anerkannte Kölnische Mark = $^{233}/_{855}$ Gramme annahmen und daraus, je nachdem, im Vierzehnthaler- oder im Vierundzwanzigundeinhalb-Guldenfuß auszuprägen versprachen. Nassau nahm den Guldenfuß an. Der Thaler jedoch behauptete wiederum seine Superiorität über den Gulden und die gemeinsam dem erwähnten Abkommen gemäß zu prägende Vereinsmünze läßt dies auch offiziell anerkennen.

Die Vereinsmünze, der Doppelthaler, läßt die Einheit des einfachen Stückes nur doppelt erscheinen, giebt aber keine Vervielfältigung des ganzen Gulden, sondern daneben noch einen Bruch. Aus diesem arithmetischen Verhältniß ergiebt sich schon, daß der Thaler als Münzeinheit große Ansprüche machte und daß ihm niemand mehr dieselben bestritt.

Die Staaten des Guldenfußes schlossen zwar bald darauf, im Jahr 1845 eine weitere Konvention, wie es hieß „zur weitern Ausbildung und Vervollständigung des süddeutschen Münzwesens," aber sie konnten sich damit nicht isoliren und das Bedürfniß einer Münzeinigung ließ sich nicht durch Kompromisse befriedigen, wie sie der Dresdner Vertrag bietet. Man hat sich bald wiederum zu einer Aenderung verstehen müssen, man wird auch weiter auf diesem Gebiete reformiren müssen; und der ganze Vorgang erinnert an den thierfreundlichen Hundebesitzer, der seinem treuen Hündchen zur Verschönerung die Ohren stutzen lassen wollte. Um seinem Thiere nicht zu wehe zu thun, ließ er ihm die Ohren nach und nach beschneiden.

Aus der langen Zollvereinskrisis der Jahre 1852 und 1853, während welcher Nassau sich wieder heftig gegen dieses preußische Institut sträubte, um endlich hoffnungslos seinen Beitritt zu vollziehen, ging der Handels- und Zollvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich hervor, der dann auch in seinem Art. 19 eine allgemeine Münzkonvention in Aussicht stellte. Mit ihrer Ausführung schließt die Geschichte der deutschen Münzverhältnisse vorläufig.

Die allgemeine Münzkonvention kam unter dem 24. Januar 1857 zu Stande und führte für Nord- und Süddeutschland wie für Oesterreich das gleiche Münzgewicht ein, das Zollpfund = 500 Grammen, und verpflichtet daraus zu prägen, die Länder des Vierzehnthalerfußes dreißig Thaler, die Länder des süddeutschen Guldenfußes zweiundfünfzig und einen halben Gulden und Oesterreich, wo bis dahin noch der Zwanzigguldenfuß gegolten, fünfundvierzig Gulden. Ganz genau stimmte die Einheit des Dreißigthalerfußes nicht mehr mit der Einheit des Vierzehnthalerfußes und ebenso wenig der neue Gulden mit dem alten. Der alte Thaler war einige Hunderttheile eines Grammes schwerer an Silber als der neue und ein gleiches Verhältniß fand mit dem süddeutschen Gulden statt, aber der neue österreichische Gulden war etwa 5% leichter als der frühere. In

Oesterreich war also eine förmliche Münzveränderung nothwendig und sie ging dort vor sich unter gleichzeitiger Annahme des Dezimalsystems bei den Theilungen der Münzeinheit. Ohne große Umwälzung ist sie vollendet und wir glauben, daß es damals ebenso leicht gewesen wäre, zur vollständigen Münzeinheit zu gelangen wie zu dem Verhältniß 4 : 6 : 7 = Thaler, österreichischer Gulden, süddeutscher Gulden. Wiederum aber erscheint der Thaler, die Münze des verkehrsreichsten deutschen Landes, als die, nach welcher sich die anderen richten. Die Aenderung der österreichischen Münze geschah in der Richtung, sich dieser Einheit möglichst anzuschließen und hat dies insbesondere durch die Eintheilung des Guldens in 100 Neukreuzer nahezu erreicht. Der Silbergroschen ist gleich 5 Neukreuzer.

Allerdings besteht dieses Verhältniß nicht, so lange Oesterreichs Münze nur aus Papier besteht und alle Münzverträge nur auf dem Papier stehen. Weitaus die wichtigste Bestimmung dieses sog. Wiener Münzvertrags ist für unsere Betrachtung die Uebereinkunft, daß der Thaler des Dreißigthalerfußes als Vereinsmünze von allen kontrahirenden Münzherrschaften in gleichem Schrot und Korn und nach gleichem körperlichen Maße solle ausgeprägt werden. Der Thaler hat so seinen Eroberungszug gehalten und ist siegreich immer weiter vorgedrungen. Was konnte es dagegen nützen, daß im folgenden Jahre unter dem 7. August 1858 auch wieder über die Münzverhältnisse des süddeutschen Münzvereins paktirt wurde; der Thaler, der preußische Thaler hatte seinen Einzug in die Münzstätten aller deutschen Fürsten gehalten. Nicht Nassau allein hat dieses Schicksal erfahren; aber hier konnten wir die Fortschritte der fremden Währung, die Macht des Verkehrs, die Ohnmacht, wie nicht minder den Unverstand des kleinstaatlichen Gouvernements in Sachen der wirthschaftlichen Bewegung besonders eingehend konstatiren und Schritt für Schritt die Niederlagen verfolgen, die sich die Regierung in diesem donquixotischen Kampfe zuzog.

Der Vereinsthaler des Wiener Münzvertrags hat diesen

Namen nicht behalten, er heißt überall im Guldenlande noch heute der „preußische Thaler", und dahin ist es gekommen, daß dieselbe Regierung, die im Jahre 1818 im Gefühle der eigenen Souveränetät und eifersüchtig auf das Hoheitsrecht der Münze dem preußischen Thaler den Krieg bis aufs Messer erklärt hatte, infolge des Vertrags von 1857, also nach etwa vierzig Jahren selbst solche „preußische Thaler" schlagen mußte. Ein souveräner Herzog von Nassau setzte sein Bildniß auf den Avers eines „preußischen Thalers."

Wie viel Jahre müßten vergehen und wie lang müßte das Leben eines Volkes dauern, wenn es sich auf diese Weise alle Wohlthaten des staatlichen Lebens lothweise erkaufen wollte? —

Deshalb war es (mögen Leopold Sonnemann und Adam Trabert sagen, was sie wollen) die höchste Zeit, daß 1866 der Grundstein zur deutschen Nationaleinheit gelegt wurde.

IX.

Fuimus Troes.

Farbenskizze aus den letzten Tagen Nassau's.

Motto:
„Venit summa dies et ineluctabile tempus
Dardaniae; fuimus Troes; fuit Ilium et ingens
Gloria Teucrorum.“
Virgilii Aeneidos lib. II, vers. 324 et 325.

Ist der Vergleich gestattet, so hat am 4. November 1866 das Haus Nassau Walramscher Linie seine „Adieux de Fontainebleau“ gefeiert. Herzog Adolph hat sich von dem Reste seiner Armee verabschiedet. Und seine Armee, obgleich nur sechstausend Mann, lag ihm mehr am Herzen als das ganze übrige Bereich seiner fürstlichen Machtvollkommenheit. In dem Staatshandbuch des Herzogthums Nassau, welches jedes Jahr herausgegeben wurde, handelt das erste Kapitel von dem Hofstaate, das zweite von dem Militäretat; und letzteres Kapitel begann mit den Worten: „Das Oberkommando führen Seine Hoheit der Herzog Allerhöchstselbst.“ Auch von dem Truppenkommando hieß es: „Wird, so lange ein Generalkommandant der herzoglichen Truppen nicht ernannt ist, von Seiner Hoheit dem Herzog Allerhöchstselbst geführt und geht sonach im Oberkommando der Truppen auf. „Obgleich hiernach der Herzog Adolph einen großen Theil der Last des Kommandos auf sich genommen hatte, so existirten doch außer ihm ausweislich der offiziellen Angaben des gedachten

„Staatshandbuchs" nicht weniger als neun Generale, nämlich 1) der Generallieutenant Prinz August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, der nebenbei auch dirigirender Staatsminister war; 2) der Generallieutenant und Geheime Rath v. Hadeln, der mit dem Prädikat Exzellenz begabt war und die Erziehung des Herzogs geleitet hatte; 3) der Generalmajor Hieronymus v. Ziemiecki, der vor zwölf Jahren als fremder — österreichischer oder sächsischer — Oberlieutenant a. D. in das Land gekommen und schnell bis an die Spitze des Militärkabinets avanzirt war; 4) der Generalmajor Prinz Nikolaus von Nassau, Halbbruder des Herzogs, Präsident des Herrenhauses; 5) der Generalmajor Freiherr Anton v. Breidbach, früher Oberstallmeister des Herzogs, bekannt als geschickter Bienenzüchter; 6) Generalmajor Weiz; 7) Generallieutenant Hergenhahn; 8) Generalmajor Franz v. Holbach, Chef des Kriegsministeriums und persönlich bei dem Herzog sehr gern gesehen, weil er demselben die trüben Stunden der Herabstimmung, welche mit denen der Aufregung und Erhebung abzuwechseln pflegten, durch Anekdoten und Burlesken zu verscheuchen verstand und endlich 9) Generalmajor Roth, der direkt aus Spanien, wo er an der Spitze der Verpflegungskolonne einer Karlistenbande stand, hierher bezogen worden war, um in kürzester Frist vom Hauptmann zum Generalbrigadier aufzurücken, aber 1866 die Feldherrnkünste schuldig zu bleiben, die man sich von dem „ingenioso hidalgo" versprochen hatte.

Rechnet man nun den Herzog Adolph als zehnten hinzu, so kam auf je fünfhundert Mann Soldaten ein General. Gab die Kargheit der Landstände oder die Schranke, welche das (freilich auch oft genug verletzte) Finanzgesetz zog, keinen Raum für generalsmäßige Dotirung, so legte Herzog Adolph mit freigebiger Hand aus seiner Civilliste zu, was fehlte. Dasselbe Verfahren wurde eingehalten bei den oberen dem Herzog persönlich nahe stehenden Civildienern. Wo man damit nicht ausreichte, da griff man zur Stellenkumulation. Der Chef der

gesammten Forstverwaltung des Staats und der Gemeinden war auch Oberjägermeister des Herzogs. In ersterer Eigenschaft hatte er die Aufgabe, das von dem Staate, den Gemeinden und den Waldeigenthümern besoldete Forstpersonal zur gehörigen Führung der Verwaltung der Forsten anzuhalten und letztere zu schützen vor den Nachtheilen, welche aus der übermäßigen Hegung des Wildstandes erwachsen. In seiner Eigenschaft als Hofoberjägermeister dagegen hatte er die Aufgabe, in dem fürstlichen Leibgehege, das sich beinahe über das ganze Land erstreckte, Wild aller Art auf Kosten der Wald- und Landwirthschaft zu hegen und zu pflegen, damit der nobeln Jagdpassion der Hofdiener Genüge geleistet werde, und bei den Jagden das Forstpersonal und die Waldschützen als „herzogliche Jägerei" zu verwenden, obgleich dieselben dadurch ihrem eigentlichen Beruf, für welchen sie die Steuerpflichtigen und die Waldeigenthümer bezahlten, entfremdet wurden. Es gehört keine Prophetengabe dazu, zu errathen, wer unterliegen mußte, wenn der Forstverwaltungschef und der Oberjägermeister, welche als zwei Seelen in dieser einen Brust wohnten, mit einander in Kollision geriethen. Wenn aber die Bauern wegen Devastirung ihrer Aecker und Wiesen und die Gemeinden wegen schlechter Bewirthschaftung ihrer Waldungen und wegen Vernachlässigung des Waldschutzes durch die nur der herzoglichen Jagd nachgehenden Forstbediensteten lebhafte Beschwerden erhoben, welche auf dem Landtag ihr Echo fanden, dann versicherten die Hofdiener, das sei eine künstliche Agitation, hervorgerufen durch die „Fortschrittsadvokaten"; und das Hofblatt, welches redigirt wurde von einem durch den ausgedehntesten Gebrauch des fürstlichen Begnadigungsrechts gegenüber allen ihm wegen Ehrenkränkungen und Verleumdungen zuerkannten und noch in Aussicht stehenden gerichtlichen Bestrafungen hieb- und stichfest gemachten Literaten von eisernster Stirne, versicherte, nichts Besseres gäbe es für die Landwirthschaft als einen gehörigen Wildstand, denn die Saaten sproßten viel üppiger, wenn sie das Wild zuvor einmal bis auf den Stumpf

abgefressen habe. Herzog Adolph glaubte seinem Leibliteraten, den ihm der k. k. Ministerialrath Max v. Gagern von Wien geschickt hatte, mehr als seinem Lande und seinen Landständen — und Dank der Fürsorge des Oberjägermeisters konnte man auf einer Treibjagd 700 Stück Wild erlegen in Gegenden, welche 7000 Menschen per Quadratmeile durch Landwirthschaft ernähren sollten.

Gleiche Nachtheile wie die Aemterkumulation, namentlich die Vereinigung von widerstrebenden Hof- und Staatsämtern in einer Person, hatte die Kumulation von Staats- und von Civilliste-Gehalten. Die verhältnißmäßig sehr hohe Civilliste — sie betrug per Kopf der Bevölkerung mehr als einen Gulden —, welche, obgleich der Herzog Adolph für seine Person, außer einer feinen Cigarre, fast kein Luxusbedürfniß hatte, stets in Finanznöthen war in Folge der ungemessenen Ansprüche der „Getreuen"*), fühlte das Bedürfniß, auf die Staatskasse abzuwälzen; und so kam es, daß die Regierung immer höhere Gehalte und immer neue Stellen und Sinekuren bei dem Landtag verlangte, damit sie Leute, die der Civilliste zur Last fielen, mit ihrem Gehalte von deren Etat ganz oder theilweise auf denjenigen der Landessteuerkasse transferiren und statt Leute für Stellen, Stellen für Leute akquiriren könne. Die Landstände aber fingen endlich an, das Manöver zu durchschauen und setzten solchen Anforderungen den hartnäckigsten Widerstand entgegen; das machte natürlich sehr böses Blut und jede derartige Weigerung wurde von den Stellen- und Besoldungsjägern, welchen dadurch die schon im Sichern geglaubte Beute entging, dem Herzog Adolph als eine übermüthige Renitenz rebellirender Land-

*) Allein der von Herrn v. Breidbach verwaltete Stall, der nie schöne Pferde aufzuweisen hatte, und oft die Unterstützung der Post ansprechen mußte, kostete jährlich über 120,000 Gulden, und das von Herrn v. Bose verwaltete Theater, obgleich klein und mittelmäßig, bezog an 100,000 Gulden direkte und indirekte Subvention.

stände dargestellt und von ihm als eine persönliche Beleidigung aufgenommen. Daß infolge dessen Dinge und Personen auf dem engen Raume eines Ländchens von 80 Quadratmeilen hart wider einander stießen, ist begreiflich. Nirgends sind so zahlreiche und so kleinliche Mißhandlungen aller derer vorgekommen, welche nicht mit der regierenden Hofdienerschaft in ein Horn bliesen und nicht als Treiber dienen wollten, um derselben fette Hasen in die Küche zu jagen.

Und doch hatte der Herzog Adolph von Haus aus ein gutes Herz und einen ritterlichen Charakter. Allein die regierende Hofdienerschaft wußte seines Herzens Güte, um sie für sich und nur für sich auszubeuten, dem Lande zu entfremden und dem Herzog einzureden, es sei „ritterlich", wenn man sich mit den unabänderlichen göttlichen Gesetzen des Fortschrittes der menschlichen Kultur in einen hartnäckigen und erbitterten Widerspruch setze und es stets bis zum Biegen oder Brechen treibe.

Wenn einzelne jener verhängnißvollen Männer und Frauen, denen Schatulle, Küche und Keller ihres guten Herrn stets offen standen, ihm in hoffentlich nicht erheuchelter und nicht auf die Domanialeinkünfte abzielender Wehmuth nachweinen, so haben sie alle Ursache dazu. Der gutmüthige Herzog war nur für sie, und für sie nur allzusehr gutmüthig. Er hat nur für sie gelebt und gelitten. Er hat ihnen viel, er hat ihnen Alles geopfert, — seines Landes Liebe und seine und der Seinigen landesherrliche Existenz. Und wie wurde ihm gedankt? Täglich träufelte man ihm Gift in die Ohren, um ihn in einer fortwährenden nervösen Aufregung zu erhalten, welche auf die Dauer die körperliche und geistige Gesundheit untergraben mußte, aber den Zwecken seiner Umgebung förderlich war.

Wenn die Landwirthe, die Bergbautreibenden, die Weinproduzenten, welche ihren Absatz nach Preußen haben, für Aufrechterhaltung des Zollvereins durch Anschluß an die von Preußen vorbereiteten Handelsverträge waren, weil dies die wirthschaftlichen Interessen des Landes unabweisbar forderten, dann wurde

dem Herzog versichert, die materiellen Interessen seien nur Vorwand, man wolle ihn unter der Form von Handelsverträgen mediatisiren. Die ganze wirthschaftliche und freihändlerische Bewegung sei nichts als Hochverrath, sie sei das Werk eines einzelnen Mannes, dieser habe die produktiven Klassen, „die ja nicht studirt hätten" und deshalb ihre eigenen Interessen selbst nicht verständen, „bethört" und schleppe sie mit sich als „Wahlvieh". So schrieb die Hofzeitung.

An den Landtagswahlen nahm der Herzog Adolph infolge der unausgesetzten Aufstachelungen seiner Umgebung, welche ihm fortwährend das Schaffot und ähnliche revolutionäre Blut-, Zerr- und Schreckbilder vorspiegelte, die mit dem gutmüthigen und beinahe etwas zu lebelustig-leichtfertigen Charakter der Bevölkerung dieses Ländchens in einem wahrhaft lächerlichen Kontrast standen, den erregtesten persönlichen Antheil. Er reiste zu Wahlzwecken auf dem Westerwald herum, tafelte dort mit einigen Lokalbeamten, die lakaienhaft ihre rechtswidrigen Einflüsse und Dienste für die Wahlen anboten, in einer Dorfkneipe, und stieß mit ihnen auf den gemeinsamen Wahl-Sieg an, der sich leider in eine Niederlage verwandelte, die in Königgrätz ihres Gleichen sucht. Der Herzog war, als die Wahlen stattfanden, in dem Landständchen Montabaur auf der Auerhahnjagd. Es wurde dort ein Liberaler gewählt. Kaum hatte Se. Hoheit dies erfahren, als er befahl anzuspannen und mit höchstseinem ganzen Gefolge in großer Eile nach Limburg an der Lahn fuhr; denn in dieser strengkatholischen Stadt, dem Sitze des Bischofs, konnte doch unmöglich liberal gewählt worden sein; es lag daher in der höchsten Intention, dort wenigstens zu Mittag zu speisen. Allein, kaum dort angekommen, erfuhr man, daß auch hier die Klerikalen unterlegen seien; und so ging es denn, ohne Mittagsessen und ohne Aufenthalt, ohne Rast und Ruh, nach der Residenz Bibrich, wo indessen die Wahl leider nicht minder liberal ausgefallen war.

Wenn Herzog Adolph sich zum rückhaltlosen Anschluß an

die einheitlich-nationale Gestaltung der Dinge in Deutschland jemals entschließen und einen unbefangenen Rückblick auf die traurige Vergangenheit gewinnen könnte, in welcher er, von bösen Hetzern aufgestachelt, als *ἑαυτὸν τιμωρούμενος* sein Land und noch mehr sich selbst plagte, er würde sich als deutscher Lord ersten Ranges, als hochgeehrtes Mitglied eines deutschen Oberhauses ohne Zweifel freuen, jenem wahrhaft unerträglichen Zustande entronnen zu sein und mit dem Psalmisten intoniren: „Sei gepriesen, der Du mich erlöset hast aus den Schlingen der Jäger."

Gute Psychologen waren allerdings die Leiter der letzten nassauischen Politik. Die von Haus aus arglose Seele des Herzogs Adolph lag vor ihnen ausgebreitet, wie eine Generalstabskarte. Sie wußten die Pässe zu schließen und die Höhen zu überwachen. Der verstorbene Herzog Wilhelm war ein geistreicher Mann; allein zwei Ursachen hatten ihn in eine sehr unglückliche Richtung gedrängt. Einmal der verhängnißvolle Domänenstreit, in welchem er mit seinem Lande lag, und der, wie der Hydra statt des abgeschlagenen stets wieder ein neuer Kopf wächst, wenn man ihn zum fünften und sechsten Male für immer todtgeschlagen glaubte, sich zum siebenten und achten Male wieder erneuerte, — der selbst jetzt, nachdem die Dynastie aufgehört hat, zu regieren, seine finsteren alten Schatten in die helle neue Zeit hinüberwirft. Und dann die Erinnerung an den General York, der 1813 bei der Besetzung Wiesbadens die nassauischen Wachen entfernte und dem Offizier, der sich auf einen Befehl des Herzogs berief, griesgrämig antwortete: „Herzog? — Rheinbundsfürst! — giebt's nicht mehr!" Diese Furcht und jener Groll ließen den Herzog Wilhelm in dem Fürsten Metternich und seinem Pseudo-Konservatismus den Ausbund aller Weisheit und die alleinige Garantie der Zukunft erblicken. Er ließ daher seinen Sohn Adolph in Wien nach damaliger von den Patres ex S. J. approbirter Wiener Unterrichtsmethode erziehen. Die mächtigen Eindrücke, welche die geräuschvolle Kaiserstadt und ihr glänzender

Hof auf seine weiche Seele und seinen rezeptiven Geist machten, waren maßgebend für sein ganzes Leben, auch in den Dingen, worin er selbst einer ganz andern Richtung anzugehören glaubte. So z. B. versicherte er stets, er sei ein glaubensstarker und eifriger Protestant; und es liegt nicht der geringste Grund vor, an der Aufrichtigkeit dieser Versicherung zu zweifeln. Gleichwohl hat kein protestantischer Fürst in einem deutschen Lande die protestantische Kirche mehr geschädigt als er, indem er sie in dem Zustande der Abhängigkeit, Rechtslosigkeit und Unfreiheit erhielt, während er dem katholischen Klerus weitgehende Privilegien einräumte, u. a. das Recht der Beaufsichtigung der Staats- und Kommunalschulen, die Befugniß, Klöster und sonstige geistliche Korporationen zu gründen, sowie Erbschaften und Grundeigenthum für die todte Hand zu erwerben, Schulen und Besserungsanstalten ohne Staatsaufsicht zu stiften und zu leiten u. s. w. Das Verlangen der Protestanten nach einer repräsentativen Verfassung wies der Landesherr, welcher die an ihn entsandte Deputation — die dampfende Cigarre im Munde und von einigen Jagdhunden umgeben — empfing, unter schärfster Betonung seiner Rechte als summus episcopus ab*).

Niemals hat ein Fürst so sehr die Ueberzeugung gehabt, daß er selbst, daß er allein und daß er Alles regiere; und schwerlich ist einer in einem höheren Grade und in einem weiteren Umfange von seiner nächsten Umgebung abhängig gewesen. Herzog Adolph küm-

*) Die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit verpflichten mich zu sagen, daß die protestantische Bevölkerung von Nassau gegen das preußische Kirchenregiment, und namentlich wider den Kultusminister von Mühler und den Regierungspräsidenten von Diest nicht minder lebhafte Beschwerden erhebt. Siehe das Nähere darüber in den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses von 1868/9 und des nassauischen Provinziallandtages vom Herbst 1868, sowie in der Schrift: „Die gegenwärtigen Zustände im ehemaligen Herzogthum Nassau, vornehmlich auf dem Gebiete der Kirche und der Schule. Eine Streitschrift von Dr. Friedrich Nippold, Professor der Theologie in Heidelberg. (Mannheim, Franz Bender. 1869).“

merte sich um alle Personalia bis auf die Anstellung jedes Polizeidieners und jedes Weichenstellers an der Staatsbahn. Selbst auf den unwirthlichen Höfen des Westerwaldes durfte ein Wegknecht, welcher im Winter die Landstraßen durch Schneeschöpfen passirbar zu halten hatte, nicht ohne allerhöchste Sanktion des Landesherrn angestellt werden. Insofern konnte der Herzog allerdings sagen: „L'état c'est moi!“

Um das, was die Landstände sprachen, kümmerte er sich wenig; und von allen den Wünschen und Anträgen, welche sie stellten, geschah während der letzten Jahre nichts, zuweilen auch das Gegentheil. Pflichteifrige Chefs und Mitglieder der Zentralstellen waren der Gegenstand des Gespöttes der Hofbediensteten. Um mit jenen pflichttreuen Staatsbeamten, jenen sogenannten „Pedanten des Rechts und der Ordnung“ oder „schweinsledernen Corpus Juris“ möglichst wenig in Berührung zu kommen, hatte man gleich einem Puffer, dem Sicherheitspolster, welches den Zusammenstoß der Eisenbahnwaggons mildert, einen alten Kavalier zwischen den Hof- und den Staatsdienst geschoben. Der mehr als siebenzigjährige hessen-darmstädtische Kavalleriegeneral Prinz August von Wittgenstein war zum alleinigen dirigirenden Staatsminister gemacht und dadurch die bisherigen Departementsvorstände zu einfachen Schreibstubenchefs heruntergedrückt. Der genannte Kavalleriegeneral dirigirte nicht nur die Militaria, sondern auch die Justiz, die geistlichen, landwirthschaftlichen und Medizinalangelegenheiten, das Innere, den Handel, die Industrie, die Finanzen — kurz Alles. Es darf indeß nicht unbemerkt bleiben, daß dieser Chef der Gesammtverwaltung Nassau's früher auch längere Zeit in einer diplomatischen Mission an dem russischen Hofe verweilt hat und auch unter dem Erzherzog-Reichsverweser in Gemeinschaft mit dem preußischen Appellationsgerichtsrath Grävell und dem türkischen Pascha Jochmus Reichsminister gewesen ist. Seine Laufbahn schloß er als nassauischer Gesandter an dem Rumpfbundestag zu Augsburg in den „drei Mohren“, also daß er der letzte Minister

des Reichs, der letzte Minister des Herzogthums und der letzte Gesandte des Bundes in einer Person war.

Uebrigens stand der Prinz auf einer etwas höheren Stufe als die Durchschnittsaristokratie im Kleinfürstendienst. Er war ein alter Kavalier aus der Zeit vor 1789, im guten wie im bösen Sinne des Wortes. Was ihm an Geschäftskenntniß fehlte, das wußte er durch kluges Ausweichen, angenehme Gesellschaftsformen, geistreiche Worte, oder auch durch Frivolität zu ersetzen. Man erzählt von ihm einen „Reichswitz" und einen „Herzogthumswitz", welche beide, wenn sie nicht buchstäblich wahr wären (was sie sind), den Anspruch hätten, für gute Erfindungen zu gelten, so charakteristisch sind sie für ihren Mann und für die Art, wie er seine Stellung und die Geschäfte nahm.

Hier der Reichswitz: In den letzten Tagen des Frankfurter Parlaments wurde Prinz Wittgenstein, damals Reichsminister, von der Opposition mit Interpellationen bombardirt. Er bestieg die Rednerbühne, um sie zu beantworten. Er sprach etwas leise. „Laut!" — „laut!" — „lauter!", schrie es auf der Linken. Der Prinz wußte sich zu fassen: „Dieser Raum, die Paulskirche," sagte er, „hat eine eigenthümliche Akustik; rücken Sie, meine Herren auf der Linken, nur herüber nach dieser Seite" — und dabei deutete er mit seinen langen Armen und seinen kolossalen Händen nach der Rechten — „dann werden Sie mich gleich besser verstehen!"

Mit dem „Herzogthumswitz" verhält es sich so: Ein ausländischer (ich glaube französischer) Diplomat war bei dem Prinzminister zu Tisch. Er machte ihm einige Schmeicheleien darüber, daß der Prinz sich aus seiner militärisch-diplomatischen Laufbahn so leicht in die administrative Karrière hinübergefunden, sich in die ihm völlig fremden Verhältnisse dieses kleinen Landes so schnell einstudirt habe und es so musterhaft regiere. „Oh, das ist nicht schwer," antwortete der Prinz mit einem vollendeten Satyrgesicht, „es sind nur zwei Maximen, mit welchen ich vollständig auslange!" Darf ich sie erfahren? fragte der

Diplomat. „Warum nicht?" erwiederte der Prinz, „die erste Maxime ist: Als ich in dieses Herzogthum kam, war die Todesstrafe abgeschafft, und ich werde sie nicht wieder einführen. Die zweite Maxime ist: Als ich in dieses Herzogthum kam, waren die Spielbanken (in den Bädern) bereits eingeführt, und ich werde sie nicht wieder abschaffen — voilà tout!" So übersetzte er Oxenstjerna's „Tantilla sapientia regitur mundus."

Zur Ehre des Prinzen muß noch erwähnt werden, daß er sich um die innere Verwaltung während der letzten vier Jahre gar nicht mehr kümmerte, so daß die unerhörten Praktiken, welche damals Herr Werren verübte, ihm nicht zur Last fallen. Nur der Vorwurf trifft ihn, daß er Alles das geschehen ließ, ohne den Herzog, welcher in „Höchstseinen Werren" förmlich vernarrt war, über die Folgen aufzuklären. Indeß mag ihm sein hohes Alter zu einiger Entschuldigung gereichen.

Weniger aus blinder Vorliebe für Oesterreich, dessen Schwächen er genau kannte, und dessen Sieg er mindestens für zweifelhaft hielt, als vielmehr aus entschiedener Idiosynkrasie gegen Preußen förderte er die österreichischen Neigungen des Herzogs, welche mit dessen Vorliebe für militärische und quasi-militärische Beschäftigungen Hand in Hand gingen und darin gipfelten, daß Hoheit Höchstselbst mit dem Schneidermaße der Köpfe seines Offizierkorps versehen nach Wien reiste und dort österreichische Käppis für dasselbe machen ließ. Als die Offiziere plötzlich alle eines schönen Morgens sich recht geflissentlich in allen Straßen Wiesbadens und Bibrichs mit den neuen Käppis zeigten (man vermuthet auf höchsten Befehl), nannte man diesen Tag den der militärischen „Kappenfahrt". Die Kappenfahrt pflegt nämlich in Mainz, Köln u. s. w. einen integrirenden Bestandtheil der Karnevalsbelustigungen zu bilden.

Herzog Adolph hatte Oesterreich zu Liebe 1850 seinen Austritt aus der Erfurter Union bewerkstelligt und 1851 an die Stelle seines preußenfreundlichen Ministers Wintzingerode sein preußenfeindliches Faktotum gesetzt. Während des orientalischen Krie-

ges hatte er Oesterreich zu Liebe mobil gemacht und kurz darauf hatte ihm der Kaiser von Oesterreich seinen Prinzen aus der Taufe gehoben, der die in protestantischen Dynastien nicht gerade üblichen Vornamen Franz Joseph führt. Im Jahre 1859 war der Herzog Adolph Oesterreich zu Liebe einer der Kriegslustigsten gegen das mächtige Frankreich, das so nahe an seiner Grenze liegt. Seine Regierung zuerst von allen deutschen Staaten verbot damals die Ausfuhr von Pferden. Dies erregte viel Heiterkeit in Paris. „Le duc de Nassau a defendu l'export de son cheval!“ spöttelte der Charivari.

Ob damals ohne den Friedensschluß von Villafranca das nichtpreußische Deutschland Oesterreich wirklich vasallitische Heeresfolge geleistet haben würde, ist ungewiß; gewiß aber ist, daß Herzog Adolph dies auf das Sehnlichste wünschte und sich davon die merkwürdigsten Erfolge versprach. Man phantasirte von siegreichem Einrücken der Bundestruppen in Paris, Erwerbung großer Privatreichthümer durch die Frankreich aufzuerlegenden Kriegskontributionen, Entthronung der Napoleonischen Dynastie, Ersetzung derselben durch die alten Bourbons, legitimistische Restauration der staatsrechtlichen Zustände Europas nach der Schablone Stahl oder Haller, Rückbildung der Bundesverfassung im Sinne des Mittelalters, Abschaffung aller Repräsentativverfassungen in Deutschland und Wiederherstellung aller Feudallasten; vor Allem aber von einer generellen Hofjagdservitut über das ganze Land, welche dem Herzog sehr am Herzen lag, und ihm noch mehr daran gelegt wurde durch seine Jagdfreunde und Jagdbediensteten, welche letztere den klingenden Vortheil davon hatten, während für den Herrn das Bischen noble Passion mit enormen Ausgaben verbunden war, namentlich durch die von seinem Oberstallmeister v. Breidbach so warm befürworteten Parforcejagden von Lippspringe.

Im J. 1859 war es zwar nicht zum Kriege gekommen, wohl aber zur Kriegsbereitschaft. Auf Antrag des Abgeordneten Domherrn Rau hatte die Ständeversammlung das ordentliche Mili-

tärbudget ohne Diskussion en bloc votirt. Außerdem hatte sie außerordentliche Mittel im reichsten Maße verwilligt. Feldmäßige Solderhöhungen und Zulagen, entrées joieuses en campagne, und wie alle jene Ergötzlichkeiten des Krieges heißen, waren für die Truppen eingetreten. Eine Menge Ernennungen und Avancements fanden statt. Die Offiziere hatten große Summen Geldes erhalten, um sich Pferde anzuschaffen. Es war ein lustiges militärisches Treiben, wie in Wallenstein's Lager. Man lag wie in Böhmen, pflegte den Bauch und ließ sich nichts grämen, man schmeckte alle Annehmlichkeiten des Krieges, ohne dessen Bitternisse. „Opes et honores," Geld und Ehren, — was wollte man mehr?

Auch 1848 und 1849 hatten die nassauischen Truppen, theilweise unter persönlicher Anführung ihres Herzogs, militärische Promenaden in Schleswig-Holstein gemacht. Die Infanterie war nirgends ins Feuer gekommen. Eine Batterie hatte einige glückliche Schüsse auf „Christian den Ottenden" abgefeuert. Man war auf diesen Erfolg so stolz, daß der klerikale Abgeordnete Dr. Großmann damals in der Ständeversammlung mit Emphase und Salbung von „unserer berühmten und sieggewohnten Artillerie" sprach.

Als das Wort „Krieg" im Frühjahr 1866 zum ersten Mal ernsthaft ausgesprochen wurde, weckte es zunächst die Erinnerung an den sehr leichten Kaufs errungenen Lorbeer von 1849 und an das unblutige Säbelgerassel von 1859. Diese Erinnerungen waren nicht unangenehm. Man wußte einfach nicht, was Krieg war. Daß man dabei auch ungünstige Chancen laufen könne, daran dachte man überhaupt gar nicht. „Denn," sagte selbst nach Königgrätz das einsichtsvollste Mitglied der herzoglichen Familie, „eher hätten wir an des Himmels Einsturz als an eine Niederlage Oesterreichs geglaubt." Der ganze Hof war für Oesterreich, die Herzogin an der Spitze. Letztere ist eine geborene Prinzessin von Dessau, ihre Mutter geborene Prinzeß von Hessen-Rumpenheim. Sie ist auf dem Schlößchen Rum-

penheim am Main erzogen. In ihrer politischen Weltanschauung stimmt sie mit dem Chef ihres mütterlichen Hauses, dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm, überein. Bekanntlich ist der Kurfürst von Hessen durch einen ausgedehnten Güterkomplex in Böhmen an Oesterreich gefesselt. Dasselbe ist bei dem Herzog Adolph der Fall. Er besitzt das Gut Liblin in Böhmen und ist der Hauptinteressent des deutsch-ungarischen Bergwerksvereins, der von dem Engländer Moriarty dirigirt wird, aber bis jetzt nichts als Zubußen gefördert hat. Die Herzogin Adelheid von Nassau also und ihre Freundin und Oberhofmeisterin, die funfzigjährige Komtesse Bella Felicitas v. Ingelheim, ledige Schwester des österreichischen Gesandten v. Ingelheim, welcher dem König Georg von Hannover zur Schlacht bei Langensalza rieth, übten großen Einfluß auf den Herzog Adolph und verwertheten ihn zu Gunsten Oesterreichs.

Schon Mitte März erklärte der Herzog sich auf eine Anfrage Oesterreichs bereit, wenn es zu einem Kriege komme, an seiner Seite zu stehen. Ein Zweifel über die einzunehmende Stellung hat niemals obgewaltet. Die Hofdienerschaft machte gar kein Hehl daraus, daß im Falle des als ausgemachte Sache betrachteten Sieges Nassau sich auf dem rechten Rheinufer abwärts bis nach Deutz ausdehnen werde, während das linke Rheinufer mit Einschluß von Köln dem Großherzog von Hessen-Darmstadt bestimmt sei. Die Soldaten — von Natur gutes Material, aber mangelhaft in Schule und Zucht — hatte man in einen eigenthümlichen Fanatismus zu versetzen gewußt. Ihr Hauptzorn war nicht gegen die Preußen, sondern gegen den „Fortschritt" gerichtet, zu dem unglücklicherweise ziemlich die ganze intelligente und besitzende Klasse zählt. Zu dieser gehörten nun gerade die weiland nassauischen Soldaten nicht. Denn das System der Stellvertretung herrschte im ausgedehntesten Maße. Für ein paar hundert Gulden konnte man sich freikaufen, und Jedermann, der so viel aufzubringen wußte, machte Gebrauch davon. Dazu kam, daß eine Regierungsordonnanz den

Soldaten während ihrer ganzen sechs- bis siebenjährigen Dienstzeit das Recht der Heirath und der bürgerlichen, bäuerlichen oder gewerblichen Niederlassung absprach, wodurch dieselben zu einer Art von Paria erniedrigt wurden, die sich gegenüber ihren besser situirten Mitbürgern leicht in einen gewissen Grad von Haß und Wuth hineinhetzen ließ. Die Offiziere haben, mit rühmlichen Ausnahmen, die Anschauung der Soldaten nicht nur getheilt, sondern noch gepflegt. Exempla sunt odiosa.

Die aus den Staats- und aus den Gemeindekassen bezahlten Waldwirthschafts- und Waldschutzbeamten behandelte der Herzog Adolph wie seine Bedienten. Er nannte sie „Höchstmeine Jägerei". Seine Offiziere dagegen behandelte er wie Mitglieder seiner Familie. Auf sie und seine Hofdiener konzentrirte er die ganze Wärme seines Herzens, die er dem Lande und seinen Unterthanen leider schon lange entzogen hatte. Man sah so recht, wie der von Natur gut angelegte, aber übel berathene Charakter das Bedürfniß fühlte, zu lieben und geliebt zu werden. Da man aber ihn seinem Lande und sein Land ihm entfremdet hatte, so mußte er die Befriedigung seines Wohlwollens an einem dritten Orte suchen. Und das that er.

Ohne Unterlaß sann Herzog Adolph auf Verbesserungen in der Equipirung seiner Offiziere. Die Uniformen wechselten fortwährend. Der Helm verdrängte den Czako, das nassauische Käppi verdrängte den preußischen Helm und das österreichische Käppi verdrängte das nassauische Käppi. Des Herzogs eigenste Schöpfung war seine Garde: ein Bataillon Jäger, Friedensstärke etwa dreihundert Mann, für welche er in seiner Sommerresidenz Bibrich, innerhalb des Schußbereichs der Festung Mainz, eine prachtvolle und kolossale Kaserne erbaute. Die Kosten dieser Jägerkaserne verschlangen ein Viertel sämmtlicher direkter Steuern eines Jahres. Der Herzog erfand für die Jäger eine originelle Uniform, ebenso unzweckmäßig im Kriege als kleidsam im Frieden. Seine Offiziere der Leibtruppe gefielen ihm so gut, daß ein jeglicher derselben von vorn und von

hinten abgezeichnet, durch Lithographie vervielfältigt und kolorirt wurde; der Avers und Revers wurde auf Pappdeckel zusammengeklebt, ausgeschnitten und aufrecht auf ein Stehklötzchen geleimt. Das auf diesem Wege nachgebildete Offizierkorps mit Porträtähnlichkeit nebst ditto Soldaten, diente den herzoglichen Prinzen als Spielzeug. Auch der Papa hatte seine Freude daran.

Als der Feldzug von 1866 bereits entschieden und die Entsetzung der Dynastie Nassau ausgesprochen war, sammelte der Herzog die Photographien seiner sämmtlichen Offiziere in dem Lager bei Günzburg an der Donau in Bayern und ließ sie in ein Album binden, das die Devise trägt: „Getreu bis in den Tod!" Die Mehrzahl dieser Offiziere hat gegenwärtig die Ehre, in der Armee Seiner Majestät des Königs von Preußen zu dienen. Preußen hatte es ihnen freigestellt, ob sie übertreten und fortdienen, oder ihren Abschied nehmen wollten. Für den letzteren Fall bot es ihnen einen sehr reichlichen Ruhegehalt an. Nur wenige haben dies Anerbieten angenommen. Die Meisten dienten fort.

Sämmtliche Offiziere, auch die bürgerlichen Offiziere der untersten Chargen, glänzten auf den Hofbällen. Wer am meisten in großdeutscher (d. h. preußenfeindlicher) und konservativer (d. h. klerikaler) Gesinnung machte, hatte sich der höchsten Gunst zu erfreuen, auch auf den Hofbällen. Die preußischen Offiziere der Garnisonen in Mainz und Frankfurt leisteten den Einladungen zu den Hofbällen nicht mehr Folge. Sie waren indignirt über die raffinirten Zurücksetzungen, welche ihnen im Vergleich zu den mit einander fraternisirenden österreichischen und nassauischen Offizieren zu Theil wurden.

Auf einem solchen Hofballe des Herzogs gerieth ein in höchster Gunst stehender Hauptmann Namens Vogler, ein Mann von vierzig Jahren, in Streit mit einem zwanzigjährigen Lieutenant, den er in Gegenwart von Damen brüskirte. Es kam zum Duell, ohne daß der Handel, wie dies Vorschrift, zuvor dem Ehrenrathe zum Zwecke der Beilegung unterbreitet worden war.

Der Hauptmann — ein renommirter Pistolenschütze — erschoß das arme junge Blut. Der Letztere war ein sehr braver und tüchtiger junger Mann; er gehörte einer der angesehensten Adelsfamilien des Landes an. Sein Großvater war dreißig Jahre lang allmächtiger Minister gewesen und hatte in der Zeit von 1806 bis 1816 das Herzogthum formen und zusammenflicken helfen. Das Kriegsgericht verurtheilte den Hauptmann Vogler zu drei Jahren Festung. Kaum hatte er einige Wochen auf derselben zugebracht, so wurde er von dem Herzog Adolph begnadigt und in seine Hauptmannswürde wieder eingesetzt. Vogler gehörte zu den Heißspornen der Reaktion und hatte gegen eine Reihe preußischer Zeitungen Preßprozesse geführt. Letzterer Feldzug war zwar nicht sehr glücklich ausgefallen, allein er zeugte doch von gutem Willen, von Ergebenheit und Tapferkeit.

Derselbe Hauptmann gab Veranlassung zu einem anderen für die Winkelstaaterei und Krähwinkelei höchst charakteristischen Konflikt, der viel von sich reden machte. Bei Gelegenheit der Berathung des Militärbudgets hatte ein Abgeordneter eine Parallele zwischen Ausbildung und Leistungen der nassauischen Truppen von ehedem und von jetzt gezogen und dabei die Worte gebraucht: „Ich stelle die Lorbeeren von Waterloo über die von Oberlahnstein." An der Schlacht bei Waterloo hatte bekanntlich das nassauische Kontingent einen nicht unrühmlichen Antheil genommen. Mit den Lorbeeren von Oberlahnstein verhält es sich dagegen so: Am 23. Juli 1865 hatten sich einige Trümmer des preußischen Abgeordnetenfestes, das bekanntlich in Köln unterdrückt wurde, nach Oberlahnstein zurückgezogen, um dort unbehelligt einige Stunden in zwangloser Unterhaltung zubringen zu können. Dies wurde nach Wiesbaden gemeldet. Der Herzog befiehlt sofortiges militärisches Einschreiten gegen die preußischen Abgeordneten, besonders deshalb, weil er mit Recht vermuthete, es hätten sich einige liberale Mitglieder der nassauischen Ständeversammlung jenen angeschlossen. Der Herzog betrieb in Höchsteigner Person mit großem Eifer die Vollstreckung des Befehls.

Aus der Garnison von Wiesbaden wurden die Unteroffiziere und Soldaten, welche man für besonders „treu" hielt, einzeln ausgesucht, im Ganzen etwa zweihundert Mann. An ihre Spitze stellte man den genannten Hauptmann Vogler und gab ihm als Civil-Kommissär einen Polizeiassessor bei, welcher sich bei den Wahlen als brauchbares Werkzeug Werren's empfohlen hatte.

Diese Exekutionsmannschaft, welche durch einen Extrazug von Wiesbaden nach Lahnstein befördert wurde, kam indeß trotz alles persönlichen Drängens und Treibens des Herzogs zu spät. Die Lokomotive mußte leider zuvor geheizt werden; und überdies konnte doch auch ein militärischer Extrazug nicht riskiren, die gewöhnlichen regelmäßigen bürgerlichen Züge in Grund zu bohren, ohne sich und sein Militär der äußersten Gefahr zu exponiren. Der Herzog war über diese Verzögerung wüthend. Aber es half nichts. Die Gesetze der Mechanik sind stärker als die Befehle eines Fürsten. Als die Expedition endlich gegen Abend nach Oberlahnstein kam, waren die Abgeordneten bereits fort. Der Hauptmann Vogler ließ die Truppen scharf laden und hielt ihnen eine Napoleonische Ansprache. Die Soldaten waren wüthend. Man hatte ihnen gesagt, die Preußen seien in Lahnstein eingefallen, um dem Herzog sein Land wegzunehmen. Nun saßen in Lahnstein, einem sehr besuchten Vergnügungsorte, noch Fremde in den Wirthsgärten. Den Kommissar wollte es bedünken, als habe dieses Publikum „eine provokante Haltung"; er erklärte dasselbe für aufgelöst, und da das betreffende Lokal nicht sofort geräumt wurde, so sprach der Assessor zum Kommandanten der Exekutionsarmee: „Ich hab' das Meinige gethan, thun Sie das Ihrige, Herr Hauptmann." Ein Mainzer Bürger erhielt einen Bajonnetstich ins Gesicht; ein Kaufmann aus Langenberg und dessen in London etablirter Sohn wurden durch Kolbenstöße von den Gartenstühlen heruntergeworfen. Der Letztere wurde außerdem durch einen Kolbenschlag auf den Kopf verwundet, so daß ihm das Blut über das Gesicht strömte. Auch diese waren wüthend, und schließlich müssen es sogar Flaschen

und Gläser ebenfalls gewesen sein — wenn sie nicht etwa auch provokatorische Haltung gezeigt haben — sonst wären sie von den Soldaten nicht mit solcher Entschlossenheit zertrümmert worden. Vier Fremde wurden verhaftet und in ein schlechtes Gefängniß geworfen, aus dem man sie jedoch nach einigen Tagen wieder entlassen mußte, weil man nicht im Stande war, irgend eine Anklage gegen sie zu begründen. Die siegreiche Armada kehrte um Mitternacht nach Wiesbaden zurück und ihre Tambours trommelten bei dem Einmarsch so fürchterlich, daß die Kranken und Kurfremden erschreckt aus den Betten sprangen und fragten, was los sei? . . . .

Ein Jahr später trommelte es wieder in Wiesbaden. Aber zwischen dem dumpfen Tone der Trommeln schallte mit scharfem, spitzem, neckischem Klang eine lustige Melodie hindurch. Das waren die preußischen Pfeifen. Sie pfiffen: Finis Nassoviae! . . . .

Dieser Feldzug gegen die preußischen Abgeordneten war es, dessen Lorbeeren der Abgeordnete Dr. Siebert unter die von Waterloo rangirt wissen wollte. Diese Aeußerung that er in öffentlicher Kammersitzung. Niemand fand darin etwas Ungehöriges oder persönlich Verletzendes, nicht einmal der dabei anwesende und in der Diskussion allzeit schlagfertige Chef des Kriegsdepartements General v. Holbach, dem es doch zunächst und zumeist oblag, die etwa angetastete militärische Ehre zu wahren. Anderer Meinung war der Herr Hauptmann Vogler. Er fand darin eine Beleidigung der Offiziere, welche in Lahnstein kommandirt hatten. Als Kartellträger schickte er einen Lieutenant, der ebenfalls bei der Lahnsteiner Kampagne betheiligt gewesen war, sich ebenso für beleidigt erklärte und bei dem es daher begreiflich ist, daß er nicht diejenige Gemessenheit beobachtete, die sein Auftrag erforderte. Der Abgesandte stellte dem Abgeordneten die Alternative: „Abbitte oder Pistolenduell.“ Zu ersterer hatte er ein schriftliches Formular bei sich. Im Falle des letzteren sollten eventuell weitere Duelle mit allen übrigen

Offizieren folgen, welche in Lahnstein gewesen waren. Die Antwort des Dr. Siebert konnte nicht zweifelhaft sein; besagtes Formular möchten der Herr Lieutenant gefälligst in Wohldero Tasche behalten, zur Abbitte habe er keinen Grund, auf Duell könne er sich schon deshalb nicht einlassen, weil sonst Jeder das Recht erhalte, einen Volksvertreter, der seine Pflicht erfülle, deshalb zu einem „stillen Mann" zu machen.

Nachdem der bewaffnete Angriff abgeschlagen war, folgte eine juristisch-diplomatische Kampagne von längerer Dauer. Siebert war Mitglied des „Kasino", einer dem geselligen Vergnügen gewidmeten Gesellschaft in Wiesbaden, welche zu einem Drittel aus Offizieren, zu den andern zwei Dritteln aus Beamten, Anwälten, Aerzten, Kaufleuten, Rentiers u. s. w. bestand. Auf Befehl des Herzogs stellte eine Anzahl Offiziere den Antrag, den Dr. Siebert aus dieser Gesellschaft auszustoßen, weil er in der Kammer den Hauptmann Vogler beleidigt und die Duellforderung desselben zurückgewiesen habe. Der Antrag fiel durch, als statutenwidrig. Darauf folgte ein Offiziersantrag auf Statutenänderung ad hoc mit rückwirkender Kraft, welcher mit Beihülfe der terrorisirten niederen Beamten angenommen und von der Regierung trotz seiner juristischen Unmöglichkeit und trotz des daraus folgenden Eingriffs in wohlerworbene Privat- und Vermögensrechte des bedrohten Gesellschafters als neues Korporationsstatut mit retrospektiver Gewalt feierlich sanktionirt wurde. Dann abermals ein Offiziersantrag auf Ausschließung, und so fort mit Grazie in infinitum. Es wäre zu langweilig, alle die einzelnen Schachzüge und Gegenzüge dieser Krähwinkelei zu erzählen. Kurz gesagt, endigte die Sache damit, daß die Offiziere ihre Absicht der Ausschließung nicht durchsetzten, Dr. Siebert in der Gesellschaft blieb und nun die Offiziere, Hofdiener u. s. w. ihrerseits in corpore austraten. Die Geschichte hatte drei Vierteljahre lang gespielt.

Bemerkenswerth ist diese an sich höchst kleinliche Affaire nur dadurch, daß sämmtliche Offiziersanträge, wie versichert wird,

theils mit Genehmigung, theils auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs gestellt wurden. Sogar während der letztere in Gräfenberg war, wo er eine Priesnitzsche Kaltwasserkur brauchte, und während schon die dunkeln Wolken des Kriegs sich immer drohender zusammenballten, dirigirte er noch in dieser Sache. Von Gräfenberg gelangten auf telegraphischem Wege die zu stellenden Anträge nach Wiesbaden. Sogar die Offiziere und Militärärzte wurden einzeln und namentlich bezeichnet, welche den jeweils zu stellenden Antrag zu unterschreiben hatten. Sie waren mit äußerster Sorgfalt und Umsicht ausgewählt aus den Reihen derjenigen, welche man Punkto partikularistischer, legitimistischer, klerikaler, österreichischer Gesinnung nicht für völlig korrekt und kapitelfest hielt. Man stellte ihnen die Wahl, entweder sich zu kompromittiren, oder gegenüber dem Hofe sich eine Blöße zu geben. Sie gehorchten dem Befehle des Herrn, machten aber durchaus kein Hehl daraus, wie sehr sie das Treiben der Voglerschen Klique mißbilligten, welche das Offizierkorps terrorisirte.

So oft im Kasino votirt wurde, mußten sich die Offiziere in einem besonderen Zimmer sammeln und dann en masse an den Stimmtisch marschiren, wo die Vertrauensmänner sich zusammendrängten und darüber wachten, daß keine Stimme verloren ging. Und doch ging der Feldzug verloren! Solche Anforderungen waren die mißliche Kehrseite der hohen Gnade, welche den Offizieren widerfuhr. Dafür war freilich aber auch der Dienst recht leicht und bequem. Von der unausgesetzten Arbei des preußischen Offiziers, von dem zum Avancement unentbehrlichen Studium, das ihn an sein Zimmer fesselt und ihm Entbehrungen auferlegt, die namentlich in der Jugend nur schwer zu ertragen wären, wenn nicht das eiserne Pflicht- und Selbstgefühl, der Ehrgeiz und die Vaterlandsliebe ein Gegengewicht böten — davon wußte man in der nassauischen Armee nicht allzu viel. Hofbälle, Kursaal, Promenaden, Spielsäle und die damit verbundenen Ergötzlichkeiten der Kurstadt Wiesbaden boten auch

gar zu viele Anziehungs- oder Abziehungspunkte, gegen welche der kategorische Imperativ der kriegerischen Pflicht schweren Stand hatte. Dabei bildete die prätendirte militärische Exklusivität manchmal einen äußerst komischen Gegensatz zu „der Vorliebe für öffentliche Vergnügungslokale aller Art", welche von einem scharfen Beobachter als Eigenthümlichkeit der süddeutschen Offiziere mit Recht geschildert wird und auch den unsern nicht fremd war. Vergeblich bemühete man sich, die süße demokratische Gewohnheit der süddeutschen Nachlässigkeit und Gemüthlichkeit mit den norddeutschen Allüren eines Would-be-Aristokraten in Einklang zu bringen.

Vielleicht habe ich bei der Schilderung des nassauischen Militärs zu lange verweilt. Man wird mir sagen: wozu diese Rückblicke, die für die Gegenwart und die Zukunft kein Interesse mehr haben? Ich antworte: sie haben allerdings noch Interesse, erstens insofern sie dazu dienen, die Nothwendigkeit der Zentralisation der gesammten deutschen Wehrkraft in Einer Hand darzuthun; zweitens insofern sie am besten geeignet sind, den Untergang der nassauischen Regierung zu erläutern.

Der Eindruck, den ein Rückblick auf das Militärwesen in Nassau macht, läßt sich dahin zusammenfassen: Diese Truppen waren wohl dazu angethan, um sie gegen das eigene Land, aber nicht um sie gegen eine fremde Kriegsmacht zu gebrauchen. Die Frage, ob dieses Resultat absichtlich angestrebt worden ist, würde ich noch vor einem halben Jahre einfach mit „Ja" beantwortet haben. Heute, angesichts der Schonung, welche das Unglück, auch das selbstverschuldete, in Anspruch nimmt, mag sie unbeantwortet bleiben.

Gewiß ist, daß in keinem Lande eine solche Entfremdung zwischen dem Fürsten und Unterthanen herrschte, wie in Nassau. Ich nehme selbst Kurhessen hierbei nicht aus. Denn dort war das Beamtenthum und der Offiziersstand intakt geblieben. Auch konnte man für die Regierungsweise des Kurfürsten allerlei anführen: der Mangel an thronfolgeberechtigten

Nachkommen; die von Oesterreich genährte Hoffnung, die Descendenz aus der Ehe zur linken Hand dennoch für successionsfähig erklären zu können; die Meinung, von dem Bundestag zum Verfassungsumsturz gezwungen und nachher treulos im Stich gelassen worden zu sein; der preußische Feldjäger; unangenehme häusliche Verhältnisse; allerlei Familienmalheurs, — dies Alles zusammengenommen konnte einen alten griesgrämigen Herrn wohl zeitweise zur Einstellung der Regierungsthätigkeit veranlassen. So und nicht anders wird auch durchschnittlich die Sache aufgefaßt von dem loyalen Volke der weiland Kurhessen, die zudem schon seit vier Generationen nicht viel Gutes gewöhnt sind.

In Nassau aber war das Alles anders. Der Herzog, 1840 in sehr jungen Jahren zum Regiment gelangt, versah es anfangs kavalierement, und daraus soll ihm in Anbetracht seiner Jugend kein Vorwurf gemacht werden. Von 1840 bis 1847 arbeitete die alte büreaukratische Maschine fort. Das Wasser rauschte, das Rad drehte sich, die Mühle klapperte. Warum sollte nicht ein junger geschäftsunkundiger Fürst glauben, sie produzire auch Mehl?

Plötzlich lieferte das Jahr 1848 den Beweis, daß es nicht gut gehe, daß gar kein Getreide aufgeschüttet und das ganze Mühlwerk morsch war. Da ging man an den Neubau. Ende 1849, als es mit der „Revolution" schon vorbei war, vereinbarte eine liberal-konservative, dem Herzog Adolph aufrichtig ergebene Kammer eine Verfassung mit ihm, welche auch den Domänenstreit erledigte. Der Friede war geschlossen. Das Land hielt ihn. Der Herzog nicht.

Diese feierlich paktirte und publizirte Verfassung hob der Herzog Ende 1851 einseitig auf, angeblich wegen der darin enthaltenen Grundrechte, in Wirklichkeit wohl, um die Staatsdomänen, deren publizistischer Charakter in jener Verfassung außer Zweifel gestellt war, für fürstliches Privateigenthum zu erklären. Die einzelnen Hergänge von 1851 bis 1866 haben

wir in einer vom April 1866 datirten Denkschrift*) erzählt. Sie war ein letzter, freilich mit nur sehr geringer Hoffnung, und in der That auch ohne allen und jeden Erfolg unternommener Versuch, noch in der elften Stunde Frieden zu stiften zwischen dem Herzog und dem Lande. Er wurde vereitelt von jenen Personen, welche sich auf Kosten beider vom Unfrieden ernährten.

Von 1840 bis 1847 hatte den Herzog nichts in seinem subjektiven Belieben gestört. Sein Minister Herr v. Dungern fragte stets in erster Linie nach dem Wiener Urtheil, in zweiter nach Serenissimi souveränem Gutdünken. Der Landtag fiel damals nicht lästig. Mit dem Jahr 1848 hatte das ein Ende. Der Landtag war von nun an wachsam und auch das März-Ministerium Hergenhahn regierte streng konstitutionell, nicht blos dem Lande, sondern auch dem Fürsten gegenüber. Als der Letztere diese Bahn verließ, trat es ab.

Diese kurze Periode einer Verfassung und Gesetz heilig achtenden Verwaltung betrachtete der Herzog, Dank seiner in Wien geholten absolutistisch-legitimistischen Erziehung, als eine ebenso ordnungswidrige als für ewig überwundene Episode, auf welche er stets mit einem Gefühl der Demüthigung, des Grimms und der Bitterkeit zurückblickte. Noch vierzehn Jahre später ließ er dies dem Minister Hergenhahn fühlen, den er doch 1848 gar nicht genug mit Lobeserhebungen überhäufen konnte. Dabei darf denn freilich nicht verschwiegen werden, daß die Zeit von 1848 bis 1851 manche Zwischenfälle bot, welche die Gefühle des Herzogs ohne Noth verletzten und in seiner an sich weichen Seele einen Stachel zurückließen, den ruchlose Hände immer tiefer einbohrten. Das absolutistische Regiment von 1840 bis 1847 war ein naiv-patriarchalisches, das von 1852 bis 1866 ein gereizt-aggressives.

Die ganze Bevölkerung wurde von nun an in zwei Klassen

*) Ein Auszug der Denkschrift findet sich in dem ersten Bande dieser Sammlung.

getheilt: in solche, welche ihrer eigenen Meinung und Ueberzeugung, und in solche, welche den Befehlen der Hofdienerschaft folgten. Die letztgenannten hießen die „Gutgesinnten". Die ersteren nannte der Herzog „die Demokraten". Darunter waren aber eine Menge Leute, welche in einem andern Lande als Hochtorys und jedenfalls überall als getreue und loyale Unterthanen gegolten hätten. Sogar der Rechnungskammerdirektor und vormalige Hausmarschall der Herzogin Pauline, Moritz v. Gagern, Bruder Heinrichs v. Gagern, fiel in Ungnade und wurde außer Aktivität gesetzt, weil er bei einer Landtagswahl zwar für den gouvernementalen, aber nicht auch für den klerikalen Kandidaten stimmte. Des Herzogs geistreiche Schwester, die verwitwete Fürstin von Wied, wurde gefragt, ob sie denn nichts thun könne, um den Herzog von seiner verderblichen Bahn abzubringen; seufzend antwortete sie: „Wie kann man mit jemandem reden, der dem Andern nicht einmal das Recht einer eigenen Meinung zugesteht?"

Der Herzog stieß also nirgends auf Widerspruch und glaubte infolge dessen täglich mehr an die Nothwendigkeit und Vortrefflichkeit eines allerpersönlichsten absolutistischen Regiments. Freilich bestand diese „persönliche" Regierung im Grunde genommen nur darin, daß nicht berechtigte und befähigte, sondern unberechtigte und unbefähigte Personen, daß nicht die Behörden und die Stände, sondern die Oberhofmeisterin, der Stallmeister und ein zum geheimen Kabinetssekretär erhobener Premierlieutenant den entscheidenden Einfluß übten, und zwar in einem weit stärkeren Grad, als jene ihn jemals hätten üben können. Beiläufig bemerkt, hat der letztgenannte österreichische Lieutenant sich auch als origineller Stilist bewährt. Er ist der Konzipient jenes von dem Herzog Adolph am 6. Juli 1866 an den preußischen Militärgouverneur von Rheinland und Westphalen, Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, gerichteten und mit unschicklicher Eile an demselben Tage in der offiziellen „Nassauischen Landeszeitung" veröffentlichten Briefes, in

welchem die Rede war von der „Weinrazzia in Rüdesheim" und der „Entführung mitten im Frieden eines deutschen Fürsten". Mit letzterem, etwas räthselhaften Ausdruck beabsichtigte der Herr Verfasser zu behaupten, Preußen habe den Kurfürsten von Hessen ohne vorherige Kriegserklärung gefangen genommen.

Daß die persönliche Regierung nichts als Mißerfolge aufzuweisen hatte, — Spannung mit anderen deutschen Höfen und Regierungen, Unzufriedenheit der Bevölkerung, namentlich des besitzenden, intelligenten und produktiven Theiles derselben, permanente Auflösung des Landtags, bei jeder Neuwahl Wachsthum der Opposition, Finanznöthe, Schatullendefizit, Verpfändung der Hausgeräthe und des Silberzeugs bei M. A. Rothschild in Frankfurt, Zustimmung nur in Wien, Beifall nur bei den Klerikalen, sonst überall Widerspruch, Mißtrauen und Mißbilligung —, alle diese Erfahrungen hätten Anlaß geben sollen zum Denken, zum Prüfen, ob man denn auch auf richtiger Bahn sei; aber sie steigerten nur das krankhafte Mißtrauen, welches sich gegen Alle und Jeden richtete, nur nicht gegen die, welche es verdienten, und welchen gegenüber der gemüthsweiche Herzog übertriebene Güte und Nachsicht zeigte.

Seinem Hofmarschall, einem vormaligen k. k. Major Leo v. Miltitz, hatte der Herzog eines Tages einige Vorwürfe gemacht. Miltitz schmollte darauf in ostensibelster Weise und zwar mit einem solchen Erfolg, daß ihn sein Herr schon nach wenigen Tagen auf die Schulter klopfte mit den Worten: „Lieber Miltitz, es war neulich nicht so böse gemeint. Seien wir wieder Freunde!"

Das Mißtrauen wurde genährt durch die schon erwähnte permanente Aufhetzerei, welche theils mündlich, theils durch ein zu diesem Zweck gegründetes Winkelblättchen — sonst las der Herzog nichts — betrieben wurde, den armen Herzog zu keiner ruhigen und behaglichen Minute mehr kommen ließ und allmälig so seine Nerven zerrüttete, daß er schon seit Jahren an Schlaflosigkeit leidet. Charakteristisch bleibt es immer für Gemüth

und Urtheil des Fürsten, daß es den Demagogen des Hofes gelingen konnte, ihn dergestalt gegen seine Unterthanen einzunehmen. Sein gutmüthiges, treuherziges, leichtlebiges Völkchen stellte man ihm als eine Verschwörerbande dar, geleitet von den Landtagsabgeordneten Dr. Lang und Braun. Diesen Beiden wurde eine geheimnißvolle Allmacht beigelegt. Sie müßten mehr als Halbgötter sein, wenn sie Alles das gemacht hätten, was man bei dem Herzog auf ihr Konto setzte. Sie konspirirten mit Mazzini und reisten jeden Augenblick nach Berlin, „um das Land an den Sch†††-Preuß*) zu verkaufen" (ipsissima verba); mit dem Grafen Bismarck standen sie natürlich auf dem Du-Fuß, obgleich den Letzteren Lang niemals, und Braun das erste Mal am 11. September 1866 gesehen hat.

Braun und Lang waren die Sündenböcke der Hofpartei. Sie verwandelten, so hieß es bei Hof, durch böse Zauberkünste das gediegene Gold der Weisheit, welches die österreichische Klique zu produziren behauptete, über Nacht in das Blech des Unverstandes und in das welke Laub des Mißerfolgs. Deshalb mußten sie vernichtet werden. Ueber den Feldzug gegen zwei einfache Privatpersonen im Lande, gegen welche die ganze Staatsmaschine fortwährend mit dem Druck aller Atmosphären arbeitete, vergaß man die Vorsichtsmaßregeln gegen den mächtigen Gegner außer Landes.

Am 22. April 1852 wurde dem Herzog der älteste Prinz geboren. Die Stände gratulirten am 25. April zu der Geburt des „Erben des Thrones". Der Herzog unterhielt sich huldreich mit denselben und bemerkte u. A., er werde nunmehr Alles so stabilisiren, daß diesem seinem Sohne dereinst die Herzogswürde leicht sein und ihm das Regieren nicht so schwer gemacht werde, wie ihm (Adolph) in den Jahren 1848 und 1849. Nun ist dem Prinzen die Herzogswürde allerdings leicht gemacht,

*) Ein sich reimender — freilich sehr unreiner Reim! — Doppelwort, das auch am Ufer der Darm mit gleicher Vorliebe in hohen Regionen gebraucht wird.

und das Wort vom 25. April 1852 hat vierzehn Jahre später eine verhängnißvolle Bedeutung gewonnen. Die Krone wurde verscherzt ganz allein durch die Mittel, durch welche man sie zu befestigen trachtete. Weil man Preußen fürchtete und haßte, beleidigte man es so, daß es moralisch und politisch gezwungen war, zu annektiren. Weil man das Mediatisirtwerden vor Augen sah, suchte man möglichst viel heimzubringen, besonders indem man die Staatsdomänen in Privateigenthum zu verwandeln trachtete; aber bevor dies gelungen war, führte man die Annektirung herbei und zwar grade dadurch, daß sich die Dynastie mit dem Lande in einen fünfzigjährigen erbitterten Streit über Mein und Dein verwickelte und durch den bösen Geist des Fiskal-, Monopol- und Privilegienwesens in der Domänenverwaltung sowie durch ihre stets antipreußische Zollvereins-Politik die wirthschaftlichen Interessen der Bevölkerung fortwährend so verletzte, daß man meinen konnte, die Regierung habe es darauf abgesehen, dem Lande einzuprägen, daß sein Wohl und das der Dynastie nicht identisch seien. Trost im häuslichen Hader wurde bei einem aus der Fremde herbeieilenden fahrenden Adel gesucht, der nur den unseligen Riß zu erweitern wußte, und Stütze hoffte man, indem man Alles, was von Besitz und Intelligenz im Lande war, geflissentlich vor den Kopf stieß, von der bewaffneten Macht, die, an sich schon vermöge ihrer geringen Zahl unerheblich, im entscheidenden Augenblicke nicht wie ein thönerner Riese, wohl aber wie ein thönerner Zwerg zusammenbrach. So modern auch sonst das Gebahren war, das Verhängniß desselben war exemplarisch antik: durch solches Entrinnen eilte man dem Fatum mit Hast entgegen.

Als der Stich der Kriegstarantel seine Wirkung zu äußern begann, ließen die Landstände, welche der irregeleitete Herzog für seine Feinde hielt, ihre warnende Stimme erschallen. Vergebens! „Die kleinen Regierungen in Deutschland können sich nicht dadurch erhalten, daß sie der Bevölkerung Ruhmesglanz und Siegeslorbeeren in Aussicht stellen. Militärstaaten oder

kriegsfähige Großmächte werden diese kleinen Länder niemals. Darum sollten sie, statt durch Kriegsruhm glänzen zu wollen, es vorziehen, Begründer der bürgerlichen und wirthschaftlichen Freiheit, Pfleger der Kultur, der Wohlfahrt, des Friedens zu sein. Wenn sie dies thun, werden sich die kleinen Regierungen erhalten. Wenn nicht — nicht.“ . . . . . .

Während Braun dies im Ständesaal aussprach, saß der Herzog in dem an denselben anstoßenden Zimmer seines Ministers, des Prinzen Wittgenstein. Er konnte hören, was dort geredet wurde. Seine Antwort war, daß er noch an demselben Tage die Ständeversammlung auflöste. Er warf seine Krone mit eigener Hand in des Krieges gähnenden Schlund, und sie ist darin verschwunden. Das Verhältniß der Regierung Seiner Hoheit zu den Landständen charakterisirt sich nicht treffender als durch die Verhandlungen über die Mittel zur Kriegsbereitschaft. Die Ständeversammlung in ihrer großen Mehrheit war entschieden für Neutralität, wenn nicht für Anschluß an Preußen, mit welchem das Land schon seiner wirthschaftlichen Interessen halber solidarisch verbunden ist. Der Herzog war von dieser Auffassung wohl unterrichtet. Gleichwohl wünschte er grade von diesen Ständen Geld verwilligt zu erhalten, um dem Bundestag, wie er sagte, oder Oesterreich, wie die Stände sagten, Heeresfolge zu leisten. Man schlug den heutzutage nicht mehr ungewöhnlichen Weg ein, vollendete Thatsachen zu schaffen wider den Willen der Volksvertretung und dieser zu überlassen, daß sie registrire, was sie nicht mehr ändern konnte. Aber Eines schickt sich nicht für Alle.

Am 12. Mai 1866 kam von Wien das Ersuchen, sofort mobil zu machen. Man arbeitete die ganze Nacht vom 12. auf den 13. Mai hindurch bis zum Tagesanbruch in den Büreaus des Kriegsdepartements. Am 13. Morgens gingen die Einberufungsordres an die großbeurlaubten Soldaten ins Land. Am 15. kontrahirte im speziellen Auftrag des Herzogs der Finanzdirektor, welcher zugleich auch Chef der herzoglichen Domänenverwaltung und landesherrlicher Kommissar bei den Spielbanken von Wiesbaden und Bad Ems

war, bei dem Bankhaus M. A. Rothschild für die Landessteuerkasse ein Kriegsanlehn von vorläufig einer halben Million Gulden. Die Stände sahen die Soldaten aus dem großen Urlaub einrücken. Sie interpellirten am 16. Mai, was das zu bedeuten habe, ob sich die Regierung vielleicht gegen den Willen des Landes in einen Krieg stürzen wolle, und woher sie die Mittel zu nehmen gedenke, denn die Stände würden zu einem solchen Zwecke nichts verwilligen. Darauf antwortete die Regierung, zu bedeuten habe das alles durchaus gar nichts, es handele sich weder um Krieg, noch um Kriegsbereitschaft oder Mobilmachung, sondern nur um die „gewöhnlichen vierwöchigen Feldübungen" — ein Wort, das in gleich wahrheitsgemäßer Weise auch in Hannover gebraucht wurde und sich für den Sprichwörterschatz der Zukunft oder für Herrn Büchmann's Sammlung „geflügelter Worte" empfiehlt — welche jedes Jahr stattfänden und ja auch in dem Budget pro 1866 vorgesehen seien; es werde kein Kreuzer über das gewöhnliche Ordinarium des Militärbudgets hinaus ausgegeben werden. Das Kriegsanlehen wurde verheimlicht. Kein Mensch, außer den in die österreichische Politik eingeweihten Herren und Damen bei Hof, wußte davon, nicht einmal der Chef der Landesregierung.

Die Stände waren durchaus nicht beruhigt durch jene „beruhigenden" Zusicherungen. Sie hatten allen Grund, argwöhnisch zu sein; allein da sie sich zu weiteren Interpellationen anschickten, vertagte sie die Regierung vom 16. Mai bis 5. Juni, indem sie mit patriarchalischem Wohlwollen versicherte, es geschehe das blos, um den hochgeehrtesten Herren Ständen Gelegenheit zu geben, die Pfingstfeiertage im Schoße ihrer Familien zuzubringen. Da die Vertagung etwa drei Wochen, Pfingsten 1866 aber nur zwei Tage dauerte, so machten die Stände von ihrer persönlichen Freiheit Gebrauch und glaubten nicht an das angegebene Motiv. Sie sagten das auch. Dies veranlaßte den Finanzdirektor — denselben, der das heimliche Kriegsanlehn

kontrahirt hatte — in der Ständeversammlung mit dem Tone äußerster sittlicher Entrüstung und mit der Miene der gekränkten Unschuld auszurufen: Welche Keckheit, der Regierung nicht zu glauben!

Während der Vertagung ging die Regierung an die Pferderemonte. Sie bedurfte zu deren Durchführung der aus freier Wahl hervorgegangenen Bezirksvertretung. Der Bezirksrath von Wiesbaden weigerte sich, hierzu in Funktion zu treten, denn zur Pferdekonskription sei die Proklamation der Kriegsbereitschaft erforderlich, diese sei aber noch nicht erfolgt. Das offizielle Blatt bedrohete die Mitglieder des Bezirksraths mit dem Standrecht. Sie ließen sich nicht irre machen. So war denn die Regierung gezwungen, die Maske fallen zu lassen und das Wort „Kriegsbereitschaft" endlich auszusprechen, nachdem die Sache schon da war. Dies geschah am 22. Mai.

Am 5. Juni traten die Stände wieder zusammen. Die Regierung gestand ihnen nun, daß sie am 16. Mai nur vertagt habe, um unbequemen Fragen aus dem Wege zu gehen; aber sie verheimlichte immer noch das Kriegsanlehn. Sie forderte eine halbe Million Gulden Kriegsmittel und schlug vor, dieselben durch Steuerzuschläge aufzubringen. Die verheimlichte halbe Million bei Rothschild dazu gerechnet, hätte man eine Million Gulden gehabt, und das hätte für den Anfang gereicht; später glaubte man wohl keiner Stände mehr zu bedürfen.

Die Stände aber wollten, bevor sie Geld verwilligten, über die politische Situation gehört sein. Sie wollten wissen, was man in Bamberg paktirt habe u. s. w. Die zweite Kammer beraumte daher eine Sitzung auf den 13. Juni an, um ihr Votum abzugeben gegen jene Politik, welche am folgenden Tage in der Bundestagssitzung die Majorität und namentlich auch die Zustimmung des nassauischen Gesandten erlangte.

Nun enthielt die parlamentarische Geschäftsordnung der nassauischen Ständeversammlung, welche zur Zeit der Blüthe

der Reaktion, 1852, zwischen den Ständen und der Regierung vereinbart worden war und ohne Zustimmung der letzteren nicht geändert werden konnte*), die seltsame Vorschrift, daß eine landständische Sitzung in Abwesenheit der Regierungsvertreter nicht stattfinden dürfe. Um die Sitzung vom 13. Juni, in welcher sich die Stände gegen die Bundestagspolitik aussprechen wollten, zu verhindern, hätte die Regierung verfassungsmäßig entweder auflösen oder vertagen können. Allein damit war ihr nicht gedient. Denn sie hoffte immer noch — trotz alledem — unter der Wucht der vollendeten Thatsachen, der aufgeregten Stimmung und der gouvernementalen Bedrohungen, selbst von diesen bisher so unbeugsamen Ständen eine Geldverwilligung zu erwirken. Sie wählte also ein nicht verfassungsmäßiges Mittel, einen gelinden Staatsstreich, einen Strike: Arbeitseinstellung. Sie verbot ihren Vertretern in der Sitzung zu erscheinen. Dieselbe konnte also nicht stattfinden; — und am 14. Juni stimmte die Regierung, welche die An- und Absichten der Stände sehr wohl kannte, in Frankfurt für das direkte Gegentheil von alle dem, was die Volksvertretung wollte. Gleichwohl glauben verschiedene Württemberger immer noch bis zur heutigen Stunde, gewisse südwestdeutsche Kleinstaaten seien der gerechte und vollkommene Hort des einzig wahren Konstitutionalismus in Europa. Wenigstens sagen sie so.

Die Regierung frohlockte am 14. Juni. Sie hatte eine vollendete Thatsache. Ihre voreilige Mobilmachung vom 14. Mai hatte nunmehr am 14. Juni die höhere Weihe, die nachträgliche Genehmigung des Bundestags erhalten. Nun konnte man von „Bundesrecht" und „Bundestreue" sprechen und den Vorwurf des österreichischen Vasallenthums durch Berufung auf den Be-

*) Letzteres ist auch bei der Geschäftsordnung der Stände in den Königreichen Sachsen und Bayern der Fall. In dem sogen. Lande des Cäsarismus und der Militärherrschaft hat man an eine solche Beschränkung der inneren Autonomie der Volksvertretung nie auch nur entfernt gedacht.

schluß des „einzigen legalen Organs der gesammten deutschen Nation" gewichtig entkräften. Auch gab man sich in Bibrich der tröstlichen Hoffnung hin, in Preußen werde wieder, wie 1850 und 1851, „der Starke muthig einen Schritt zurückweichen". Noch sicherer zählte man auf eine Kreditverwilligung der Stände; „gegen den Bund rebelliren würden sie doch nicht, sonst werde man garstig mit ihnen umspringen."

Allein man hatte sich in jeder Beziehung getäuscht. Preußen wich nicht zurück; es ging vor, und zwar mit der ominösen „affenartigen Geschwindigkeit". Auch die Stände wichen nicht zurück. Am 27. Juni verweigerten sie der Regierung alle und jede Mittel zum Krieg. Die Regierung hatte zwar schon ihre geheime halbe Million. Aber sie wollte mehr. An dem Tage, wo die österreichischen und Frankfurter Zeitungen die falschen Nachrichten über die Siege Benedek's nach Wiesbaden trugen, glaubte sie ihre Zeit gekommen. An diesem Tage, am 30. Juni, erschien der Chef des Kriegsdepartements, das Schwert an seiner Linken, in der Ständeversammlung und las mit einer Stimme, die an das „dies irae" und die Posaunen des jüngsten Gerichts mahnte, eine neue Kreditanforderung von höherem Betrag vor, welche sich darauf berief, „diese Regierung (welche doch die halbe Million heimlich in der Tasche hatte) sei ohne die geringsten Mittel, sie befinde sich in dem äußersten Nothstande, sie müßte, wenn die Stände wieder nichts verwilligten, mittelst kriegsrechtlicher Exekution nichtverwilligte Steuern heben, um nicht die braven Soldaten darben zu lassen" u. s. w.

Am 6. Juli schlugen die immer noch unbeugsamen Stände zum zweiten Male der Regierung jeden Kredit ab. Sie hatten inzwischen, Dank dem Scharfsinne ihres Berichterstatters, des Abgeordneten Scholz, den Sachverhalt bezüglich des geheimen Kriegsanlehens ausgemittelt. Vormittags erfolgte die Abstimmung, Nachmittags die Auflösung. Am 14. Juli siegten die Preußen bei Aschaffenburg. Am 15. Juli entfloh der Herzog.

Von allen den im Eingange aufgezählten neun, oder wenn man den Herzog hinzurechnet zehn Generalen — von welchen allerdings einige durch Alter oder Krankheit verhindert waren, wie z. B. Hergenhahn, der schon die Kriege von 1810 bis 1815 mitgefochten —, war nur einer im Felde, der weiland karlistische General Roth. Und ihn traf das Unglück, mitten im Feldzuge vom Herzog auf Urlaub in die Schweiz geschickt zu werden. Sogar dieses Muster altkastilischer Ritterschaft und korrekter legitimistischer Gesinnung — zudem ein Schwabe von Geburt! — galt plötzlich als verdächtig. Gewiß mit Unrecht. Er machte ohne Zweifel die Sache so gut als er konnte; und daß man ihn vielleicht an eine Stelle gestellt hatte, wohin er nicht gehörte, daran war er nicht schuld, sondern die Leute, welche glaubten, daß Parteifanatismus im Stande sei, für den Mangel technischer Erfordernisse aufzukommen.

Ueber den Verlauf des „Feldzugs" will ich schweigen. Als er zu Ende und das nassauische Kontingent gezwungen war, von Günzburg am südlichen Ufer der Donau, wo es kantonnirte, in die mittlerweile preußisch gewordene Heimath zurückzukehren, entband der Herzog die Offiziere des Fahneneids. Er hoffte indeß und sprach auch, wie wir hören, diese Hoffnung aus, es werde trotzdem keiner seiner Getreuen unter dem König von Preußen fortdienen; denn es war den Offizieren freigestellt, Pension zu verlangen nach dem bisherigen nassauischen Pensionsgesetz, das ebenso wie das Besoldungsgesetz sehr freigebig ist, namentlich für die unteren Chargen. Der Herzog irrte sich; die meisten dienten fort. Der weiland Kriegsherr stiftete für Offiziere und Mannschaft, für Alle, welche mitretirirt waren, eine Erinnerungsmedaille, welche an einem gelben Bande auf der Brust getragen wird; und da ein erfahrener Offizier versicherte, daß planlose Bewegungen und forcirte Rückzugsmärsche die Truppen noch weit mehr strapaziren, als ein wirklicher Feldzug mit Bataillen, so war dieses Symbol, das er mit dem unschönen Namen „Lauf-Orden" belegte, insofern wohlverdient

und mag für manchen braven Burschen in der That ein Ehrenzeichen sein.

Gegenwärtig verweilt der Herzog nebst Gemahlin und Prinzen in dem schon mehrfach erwähnten Schlößchen Rumpenheim. Am 4. November 1866 verabschiedete er sich dort, wie Eingangs gemeldet, von seinen „treugebliebenen" Offizieren, d. h. von denjenigen, welche um die — nach nassauischem Gesetz nahe an den Aktivgehalt reichende — Pension nachgesucht haben, weil sie aus Rücksichten auf ihr Alter oder sonstige Umstände sich in die neuen Dienstverhältnisse nicht schicken können oder wollen. Diese Offiziere, dreizehn an der Zahl, geführt von dem vormaligen Kriegsminister General v. Holbach, welcher während des Feldzugs mit dem Depot in der Festung Mainz lag und von dem Tour de Montalembert auf der Petersau, einer zur Bundesfestung gehörigen Rheininsel, aus zusah, wie die Bayern Bibrich beschossen und höchst nutzloser Weise mit einer endlosen Kanonade einen preußischen Landwehrmann tödteten, — es war ein Schneider vom Niederrhein, der vier kleine Kinder zu Hause hatte —, fuhren mit dem Frühzug gen Frankfurt und dann gen Rumpenheim. Man sagt, der Herzog werde ihnen aus Privatmitteln zu ihrer preußischen Pension so viel zulegen, daß sie dem bisherigen nassauischen Aktivgehalt gleichkommt, bis zu ihres Lebens Ende.

Als sie in den engen Raum eintraten, den jetzt der hohe Herr bewohnte, war der Letztere so ergriffen, daß er nur die Worte sprechen konnte: „Das sind noch die einzigen Treuen!" Dann lehnte er sich, den Kopf tief auf die Brust herabgesenkt, mit dem Rücken an einen Konsoltisch, und die Thränen rannen ihm in den seit der letzten Kampagne ergrauten Bart. Auch ein Theil der Offiziere konnte sich des Weinens nicht enthalten. Und es gab so eine lange bange Stille, die nur durch das Schluchzen eines oder des andern unterbrochen wurde. Da der Herzog nach Verlauf einer halben Stunde immer noch in seiner stummen Niedergeschlagenheit verharrte, und die Etikette den

Offizieren verbot, die Initiative des Gesprächs zu ergreifen, entstand nach und nach eine gewisse Verlegenheit, welche der General v. Holbach mit seiner ihm in solchen Fällen eigenthümlichen Geistesgegenwart dadurch beseitigte, daß er dem Herzog sagte, die Offiziere seien gekommen, um auch Ihrer Hoheit der Frau Herzogin und den durchlauchtigsten Herrn Prinzen ihre allerunterthänigste Aufwartung zu machen. Infolge dessen rief der Herzog selbst seine hohe Gemahlin und die beiden Söhne aus dem Nebenzimmer herein. Dann verfiel er wieder in sein finsteres Schweigen. Die Frau Herzogin führte von nun allein die Konversation mit den dreizehn Getreuen. Sie stellte ihnen die Prinzen vor und sprach: „Betrachtet Euch noch einmal Euere beiden jungen Herren und bewahrt denselben Euere Treue bis zu besseren Zeiten.“ Dann ergoß sie sich in lebhaften Vorwürfen gegen diejenigen vormals nassauischen Offiziere, welche der angestammten Dynastie die Treue gebrochen und preußische Dienste genommen hätten. Diesen Vorwürfen stimmten auch diejenigen unter den Offizieren bei, deren eigene Verwandte sich in dem von der Herzogin getadelten Falle befanden. General v. Holbach aber, dessen Söhne auch preußische Dienste genommen, suchte mit gewohntem Geschick die Unterhaltung von diesem, ein wenig epinösen Thema abzulenken, indem er zu erzählen begann, was jetzt die bösen Fortschrittsleute in Wiesbaden für ein grauenhaftes Regiment führten; er, General v. Holbach, sei dieser Tage einmal zu dem königlichen Civilkommissar vorbeschieden gewesen und erst nach langem Warten im Vorzimmer vorgelassen worden; während er mit demselben im Gespräch begriffen gewesen, habe es plötzlich sehr kräftig an der Thüre geklopft und ohne das Hereinrufen abzuwarten, sei B. hereingestürzt mit den Worten: „Ich muß heute noch nach Berlin und kann deshalb die Sache nicht fertig machen,“ worauf der königliche Civilkommissar erwiedert habe: Nun gut, dann mag sie Dr. L. machen. (Beiläufig bemerkt, versichern die genannten Herrn, daß diese Erzählung nicht wahr sei.) Diese und andere Anekdoten Hol-

bach's vermochten indeß den schwülen Horizont nicht aufzuheitern; und als er endlich, nachdem die Audienz drei Stunden gedauert hatte, dem Herzoge zum Schlusse die Versicherung gab, das ganze Land sei ihm jetzt immer noch mit der größten Treue und Anhänglichkeit zugethan, schüttelte der hohe Herr das Haupt und sprach: „Wenn dem so wäre, dann säß' ich nicht hier!" So wird uns glaubhaft berichtet.

Jene Offiziere aber fuhren hierauf zurück und dinirten zusammen in Frankfurt.

X.

Die Getreuen des Depossedirten.

Ein

Geschichtchen aus der Dämmerstunde.

Motto:
„Denn aus Gemeinem ist der Mensch gemacht
Und die Gewohnheit nennt er seine Amme."
Schiller.

Die Zeitungen bringen (zunächst aus Anlaß der Luxemburger Affaire, welche zwar beendigt zu sein scheint, aber lebhafte Hoffnungen und Besorgnisse hervorgerufen hat und immer noch auf der Oberfläche des Wassers ihre in konzentrische Kreise auslaufenden Schwingungen fortsetzt, wenn gleich der Stein, der den Anstoß zu den Schwingungen gab, längst unten im Bachbette, wohl besorgt und aufgehoben, zur Ruhe gelangt ist) fast jeden Tag Stimmungsberichte aus den neuen Provinzen, welche die Lage der Dinge entweder in Rembrandt'schen Schatten- oder in Hildebrandt'schen Lichteffekten darstellen.

Ich halte sowohl die schwarzen, als auch die rosenfarbenen Bilder, unbeschadet der hohen künstlerischen Fähigkeit der Meister, welche dieselben malen, und welchen sich ein unzünftiger Bönhase, wie ich, der nur zuweilen in seltenen Mußestunden zum Pinsel greift, oder zur Feder, um sich Etwas, das ihn drückt, vom Leibe herunter zu schreiben, oder durch das Schreiben und während desselben objektiv klar zu stellen und zu fixiren, nicht an

die Stelle stellen kann, -- ich, sage ich, halte diese Bilder nicht für getreu und naturwahr.

Es ist eben Dämmerung in den neuen Provinzen, aus welcher hoffentlich nicht die Nacht, sondern der Tag sich entwickelt. Man kann ein Bild aus der Dämmerung nicht mit scharfen Umrissen und Außenlinien ausstatten, sonst hörte es auf, dem Gegenstande zu entsprechen, den es darstellen soll.

Und warum soll man nicht auch die Dämmerung darstellen? Die Erinnerungen aus dem Dämmerstündchen sind mir die liebsten aus meiner Jugend. Die sonst so lustige und laute Kinderschaar drängte sich zusammen um den ledernen Sessel der Amme, die da saß, die Hände im Schooße gefaltet, zu ihren Füßen die alte Katze, die ihrem Gefühle tiefster Behäbigkeit durch ein fortgesetztes leises Schnurren Ausdruck gab. Wie die Katze, so schnurrte auch die Amme; nur geschah es in artikulirten Lauten, und aus diesen Lauten bildeten sich Geschichtchen, die lieblich dahin plätscherten, wie's Bächlein auf den Wiesen, und die wir mit begierigem Ohre auffingen, mochten sie auch nicht in allen Stücken klar sein.

Eine solche Geschichte aus dem Dämmerstündchen wollen auch diese Aufzeichnungen sein. Mehr nicht. Wenn sie nicht Alles aufklären, so ist die Unklarheit der Situation daran schuld. Sobald man der Phantasie erlaubt, sich die dämmernden Gestalten à son aise auszumalen, erzeugt sie Schreckbilder, welche nicht mehr die geringste Aehnlichkeit mit der Wirklichkeit haben. Und wozu Schreckbilder? Es giebt schreckliche Dinge genug in der Welt, als daß wir ihre Zahl willkürlich vermehren und dadurch ohne Noth den armen Sterblichen eine durch die wirkliche Lage der Dinge nicht gebotene Unruhe einflößen sollten. Sagt ja doch schon ein griechischer Philosoph, daß die Menschen beunruhigt werden nicht durch die Dinge, wie sie sind, sondern durch die Dinge, wie sie sich solche vorstellen. *Ταράσσει τοὺς ἀνθρώπους οὐ τὰ πράγματα ἀλλὰ τὰ περὶ τῶν πραγμάτων δόγματα.*

Stellen wir uns also die Dinge nicht so schlimm vor. Glauben wir nicht an Krieg und an Aufruhr, und es giebt keinen. Was den Leuten die neue Gegenwart verleidet, das ist die Macht der Gewohnheit am Alten. Sie werden vom Gesetze der Trägheit regiert und die Trägheit neigt nie zu vulkanischen Eruptionen. Oft sind es die Allerentschiedensten, welche Alles entschieden verhindern, weil ihnen gar Nichts entschieden genug ist.

Doch zur Sache:

Nicht König Georg von Hannover hat Auftrag gegeben zu der Unterhandlung mit Preußen über Ausscheidung des Privatguts der hannoverschen Dynastie. Wenn, wie man versichert, dergleichen Unterhandlungen obschweben, so werden sie im Auftrag der englischen Regierung mit Preußen geführt. Georg Rex sitzt in Hietzing mediis tranquillus in undis. Er läßt sich auf keine Unterhandlung ein. Er erklärt Alles, was geschehen ist, für null und nichtig und erwartet, daß es baldigst wieder ungeschehen gemacht, und er auf dem Welfenthrone restaurirt werde. Er fühlt sich als Sieger von Langensalza und glaubt, daß der Glanz dieses Lorbeers noch erhöht werde durch die Aureole des Märtyrers, welcher nur der Uebermacht wich nach einem heldenmüthigen Kampfe. Dieser Haltung des Königs Georg entsprach die seines ehemaligen Ministers von Münchhausen, welcher im Reichstag ritterlich Mann gegen Mann über die preußische Regierung Anklagen erhob, die er ohne Zweifel für ebenso begründet hielt, als wir Andern von deren Grundlosigkeit überzeugt sind. Es entspricht ihr ferner die nicht endende Agitation in Hannover, wenigstens in den älteren Landestheilen dieses vormaligen Königreichs; denn die neueren lassen sich zu dergleichen nicht mißbrauchen und sind zum Theil sehr gut preußisch. So wenig wir uns mit diesen Bemühungen einverstanden erklären, so müssen wir doch zugestehen, es ist System darin. Es ist ein Standpunkt, wenngleich ein verkehrter und für preußische Unterthanen ein verbrecherischer. — Den entgegengesetzten nimmt

der Kurfürst von Hessen ein. Er hat sich mit Preußen abgefunden und lebt, der Souveränetät entkleidet, die ihm stets mehr Verdruß als Vergnügen gemacht hat, als einer der reichsten deutschen Standes- und Grundherrn. Auch mit seinem Geschick hat er sich versöhnt. Denn wenn auf der einen Seite der Verlust des Thrones ein Gefühl von Bitterkeit in ihm wach zu rufen droht, so weiß er es auf der andern Seite sofort wieder zu beschwichtigen durch den tröstlichen Gedanken, daß nicht nur er seinen Thron, sondern auch das Land und die Landstände (oder „der Oetker und die andern Kerls") die so viel bestrittene, genommene und wieder zurückeroberte einunddreißiger Verfassung endlich definitiv und für immer eingebüßt haben. Und wenn der Kurfürst etwa bei Preußen, wie die Zeitungen melden, jetzt noch Reklamationen erhebt, so handelt es sich gewiß nicht darum, ein Stücklein Souveränetät, sondern vielmehr darum, einen erheblichen Antheil an dem kurhessischen Staatsschatze für sich zu salviren, dessen Grund seine Vorfahren durch Menschenhandel legten. Das ist denn auch ein Standpunkt.

Minder klar, als die Position des Georg Rex und des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, ist die des dritten Depossedirten, des Herzogs Adolph und seiner Anhänger. Fast scheint es, man möchte hier den Versuch machen, die Annehmlichkeit des kurfürstlich hessischen Standpunktes und die Großartigkeit des königlich hannoverschen mit einander zu vereinigen.

Doch ich will die Reflexionen bei Seite lassen und von Thatsachen reden.

In den letzten Wochen wimmelten die Zeitungen von Notizen, daß der Herzog Adolph diesen und jenen Beamten, diese oder jene Kategorie von Staatsdienern „ihres Eides entbunden habe". Der Chef des Medizinalwesens in Nassau machte mit Namensunterschrift offiziell in den Zeitungen bekannt, auf sein Ansuchen habe Seine Hoheit der Herzog sämmtliche Gesundheitsbeamte und praktische Aerzte ihres Diensteides entbunden. Es blieb bei dieser

Publikation unklar, ob der Chef des Medizinalwesens von seinen Untergebenen, welche dies wenigstens großen Theils bestreiten, Auftrag zu diesem Nachsuchen hatte, oder nicht; und ob er in seiner Eigenschaft als herzoglich nassauischer oder als königlich preußischer Beamter handelte, oder ob er sich im Widerspruch mit dem Satze „Niemand kann zween Herren dienen", als eine kombinirte Verkörperung dieser beiden Eigenschaften gedacht hat. Gewiß ist, daß zwischen dem Herzog Adolph, welcher in dem, in kürzester Frist von Wiesbaden erreichbaren hessischen Schlößchen Rumpenheim am Main residirt (dieser Tage erst hat er aus Rücksicht auf die Rekonvaleszenz seiner hohen Gemahlin einen Landsitz bei Lausanne bezogen), und seinen vormaligen Beamten, den sogenannten „herzoglichen Dienern" (in Hannover hießen sie „königliche Diener" — magna ingenia conspirant) ein ununterbrochener lebhafter persönlicher und brieflicher Verkehr stattfindet, obgleich diese Beamten nun schon seit drei Vierteljahren Diener der preußischen Monarchie sind; und ebenso unzweifelhaft ist es, daß dieser Verkehr außerordentlich an Lebhaftigkeit gewann, je höher die kriegdrohende Wolke am Horizonte emporstieg. Die königliche Verwaltung kennt diese Thatsachen, aber sie ignorirt sie. Wie mir scheint, mit Recht. Es hilft nichts, auf ein Symptom äußerlich loszukuriren, wenn man sich nicht um den Sitz der Krankheit kümmert. Inzwischen erhitzte sich die posthume Loyalität zu eigenthümlichen Erscheinungen. Beispielsweise sei nur eine erwähnt. Der Direktor einer königlichen Strafanstalt suchte bei der königlichen Regierung einen Urlaub von 14 Tagen nach. Diese machte ihn auf die bestehende Vorschrift aufmerksam, wonach er den Zweck und das Ziel seiner Urlaubsreise angeben müsse. Der königl. Direktor kam der Weisung nach. Als Ziel der Reise bezeichnete er Frankfurt und das Schlößchen Rumpenheim, die Residenz des Herzogs Adolph von Nassau. Als Zweck der Reise gab er an: In Rumpenheim wolle er seinem bisherigen allergnädigsten Herzog und Herrn seine allerunterthänigste Ehrfurcht bezeugen, in Frankfurt aber wolle

er erstens sich nach einem gelehrigen Affenpinscher umsehen, dessen er bedürfe zur Vertilgung des seit der Einverleibung so sehr überhandnehmenden Ungeziefers, und zweitens, um ein möglichst billiges Stück Geld einen abgetragenen schwarzen Frack kaufen, um darin (statt in der vorgeschriebenen Dienstkleidung) dem neuen preußischen Regierungspräsidenten, Herrn von Diest in Wiesbaden, seine Aufwartung zu machen.

Nicht alle Beamte und Geistliche haben um die Eidesentbindung nachgesucht. Die Obergerichtsräthe in Wiesbaden und in Dillenburg z. B. haben es nicht gethan. Wohl aber die große Mehrzahl. Die Beamten fühlen sich nachgerade sehr unbehaglich unter dem preußischen Regiment, welches hohe Ansprüche in Betreff der Tüchtigkeit und Thätigkeit im Dienst erhebt und keineswegs so freigebig mit Besoldungszulagen, Gratifikationen, Remunerationen, Unterstützungen, Almosen und sonstigen Trinkgeldern ist, wie es das alte Regiment auf Kosten der Steuerpflichtigen war, indem es das Geld, das es den Fleißigen abnahm, unter die Faulenzer vertheilte. Aus den Mitteln der Steuerpflichtigen, nicht aus den Einkünften der Domänen oder der Civilliste, befriedigte der Herzog Adolph, — ein von Natur gutmüthiger Herr, der nur durch seine Umgebung, unter Benutzung seines Kopfleidens und der daraus entstandenen nervösen Reizbarkeit, gegen Land und Leute gehetzt wurde, damit die fürstliche Gunst sich nur auf wenige Auserwählte vertheile — seinen nicht wohl geregelten Wohlthätigkeitsdrang. Auch hier möge statt vieler hundert ein Beispiel genügen. Ein einzelnstehendes älteres Fräulein, frömmster Richtung und loyalsten Gemüths, die ein Vermögen von mehr als 10,000 Gulden besitzt, und aus dem Betriebe des Chambre-garnie-Gewerbes, in welchem sie durch Empfehlung aller Frommen von weit und breit unterstützt wird, einen jährlichen Reingewinn von ebenfalls einigen tausend Gulden erzielt, hat unter Herzog Adolph und auf dessen speziellen und persönlichen Befehl viele Jahre lang „wegen ihrer außerordentlichen Hülfsbedürftigkeit und Armuth“

eine jährliche Unterstützung von 500 Gulden bezogen, welche von den übrigen Unterthanen des Herzogs durch Steuerzahlen aufgebracht werden mußte. In Nassau aber sind grade die nur auf ihre Arbeitskraft angewiesenen ärmeren Klassen, die kleinen Bauern ganz außerordentlich hoch besteuert. Denn die nassauischen Fiskalkünstler dachten: „Die Masse muß es bringen.“ Einmal wagte es Jemand, hohen Orts darauf aufmerksam zu machen, es sei doch nicht recht, daß diese armen Leute für das reiche Fräulein arbeiten müßten. „Dafür betet das Fräulein auch für die Armen“, war die Antwort. Aus dem „Ora et labora“ war ein „Aut ora aut labora“ geworden.

Im Staatsdienst mußten die fleißigen und tüchtigen Arbeiter darben. Dagegen der müßige Troß, der sich mit lakaienhafter Dreistigkeit und Geflissenheit vordrängte und seine Dienste anbot für die Zwecke, die dem Staatsdienst und dessen Pflichten fremd und sogar diametral entgegengesetzt waren, wurde fürstlich belohnt, mit Titeln, mit Orden (Herzog Adolph hatte sich deren mehre gestiftet; sein geistreicher Vater, der Herzog Wilhelm, glaubte derselben entrathen zu können und spottete oft über die kleinfürstlichen Dekorationen) und vor Allem mit Geld. Das Civil-, Militär- und sonstige Besoldungsbudget wuchs — bei einer Bevölkerung von nicht einer halben Million Einwohner — auf über drei Millionen Gulden, und mit ihm wuchsen die Steuern.

Es verstand sich in Nassau von selbst, daß die öffentlichen Beamten private Nebengeschäfte treiben durften, welchen sie ihre Hauptzeit widmeten, mit solchem Erfolg, daß die Nebeneinkünfte, vielfach zusammenhängend mit den in den Bädern betriebenen Spielhöllen und deren unnennbaren Anhängseln, zum Oeftern das dienstliche Haupteinkommen überstiegen. Gute Gesinnung, recht demonstrativ zur Schau getragen, korrettes, streng büreaukratisches Verhalten und ein zügelloser Diensteifer bei den permanenten Wahlen zu dem jedes Jahr aufgelösten Landtag deckten Alles. Man sah mehr auf den Glauben, als auf die Werke.

Noch mehr aber verstand es sich von selbst, daß ein bürger-

liches Metier für die Relikten eines Beamten oder eines Geistlichen eine Entehrung war, woraus denn mit Nothwendigkeit sich ergab, daß die Beamtentöchter (auch der niedrigsten Klassen) auf Kosten der Steuerzahler ihr Leben lang unterhalten werden mußten.

Obgleich die preußische Verwaltung in allen diesen Dingen auf das schonendste verfährt, so dämmert doch Allen, welche von den bisherigen Mißbräuchen Vortheil zogen, ein Bewußtsein, daß solche zarte Gewächse, wie die soeben geschilderten, in der scharfen reinen Luft eines Großstaats auf die Dauer nicht gedeihen können, sondern nach und nach verkümmern. Der Accessist vermißt die reichlichen Diäten und die Besoldungszulage, welche er sonst bekam, wenn er mit dem Regierungsdirektor Werren eine Wahlagitationsreise machte und auf derselben die Gemeindebeamten mit göttlicher Amtsgrobheit anschnauzte; der Oberförster, der das fürstliche Jagdrevier besser gepflegt als den Wald der Gemeinde, die ihn bezahlt, wartet vergeblich auf die Remunerationen, welche für Achtzehnender aus der Staatskasse erfielen; der Kanzlist, der seinen Vorgesetzten denunzirt hatte, daß er einmal in der Dämmerung auf der Straße bei einem liberalen Ständemitglied gestanden und mit ihm über die Weinernte gesprochen habe, seufzt: „In diesem abscheulichen Preußen will man von Gratifikationen nichts wissen, die Kerls muthen einem zu, daß man die Arbeit umsonst thut.“ Wenn er französisch verstände, würde er sagen: „de travailler pour le roi de Prusse.“ Er bekommt zwar eine im Verhältniß zu seiner Qualifikation sehr hohe Besoldung. Allein die rechnet er nicht. Das ist ein Ding für sich; denn die hat er einmal „dekretmäßig“. Wenn er dafür etwas arbeiten soll, dann verlangt er außerdem noch eine Gratifikation, auf deutsch: ein Trinkgeld. Von dieser segensreichen Institution will der schwarzweiße Eindringling nichts wissen und deshalb ist er in den Augen der blau-orangefarbigen Autochthonen ein nordischer Barbar. Der Oberbeamte seufzt: „Es sollen alle guten Stellen bis herunter auf die Landrathsposten mit Altpreußen

besetzt werden" (was allerdings, wenn es geschähe*), sehr unklug wäre, namentlich bezüglich der Landräthe, welche doch in ihrem Bezirk nicht Fremdlinge sein dürfen). Der Unterbeamte hat die schrecklichen Worte „Gumbinnen" und „Stallupönen" vernommen; und wenn er Abends zu spät, oder zu viel getrunken, oder zu schwer verdauliche Speisen gegessen hat, dann träumt er Nachts, er sei Kanzleirath in „Stallupönen" geworden; er sieht sich mit seinen Akten in einem offenen Holzschuppen, ringsum Schnee und immer näher dringendes Wolfsgeheul. Während er sein Gehirn mit Zweifeln abmartert, ob wohl die Wölfe den hölzernen Kanzleirath oder die papiernen Akten fressen wollen, oder gar beides, erwacht er, gebadet in Angstschweiß, und die Gattin lispelt: „Ach Wilhelm, seit wir preußisch sind, hast Du keine ruhige Nacht mehr; Gott gebe, daß es bald wieder anders werde." „Schweig!" ruft Wilhelm der Gattin zu, „Du bringst uns noch ins Zuchthaus, weißt Du nicht, daß in Preußen die Wände Ohren haben; und der schlechte Kanzlist Cigaretto paßt mir ohnedies schon auf den Dienst und möchte mir die Schlappen austreten; vor einem halben Jahr noch lief er alle drei Tage nach Rumpenheim, um sich nach dem Befinden unserer allergnädigsten Frau Herzogin Adelheid zu erkundigen, und jetzt kriecht er vor dem hergelaufenen hungrigen Junker, vor dem —". Ach, auf dreihundert Stunden Wegs versetzt zu werden, ist doch auch gar zu schmerzlich. Bisher konnte doch die Regierung selbst im Falle der äußersten Ungnade nicht weiter gehen, als zehn Meilen. Denn weiter reichte ihr Gebiet nicht, und unsere Bauern, wenn sie bildlich ausdrücken wollen, daß der böse Wille seine Grenze in der Impotenz finde, sagen: „Einer Ziege gehört kein langer Schwanz." Ein anderes Stillleben:

„Was soll aus uns werden!" seufzt die sentimentale Tochter

*) Leider ist es geschehen und hat doppelt nachtheilig gewirkt, weil man neben und unter den Landräthen die altnassauischen Beamten fortbestehen ließ, — eine so verwickelte Maschinerie, daß sie kein anderes Produkt erzeugt, als Reibung.

einer verwittweten Geheimen Hof-Kammer-Räthin, „betteln mag ich nicht und arbeiten hab' ich nicht gelernt; und am Ende nimmt Dir der garstige Preuß' auch noch Deine Pension." „Das wird er wohl bleiben lassen," erwiedert die resolute Mutter, „man läßt sich viel gefallen, aber daß man seine durch eine langjährige getreue Pflichterfüllung — Dein Vater selig ging jeden Tag drei geschlagene Stunden auf das Büreau, und es kam sogar im Winter manchmal auch vor, daß er bei Licht arbeitete — im Schweiße seines Angesichts erworbene Pension soll verlieren, das läßt man sich nicht gefallen; das ist zu arg; und in dem Besitzergreifungspatente heißt es: „wohlerworbene Rechte und berechtigte Eigenthümlichkeiten" sollen bleiben; und wenn das keine berechtigte Eigenthümlichkeit ist für eine arme Wittwe, die, abgesehen von der Pension, von ihren Zinsen leben muß, die erfallen von dem Bischen Kapital, was Dein Vater selig durch den Mäusefraß erworben hat, dann möcht' ich einmal wissen, was denn überhaupt nach der Meinung dieser Preußen da eine berechtigte Eigenthümlichkeit sein soll." — „Ja, Mutter, das ist Alles schön," seufzt Minchen; „aber, wenn Du sterben solltest, was Gott verhüte, was soll aus einem armen jungen Mädchen werden, das dann allein steht? Deine Pension hört dann auf, und ich bekomme keine; unter dem guten Herzog hätte ich als eines hochverdienten Angestellten hinterlassene Waise eine jährliche Unterstützung von ein paar Hundert Gulden aus Staatsmitteln erhalten; aber wenn ich mir denke, bei dem Preuß' so etwas nachzusuchen, das wäre mir schrecklich; denn man bekäm' nichts." „Nun, nun," tröstet die Mutter, „mit Deiner Jugend hat's gute Wege, und ich bin doch auch noch nicht so alt, daß ich schon ans Sterben denken sollte; ich will vielmehr dem Preuß' zum Trotz noch recht lange leben, daß mir der Hungerleider zu seinem Aerger noch recht oft meine nassauische Pension auszahlen muß. Aber was sag' ich da? Wie lang wird's denn mit dem Preuß' überhaupt noch dauern? Die Gräfin Bella — und die weiß Alles ganz genau, denn sie hat drei Brüder, alle drei in österreichischen Diensten, der eine ist k. k.

Major, der andere ist k. k. Kämmerer und der dritte ist k. k. Gesandter und hat im vorigen Jahr dem Preuß' eine siegreiche Schlacht geliefert — die gnädig' Komteß also — Du weißt, sie kann reiten wie ein Stallmeister und fluchen wie ein Postillon — die hat kürzlich zu Rittersheim zu der Frau Amtmann gesagt: „Donnerwetter, sagte sie, jetzt ist's aber aus, sagt' sie, mit dem .....-Preuß'; der Franzos und der Oesterreicher, und der Spanier und der Italiener, und der Holländer und der Schweizer, alle mit einander sind sie einig; mit dem Luxemburg, das ist nur der Vorwand; wenn man an den Hund will, dann hat er Leder gefressen; klein gemacht wird der Preuß', seinen Raub muß er wieder herausgeben und noch die Hälfte von dem, was sein ist, dazu; und der Franzos setzt den Herzog wieder auf seinen angestammten Thron und macht ihn zum König, wie er ja auch Anno sechs seinen Vorfahren, der früher nur ein Graf war wie wir auch, nur ärmer (versteh' mich recht, Minchen, so sagt die Gräfin Bella, nicht ich, denn Gott soll mich behüten, daß ich unseres allerdurchlauchtigsten angestammten Landesvaters Vorfahren nachsage, sie seien arm gewesen) — zum Herzog gemacht hat, und giebt ihm noch viel mehr Land, als er hatte, Kreuznach und Koblenz und Neuwied und Linz, was er all dem Preuß' abnimmt, wie ja der Franzos auch Anno sechs dem Nassauer noch einmal so viel Domänen und Land gegeben hat, als er hatte; das ist all verbrieft und versiegelt; und der Herzog hat nach Berlin geschrieben, er lasse sich jetzt mit dem Preuß' auf gar nichts mehr ein, und wenn er ihm die ganze Domäne des Landes auf dem Präsentirteller entgegentrüge, und seinen Bruder, den Prinzen Nikolaus, der sich mit dem Preuß' zu tief eingelassen und sogar seine Bibricher Garde-Schützen-Uniform mit einer preußischen Generalsuniform vertauscht hat, — ich hab' ihm niemals getraut, daß er gut österreichisch wäre, sagt' sie, nämlich die Gräfin Bella — den will er von Berlin abberufen, sagt' sie, und er soll österreichischer General werden, wie unser Zimieçki, sagt' sie, und wenn unser allergnädigster Herr wiederkommt, hurrah!

dann geht's los, seine Getreuen wird er belohnen" — und dazu gehören wir zwei doch auch, Minchen, denn wir haben ja ein jedes beigesteuert für das Weihegeschenk, für die zwei und ein halb Fuß große Göttin Nassovia, wo die Frau Regierungsdirektor Schepp mit einem Fußfall der allergnädigsten Frau Herzogin Adelheid — Gott segne sie — als ein Angedenken an die treugesinnten Nassauerinnen in Rumpenheim überreicht hat; heb' mir nur die Quittung gut auf, ich habe sie in die oberste Schieblade zu den Spielaktien gelegt, sag' ich —; ja, was wollt' ich doch sagen? Also: „die Getreuen belohnen," sagt' sie, nämlich die Gräfin Bella, „und die meineidigen hochverrätherischen Spitzbuben bestrafen; ich selbst, sagt' die gnädige Komtesse, obgleich eine unschuldige deutsche Jungfrau, sagt' sie, werde hocheigenhändig wenigstens einem halben Dutzend Nationalvereinler mit dem Knopf meiner Reitpeitsche die Köpfe einschlagen, und wie viel deren der Baron Breithaupt von Schnurresheim, genannt zum Ritt auf der Boccage zum Warzentroste ältere Linie aschgrau melirter Zweig, mit seinem tapferen Schwert umbringen wird, das läßt sich gar nicht ermessen." Siehst Du, Kind, so sagte die Gräfin und noch viel mehr, was ich Dir, als einer Beamtentochter von Bildung, gar nicht Alles wieder sagen kann; denn die Gräfin braucht manchmal Worte, die man Unsereinem übel nimmt, aber ihr steh'n sie gut, weil sie eine Amazone ist, die in vornehmer Gesellschaft lebt und mit Pferden umgeht. Und ich glaube, daß es wahr ist. Denn vorgestern, wie der Preuß' die Rekruten ausgehoben hat, da ist ein Haufen Konskribirter in Bibrich vor das herzogliche Schloß gezogen und hat „Heil, unserm Herzog Heil" gesungen und gerufen: „Unser allergnädigster Herzog Adolph soll leben, Vivat hoch und nochmals hoch" — die Bursche hatten's ein wenig im Ohr, sonst hätten sie's nicht gethan, denn sie haben einen kriminalischen Respekt vor dem groben Preuß' — und haben so lang Hoch gerufen, bis unser durchlauchtigster Erbprinz auf den Balkon herausgekommen ist und hat mit ihnen „Hoch" gerufen; und das hätt' er doch gewiß nicht gethan,

wenn sein allergnädigster Vater noch in Berlin mit dem Preuß' um die Domänen handelte, denn damit könnt' er ihm doch den Handel verderben. Und deshalb glaub' ich, daß es bald wieder anders wird, und daß es wackelig steht mit dem Preuß'. Hast Du denn nicht gehört, wie vorige Nacht die Hunde so fürchterlich geheult haben? und das bedeutet Krieg. Das hat mir meine selige Mutter, Deine Großmutter, immer gesagt; und die hat die ganzen Kriegszeiten mit durchgemacht vom Anfang an, wo die Latourschen Grenadiere einmarschirten, bis ans Ende, wo die donschen Kosaken auf ihren dürren Gäulchen geritten kamen. Lach' mir nicht, Minchen, über Deine selige Großmutter. Was sie gesagt hat, ist immer eingetroffen; und besonders vom Krieg; wenn man so viel vom Krieg mitgemacht hat, wie Die, dann muß man auch etwas davon verstehen. Und wenn Du auch den Hunden nicht glauben willst, dann glaub' doch den Angestellten. Guck' nur einmal. Du wirst Dich doch erinnern, daß schon im vorigen Herbst der Preuß' von allen Staatsdienern den Huldigungsrevers verlangt hat; und da haben sie alle gleich unterschrieben, mit Ausnahme von ein paar alten Herren vom obersten Gericht, die haben Einen nach Rumpenheim geschickt, und da hat sie der Herzog Adolph losgegeben von dem Diensteid. Nun, und warum hat damals Keiner gemuckst? Warum sind sie damals alle ohne Erlaubniß vom Herzog zum Preuß' übergegangen? Heh? Ei nun, weil sie damals glaubten, der Preuß' sei ihnen doch zu mächtig, es könne Alles doch nichts helfen, wir seien einmal preußisch und würden es bleiben in alle Ewigkeit, deshalb müßte man laufen lassen, was man nicht halten könne, und gute Miene zum bösen Spiel machen. Denn, sagte Deine Großmutter selig, unserm lieben Herrgott zündet man *eine* Kerze an, aber dem Teufel *zwei*. So war's damals. Aber wie ist es jetzt, seitdem der Franzos mit dem Säbel rasselt? Ist Dir das ein Rennen und Laufen nach Rumpenheim; und *die* rennen am meisten, die früher thaten, als wenn sie gar nicht wüßten, wo alleweil der gnädigste Landesvater residirt, wo Rumpenheim liegt, und daß

man in 2—3 Stunden dort sein kann. Alle mit einander kommen sie und wollen entbunden sein, von ihrem Eid nämlich; und unser gnädigster Herzog entbindet sie alle, Einen nach dem Andern, und giebt Dekrete und erläßt Resolutionen, wie vordem auch. Nun, was denkst Du wohl, warum das nicht schon im Oktober 1866, sondern erst im April und Mai 1867 geschehen ist? Ei nun, sie riechen jetzt den Braten und denken, über Nacht kann's anders werden, und mit dem Einen sich halten und 's mit dem Andern nicht verderben, und das Eine thun und das Andere nicht lassen, schreibt der Apostel. Warum kommen die Gewissensbedenken erst nach neun Monaten? Ei, weil sie wissen, daß, wenn der Herzog wiederkommt, jeder Angestellte, der nicht von ihm entbunden worden ist, abgesetzt wird. Denke Dir nur, der Obersanitätsrath entbindet im Namen des Herzogs alle Doktors im Lande auf einmal und schreibt's obendrein auch noch mit seiner Namensunterschrift in alle Zeitungen. Ja, ja, ich sag's immer, und die Gräfin Bella hat Recht, der Franzos hat alleweil dem Preußen den Giftzahn ausgebrochen; er wagt nicht mehr zu beißen. Und gestern hat mir die Dippenschmidtin erzählt, — ihr Bub schreibt bei Seiner Hoheit des Herzogs geheimem Kabinetsdirektor — der Kabinetsdirektor ist schon lange wieder da, und jeden Tag läuft über ein Dutzend Suppliken an den Herzog bei ihm ein und er schickt sie den Bürgermeistern zum Bericht, und die Bürgermeister berichten an den Herrn Kabinetsdirektor, und der berichtet an den Herzog, und Seine Hoheit geruhen ihre Resolutionen herunterfließen zu lassen und gewähren wieder Almosen und Unterstützungen und Gunst und Gnaden, grade wie früher; und die Rentmeister zahlen das Geld aus an die Supplikanten. Kurz, es geht Alles wieder auf dem alten Fuß, und da der Preuß' weiß, daß er sich hier doch auf die Dauer nicht halten kann, so hat er nicht den Muth, dies zu stören; und ich bin fest überzeugt, unsere Zeit wird wieder kommen."

„Ja, Mama," entgegnete die Tochter, „wenn ich nur Deinen guten Muth hätte, ich sehe so schwarz und heute morgen erzählte

mir noch Jemand, der Rentmeister von Usingen habe, als ihm Geld geschickt wurde, um es Namens des Herzogs einem solchen Supplikanten auszuzahlen, dasselbe dem Geheimen Kabinetsrath Seiner Hoheit wieder zurückgeschickt mit einem ganz groben Brief, worin er sagt, er habe Geldgeschäfte für die preußische Monarchie zu führen, aber nicht für Privatleute, und er könne sich um so weniger zu jenem Geschäfte hergeben, weil sonst für leicht zu bethörende Unkundige der Irrthum, als wenn der Herzog noch regiere, hervorgerufen oder, wo er bestehe, genährt werden und später von verhängnißvollen Folgen begleitet sein könne. Siehst Du, Mama, der glaubt denn doch gewiß nicht an die Rückkehr unseres guten Herzogs."

„Pah, das ist nur Einer," sagt die Mutter, indem sie verächtlich die Oberlippe kräuselt, „das ist eine Ausnahme und eine Schwalbe macht keinen Sommer. Er wird's schon spüren, wenn der Herzog sein Land wieder bekommt, dafür, daß er mit dem Preuß' kalefaktort hat, wird er dann die längste Zeit gerentmeistert haben."

„Aber, Mama, es kann lange dauern, bis unser guter Herzog sein Reich wieder antritt."

„Ach was! und zwischenzeitig können wir's abhalten. Das ist gewiß, er kriegt die ganze Domäne. Die darf ihm der Preuß' nicht vorenthalten. Er zieht dann mehr Geld aus dem Lande, als der Preuß' mit all seinen Steuerkünsten. Er schöpft zuerst mit den großen Löffeln die Fettaugen von der Suppe; und wenn dann der hungrige Preuß' kommt und will Steuern haben, dann hat er das Nachsehn. Wer will gegen den Herzog aufkommen, wenn er wieder der Herr ist von Quellen, Bädern, Wässer und Wiesen, von Wild und Wald, von Weinbergen und Bergwerken und Hütten und Hämmern? Weh denen, die sich gegen ihn vergangen haben; und auch die, so weder kalt noch warm waren, die wird er ausspeien aus seinem Munde. Geht es nicht mit der Domänenverwaltung noch ganz im alten Geleise? Wenn die Stadt für eine öffentliche Anlage einen Domänenacker haben

will, dann heißt's: „Was fällt Euch ein? Keine Scholle; oder Ihr müßtet uns denn ein Stück von Eurem Stadtwald dafür hergeben, der uns für die Jagd recht passend gelegen ist.“ Und wie geht's mit der Jagd? Seit dem ersten Mai haben die Nationalvereins-Apostel verkündigt, der König von Preußen habe die Jagd mit Stumpf und Stiel aufgehoben; und die Gemeinden haben sich daran gemacht und haben die Jagden wollen verpachten. Aber was waren die so irre! Man hat ihnen auf die Finger geklopft und hat ihnen gesagt: Anton, laß die Hand davon, der Herr von Baumbach, Seiner Hoheit Oberjägermeister, muß erst die Jagdbezirke zurechtschneiden, damit Seine Hoheit nicht zu kurz kommt, sondern sich Leibjagdreviere pachten kann, so viel ihm beliebt; denn der Herr Oberjägermeister ist immer noch der Chef des gesammten Forstwesens bei der herzoglichen Landesregierung.“

„Bei der königlichen,“ seufzt die Tochter.

„Ich bleibe beim herzoglich,“ meint die Mutter, „dann brauche ich nicht wieder umzulernen. Man merkt, daß Du lieber Romane liest, als Zeitungen. Wenn Du meinem Beispiele folgen und jeden Abend die „Neue Mittelrheinische Zeitung“ lesen wolltest, dann wüßtest Du, was in der Welt vorgeht. Sie ist in ihrer Art noch schöner als die „herzoglich nassauische Landeszeitung“, die doch etwas zu plump war. Sie ist ebenso loyal, wie jene war, und dabei viel feiner.“

„Loyal?“ flötet die Tochter, „sie kokettirt ja mit den Republikanern und lobt zuweilen sogar den preußischen Regierungspräsidenten oder Civilkommissär — ich weiß nicht, wie man ihn nennt — mit einer wahrhaft speichelleckerischen Devotion.“

„Flausen, mein Kind, nichts als Flausen,“ tröstet die Mutter, „die Republikaner sind im Augenblick unsere besten Freunde; sie hassen den Preuß' bis auf das Blut, wie wir. Haben wir aber mit ihrer und der rothen Hosen Hilfe den Preuß' geworfen, dann wollen wir mit den tölpelhaften zudringlichen Schwärmern schon fertig werden. Dann heißt es: Vogel friß oder stirb. Ent-

weder nimm eine Stelle und duck' Dich, oder Du wirst eingesteckt, wenn Du Dich mucksest. Ja, es ist wahr, mir thut es auch weh, die Neue Mittelrheinische Zeitung, die so wacker gegen den Preuß' und für die herzoglichen Hofjagden und die Domänen, für die Staatsdiener und deren Relikten, für den Dienstadel und den Klerus ficht, zuweilen den Menschen, den sogenannten Civilkommissär da, loben zu hören; allein was ist da zu wollen? Ich denke mir, dadurch erkauft sie sich die Freiheit, im Uebrigen desto tüchtiger drauf los zu schlagen. Die preußischen Behörden und Beamten darf sie nicht schimpfen. Sonst giebt's gefährliche Preßprozesse. Statt dessen sucht sie sich dann einen solchen Nationalvereins- oder Parlaments-Helden, wie den B., dieses Ungeheuer, das Gott verdamme, heraus und verarbeitet ihn tagtäglich aus dem ff. Wir verstehen ja doch, wie's gemeint ist; — auf den Sack schlägt man, und der Esel ist gemeint; und damit's dem gemeinen Manne schmeckt, muß ein Bischen demokratische Sauce dran. Wie dürfen aber w i r daran Anstoß nehmen, wenn unser allergnädigster Herr es nicht thut und sich das Blatt ein so schönes Stück Geld kosten läßt? Es ist sein einziger Trost im Exil, das gewiß bald endigt. Aber an Geld fehlt's nicht. Denn noch kürzlich hat der Herzog seinen deutschen Bereiter fortgeschickt und sich dafür einen englischen genommen, der grade noch einmal so viel kostet; und den hat er nach England geschickt, um ihm ein Dutzend der feinsten englischen Racepferde zu kaufen, die bei allen Rennen konkurriren sollen. Einen andern Bereiter hat er nach Ungarn geschickt, um einen ganzen Stall voll Jucker zu kaufen. Das freilich gefällt mir, als einer Posthalterstochter, gar nicht. In meiner Jugend sagte man: „Wie das Geschert (Geschirr), so ist der Herr", und die Jucker, diese kleinen ungarischen Pferde, das ist doch schlechtes Geschirr. Elendes Geräppel, kann nichts ziehen, den Berg hinauf gar nichts. Aber man füttert sie gut und haut ihnen die Peitsche ein paar Mal um die Köpfe herum, und dann geht's hast Du nicht gesehen — vorn Trab, hinten Galopp, über die Ebene hinaus; wenn aber

ein Berg kommt, dann ist's all. Der böse B. sagt, wie mit den Juckern, so habe man es hier auch mit Land und Leuten, und namentlich mit den Beamten gemacht, und deshalb sei es auch so schnell alle geworden, als man an den Berg kam; und wenn ich ihm in irgendetwas recht geben möchte, so wär's wegen der Jucker; denn ich als Posthalterstochter — —"

„Um Gottes willen, liebe Mutter, verschone mich mit Deinen Pferdegeschichten; ich bekomme sonst Migräne," seufzte Minchen, oder wie sie außer Haus genannt wurde, Minna, „ich sehe immer noch mit banger Ahnung der Zukunft entgegen. Du hast Dich mit Deinen Prophezeihungen schon öfters geirrt. Erinnere Dich nur noch an Anno Neunundfünfzig. Damals sagtest Du: Die Oesterreicher siegen, und dann marschirt der Herzog an der Spitze seiner Armee nach Paris und thut den Bonaparte ab und kommt dann wieder mit so und so viel Millionen Kriegsbeute; und dann schafft er mit Hülfe des Kaisers von Oesterreich die Verfassung ab und jagt die garstigen Landstände zum Teufel, die ihm das Leben so sauer machen und ihn daran hindern, seinen getreuen Dienern und deren Wittwen und Waisen an Gehalt und Pension und Unterstützung aus Staatsmitteln so viel zu geben, als ihm sein gutes Herz vorschreibt. Aber von alledem kam das Gegentheil. Seit 1859 kam der Nationalverein oben auf, und selbst der Regierungsdirektor Werren, dem der Herzog alle Gewalt gab im Himmel und auf Erden, und der Oesterreich und den Dienstadel und die Geistlichkeit und Alles hinter sich hatte, konnte ihn nicht bändigen, sondern ist elend an ihm zu Schanden geworden."

„Nun ja," replizirt die Frau Geheime Kammerrath, „damals habe ich mich geirrt; irren ist menschlich. Aber diesmal ist's anders. Denn alle klugen Leute spekuliren wie ich. Glaubst Du wohl, daß der Advokat Schlauberg die Petitionen für die herzoglichen Ansprüche an den Landesdomänen so eifrig zur Unterschrift kolportiren ließe, wenn er nicht gewiß wäre, herzoglicher Fiskalanwalt zu werden? Und meinst Du, der Herr

von Holzbach hätte sich den prachtvollen Witz mit dem alten Frack und mit dem Affenpinscher erlaubt, wenn er nicht sicher wäre, daß er herzoglicher Domänendirektor wird? Kurz, der alte Gott lebt noch, und in einem Jahr sind wir wieder, was wir waren."

Nachwort.

Von den beiden vorstehenden Aufsätzen ist, wenn mich mein Gedächtniß nicht trügt, der erste in der Mitte November 1866 und der andere Ende Mai oder Anfang Juni 1867 geschrieben. Wenn ich sie jetzt, zwei oder drei Jahre nachdem sie entstanden, als Zeugnisse über Personen, Zustände und Stimmungen von damals zum Abdruck bringe, so kann ich dies nicht thun, ohne einige Bemerkungen beizufügen.

Preußen hat bekanntlich inzwischen die depossedirten Fürsten auf dem Wege des Vertrages mit Summen dotirt, welche mindestens das Doppelte ihres bisherigen Einkommens repräsentiren. Seit dem Abschluß dieser Verträge trat eine Konstellation ein, welche die Möglichkeit eines Kriegs mit Frankreich nicht ausschloß. Der Versuchung, welche diese Konstellation in sich schloß, konnte König Georg nicht widerstehen. Seine bisher schon unablässig thätige Welfenpresse begann, unter Leitung der Herren Meding und Klopp, mit Hundert-Pferde-Kraft zu arbeiten. Seine Zudringlichkeiten bei auswärtigen Regierungen vermehrten sich; seine silberne Hochzeit gab Gelegenheit zu feindseligen Demonstrationen; und die Welfenlegion in Frankreich, welche zur Realisirung der Welfen- und Fremdherrschaft in Deutschland geworben war, wuchs. (In neuester Zeit ist sie sogar mit einem Feldprediger ausgestattet worden; darf doch in dem Welfenlager der Kapuziner nicht fehlen!) Leider ließen die welfischen Lorbeeren den Sprossen des Hauses Brabant nicht schlafen. Auch der Kurfürst Friedrich Wilhelm erging sich in welfischen Broschüren. Sein Todtengräber Adam Trabert grub einige seiner Leichen

wieder aus und ließ auf dem Wiener Schützenfeste als „Mußpreuße" die Republik Kurhessen mit Friedrich Wilhelm dem Märtyrer an der Spitze leben, wozu deutsche Brüder Zivio, Eljen und Evviva schrieen. Endlich erließ der Kurfürst seine bekannte Denkschrift und versandte sie an alle Höfe, indem er die Hülfe des Auslands gegen Preußen anrief.

Die Handlungsweise des Königs Georg war begreiflich und entschuldbar, so lange er die Stellung einnahm und festhielt, welche ich im Eingang meiner Dämmerungsgeschichte geschildert habe, d. h. so lange er Alles für null und nichtig erklärte und in der Hoffnung auf baldige Rückkehr, jede preußische Dotation, ja sogar jede Unterhandlung mit Preußen mit Entrüstung zurückwies. Sobald er aber mit Preußen unterhandelte, mit Preußen abschloß, von Preußen Geld nahm, und zwar geradezu das Doppelte von Dem, was ihm von Rechtswegen gebührte, war die Haltung einer kriegführenden Macht gegen Preußen für ihn rechtlich und noch in höherem Grade moralisch unmöglich geworden. Hatte ihm ja doch sein eigener Minister Windhorst, der die Verhandlungen mit Preußen für ihn führte und sich als ein eben so geschickter als treuer Mandatar bewährte, in dem Promemoria, womit er den Vertrag dem König Georg zur Genehmigung vorlegte, ausdrücklich angekündigt, daß Preußen „*in dem Vertrage einen indirekten Verzicht auf Hoheits- und Regierungsrechte*" *finden* und demgemäß den Vertrag auslegen und anwenden werde. Er hat dem König Georg ferner in demselben Promemoria erklärt, *wenn der König seinen Welfen-Standpunkt festhalten wolle*, „*so werde derselbe am Reinsten und Klarsten gewahrt dadurch, daß auf* **keinem** *Gebiete irgend eine Annäherung zwischen ihm und Preußen versucht werde; denn*", sagt er, „*schon die Formen, unter welchen eine solche Annäherung geschieht, können die Integrität* (Reinheit) *des Standpunktes kompromittiren*" (blosstellen).

König Georg wußte also sehr wohl, was er that, als er den Vertrag unterschrieb, und daß er ihn brach, sobald er sich gegen die Krone Preußens die Rolle eines kriegführenden Souveräns vindizirte. Selbst bei seiner, allerdings etwas eigenthümlichen Weltanschauung konnte er doch unmöglich glauben, daß ihm Preußen viele Millionen in den Schoß schütte, zu keinem anderen Zweck, als dazu, daß er damit Leute kaufe, welche dem gütigen Geber den Garaus machen.

Eben so wenig war die feindselige Haltung gerechtfertigt, welche plötzlich der Kurfürst Friedrich Wilhelm annahm, ganz im Widerspruch mit der in obigem Aufsatze geschilderten würdevollen Resignation, womit er Anfangs sein Schicksal trug, so lange er in Hanau residirte. Was ihn bewog, diese anfängliche bessere Haltung aufzugeben, um mit dem blinden Welfenfürsten Hand in Hand zu gehn, ist noch nicht aufgeklärt. Einige behaupten, seine Dotation sei ihm nachträglich als eine zu geringe erschienen im Verhältnisse zu der dem König Georg gewährten; und darin hat der Kurfürst recht, wenigstens insofern, als die letztere allerdings proportionell zu hoch gegriffen ist. Andere meinen, er leihe auf Hietzinger Requisition nur den Namen für die Agitation, die in Wirklichkeit ausschließlich mit Hietzinger Kräften und Geldern betrieben werde. Der Umstand, daß die Subvention der Kasseler „Volkszeitung" durch einen welfischen Agenten, der über persönliche Mittel nicht zu verfügen hat, erfolgt ist, scheint jene Hypothese zu bestätigen.

Doch mag dem sein wie ihm wolle; das Resultat war, daß Preußen, welches den beiden genannten Herren aus den edeln Häusern Este und Brabant die Dotation noch nicht ausgeliefert hatte, sich durch deren feindselige Haltung veranlaßt fand, die betreffenden Vermögensmassen auf dem Wege der Gesetzgebung mit Beschlag zu belegen.

Anders verhält es sich mit dem Herzog Adolph von Nassau. Preußen hat ihm in Gemäßheit des abgeschlossenen Vertrags das ganze kolossale Vermögen sofort vertrauensvoll und ohne

Vorbehalt ausgeliefert. Ich freue mich aufrichtig, hier von meinem ehemaligen Landesherrn öffentlich konstatiren zu können, daß er sich des in seinen ritterlichen Sinn gesetzten Vertrauens bislang würdig bewiesen hat. Ich habe allen Grund zu glauben, daß er sich an den Hietzinger Agitationen nicht betheiligt; ja, er hat sogar, wie mir von unterrichteter und glaubhafter Seite versichert wird, es sich ausdrücklich verbeten, daß man von dort aus Mißbrauch treibe mit seinem Namen in ähnlicher Weise, wie man es gethan mit dem des Kurfürsten von Hessen. Man würde viel zu weit gehen, wenn man behaupten wollte, daß Herzog Adolph jetzt schon vollständig mit seinem Schicksal versöhnt sei. Dazu ist die Erinnerung noch zu frisch, und der Schlag kam zu unerwartet, als daß man sich so leicht trösten könnte über den Verlust der „süßen Gewohnheit" landesherrlichen Daseins und Regierens. Hoffentlich aber wird die Zeit die Wunden vernarben lassen; und Herzog Adolph und seine Nachkommen werden es vorziehen, in einem großen Reiche die Zweiten, statt in einem existenzunfähigen Stätchen die Ersten zu sein. Julius Cäsar sagte zwar, als er Gallien verließ, um den Rubiko zu überschreiten und in Rom die Hand nach der höchsten Gewalt auszustrecken, in dem letzten Weiler an der Grenze: „Lieber in diesem Dorfe der Erste, als in Rom der Zweite." Allein auch ein Cäsar kann irren. Jedenfalls aber kann man nach dem Ueberschreiten des Rubiko ebenso gut unterliegen, als siegen; und endlich ist nicht Jedermann ein Cäsar.

Bene vixit qui bene latuit.

* * *

Wenn ich ferner heute, zwei Jahre nach dem Niederschreiben des Aufsatzes „die Getreuen des Depossedirten" frage: Wie verhält es sich jetzt, im Vergleich zu damals mit der Stimmung des Landes? — so muß ich zu meinem Bedauern zugeben, daß die Wohlthaten des Großstaates und der Bundesgesetzgebung

dort noch nicht überall mit der Lebhaftigkeit empfunden werden, wie man solches hätte voraussetzen dürfen.

Zwei Dinge haben namentlich dazu beigetragen, die Mißstimmung, die hin und wieder bei Leuten, die doch im Grunde des Herzens gut preußisch sind, sich zu einer förmlichen Erbitterung steigert, zu erzeugen und permanent zu erhalten. Das ist erstens die Art, wie man die Periode der durch eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht beschränkten Allgewalt der Ministerien und der Geheimen Räthe gehandhabt hat, und zweitens eine Reihe beklagenswerther Mißgriffe der Verwaltung, namentlich auf dem Gebiete des Schul- und Kirchenregiments, wo die Bevölkerung mißtrauischer und reizbarer ist, als auf irgend einem andern.

Ich habe mich über beide Punkte ausführlich ausgesprochen; über den ersten in der Schrift „Vier Briefe eines Süddeutschen" rc. (Leipzig, Salomon Hirzel, 1867); über den zweiten in „Frankfurts Schmerzensschrei und Verwandtes" (Leipzig, Otto Wigand, 1868). Beide Auseinandersetzungen haben mir zahlreiche Feindschaften wach gerufen, auf der altpreußischen Rechten sowohl, als auf der antipreußischen neupreußischen äußersten Linken. Der ersteren bin ich zu liberal und der letzteren zu „preußisch". Beides bedeutet in diesem Falle dasselbe. Grade weil ich gut preußisch bin, fühle ich doppelt die Verpflichtung, mit Nachdruck, ja wenn es sein muß mit Leidenschaft, auf solche Mißgriffe hinzuweisen, weil dieselben es verhindern, oder verzögern, daß auch die Andern gut preußisch werden. Die Folgen, die aus meinem Tadel für mich entspringen, werde ich auf mich nehmen; ich habe breite Schultern.

Die Feinde Preußens aber würden sich sehr irren, wenn sie annähmen, die Mißvergnügten wünschten eine Wiederherstellung des nassauischen Regiments, oder würden zu diesem Zwecke auch nur einen Pfennig geben oder einen Finger rühren. Daran denkt kein Mensch. Um die gegenwärtige Stimmung klar zu machen, werde ich den geneigten Leser auf den Westerwald führen, auf eine meist baumlose Hochebene zwischen Rhein, Lahn und Sieg,

auf der es im Winter sehr windig und kalt ist. Auf diesen langen und harten Winter sind die Häuser und die Lebensgewohnheiten eingerichtet. Das Strohdach der Bauernhäuser geht auf der Wetterseite bis hernieder zur Erde. An dieser Barriere häuft sich der Schnee manchmal so hoch, daß eines Tags ein in Schneegestöber verirrter Reiter, ohne es zu ahnen, das Dach hinauf ritt und sich plötzlich zu seiner Ueberraschung oben auf der First dicht neben dem rauchenden Schornstein befand. Im Uebrigen wird während des Winters jede Oeffnung sorgfältig mit Stroh und Heu oder Moos verstopft und die Thüre möglichst selten geöffnet, dagegen desto stärker geheizt; denn die Braunkohle, ein Originalprodukt des Westerwaldes, ist billig. So hockt denn die ganze Familie den Winter über in der engen, überheizten, geschlossenen Stube zusammen; sie glaubt sich dort wohl zu befinden. Gearbeitet wird wenig. Höchstens kramt der Bauer in seinen alten „Briefen" (d. i. Besitztiteln und sonstigen Urkunden) und sinnt auf Prozesse.

Da kommt der Frühling, „und die Stürme, sie brausen mit Macht durch das Land." In der mit Menschen angefüllten engen Stube öffnet sich wieder Thüre und Fenster; und der frisch eindringende Luftzug wird von Jedem als eine Erleichterung empfunden. Jeder denkt, jetzt muß es besser werden.

Dieselbe Empfindung hatte man in Nassau unmittelbar nach der Annektirung.

Aber es giebt natürliche Rückschläge. Die Leute hatten sich in der engen warmen Stube so verwöhnt, daß sie schier nicht mehr die frische Luft vertragen können. Sie müssen sich erst wieder an die freie Weide anlernen, wie ein an Stallfütterung gewöhntes Thier. Da giebt es Erkältungen, Husten und Schnupfen. Am Ende sind sie alle etwas verschnupft, namentlich wenn verspätete Fröste kommen, oder wenn es gar wieder einmal dazwischen schneit. Man gedenkt mit Wehmuth des Gefühls der Sicherheit und des Behagens, das man auf der Ofenbank wohl gehabt hat.

Man ist verstimmt, mißvergnügt, ohne sagen zu können, über wen. Man weiß eben nicht recht, was man will.

In diesem Zustande der Reaktion befindet man sich in dem ehemaligen Herzogthum. Er hat nichts Bedenkliches. Höchstens wird einmal statt eines Nationalen ein Partikularist gewählt, der sich für sehr demokratisch-fortschrittlich ausgiebt, vielleicht auch sich selbst dafür hält, dieweil es in seinem Kopfe nicht klar ist. Aber was schadet das?

Nur ein paar recht schöne warme sonnige Tage, wo der Mensch singt:

„Die Welt wird schöner mit jedem Tag.
Wer weiß, was das noch werden mag," —

— und die Sehnsucht nach der Stallfütterung und der Ofenhockerei ist überwunden.

Wir haben den nämlichen Prozeß ja schon so oft sich vor uns entwickeln sehen, im vorigen Jahrhundert in Schlesien, in diesem in der Rheinprovinz. Wir können jedes Stadium desselben im Voraus auf die Minute berechnen, wir wissen ganz genau, wann und wie er endigt.

Ja wir selbst haben dasselbe an uns in Süd- und Westdeutschland schon erlebt, nämlich zur Zeit des Beitritts zum Zollverein. Was war das ein Heulen und Weheklagen in den Ständeversammlungen, in der Presse, in den Familien!

„Die Regierung erhält eine Mehreinnahme von vielen Tausenden, sie wird unabhängig von uns, unsere glorreiche Flachsenfingische Konstitution ist vernichtet!" schrie der Politiker.

„Soll ich mir meinen Franzwein und meinen Tabak vertheuern lassen von den verdammten Preußen?" erscholl es in der Kneipe.

„Ach, und der Kaffee und der Zucker und namentlich der billige Kochzucker!" jammerte die Hausfrau.

Alles das fand in der Presse ein schallendes Echo. Sogar das zahme Stuttgarter „Morgenblatt" sang damals (1836) die Stammburg der Hohenzollern mit dem Distichon an:

„Hohenzollern, du Schloß des Königlich Preußischen Hauses,
Welch einen hohen Zoll hat uns dein Sprößling gebracht!“

(Damals waren die Zollvereinszölle den biedern Schwaben zu hoch; jetzt sind sie den Herren Moritz Mohl, Ammermüller und Konsorten viel zu niedrig.)

Alle aber schrieen damals schließlich im Chorus: „Wehe uns, wir sind verloren!“

Seitdem sind einige dreißig Jahre verflossen. Die, welche damals schrieen und noch leben, leugnen Alles; und das ist noch das Klügste, sonst würden sie ganz entsetzlich ausgelacht werden.

Es ist inzwischen heller lichter fröhlicher Sommer geworden im Zollverein, und Niemand will wieder von der lustigen freien Weide zurück in die jämmerlichen Zwangs- und Nothställe des wirthschaftlichen Partikularismus.

So wird's auch den Neupreußen gehn.

Die Pflanze aus dem Treibhaus läßt den Kopf hängen, wenn sie zum ersten Mal an die frische Luft kommt. Aber wenn sie gesund ist, dann wird sie ihn bald wieder heben und ihn höher und stolzer tragen, als jemals im Treibhaus.

Wenn sie aber von Haus aus krank ist?

„Je nun, dann helpt dat nich,“ sagt Fritz Reuter. Aber das ist nicht unser Fall. Die Bevölkerung der neuen Provinzen, mit wenigen Ausnahmen, ist gesund.

XI.

Mecklen- und Ratzebürgerliches und Verwandtes.

Aus

dem verfassunggebenden Reichstage des Norddeutschen Bundes.

Motto:
Das soll ich hören,
Und soll nicht wehren,
Und soll nicht retten?
Unwürdige Ketten!
Goethe.

Vor den Wahlen zum Reichstag, also vor dem 12. Februar 1867, war das allgemeine und geheime Stimmrecht — oder wie man es in England kurzweg nennt: das Ballot — für uns Alle eine Sphinx, die uns unlösbare Räthsel aufgab. Jede Partei betrachtete dasselbe mit Gefühlen, gemischt aus Furcht und aus Hoffnung; und, gestehen wir es offen, wir sind seitdem trotz der Erweiterung unserer Erfahrungen und Wahrnehmungen in der Erkenntniß der Gesetze, nach welchen sich das Suffrage universel, angewandt auf die deutsche Nation und insbesondere auf die Bevölkerung des Norddeutschen Bundes, bewegt hat und in Zukunft bewegen wird, immer noch nicht sehr weit vorgeschritten. Es hat sich diesmal in Sachsen und Schleswig-Holstein den Partikularisten günstig erwiesen, in Hessen und Nassau den Unitariern, in Hannover hat es zwischen beiden halbirt. In Altpreußen begünstigte es die Konservativen, in Neupreußen die Liberalen. In Posen die deutsche, in Rheinland und Westphalen

die klerikale Partei. So durchläuft es die ganze Windrose des Kompasses und zeigt an jeder Stelle ein anderes Gesicht. Darauf wird man erwiedern: ganz natürlich, denn in jedem Lande, in jeder Provinz, in jedem Bezirke und in jedem Wahlkreis sind die Parteien anders beziffert und gruppirt, und nach Maßgabe dieser Voraussetzungen, welche sich an jedem Orte anders gestalten, muß auch das Wahlergebniß verschieden ausfallen. Das mag wahr sein, allein das einzig entscheidende Moment ist es doch nicht. Es wird dadurch nicht erläutert, wie es kommt, daß derselbe preußische Wahlbezirk, der noch vor Kurzem zwei der entschiedensten Fortschrittsleute in das Abgeordnetenhaus der preußischen Monarchie wählte, auf einmal in den Reichstag des Norddeutschen Bundes einen Konservativen vom reinsten Wasser schickt. Ist die Stimmung so gänzlich umgeschlagen? Wir zweifeln sehr daran. Die Landtagswahlen, welche wahrscheinlich Ende 1867 stattfinden, werden uns darüber belehren. Oder sind die unteren Klassen, deren Stimmen bei dem Ballot gleiches Gewicht haben als die der oberen, spezifisch konservativ? Auch das wird uns schwer zu glauben. Ohne die übrigen Faktoren, — als da sind: die Fehler jener Taktik, welche ein Theil der liberalen Partei, ohne von dem andern Theil laut und vernehmlich desavouirt zu werden, in dem Abgeordnetenhaus begangen hat, und für die man nun Alles, was den Namen „Fortschritt" trägt oder trug, verantwortlich macht; die Aureole, die das Haupt des Siegers umgiebt; die Besorgniß, das, was das treue und tapfere Volk auf dem Schlachtfeld errungen, auf der parlamentarischen Arena durch faktiöse Vertreter und frondirende Parteien wieder verscherzt zu sehen; die wirksame Propaganda, welche die jungen Soldaten namentlich in den ländlichen Distrikten machten; die unter den Liberalen immer klarer zu Tag tretende Spaltung und die mit jedem Tage gehässiger werdenden Angriffe angeblicher Fortschritts-Blätter gegen die Liberalen ꝛc. — ohne alle diese und andere Faktoren negiren oder außer Rechnung lassen zu

wollen, möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß ein sehr wichtiges Moment für das Ergebniß der Wahlen, nach einer ganz neuen Wahlart und grade nach dieser Wahlart, in der Art und in dem Umfange der Thätigkeit der Parteien zu suchen ist.

Abgesehen von Zeiten höchster politischer Erregung und Spannung, kann man unseres Erachtens den Satz aufstellen: Es ist niemals irgend eine Partei an und für sich in der absoluten Majorität. Man wird uns sagen: „Du sprichst ein großes Wort gelassen aus;" — und doch möchten wir dabei beharren. Jede ausgeprägte, spezifische Partei befindet sich regelmäßig, wenigstens hier in Deutschland, an sich in der Minorität; und wenn irgendjemand in der vorhandenen Masse der Bevölkerung eines gegebenen Bezirks die Majorität, die absolute Majorität besitzt, so ist es nur durch Zuwachs der Indolenz und des Indifferentismus, welche sich der Gesetzgebung des weisen Solon von Athen, daß in der Zeit einer politischen Krisis kein Bürger neutral bleiben dürfe, sondern verpflichtet sei, sich der einen oder der andern Partei anzuschließen, niemals unterworfen haben. — Die Aufgabe jeder politischen Partei ist nun, von diesem herrenlosen Gebiet des Indifferentismus so rasch und so viel als möglich zu okkupiren; und wer hierin die beste Strategie und Taktik entwickelt, der siegt in der Wahl. Daß sich Strategie und Taktik dem Wahlmodus anpassen müssen, um von dem Erfolge gekrönt zu sein, ist klar. Das Kriegstheater bedingt die Art der Kriegführung. Ein junger Mann, der mit bestem Eifer und Erfolg seine Reitunterrichtsstunden abgehalten und in der Reitbahn schon recht schön Schule geritten hat, wird doch vielleicht große Mühe haben, sich an Bord des Pferdes zu halten, wenn er zum ersten Male auf einem fremden Roß in die weite, weite Welt reitet. Die Künste der Reitbahn allein reichen da nicht aus.

Das Drei-Klassen-Wahlsystem beruhte auf Abgrenzung, Beschränkung und einer gelinden Art der Bevormundung der Menge durch die Aristokratie der Wahlmänner. Vielleicht ist

der Ausdruck „Bevormundung" zu stark; aber wir können im Augenblick keinen besseren finden. Gewiß aber ist, daß kleine, abgegrenzte, auf lokaler Präponderanz irgend eines sozialen Elementes beruhende Wahlkörper von einer Partei, die durch den Lauf der Dinge obenauf gekommen, oder, sei es durch Glück, sei es durch Geschick, sonstwie in den Vordergrund geschoben worden ist, weit leichter zu beherrschen sind, als große, schrankenlos fluktuirende Wählerschaften. Als Herr v. Hassenpflug es in Kurhessen recht klug zu machen vermeinte und die Wahlkörper auf Gemeindebeamte und einige sonstige Notabilitäten beschränkte, grub er sich selber sein Grab. Denn diese Beschränkung war es, welche der Verfassungspartei die Möglichkeit gewährte, zwei Lustren lang einen Kampf von solcher Hartnäckigkeit in Angriff und Vertheidigung gegen ihn zu führen. Sie führte zu einer Art Verschwörung, welche bei ausgedehnten und zahlreichen Wahlkörperschaften schwer oder unmöglich ist.

Die liberalen Parteien in Preußen scheinen vergessen zu haben, welch ein himmelweiter Unterschied zwischen dem beschränkten Drei-Klassen-Wahlsystem und dem unbeschränkten geheimen Stimmrecht ist. Letzteres kennt weder Wahlmänner, noch öffentliche Abstimmung. Die Wahlmänner aber waren in Preußen seit wiederholten Wahlen in jedem Wahlkreise so ziemlich dieselben geblieben; und diese in Permanenz gesetzten Wahlmänner-Patrizier hatten eine vortreffliche politische Parteischule hinter sich. Sie spielten das Instrument der Dreiklassenwahl, aber auch nur dieses, mit Virtuosität. Sie wußten die öffentliche Abstimmung zu organisiren und zu überwachen. Sie wußten, wie man Wahlmann wird. Und wenn sie Wahlmann waren, dann wußten sie, was sie zu thun hatten. Sie erhielten ihre Parole durch die Tagespresse und durch Flugblätter. Diese Wahlen ließen sich von einem Zentralpunkt aus durch das geschriebene oder gedruckte Wort regieren. Sie bedurften kaum der vox humana. Allein es war ein verhängnißvoller Irrthum der liberalen Partei, wenn sie auch für das direkte allgemeine

Ballot auf diese jahrelang im Dreiklassensystem bewährte Institution bauten, wenn sie glaubten, auch für das Suffrage universel genüge ein Zentralkomité in Berlin mit Flugblättern. Bei dem Ballot verloren die Wahlmänner ihr bisheriges Prestige. Das Instrument, welches sie zu spielen hatten, war ein neues und sie verstanden nur das alte, mit den wohlbekannten drei Saiten bespannte. Die Wahlvorbereitungen des allgemeinen Stimmrechts, welche von der liberalen Partei auf das Forum, auf das weiteste Gebiet der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit hätten geschleppt oder wenigstens geschoben werden müssen, zogen sich in Ermangelung einer solchen großartigen Agitation liberalen Stils zurück in den Schatten kühler Denkungsart und unter die Fittige weltlicher und geistlicher Obrigkeit, in die Schul- und Rathhausstuben, in die Büreaus der Landräthe und Amtmänner. Nicht die vormaligen Wahlmänner, deren bevorzugte Stellung hin und wieder auch den Neid der finsteren Mächte ein wenig geweckt haben mochte, übten den Einfluß, sondern die Pastoren und Schullehrer, die Landräthe, die Bürgermeister, die Amtmänner, die Gutsobrigkeiten, die Rentmeister, die Polizeiverwalter, die Distriktskommissäre, die Gensdarmen u. s. w. Dieser von vornherein gegebenen und fertig dastehenden Organisation der Konservativen gegenüber, welche in jeder Stadt, in jedem Dorfe, auf jedem Gute ihre geborenen und gleichsam providentiellen Agenten hatte, besaß die liberale Partei absolut nichts Entsprechendes. Denn das Werkzeug der Wahlmänner war außer Funktion gesetzt und es paßte auch nicht zu der gestellten Aufgabe der massenhaften, raschen und sicheren Okkupation des dem Indifferentismus zugehörigen Theiles der Wählerschaft, namentlich auf dem flachen Lande bei spärlicher Bevölkerung, wo die menschlichen Wohnsitze so weit auseinanderliegen, und die Verkehrswege, welche sie verbinden sollen, noch so viel zu wünschen übrig lassen. Auch die Flugblätter, die man von Berlin aus emittirte und von welchen man sich, da sie in der That zum großen Theile vortrefflich abgefaßt waren, die größte

Wirkung versprach, konnten hier nicht recht in Zirkulation kommen; und wo dies dennoch der Fall war, da wurde die Wirksamkeit ihres Inhalts paralysirt durch das gesprochene Wort, das von Mund zu Mund und von Herz zu Herzen ging und hin und wieder unterstützt wurde durch einen bis an die äußerste Grenze der gesetzlichen Schranken, mitunter aber — so behauptet man — auch über diese Grenze hinaus ausgedehnten Gebrauch der öffentlichen Autorität. Wenn der Landrath des Krossener Kreises, der zugleich auch Wahlvorstand war, unter Berufung auf die Pflicht der „Treue gegen den König" zur Wahl des Generals v. Steinmetz auffordert, dessen Gegner für Feinde des Königs erklärt, welche das Volk mit „Redensarten von Freiheit, Volksrechten u. dgl. bethören" und am Ende seines Zirkulars wörtlich sagt: „Diese Verfügung ist den Gemeinden vorzulesen, und haben die Herren Gensdarmen dies zu kontroliren und mir bei Nichtbefolgung Bericht zu erstatten," so liegt es doch sehr nahe, oder vielmehr es ist beinahe unvermeidlich, daß der Bauer, welchem dieses mandatum sine clausula vorgelesen wird und der sich auf schriftgelehrte Wendungen nicht versteht, sich die Sache einfach so zurechtlegt: „Seine Hochwohlgeboren der Herr Landrath befiehlt im Auftrage Seiner Majestät des Königs, daß wir Seine Exzellenz den Herrn General v. Steinmetz wählen; der Herr Gensdarm wird genau aufpassen und jeden, der diesen Befehl nicht befolgt, beim Herrn Landrathe zur Anzeige und Strafe bringen." Als der Graf Bethusy-Huc über diese Wahl im Reichstage referirte und mit anerkennenswerther Unparteilichkeit das Verfahren des Landraths charakterisirte und dessen Wahlausschreiben vollständig mittheilte, da glaubten die neupreußischen und die nichtpreußischen Abgeordneten, mitinbegriffen die Partikularisten und die Konservativen, die oppositionellen Mitglieder der preußischen Volksvertretung, welche im Reichstage sitzen, würden Beanstandung der Wahl beantragen. Sie meinten, diesen den Vortritt überlassen zu müssen. Allein kein

Mensch ergriff das Wort, um die Wahl anzufechten. Sie wurde mit einer tadelnden Bemerkung gegen die „Ueberschreitung" des Landrathes genehmigt. Freilich handelte es sich um einen der Heroen des Kriegs von 1866; und es liegt daher vielleicht keine allzu große Gefahr vor, daß in der Huldigung, welche man diesem zollte, ein Verzicht auf die Freiheit der Wahl und eine Billigung etwaigen Mißbrauchs der Amtsgewalt gefunden werde.

Im Uebrigen bewegten sich die in Betreff der Wahlen erhobenen Reklamationen theils auf nationalem, theils auf territorialem Gebiet. Zu den Fällen der ersteren Art gehören die polnischen und die dänischen Wahlen. In Nordschleswig haben bekanntlich die Dänen zwei Kandidaten bei der Wahl durchgesetzt, weil die Deutschen — hie national! — hie augustenburgisch! — unter einander uneinig waren. Gegen die Wahl des einen: Ahlmann von Alsen, waren Proteste eingelaufen; außerdem behauptete der frühere koburgische Staatsrath und augustenburgische Minister Francke, die Dänen hätten Stimmen gekauft, ohne jedoch einzelne Fälle angeben zu können. Die Proteste gründeten sich darauf, daß ein ganzes Dorf oder ein ganzes Gut bei der Wahl übergangen worden sei. Man beanstandete deshalb die Wahl. Gegenüber der außerordentlichen Nachsicht, welche man sonst und namentlich bei den wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt erhobenen Beschwerden an den Tag gelegt hat, erscheint dieser Beschluß ein wenig rigoros. Denn es ist kaum zu begreifen, wie ein ganzes Dorf ausgeschlossen werden konnte, wenn es dieses nicht selbst so wollte. Es konnte sich ja doch bei Zeiten an den preußischen Wahlkommissarius wenden, von dem es sicherlich Abhülfe zu erwarten hatte. Wollte es aber nicht wählen, dann fehlt jeder Grund zur Beanstandung der Wahl. Denn keiner ist zu wählen verpflichtet. Volenti non fit injuria. Die Deutschen in Nordschleswig hätten bei der Wahl ihre querelles allemandes bei Seite setzen sollen, dann hätten sie vielleicht gesiegt und brauchten

nicht nach der verlorenen Schlacht wegen einer Position, die sie zu besetzen vergessen hatten — wegen eines außer Acht gelassenen Dorfes — Beschwerde zu führen.

Außer der dänischen Nation beschäftigte sich der Reichstag bei Gelegenheit der Wahlen auch mit der polnischen. Die Polen erhoben schwere Klagen wegen Beeinflussung der Wahlen durch Mißbrauch der weltlichen Gewalt. Sofort wurde ihnen durch den preußischen Ministerpräsidenten die Beschuldigung des Mißbrauchs der geistlichen Gewalt entgegengehalten. Leider sind beide Vorwürfe gleich begründet, und in und außerhalb der Mauern scheint gesündigt worden zu sein. Hat ja doch auch am Rhein und in Süddeutschland lange der niedere katholische Klerus gepredigt, preußisch sei protestantisch, und wenn Preußen oben bleibe, würden alle Katholiken gezwungen, den Glauben ihrer Väter abzuschwören. Erst durch den Einmarsch gut katholischer Landwehrleute, „welche ihre heilige Messe mit Andacht hörten und ihr Kreuz schlugen, wie andere ehrliche Christenmenschen auch," wurde dort die bethörte Menge gewahr, wie irrig man sie belehrt hatte. Die polnischen Beschuldigungen und die deutschen Gegenbeschuldigungen hatten indeß keine praktische Folge. Es wurde keine Wahl beanstandet. Auch wurde der Streit: ob das Land Posen eine „Provinz" sei, wie die Preußen und die Deutschen, oder ein „Großherzogthum", wie die Polen behaupten, dieses Mal noch nicht ausgetragen, wenn auch wieder angeregt. Das waren die nationalen Streitigkeiten.

Nun folgen die territorialen. Sie betrafen das Fürstenthum Lippe-Detmold, das Fürstenthum Ratzeburg und das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin. Von Lippe-Detmold und Mecklenburg hatten die Reichstagsmitglieder wohl alle schon gehört. Dagegen das Fürstenthum Ratzeburg war den meisten eine geographische Novität. Sie hatten von der Existenz dieses „Reichs" keine Ahnung gehabt; und doch existirt es und kämpft um sein Recht und seine Existenz einen nicht unrühmlichen

Kampf gegen die strelitzer Regierung; und damit verhält es sich also:

Nicht allein in dem Deutschland vor 1866 und in dem Oesterreich nach 1866, sondern auch in dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz, obgleich dasselbe noch nicht einmal 100,000 Seelen zählt, also nicht so viel wie eine große Provinzialstadt, herrscht der Dualismus, oder — richtig ausgedrückt — sogar die Personalunion. Das Land besteht nämlich aus zweien Theilen, welche auch räumlich durch das dazwischengeschobene Mecklenburg-Schwerin getrennt werden. Oestlich von letzterem liegt die Herrschaft Stargard mit Strelitz, westlich oder vielmehr nordwestlich davon das ehemalige Bisthum und jetzige Fürstenthum Ratzeburg. Die Herrschaft Stargard hat die bekannte feudalständische Verfassung mit dem übrigen Mecklenburg gemein. Das Fürstenthum Ratzeburg, welches nur 17,000 Einwohner zählt, hat keinen Theil daran. Früher wurde es von einem Bischof regiert, als dessen Stände die Domkapitularen fungirten. Später fiel es an die strelitzer Linie; und diese regiert es noch, ohne Stände. Denn zu einer Ständeversammlung bedarf es nach mecklenburgischen Begriffen mindestens einiger Dutzend Ritter, und da in dem Lande Ratzeburg sich nur drei ritterschaftliche Güter vorfinden — sie heißen Horst, Dodow und Torriesdorf; möge die Nachwelt Notiz davon nehmen! — so versteht es sich — natürlich immer nur nach offiziell mecklenburgischer Weltanschauung — ganz von selbst, daß dieses Ländchen keine Volksvertretung haben kann und darf, sondern absolut regiert werden muß. Es zählt zwar anderthalb Städte, nämlich eine ganze, welche Schönberg heißt, und eine halbe, Ratzeburg, durch deren Mitte die Landesgrenze zieht, die das eine Stück an Mecklenburg und das andere an Lauenburg theilt, und eine sehr tüchtige Bauernschaft, welche niemals leibeigen oder hörig war, in Erinnerung dessen heute noch die jungen Bauern am Traualtar zur Beurkundung ihrer von Alters her gewahrten persönlichen Freiheit ein Schwert an

ihrer Linken zu tragen pflegen. Allein trotz dieser persönlichen Freiheit sind die Bauern nicht Eigenthümer des Bodens, welchen sie bauen, sondern nur Erbpächter. Grund und Boden gehört gegenwärtig dem Großherzog, wie ehedem dem Kirchenfürsten. Da das landesherrliche Regiment hinsichtlich der Herrschaft Stargard durch ständische Gerechtsame beschränkt ist, in dem Fürstenthum Ratzeburg aber nicht; da also Stargard im Stande ist, sich zu wehren, Ratzeburg aber nicht, so ist es natürlich, daß Stargard auf Ratzeburg abwälzt, und Ratzeburg dabei mitunter zu kurz kommt. Hierdurch nun ist das ratzebürgerliche Rechts- und Selbstständigkeitsgefühl geweckt und gereizt worden. Es steift sich auf seine Sonderexistenz, seine Personalunion, sein Selbstbestimmungsrecht. Es verlangte früher unter Berufung auf den Artikel 13 der weiland Bundesakte für sich eine Volksvertretung und hofft nun, daß ihm endlich unter dem neuen Bund zu Theil werde, was ihm der alte nicht gewähren konnte oder wollte. In der That hat es auch allen Grund, sich zu wehren. Denn es ist bei der Erbauung der mecklenburgischen Staatsbahnen übel gefahren, zu welchen es bezahlen mußte, ohne den geringsten Vortheil davon zu haben; und man wollte es sogar durch eine Zollgrenze von dem natürlichen Zentralpunkte seines Verkehrs, von der Hansastadt Lübeck, abschneiden. Gegen diese Ausdehnung des 1863 neu beschlossenen mecklenburgischen Grenzzolles auch auf das Fürstenthum Ratzeburg haben sich indeß die wackeren Bewohner dieses unbekannten Reichs, unter Führung des geschickten Advokaten Kindler in Schönberg, dem das öffentliche Vertrauen gleichsam das Amt eines Vize- oder gar Kontregroßherzogs übertragen hat, so kräftig gewehrt, daß Mecklenburg seinen Plan aufgeben mußte und dem Lande die Handelsfreiheit erhalten blieb. So viel zur Orientirung über diesen wunderlichen Mikrokosmus in unseren Nordmarken.

Als es nun an die Parlamentswahlen ging, publizirten die Großherzoge von Mecklenburg ein Gesetz, worin es hieß:

„Jeder Mecklenburger, welcher fünfundzwanzig Jahre alt und unbescholten ist, hat das Recht zu wählen“ u. s. w. Die Ratzeburger witterten hierin sofort eine Schlinge schlimmster Art. Sie kalkulirten: Wir sind Ratze- und nicht Mecklenburger; wenn das Wahlgesetz auch für uns gelten sollte, so müßte darin stehen: „Jeder Ratze- und Mecklenburger.“ Da es aber blos heißt „Mecklenburger“ und nicht auch „Ratzeburger“, so liegt die dringende Gefahr vor, daß die Ratzeburger, wenn sie dennoch wählen, sich dadurch als Mecklenburger bekennen und dadurch alle ihre Rechte, Freiheiten und Privilegien, soweit sie deren etwa haben sollten — omnia, si quae sint, jura — verscherzen und ihrer Sonderexistenz, ihrer Personalunion, ihres Selbstbestimmungsrechts und ihres Anspruchs auf konstitutionelle Repräsentation der ratzeburger Nation verlustig gehen. In Erwägung dessen erging der Beschluß: Wir wählen nicht zum Parlament. Und jedermänniglich befolgte ihn. Vergebens reiste der Wahlvorstand von Ort zu Ort. In dem Gasthaus, wo die Wahl vorgenommen werden sollte, fand er keine Wähler, sondern nur den Wirth. Er fragte diesen, ob er etwa gesonnen sei, jemanden in das Parlament zu wählen, was der Hotelbesitzer kühl bis ans Herz hinan verneinte. Darauf nahm der Wahlvorstand ein Protokoll auf, in welchem er die einstimmige Abwesenheit sämmtlicher Wähler konstatirte, die Antwort des Gastwirths registrirte und nicht unterließ beizufügen, daß auch er, der endesunterfertigte Wahlvorsteher, sich nicht bemüßigt finde, zu wählen. An dem nächsten Ort wiederholte sich dasselbe Schauspiel, und so ging die Wahlenthaltung durch die gesammten ratzeburgischen Lande. Auch an den Reichstag wandten sich die Ratzeburger mit einem Protest. Sie versicherten, sie seien gut deutsch, könnten aber nur als Ratze- und nicht als Mecklenburger wählen, und bäten im Uebrigen, ihnen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Letzteres konnte der Reichstag im Augenblick leider noch nicht; es wurden ihnen indeß einige Worte gemüthlicher Theilnahme gewidmet. Die Wahl wurde genehmigt in Anbe-

tracht, daß die Ratzeburger, auch wenn sie gewählt hätten, wegen ihrer geringen Zahl keinen Ausschlag gegeben haben würden.

Das war die Prozedur Ratze- versus Mecklenburg. Der zweite territoriale Prozeß war: Stadt Berlin contra Mecklenburg-Schwerin. Die Verhandlungen sind aus den Zeitungen bekannt. Das Land Mecklenburg verlor. Die Stadt Berlin gewann. Die Gesetzgeber Mecklenburgs hatten aus Gründen, welche für einen beschränkten Unterthanenverstand nicht auffindbar sind, es für dringend nothwendig gehalten, in ihr Wahlgesetz zu schreiben, daß eine verbüßte Zuchthausstrafe wegen politischer Verbrechen von der Wählbarkeit ausschließe, während in dem preußischen Wahlgesetze das Gegentheil steht, ohne daß dadurch bis dato die preußische Monarchie irgendeine Schädigung an Ansehen und Würde erlitten hätte. Es war natürlich nur reiner Zufall, daß die von den Gesetzgebern Mecklenburgs beliebte Ausschließung nur auf eine einzige Person zutraf und daß dieser Mann der mecklenburgischen Regierung eine persona ingratissima war, nämlich Moritz Wiggers, bekannt durch seine politische Laufbahn und durch eine Reihe guter volkswirthschaftlicher, rechts- und finanzwissenschaftlicher Bücher. Moritz Wiggers, der Präsident des konstitutionellen Landtags von 1848, hatte, nachdem die konstitutionelle Verfassung abgeschafft und die feudalständische wieder eingeführt war, zufällig das Unglück, in Gemeinschaft mit seinen Freunden „wegen Theilnahme an einem entfernten Versuche des Hochverraths“ in Untersuchung gezogen, verhaftet, etwa vier Jahre in Untersuchungshaft gehalten und schließlich zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt zu werden. Alle Anderen wurden begnadigt. Wiggers allein wurde ins Zuchthaus gesteckt. Später wurde ihm sogar noch, in Widerspruch mit dem juristischen Grundsatze, daß man nicht eine und dieselbe Handlung doppelt mit Strafe belegen dürfe — ne bis in idem —, auf dem Verwaltungsweg die ihm im Straferkenntnisse nicht abgesprochene Anwaltspraxis untersagt, weil Zuchthaus-

strafe entehre, und zwar „nach einem in Mecklenburg in der Bildung begriffenen Gewohnheitsrecht" (was würde wohl die rechtsgelehrte Welt dazu sagen, wenn man jemanden verurtheilen wollte „auf den Grund eines noch in Bearbeitung begriffenen Strafgesetzentwurfes?"). Endlich schloß ihn das Wahlgesetz von der Wählbarkeit aus; und wer möchte danach noch zweifeln, daß das Alles natürlich rein zufällig und ohne alles geflissentliche Zuthun der mecklenburgischen Regierung so gekommen? Da nun die preußische Haupt- und Residenzstadt Berlin Wiggers in den Reichstag gewählt hatte, so kam ein juristischer Professor — auf was verfallen nicht Juristen und Professoren? — auf den Einfall, die Berliner Wahl müsse nach dem mecklenburger Gesetze beurtheilt und deshalb Wiggers aus dem Reichstage „entfernigt werden", — wie sich in diesem Falle Fritz Reuter's Entspekter Bräsig ausgedrückt haben würde. Allein der Reichstag, seine ersten juristischen Kapazitäten an der Spitze, war anderer Meinung. Er erklärte die Wahl für giltig. Auch der ritterliche Prinz Friedrich Karl, der Herzog von Ujest und der sonstige hohe Adel Preußens stimmten dafür. Die preußischen Minister, welche Reichstagsabgeordnete sind, fehlten. Wahrscheinlich wollten sie nicht gegen und konnten doch nicht für Mecklenburg stimmen. — An und für sich freilich involvirte die von dem Reichstage über die von dem Professor Dr. Glaser angeregte Kontroverse getroffene Entscheidung noch keine Verurtheilung der mecklenburgischen Regierung. Das Verdienst, sie wider Willen zu einer solchen beinahe gemacht zu haben, gebührt dem Bundeskommissarius für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, Herrn Dr. Wetzel, welcher mit rapider Geschwindigkeit die Laufbahn von einem Marburger Privatdozenten bis zu einem großherzoglichen geheimen Staatsrathe zurückgelegt hat und als das brauchbarste Mitglied der mecklenburgischen Regierung gilt. Während die Versammlung diskutirte, ob das mecklenburger Gesetz auf die Berliner Wahl anwendbar sei, was die Herren v. Vincke (Hagen) und Wagener (Neustettin) beja-

heten, jedoch nicht ohne für die Person des Herrn Wiggers Gefühle der Achtung und Sympathie kundzugeben, schien Dr. Wetzel den Stand der Frage so aufgefaßt zu haben, als wenn die mecklenburgische Regierung angeklagt werde, aus Haß gegen einen einzelnen Mann ein Gesetz gemacht zu haben, im Widerspruch mit einer bekannten Regel, die schon in den zwölf Tafeln steht („in homines privos leges ferri noluerunt"). Wenigstens vertheidigte er in einer an das „Qui s'excuse, s'accuse" erinnernden mehr als halbstündigen Rede die mecklenburgische Regierung gegen eine solche Beschuldigung. Er soll zu dieser Rede einen speziellen Auftrag seines hohen Gouvernements gehabt, schon vor sechs Wochen die Akten eingezogen und seitdem daran gearbeitet haben. Letzteres versichern wohl unterrichtete Männer, sonst würden wir es nicht glauben; denn an der Rede selbst waren Spuren des Grundsatzes: „Nonum prematur in annum" auch für den schärfsten Beobachter nicht sichtbar. Als dekoratives Element dagegen diente der Rede ein persönlicher Ausfall gegen die „Gebrüder Wiggers", welchen der rechtsgelehrte Staatsmann vorwarf, sie hätten Anno neunundvierzig bei Erlassung eines Gesetzes mitgewirkt, worin etwas Aehnliches stehe, woraus denn der Herr Staatsrath folgern zu wollen schien, daß nun deshalb „die Gebrüder Wiggers" überall, wo sie sich befänden, auch in Berlin, von allen defekten Vorschriften betroffen werden müßten, die in älterer und neuerer Zeit in dem Codex der Obotriten und Wenden publizirt worden seien, und daß dieselben gleichsam eine solidarische Haftbarkeit und Gutsprache für alle darin enthaltene Sünden wider den heiligen Geist des Rechtes übernommen und dafür mit Gut und Blut aufzukommen hätten. Das war denn doch selbst dem edlen Dulder Julius Wiggers (Professor der Theologie in Rostock, bekannt durch seine theologischen, kirchengeschichtlichen und staatswissenschaftlichen Werke und durch die „vierundvierzig Monate Untersuchungshaft", die er erlebt und, ein zweiter Silvio Pellico, selber beschrieben, in Rostock selbst in den Reichstag gewählt) zu stark. Er parirte in einer „per-

sönlichen Bemerkung" diesen, was ihn anlangt, rein vom Zaun gerissenen und obendrein thatsächlich unwahren Angriff mit ein paar wuchtigen Hieben; und so wurde denn die Abstimmung aus einer bloßen Genehmigung der Wahl zu einer Niederlage des in Mecklenburg herrschenden Systems.

Die dritte kleinstaatliche Wahlaffaire war die des hochgebietenden Staats- und Kabinetsministers des Fürstenthums Lippe-Detmold Herrn v. Oheimb, gewählt in dem Fürstenthum Lippe, oder um seine selbsteigenen Worte zu gebrauchen: „in seinem Lande". Eine große Anzahl Wähler hatte gegen die Wahl reklamirt und erhebliche Gründe angeführt; die niederen Beamten sollen im Auftrag der höheren ihre amtliche Autorität mißbraucht haben, um Stimmen zu erkaufen, zu erschleichen oder zu erzwingen zu Gunsten ihres Chefs, des Herrn Oheimb, was nicht schwer ist in einem Ländchen, wo fast Alles, ja sogar die Ziegel- und Backsteinbrennerei, von Obrigkeitswegen betrieben wird; in einem Wahlbezirke wurde die Abstimmung, welche nach dem Gesetze eine geheime sein soll, in eine offene verwandelt, in der Art, daß der Wahlvorstand die geschlossenen Zettel sofort nach Empfang auseinanderfaltete und sortirte — die für Oheimb zur Rechten und die für Hausmann, den Gegenkandidaten zur Linken, wobei natürlich die Schafe zur Rechten über die Böcke zur Linken siegten, u. dgl. m. Man fand jedoch in alledem keinen Grund zur Beanstandung. „Wenn man auch," so hieß es, „Herrn v. Oheimb diese 826 Stimmen abziehe, behalte er doch noch genug zur absoluten Majorität." Ja, aber wie dann, wenn man sie — und das muß man — nicht allein Herrn Oheimb ab-, sondern auch seinem Gegenkandidaten zuzählt, dann behält ersterer keine absolute Majorität. „Selbst wenn," so hieß es weiter, „die Ueberschreitungen der Beamten nachgewiesen werden könnten, so wären das Alles doch nur Versuche; denn es liege in dem Charakter der geheimen Abstimmung, daß der Kausalnexus nicht zu ermitteln, und daß nie ein exakter Beweis darüber zu führen sei, ob und welchen Erfolg

die angewandten Mittel des Betrugs, der List, der Gewalt und der Bedrohung gehabt hätten." Wir erlauben uns kein Urtheil darüber, ob die Entscheidung des Reichstags, welcher mit sehr großer Majorität die Wahl des Herrn Oheimb genehmigte, richtig ist oder nicht. Dagegen halten wir den von dem Referenten abgegebenen und leider von Niemandem bestrittenen Wahrspruch, daß bei geheimer Abstimmung Wahlbeeinflussung nicht möglich sei, weil man ihre Wirkung nicht beweisen könne, für sehr gefährlich. Er ist geeignet, in Deutschland ein dem französischen Suffrage-universel-System analoges Verfahren herbeizuführen, was auf das äußerste zu beklagen wäre. Denn es demoralisirt das Volk und schwächt die Kraft der Zentralgewalt, der gegenüber die kleinen Regierungen, welche in ihren Ländchen, wenn man ihnen die Wahlbeeinflussung ganz frei giebt, gradezu können wählen lassen, wen sie wollen, lauter eingefleischte Partikularisten schicken werden. Der Satz, daß die geheime Abstimmung die Wahlbeeinflussung ausschließe, beruht auf der Voraussetzung, daß das Votum unkontrolirbar sei. Diese Voraussetzung ist grundfalsch. Der Wahlvorstand, der die Zettel empfängt, kann sehr wohl kontroliren, je nachdem der Zettel der einen oder der andern Partei länger oder kürzer, das Papier mehr oder weniger weiß, oder je nachdem es weicher oder glätter anzufühlen ist. Aber auch ohne dieses Mittel stellen sich die negativen Resultate von selbst fest. Wenn z. B. in dem Dorfe N., wie dies in dem Oheimbschen Falle behauptet wird, der Wegaufseher X. sämmtlichen dortigen Chausseearbeitern gesagt hat: „Wenn Ihr Oheimb wählt, bekommt Ihr Tagelohn für den Wahltag; — wenn nicht — nicht", und wenn in diesem Dorf von allen abgegebenen Stimmen keine einzige auf Oheimb gefallen ist, so erscheint es als festgestellt, daß keiner der Chausseearbeiter für Oheimb gestimmt hat; er bekäme in diesem Falle keinen Tagelohn, und wenn er das weiß, so ist es nicht schwer zu errathen, was ein armer Mann thun wird, der den Taglohn nicht entbehren kann und sich bei der hohen Obrigkeit nicht mißliebig

machen will. Grade weil die Bestechung und die Vergewaltigung, der Mißbrauch der Amtsgewalt und deren Erfolge beim Ballot schwerer nachzuweisen sind, grade deshalb muß man es um so strenger damit nehmen, wenn man nicht riskiren will, daß die Stimme des Volks auf das freventlichste gefälscht wird — jenes Volks, von welchem der konservative Abgeordnete Wagener-Neustettin in der Reichstagssitzung vom 9. März 1867 nach Citirung der französischen Phrase: „Alle brennenden Parteiunterschiede erlöschen in dem großen Meere des allgemeinen Stimmrechts“, zu behaupten die Kühnheit hatte, es interessire sich nicht mehr für Politik, sondern nur noch für religiöse und für soziale Fragen — oder, wie er es sehr drastisch ausdrückte, „für Fragen des Herzens und des Magens“.

Wenn der Reichstag den bereits jetzt gegen ihn erhobenen Vorwurf, er sei bei der Wahlprüfung nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit und Strenge vorgegangen, nicht nur durch Berufung auf die in der Sachlage zu findenden Gründe, welche allerdings bei dem ersten verfassunggebenden Reichstage auf möglichste Beschleunigung der Konstituirung losdrängten, abschwächen, sondern durch eine That refutiren will, so muß er bei der auch aus anderen Gründen gebotenen Berathung des Wahlgesetzes dafür sorgen, daß dasselbe Vorschriften erhält, welche dem Mißbrauche der Amtsgewalt zur Beeinflussung und Fälschung der Wahlen energisch entgegenwirken, theils durch Strafandrohung für die Kontravenienten, theils durch Verhängung der Kassation über jede Wahl, bei welcher zu Gunsten des Gewählten solche illegale Mittel in einer qualitativen oder quantitativen Ausdehnung angewandt worden sind, welche den Erfolg auch nur wahrscheinlich macht. Der Reichstag selbst, als große Jury, mag danach über jeden konkreten Fall befinden.

Die liberale Partei aber, soweit sie bei den Reichstagswahlen vom Februar und März 1867 unterlegen ist, möchten wir andrerseits bitten, diese Niederlage nur nicht einzig und allein auf Rechnung der Wahlbeeinflussungen zu setzen, sondern

erstens Umschau und Selbstschau zu halten, ob sie nicht etwa in ihrer letzten parlamentarischen Periode strategische, taktische oder technische Fehler begangen habe, welche mitunter mehr schaden, als ein materielles Unrecht, zweitens aber, besser als dies bisher geschehen, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu studiren, und durchaus nicht zu glauben, daß man die Massen in ihren zahlreichen lokalen Zentren und ihren zahllosen Unterabtheilungen durch ein Wahlkomité in Berlin und durch Flugschriften leiten könne, welche beide Mittel zwar gut sind, aber ohne persönliches Einwirken, das sich auf jedes Dorf, jeden Hof und jedes Gut zu erstrecken hat, dem allgemeinen und geheimen Stimmrecht gegenüber in der Regel erfolglos bleiben.

XII.

Der preußische Staatsschatz.

Von einem annektirten Neupreußen*).

Motto:
Enimvero qui primus pecuniam esse nervos rerum gerendarum dixit, is praecipue ad bellum videtur respexisse.
(Plutarch. Cleomenes. cap. XXXVIII. Guilielmo Xylandro interprete.)

Die große Frage des preußischen Staatsschatzes ist von dem Abgeordnetenhause in Berlin verhandelt. Die Abstimmung hat mit einem Siege der Regierung geendet. Die bewegte Verhandlung war nicht ohne dramatische Momente, der wirksamste das unerwartete Erscheinen des Ministerpräsidenten. Ein großer Theil unserer Freunde hat bei dieser Frage eine patriotische Selbstverläugnung bewiesen, welche sehr erfreulich war. Die Frage ist aber mit der letzten Abstimmung nicht für immer beantwortet, und es ist von Interesse, sie auch in der Presse zu debattiren.

Ich gehöre einem der von Preußen neuerdings annektirten Territorien an. Man kann mir daher sagen, es sei Anmaßung, wenn ein zwar nicht an Jahren, aber doch an preußischem Staatsbürgerthum noch blutjunger Mann — ein Neupreuße neuesten Datums — aburtheilen wolle über einen altpreußischen

*) Geschrieben im Herbst 1866.

Gegenstand von solcher Komplikation und solcher Tragweite, daß nur Jemand, der Jahrzehnte lang in und mit Preußen, in und mit der preußischen Verfassung gelebt habe, ihn beurtheilen könne. Ich will nicht behaupten, daß ein solcher Vorwurf grundlos ist; wir Annektirten haben ja allerdings für das nächste Jahr offiziell noch nicht mitzusprechen, sondern leben unter der königlichen Diktatur, wogegen wir auch gar nichts zu erinnern haben, vorausgesetzt, daß der eiserne Besen des Königs kräftig benutzt wird, um den Augiasstall der Kleinstaaterei zu reinigen von jenen schätzbaren Eigenthümlichkeiten des Patrimonial- und Domanialstaates, welche, wenn man sie beibehält, die neu erworbenen Provinzen für die preußische Monarchie nicht blos werthlos, — nein, zu einer mit Neben- und Kontreregierungen behafteten Last machen würden.

Meine Berechtigung, über den preußischen Staatsschatz mitzureden, leite ich auch nicht blos daraus her, daß wir nun Preußen und also beim Wohl und Wehe des preußischen Staats — des einzigen wirklichen Staats in Deutschland, denn weder das noch ungeordnete Konglomerat, welches sich Oesterreich nennt, noch eines der deutschen Territorien, mag es einen noch so stolzen Titel führen, ist ein wirklicher moderner Staat — so direkt interessirt sind, wie irgend Jemand sonst, und daß wir an dem Nutzen und dem Schaden, den Vortheilen und den Lasten, welche ein gefüllter Schatz für Preußen im Gefolge führt, unsern vollen Antheil haben werden. Ich stütze sie vielmehr auf die Behauptung, daß eine Frage nur dadurch reif und klar wird, daß man sie von den verschiedensten Seiten aus beleuchtet; und der Standpunkt Jemandes, der ein halbes Menschenalter hindurch von liberaler und nationaler Seite her gegen die Zwergstaaterei und deren Uebelstände einen ununterbrochenen, beharrlichen und nicht ganz erfolglosen Krieg geführt hat, und der sich nun freut, nach Kräften einem wirklichen Großstaat, welcher bereits national ist und sicherlich liberal werden wird, zu dienen — nun, das ist am Ende doch auch ein Standpunkt,

der durch die große örtliche Entfernung, welche mich von Berlin trennt, vielleicht nicht einmal an Bedeutung verliert. Denn zuweilen gewährt eine weite Distanz eine größere Perspektive und bessere Uebersicht als die unmittelbare Nähe; und wenn ich hinsichtlich der bisherigen preußischen Verfassungskämpfe, welchen ich indeß stets bis in das Detail mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt bin — denn es waren deutsche Kämpfe, und sie werden früher oder später ihre Früchte für Deutschland tragen — nicht so genau informirt bin, wie ein langjähriges Mitglied des Abgeordnetenhauses, so bin ich dafür andererseits völlig frei von den Nachwirknngen einer früher eingenommenen Position. Dergleichen Nachwirkungen aber dauern in der Regel länger — sie sollten es freilich nicht — als die erregenden Voraussetzungen. Zumal die Gemüthsaffektionen, welche durch lange Streitigkeiten erzeugt werden, und in der Regel länger dauern, als der Streitgegenstand selbst und der darüber geführte Parteikampf. Wir sehen dies z. B. jetzt in dem Abgeordnetenhaus, wo zwar konservative wie liberale Mitglieder zuweilen einträchtig für eine Regierungsvorlage stimmen, aber dann unter einander ihre beiderseitigen Motive zu verdächtigen bestrebt sind. — So viel zur Legitimation meiner Person.

Was die Sache anlangt, so fasse ich das Jahr 1866 auf, als eine verbesserte und vermehrte Auflage des Jahres 1813. Jedes dieser Jahre ist eine große deutsch-nationale That. Jedes hat uns von einer Fremdherrschaft befreit: das Jahr 1813 von der französischen, das Jahr 1866 von der österreichischen. Dadurch, daß Oesterreich 1813 später noch in die Allianz gegen Frankreich eintrat, wurde die Unterwerfung der durch Napoleon den Ersten souverän gemachten Rheinbundsfürsten und sonstigen Territorialherrn unter das unitarische deutsche Gesammtinteresse verhindert und demnächst in dem Bundestage eine Institution geschaffen, welche einer unter Oesterreichs Leitung stehenden Kooperation der Territorialherren gegen den bereits bestehenden preußischen und den noch zu gründenden deutschen Staat als

brauchbares Werkzeug zu dienen geschickt war. Das Jahr 1866 hat die Aufgabe von 1813 mit vertiefter Auffassung und verstärkter Kraft wieder aufgenommen. Indem es uns von der österreichischen Fremdherrschaft befreiete, hat es den zweiten Akt der nationalen Aufgabe vollendet, aber noch nicht das Einigungswerk selbst, welches erst durch den bevorstehenden dritten Akt seine Krönung finden wird.

In Parenthese sei bemerkt: Wer etwa Anstoß daran nimmt, wenn ich von österreichischer „Fremdherrschaft" spreche, der ist gebeten, die so eben erschienene treffliche Schrift: „Woher und wohin?" von Prof. Ludwig Karl Aegidi in Hamburg zu lesen, in welcher Alles, was über diesen Punkt vorzubringen wäre, besser gesagt ist, als ich es zu sagen im Stande bin.

Durch die große nationale That von 1866 sind nicht nur ein paar Territorien Preußen annektirt, sondern auch alle politischen Parteien, welche unter einander einen gemeinsamen nationalen Boden anerkennen, und welchen das Vaterland über der Partei, der Staat über der Koterie steht. Dies gilt in doppeltem Grade von den liberalen Parteien. Denn der preußische Sieg, oder um es noch präziser auszudrücken: der Sieg der preußischen Regierung und des preußischen Heeres hat die Bahn gebrochen zu einer nationalen Politik, welche zugleich frei und kräftig sein muß, um ihr Ziel zu erreichen.

Im Süden Deutschlands, wo immer noch die konfuse „Volkspartei" dem Ultramontanismus und Partikularismus die Schleppe trägt, beginnt bereits die wahrhaft liberale Fraktion sich als „deutsche Partei" zu konstituiren und um Preußen zu schaaren. Wir Liberalen in den annektirten Territorien fühlen uns mit Genugthuung befreit von der saueren und undankbaren Arbeit, im Schweiße unseres Antlitzes das verwachsene knorrige Holz des Partikularismus zu spalten — eine kleinliche banausische und unfreie Arbeit, über welcher man selbst in Gefahr kam, kleinlich und unfrei zu werden. Wir bereiten uns mit Eifer

darauf vor, der an uns ergangenen deutschen Mahnung Folge zu leisten.

Diese Mahnung, sich aufzuraffen zur Mitwirkung bei der Lösung der großen nationalen Aufgabe, welche die preußische Regierung — ganz einerlei, aus welchen anfänglichen Motiven — nun doch einmal fest in die Hand genommen hat und ohne Vernichtung ihrer eigenen Existenz nicht wieder fallen lassen kann, diese Mahnung, welche in Außer-Preußen und in Neu-Preußen bereits Gehör zu finden beginnt, ist auch an die deutsche Fortschrittspartei des preußischen Abgeordnetenhauses herangetreten. Ein ehemaliges Mitglied des Hauses, das eine hervorragende Stellung in der Fortschrittspartei einnahm, sagt in einem sehr lesenswerthen Briefe an ein jetziges — welcher Brief hoffentlich der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten bleibt — darüber: „Was wir anerkennen müssen, das mögen wir ganz anerkennen. Was gethan werden muß, das thun wir nicht halb! Es heißt nicht etwa bonne mine machen zum mauvais jeu. Denn das Spiel ist nicht schlecht. Es ist zwar anders, als wir erwarteten, aber im Grunde doch bon jeu. Darum also auch nicht zum bon jeu mauvaise mine gemacht! Deshalb gilt es, sich zu befreien von jeder fesselnden Rücksicht auf Ziele, welche wir verfolgten, und Aeußerungen, die wir gethan zu einer Zeit, als die Dinge ganz anders lagen, wie heute."

Der Staatsschatz ist in Preußen eine alte und herkömmliche Heeresinstitution. Es ist wahr, sie hat sich mit der modernen konstitutionellen Verfassung noch nicht recht in Harmonie zu setzen gewußt, und da es auch an genauen gesetzlichen Vorschriften fehlt, so ist es nicht nur in dem Abgeordnetenhause, sondern auch in dem Herrenhause (Antrag des Grafen v. Arnim-Boitzenburg und Genossen vom 18. Februar 1859) in Betreff der Bildung, Verwendung und Verwaltung des Schatzes, sowie des Rechts der Mitwirkung und der Kontrole des Landtags hierbei, zu

Differenzen mit der Regierung gekommen, welche noch nicht völlig ausgetragen sind.

Nur so viel dürfte als unter den streitenden Theilen feststehend anzusehen sein, daß in der Regel die Bestände des Staatsschatzes baar in gemünztem Gelde vorhanden sein müssen, und daß aus demselben andere Ausgaben, als solche zu Kriegszwecken, nicht gemacht werden dürfen und daß Ueberschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden sind. Ohne Zweifel hat auch die Landesvertretung das Recht, den Vollzug dieser Vorschriften zu kontroliren, wenn auch der Ausübung dieser Kontrole, so weit es sich um öffentliche Debatten im Plenum handelt, aus Rücksichten des Staatswohles einige Beschränkungen aufzuerlegen sein dürften.

Dieser Staatsschatz ist also eine militärische Anstalt, welche das stehende Heer, beziehungsweise einen Theil desselben, ersetzt oder ergänzt. Diese Ergänzung ist um so nothwendiger bei einer auf konsequenter Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Heeresverfassung, welche eine übermäßig lange Dauer des Kriegs so wenig verträgt, daß für den Fall des Kriegs auch durch das Disponiblehalten eines verhältnißmäßig starken Betriebskapitals für einen schnellen Umschlag und durch unerwartetes und wuchtiges Beginnen für ein rasches und glückliches Ende gesorgt werden muß.

Wenn Preußen gewiß wäre, ohne Gefährdung seiner Mission, die nächsten Jahrzehnte hindurch in Frieden leben zu dürfen, dann eilte es gewiß mit Füllung des durch den Krieg geleerten Staatsschatzes gegenwärtig durchaus nicht so, daß man nöthig hätte, zu diesem Zwecke ein Anlehen aufzunehmen. Läge etwa Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit dafür vor, daß innerhalb der nächsten vier Jahre das Ziel so vollständig erreicht werde, daß Preußen dieser Stütze seiner nationalen Politik später entrathen könnte, so könnte man schon jetzt die Möglichkeit, den Bestand des Staatsschatzes von 1870 ab zur Schuldentilgung zu verwenden, in Aussicht nehmen. Allein weder das Eine noch

das Andere ist der Fall; und wenn man im Augenblick den Staatsschatz nicht wieder gefüllt oder ihn abgeschafft hätte, so würde man entweder die Wehrkraft, eventuell den gouvernementalen Glauben an dieselbe, schwächen, oder aber man müßte, um den vollen Stand der bisherigen Schlagfertigkeit zu erhalten, zu einem andern Mittel greifen, d. h. man müßte an die Stelle des parat liegenden baaren Geldes eine Vermehrung des stehenden Heeres setzen.

Man sagt: „Der Staatsschatz ist ein unwirthschaftliches Institut; wenn in demselben dreißig Millionen Thaler liegen, so verlieren wir nicht nur alljährlich anderthalb Millionen Zinsen, sondern — was viel mehr ist — die gesammte Produktion, welche man mit dreißig Millionen Thalern erzielen kann, und welche der Ernährung von 60,000 Arbeiterfamilien oder einer Viertelmillion Seelen gleichkommt." Das Alles ist richtig. Der Staatsschatz ist allerdings ein unwirthschaftliches Ding, ganz in demselben Sinne, aber auch nur in dem Sinne, wie es das Heer und der Krieg überhaupt ist. Und doch, kann die wirthschaftliche Thätigkeit alle diese Institutionen und Prozeduren ganz entbehren? Ist denn die Blut- und Einkommensteuer, welche wir für das Heer entrichten, etwas Anderes als die Assekuranzprämie, durch welche wir bei der die gegenseitigen Gesammtinteressen vertretenden Staatsgewalt Eigenthum und Erwerb, Leib und Leben in Versicherung geben? und ist es denn „unwirthschaftlich", sich durch Assekuranz der Kontinuität nicht nur seiner nationalen und politischen, sondern auch seiner ökonomischen Existenz zu versichern? Und ist nicht auch der Krieg, und namentlich ein solcher Krieg, wie der von 1866, eine wirthschaftliche Nothwendigkeit? Wenn sich durch das Fortschreiten der Kulturentwickelung auf der einen und das Zurückbleiben auf der andern Seite die realen Machtverhältnisse (Alles, was der Engländer power nennt, auch knowledge mit inbegriffen) so verschoben haben, daß die alten, sei es durch Herkommen, Vertrag, Staats- oder Völkerrecht

geheiligten politischen Formen absolut nicht mehr passen wollen, so krankt unter einem solchen Mißverhältniß Alles, auch die Wirthschaft. Die erstorbenen und erstarrten Formen erdrücken den jugendlich anschwellenden und aufstrebenden Körper der wirthschaftlichen Thätigkeit, welche unsäglich leidet durch das altüberkommene partikularistische Abpferchungssystem. Es ist, als ob das vorjährige verdorrte Laub nimmer Platz machen wollte den treibenden Knospen und Keimen des wiederkehrenden Frühlings. In solchen Fällen, ist da nicht der Krieg, dessen Ausgang die materielle Machtlage mit der sich aus den Friedensschlüssen und den darauf folgenden neuen Verträgen ergebenden formellen Weihe des neu gebildeten Rechts in Harmonie setzt, auch ökonomisch nöthig, weil ein solcher Krieg ein Ende setzt den Beengungen und Schwankungen, welche die wirthschaftliche Produktion erschweren?

Die wirthschaftliche Frage wäre also so zu formuliren: Ist der Zweck der Schlagfertigkeit, welcher durch den Staatsschatz erzielt werden soll, durch ein anderes Mittel ökonomisch vortheilhafter zu erreichen? Soll man etwa, statt den Staatsschatz wieder zu füllen, das stehende Heer, abgesehen von dem aus den Annektirungen hervorgehenden Zuwachs, um weitere hunderttausend Mann vermehren? — Gewiß nicht, denn diese hunderttausend Arbeitskräfte sind nicht nur lahm gelegt, wie die dreißig Millionen Thaler gemünzten Geldes, sondern verzehren auch, was die Thaler nicht thun. Es ist also immerhin proportionell weniger unwirthschaftlich, Thaler lahm zu legen, als Menschen.

Hier stoßen wir freilich auf den Einwand: „Nun, wenn denn beides unwirthschaftlich ist, so wollen wir nicht untersuchen, welches unwirthschaftlicher sei, sondern lieber beides unterlassen!“

Allein unseres Erachtens wäre das nicht nur unrecht, sondern (was in der Politik stets weit schlimmer ist) sogar unklug! In der Politik aber muß Jeder klug sein, nicht nur die Regierung, sondern auch — woran freilich die Masse nicht immer denkt — der Landtag. Hätte das Land und hätte namentlich der Landtag

bei dem Versuch, in der gegenwärtigen kritischen Sachlage, die Machtstellung der Regierung wirklich oder scheinbar zu schwächen, etwas gewinnen können?

Leider sind wir in Deutschland seit lange gewöhnt, das Land und die Regierung in einer Art von feindseligem Gegensatz zu einander zu denken; und es ist traurig, daß dieser pessimistischen Weltanschauung eine gewisse historische Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, erstens insofern als in vielen Ländern das Sonderinteresse der regierenden Familie über das Gesammtinteresse des Staats gesetzt und beide dadurch mit einander in ewige Reibung gebracht wurden. Allein weit weniger als sonstwo war dies doch in Preußen der Fall, wo sich die Hohenzollern stets ihrer Stellung als Oberhaupt eines aufstrebenden Staates klar, voll und lebhaft bewußt waren, und wo Friedrich der Große sich mit Stolz rühmte, nichts zu sein, als „der erste Diener des Staates". Jene pessimistische Weltanschauung ist zweitens erwachsen aus dem Umstande, daß in Deutschland der Patrimonial-, der Domanial-, der Polizei- und der Zwergstaat, weil er die hohe Mission des nationalen Macht- und Rechtsschutzes nach Außen und nach Innen leider nicht zu erfüllen vermochte, sich mit büreaukratisch-geschäftiger kleinmeisterlicher Bevormundungswuth gemeinschädlich in alle bürgerliche Kreise, in Handel und Industrie, Landwirthschaft und Gewerbe, Schule und Kirche, Genossenschaft und Gemeinde, Gesellschaft und Wirthschaft einmengte, und, indem er seinen Wirkungskreis räumlich ausdehnte, seine eigene intensive Kraft schwächte, die bürgerliche Gesellschaft aber durch die Vielregiererei im Innern theils lähmte, theils erbitterte. Deshalb gilt es heute, den Wirkungskreis des Staats auf die natürlichen Grenzen zu beschränken. Aber es wäre der verhängnißvollste Irrthum, wenn man glaubte, gerade deshalb müsse man an sich die Staatsgewalt virtuell überhaupt schwächen und auch auf denjenigen Gebieten, die ihr von Rechtswegen ausschließlich zustehen und auf welchen sie unbedingt stark sein muß, um ihrem Beruf zu genügen. Indem wir den Wirkungs-

kreis des Staats beschränken, wollen wir seine intensive Kraft kondensiren und erhöhen.

Der Glaube an die Nothwendigkeit des Schatzes gehört zu den Traditionen des preußischen Staats. Die Staatsgewalt sagt: Bei uns kommt Alles auf rasches Zuschlagen an, und dazu gehört unter Anderem auch ein parater Kriegsschatz. Das vorige Jahrhundert hat diesen Satz bestätigt. War aber die jüngste Vergangenheit etwa geeignet, diesen Glauben zu erschüttern? Gewiß nicht; bei dem Volke nicht, bei der Staatsgewalt noch weniger. Die Staatsgewalt aber kann so wenig abdanken, wie das Volk; und gegen ihre Ueberzeugung regieren kann sie noch weniger. Der Fürst muß sich in einem konstitutionellen Staat mit seinem Volke vertragen. Man thut Unrecht, dies die „beschränkte" Monarchie zu nennen. Es ist die durch den organisirten Volkswillen verstärkte Monarchie. Aber das Volk muß sich auch mit seinem Fürsten vertragen und in Preußen will es dies auch. „Diesem König," heißt es in dem angeführten Briefe, „darf die Landesvertretung in diesem Augenblicke ja nicht zu nahe treten. In den Augen der Welt hat er zu viel geleistet und zu viel noch vor, als daß das Volk litte, daß man ihm in einer Geldfrage unnütze Quästionen mache."

Zudem befindet sich die liberale Partei, wohl nur vorübergehend, in einer eigenthümlichen und schwierigen Stellung. Hätte ihr die Regierung — was sie freilich nicht konnte — schon vor Jahren gesagt, was sie mit dem verstärkten Heer und den erhöhten Krediten wollte, so würde die Majorität des Abgeordnetenhauses wahrscheinlich zu den meisten Dingen, die sie mit anerkennenswerther Treue und Ausdauer bekämpft hat, „Ja" und „Amen" gesagt haben, namentlich dann, wenn ihre Voraussicht und Zuversicht so stark war, wie die der Regierung. Gleichwohl war dem äußeren Anblick nach während der ganzen Krisis von 1865 auf 1866 wirklich die Regierung die bewegende und das Haus die hemmende Kraft. Gegenüber dem zu gründenden parlamentarischen Bundesstaate scheinen sogar beide Häuser eine

gewisse Kühle zu zeigen. Wenn man die Reden der letzten Woche gelesen hat, so könnte man fast glauben, das Herrenhaus fürchte, der Reichstag werde zu liberal und könne daher das Herrenhaus beeinträchtigen, und das Abgeordnetenhaus fürchte, der Reichstag werde zu konservativ und könne daher das Abgeordnetenhaus beeinträchtigen, und beide, Herren- und Abgeordnetenhaus, hätten eine gemeinsame Abneigung gegen jenen „großen Unbekannten", der sich Reichstag nennt und vielleicht dereinst einmal, ein umgekehrter Saturn, seine widerwilligen Väter verschlingen könnte. In dieser Stellung, welche wir nicht näher ausmalen wollen, war es nicht opportun, einen Konflikt aufzusuchen, dem man ausweichen konnte. Denn hinter der Landesverfassung geht in der nächsten Zukunft vielleicht die Reichsverfassung eines deutschen Einheitsstaates oder wenigstens die Unionsverfassung eines deutschen Bundesstaats auf.

Gewiß, der Staatsschatz birgt in sich konstitutionelle Bedenken und Gefahren. Aber die Frage ist: Werden diese Gefahren durch die Verweigerung der Wiederanfüllung vermindert oder nicht vielmehr vermehrt?

Gewiß, der Staatsschatz bedarf einer legislativen Regelung. Aber die Frage ist: Ist der gegenwärtige Augenblick der geeignete hierzu?

Der Staatsschatz war gefüllt. Der Krieg hat ihn geleert. Es gilt, ihn wieder zu füllen. Der König hat den Krieg begonnen gegen den Willen der Landesvertretung. Allein das Volk giebt in diesem Falle, wie es scheint, jetzt dem Könige Recht und jauchzt dem, was durch den Krieg erreicht worden ist, seinen Beifall zu. Und Alles das wäre nicht erreicht, oder wenigstens nicht so schnell und nicht so glänzend erreicht worden ohne den Staatsschatz. Der Staatsschatz ist daher im Augenblick — trotz alledem und alledem — eine populäre Institution. Dazu ist er aber auch eine bestehende Institution, welche der eine legislative Faktor nicht beseitigen kann ohne die Zustimmung der beiden

andern. Endlich aber haben von dem Einheitswerke erst zwei Akte gespielt, der dritte steht, wie oben dargethan, noch bevor. Ob er mit oder ohne Krieg ausgeführt wird, wissen wir nicht. Ersteres ist das Wahrscheinlichere. Deshalb müssen wir auch im liberalen Interesse, an Mannschaft und Geld einen höheren oder mindestens denselben Grad von Schlagfertigkeit erhalten, welchen wir vorher hatten, ja selbst auf die Gefahr hin, daß für einige Zeit die freiheitliche Entwickelung hinter die Macht- und Einheitsfrage ein wenig zurücktritt. Denn ein jedes Ding hat seine Zeit.

Deshalb Beibehaltung des Staatsschatzes, so lange bis der Staat seine Einheitsmission erfüllt und jeder der gesetzgebenden Faktoren die Ueberzeugung von der Entbehrlichkeit dieser bis jetzt unentbehrlichen Stütze der nationalen Politik gewonnen hat.

Wiesbaden, Sept. 1866.

XIII.

Zur Physiologie der Parteien im Groß- und im Kleinstaate.

Motto:
„Theuer ist mir der Freund, doch auch den Feind kann ich nützen;
Zeigt mir der Freund, was ich kann: lehrt mich der Feind, was ich soll.“
Schiller.

Erster Brief.

Daß die liberale Partei in Preußen gespalten und unter sich uneinig ist, weiß Jedermann, denn sie kämpft ihre Fehden in den Zeitungen aus. Namentlich ist es die Fortschrittspartei, die in der Volkszeitung und anderwärts ihren Zorn gegen die National-Liberalen ausströmt und die ihrerseits wieder von den Sozial-Demokraten, den Welfen-Demokraten, den kurfürstlichen Demokraten und andern, weiter, weitest und allerweitest vorgeschrittenen Parteien, Fraktionen und Fraktiönchen einer stockpreußisch-reaktionären Haltung beschuldigt und unter das alte Eisen geworfen wird. Kürzlich haben sogar hier in einer Arbeiterversammlung die Fortschrittsleute à la Schulze-Delitzsch und die Sozial-Demokraten à la Jean Baptist von Schweitzer einander eine blutige Bataille geliefert.

Aber nicht minder als die liberale Partei ist auch die konservative in Preußen in voller Umwandlung, Zersetzung und Auflösung begriffen.

Ich weiß nicht, ob der alte Rundschauer der „Kreuzzeitung“ noch lebt. Das aber weiß ich ganz gewiß, wenn er noch lebte, oder wenn er aus dem bessern Jenseits „als Geist herniederstiege,“ er würde, sofern dies von einem Geist gesagt werden kann, förmlich eine Gänsehaut bekommen über diese, seiner Meinung nach offenbar rein revolutionäre Wirthschaft von heute.

Dieser Rundschauer, welcher, als der Czar Nikolai starb, versicherte, das preußische Volk habe in ihm seinen Vater verloren, und der später tagtäglich auf seiner Drehorgel die Melodie spielte:

> Preußen mit Oesterreich Hand in Hand,
> Sonst geht Alles aus Rand und Band, —

wie müßte er sich entsetzen über unser Verhalten im Jahre 1866, das gewiß sich der allerhöchsten Mißbilligung des Czaren Nikolai, Olmützer und Warschauer Andenkens, zu erfreuen gehabt haben würde, und noch mehr über den Krieg, welcher kürzlich zwischen den verschiedenen mehr und minder offiziellen und offiziösen „Pressen“ in Wien und der von dem preußischen Preßbüreau des auswärtigen Amtes*) gefütterten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin geführt wurde, und zwar nicht mit „kriegsgerechter“ Waffe, sondern mit Sense und Dreschflegel.

Dieser Rundschauer war der richtige Niederschlag jener romantischen Schule, die in den zwanziger und dreißiger Jahren ihre Sturm- und Drangperiode hatte, in den vierziger salonfähig, in den fünfziger hochoffiziell wurde. Angeekelt von der prosaischen Wirklichkeit des Lebens und dem büreaukratisch-polizeilichen Mechanismus des Staats flüchtete sie sich in das Mittelalter — nicht in das Mittelalter, wie's war, sondern in das Mittelalter, wie man wünschte, daß es gewesen sein möchte —

---

*) Das Ministerium des Innern hat auch sein Preßbüreau, an dessen Spitze Herr Hahn steht. Das innere und äußere Preßbüreau harmoniren nicht recht mit einander. Auch hier „zwei Seelen“?

und versuchte es wieder herzustellen auf dem Wege der Restauration des Herrn v. Haller, nach welcher der König Gottes Statthalter, das Königthum ein mystisch-theologisches Priesterthum sein, die Krone sich in eine Priesterbinde verwandeln und der Staat sich nach dem Situations- und Bauplan des himmlischen Jerusalem aufbauen und seine Kräfte nicht mehr aus seiner Bürger-Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit, Manneswürde, Thatkraft und Tapferkeit saugen sollte, sondern nur noch aus Gehorsam und Hingebung, Weh- und Demuth, Abstinenz und Entsagung, Reue und Leid, Buße und Zerknirschung, und aus jenen andern Eigenschaften, mit welchen die Straße nach Olmütz gepflastert ist. Diese hierophantische Romantik haßte das germanische Volkskönigthum und gab dem byzantinisch-legitimistischen Priesterkönigthum den Vorzug. Der Rest des Alters heiligte ihr alle Antiquitäten und Kuriositäten, alle Marotten und Schrullen, jeden Quark und Tand. Selbst vor den Rheinbundssouveränetäten von Buonaparte's Gnaden beugte sie sich.. Auch sie waren ihr heilig. Et hic Dii sunt!

Wie würde dieser legitimistische Rundschauer schaudern, wenn er in der Debatte über die Beschlagnahme des Dotationsfonds des Königs Georg und des Kurfürsten Friedrich Wilhelm den Ministerpräsidenten Preußens und Kanzler des Norddeutschen Bundes sprechen hörte von scheußlichen Reptilien, die man bis in das Innere ihrer Höhlen verfolgen müsse, von giftigem Gewürm und von Pech, das man nicht angreifen könne, ohne sich zu besudeln; wie würde er zugestimmt haben, als darauf der fromme Abgeordnete Windhorst-Meppen sich beschwerte, dadurch würden die heiligsten Gefühle an der Leine kühlem Strande und an der Fulda schattigen Ufern verletzt. Diesen Vorwurf richtete Windhorst formell zwar gegen Braun-Wiesbaden, aber materiell meinte er damit offenbar den Grafen Bismarck. Er hatte auch in der Debatte des vorhergehenden Tages schon in feindseliger Absicht gegen den letzteren, Familien-Erinnerungen, welche dem König Wilhelm persönlich heilig sind,

in höchst unpassender, ich möchte sagen: französisch-melodramatischer Weise in die Debatte hineingezogen.

Vor einem Vierteljahrhundert theilte die konservative Partei in Preußen die Gefühle und Anschauungen des Rundschauers, welcher dem aristokratischen Föderalismus der alten Bundesverfassung, dem legitimistisch-reaktionären Partikularismus der deutschen Kleinfürsten und der anarchischen Fürsten-Republik den Vorzug vor dem einheitlichen Bundesstaate gab.

Heute spendet die konservative Partei ihren Beifall dem Grafen Bismarck, wenn er zu Gunsten des deutschen Volks-Königthums und der nationalen Einheit dem toll gewordenen Winkel-Legitimismus, welcher vordem, als er noch herrschte, Fußtritte austheilte, nunmehr seiner Seits einige Fußtritte versetzt und ex actis erzählt, wie sich derselbe zur Anlage von Eisenbahnen, an welchen die Zukunft des Landes hing, die Erlaubniß um schweres Geld abkaufen ließ, — eine Geschichte, der man Dutzend andere an die Seite stellen könnte und hoffentlich an die Seite stellen wird, wenn der kurfürstliche Kabinetsrath Schimmelpfeng seine mit „stets gleicher vorzüglichster Hochachtung" akkompagnirten Drohungen in's Werk setzt.

Doch ich spreche, wie ich sehe, gegen Ueberzeugung und lediglich aus böser Angewöhnung immer wieder von den Konservativen als einem festen geschlossenen Kollektivbegriff. Allein die Konservativen in diesem Sinne giebt's nicht mehr. Ihre Periode hat von 1848 bis 1865 gedauert, etwa eben so lange, wie die einer französischen Dynastie. Sie ist abgeschlossen. Vor 1848 existirten diese Konservativen nicht. Mit 1866 haben sie aufgehört zu existiren. Ihr Historiograph Dr. Heinrich Leo in Halle hat der Partei kürzlich den Leichenstein gesetzt. Ihre sterblichen Reste sind in der „Kreuzzeitung" und in dem Herrenhause beigesetzt. Von letzterem erzähle ich Ihnen ein anderes Mal.

Angesichts des erfolgten Abschlusses ist die Möglichkeit gegeben, die Geschichte dieser Partei zu schreiben. Einen Beitrag

dazu hat Herr von Rochau in dem kürzlich erschienenen zweiten Theil seiner „Realpolitik" gegeben in einem Kapitel, welches die Ueberschrift führt: „Der Bankerott des Neupreußenthums."

Ich werde in meinem nächsten Briefe versuchen, die Darstellung des Herrn von Rochau in einigen Punkten zu vervollständigen und zu berichtigen. Für heute beschränke ich mich darauf, einige Sätze daraus mitzutheilen. Ich muß jedoch, wie man zu sagen pflegt, „um Mißverständnisse zu vermeiden", eine kleine Bemerkung vorausschicken:

Wie Jedermänniglich, der die Wochenschrift des deutschen Nationalvereins gelesen hat, wohl bekannt, schreibt Herr von Rochau einen grobkörnigen Lapidarstil, dem es lediglich um einen möglichst prägnanten, ja schneidigen Ausdruck der Ueberzeugung und jedenfalls weit mehr um Wahrheit als um Höflichkeit zu thun ist.

Er kanzelt alle Parteien der Reihe nach ab. Jede einzelne wird sich mit der Schärfe seines Urtheils halbwegs versöhnen, wenn sie erfährt, wie er erst mit ihrem Gegner, der andern Partei, umspringt. Nur unter diesem Vorbehalt theile ich sein in der That zu hartes Urtheil über die „neupreußische" Partei (die Kreuzzeitungs-Partei) im Auszug mit. Er sagt:

„Zu den unleugbaren Verdiensten der Bismarckischen Politik gehört die Auflösung der angeblich konservativen neupreußischen Partei, gleichviel, ob und wie weit dieses Ergebniß in dem Plane des preußischen Ministers einbegriffen war, oder sich blos als vielleicht unwillkommene Zugabe zu den eigentlichen Zwecken desselben, von selbst eingefunden hat. Jene Partei war eine der wenigst achtbaren und gemeinschädlichsten, welche es in irgend einem europäischen Staate gab. Die standesmäßige Bornirtheit und der bäuerische Eigennutz des Junkerthums bildeten den Hauptstoff ihres Wesens, den Geist hatte ihr Stahl eingehaucht, der Meister in der Kunst des Selbstbetrugs, und die dick aufgetragene Gerlach'sche Gleißnerei lieh ihr den Firniß. Im Innern arbeitete die Partei offen und ohne Scheu an der Wieder-

herstellung von Zuständen, wie sie vor der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung in Preußen obgewaltet hatten, nach außen betrieb sie mit ganz richtiger Konsequenz die unbedingte Anlehnung an Rußland und die eifrige Pflege des guten Einverständnisses mit Oesterreich.

Deutschland aber war in dem Systeme der Partei gleichbedeutend mit dem deutschen Bunde, dessen Antastung durch den schwächlichen Reformversuch von 1850 (Dreikönigsbündniß) für einen Frevel galt, der nur durch innerste Zerknirschung und reuige „Umkehr" gesühnt werden konnte. Für nationale Wünsche, Hoffnungen und Bestrebungen, die sich außerhalb des Rahmens der Bundesakte bewegten, hatte man nicht das entfernteste Verständniß, wohl aber Hohn, Verdammungsurtheile und Denunziationen. Wie leichten Kaufs diese Partei selbst die brennenden Interessen, ja selbst die Ehre des preußischen Staats darangab, weiß von den Tagen der Bronzeller Schlacht und der Manteuffelschen Bußfahrt nach Olmütz die ganze Welt.

Denn mit dem Tage bei Königgrätz ist der Charakter des preußischen Staats in gewissen Hauptpunkten ein wesentlich anderer geworden, und haben sich wichtige Gesetze seiner Politik von Grund aus geändert. Preußen hat mit den Traditionen der heiligen Allianz, in deren Bann es seit funfzig Jahren gestanden, unwiderruflich gebrochen, ist revolutionär geworden — wenn auch nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes.

Noch wichtiger ist es, daß sich Preußen 1866 endlich einmal wieder auf eigene Füße gestellt, und die alten Bedingungen der politischen Gemeinschaft mit seinen beiden östlichen Nachbarn abgeschüttelt hat — eine Selbstbefreiung, durch welche das ganze System der auswärtigen Politik des preußischen Konservatismus über den Haufen geworfen ist. Endlich aber hat die preußische Politik, indem sie sich selbst in die Nothwendigkeit versetzt, die Sache der deutschen Nation zur eigenen zu machen, dem nationalen Geist dieses Konservatismus einen Maulkorb angelegt, welcher ihm wenigstens das fernere Beißen und Bellen verbietet, wie-

wohl ein gelegentliches Knurren und Geifern dadurch nicht verhindert wird.

Für absolutistische Hintergedanken, mit denen sich der neupreußische Konservatismus bis zum letzten Augenblicke trug, giebt es seit den Annexionen keinen Spielraum mehr in irgend einem zurechnungsfähigen Kopfe. Die letzten Aussichten auf die Errichtung oder Erhaltung von Provinzial- und Kreisverfassungen u. s. w. nach dem Herzen des Junkerthums, sind durch das widerborstige Verhalten des hannoverschen Adels und durch die den neuen Provinzen bereits verliehenen Verfassungen vernichtet, da man doch Pommern und Brandenburg unmöglich schlechter behandeln kann, als Hannover oder Hessen. Der Zunftzopf, der das Liebesband zwischen dem Junker und dem Handwerker abgeben sollte, muß verschmerzt werden, da er nun einmal an der Wurzel abgeschnitten ist. Auf das gewohnheitsmäßige und bequeme Unterkriechen unter die Flügel zweier großer Nachbarstaaten, das im Testamente des vorletzten Königs als die Summe der preußischen Staatsklugheit empfohlen war, muß, selbst bei der gedankenlosesten Nachbeterei und der niedrigsten Gesinnung, als auf eine moralische Unmöglichkeit verzichtet werden, seitdem Preußen sich der Ebenbürtigkeit mit jeder andern Großmacht bewußt geworden. Und nachdem der preußische Staat die deutsche Sache durch die That zu der seinigen gemacht, nachdem Preußen mit der deutschen Nation in eine hinfort unauflösliche politische Gütergemeinschaft getreten, wäre die Fortsetzung der Verleugnung Deutschlands in der bekannten neupreußischen Weise nicht weniger, als offenbarer Verrath an Preußen selbst.

Die Wagener, die Kleist-Retzow, die Senfft-Pilsach und Ihresgleichen, die Jahrzehnte lang mit dem Geiste der Zeit und des Volkes auf dem Kriegsfuße gestanden, werden freilich keine Männer von wahrhaft konstitutionellen und deutschen Gesinnungen werden, aber ebensowenig kann es einen weitern Nachwuchs von Politikern dieses Schlags in Preußen geben; sie sind ein zum unaufhaltsamen Aussterben verurtheiltes Geschlecht, dessen

Wesen vielleicht schon der nächsten Generation völlig unverständlich geworden sein wird. Eine konservative Partei dagegen, welche in und mit ihrem Jahrhundert lebt, wird, wie überall, so auch im jetzigen und künftigen Deutschland, ganz an ihrem Platze und für einen wohlbemessenen Gang der öffentlichen Angelegenheiten sogar unentbehrlich sein. Daß eine solche Partei im sichtlichen Werden begriffen, ist ein ebenso erfreuliches Ereigniß, wie die Auflösung des Neupreußenthums."

So weit Herr von Rochau.

Zweiter Brief.

Wer möchte sich in einen Wagen ohne Hemmmaschine, oder in einen Eisenbahnzug ohne Bremse setzen? Und wenn gar Jemand behauptete, ein Wagen dürfe überhaupt gar keine Hemmmaschine haben, wären wir nicht geneigt, seine geistige Gesundheit in Zweifel zu ziehen?

Nun, im Staat versieht die konservative Partei die Funktionen der Hemmmaschine. Und doch giebt es in Deutschland eine ganze Anzahl sonst sehr verständiger und einsichtsvoller Männer, welche behaupten, die konservative Partei im Staate sei überflüssig, wenn nicht sogar gemeinschädlich.

In England widerspricht man einer solchen Behauptung gar nicht, man lacht einfach darüber. Aber, wer in Deutschland darüber lachte, der würde sich der Gefahr aussetzen, aus der Reihe der Liberalen gestrichen und von einem Dutzend unserer welfisch-demokratischen Volkszeitungen als politischer Ketzer in Bann und Acht gethan zu werden.

Woher rührt diese auffallende Erscheinung bei unserem „Volke von Denkern"? Um sie vollständig zu erläutern, bedürfte es einer Geschichte des deutschen Liberalismus, wie sie

nur ein deutscher Liberaler schreiben könnte, der seit den dreißiger Jahren stets mit dabei war und der zwei seltene Eigenschaften besitzt, nämlich erstens Unbefangenheit genug, um seine und seiner Genossen Fehler und Schwächen zu erkennen, und zweitens Muth, Charakterstärke und Unabhängigkeit genug, um seiner eigenen Partei die volle und ungeschminkte Wahrheit zu sagen.

Ob überhaupt ein solcher Phönix zu finden sein wird, das weiß ich nicht. Dessen bin ich gewiß: ich bin es nicht.

Haben Sie deshalb keine Angst, daß ich Sie mit einer Genesis des deutschen Liberalismus heimsuche. Gestatten Sie mir nur einige Andeutungen:

Der deutsche Liberalismus hat seine Wiege in den süddeutschen Klein-Königreichen und Großherzogthümern. Es scheint, daß seine Mutter bei der Geburt starb, und sein Vater zu arm war, um eine Schenkamme zu halten. Er wurde mit Kuhmilch aufgebäbbelt, und zwar war die Milch von einer französischen Kuh; und gemolken hatten sie zwei deutsche Professoren aus der Familie Rotteck und Welcker. Kein Mensch kann seinen Ursprung verläugnen, also auch nicht der Liberalismus, obgleich er inzwischen groß und stark geworden und weit mehr Verstand und Kenntnisse besitzt, als damals, als ihn seine zwei Wartefrauen in die Windeln des „Staatslexikon" wickelten.

Heute ist der Liberalismus für den Freihandel und für den Zollverein. In seiner Jugend, vor mehr als dreißig Jahren, als er noch ausschließlich auf der Südseite des Main wohnte, war er dagegen. Seine damalige Sprache würde für die heutige Generation ebenso unverständlich sein, wie die längst abhanden gekommene, aber von dem Prof. Aug. Schleicher auf wissenschaftlichem Wege künstlich rekonstruirte Urgroßmutter aller heutigen indo-germanischen Sprachen — wenn nicht die gütige Vorsehung uns in dem königl. württembergischen Steuerrathe Moritz Mohl ein Ueberbleibsel jener antidiluvianischen Zeit und einen authentischen Interpreten ihres Jargons konservirt hätte.

Die süddeutschen Liberalen von damals (in Baden, in Württemberg, in Bayern, in Nassau und in Frankfurt) erwehrten sich des Zollvereins nicht aus Liebe zur wirthschaftlichen Freiheit, wie man es heutzutage in Hamburg thut, sondern aus purem Partikularismus. Sie schimpften täglich auf den Bundestag; aber sie ahnten nicht die Schlauheit der Weltgeschichte, welche dem deutschen Bund den Zollverein in den Leib praktizirte, damit dieser jenen von inwendig heraus auffresse. Die Rotteck und Welcker von damals schrieen, wie die Mayer und Frese von heute, der Anschluß an den Zollverein bedrohe die Karlsruher und Stuttgarter Selbstständigkeit, letztere aber sei der Mittelpunkt des Weltalls und jedenfalls der „Hort der Freiheit!" Gleichwohl wäre ohne Preußen und den Zollverein Deutschland nicht für den Freihandel bekehrt und nicht von dem Bundestage gereinigt worden.

Man kümmerte sich damals, abgesehen vom Bundestag, für den man jeden Tag die nämliche Schüssel von Schimpfworten auftrug, nicht um das, was jenseits der roth-gelben oder der schwarz-rothen Grenzpfähle lag. Innerhalb des Kleinfürstenthums aber rückte ohnehin nichts vom Flecke, folglich bedurfte es da natürlich auch keines Hemmschuhes, d. h. keiner konservativen Partei. Wenn aber die Kinder einmal wild wurden und Etwas von seinem urewig bestimmten Flecke wegrückten oder zur Erde fallen ließen, so hatte man auch hier nicht eine Reaktion der konservativen Partei nöthig. Dazu hatte man ja den alten Bundestag. Dieser gute Knecht Ruprecht stellte die Ordnung wieder her und zerbläute dem Wildesten „ihm selbst zur Straf' und Anderen zum abscheulichen Exempel" den von der Natur zu diesem Zwecke (und nebenbei auch zum Sitzen) geschaffenen Körpertheil. Das nannte man Demagogen-Verfolgung. Und damit war die Sache abgethan. Man rechne dazu die französische Schablone, nach welcher der süddeutsche Liberalismus von ehedem gemacht war, und die Rechthaberei der Professoren, welche ihn repräsentirten, und man wird begreifen, wie es dazu kam,

daß man der konservativen Partei alle und jede Existenz-Berechtigung absprach. Um gerecht zu sein, muß man hinzufügen, daß die konservative Partei, soweit eine solche damals dort überhaupt existirte, in denselben Fehler verfiel. Statt einander zu dulden, zu achten, zu balanciren, suchten die Parteien einander zu vernichten. List und Gewalt, Verleumdung und Unterdrückung führten den Kampf. Die politische Bildung fehlte, weil der Staat fehlte. Die sogenannten „Revolutionen" in den Kleinfürstenthümern waren niedrige Possen, bei welchen sich Regierer wie Regierte gleich sehr blamirten, und die stets mit dem Knecht Ruprecht, dem Bundestage, endigten. Auch die Revolution ist ein politischer Akt und deshalb kann er nur in einem wirklichen Staate stattfinden.

Preußen ist ein wirklicher Staat. Die Erhebung von Achtundvierzig, die an den meisten anderen Staaten, namentlich an dem vielgerühmten „Horte der Freiheit", der sich im gewöhnlichen Leben das Königreich Württemberg nennt, ziemlich spurlos vorüberging, übte in Preußen eine mächtige und zum großen Theile nicht wieder zu vertilgende Wirkung. Sie schuf eine Verfassung, mit welcher es Ernst ist. Ein Verfassungskonflikt, wie der preußische, beiderseits mit so viel Entschlossenheit und Aufwand materieller und geistiger Mittel geführt, von so intensiver Kraft und weittragender Wirkung, daß nur die welthistorischen Ereignisse von 1866 im Stande waren, diese Wirkungen zu paralysiren, und nur zum Theil zu paralysiren, — ein solcher Konflikt wäre in den deutschen Kleinstaaten nie möglich gewesen, aus dem einfachen Grunde, weil dort die Volksvertretung nie Ernst machte mit der dortigen fast ein halbes Jahrhundert älteren konstitutionellen Verfassung, und weil in dem einzigen Falle, wo sie wirklich Ernst damit machte — in dem kurhessischen — sofort die force majeure des Bundestags zur Hand war.

Wäre man in Preußen alsbald nach den Befreiungskriegen zur Einführung einer Landesverfassung geschritten, so hätte man

sich die schwere Krisis von 1848 erspart; es würde sich dann wahrscheinlich Alles in ruhiger organischer Entwickelung gestaltet haben.

So aber ergossen sich 1848 die lange zurückgedämmten Wogen stürmisch über das ganze Land. Die allzu sehr und allzu lange bevormundeten Gesellschaftsschichten respektirten zwar die Monarchie und Dynastie, weil sie das den Staat zusammenhaltende Band bilden; aber sie erhoben sich mit Macht gegen die privilegirten Klassen — gegen die Geistlichkeit, die Büreaukratie und den Adel.

Der Grundadel war bis 1848 in Preußen zum großen Theil, wenn nicht gerade liberal, denn doch freisinnig, namentlich in volkswirthschaftlichen Dingen. Er ist zu unterscheiden von jenem Dienstadel aus der Mark und einem Theile von Pommern, der schon seit Generationen „zu Hofe dienen geht", wie man es ehedem nannte. Vor 1848 frondirte der preußische Grundadel namentlich gegen die Büreaukratie, die ihn nicht besser behandelte, als die Andern. Man erinnere sich nur zum Beispiel an die „Briefe eines Verstorbenen", an die Verfügung gerichtet an „den Branntweinbrenner Graf X." und anderes dort Erzählte.

Die konservative Partei in Preußen bildete sich erst in und seit 1848 vermöge des Gesetzes der Gegensätze und der durch dieses Gesetz bedingten Entwickelung. Alles, was durch die Bewegung von 1848 bedroht war oder sich bedroht glaubte, vereinigte sich solidarisch zur Vertheidigung von Hab' und Gut, von Rang und Würde, von Laren und Penaten. Die sich für allwissend und allmächtig haltende Büreaukratie sah mit Abscheu auf die begehrte Mitwirkung der breiten Schichten der Bevölkerung. Das Militär war tief verletzt. Der Junker fand sich durch die Ablösungs- und Steuergesetzgebung in seinem ohnehin nicht glänzenden Vermögensbestande bedroht. So bildete sich ein Bund der Abwehr, aus dem sich nach und nach, immer gereizt durch den Gegensatz, ein Schutz- und Trutzbündniß entwickelte, — die neupreußische Partei.

Das an sich gesundeste und für die politische Entwickelung brauchbarste Element dieser Koalition, der Grundadel, warf sich in seiner Verzweiflung den Pfaffen und Büreaukraten in die Arme, die er in der That nicht allzusehr liebte. Der Junker wollte doch immerhin lieber von Büreaukraten beherrscht, als von Demokraten aufgefressen sein. Je mehr man ihm, wie man das damals nannte, „in das Fleisch der Reaktion schnitt", desto mehr befestigte sich das Bündniß. Es mag Anfangs dem Junker vielleicht recht widerlich gewesen sein. Aber mit der Zeit gewöhnte er sich daran. Er konnte dasselbe nicht entbehren. Der Junker war Soldat und Landwirth. Er konnte fechten, schießen, jagen, reiten und sonst sehr viele nützliche und freie Künste, — aber im politischen Kampfe nützten sie nichts. Da hatte er Schriftgelehrte nöthig, die reden und schreiben, Programme fabriziren, Theses aufstellen und politische Systeme zurechtzimmern konnten. Sie fanden sich in Gerlach, Leo, Wagener rc.

Sogar eines Philosophen der konservativen Sache konnte man nicht entrathen. Er fand sich in Stahl, einem Manne, der in seiner Wissenschaft nicht ohne Bedeutung, leider, sobald er das wissenschaftliche Gebiet mit dem politischen vertauschte, aufhörte, Gelehrter und begann, Sophist zu sein.

Das politische System Stahl's war auch gerade nicht das des Junkers. Allein der letztere adoptirte es, weil er kein anderes hatte. Dazu entsprach es den damals in den höchsten Regionen herrschenden frömmelnden Neigungen und romantischen Spielereien. Die damals noch junge konservative Partei konnte aber ohne die Gunst, den Schutz und den Beistand der höchsten Regionen nicht existiren.

So entstand die neupreußisch-konservative Partei in Preußen. Es war nöthig, daß sie entstand. Daß sie so entstand, daß sie solche Elemente in sich aufnahm, daß diese Elemente die herrschenden wurden, das war freilich nicht nöthig. Hierin lag die Schwäche der Partei. Diese Schwäche tritt hervor, sobald die Verhältnisse gesund werden. Der Grundadel hat seine

politischen Studien gemacht, er hat nicht mehr nöthig, sich von dem Beamten- und Priesterthum in's Schlepptau nehmen zu lassen. Er beginnt sich zu emanzipiren. Dies zeigt sich vorerst in drei Symptomen.

Erstens hat sich das große konservative Heerlager gespalten in die Alt- und Neukonservativen, d. h. in die Konservativen schlechtweg und in die Freikonservativen.

Zweitens beginnt sich von dem großen Haufen der Konservativen immer mehr eine Gruppe abzuheben, welche mehr darauf aus ist, die Interessen des Großgrundbesitzes zu vertreten, als das Stahl'sche Programm zu realisiren.

Drittens haben auch die Altkonservativen, dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen genialen Staatsmanne folgend, in ihr früheres Programm große Löcher gerissen und es theilweise in sein Gegentheil verwandelt, wie ich bereits in meinem ersten Briefe hervorhob.

Richtig ist es zwar, daß die konservative Partei, und zwar gilt dies von beiden Linien derselben, immer noch sehr wenig empfindlich ist gegen Mißbrauch der Amtsgewalt. Dies hat sie z. B. bei den Wahlprüfungen im Reichstage gezeigt. Sie hat im konstituirenden Reichstage die Wahl des fürstlich lippe'schen Staatsministers v. Oheimb und im Reichstage von 1869 die des großherzoglich hessischen Hofgerichtsrathes Buff gutgeheißen, obgleich in beiden Fällen in der That sehr starke Dinge theils behauptet, theils sonnenklar bewiesen waren. Bei einem anderen Falle hat sie jedoch gezeigt, daß wenigstens bei einem Theile ihrer Mitglieder auch auf diesem Gebiete die Nachsicht ihre Grenzen hat. Es war die Wahl in dem sächsischen Wahlbezirke Plauen, wo Max Hirsch aus Berlin (der in dem Wahlbezirk persönlich als Kandidat aufgetreten war und die Wähler haranguirt hatte) und der sächsische Gutsbesitzer Seiler einander gegenüberstanden, und der erstere die absolute Majorität erhalten hatte, der Wahlkommissär aber Herrn Seiler als gewählt proklamirte, weil in Berlin zwei Max Hirsch seien und man

daher nicht wisse, welcher von beiden gemeint sei. Das war doch auch einem Theile der Konservativen zu stark; sie vereinigten sich mit den Liberalen zu dem Beschlusse, daß nicht Seiler, sondern Hirsch gewählt sei, und zwar der Hirsch, welcher im Wahlbezirke Plauen als Kandidat aufgetreten war, nicht aber jener, welcher während dessen in Berlin still und harmlos seiner ärztlichen Praxis nachgegangen war und sich um das souveräne Volk im Plauener Grunde nicht im Geringsten gekümmert hatte. In der That wäre, wenn der sächsische Wahlkommissär Recht behalten hätte, ein Unglücklicher, welcher Müller oder Schulze, Schmidt oder Mayer, Braun oder Schwarz heißt, gar nicht mehr wählbar. Denn in jeder größeren Stadt giebt es Dutzende solcher Leute, wovon immer Einige auch dieselben Vornamen führen.

In England haben die Parteien gelernt, gegen Mißbräuche der Art einander gegenseitig Beistand zu leisten, weil das, was heute die Tory's betrifft, morgen auch die Wighs betreffen kann, und umgekehrt. Die gleiche Erkenntniß wird auch in Preußen kommen, wenn einmal die Amtsgewalt gegen die Konservativen recht gründlich mißbraucht worden ist.

Die Möglichkeit hiervon liegt überall vor, wo die konservative Partei wirklich eine selbstständige Partei, und nicht ein bloßes Anhängsel der Regierung ist.

Letzteres verdient nicht den Namen einer Partei. Es ist farblos, wie ein Arzneifläschchen, das sein Kolorit erhält nach Maßgabe des Stoffs, den der offizielle Offizinelle hineinschüttet. Von dieser Beschaffenheit ist die konservative Partei in den meisten deutschen Kleinstaaten. Der Name, den sie sich beilegt, gebührt ihr nicht. Sie ist nur in Einem konsequent, in der Inkonsequenz. Sie bleibt nur Einem Grundsatz treu, nämlich dem, dem Mann an der Spitze der Regierung zu folgen, mag er links oder rechts steuern, mag er heute Hans oder morgen Kunz heißen.

In Nassau z. B. waren es im Landtage von 1848 bis 1866 stets dieselben Männer, welche die Regierung stützten, obgleich dieselbe während dieser Zeit von den verschiedensten Männern und in den verschiedensten Richtungen geführt wurde. Diese sogenannten Konservativen folgten dem Märzministerium des Herrn Hergenhahn, dem preußenfreundlichen Ministerium des Herrn von Wintzingerode und dem preußenfeindlichen des Prinzen von Wittgenstein. Sie schwärmten zuerst für und dann gegen die 1849er Frankfurter Reichsverfassung. Sie beschlossen zuerst die Vereidigung auf diese Verfassung und andere Maßregeln, welche der damaligen „Erhebung für die Reichsverfassung" förderlich waren. Als aber letztere niedergeworfen war, hielten sie donnernde Reden wider die Empörer. Sie feierten die Minister Hergenhahn und v. Wintzingerode so lange dieselben am Regiment waren und schmähten sie, nachdem sie gestürzt waren und die Gunst des Landesherrn verloren hatten. Sie verwilligten 1851 die Mittel, um den nassauischen Soldaten preußische Helme aufzusetzen, und beschlossen 1863, als der großdeutsche Wind zu wehen begann, die preußischen Helme ab- und österreichische Käppi's anzuschaffen. Sie gingen mit der Kaiser-Krone-Deputation nach Berlin und bemühten sich, die preußische Union und das Dreikönigs-Bündniß zu retten. Dann aber begrüßten sie das Reform-Projekt des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich mit Entzücken und pflanzten sich im August 1864 an den Straßenecken von Frankfurt auf, um die Mitglieder des Fürstentages mit Hutschwenken und Hurrah-Ruf zu begrüßen. Sie hielten demosthenische Reden wider die Repristination des Bundestags, und als trotz alledem der Bundestag wieder hergestellt war, dankten sie der Regierung für diese weisheitsvolle und vortreffliche Maßregel. Sie schwärmten 1850 für Preußens deutsche Mission und 1866 für Preußens Zertrümmerung. Sie eilten mit Herrn von Wintzingerode 1850 zum Frieden mit Preußen nach der civitas pacis (so heißt ja Erfurt nach Herrn von Radowitz) und mit dem

Prinzen Wittgenstein 1866 in den Krieg, der den König von Preußen zum Marquis de Brandenbourg reduziren sollte.

Es waren stets dieselben — —, nur trugen sie andere Halsbänder. Trotz alledem darf man wegen dieser Charakterlosigkeit in der großen Politik den Privatcharakter solcher Männer nicht antasten. Man kann sie für ihr Verhalten nicht verantwortlich machen. Die Ursache liegt nicht in der Person, sondern in der Sache. Die souveräne Existenz des Kleinstaats ist eine Täuschung, ein Euphemismus, womit man die Herrschaft des Auslandes in Deutschland verschleiert. Deshalb kann auch aus einer Kleinstaats-Partei als solcher nie ein politischer Gedanke hervorgehen und natürlich am allerwenigsten ein nationaler. Selbst wenn die Volksvertretung den besten Willen hat, ist sie doch in der Regel noch etwas partikularistischer als die Regierung. Sie vertritt nicht eine Idee und nicht ein Ganzes, sondern die kleinlichsten Kirchthurms-Interessen. Die Regierung hat häufig einen weiteren Gesichtskreis. Dies lehrt die Geschichte des Beitritts zum Zollverein in Württemberg, Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau. Die kleinstaatliche Volksvertretung unterwirft sich in der äußeren Politik stets den vollendeten Thatsachen und kommt, ohne Rücksicht auf die Gesammtbedürfnisse der deutschen Nation, stets derjenigen Gewalt auf das Bereitwilligste entgegen, welche ihre kleinen Winkelinteressen am sorgfältigsten zu regardiren verspricht. Sie kann keine Gefahr abwehren, sondern ihr nur den Nacken beugen. Ihre einzige Stärke ist die Schwäche, ihre einzige Tugend die Folgsamkeit. Sobald die Majorität der Stände einmal wirklich Krieg führt gegen die Regierung, zerstört sie selbst das elende Fahrzeug, mit welchem sich Regierung und Stände gemeinsam verwegener Weise hinaus gewagt haben auf die hohe See der großen Politik. Zeugen: Kurhessen und Nassau. Die Stände der Kleinstaaten haben nur selten etwas Schlimmes gehindert und etwas Gutes gefördert; und wo es geschah, da war es nur sehr im Kleinen. Sie haben geschadet und schaden noch,

soweit auch sie souveräne Volksvertretung spielen, der kleinstaatlichen Selbstherrlichkeit damit einen gewissen Nimbus verleihen und den Partikularismus stärken durch die eitele Hoffnung, als könne durch ihn irgend etwas Vernünftiges bewerkstelligt werden.

Ich habe achtzehn Jahre, die schönste und beste Zeit meines Lebens, mit parlamentarischer Thätigkeit im Kleinstaate zugebracht. Das Geständniß, daß ich alle die Zeit, Kraft und sonstigen Mittel, die ich hier aufgewandt, für weggeworfen halte, wird mir nicht leicht. Aber wenn man einmal die Ueberzeugung von der Wahrheit einer solchen Auffassung gewonnen hat, dann muß man auch die Selbstüberwindung haben, sie öffentlich auszusprechen und Andere zu warnen, gleich verkehrte Wege zu wandeln. Die Geschicke Nassau's würden sich in gutem oder in schlechtem Sinne, d. h. entweder in dem Sinne, daß die Dynastie sich freiwillig und im Interesse der Selbsterhaltung diejenigen Selbstbeschränkungen auferlegte, welche zum Wohle des Ganzen erforderlich waren, oder in dem Sinne, daß sie, um Alles zu gewinnen, riskirte, Alles zu verlieren, weit schneller, einfacher und leichter erfüllt, man würde sich endlose Kämpfe und Schmerzen erspart haben, wenn dieses vorübergehende Gebilde, welches sich „das Herzogthum Nassau" nennt, niemals Stände gehabt hätte.

Wenden wir unsern Blick von dem Kleinstaate wieder zum Großstaate. Wir haben in Deutschland drei aus Wahlen hervorgegangene zentrale Repräsentativversammlungen, wovon eine Preußen mit 24 Millionen, die andere Norddeutschland mit 30 Millionen, die dritte den Zollverein mit 39 Millionen Menschen repräsentirt.

Vom Zollparlament will ich nicht reden. Es ist kein selbstständiges Ding. Norddeutschland ist der einheitliche politische Körper, es bildet den Zollverein an und für sich. Die $3^1/_2$ süddeutschen Staaten sind nur Angliederungen ad hoc. Die Gestaltung ist eine vorübergehende. Entweder müssen die Angliederungen integrirende Bestandtheile des Hauptkörpers werden,

oder sie müssen sich auf eigene Gefahr und Rechnung von demselben trennen. Das Zollparlament ist der Reichstag, versehen mit einem provisorischen Anhängsel, das sich auf die Negation verlegt, weil es an dem Bestehenden nichts geändert wissen will, aus Furcht, bei jeder gemeinnützigen Verrückung des Statusquo irgend ein kleines Sonderinteresse gefährdet zu sehen.

Ich spreche also nur von dem Reichstage des norddeutschen Bundes und dem Abgeordnetenhause der preußischen Monarchie.

In beiden ist die Majorität entschieden national, ihrer Kraft und Würde sich wohl bewußt, fähig zu stützen, weil sie fähig ist, zu widerstehen. Noch nie hat in Deutschland eine Volksvertretung die Regierungsgewalt so wirksam unterstützt, wie der Reichstag vom Frühjahr 1867. Noch nie hat in Deutschland ein gesetzgebender Körper eine Regierung so mächtig bekämpft, wie das Abgeordnetenhaus in der Konfliktszeit. Der Konflikt thürmte sich so hoch, daß eine europäische Krisis nöthig wurde, um ihn zu lösen.

In beiden Versammlungen sind die Parteien, welche den Ausschlag geben, national gesinnt. Allerdings ist die Parteibildung noch im Entstehen begriffen. Ihre Entwickelung ist im Reichstag weiter vorgeschritten, als im Abgeordnetenhause. In dem letztern ist sie gehemmt durch die Haltung des Herrenhauses, welches vermöge des Gesetzes der Kontraste dem „andern Hause" eine einseitige Haltung aufzwingt. Man vermag übrigens in beiden Körperschaften bereits auf der konservativen Seite die Tory's, die Repräsentanten der starren Tradition, von den Whig's, den konservativen Reformern, zu unterscheiden. Die Altkonservativen vertreten vorzugsweise die bloße Landwirthschaft; die Neukonservativen den Uebergang derselben zum beweglicheren großindustriellen Betrieb. Erstere grenzen nach rechts an den Feudalismus und die Latifundien-Wirthschaft; letztere nach links an die Hoch-Bourgeoisie. Jene rekrutiren sich mehr aus Preußen, Brandenburg und Pommern; letztere aus Westphalen, Schlesien und der Rheinprovinz. Erstere sind Protestan-

ten und Freihändler, letztere sind mit katholischen und schutzzöllnerischen Elementen durchwachsen.

Auf der liberalen Seite unterscheiden wir ebenfalls zwei große Gruppen. Die eine betont vorzugsweise die Einheit, die andere vorzugsweise die Freiheit. Jene wurzelt in der Basis von 1866, diese bewahrt die Traditionen des älteren in Süddeutschland aufgewachsenen Liberalismus, der stets mit der Staatsgewalt schmollt und dies unter allen Umständen für permanente patriotische Pflicht hält. Der nationale Liberalismus gilt der süddeutschen Volkspartei als Verrath und Apostasie. Sehr natürlich. Diese Partei hat keinen Begriff vom Staat und unter Liberalismus denkt sie sich die Negation der Staats-Idee. Deshalb schwärmt sie auch für Georg Rex und Fridericus Elector und für das Selbstbestimmungsrecht der Kleinstaaten, die, wie ich an einem anderen Orte gezeigt habe, das Gegentheil der deutschen Stämme, und soweit sie Anspruch auf unbedingte Selbstherrlichkeit machen, eine Kriegserklärung wider die Nationalsouveränetät sind.

Auch in Preußen gab es ehedem eine Partei, welche nie ein anderes Programm hatte, als das der Regierung. Diese Partei ist im Aussterben begriffen. Daß die altkonservative Partei auch recht gründlich Opposition machen kann, das hat sie während der neuen Aera und bei der Branntweinsteuer ex profundis bewiesen.

Ein Ding, wie die gouvernementale Partei in Nassau und ihr oben geschildertes Verhalten in der Zeit von 1848 bis 1866 ist im Großstaat unmöglich.

XIV.

Welfisches

in

sieben Briefen.

Motto:

„Die Art, wie heute die Geschichte des Jahres 1866 dargestellt wird, ist wohl geeignet, den Glauben an alle historischen Darstellungen zu erschüttern. Wenn man sieht, was über eine Periode, die kaum drei Jahre hinter uns liegt, mit Erfolg gelogen wird, so wird es schwer, das zu glauben, was, durch Vermuthungen und Konjekturen unterstützt, aus früheren Zeiten uns erzählt wird."

Graf Bismarck im preuß. Landtage 1868—1869.

Erster Brief.

Berlin, Anfang Juni 1869.

Seit Pfingsten sitzt in dem Reichstage ein schweigsamer alter Herr, mit lang und schlicht herabhängendem grauen Haar und weißer Halsbinde, mit etwas heterogen zusammengesetzten Gesichtszügen, welche man für unbeweglich halten würde, wenn nicht die kleinen, scharfen, grauen Augen sehr lebhaft, ja beinahe unruhig hin und her gingen. Er wird stets von den Bundesstaatlich-Konstitutionellen und den sonstigen radikalen und klerikalen Partikularisten sehr lebhaft begrüßt; es ist der kürzlich gewählte Professor Ewald, der schon vor vielen Jahrzehnten eine treffliche hebräische Grammatik geschrieben hat mit einer Vorrede, welche von der damaligen, inzwischen ein wenig veralteten Tages-

politik handelt. Damals, in jenen naiven Zeiten der politischen Unschuld, fand man nichts Arges in dieser Kombination von Hebräisch und Politik. Heut zu Tage würde man sie vielleicht für geschmacklos erachten.

In der guten Stadt Hannover, welche Professor Ewald in den Reichstag gewählt hat, lebt man schon seit länger als acht Tagen in der lebhaftesten Spannung. Ein Theil der Bevölkerung wartet mit Sehnsucht auf den Besuch des Königs, der andere auf das Programm des Professors. Professor Ewald hat nämlich angekündigt, er werde alsbald nach seinem Eintritte in den Reichstag daselbst sein politisches Programm entwickeln. Seine Wähler greifen seitdem jeden Morgen begierig nach den Zeitungen und jeden Morgen sehen sie sich getäuscht. Daran ist jedoch der ehrwürdige Professor nicht schuld, sondern das „eherne Gesetz" des Reichstags und der Präsident Simson, welcher dieses Gesetz mit Milde und Gerechtigkeit handhabt.

Sofort nach seinem Eintritte wollte Professor Ewald das Wort ergreifen, um sein Programm zu entwickeln. Er war sehr erstaunt, zu hören, daß es ein Ding gebe, welches man Geschäftsordnung nenne und welches verbiete, von andern Sachen zu sprechen, als von denjenigen, worüber das Haus etwas hören wolle, d. h. welche auf der Tagesordnung stehen. Dem hierüber mißvergnügten jüngsten Kinde des Hauses spendete jedoch Präsident Simson mit gewohnter Menschenfreundlichkeit den Trost, er werde ja wohl irgend einen Gegenstand der Tagesordnung finden, an welchen sich seine allgemeinen politischen Betrachtungen anknüpfen ließen. In der That konnte dies nicht schwer sein für einen Mann, welcher es schon vor Jahrzehnten verstanden hat, die Tagespolitik zum integrirenden Bestandtheile einer hebräischen Grammatik zu machen. Allein es scheint doch, Gewerbeordnung, Hausirhandel, Rayongesetz, Börsen=, Bier= und Branntweinsteuer haben bis jetzt solche Anknüpfungspunkte noch nicht geboten.

So hat denn der Herr Professor das, was er auf dem Herzen hatte, nunmehr der harrenden Welt schriftlich kund gethan

in einem Büchlein, welches betitelt ist: „Die zwei Wege in Deutschland.“ Daß hierin Preußen die Rolle des hebräischen Sündenbockes spielt, dem man alle Lasten und Sünden Deutschlands auf die Hörner bindet, um ihn dann zur Entsühnung des Volkes in die Wüste zu jagen — das versteht sich bei unserm gelehrten Hebräer von selbst. Darüber wollen wir kein Wort verlieren. Interessanter sind die Reformvorschläge, welche Herr Ewald macht. Er hält uns in der Geschichte Asiens einen Spiegel vor. Er zeigt uns auf der einen Seite Tschingis-Khan als den Gründer des tatarischen Einheitsstaates und auf der andern Konfusius als den Gründer des chinesischen Staatenbundes, des glorreichen Reiches der Mitte. Er bedeutet uns, wir seien bisher die verderblichen Pfade Tschingis-Khans gewandelt, und beschwört uns, nunmehr die tugendhaften Wege des Konfusius zu wandeln, in Deutschland ein zweites China zu gründen und zu diesem Zwecke den Frankfurter Fürstentag von 1863 wieder einzuberufen, welcher Preußen, wenn es sich ihm reumüthig zu Füßen werfe und Sadowa revozire, wohl mit einer gelinden Strafe davon kommen lassen werde.

Wir können jedem Unterleibs- oder Leberkranken oder aus sonst irgend einem Grunde Mißmuthigen die Schrift des sonderbaren Schwärmers bestens empfehlen und wir würden es auf das äußerste bedauern und mißbilligen, wenn die Staatsgewalt das Buch wegen seiner stilistischen Exzesse zum Gegenstande ihrer Verfolgung machte. Mit solchen Geistesprodukten muß man es machen wie Friedrich der Große mit den Pasquillen an den Straßenecken, die er niedriger hängen ließ, so daß sie auch von den allerkleinsten Leuten gelesen werden konnten, für welche sie vorzugsweise bestimmt sind.

Die Erwähnung Friedrichs des Großen führt uns zu einer andern Schrift, von welcher wir reden wollen. Herr Onno Klopp, der Hofpublizist König Georgs V., hat bekanntlich die Entdeckung gemacht, daß Friedrich der Große, der Regenerator Preußens und Deutschlands, der schlechteste, und daß Tilly, der

Einäscherer Magdeburgs, der beste aller Sterblichen war, und er hat diese Entdeckung in dickleibigen Büchern der erstaunten Mitwelt vorgetragen. In neuerer Zeit, d. h. seit der Depossedirung, hat er sich von dem schweren Kaliber zum leichten gewandt und schreibt welfische Pamphlete und Broschüren, wie: „Wer ist der Erbfeind Deutschlands?", der „Berliner Hochverrathsprozeß wider den hannöverschen Staatsminister Grafen Platen", „die Hannoveraner vor Eisenach" u. s. w. Diese Schriften werden auf Kosten des Königs Georg auf feinstes Velinpapier im Verlage der k. k. Hofbuchhandlung von Braumüller in Wien gedruckt und mit größter Freigebigkeit porto- und kostenfrei in alle Welt versandt.

Sämmtliche Mitglieder des preußischen Landtags wurden seitens der genannten Buchhandlung um Pfingsten mit der Zusendung des jüngsten Kindes der Laune des Herrn Onno Klopp erfreut, welches den Titel führt: „Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover. Mit Aktenstücken. Wien 1869, W. Braumüller, k. k. Hofbuchhändler." Zur Verpackung dieser Sendungen an die Abgeordneten waren Drucksachen der „k. k. Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung von Baudenkmälern in den k. k. Staaten" benutzt. Böswillige Menschen haben aus dieser Konkurrenz der k. k. Hofbuchhandlung und der k. k. Zentralkommission auf Mitwirkung der österreichischen Behörden schließen wollen, welche letztere in diesem Falle den Hietzinger Hof als ein zu erforschendes und zu erhaltendes k. k. Baudenkmal zu betrachten und zu behandeln scheinen. Allein ein solcher Schluß läßt sich gewiß eben so wenig rechtfertigen, als man unsern Bundeskanzler und Ministerpräsidenten verantwortlich machen kann für die Grobheiten und Feindseligkeiten, womit die „Prov.-Corr.", die gelbe „Zeidl. Corr." und die „Nordd. Allg. Ztg." die nationalliberale Partei überschütten. La récherche de la paternité est interdite.

Es läßt sich nicht leugnen, daß das neueste Werk Klopp's, wenn es auch sonst meistens nur alten Kohl aufwärmt, wenigstens den

preußischen Abgeordeten neue und überraschende Enthüllungen über sie selbst gemacht hat. Mit demselben Scharfsinn, mit welchem er dargethan, daß Friedrich der Große ein Fürst der Finsterniß und Johann Tzerklas Graf v. Tilly ein Engel des Lichts und an dem Schicksal, das am 10. Mai 1631 die Stadt Magdeburg getroffen, vollkommen unschuldig sei, mit demselben Scharfsinne und demselben überzeugenden Erfolge liefert Herr Onno den Beweis, daß das ganze Abgeordnetenhaus, die Fortschrittspartei mit inbegriffen, nur ein blindes Werkzeug in der Hand Bismarcks sei, daß die Verhandlungen des hohen Hauses sowohl über die Dotations- als auch über die Beschlagnahme-Gesetze alle auf vorher abgekartetem Spiele beruhen, daß Graf Bismarck den Abgeordneten, sowohl den gouvernementalen als auch den oppositionellen, jedem seine Rolle vorgeschrieben und sein Stichwort ertheilt, Generalprobe gehalten und dann das Schauspiel vom 1. Februar 1868 und vom 29. Januar 1869 als Theaterdirektor abgehalten habe. Selbst von dem Abgeordneten Ziegler, welcher am 1. Februar 1868 durch seine Reden über die Praxis der Römer, durch seine Bemerkungen über Jugurtha und die Mamertinischen Gefängnisse und durch den Vorwurf der Verschwendung bekanntlich den Grafen Bismarck auf das äußerste gereizt und erbittert hatte, wird angedeutet, er habe diese Rede auf spezielle Bestellung Bismarcks gehalten, damit dem letztern die Nachwirkungen des Unwillens zu statten kämen, den die Erinnerung dieses Abgeordneten an die Behandlung Jugurtha's hervorrufen mußte. Es fehlt nur noch die Behauptung, daß sich Graf Bismarck auch die große Rede, welche der vormalige hannoversche Minister Windhorst am 29. Januar 1869 hielt, und namentlich den eigenthümlichen lyrisch-melodramatischen Schluß derselben, bestellt habe.

Jeder, der jene denkwürdigen Sitzungen mit erlebt hat, weiß, auf wie schwierigem Boden die preußische Regierung damals operirte, namentlich am 1. Februar 1868 bei dem Dotationsgesetze; wie sie am Beginne der Sitzung der Majorität durchaus

nicht gewiß war, wie sie die äußersten Mittel, selbst die Drohung des Rücktritts Bismarcks, anwenden mußte, um die Majorität noch in der elften Stunde zu erringen, und wie ihr selbst dies nicht gelungen wäre, wenn nicht schließlich die Ehrfurcht vor dem Könige und der Umstand, daß er persönlich in der Sache engagirt war, den Ausschlag gegeben hätte.

Für Herrn Onno existirt das Alles nicht. Für ihn ist der ganze Hergang seulement une fable convenue (eine reine Farce), bei welcher der Ausgang im voraus festgestellt war.

Wenn Herr Onno die Stirne hat, uns Dinge, die wir selbst erlebt haben, in dieser Weise zu schildern, dürfen wir uns dann wundern über seine seltsamen Darstellungen Friedrichs und Tilly's?

Es muß zwar auffallen, daß ein so kluger Mann wie er, sich mit der Hoffnung trägt, für solche Schilderungen Gläubige zu finden, da ja doch jeder der Abgeordneten, welchen man die Schrift zugesandt hat, weiß, daß sie das direkteste Gegentheil der Wahrheit sind. Allein, wer weiß? Vielleicht trägt er sich auch gar nicht mit dieser Hoffnung. Unter den Lesern seiner Schriften ist für Onno Klopp einer viel wichtiger als alle übrigen zusammengenommen. Dieser eine liest die Schriften nicht selbst, sondern läßt sich dieselben vorlesen.

Vielleicht ist Er es, der diese Art von Schilderung wünscht und dessen Wünsche für Herrn Klopp Befehle sind?

Zweiter Brief.

Berlin, Mitte Juni 1869.

Das Werk des Herrn Onno Klopp, von welchem ich in meinem vorigen Briefe sprach, behandelt die Einverleibung Hannovers, die Auseinandersetzung mit dem König von Hietzing, die Beschlagnahme seiner Dotation und die Landtagsverhandlungen in Betreff dieser Beschlagnahme.

Vermuthlich hat der Herr Verfasser sagen hören, daß der Tropfen durch häufiges Fallen den Stein höhle; und so versucht er es denn von Zeit zu Zeit, durch ganze Wassergüsse die Einträge aus dem Buche der Geschichte auszulöschen.

Wir unsererseits wollen versuchen, die halb verlöschten Züge wieder ein wenig aufzufrischen:

Herr Onno Klopp sucht in dem ersten Theile seines Werkes den Beweis zu führen, daß der König von Hannover 1866 an der Neutralität festgehalten und keinen Krieg gewollt, und daß Preußen ihn ohne allen Grund und ohne vorherige Verwarnung mit Krieg überzogen habe. Er macht sich die Beweisführung sehr leicht dadurch, daß er alle Thatsachen, welche nicht in dieselbe passen, einfach unterschlägt. Existirte in Betreff des Jahres 1866 in Zukunft einmal gar keine andere Geschichtsquelle, als Onno Klopp, so würde ohne Zweifel die Nachwelt dem König Georg Recht geben; und um Herrn Klopp gegenwärtig zu widerlegen, ist nichts nöthig, als an die von ihm verschwiegenen Thatsachen zu erinnern.

Es mag wahr sein, daß der damalige hannoversche Minister Graf Platen-Hallermund bis in den Winter 1865—1866 hinein der preußischen Politik gar nicht abgeneigt war. Dies hatte bei ihm seinen besonderen Grund. In diesem auf seine autochthone Ausschließlichkeit so stolzen Welfenreiche Hannover waren in den letzten Tagen desselben alle maßgebenden Personen Nicht-Hannoveraner. Der Regierungsrath Meding war aus Preußen, wo er zu Manteuffel's Zeiten als Straf-Redakteur fungirt hat. Der Geheime Kabinetsrath Lex, ebenfalls von Haus aus Journalist seines Zeichens, war aus Nassau; der General-Adjutant von Tschirschnitz aus Polen; der Staatsrath Zimmermann aus Koburg-Gotha, und der Graf Platen, der sogar stark genug war, den früher allmächtigen gegraften Borries aus dem Sattel zu heben, war ein Holsteiner. In dem auswärtigen Amte zu Hannover gerirte er sich als Vertreter der holsteinischen Adelspartei. Daher die fortwährende Agitation am Bunde, die Hetzerei gegen

Dänemark, die Bestrebungen zur Personal-Union, zuerst mit Dänemark, dann mit Preußen, die Bekämpfung der Erbansprüche des Prinzen von Augustenburg und die Begünstigung der Erbansprüche von Oldenburg, von welcher Dynastie sich die holsteinsche Ritterschaft die meisten Vortheile versprach; — Alles das stammt aus der nämlichen holsteinisch-ritterschaftlichen Quelle. Für diese Auffassung wußte der Graf Platen den Beifall des Königs Georg leicht zu gewinnen, weil Letzterer für das Welfenreich als providentiellen deutschen Admiralstaat schwärmte, dem bei nächster Gelegenheit noch Oldenburg, Bremen, Hamburg und Westphalen zur Abrundung zufallen müßten. Die Klugheit des Königs wird vielfach unterschätzt. Sie hörte aber stets da auf, wo seine sich immer mehr befestigenden mystisch-byzantinischen Wahngebilde über die Größe und die göttliche Mission des Welfenreiches und des Welfenstammes anfingen.

Noch im Januar 1866 war Graf Platen in Berlin und wußte sich dort so angenehm zu machen, daß er das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens davon trug. Am 12. Februar 1866 beeilte sich derselbe, dem preußischen Gesandten vertraulich mitzutheilen, daß man in Wien aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Frage auf einen Bruch mit Preußen gefaßt und sogar zum Krieg entschlossen sei. „Und das Alles um den — — Augustenburger!" sagte seufzend und achselzuckend der hannoversche Minister, indem er beifügte, er (der Minister) wünsche, daß eine Personal-Union der Elb-Herzogthümer mit Preußen zu Stande komme, oder aus denselben eine preußische Sekundogenitur gemacht werde. Noch etwas später versicherte der Graf Platen dem preußischen Gesandten, wie Hannover bisher in den Differenzen mit Oesterreich auf preußischer Seite gewesen, so werde es auch in Zukunft sich zu keinem Intriguenspiele gegen dasselbe hergeben, sich einer jeden mittelstaatlichen Liga fern halten und unter keinerlei Umständen zu den österreichischen Fahnen stoßen. (Siehe: „Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitäts-Vertrages."

Berlin, 1867. Decker.) Vielleicht war es damals dem Grafen Platen noch ernst mit solchen Versicherungen.

Diese preußenfreundliche Gesinnung schlug aber, wenn nicht insgeheim schon früher, denn doch jedenfalls damals in ihr direktes Gegentheil um, als Preußen in der bekannten Depesche vom 24. März die Bundesreform vorschlug und bestimmte Erklärungen über seinen Vorschlag verlangte. Denn darin sah der souveränetätsstolze König Georg eine Verdunkelung des Glanzes seiner erhabenen Welfenkrone. Die hannoversche Antwort-Depesche vom 28. März erörterte nur, warum man überhaupt eine Antwort hierauf gar nicht geben könne und wolle, und schloß mit den Worten: „Wir ersuchen daher den Grafen v. Bismarck, uns eine Erklärung auf die Frage zu erlassen.“ Nebenbei aber versicherte Graf Platen mündlich: „Wir kämpfen überhaupt nicht, weder gegen Oesterreich, noch gegen Preußen; wir wollen weder mit dem einen noch mit dem andern eine Allianz schließen.“

In Widerspruch mit dieser friedlichen Versicherung behielt man jedoch die Kriegsreserve, die am 15. April hätte entlassen werden sollen, bei der Fahne. Am 16. März nämlich hatte schon die österreichische Regierung ein Zirkular an die Bundesregierungen, auf welche sie glaubte zählen zu können, erlassen, worin sie ankündigte, sie werde demnächst in Frankfurt Mobilmachung der vier Bundes-Armeekorps im Verbande mit der österreichischen Armee gegen Preußen beantragen und sofort darüber abstimmen lassen, man möge sich daher bereit machen. Die österreichische Depesche vom 16. März und die hannoversche Maßregel vom 15. April stehen offenbar im Kausalnexus; und letzterer konnte Preußen um so weniger verborgen bleiben, als das nämliche Stück ja auch in Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Württemberg u. s. w. ganz in der nämlichen Weise gespielt ward. Der Graf Platen gesteht auch in seiner Denkschrift vom 8. August 1866 zu, man sei später mit dem von Oesterreich zum Zwecke der Unterhandlung abgesandten Prinzen Karl Solms-Braunfels (dem Stiefbruder des Königs Georg) dahin einig geworden, daß, wenn

Preußen die österreichische Brigade Kalik (in Holstein) angreife, die hannoverschen Truppen sich auf die Seite Oesterreichs stellen würden; — und das nennt Herr Onno Neutralität. Auch darf man nicht vergessen, daß Bayern, welches in Gemeinschaft mit Hannover mobil machte und wohin König Georg seine Truppen führen wollte, schon vor Ausbruch des Krieges mit dem Hause Habsburg einen Vertrag über Entschädigung in Deutschland auf Kosten Badens für den Fall, daß Oesterreich die Abtretung der bayerschen Rheinpfalz ꝛc. an Frankreich befehle, sowie eine Konvention über militärische Kooperation mit Oesterreich wider Preußen abgeschlossen hatte, deren Existenz dem Grafen Platen ohne Zweifel bekannt war, und daß am 16. Juli der Rumpf-Bundestag Bayern beauftragte, in Gemeinschaft mit Oesterreich den Bundeskrieg wider Preußen zu leiten.

Preußen hatte Grund zu glauben, man sei in Hannover der Absicht, sich mit den Oesterreichern in Holstein und in Mainz und mit dem schleswig-holsteinischen Bundeskontingent zu einem Korps von etwa 50,000 Mann zu vereinigen und damit gen Berlin zu rücken. Jedenfalls hatte man, da Hannover zwischen den östlichen und westlichen Provinzen der preußischen Monarchie in der Mitte lag und sich zweideutig benahm, alle Ursache zur Vorsicht. Preußen interpellirte also in Hannover. Der König Georg erklärte sich sofort bereit, die Kriegsreserve zu entlassen, jedoch nur, um alsbald dieses kaum gegebene Versprechen wieder zurückzunehmen. Dann versicherte er aus freien Stücken, Hannover werde die sonst üblichen Herbstmanöver nicht in das Frühjahr verlegen, jedoch nur, um auch dieses Versprechen schon am 5. Mai zu brechen.

Durch die am 5. Mai verfügte Einberufung der Beurlaubten wurde die Stärke der hannoverschen Bataillone von 260 auf 660 Mann erhöht und die gesammte Infanterie auf 12,000 Mann gebracht.

Ueber die Bedeutung dieser Maßregel konnte in Berlin kein Zweifel bestehen, wenn man das Verhalten der übrigen damals

schon mit Oesterreich verschworenen Mittel- und Kleinstaaten ins Auge faßt. Alle waren bereits lange vor dem Mobilmachungs-Beschlusse des Bundestages, lediglich aus Anlaß der österreichischen Zirkularnote, mit der Mobilmachung oder mit der Vorbereitung dazu beschäftigt; und gleichzeitig hatte das Königreich Sachsen schon den bekannten Antrag wider Preußen am Bundestage gestellt.

Als Beispiel der Verlogenheit dieser Regierungen möge Nassau dienen:

In Nassau wollten die Landstände Neutralität; die Regierung wollte Krieg gegen Preußen. Die letztere berief am 13. Mai die Beurlaubten ein. Die Stände fragten, was das bedeuten solle. Antwort der Regierung: „Nichts als Feldübungen, die ganz gewöhnlichen Herbstübungen, diesmal nur Abwechslung halber (quia variatio delectat) statt im Herbst im Frühjahr." Replik der Stände: „Wo wollt Ihr denn manövriren, die Felder werden ja erst durch die Ernte disponibel, jetzt ist ja nirgends eine Handbreit Platz?" Duplik der Regierung: „Meine hochverehrtesten Herren Stände, da die Pfingstfeiertage vor der Thür sind, so vertage ich Sie auf siebenzehn Tage und wünsche Ihnen vergnügte Feiertage im Schooße Ihrer resp. Familien."

Die Stände sprachen Zweifel darüber aus, ob denn wirklich die Feiertage die Ursache der Vertagung seien. Gegen diese Zweifel protestirte der Finanzminister im feierlichsten Biedermanns-Tone der allergekränktesten Unschuld und der tiefsten sittlichsten Entrüstung.

Am 16. Mai 1866 versicherte die nassauische Regierung ihren Ständen, die „Herbstübungen im Frühjahre" würden aus den Mitteln des ordentlichen Budgets bestritten, es sei dazu auch nicht ein Pfennig Extraaufwand nöthig. Am Tage vorher aber hatte dieselbe Regierung bei dem Bankhause M. A. v. Rothschild heimlich ein Kriegsanlehen kontrahirt, vorläufig bis zum Betrage einer halben Million.

Am 5. Juni 1866 kehrten die Stände aus ihrer unfreiwilligen

Muße zurück. Die Regierung empfing sie mit einer Anforderung von einer halben Million „zur Bestreitung der Mittel der Kriegsbereitschaft", welche letztere nunmehr an die Stelle der „Herbstübungen im Frühjahr" getreten war. Die Regierung versicherte, das Geld müßte durch Steuern aufgebracht werden, ein Anlehen in Kriegszeiten sei unmöglich. Daß sie schon eine halbe Million Anlehen kontrahirt nnd das Geld in der Tasche hatte, verheimlichte sie. Dagegen gestand sie nunmehr zu, die Vertagung sei ein Nothbehelf und die Pfingstfeiertage seien eine Ausrede gewesen.

Als die Zweite Kammer sich gegen die am Bunde zu beschließende Mobilmachung aussprechen wollte, vereitelte die Regierung am 13. Juni deren Sitzung, um am 14. Juni am Bunde flott für die Mobilmachung zu stimmen, welche die nassauische Regierung schon am 13. Mai antizipirt hatte. Gleichwohl versicherte letztere ihren Ständen, sie habe nur auf Grund des Bundesbeschlusses mobilisirt, den sie mit prophetischem Blicke damals schon vorher habe kommen sehen.

Dieses seltsame Treiben nannte die nassauische Regierung „Verfassungs- und Bundestreue". Andere würden es anders nennen.

Dritter Brief.

Berlin, 29. Juni 1869.

Wie 1866 die nassauische Regierung gegenüber ihren Ständen, so spielte die hannoversche gegenüber der preußischen mit der „Bundestreue". Kein Mensch zweifelte daran, daß ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich bevorstand und daß dieser Krieg zwischen den zwei Bundesmächten den zwischen ihnen bestehenden Bund auflöse, sowohl für Preußen und Oesterreich, als auch für die Anderen, welche ja einen Separatbund unter sich und ohne jene zwei nicht hatten. Auf die Frage, wie man sich

für diesen Fall der Auflösung des Bundes verhalten wolle, zu antworten: „bundestreu", ist Unsinn, hinter welchem die Feindseligkeit lauert. Ohne Bund keine Bundestreue.

Anfangs Mai 1866 stimmte die Regierung von Hannover am Bunde für den sächsischen Antrag, der den Mobilmachungsbeschluß vom 14. Juni vorbereitete; gleichzeitig machte sie ihre Artillerie-Brigaden mobil. Oesterreich verweigerte in Holstein den Militärpflichtigen die Pässe. Man sah das Gewitter am nordwestlichen Himmel aufsteigen. Preußen bot am 9. Mai Hannover abermals den Neutralitäts- und Garantievertrag an; unter Hervorhebung der ihm von allen Seiten drohenden Gefahren erklärte es damals schon mit einer Deutlichkeit, welche nichts zu wünschen übrig ließ: Verpflichtet sich Hannover nicht zur Neutralität, so nimmt Preußen, statt aller Rücksichten, nur noch das Bedürfniß der Selbsterhaltung zur Richtschnur.

Das machte Eindruck. Hannover erklärte am 13. Mai, neutral bleiben und sofort über den Neutralitäts-Vertrag unterhandeln zu wollen. Die Verhandlung begann, aber Graf Platen sorgte dafür, daß sie nicht zu schnell verlief, und versorgte während dessen die Feldartillerie mit gezogenen Geschützen und die Festung Stade mit Munition und Kanonen. In einem Erlaß vom 20. Mai warnte Bismarck wiederholt: Hannover möge nicht auf eine Niederlage Preußens spekuliren, sonst werde sein Land möglicherweise „zu Kompensationen benutzt". Höflich, aber doch deutlich!

Die Verhandlungen über den Neutralitäts-Vertrag erhielten eine verhängnißvolle Wendung durch die bereits erwähnte Ankunft des österreichischen Generals Prinzen Solms-Braunfels. Er wußte den König Georg, seinen Stiefbruder, zu überzeugen, Preußen werde, wenn es nicht (was das Wahrscheinlichste) ein zweites Olmütz vorziehe, von Oesterreich mit dem ersten Hiebe niedergeschlagen werden, und dann erhalte Oesterreich die Provinz Schlesien, Sachsen die Provinz Sachsen und Hannover die Provinz Westphalen. Von da an ritt Graf Platen wieder das

Pferd der Bundestreue; von einem Neutralitätsvertrage mit Preußen wollte er nichts mehr wissen.

Vergeblich machte ihm Graf Bismarck wiederholt den Standpunkt klar, „von Bundestreue Hannovers könne ja doch dann, wenn der Fall, für welchen Preußen vertragsweise garantirte Neutralität verlange, eintrete, gar keine Rede sein, nämlich im Fall, daß durch Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich der zwischen diesen und den Andern bestehende Bund aufgelöst werde; Preußen wolle Hannover zwar durchaus nicht drängen, aber es verlange auf die Frage, ob Hannover einen Neutralitätsvertrag eingehen wolle, eine sofortige deutliche Antwort: Ja oder Nein."

Die Antwort Platens aber lautete weder Ja noch Nein. Er erklärte, die Regierung von Hannover sei entschlossen, ihren Bundespflichten treu zu bleiben. Von der Neutralität schwieg er.

Gleichzeitig hatte damals schon Oesterreich mit Frankreich einen Vertrag über Abtretung von Preußisch-Schlesien an Oesterreich und von dem linken Rheinufer an Frankreich abgeschlossen, und gleichzeitig kolportirte man — welche verlogene Schamlosigkeit! — in den wahrscheinlich auch damals schon hierüber wohl unterrichteten österreichisch gesinnten Kreisen Hannovers die Mär, Preußen habe sich auf Kosten Deutschlands mit Frankreich verständigt. In einer Depesche vom 28. Mai erklärte dies Graf Bismarck für eine „Lüge" (grob, aber deutlich!) und fügte hinzu, wolle Georg V. im Vertrauen auf den Sieg der österreichischen Waffen (den ihm sein Stiefbruder plausibel gemacht) die Zahl der Gegner Preußens vermehren, so müsse er die Folgen tragen.

Graf Platen that, als verstehe er das Alles nicht. Er wiederholte, wie ein Staarmatz, ewig das unter den vorliegenden Umständen, d. h. bei Auflösung des Bundes, sinnlose Wort: Bundestreue.

Inzwischen brach am 1. Juni Oesterreich offen den Vertrag von Gastein und Georg V. hielt den ausrückenden Truppen Allerhöchstselbst todes- und siegesmuthige Anreden im Bulletin-Stile

Napoleons I. Graf Platen erklärte auf wiederholte Anfrage wegen Abschluß des Neutralitätsvertrages, der richtige Moment dazu sei noch nicht gekommen; man wolle abwarten, was der Bund mache.

Der Bund nun beschloß so, wie es Oesterreich am 16. März vorgeschrieben hatte, am 14. Juni die Mobilmachung, welchen Beschluß Preußen im voraus als Kriegserklärung bezeichnet hatte. Hannover gab eine besondere Motivirung zu Protokoll, wodurch aber natürlich an den Thatsachen nicht das Geringste geändert wurde.

Auch nach diesem Bundesbeschlusse bot Preußen noch einmal den Neutralitäts- und Länder-Garantie-Vertrag an, mit dem Zusatz: „Im Falle der Ablehnung werden unsere Truppen einrücken, um sich zu Herren des Landes zu machen." Am 16. Juni Mittags 12 Uhr lehnte Graf Platen abermals das Anerbieten ab. Damit war denn der Casus belli eingetreten und offiziell der Krieg erklärt. Der Bund beauftragte Oesterreich und Bayern mit der Direktion des Krieges gegen Preußen, und der hannoversche Gesandte erklärte unmittelbar danach, seine Regierung werde unter allen Umständen zu Oesterreich stehen, das heißt doch: Krieg wider Preußen führen. Noch am 26. Juni (am Tage vor Langensalza) bot König Wilhelm dem Könige Georg eine Allianz auf der Grundlage der Bundesreform und der Garantie des hannoverschen Besitzstandes an. Allein König Georg sagte noch in der allerletzten Stunde Nein; ja, er weigerte sich, als man ihm den Durchzug nach Bayern gestatten wollte, sich zu verpflichten, daß seine Truppen ein Jahr lang nicht gegen Preußen fechten sollten. So dürstete er nach preußischem Blut. Trotz alledem leugnet Klopp, daß König Georg je den geringsten Akt der Feindseligkeit gegen Preußen begangen, daß er den Neutralitätsvertrag verweigert und zeitige Warnung empfangen habe.

Herr Klopp hält sich an Platens Worte und glaubt mit dieser Wortfluth die Thatsachen aus dem Buche der Geschichte austilgen zu können.

Er sagt, Hannover sei ja noch gar nicht mit seinen Rüstungen fertig gewesen. Das ist wahr; aber am guten und bösen Willen dazu hat es wahrlich nicht gefehlt. Wenn man sich ohne die nöthigen Vorbereitungen muthwillig in den Krieg stürzt, so ist dies nicht ein Beweis von Friedensliebe, sondern von Kopflosigkeit. Letztere war entsprungen aus dem festen Glauben an die Versicherungen des Prinzen Solms über die Macht Oesterreichs und die Muthlosigkeit Preußens, so wie aus einer mystisch-byzantinischen Selbstüberhebung und gewissen visionären Träumereien des Königs. Von letzteren erzählte noch die Königin, als sie nach der Katastrophe allein auf der Marienburg saß, sehr häufig; sie schilderte, wie sehr der König von denselben beherrscht gewesen sei, sie hätten ihm den Sieg über Preußen verheißen und ihn veranlaßt, die Sache auf die Spitze zu treiben. Diese Visionen scheinen noch fortzudauern. Der Verfasser der gut-hannoverschen Schrift: „Hannovers Schicksal vom Juni bis September 1866" (datirt Hannover, 29. September 1866, der Reinertrag ist zum Besten der bei Langensalza verwundeten Hannoveraner), sagt, nachdem er dem Verstande, dem Herzen und dem Gedächtniß des Königs Georg das höchste Lob gespendet, weiter wörtlich:

„Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß der König sich die Welt anders denkt, als sie ist; daß er in Illusionen lebt, da er den Schmeichler nicht sieht, aber hört, der Schmeichelei zugänglich und zugleich mißtrauisch wurde, dadurch aber die Menschen falsch beurtheilte. König Georg hat während seiner Regierung merkwürdige Erfolge gehabt. Diese haben ihm viel geschadet. Sie machten ihn eigenwillig und eigensinnig. Sie gaben ihm einen ganz falschen Maßstab seiner Macht."

Es ist bekannt, daß noch nach der Schlacht von Langensalza, ja noch nach dem Sieg von Sadowa für König Georg von Hannover ein seine Krone rettender Friede möglich war. Statt ihn bei Preußen nachzusuchen, warf er sich in Oesterreichs Arme*).

---

*) Siehe Brief V.

Einen Beweis der Arglist Preußens will Herr Klopp darin finden, daß König Wilhelm von Preußen schon am 13. Juni 1866, also am Tage vor der Abstimmung in Frankfurt, durch ein eigenhändiges Schreiben (abgedruckt in dem Buch „Oesterreichs Kämpfe im Jahre 1866." Bd. 1. S. 170. — Wie kommt Oesterreich in den Besitz dieses Schreibens? —) den General Vogel von Falckenstein instruirt habe, was im Falle einer Kriegserklärung mit Hannover zu thun sei.

Aber hatte nicht Preußen die triftigsten Beweise von der mehr als zweideutigen Haltung der hannoverschen Regierung in der Hand? Hatte nicht letztere damals bereits ihre Versprechungen gebrochen? War sie nicht damals schon zurückgewichen von dem Abschlusse des Neutralitäts-Vertrages, zu welchem sie sich bereit erklärt hatte? Konnte man sich nicht bereits des Schlimmsten von ihr versehen? War ihr nicht auf das deutlichste angekündigt worden, was ihr bevorstehe, wenn sie auf dem betretenen Wege beharre und weiter gehe? Hatte man ihr nicht das Einrücken der Truppen angekündigt, bevor es erfolgte? Ist es Arglist, wenn ich mich auf eine Eventualität vorbereite, welche ich vermieden zu sehen wünsche, von welcher ich aber leider voraussehe, daß sie im Widerspruche mit meinen Wünschen dennoch eintreten wird, — eine Voraussicht, die hier in den nachfolgenden Ereignissen sofort ihre Bestätigung gefunden?

Endlich sagt Herr Klopp: „Der König von Hannover begab sich nach Wien, um den Friedens-Unterhandlungen näher zu sein."

Es wird schwer sein, Jemanden zu finden, der an dieses Motiv glaubt. Der Graf von Münster hat uns bereits in dem Berichte über die Audienz, welche er nach der Schlacht bei Langensalza auf dem Altenburger Jagdschlößchen „Zur fröhlichen Wiederkunft" bei König Georg hatte, über die Beweggründe aufgeklärt, welche den verhängnißvollen Entschluß zur Auswanderung nach Wien veranlaßten.

Hören wir darüber auch noch den Verfasser von „Hanno-

ver's Schicksal". Er sagt S. 17: „Nach der Schlacht bei Langensalza, an die wir ohne Schmerz und Kummer nicht denken können, bezog der König mit dem Kronprinzen das Schloß seines Schwiegervaters, des Herzogs Joseph von Altenburg, „Zur fröhlichen Wiederkunft" genannt. Seine Begleitung bestand aus drei Neffen, dem Prinzen Solms, aus dem Grafen Platen, dem Frhrn. v. Brandis, Geh. Kabinetsrath Lex, Regierungsrath Meding, dem Dr. Onno Klopp, Legationsrath Rudloff und den Flügel-Adjutanten des Königs und des Kronprinzen.

„Bald nach der Ankunft auf dem Schlosse verließen Graf Platen, v. Brandis, Meding, Onno Klopp und Rudloff den König. Diese würdige Gesellschaft begab sich erst nach Linz, nachher nach Wien, und so weit wir wissen, sind diese Herren, denen der König leider am 17. Juli folgte, noch immer dort.

„Mit dem Augenblicke, wo der König nach Wien ging, wo er sich dem gefallenen, besiegten Oesterreich in die Arme warf, war sein Thron verloren; bis dahin wäre er, davon sind wir fest überzeugt, zu retten gewesen."

Denjenigen deutschen Fürsten, welche damals mit Preußen Neutralitäts-Verträge, wenn auch erst in der eilften Stunde, abgeschlossen, sind sie auf das gewissenhafteste gehalten worden. Sie sitzen noch auf ihren Thronen.

Dasselbe würde also auch mit König Georg der Fall sein, wenn er, statt dem Rathe der Platen und Brandis, der Meding und Klopp zu folgen, dasselbe gethan hätte.

Das ist die einfachste Widerlegung der Klopp'schen Phantastereien.

Vierter Brief.

Berlin, den 17. Juli.

Die „Sächsische Zeitung", welche es liebt, anti-preußische Sensationsnachrichten in die Welt zu schleudern, läßt sich von Berlin wörtlich Folgendes schreiben:

„Gerüchte über Wiedereinsetzung der Depossedirten schwirren seit einiger Zeit durch die höheren Kreise. Verhandlungen über die Bedingungen solcher Wiedereinsetzung sind jedenfalls angeknüpft worden. Von einem Ergebniß verlautet noch nichts. Als Grund des plötzlichen Einlenkens hiesigerseits wird angegeben, daß im Falle eines Krieges auf die neu annektirten Landestheile nicht zu rechnen, im Gegentheil zu befürchten sei, daß das schlimme Beispiel ansteckend auch auf die altländischen Soldaten(!) wirken könne und damit schließlich der Bestand der Monarchie als gefährdet erscheine. Durch Wiedereinführung der depossedirten Fürsten hofft man mit denselben in ein gleiches Verhältniß wie mit dem „bundestreuen" Sachsen zu gelangen."

Mögen solche Gerüchte in Dresden schwirren, in Berlin weiß man davon nicht das Geringste. Hier schwirrt gegenwärtig, wo der König und fast alle Minister fort sind, überhaupt gar nichts. Es ist die saison morte, die Saure-Gurkenzeit, während der, natürlich außer Ihrem „own correspondent", in ganz Berlin kaum ein Dutzend vernünftiger Menschen anwesend sind. Alle übrigen sind ausgerückt, entweder in die Nähe, wie nach Französisch-Buchholz, Schönhausen, Lützow, Willmersdorf u. s. w.; oder in die nahe Entfernung, wie Häringsdorf, Misdroy, Zoppot, Hermsdorf, Hirschberg, Warmbrunn, Harz und Thüringen; oder in die weitere Entfernung, wie Helgoland, Norderney, Ems, Wiesbaden, Kissingen, Baden-Baden, Reichenhall; oder in die weiteste Entfernung, wie Schweiz, Tyrol, Steiermark, Italien u. s. w.

Der Berliner Korrespondent der „Sächsischen Zeitung" mag daher wohl kein gewöhnlich organisirter Mensch, sondern eine Art Geisterseher sein, wenn er hier in dem nüchternen, staubigen, heißen Berlin solche „Schwirrungen" wahrnimmt; es müßte denn sein, daß er Gerüchte verwechselt mit Fledermäusen, welche hier im Augenblick ziemlich häufig sind und deren mir eine gerade, während ich dies spät Abends bei offenen Fenstern schreibe, „schwirrend" in das Zimmer segelt.

Ein Preuße ist der Korrespondent der „Sächsischen" gewiß nicht, insbesondere auch kein Neupreuße und kein Annektirter. Wäre er Altpreuße und hätte er in der Armee gedient, so wüßte er, daß der Soldat, sobald er „des Königs Rock" trägt, jeder Verführung unzugänglich ist und sich unter allen Umständen tapfer schlägt, wäre es auch nur, um möglichst schnell „dem Schwindel ein Ende zu machen" und bald wieder heim „zu Muttern" zu kommen. Und nun gar erst die ungeheuerliche Hypothese, der altländische Soldat soll sich von dem neuländischen (also etwa der Märker oder Pommer von dem Stadtfrankfurter) in's Schlepptau nehmen und verführen lassen! Der preußische Soldat, dieses Muster der Mannszucht und Pflichttreue, soll den Bestand der preußischen Monarchie und — denn das ist hier faktisch das Nämliche — den Bestand des preußischen Staates gefährden?! Dieser gute sächsische Korrespondent aus Berlin kann kaum drei Tage hier sein, sonst müßte er wissen, daß selbst der spezifische Berliner, der Mann der äußersten Opposition, der unbedingten Negation, der Kritik quand-même, den Annexionen Beifall zujubelt, allabendlich in den Vorstadttheatern den schlechtesten Witzen über die Kleinstaaterei und die Depossedirten seinen Applaus schenkt und im Grunde des Herzens zwar ein Demokrat, aber kein Partikularist und kein Republikaner, sondern ein Monarchist, ein Unionist, ja sogar ein aufrichtiger Chauvinist reinsten Wassers ist.

Wenn der „Sächsische" Korrespondent sich etwa sonstwo in Altpreußen umgesehen hat, so wird er ohne Zweifel wahrgenommen haben, daß die Bevölkerung überall (seit 1866 sogar in Rheinland und Westphalen) stockmonarchisch und stockmilitärisch ist und nichts sehnlicher wünscht, als daß ihre neuen Mitbürger, die Annektirten, ebenso werden. Was aber die neuen Provinzen anlangt, so ist alle Welt darüber einig, daß dort nirgends (mit alleiniger Ausnahme einiger muthigen „Frankfurter Schweizerbürger") die allgemeine Wehrpflicht detestirt wird, sondern daß im Gegentheil sie das stärkste und wirksamste

Mittel der Assimilation bildet. Die Einjährig-Freiwilligen sind stolz auf ihre Uniform und die minder Gebildeten und Vermögenden freuen sich auf das Herzlichste, daß „die reichen Leute auch daran glauben müssen.“ Jenes Militär, das nur aus den Proletariern und den nicht minder proletarischen Stellvertretern bestand und wenig besser war, als Söldlinge, existirt in den neuen Provinzen nicht mehr. Die dortigen Regimenter bestehen aus der Jugend-Blüthe der ganzen Bevölkerung. Alle Stände, und namentlich auch die gebildeten, sind in ihnen vertreten; und ihr Geist ist ein streng patriotischer, ein deutscher und folglich auch preußischer. Und wenn Jemand dem „Sächsischen“ Korrespondenten Glauben schenken und auf die „Unzuverlässigkeit der neuen Landestheile“ spekuliren wollte, so könnte er sich auf die allerschlagendste Widerlegung aus den gedachten Provinzen gefaßt machen, in welchen zudem Alle, die nicht ehedem von der Schatulle oder der Hofküche der Depossedirten gelebt haben, — wie namentlich auch in Betreff der Provinz Hannover der Abgeordnete Dr. H. A. Oppermann in seiner dieser Tage erschienenen politischen Broschüre, die ich Jedem, der sich über die neuesten Phasen des Welfenthums eine zuverlässige Belehrung verschaffen will, auf das Beste empfehle (Onno Klopp's Auslegung des nicht angenommenen Briefes von König Georg an Seine Majestät den König von Preußen, beleuchtet von Dr. Oppermann ꝛc.“, Berlin, Fr. Kortkampf, 1869), sagt, — „der ewigen Hetzereien, der Kriegserregungen, der Bedrohungen und Einschüchterungen mit dem Anrücken der rothen Hosen und der Ohne Hosen und dgl. schon lange bis zum äußersten Ueberdruß müde sind.“

Was wir von den zwar „bundestreuen“, aber „daneben stets sehr verdrießlichen“ sächsischen Bundesbrüdern zu halten haben, darüber hat uns der Abgeordnete von Zehmen eines Tages, als der Gaul seiner Beredtsamkeit im Reichstage mit ihm durchging und hinaussetzte über alle Barrieren, welche die angeborene Höflichkeit und die anerzogene diplomatische Kunst

aufgerichtet haben, zur Genüge belehrt. Durch Konzessionen, wie sie der „Sächsische" Korrespondent vorschlägt, würde man nicht die „Verdrießlichkeit" beruhigen, sondern die Begehrlichkeit wecken. Denn der Appetit kommt im Essen. Und wenn man heute die Depossedirten restaurirt, warum sollte nicht morgen der Abgeordnete von Zehmen kommen, um unter Androhung „an sonstiger äußerster Verdrießlichkeit", die Zurückgabe der preußischen Provinz Sachsen zu verlangen? Warum sollten denn nicht die Schweden Pommern, die Polen Danzig und die Oesterreicher Schlesien revindiziren? Das ginge ja doch Alles in Einem hin, wenn Preußen einmal anfangen wollte, sich selber zu dismembriren und sich aus reinem Muthwillen Selbst-Verstümmelungen zuzufügen, wie sie sogar in Folge des allerunglücklichsten Krieges nicht schlimmer eintreten könnten.

Preußen hat nicht Ursache, sich vor irgend Jemandem zu fürchten, jedenfalls gehört es nicht zu jenen Narren, welche aus Furcht vor Ermordung durch einen Dritten es vorziehen, sich selber den Hals abzuschneiden, um das Trinkgeld für fremde Dienstreichung zu sparen.

„Es sind Verhandlungen über die Bedingungen solcher Wiedereinsetzung (der Restauration der Depossedirten) angeknüpft", sagt der Sächsische Korrespondent aus Berlin.

Von wem? darüber schweigt er. Mit vollster Bestimmtheit kann ich sagen, daß der Graf Bismarck und die preußische Regierung von solchen Verhandlungen nicht das Geringste wissen; und ich wenigstens habe keinen Zweifel darüber, daß, wenn irgendwer in Preußen, und wäre es sogar (woran nicht zu denken) des Königs Majestät selbst, ihnen solche Unterhandlungen zumuthete, das preußische Ministerium (selbst die Herren v. Mühler und von Selchow mit inbegriffen) keinen Augenblick zögern würde, in corpore seine Demission einzureichen. Dergleichen ist geradezu moralisch und faktisch unmöglich. Die Armee will doch nicht umsonst geblutet haben. Es war ihr schon schmerzlich genug, die Länder, welche sie erstritten, Böhmen

und Mähren, nicht behalten zu können; und es ist ein öffentliches Geheimniß, daß der König selbst diese Anschauung der Armee theilte und nur ungern der politischen Nothwendigkeit nachgab, welche ihn zwang, die durch die Siege Preußens gerechtfertigte Vergrößerung in Nord- und Westdeutschland zu suchen. Und nun sollte man, nachdem man auf das Hauptobjekt verzichtet und sich mit dem Surrogat begnügt hat, ohne alle und jede Veranlassung auch noch das letztere herausgeben? Wer möchte das glauben?

Aber wer sind denn jene Depossedirten, von welchen die „Sächsische Zeitung" sagt, daß sie wieder eingesetzt werden sollen? Etwa der Prinz von Augustenburg? Er war nie im Besitz der Regierungsgewalt. Er hat nicht regiert, sondern zugesehen. Er ist gar nicht depossedirt und kann also auch nicht wieder eingesetzt werden. Er hat den Eintritt in jedes bundesstaatliche Verhältniß verweigert. Schleswig-Holstein von Preußen und dem Norddeutschen Bunde trennen und es einem machtlosen Kleinfürsten ausliefern, hieße aber doch nichts Anderes, als es Dänemark preisgeben. Nun giebt es zwar eine Handvoll Leute, welche seufzen: „Lieber dänisch, als preußisch," allein wenn damit Ernst gemacht werden sollte, wären sie selbst die Ersten, welche versichern würden, ihre freche Redensart sei nur ein Scherz gewesen.

Oder will man den Herzog von Nassau wieder einsetzen? Aber in was denn? Was war denn das Herzogthum Nassau, und seit wann besteht es? Vor nicht viel mehr als einem halben Jahrhundert wurde es von Napoleon I. erschaffen. Nur den kleineren Theil bilden altnassauische Stammlande. Das Uebrige war ein Geschenk des fremden Eroberers. Dieser verfuhr, wie der heilige Krispinus, welcher seinen Schutzbefohlenen aus gestohlenem Leder Schuhe machte. Wenn wir uns darauf kaprizïren wollten, „gerecht" zu sein, oder sagen wir lieber, der Weltgeschichte das Pensum zu korrigiren, so müßten wir doch die Schuhe demjenigen zurückgeben, aus dessen Leder sie gemacht

sind. Oder hat etwa Deutschland ein Interesse daran, den Rheinbund wiederherzustellen? Ich denke, Preußen ist denn doch eine bessere „Wacht am Rhein" als ein Rheinbundsländchen von Napoleons Gnade, dessen vormalige Existenz in hundert Jahren vielleicht nur noch historischen Spezialforschern bekannt sein wird, ebenso, wie die heutige Welt die Namen der Mehrzahl der Territorien, welche vor hundert Jahren im heiligen römischen Reich existirt haben, bereits auf das Vollständigste vergessen hat.

Was aber den Kurfürsten Friedrich Wilhelm anlangt, so lohnt es sich doch kaum der Mühe, einen schon so alten Herrn, der keine successionsfähige Nachkommenschaft hat, auf einen Thron zu restauriren, auf dem er doch der letzte seines Stammes ist. Auch hat er (siehe den Jungermann'schen Stockungsantrag!) durch Jahre lang fortgesetzte Arbeitseinstellung den Beweis geliefert, daß er absolut nicht regieren will, es sei denn, daß einmal ausnahmsweise sein Thätigkeitstrieb durch Ueberlassung von 200 Aktien gereizt wird.

Fünfter Brief.

Berlin, den 19. Juli.

Ich habe in meinem vorigen Briefe von der Unmöglichkeit einer Restauration in Schleswig-Holstein, Nassau und Kurhessen gesprochen. Sprechen wir heute von den Welfen. Gewiß ist, daß der König Wilhelm von Preußen sich nur ungern zur Absetzung des Königs Georg entschloß. Aber je schwerer ihm der Entschluß ward, desto unwiderruflicher ist er. Denn er bedeutet den Sieg der Staatsidee über die verwandtschaftliche persönliche Neigung. Und ein solcher Sieg ist bei einem ächten Hohenzoller stets unwiderruflich.

Selbst noch nach der Schlacht von Langensalza und nach

der Kapitulation wurden dem Könige Georg preußischer Seits Anerbietungen gemacht, welche ihm, unter der Voraussetzung der Unterwerfung unter den Norddeutschen Bund, seine Krone sicherten. Er würdigte sie keiner Antwort. Er vermied auf das Sorgfältigste jede weitere Verhandlung mit Preußen und ging nach einem sachsen-altenburgischen Jagdschlößchen und von da nach Wien und Hietzing. Die Geschicke sollten sich erfüllen; und Georg Rex gab sich selbst zu deren Werkzeug her, indem er es Preußen politisch und moralisch unmöglich machte, ihn wieder einzusetzen. Vier Wochen nach Langensalza, am 28. Juli, schrieb Georg an König Wilhelm. Wilhelm nahm die Briefe nicht an. Es war zu spät. Die Geschicke hatten sich vollendet.

Was hatte Georg Rex in jenen vier Wochen gemacht? Er hatte im Siegesrausch von Langensalza und in racheschnaubenden Visionen geschwärmt. Er erklärte es für unmöglich, daß Oesterreich unterliege. Er berief sich darauf, Oesterreich habe ihm seinen Besitzstand garantirt und folglich müsse er an Oesterreichs Seite streiten. Er weigerte sich auf das Nachdrücklichste, die Verpflichtung einzugehen, daß seine Truppen innerhalb eines Jahres nicht gegen Preußen fechten sollten. Er begrüßte die Abtretung Venedigs an Kaiser Napoleon mit Jubel, denn der Prinz Solms, sein Stiefbruder, hatte ihn in Kenntniß gesetzt, welche Abmachungen zwischen Franz Joseph und Napoleon bestanden. Er hoffte nicht nur auf Oesterreich und Sachsen und auf die süddeutsche Reichs-Armee, sondern vorzugsweise und zuletzt sogar ausschließlich auf die Einmischung Frankreichs, welche ja zudem von Württemberg, Hessen-Darmstadt und Bayern direkt angerufen war. (Siehe die Aktenstücke bei Schultheß, europäischer Geschichtskalender. VII. Jahrgang. 1866. Seite 302.)

Erst als alle diese Hoffnungen sich zerschlagen hatten, schrieb er den Brief vom 28. Juli. Er machte erst dann Vergleichs-Offerten, nachdem der Prozeß bereits rechtskräftig und

endgültig wider ihn entschieden war. Man könnte vielleicht sagen: Georg war von den Platen, Meding, Onno Klopp bethört, die Stimme der Wahrheit konnte nicht zu ihm gelangen. Auch das ist leider nicht wahr. Der Graf zu Münster konnte sich nach der Kapitulation von Langensalza nicht enthalten, seinen Landesherrn aufzusuchen. Er hatte am 9. Juli 1866 eine Audienz bei ihm auf dem Altenburger Jagdschloß „Zur fröhlichen Wiederkehr" und theilte ihm rückhaltlos den ganzen Ernst der Lage mit. Der König empfing ihn nicht anders, als in Gegenwart der Andern. Ja selbst während der Audienz führte der Geheime Kabinetsrath Lex ein förmliches Protokoll über die Unterredung. Wollte man etwa Stoff sammeln, um nach Wiederaufrichtung des Welfenthrones gegen den Grafen Münster, den treuesten und aufopferungsvollsten Unterthan, einen Hochverrathsprozeß einzuleiten? Die Thätigkeit des Geheimen Kabinetsraths veranlaßte den Grafen Münster, auch seinerseits während der Unterredung über dieselbe Notizen zu machen und danach die letztere unmittelbar nachher vollständig zu Papier zu bringen.

Der König wies die wohlgemeinten und sachlich richtigen Vorstellungen des Grafen Münster auf das Schnödeste zurück.

Das Preßbüreau des Depossedirten, die Herren Meding, Klopp u. s. w., statteten ihren Dank ab, indem sie den Grafen in ihren Zeitungskorrespondenzen und Flugschriften mit Schmähungen überhäuften.

Da drohte der Graf mit Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen über die Unterredung vom 9. Juli 1866, und sofort verstummte die Meute.

Unter solchen Umständen wäre die Wiedereinsetzung der Welfen-Dynastie, — einer ausländischen (italienischen) Familie, die sich durch Heirath nach Norddeutschland verlaufen und dort stets an der Spitze der Feinde der deutschen Einheit gestanden hat — ein Selbstmord gewesen.

Gleichwohl traten während der Unterhandlungen, welche

in der Zeit vom April bis zum September 1867 zwischen König Georg und der Krone Preußen geführt wurden, preußischer Seits abermals die wohlwollendsten Gesinnungen zu Tage, — Gesinnungen, die vielleicht vor der Staatsraison nicht die Probe bestehen können. Preußen bot dem König Georg ein Vermögen, welches das Doppelte des Einkommens repräsentirte, das Georg bis dahin bezogen, daneben noch Schlösser, Parks, Mobiliar u. s. w.

Ja es war sogar die Rede davon, dies Abkommen zu vervollständigen dadurch, daß Preußen dem Kronprinzen Ernst August die Succession auf den älteren Welfenthron, den von Braunschweig, garantire. Ernst August Herzog von Braunschweig, Fürst eines kleinen aber reichen Landes, abgesehen von seiner herzoglichen Civilliste, ausgestattet mit einem völlig schulden- und lastenfreien Einkommen von jährlich 700,000 Thlr., würde nach dem Könige von Sachsen die erste Stelle im Norddeutschen Bunde eingenommen haben.

Abermals machte die Welfen-Dynastie selbst die Verwirklichung dieser wohlmeinenden Absichten unmöglich.

Die Errichtung der Welfenlegion; die Trimmingsche Botschaft; die Agitationen von der Marienburg aus; die Gründung der „Situation" in Paris und einer ganzen Reihe ähnlicher Blätter in Deutschland; die Subventionen, welche von Hietzing aus Allen und Jedem, der eine preußenfeindliche Gesinnung an den Tag legt, mit großem Löffel reichlich zugetheilt wurden; die Geldspenden an die radikalen und sozialistischen Revolutionsfabrikanten, welche ihr Metier in der Presse, den Versammlungen und den Schützenfesten treiben; die giftigen Broschüren; das Verhalten in der Luxemburger Krisis; die Proklamationen, welche „alle treuen Hannoveraner" aufforderten, „sich zusammen zu schaaren unter das unsichtbare Banner, welches sie vereinigt zu der Königs-Legion" und auszuharren bis zu dem nahe bevorstehenden Augenblick, „wo der Welfenkönig die Söhne seines Landes zum Kampf mit dem Schwert aufruft;" die sich an jene

Proklamation anschließenden Reden Georg's auf der silbernen Hochzeit in Hietzing, gerichtet an etwa 2000 preußische Unterthanen, welche sich Georg zu diesem Zwecke aus der preußischen Provinz Hannover auf eigene Kosten, Rechnung und Gefahr hatte kommen lassen; Alles das konnte leider nicht mehr den Abschluß des Vermögens-Abfindungsvertrags hindern. Man war damit schon zu weit gegangen.

Glücklicher Weise wahrte jedoch der preußische Landtag energisch seine konstitutionellen Rechte. Denn da die Millionen aus altpreußischen Beständen bezahlt werden sollten, über welche die Regierung nicht einseitig verfügen durfte, so war die Genehmigung der Kammern erforderlich; und dieselbe wurde nicht ertheilt, ohne daß die Regierung sich verpflichtet hatte, im Falle der Fortsetzung der wühlerischen Feindseligkeiten die Dotation mit Beschlag zu belegen. Dieser Fall ist eingetreten. Der Landtag hat die Beschlagnahme auf dem Wege der Gesetzgebung vollzogen. Sie kann ohne die Zustimmung der Volksvertretung nicht rückgängig gemacht werden. Auch schreibt der Tit. I. Art. 2 der preußischen Staatsverfassung vor: „Die Grenzen des Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz geändert werden"; das preußische Staatsgebiet in seinem ganzen Umfange ist unter die Garantie der Verfassung und Volksvertretung gestellt.

Es liegt mir ferne, ein Wort des Tadels auszusprechen gegen die verwandtschaftlichen Gefühle des königlichen Hauses, welche Veranlassung gaben, daß man vor und nach der Schlacht von Langensalza gegenüber einem blinden König und seinen verblendeten Rathgebern das äußerste Maß der Schonung erschöpfte, daß man ihn auf das Reichlichste auf Kosten Preußens und der Provinz Hannover dotirte, daß man sogar daran dachte, seinem Sohne die Rückkehr auf einen norddeutschen Thron anzubahnen.

Aber es ist gewiß, daß der Landtag diese Gefühle nicht theilt, daß er der Meinung ist, der Beweis der Unverbesserlichkeit sei nun oft genug geführt, man dürfe nicht den vier vergeb-

lichen Versuchen der Versöhnung einen fünften hinzufügen, man solle nicht abermals um einen so theueren Preis die unausbleiblich gewisse Reue erkaufen.

Mag es daher mit der Behauptung, König Georg habe nicht auf offiziellem, sondern auf konfidentiellem Wege einem Mitgliede der königlichen Familie von Preußen Anerbietungen machen lassen, er wolle in den Norddeutschen Bund eintreten, wenn man ihn, eventuell auch seinen Sohn, auf den Thron von Hannover, eventuell auch auf den von Braunschweig, wieder zulasse, stehen, wie da wolle — und es ist wahr, ein solches Gerücht, nicht aber das von dem Sächsischen Korrespondenten erdichtete, zirkulirte (nicht jetzt, sondern) vor einem Vierteljahre „in den höheren Kreisen" —, es ist nicht die geringste Gefahr vorhanden, daß von irgend einer Seite auf solche Anerbietungen, wenn solche, was immerhin noch zweifelhaft ist, wirklich gemacht sein sollten, eingegangen werde.

Am allerwenigsten würde man solche Restaurations-Gedanken vor den neuen Provinzen rechtfertigen können. Man ist dort der ewigen Agitationen und Hetzereien gründlich überdrüssig. Der schlimmere Theil des Uebergangsstadiums ist glücklich zurückgelegt. Auch die Unverbesserlichen beginnen, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Und nun sollte, Menschen zu Liebe, die wahrlich eine solche Berücksichtigung am allerwenigsten verdient haben, die moderne Gesetzgebung wieder umgestoßen und die Brandfackel der Zwietracht hineingeschleudert werden in den Schooß einer friedlichen Bevölkerung, das Land preisgegeben jener Sorte von Menschen, die nichts gelernt und nichts vergessen hat und kein anderes Gefühl kennt, als das der Erbitterung und der Rache!

Das ist einfach unmöglich!

Vielleicht habe ich jener Notiz der „Sächsischen Ztg." eine zu große Aufmerksamkeit erwiesen, indem ich ihr zwei ausführliche Briefe widme. Allein dergleichen scheinbar ganz harmlose Sensations- und Beunruhigungs-Nachrichten werden von den

Feinden Deutschlands und für die Feinde Deutschlands nicht ohne die sorgfältigste und böswilligste Ueberlegung fabrizirt und in die Welt geschleudert; auch thun sie zuweilen bei Denkfaulen und Schlechtunterrichteten die verheerendste Wirkung. Deshalb dürfen die Gutunterrichteten nicht dazu schweigen. Es sind das nicht Enten, sondern Schlangen.

Solchen Schlangen aber kann man nicht früh und nicht kräftig genug die Köpfe zertreten.

Sechster Brief.

Berlin, 20. Juli 1869.

Erlauben Sie mir, noch einmal auf Herrn Onno Klopp und sein Welfenbuch, betitelt: „Das preußische Verfahren" ꝛc., zurückzukommen. Es verdient diese Aufmerksamkeit schon deshalb, weil es u. A. auch neue und interessante Aktenstücke mittheilt. Hierunter rechne ich den Protest wider die Beschlagnahme, welchen der König von Hietzing am 30. April 1869 an alle europäischen Souveräne gerichtet hat, und einen von demselben an König Wilhelm von Preußen geschriebenen Brief von gleichem Datum und Inhalt. Des letzteren Annahme hat der hohe Adressat verweigert, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil er keine Veranlassung finden konnte, sich in eine Korrespondenz mit dem obersten Kriegsherrn der auf französischem Boden kampirenden Welfen-Legion einzulassen.

Die Klopp'sche Schrift bildet eine authentische Interlinear-Glosse, einen offiziellen Kommentar zu jenem Proteste und diesem Briefe. Man kann sie als von Georg V. diktirt oder wenigstens nach Form und Inhalt genehmigt ansehn. Sie enthält also die neueste Welfen-Politik charakterisirt durch sich selbst.

Ich habe in meinen früheren Briefen bereits das Verhalten

des Königs Georg vor und in dem Kriege von 1866 besprochen. Herr Klopp deduzirt uns, jener Krieg sei kein Krieg gewesen, sondern eitel „Bundestreue". Sprechen wir nun von dem im Frieden geschlossenen Abfindungsvertrage vom 29. September 1867. In Bezug auf ihn deduzirt uns Herr Klopp, dieser Vertrag im Frieden sei kein Friedensvertrag, sondern ein Kriegsvorbehalt, König Georg habe sich diese Millionen im Frieden von Preußen ausbedungen mit der Mental-Reservation, damit sofort einen Krieg wider Preußen anzufangen.

Treten wir den Thatsachen etwas näher. In der Klopp'schen Schrift finden wir außer den bereits erwähnten bemerkenswerthen Aktenstücken, noch ein weiteres, nämlich das Promemoria, datirt Hietzing 10. Oktober 1867, mit welchem der Minister Windhorst den am 29. September 1867 zwischen ihm, einerseits, und den preußischen Geheimräthen König und Wollny, andererseits, abgeschlossenen Vertrag dem König Georg vorgelegt hat; er macht darin dem Könige Georg durchaus kein Hehl daraus, daß Preußen in dem Vertrage eine Anerkennung des durch die Ereignisse des Jahres 1866 herbeigeführten territorialen Besitzstandes erblicke. Er führt aus, die von Preußen vollzogene Eroberung und der von Georg V. hiergegen erhobene Protest stünden einander diametral gegenüber.

„Diese beiden Standpunkte," sagt er dann weiter, „schließen einander aus; eine Annäherung in Beziehung auf sie selbst, ein Kompromiß über sie ist undenkbar. Am reinsten und klarsten würden diese Standpunkte gewahrt, wenn auf **keinem** Gebiete eine Annäherung auch nur versucht würde. Denn schon die Formen, unter welchen eine solche Annäherung geschieht, können die Integrität der Standpunkte kompromittiren." Indessen sei doch eine Regelung der Vermögensverhältnisse nothwendig; freilich seien hierzu auch andere Wege denkbar; aber diese würden entweder dem Standpunkt des Königs Georg nicht entsprechen, oder von Preu-

ßen versperrt werden; es bleibe daher nichts übrig, als dieser Mittelweg.

„Ein Vorbehalt“ (im Sinne eines Protestes des Königs Georg hinsichtlich des Welfenthrones), heißt es weiter, „ist in dem Vertrage **nicht** enthalten. Von Seite Preußens wäre derselbe nicht zugestanden worden, weil dieses den Standpunkt Seiner Majestät (Georg V.) absolut verneint und entschieden die Tendenz verfolgt, durch den Vertrag **wenigstens** eine Art von **Anerkennung** zu erlangen. — — Daß derselbe (der Vertrag) einen indirekten Verzicht auf Hoheits- und Regierungsrechte enthalte, wird preußischer Seits darzulegen versucht werden.“

Nachdem der Bevollmächtigte des Königs Georg demselben mit loyaler Offenheit Kenntniß von der Auffassung des Vertragsverhältnisses Seitens des Mitkontrahenten gegeben, läßt er eine juristische Deduktion folgen, deren Scharfsinn und Logik man seine volle Anerkennung nicht versagen kann.

Er versucht den Beweis zu führen, daß der Vertrag und die Annahme der sechzehn Millionen Thaler Seitens des Königs Georg einen Verzicht auf die Hoheits- und Regierungsrechte desselben nicht enthalte. Dies gehe schon hervor aus der Entstehungsgeschichte des Vertrags; und die Vertragsurkunde selbst enthalte kein Wort von einem solchen Verzicht, sondern im Gegentheil: es sei darin ausdrücklich gesagt, das Schloß Herrenhausen und die Domäne Kalenberg sollten so lange in preußischer Verwaltung bleiben, „bis Seine Majestät der König Georg V. auf die hannoversche Königskrone für sich und Seine Erben ausdrücklich verzichtet.“

Der Vertrag ist hiernach eine Vorbereitung für den formellen Verzicht, aber noch nicht der formelle und solenne Verzicht selbst. Das muß man Herrn Windhorst zugestehn.

Aber das ist auch nicht die Frage, um die es sich bei der Beschlagnahme handelt. Die letztere ist nicht verfügt, weil König Georg einen solennen Verzicht revozirt oder gebrochen hat, son-

dern weil er den von ihm anerkannten Besitzstand durch feindliche und sogar durch kriegerische Akte gefährdet, und die Gewißheit gegeben hat, er werde die 16 Millionen Thaler, wenn ihm der Staat Preußen diese Summe giebt, zum Krieg wider den Staat Preußen verwenden. Darf unter diesen Umständen das Staatsoberhaupt von Preußen dem König Georg diese sechszehn Millionen ausliefern?

Es ist bis jetzt von keiner Seite, und namentlich auch nicht von der welfischen, bestritten, daß der König Wilhelm bei Abschluß des Vertrags vom 29. September als Souverän handelte, und daß die Summen, welche laut Vertrag gezahlt werden sollen, dem Vermögen des preußischen Staates entnommen werden.

Nun fragt es sich: In welcher Eigenschaft kontrahirte der König Georg? Als Staatsoberhaupt? Aber er besitzt ja keinen Staat mehr. Und wie kann er, wenn er sich noch als Souverän des vormaligen Staates Hannover denkt, kontrahiren mit dem König Wilhelm als dem Souverän des Staates Preußen, von welchem die Provinz Hannover gegenwärtig ja einen unter die Garantie der Verfassung und der Volksvertretung gestellten integrirenden Bestandtheil bildet?

Herr Windhorst macht in seinem Promemoria den König auf diesen Widerspruch aufmerksam. Er drückt dies, von seinem Standpunkte aus ganz richtig, so aus: „Die Integrität des Standpunktes wird kompromittirt; will König Georg seinen Standpunkt wahren, so darf er mit dem Souverän des preußischen Staates, des Staates, der auch die vormalige Provinz Hannover in sich begreift, überhaupt gar nicht unterhandeln." Allein König Georg hat unterhandelt und hat abgeschlossen. Schon durch die Unterhandlung, noch mehr durch den Vertragsabschluß hat der König Georg seinen Standpunkt aufgegeben und thatsächlich anerkannt, daß der König von Preußen sich im Besitze des vormaligen Staates Hannover befindet, und daß der Staat Hannover jetzt eine Provinz des Staates Preußen bildet. Mit andern Worten, der König Georg hat den Vertrag

als Privatmann abgeschlossen und damit zugegeben, daß er aufgehört hat, Staatsoberhaupt zu sein. Der Titel „König" beweist nichts dagegen. Er wird stets auch denjenigen Monarchen zugestanden, welche den Thron nicht mehr innehaben, mögen sie ihn durch einen Krieg, eine Revolution oder eine Entsagung verloren haben. Sie sind Könige ohne Land, und ein König ohne Land ist nicht Staatsoberhaupt. Kontrahirt er aber mit dem König mit Land als solchem, so erkennt er Letztern dadurch als das nunmehrige Staatsoberhaupt des fraglichen Landes an. Spricht er auch keinen solennen Verzicht auf Hoheits- und Regierungsrechte aus, so erkennt er wenigstens den Besitzstand an und verpflichtet sich, denselben seinerseits nicht zu stören.

Mag er dann auch immerhin sein abstraktes Hoheitsrecht reserviren und konserviren und voll Ergebung in die Rathschlüsse Gottes abwarten, ob ihm nicht die Vorsehung dereinst Gelegenheit giebt, solches wieder realiter zu handhaben. Allein er darf nicht selbst die Vorsehung spielen wollen, am allerwenigsten mit französischen Welfenlegionen. Dazu hat ihm der Staat die sechzehn Millionen Thaler nicht stipulirt. Denn die oberste Pflicht des Staats ist die Selbsterhaltung.

Selbst Onno Klopp sagt (Seite 62): „Die Annexion von der einen Seite, der Protest gegen dieselbe von der andern standen einander gegenüber jäh und schroff. Zwischen denselben war eine tiefe Kluft, die nicht überbrückt war und nicht überbrückt werden konnte. Politisch zu verhandeln, einen Staatsvertrag zu schließen, war unmöglich, so lange nicht der eine oder der andere Theil diesen Standpunkt verließ."

Herr Klopp scheint den Accent auf die politische Verhandlung und auf den Staats-Vertrag zu legen.

Nun ist es richtig, der Vertrag vom 29. September ist keineswegs ein Vertrag zwischen zwei Staaten, aber doch ein Vertrag zwischen einem Staat und König Georg. Der Vertrag ergiebt

deutlich, daß nur König Wilhelm Namens des Staats kontrahirt, König Georg aber nicht.

Der Eingang bezeichnet als vertragschließende Theile auf der einen Seite Seine Majestät den König von Preußen (also nicht den König Wilhelm persönlich, sondern das Staatsoberhaupt, handelnd in dieser seiner Funktion), auf der andern den König Georg (also nicht den König von Hannover, sondern die Person, das Individuum, welches mit seinem Namen benannt wird, ohne Hinzufügung des Namens eines Staats, den es repräsentirt). Im Namen des Königs von Preußen kontrahirt für Seine Majestät „Allerhöchst Ihr Geheime Legationsrath" und „Allerhöchst Ihr Geheime Oberfinanzrath"; im Namen des Königs Georg dagegen „der Staatsminister a. D. Windhorst." Letzterer fungirt als Mandatar eines Privaten; erstere fungiren als Beamte des Staats und der Krone Preußen, als Vertreter der Ministerien des Auswärtigen und der Finanzen. Dieser Standpunkt ist in dem ganzen Vertrag festgehalten.

Für Preußen ist es also ein politischer Akt und ein Staatsvertrag. Preußen hat den König Georg darüber nicht im Geringsten im Unklaren gelassen. Georg wußte, als er den Vertrag vom 29. September ratifizirte, daß Preußen, daß der Staat Preußen in dem Vertrag eine Art von Anerkennung des durch die Ereignisse von 1866 eingetretenen Standes der Dinge erblickte, daß es glaubte, in demselben sei ein indirekter Verzicht auf Georg's Hoheits- und Regierungsrechte enthalten, und daß es nur deshalb sich entschloß, dem König Georg sechzehn Millionen Thaler und die sonstigen Werthobjekte zu stipuliren; es fand in dem Verzicht, oder sagen wir lieber in der Anerkennung des Besitzstandes die Gegenleistung.

Das Alles hatte der Minister Windhorst in seinem Promemoria datirt Hietzing den 10. Oktober 1867 (siehe Klopp, S. 55–60) schriftlich und ohne Zweifel auch wiederholt mündlich dem König Georg mit einer Offenheit, welche nichts zu wün-

schen übrig läßt, mitgetheilt. König Georg kann sich daher nicht mit Unkenntniß oder Irrthum entschuldigen. Als er den Vertrag ratifizirte, that er dies wohl wissend, daß er so und nicht anders gemeint war. Hätte er Mental-Reservationen, welche hiermit in Widerspruch stehen, dabei gemacht, so hätte er eine Verletzung von Treu' und Glauben begangen.

Hat er sie nicht gemacht, so kann man sich für sein späteres Verhalten, welches mit einem rückhaltlosen Vertragsabschluß in Widerspruch steht, kein anderes Motiv denken, als daß er das Eingehen des Uebereinkommens nachgehends bereut und daher gesucht hat, selbiges wieder rückgängig zu machen. In diesem Falle jedoch hat er keinen Grund, sich darüber zu beschweren, daß Preußen seinerseits ebenfalls die Vollziehung eines Vertrages sistirt hat, welchen sein Mitkontrahent nicht mehr zu halten gesonnen war, den er vielmehr durch konkludente Handlungen, welche unter solchen Umständen lauter sprechen, als Worte, gebrochen hat.

Wollte König Georg die sechzehn Millionen nehmen, ohne darauf zu verzichten, den in 1866/67 geschaffenen öffentlichen Territorial- und Rechtszustand durch Krieg oder sonstige hostile Akte zu stören und zu bedrohen, so war ihm ein ganz anderes Verfahren vorgeschrieben als das, welches er im Herbst 1867 eingeschlagen hat. In diesem Falle mußte er dem Staate Preußen erklären: „Mein Unterhändler schreibt mir, Du fassest den bevorstehenden definitiven Abschluß so auf, als ob ich damit meinen Standpunkt des unbedingten Protestes, welcher dem Deinigen (dem der Einverleibung) schroff und ohne jede Möglichkeit einer Verständigung, einer Vermittelung, ja auch nur einer Unterhandlung, gegenübersteht, aufgebe und unter Aufgebung dieses Standpunktes durch den Vertragsabschluß einen indirekten Verzicht, eine Art der Anerkennung in Deine Hände lege. Deine Annahme ist irrig. Ich nehme nur, aber ich gebe nicht. Ich nehme die sechzehn Millionen, aber nur ohne alles und jedes Präjudiz. Ich erkenne nichts an. Ich verzichte auf nichts. Ich wiederhole meine feierlichsten Proteste. Ich reservire mir das Recht, mittelst der

sechzehn Millionen Thaler Krieg zu führen wider Dich, der Du mir sie giebst. Deine Auffassung und die meinige sind sonach in Betreff des Wesens und der Bedeutung des Schrittes, der uns bevorsteht, so diametral entgegengesetzte, daß die wechselseitige Uebereinstimmung (mutuus consensus), welche zur Eingehung eines jeden Vertrags erforderlich ist, fehlt, und daher der Abschluß nicht eher erfolgen kann, als bis diese Differenz zwischen uns beseitigt ist, dadurch daß Du meinen Standpunkt anerkennst und mir das Recht zugestehst, die sechzehn Millionen, welche Du mir zahlst, zu verwenden, *um Dir damit den Garaus zu machen*."

Das wäre die Sprache eines offenen und rückhaltlosen Biedermannes gewesen. Wäre diese Sprache geführt worden, dann wäre ein Vertrag allerdings wohl nicht zu Stande gekommen. Aber ist es nicht besser, es kommt *kein* Vertrag zu Wege, als *einer*, bei welchem *sich Jeder das Gegentheil denkt*, so daß Vorwürfe wegen Verletzung von Treu' und Glauben unvermeidlich sind?

Jedenfalls aber ist der Vertrag vom 29. September mit dem Oberhaupte des *Staats* abgeschlossen, zu welchem die Provinz Hannover gehört. Es ist sonach ein *Staats*- und kein *Privat*-Vertrag. Es ist ein *politischer* Akt, um den es sich dreht. Herr Klopp selbst aber giebt zu, daß eine *politische* Verhandlung, ein *Staats*-Vertrag nicht möglich war, „*ohne daß der eine oder der andere Kontrahent seinen Standpunkt verließ*," entweder *Preußen* den Standpunkt der *Einverleibung*, oder König Georg den des *Protestes* gegen die Einverleibung. Daß Preußen den Standpunkt der Einverleibung aufgegeben habe, behauptet nicht einmal Herr Klopp. Vielmehr konstatirt der zur Unterhandlung und Abschließung des Vertrages legitimirte Bevollmächtigte des Königs Georg in dem Promemoria, durch welches er seinem Auftraggeber den Vertrag vorlegt, ausdrücklich, daß Preußen an dem Standpunkt der Einverleibung festhält. Wenn also, wie Herr Onno Klopp ganz richtig bemerkt, ein solcher Vertrag unmöglich war,

so lange nicht der eine oder der andere Theil seinen bisherigen Standpunkt verließ, so ist es doch König Georg, der seinen Protest-Standpunkt, und nicht der Staat Preußen, der seinen Einverleibungs-Standpunkt aufgegeben hat.

Angenommen aber, der König Georg habe seinen Protest-Standpunkt bei Abschluß des Vertrags beibehalten, (was er freilich, wie ich zu zeigen versuchte, hätte sagen müssen), nun, dann ist es ja erst recht ein Staatsvertrag. Dann war es ja der König des „Mittelreiches" Hannover, der mit dem Souveräne von Preußen kontrahirte. Staatsoberhaupt gegen Staatsoberhaupt. In diesem Falle ist die Sache sehr einfach und klar. Der Ausbruch von Feindseligkeiten hebt die Verträge, welche bisher zwischen den kriegführenden Staaten bestanden, bekanntlich ohne Weiteres auf. An Feindseligkeiten aber hat es König Georg nicht fehlen lassen. Das glaube ich im fünften Briefe nachgewiesen zu haben. Er hat Krieg geführt nach dem Vertragsabschluß— Krieg gegen Preußen in dem ganzen Umfange, wie es seine Mittel ihm erlaubten.

Es muß wahr sein, was der Verfasser der Schrift „Hannover's Schicksal vom Juni bis September 1866" von dem König Georg sagt: „Es läßt sich nicht verkennen, daß der König sich die Welt anders denkt, als sie ist."

Im Jahre 1866 führt er Krieg wider Preußen; allein er denkt, das sei kein Krieg, sondern Bundestreue.

Im Jahre 1867 schließt er einen Friedensvertrag mit Preußen; allein er denkt, das sei kein Frieden, sondern eine Kriegserklärung.

Unter solchen Umständen dürfte es gerechtfertigt erscheinen, wenn Preußen die Versuche, die Begriffe des Königs Georg zu rektifiziren, namentlich dann, wenn sich die Experimentir-Kosten bis zu sechzehn Millionen und noch mehr belaufen, ein für allemal aufgiebt, und seine Handlungen und Unterlassungen einfach so einrichtet, wie es die Staatspflicht der Selbsterhaltung vorschreibt.

Dies hat Preußen gethan. Dies wird es auch in Zukunft thun.

Siebenter Brief.

Berlin, den 21. Juli 1869.

Sie schreiben mir, wahr sei es, daß der König von Hannover und sein Staatssekretär unrecht haben, allein besser, als dieselben zu widerlegen, sei es, das stehende Heer zu reduziren, den Steuerdruck leichter zu machen und dafür zu sorgen, daß Frieden und Vertrauen zurückkehre und Handel und Wandel sich wieder belebe.

Gewiß, das sind Wünsche, die jeder vernünftige Patriot theilen muß, aber wer anders verhindert ihre Realisirung, als Herr Onno Klopp und seines Gleichen?

Ein jetziger französischer Deputirter Herr Bancel weilte während des Krim-Kriegs in Brüssel. Seine Regierung hatte ihn mißhandelt und verbannt. Sein Herz war voll Unmuth wider die Regierung, voll Haß gegen das Staatsoberhaupt, das er als einen schändlichen Usurpator betrachtete, von dessen auf Verfassungsbruch, Unrecht und Gewalt basirter Herrschaft man das Land um jeden Preis so schnell wie möglich zu befreien suchen müsse. Als gewiß galt es damals, daß wenn der Kaiser von Frankreich in dem Kriege, der sein Werk war und in den er England nur mittelst seiner diplomatischen Ueberlegenheit mithineingeschleppt hatte, eine entscheidende Niederlage erlitt, es mit seiner Herrschaft in Frankreich ein Ende hatte. Eine Niederlage der französischen Waffen konnte sonach einen Sturz der Tyrannis in Frankreich (so nannten die französischen Republikaner das kaiserliche Regiment) zur Folge haben.

Als Bancel bei den französischen Wahlen von 1869 als Kandidat auftrat, bekämpfte man seine Kandidatur damit, daß man behauptete, er habe in der Zeit seiner Verbannung zu Brüssel unter jenen Umständen, welche ich so eben geschildert habe, auf die Niederlage der französischen Armee in der Krim, als auf das einzige Mittel der Wiederherstellung der verfassungs-

mäßigen Freiheit in Frankreich, getrunken. Bancel hatte kaum seinen Sitz in der französischen Kammer eingenommen, als er, statt dem Beispiel des welfischen Professors aus Göttingen, von dem ich in meinem ersten Briefe gesprochen, zu folgen, die erste Gelegenheit, welche sich bot, benutzte, um jene Nachrede als eine Verleumdung mit Indignation zurückzuweisen.

„Einen Franzosen," rief Bancel, „zu verdächtigen, daß er auf fremder Erde auf die Niederlage der Armee seines Vaterlandes getrunken habe, das ist ein Gedanke, der in keinem französischen Herzen hat aufkommen können." Diese patriotischen Worte Bancel's fanden ein lautes und freudiges Echo in ganz Frankreich, und zwar vorzugsweise bei der liberalen und radikalen Partei.

Als der preußische Abgeordnete Ziegler um Pfingsten 1866 sich in Breslau zu einer ähnlichen patriotischen Rede, einer Rede von höchster Vollendung in Inhalt und Form, welche durch ganz Deutschland eine zündende Wirkung übte, hinreißen ließ, da deklamirte der preußische Abgeordnete Frese vor einer Versammlung österreichischer Metallique-Besitzer zu Frankfurt am Main, Ziegler sei ein Apostat, der ehemalige Demokrat schlage den Takt zum Trommelwirbel der Gewalt, er verdiene, daß ihm sein Wahlbezirk das Mandat zerrissen vor die Füße werfe, u. s. w. Daß die Frankfurter Metallique-Inhaber dieses Frese'sche Anathema mit dem wärmsten Beifall überschütteten, versteht sich von selbst, und bedarf keines Kommentars. Unbegreiflich dagegen ist es, daß eine ganze Anzahl tüchtiger radikaler Blätter in Preußen, bei welchen solche metallische Motive durchaus nicht obwalteten, in verblendetem Parteifanatismus mit Herrn Frese und seinen Frankfurter Spartanern, welche damals alle Welt der Feigheit beschuldigten und die „Schützen" spielten, später aber sich der allgemeinen Wehrpflicht als biderbe schweizerische Eidgenossen zu entziehen suchten, aus vollem Herzen sympathisirten.

Als Herr Ziegler den preußischen Waffen den Sieg wünschte, da fanden dies viele deutsche Radikale an einem Demokraten ganz unverzeihlich. Als Herr Bancel den französischen Waffen den Sieg wünschte und es für eine Infamie erklärte, wenn irgend ein Franzose, und sei er noch so sehr ein Feind der Regierung, je einen entgegengesetzten Wunsch hege, da fanden die nämlichen deutschen Radikalen Das ganz in der Ordnung. Wenigstens erinnere ich mich nicht, in irgend einem radikalen oder „volksparteilichen" Blatte Deutschlands ein Wort des Tadels über die Aeußerung des französischen Abgeordneten Bancel gelesen zu haben, während die Schmähungen über den deutschen Abgeordneten Ziegler sich damals im reichlichsten Maße ergossen.

Just zu derselben Zeit, wo Bancel jeden Franzosen für ehrlos erklärte, der mit der Fremdherrschaft kokettire, versicherte der biedere Deutsche Julius Frese den gläubigen Lesern seiner „demokratischen Korrespondenz" im Tone des Doktor Eisenbart, die thierärztliche Behandlung mittelst französischer Fremdherrschaft sei für die ehrliche deutsche Haut gar nicht so schlimm, sondern pflege ihr in der Regel vortrefflich zu bekommen; „die französische Invasion sei nur eine Hautkrankheit im Vergleich zu dem Gift der preußischen Herrschaft."

Zu derselben Zeit toastete Herr Meding, einer der welfischen Leibjournalisten des Königs von Hietzing, in einer französischen Stadt und in einer Gesellschaft von Franzosen auf den Sieg der französischen Waffen über die preußischen. Und dieser kriegsmuthige Meding ist ein Preuße so gut wie der biderbe Frese!

Zu derselben Zeit lungerten in Frankreich einige hundert Deutsche aus der preußischen Provinz Hannover herum mit der Absicht, demnächst als Welfen-Legion in Gemeinschaft mit ausländischen Truppen Tod und Verderben in den Schooß ihrer Heimath zu tragen.

Zu derselben Zeit tanzten in Süddeutschland die rothen

Hofdemokraten und die schwarzen Ultramontanen einen radikal-klerikal-legitimistisch gefärbten französischen Cancan mit einander, der an Niederträchtigkeit und Widerwärtigkeit in der weiten Welt seines Gleichen sucht.

Welchen Eindruck soll dieses Treiben auf unsere Nachbarn machen, namentlich auf die Franzosen?

Ich will nicht von der klerikalen und von der chauvinistischen Presse in Frankreich sprechen, ja überhaupt nicht einmal von den Zeitungen und Revüen, sondern von soliden ernsthaften, wohlmeinenden Männern und von Büchern, welche einen Anspruch auf wissenschaftliche Bedeutung zu erheben im Stande sind.

Da liegt z. B. vor mir ein Buch von Piérard, betitelt: „Das Drama von Waterloo. Eine historische Ehren-Rettung.“ (Le Drame de Waterloo. Grande réstitution historique. Paris, Bureau de la Revue spiritualiste. 1869). Der französische Verfasser ist antibonapartistisch und republikanisch gesinnt. Der Zweck des Buches ist, zu beweisen, daß die Niederlage der Franzosen bei Waterloo nicht, wie Herr Thiers und Konsorten behaupten, ihre Ursache in Mißgriffen einzelner Generale (Ney und Grouchy) und in diesem oder jenem ganz unerhörten Mißgeschick habe, sondern auf alleinige Rechnung der Fehler und Lässigkeiten des Kaisers zu setzen sei. Piérard zeigt überall die wohlwollendsten Gesinnungen für Deutschland und läßt der preußischen Armee und ihrem Antheil an dem Erfolge von Waterloo die vollste Gerechtigkeit widerfahren. Daneben giebt er den entschiedensten Abscheu gegen den Krieg, als das Werkzeug der Tyrannei, zu erkennen.

Aber trotz Alledem predigt der Verfasser schließlich doch auch den Krieg Frankreichs wider Deutschland, um die Schlappe von Waterloo gutzumachen und das linke Rheinufer zu erobern. Er unterscheidet sich hierin gar nicht von jedem anderen ordinären Chauvinisten und albernen Säbelrasseler Frankreichs. Was aber bemerkt zu werden verdient, ist der Umstand,

daß er sich zur Rechtfertigung des Feldzugs, den er predigt, auf niemand Anderes beruft, als auf die „deutsche Demokratie" d. i. auf jene After-Demokratie, welche wie gesagt im Verein mit den Pfaffen und den Hofschranzen auf deutschem Boden französischen Cancan tanzt.

Zur Probe übersetze ich Ihnen folgende pathetische Apostrophe, welche Herr Piérard an uns Deutsche richtet: „Deutsche Männer, ruhmverklärt durch den großen Friedrich, mehr noch durch die Humboldt, Kant, Goethe und so viele andere begeisterte Philosophen, Gelehrte und freie Denker, euer vorherrschender Charakterzug ist, euch im Erfolge unmäßig stolz zu überheben. Thut es nicht zu sehr. Wenn ihr bei Waterloo gesiegt habt, so geschah es, weil ihr dort wie im Jahre 1813 die Soldaten der Freiheit waret und ein Widerstand gegen die Tyrannei des Säbels, welche der Potentat des Jahrhunderts euch und Frankreich und Europa auferlegen wollte . . . . Gott segnete darum eure Waffen, indem er den Tyrannen, welcher der Feind Aller war, verblendete und lähmte. Aber wisset, daß die Männer, welche ihr damals vor euch fliehen sahet, euch immer besiegt haben, wenn sie in gleicher Zahl waren, und manchmal selbst, wenn sie nur Einer gegen Zwei waren. [Roßbach, Katzbach, Dennewitz u. s. w.?] Wenn ihr Bürgersoldaten seid, aufmerksam, unterrichtet, zäh und gute Manövrirer, so erinnert euch, daß der französische Soldat die disziplinirte Kriegswuth ist, der begeisterte Soldat, mit einem Worte, der erste Soldat der Welt, und daß er immer unbesiegbar sein wird, wenn er unter der Fahne einer großen Sache marschirt. Auch überhebt euch nicht mehr wegen eures Sieges von Sadowa, als über den von Waterloo. Bei Sadowa habt ihr nur die besiegt, die immer besiegt worden sind, und wenn eure neuen Triumphe nur dazu führen sollen, den Militär-Despotismus bei euch zu verstärken, die Nationalitäten zu zerstören und Deutschland zu verschlingen, anstatt es zu einigen

unter der Herrschaft der demokratischen Ideen .... dann, und dies beherzigt wohl, ihr Preußen, dann werdet ihr von dem Gott der Armeen bei der ersten Gelegenheit verlassen werden. Und wenn die wiedererstandenen Sieger von Valmy gegen euch marschiren werden unter der Fahne und mit den Ideen von 1792, dann macht euch gefaßt darauf, vor ihrem unvergleichlichen Ungestüm zu weichen .... wenn auch die neuen Waffen, welche der höllische Genius der Zerstörung erfunden hat, den Soldaten des Angriffs ihren Vortheil nehmen, um denselben dem passiven Muthe zu geben .... so wird das doch nicht hindern, daß irgend ein anderer Jourdan, irgend ein Hoche oder neuer Marceau nach Frankfurt marschiren, vereint mit den Vaterlandsgenossen von Simon von Trier, von Robert Blum, von Dr. Mayer von Stuttgart und von Jakobi von Berlin, um den großen demokratischen deutschen Bund zu proklamiren, als integrirenden Theil der weiten brüderlichen allgemeinen Republik, welche die Welt erwartet ...."

Also es soll eine französische Invasion nach Deutschland stattfinden. Sie soll sich zunächst nach Frankfurt am Main richten. Die Frankfurter „Schweizerbürger", die so gern die Waffen führen, werden sie dort ahnungsgrauend und todesmuthig begrüßen. Männer wie Simon von Trier, Robert Blum, Karl Mayer von Stuttgart und Johann Jakobi von Königsberg (nicht von Berlin) werden sich mit der französischen Invasionsarmee vereinigen, um „Brüderschaft und Gleichheit" zu proklamiren wie Anno 1792.

Wenn Robert Blum*) noch lebte, seine Antwort auf

*) Die süddeutschen Blätter, mitinbegriffen die Frankfurter Zeitungen und die Darmstädter Hofdemokratenpresse, schreiben gegenwärtig wie auf Kommando Leitartikel über die Männer, welche 1849 dem Standrecht zum Opfer gefallen sind. Aber Robert Blum, bei weitem der hervorragendste an Geist, Charakter und Willenskraft, wird dabei mit dem sorgfältigsten Stillschweigen übergangen, offenbar nur deshalb, weil es österreichische Kaiser-Jäger waren, deren Kugeln seine Brust durchbohrten. Das nennt man jetzt großdeutsche Demokratie. Die Zukunft wird es anders nennen.

diese französische Albernheit würde nicht lange auf sich haben warten lassen und ohne Zweifel nach der Vorschrift: „Auf grobes Klotz ein grober Keil — auf Schelme anderthalbe", eingerichtet gewesen sein.

Davon daß das vormalige Parlamentsmitglied Ludwig Simon, oder der württembergische Abgeordnete Karl Mayer, oder der preußische Abgeordnete Johann Jakobi gegen die Zumuthung, daß sie oder ihre „Vaterlandsgenossen" im Stande wären, an der Spitze einer französischen Invasionsarmee, oder auch nur an deren Schweif, in Deutschland einzumarschiren, Protest erhoben hätten, ist mir bis jetzt nichts bekannt geworden, obgleich das „Drama von Waterloo" bereits vor drei Vierteljahren erschienen ist. Sollten ihnen gegenwärtige Zeilen erst Kenntniß bringen von dem höchst eigenthümlichen Gebrauch, den ein französischer Autor von ihrer politischen Firma macht, und sie sich dadurch bewogen finden, das Versäumte nachzuholen, so würde mir dies zur aufrichtigsten Genugthuung gereichen. Sie hätten dazu Ursache. Denn es scheint, der Franzose pocht auf ihre Autorität, wenn er behauptet, in Deutschland existirten nicht eine Nation, sondern Dutzende verschiedener „Nationalitäten" (wie in Oesterreich), diese höchst kostbaren Nationalitäten, wie z. B. die bückeburgische, die reuß-greiz-lobensteinsche, die hessen-homburgische und die hessen-darmstädtische, müßten um jeden Preis, und wäre es der der Fremdherrschaft und der Zerstückelung Deutschlands, konservirt werden, und Deutschland warte mit Sehnsucht darauf, daß sich die französischen Heere auf seine Gefilde ergießen, unter der Fahne und mit den Ideen von 1792.

Ich hoffe, die Herren Simon, Mayer und Jakobi werden Herrn Piérard über den wirklichen Sachverhalt aufklären. Sie werden ihm sagen, daß die Deutschen sich nicht aus verschiedenen Nationalitäten zusammensetzen, sondern daß sie eine einheitliche und hoffentlich in Zukunft untheilbare Nation bilden, deren Ehre und Wohlfahrt vollkommen unab-

hängig davon ist, daß ein Hessen-Darmstadt oder ein Hessen-Homburg, ein Bückeburg oder ein Reuß-Greiz-Lobenstein existirt; daß wir fremde Heere in Deutschland nicht erwarten, sondern nur *deutsche Hiebe* für sie in Bereitschaft halten; daß Deutschland seine Freiheit selbst machen wird, jedenfalls aber keinen Import dieses Artikels aus einem Lande wünscht, wo derselbe so schlecht gedeiht, daß der eigene Bedarf nicht gedeckt wird; und daß, wenn etwa (was *unsere* Meinung durchaus nicht ist,) eine Nation sich um die Freiheit und die sonstigen inneren Zustände der andern zu kümmern hätte, heut zu Tage die welterlösende Freiheitsarmee wohl in umgekehrter Richtung zu marschiren hätte, als 1792.

Die Herren *Simon*, *Mayer* und *Jakobi* werden Herrn *Piérard* ferner sagen, daß das heutige Deutschland auf einer anderen Stufe steht, als das von 1792; daß es erlöst ist von dem größeren Theile der Leiden, welche ihm damals die geistliche und weltliche Kleinstaaterei, der wahrhaft polnische Reichswirrwarr, der Feudalismus und der polizeilich-fiskalische Territorialismus auferlegten; daß die deutsche Nation auf dem Gebiete des Wissens und des Wollens, daß sie in Politik und Volkswirthschaft, in Schule und Kirche, in Wissenschaft und Kunst, in Charakter und Vaterlandsliebe seit 1792 solche Fortschritte gemacht hat, daß sie die Beseitigung der noch vorhandenen Mängel nicht von *fremden Waffen* erhofft, sondern getrost *von ihrer eigenen Initiative und Selbsthülfe* erwartet.

Sie werden ihm endlich sagen: „Wir, die deutsche Demokratie, wir haben unsere Beschwerden gegen unsere Landsleute in Preußen, gegen den Militarismus, gegen die Büreaukratie, gegen den Steuerdruck. Allein das werden wir unter einander austragen. Wir werden fremden Beistand zurückweisen, namentlich aber den der Befreier von 1792. Denn wir wissen, wie sie gehaust, wie sie die Parole „Brüderschaft — Gleichheit" sofort umgewandelt haben in „Brüder, schafft gleich heut'" Geld — Geld — und abermals Geld; wie sie den deutschen Boden mit

25*

fremden Heerschaaren und einer Legion neuer Gesetze, deren Sprache man nicht kannte, überschwemmt haben; wie eine Unzahl habsüchtiger Abenteurer und betrügerischer Schwindler gleich Heuschrecken angezogen kam, um unter Mißbrauch obrigkeitlicher Gewalt die Bevölkerung auszurauben und zu entehren, um sie gleich Heloten mit Füßen zu treten."

Wenn die Herren Simon, Mayer und Jakobi, die Herren Frese, Meding und Klopp u. s. w. diese Sprache reden, wenn in Deutschland im Verein mit diesen Führern alle Radikale, alle Klerikale, alle Partikularisten, wenn die ganze Presse und das gesammte Volk, das Beispiel Bancels nachahmen und einstimmig rufen:

> „Einen Deutschen zu verdächtigen, daß er auf die Niederlage der deutschen Armee, der Armee seines Vaterlandes, getrunken habe, das ist ein Gedanke, der in keinem deutschen Herzen aufkommen kann";

dann ist der Tag gekommen, an welchem Frieden und Vertrauen zurückkehrt, Handel und Wandel blüht, das deutsche Heer reduzirt und der Steuerdruck vermindert wird.

Wenn nicht — nicht. Denn des Staates erste Pflicht ist die Selbsterhaltung.

XV.

Zwei Briefe über Altbayerisches.

Motto:
„Credo, quia absurdum est.“

Erster Brief.

Berlin, Anfang Juli.

Es giebt kein seltsameres Ding in Deutschland als die bayerische Presse. In diesem Königreiche, welches fast fünf Millionen Einwohner zählt und in der Bevölkerungsziffer also beinahe Schweden und Norwegen erreicht, giebt es nur sehr wenig Zeitungen von dem Kaliber, wie man es bei civilisirten Nationen heut zu Tage gewöhnt ist, wohl aber eine ganze generatio aequivoca von kleinen und kleinsten Blättchen, gedruckt mit stumpfen Lettern auf aschgraues Papier und gefüllt mit einem Inhalte, welchen sich hier zu Lande das Publikum nicht würde gefallen lassen. Diese eigenthümliche Beschaffenheit des Aeußeren eines großen Theils der bayerischen, namentlich der altbayerischen Tagespresse fällt nicht den Verlegern und Herausgebern zur Last, sondern ganz allein dem Publikum. Dieses ist dort nicht gewöhnt, für literarische Bedürfnisse Geld auszugeben; und daher finden die Zeitungen, wenn sie nicht sehr billig sind, keine Abonnenten. Die Blätter müssen daher entweder so sein, wie sie sind, oder aufhören zu existiren. Sint ut sunt, aut non sint. Betrachten wir uns zunächst einmal die kleinen altbayerischen Blätter. Die Mehrzahl derselben ist klerikal und, da das gegenwärtige bayerische Ministerium nicht klerikal ist, natürlich auch oppositionell. Diese klerikale Presse unterläßt es aber nie, jede Schimpfrede gegen den Minister mit einem Schweifwedeln gegen den König zu begleiten. Etwa so:

„Unser Ministerfürst Hohenlohe ist in Berlin zum Vizepräsidenten des Zollparlaments gewählt worden; — aber unser vielgeliebter König ist in München mit der heiligen Prozession in den Straßen herumgegangen. Edles Bayernvolk, was sagst Du dazu: ein bayerischer Fürst wird ein Berliner Vize! Ein bayerischer Ministerpräsident läßt sich von Bettelpreußen wählen; ein bayerischer Katholik wird der Untergebene des Präsidenten Simson, der, wie sein Aeußeres verräth, ein getaufter Jude ist. Pfui der Schande! Die bayerischen Abgeordneten haben natürlich bei dieser Beleidigung des edlen Bayernvolkes nicht mitgewirkt. Sie haben ihre Stimmen nicht dem Fürsten Hohenlohe gegeben, sondern Herrn Probst aus Württemberg, einem unserer Getreusten und Besten. Aber tröste Dich, edles frommes katholisches Bayernvolk! Die Berliner Schmach ist in Bayern, ist in München gesühnt worden. Dein König ist mit der Prozession gegangen. Der katholische König inmitten seines katholischen Volkes, in Demuth hinter dem heiligen Sakramente und den Priestern her wandelnd, — das ist der lebendige Protest wider die schmachvolle Rede, welche unser Ministerpräsident in Berlin verübt hat, — das ist der lebendige Protest gegen den Versuch, die Allgewalt der bayerischen Krone dem Szepter der Hohenzollern zu unterwerfen, uns den gierigen Preußen zum Fraße vorzuwerfen und uns um den heiligen Glauben unserer Väter zu betrügen."

So lautet es in allen jenen klerikalen Winkelblättchen, welche schier von einem Manne geschrieben zu sein scheinen. Denn Inhalt und Form ist überall gleich. Was die Form anlangt, so habe ich dieselbe in obiger freier Reproduktion ein wenig gemildert. In ihrer ganzen ursprünglichen Wildheit würde sie unsern Lesern völlig ungenießbar sein. In zwei Stücken muß man den Blättern seine Anerkennung zollen; erstens: sie sind niemals langweilig, was man einigen, sonst höchst respektabeln und gründlichen norddeutschen Zeitungen nicht ohne allen Grund zum Vorwurf macht. Zweitens sind

sie populär, d. h. sie schreiben in einer Tonart, welche den meisten Schichten der Bevölkerung (mit inbegriffen den „vornehmen" Pöbel) mundgerecht ist, und nicht nur verstanden, sondern auch wohlgefällig an- und aufgenommen wird. In Betreff dieser Akkommodationsfähigkeit könnte die norddeutsche Presse von der altbayerischen mancherlei lernen. Sie würde dadurch größeren Einfluß und weitere Verbreitung gewinnen, namentlich auch bei denjenigen Volksklassen, welche bei dem allgemeinen Stimmrechte vorzugsweise in Betracht kommen. Ich bin weit entfernt, unseren Zeitungen zuzumuthen, daß sie zu den ungebildeten Klassen heruntersteigen. Aber sie könnten doch denselben, um sie emporzuheben, etwas weiter entgegengehn. Dermalen scheinen sie mir ein wenig an dem entgegengesetzten Fehler zu leiden, als an dem, woran die klerikalen Blätter in Bayern in vollstem Maße laboriren.

Was nun die Taktik der letzteren anlangt, so möchte ich auf drei Punkte besonders aufmerksam machen:

Erstens: Gründe werden nie angegeben. Die Klerikalen sagen mit Sir John (Falstaff): Und wenn Gründe so billig wären wie Brombeeren, ich gebe keine Gründe. Bayerisch ist bei ihnen gleichbedeutend mit tugendhaft, preußisch ist gleichbedeutend mit lasterhaft. Das ist ein Dogma, und wer's nicht glaubt, ist ein Ketzer. Der umgekehrte Satz, in Berlin ausgesprochen, würde dort eine ungeheure Heiterkeit hervorrufen, obgleich wir keine Ursache haben, uns Preußens zu schämen, und insonderheit der Berliner nicht grade an einem Uebermaß von Bescheidenheit leidet; denn er hat ja bekanntlich den schönen Reim erfunden: „Bescheidenheit die schönste Zier, — doch geht es besser ohne ihr!" Aber eine so unsinnige Selbstvergötterung, wie sie die altbayerisch-klerikalen Blätter den biedern Altbayern vorschwindeln, würde selbst der unbescheidenste Berliner höchst lächerlich finden. Allermindestens würde er nach Gründen verlangen, und wäre es auch nur, um sich über dieselben lustig machen zu können.

Zweitens: Thatsachen erfährt der geehrte altbayerische Leser durch seine klerikalen Blättchen niemals. Die Blätter sind zu klein und bedürfen zu Schmähungen zu viel Raum. Deshalb fehlt er ihnen für Thatsachen. Keiner der klerikalen Zeitungen, welche den bayerischen Minister und Abgeordneten Fürst Hohenlohe wegen seiner Wahl zum zweiten Vorsitzenden des Zollparlaments angreifen und die (beiläufig gesagt: ziemlich inhaltlose) Rede, welche er bei dieser Gelegenheit gehalten, zum Gegenstande ihrer Schmähungen machen, fällt es ein, den Text dieser Rede mitzutheilen. Sie begnügen sich damit, die Behauptung aufzustellen, die Rede strotze von Hoch- und Landesverrath, Gotteslästerung und Schmähung des heiligen katholischen Glaubens. Dergleichen zu behaupten, ist in Bayern nämlich gar nicht gefährlich. Klagt Hohenlohe, so kommt die Sache vor die Geschworenen. Stehen letztere auf der Stufe von Einsicht, Bildung und Patriotismus, welche das klerikale Blättchen bei ihnen voraussetzt, so sprechen sie natürlich letzteres frei. (Freilich kommen auch Ausnahmen vor. Die Münchener Geschworenen fanden z. B. eines Tages das Treiben des unzählige Male freigesprochenen „Volksboten" doch etwas zu stark und verurtheilten denselben.) Hier zu Lande würde jedermann fragen: „Ja, was hat denn aber der Fürst Hohenlohe eigentlich gesagt? gebt mir den authentischen Text seiner Worte!" — In Altbayern fällt das Niemandem ein. Der altbayerische Leser*) ist gläubig. Und daraus folgt:

Drittens: Der Mangel an Thatsachen und Gründen wird überall durch das Vorschicken der Religion gedeckt. Dieser Mißbrauch der Religion erscheint um so gottloser, als es meistens Priester sind, welche diese Blättchen schreiben. Diese Priester haben Kirchengeschichte studirt oder sollen sie wenigstens studiren. Sie wissen daher oder sollten doch wissen, daß die

*) In Niederbayern können aber mehr als 20% der Bevölkerung nicht lesen und schreiben.

Religion stets gelitten hat, wenn sie sich in den Dienst weltlicher Zwecke begeben, wenn sie Hofintriguen, Volksagitationen und überhaupt der Tagespolitik gedient hat. Sie siegt dann wohl einmal mit der siegenden Gewalt, aber nur um desto sicherer auch mit der besiegten zu unterliegen. Die Lügen, welche man unter dem Deckmantel der Religion den Leuten über profane Personen und Zustände, über Politik, Finanzen, Volkswirthschaft u. s. w. auftischt, werden mit der Zeit als solche erkannt; und sobald dies geschieht, sinkt auch die Autorität der Religion in geistlichen Dingen in Folge des Mißbrauchs, welchen der Priester mit derselben getrieben.

Wer einer positiven Religion anhängt, der wird nicht bestreiten, daß es irgend eine Instanz geben müsse, welche in kirchlichen Dingen eine gewisse Autorität hat, mag es nun die Gemeinde, oder mag es die Priesterschaft sein.

Aber wenn diese Autorität in kirchlichen und geistlichen Dingen es versucht, die ihr durch die Natur der Sache gezogenen Grenzen zu überschreiten und sich auch auf profane und weltliche Angelegenheiten auszudehnen, so mag sie damit vielleicht bei einer vorübergehenden Gelegenheit, z. B. bei einer Zollparlaments- oder Landtagswahl, einen überraschenden und erfreulichen Erfolg erzielen; auf die Dauer jedoch geräth sie in Gefahr, ihren Einfluß ganz zu verlieren, namentlich auch auf denjenigen Gebieten, wo er ein naturgemäßer und berechtigter ist. Ich bitte um die Erlaubniß, zur Begründung dieser Meinung etwas weiter auszuholen. Ich hoffe, der Leser bereut es nicht, mir seine Aufmerksamkeit zu schenken. Denn die Frage, um die es sich handelt, ist eben so sehr von prinzipieller, wie von praktischer Wichtigkeit.

Der Streit über die religiösen Wahrheiten wird in der nächsten Zukunft schwerlich geschlichtet werden. Er schwebt schon zu lange, als daß wir uns dieser Hoffnung hingeben dürften. Ich halte es für einen verhängnißvollen Irrthum, wenn man sich von den raschen Fortschritten, welche wir in der letzten Periode

der Geschichte auf dem Gebiete des Wissens gemacht haben, von der langen und glänzenden Reihe von Entdeckungen und Erfindungen, wodurch die Annehmlichkeiten des Daseins gefördert worden sind, und namentlich die Ingenieurkunst, die Chemie, die Chirurgie und die Medizin bedeutende Verbesserungen erfahren haben, von den Reformen auf dem Gebiete der Staats-Verfassung und Verwaltung, der Politik und der Polizei, ebenso rasche und baldige Umwälzungen auf dem Gebiete der Theologie verspricht.

Ich berufe mich für diese Meinung auf eine gewichtige Autorität. Thomas Babington Macaulay sagt in einem seiner Essays:

„In der That scheint das Argument, mit dem wir hier zu thun haben, auf einem vollständigen Mißverständnisse zu beruhen. Es giebt Zweige des Wissens, in denen ihrer Natur nach der menschliche Geist nicht wieder zerstörbare Fortschritte machen muß. Wurde in der Mathematik ein Satz einmal bewiesen, so kann er niemals wieder bestritten werden. Jeder Zuwachs, der auf der alten Grundlage entsteht, bildet seinerseits wieder die Basis für einen neuen Aufbau. So wird die Masse der Wahrheiten hier ununterbrochen vermehrt. Dasselbe gilt von den angewandten Wissenschaften. Es ist unmöglich, daß die Welt in den exakten und in den Erfahrungswissenschaften jemals zurückgehe, oder auch nur auf derselben Stelle stehen bleibe.

In der Theologie dagegen ist der Fall ein ganz anderer. Alle die großen Räthsel, welche den Religionsphilosophen in Verlegenheit setzen, — wie z. B. die Frage, was aus dem Menschen nach dem Tode wird, — sind in jedem Zeitalter die nämlichen geblieben. Der Verstand eines kaum aus der Barbarei auftauchenden Volks reicht vollkommen aus, solche Fragen zu stellen. Das Genie eines Locke oder Clarke ist unfähig, sie definitiv zu beantworten. Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß spitzfindige Erörterungen über die Eigenschaften

der Götter, über den Ursprung des Bösen, die Prädestination, irgend einen hohen Grad geistiger Bildung voraussetzen. Im Gegentheil sind solche Erörterungen vorzugsweise das Entzücken altkluger Kinder und die Liebhaberei halbgebildeter Erwachsener. Es giebt eine Menge von Kindern, die mit vierzehn Jahren über solche Fragen so viel nachgedacht haben, daß sie vollkommen das Lob verdienen, das Voltaire seinem Zadig ertheilt, nämlich: „Er wußte davon so viel, als man in allen Zeitaltern gewußt hat, das heißt: sehr wenig.“ Das Buch Hiob beweist uns, daß diese beunruhigenden Fragen lange vor der Zeit, wo man in Athen die schönen Künste kultivirte, unter den Zelten des Emirs von Idumäa mit einem ganz ungewöhnlichen Grade von Scharfsinn und Beredtsamkeit erwogen und debattirt worden sind. Seitdem sind mehr als dreitausend Jahre verflossen, und doch hat die menschliche Vernunft seitdem noch keine genügende Lösung jener Räthsel gefunden, vor welchen damals Elifas und Zofar rathlos standen. So verhält es sich mit der Religionsphilosophie oder der natürlichen Theologie.

Aber auch die geoffenbarte Religion hat nicht den Charakter einer fortschreitenden Wissenschaft. Nach der protestantischen Lehre ist die göttliche Wahrheit in gewissen Büchern enthalten. Sie stehen Jedem offen, der lesen kann, und alle Entdeckungen und Fortschritte der Welt vermögen nicht, diesen heiligen Urkunden auch nur eine Zeile hinzuzufügen. Ein Christ des fünften Jahrhunderts mit der Bibel in der Hand, befindet sich in keiner bessern und keiner schlechtern Lage, als ein Christ des neunzehnten Jahrhunderts mit der Bibel in der Hand, vorausgesetzt, daß Beide denselben Grad von natürlichem Verstande und redlichem Willen besitzen. Darauf, daß man im fünften Jahrhundert von dem Kompaß, der Buchdruckerkunst, dem Pulver, der Dampfkraft, dem Gas und hundert anderen wichtigen Erfindungen, die uns heute zu eigen sind, noch nicht das Geringste wußte, kommt in diesen Fragen gar nichts an.

Grade so verhält es sich mit der katholischen Lehre von der Tradition und der dogmatischen Autorität.

Es ist wahr, daß der Mensch in den Dingen, welche dieses Leben und diese Welt betreffen, im Laufe der Geschichte immer klüger wird. Es ist aber auch nicht minder gewiß, daß der Mensch in Beziehung auf höhere Kräfte und einen künftigen Zustand, um mit Goethe's Mephisto zu reden,

„ — — „bleibt stets von gleichem Schlag,
Und ist so wunderlich als wie am ersten Tag."

Johnson, der in allen anderen Beziehungen ungläubig war, stritt doch für Wunder und Geistererscheinungen mit großem Eifer. An „Ossian's Gedichte" wollte er nicht glauben, aber das „zweite Gesicht" (oder wie man es in Westphalen nennt, die „Spöken-Kiekerei") galt ihm für eine unzweifelhafte Wahrheit; das Erdbeben von Lissabon bezweifelte er, aber „das Gespenst im Hahnengäßchen" fand an ihm einen Gläubigen.

Auch der Pastor Knak findet für seine Dogmen Gläubige, aber wenn er die Erde festnageln will, wird er zum Gegenstand des Gespöttes; und eine lustige Badegesellschaft, welche sich beim Regenwetter und bei der Kälte in Pommern langweilt, benutzt die moderne Erfindung des Telegraphen, um ihn zu requiriren, er möge an der Sonne besser drehen, daß sie scheine und Wärme verbreite.

„Wenn der Katholizismus," sagt Macaulay, „durch die päpstliche Entscheidung, daß die Sonne sich um die Erde bewege, nicht in gleicher Weise gelitten hat, so liegt der Grund darin, daß gegenwärtig alle gebildeten Katholiken mit Pascal behaupten, die Kirche habe, indem sie sich die Entscheidung über diesen Punkt angemaßt, ihre Kompetenz überschritten und sei in Folge dessen jenes übernatürlichen Beistandes beraubt worden, den sie, nach dem Versprechen ihres Gründers, bei Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und bei Beschränkung auf ihre legitime Kompetenz stets erwarten dürfe."

Ich habe diese Deduction und diese Beispiele aufgeführt,

um zu zeigen, welcher Unterschied besteht zwischen der Religion, auf der einen Seite, und den exakten und erfahrungsmäßigen Wissenschaften, sowie den sonstigen praktischen Dingen, welche das Leben dieser Welt betreffen, auf der andern.

Wenn eine in der Kirche vorübergehend zur Herrschaft gelangte Partei ihren Einfluß benutzt, um diese Grenze zwischen geistlichen und weltlichen Dingen zu verwischen, wenn sie ihre Autorität nicht auf das Gebiet der Religion beschränken, sondern auch auf das der Wissenschaften und Künste, des Staats und des Rechts und der Wirthschaft, der Politik und des Kriegs, ausdehnen will, so setzt sie sich einer Gefahr aus, welche ihr auf dem Gebiete der Religion nicht droht, nämlich der Gefahr, von der Logik der Thatsachen und der Macht der Ereignisse der Lüge überführt zu werden, so daß sich kein Mensch von redlichem Willen und gesundem Menschenverstand dem Eindruck einer solchen, die geistliche Autorität rektifizirenden Niederlage zu entziehen vermag.

Als im Jahre 1866 die Preußen siegten, meinte eine fromme Bäuerin in der bayerischen Pfalz, es müsse doch mit der Religion nicht mehr ganz in Ordnung sein; „denn," sagte sie, „wir Katholiken haben volle acht Tage täglich mit dem Pastor für den Sieg der österreichischen Waffen gebetet, die Preußen aber haben nur einen Bettag gehalten, und doch haben die Preußen gesiegt; ich begreife wirklich unsern Herrgott gar nicht mehr."

Hätte der Herr Pastor sich nicht so tief in Kriegsaffairen eingelassen, so wären dieser frommen Seele ihre Zweifel und Gewissensbeunruhigungen erspart geblieben.

In Nassau versicherten 1864 die Geistlichen, in Folge des deutsch-französischen Handelsvertrages werde der Wein um fünfzig Prozent abschlagen; in Wirklichkeit stieg er um fünfzig Prozent. Diese falsche Prophezeihung hatte eine glänzende Niederlage der klerikalen Partei bei der nächsten Landtagswahl

zur Folge. Auch hat die kirchliche Autorität bei den Gebildeten dadurch erheblich gelitten.

So wird der legitime Einfluß gefährdet durch Uebergriffe und Usurpationen.

Auf den Versuch, das geistliche Regiment auf weltliche Dinge auszudehnen, folgt als Rückschlag der politische und religiöse Radikalismus. Der Bischof von Toledo ist der Vater des Sennor Castelaar, oder wenigstens seiner Reden.

In Bayern wird vielleicht bald schon der Einfluß der Klerikalen dem Einflusse der sozialistischen Häuptlinge weichen müssen.

Das sollten die kirchlichen Autoritäten bedenken! Freilich huldigen einige geistliche Großwürdenträger der Politik der Desperation und des Pessimismus. „Will der König nicht ein König von Gottes Gnaden sein," sagen sie, „gut, dann sind wir selbst die Ersten auf den Barrikaden; dann möge die Revolution losbrechen, dann möge die Sündfluth von Thränen und Blut über uns kommen, die keinen Stein auf dem andern läßt. Wir, die Kirchenfürsten, werden allein heil aus derselben hervorgehen, — und dann wird ein Hirt und eine Heerde sein!"

Die guten Herrn vergessen, daß ein Mensch, und mag er noch so hoch gestellt sein, die Sündfluth nicht fabriziren, und noch viel weniger sie dirigiren kann.

Zweiter Brief.

München, Ende Juli.

Fürchten Sie nicht, daß ich Sie von der „internationalen Kunstausstellung" unterhalte. Allerdings widme ich derselben einige Tage, bevor ich nach Tyrol gehe, um in Gemeinschaft mit meinem alten Gletschergefährten das Val di Gardena, Val di Fassa, Livinalungo, Ampezzo u. s. w. zu besuchen und auf dem Monte Monzoni und anderen ehrwürdigen Dolomithäuptern mineralogische Studien zu machen.

Ich werde aber über Kunstausstellungen so wenig schreiben, wie über Gegenden, obwohl es zu meinen Lieblingsbeschäftigungen gehört, die Welt zu durchstreifen und Bilder und Gegenden zu sehn. Ich muß gestehn, daß ich mich außer Stande fühle, die empfangenen Eindrücke vollständig und so, daß der Leser in dieselbe Anschauung und Stimmung, wie ich, versetzt wird, durch die Schrift wiederzugeben. Deshalb überlasse ich dies Geübteren und Berufeneren.

Außerdem befindet sich die hiesige Ausstellung dermalen noch in einem gewissen Zustande gemüthlicher Anarchie. Jeglicher Katalog fehlt. In der Art der Anordnung ist kein System zu entdecken, und man muß die Namen der Maler mühsam von den Bildern abzulesen und zu entziffern suchen. Es sei denn, daß man sich zu einer einfacheren Methode bekennt, welche ein altbayerischer Kunstfreund anwandte. Dieser behauptete nämlich, die Mehrzahl der aus Frankreich eingesandten Bilder rühre von zwei Meistern her, wovon der Eine den Namen „Exemt" und der Andere den Namen „Medaille" führe.

Er nahm die Verkündigung der dem Bild auf der französischen Ausstellung zu Theil gewordenen Auszeichnung, welche in großer Schrift auf dem Rahmen prangt, für den Namen des Malers.

Ein Freund aus der bayerischen Rheinpfalz, also ein rheinischer Franke, erzählte mir diesen rührenden Zug von Kunstverständniß und fügte hinzu: „Das ist ächt altbayerisch."

Ich erzählte ihm dagegen meine Observationen über die bayerischen Blätter, wie ich Sie Ihnen zu Anfang dieses Monats brieflich mitgetheilt habe.

Der edle Franke lachte und sagte: „Ja, wissen Sie, das sind nun einmal unsere berechtigten Eigenthümlichkeiten, die Niemand besser charakterisirt hat, als unser trefflicher Ludwig Steub, dessen Bücher über Bayern und Tyrol Sie sich sofort kaufen und studiren müssen; denn sie verdienen es wahrhaftig. Ludwig Steub also befand sich in einer Gesellschaft bajuvarischer Schriftgelehrter. Man suchte irgend ein System oder ein

Prinzip aufzufinden, nach welchem das gegenwärtige Königreich Bayern zusammengesetzt sei. Der Eine suchte die Existenz dieser rheinbündlerischen Konfiguration ethnographisch, der Andere orographisch, der Dritte hydrographisch zu rechtfertigen. Aber keine der verschiedenen Konjekturen wußte den Beifall der Mehrzahl zu erringen. Schon verzweifelte man schier daran, ein Prinzip aufzufinden und hierdurch die Existenz des theuern Vaterlandes zu retten. Da rief Ludwig Steub: „‚Halt! Ich hab's. Ich weiß das einheitliche Prinzip, nach welchem man verfuhr, als man unser Königreich schuf: Man vereinigte alle Territorien, deren Bevölkerung keine Bücher kauft, und nannte Das Bayern.“

Uebrigens machen Steub's eigene Bücher denn doch auch in Bayern eine Ausnahme, was um so mehr Anerkennung verdient, als er darin seinen altbayerischen Landsleuten manche recht derbe Wahrheit sagt, freilich immer in so liebenswürdiger Form, daß sich selbst der eingefleischteste Knödelvertilger kaum darüber zu ärgern im Stande ist.

Zunächst gestatten Sie mir, an meinen ersten Brief anzuknüpfen, erstens um einen Irrthum zu berichtigen und zweitens, um die von Ihnen gewünschte nähere Erläuterung über den Begriff „Altbayerisches“ zu geben.

Beginnen wir mit dem letzten Punkte. Es ist eine Fabel, es ist in der That nur ein läppisches Ammenmärchen, wenn die Partikularisten versichern, die deutschen Territorialstaaten repräsentirten die deutschen Stämme. Im Gegentheil. Statt die Stämme zu repräsentiren und zusammenzufassen, theilen und zerstückeln sie solche. Der alte deutsche Kernstamm der Schwaben ist (abgesehen von den Stammesgenossen in der Schweiz und im Elsaß, welche für Deutschland politisch verloren sind, und zwar letzteres in Folge der Ohnmacht der geistlichen und weltlichen Kleinstaaterei im westlichen Deutschland) vertheilt zwischen Baden, Württemberg und Bayern, und in jedem dieser Staaten ist ihm eine nicht-schwäbische Bevölkerung beigegeben. So oft der

Stuttgarter „Beobachter" etwas Albernes sagt, was ihm beinahe jeden Tag zuzustoßen pflegt, und so oft er sich dabei des majestätischen Plurals bedient „Wir Schwaben", protestiren die Schwaben in Baden und in Bayern, indem sie behaupten, der „Beobachter" habe nicht das Recht, im Namen der Schwaben zu reden, sondern nur in dem der Württemberger. Beiläufig bemerkt, geht auch letzteres Zugeständniß zu weit. Denn auch in Württemberg giebt es, selbst unter den Leuten, die noch keine Vierzig zählen, sehr viel vernünftige Schwaben, und im Namen dieser zu reden, geht dem „Beobachter", als dem Erfinder der „nächtlichen Axt", alle und jede Legitimation ab.

Wie nun einmal der Dualismus die Krankheit der ganzen deutschen Nation ist (hoffen wir, bald sagen zu können: war), so ist er auch die des bayerischen Volksstammes und des bayerischen Staates. Denn der deutsche Stamm der Bayern und das von den Franzosen erschaffene Königreich Bayern sind keineswegs identisch. Die Mehrzahl des altbayerischen Volksstammes gehört gegenwärtig zu Oesterreich, oder um es richtig und offiziell auszudrücken, zu der „ungarisch-österreichischen Monarchie." Sie bildet das Gros der Bevölkerung der deutsch-österreichischen Kronländer. Nur die Minderzahl des bajuvarischen Stammes wohnt in dem gegenwärtigen Königreiche Bayern. Die Bajuvarier in Oesterreich haben sich, in den größern Verhältnissen, worin sie leben, und in dem Kampfe um's Dasein (struggle for life), welchen sie mit den übrigen Nationen in dem buntscheckigen Kaiserstaate zu führen genöthigt waren, schneller und vollständiger entwickelt und sind ihren Brüdern in Altbayern durchschnittlich überlegen. Hieraus und aus dem Streben des widernatürlich Getrennten, sich wieder mit einander zu einigen, erläutern sich unter andern auch die Annektirungsgelüste, welche Oesterreich bei verschiedenen Gelegenheiten Bayern gegenüber an den Tag gelegt hat, und umgekehrt. Das Königreich Bayern aber hat neben seiner alt-bajuvarischen Bevölkerung eine der Zahl nach größere von fränkischer und schwä-

bischer Abkunft. Jene bewohnt die östlichen, diese die westlichen Provinzen. Der Unterschied zwischen der altbayerischen und der schwäbisch-fränkischen Bevölkerung in Sitten und Gebräuchen, Lebensweise und Tracht, Mundart und Körperbeschaffenheit springt jedem gleich in die Augen. Die Franken sind ihrer Superiorität sich sehr deutlich bewußt. Bei ihnen ist „Altbayer" beinahe ein Schimpfwort. Zu Altbayern rechne ich folgende Provinzen: 1) Oberbayern mit München, 2) Niederbayern mit Passau, 3) Oberpfalz mit Regensburg. Fränkisch und Schwäbisch dagegen sind 1) die Rheinpfalz mit Speier, 2) Oberfranken mit Bayreuth, 3) Mittelfranken mit Nürnberg, 4) Unterfranken mit Würzburg und Aschaffenburg, 5) Schwaben mit Augsburg und Memmingen. Bei den letzten Landtagswahlen ist der Dualismus recht deutlich zu Tage getreten. Die Altbayern haben total klerikal gewählt, mit alleiniger Ausnahme der Hauptstadt München, deren Bevölkerung aus den verschiedenen Stämmen gemischt ist. Die Franken und Schwaben haben zum größern Theile liberal gewählt; und selbst da, wo es dort dem Einflusse der Priester auf das Landvolk gelungen ist, einen klerikalen Abgeordneten durchzusetzen, war doch immer eine sehr ansehnliche liberale Minorität vorhanden.

So hat sich denn das Königreich Bayern, diese Rheinbundsschöpfung von Napoleon's Gnaden, durch die Landtagswahlen gleichsam in seine ursprünglichen Bestandtheile wieder aufgelöst. Hie Welf — hie Waiblinger! Hier altbayerisch, klerikal, bajuvarisch. Dort neubayerisch, liberal, fränkisch und schwäbisch. Und wenn man seine Kenntniß der bayerischen Zustände lediglich aus den in meinem ersten Briefe besprochenen kleinen, kleinsten und allerkleinsten Blättern und Blättchen schöpft, wenn man die Wuth betrachtet, mit der sie einander zerfleischen, die infernalische Bosheit, mit welcher namentlich die klerikalen Blätter die Person, den Privatcharakter und die Familie ihrer Gegner angreifen und Skandal auf Skandal häufen, so möchte man fast

glauben, es sei unmöglich, daß das Ganze auf *die* Art noch lange zusammenhalten könnte.

Die fränkischen und schwäbischen Landestheile erfreuen sich einer hohen Kultur. Bei den altbayerischen ist das Gegentheil der Fall und deshalb stehen sie auch in *weltlichen* Dingen, und namentlich in der Politik und in den Wahlen, unter der Fuchtel des Klerus. Man spricht viel von der französischen Präfektenwirthschaft und ihren Wahlmißbräuchen. Aber ein französischer Präfekt ist ein Kind im Vergleich zu dem in Wahlen machenden bayerischen Kuratus. Der Präfekt disponirt doch nur über die Schreckmittel des Diesseits, der Geistliche aber auch über die des *Jenseits*. Der erstere bearbeitet doch nur die Männer, der letztere aber auch die *Frauen*. Auf Rath des Geistlichen bedrohten die Frauen in einem bayerischen Dorfe ihre Männer, welche liberal wählen wollten, für den Fall der Ausführung dieser Intention würden sie, die Frauen, den Männern nichts mehr kochen. Was machen? Wasser und Brod schmeckt auf die Dauer schlecht; man will doch leben. Die eingeschüchterten Männer riskirten nicht die „Entziehung der warmen Kost auf unbestimmte Zeit". Sie wählten klerikal. Die Gänse hatten wieder einmal das Kapitol gerettet*).

---

*) Im Gegensatz zu dieser klerikalen Wahlgeschichte aus Bayern sei eine solche aus den letzten Tagen des Herzogthums Nassau hierher gesetzt. In Geisenheim im Rheingau lebte damals ein würdiger alter Gutsbesitzer Namens Schädel. Er zählte über achtzig Jahre, war ein eifriger Katholik und ging jeden Tag in die Kirche. In der Politik aber war er aufrichtig dem Fortschritt zugethan; namentlich mißbilligte er auf das Entschiedenste die damalige großdeutsche, antipreußische und zollvereinsfeindliche Politik der ihren Untergang eigenhändig vorbereitenden nassauischen Regierung. Am Tage der Landtagswahl kam früh Morgens der katholische Frühmeßner zu Herrn Schädel und redete ihm eifrig zu, er, ein angesehener Mann, nach welchem sich viele Andere richteten, möge doch seine Stimme nicht dem liberalen, sondern dem klerikal-gouvernementalen Kandidaten geben. Herr Schädel ließ den Geistlichen ruhig ausreden. Dann fragte er ihn: „Herr Frühmeßner, kommen Sie als *Geistlicher* zu mir, oder als Mit-

Nun zur Berichtigung des Irrthums. Ich hatte in meinem vorigen Briefe gesagt, in Niederbayern (wozu auch das durch seinen Abgeordneten und Zollparlaments-Feuilletonisten Kaplan Lucas berühmte Straubing gehört) könnten mehr als zwanzig Prozent der Bevölkerung nicht lesen und schreiben.

Ich habe die offiziellen Zahlen nachgeschlagen und finde, daß diese Angabe weit hinter der Wahrheit zurückbleibt.

Nach der offiziellen Statistik steht Folgendes fest: Nach einem aus acht Jahren, aus der Zeit von 1860 bis 1868, gezogenen Durchschnitt ist in Oberbayern (Hauptstadt München) der elfte, in Oberpfalz (Hauptstadt Regensburg) der siebente und in Niederbayern (Hauptstadt Passau) der fünfte Mann unter den Rekruten des Lesens und Schreibens unkundig. Der bereits genannte niederbayerische Zollparlaments-Abgeordnete Kaplan und Feldprediger Lucas aus Straubing hat in seinen Parlaments-Feuilletons dieses Umstandes keine Erwähnung gethan, was um so mehr zu verwundern ist, da er ihn ohne Zweifel für eine der größten Lichtseiten seiner altbayerischen Heimath hält. Er hat nämlich zwei höchst denkwürdige Bücher geschrieben, wovon das eine den Titel führt: „Die Presse, ein Stück moderner Versimpelung", und das andre: „Der Schulzwang, ein Stück moderner Tyrannei." Feldprediger Lucas, welcher als solcher auch den bayerischen Feldzug von 1866 mitgemacht hat, verlangt Abschaffung des Schulzwangs. Er ist überzeugt, daß dann in Straubing niemand mehr lesen lernen wird, und hofft in diesem Falle auf die Rückkehr paradiesischer Zustände und das Aufhören aller „modernen Versimpelung", die Presse mit inbegriffen. Uns Preußen dagegen bezeichnet er in seinen geistreichen Feuilletons als halbrussische

bürger?" „Natürlich als Mitbürger, als Staatsbürger," erwiederte der Frühmeßner eifrig. „Es ist mir lieb, das zu hören," sagte der alte Herr, „es vereinfacht meine Antwort; da Sie nämlich als Staatsbürger zu mir gesprochen, so ist meine kurze Antwort auf Ihre lange Rede die: Junger Mann, Das verstehen Sie noch nicht!"

Barbaren, wahrscheinlich weil wir alle lesen und schreiben können.

Bedenkt man bei obiger Statistik, daß die Rekruten junge Männer sind, welche das schulpflichtige Alter noch nicht lange hinter sich haben, so wird man in weiterem Anbetracht, daß ältere Leute und namentlich die Frauen in der Regel noch weit schlechter unterrichtet sind, die Vermuthung nicht übertrieben finden, daß in Altbayern mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht ordentlich lesen und wahrscheinlich gar nicht schreiben kann. Da ist es denn einleuchtend, daß die Wahlen klerikal ausfallen und daß in der Prozeßordnung das Kerbholz und der Holzspan figurirt.

Trotzdem muß in Bayern jede Gemeinde eine öffentliche Schule halten und alle Kinder müssen dieselbe besuchen. Nach Vorschrift des königlich bayerischen Polizeistrafgesetzbuches Artikel 107 wird jede Schulversäumniß der Kinder an den Aeltern mit Gefängnißstrafe bis zu drei Tagen oder mit Geldstrafe bis zu 10 Gulden geahndet.

Die Kinder besuchen also die Schulen, aber sie lernen nichts darin. Die Schulen stehen unter den Geistlichen. Der Minister Fürst Hohenlohe will dieses Schulwesen reformiren. Deshalb haßt ihn die Geistlichkeit, und die Bewohner Altbajuvariens reichen Monstrepetitionen wider den neuen Schulgesetzentwurf ein. Sie verlangen Abschaffung des Schulzwangs oder wenigstens Abkürzung der Schulzeit. Sie verlangen, daß die Schule dem Geistlichen unterworfen sei. Denn der Geistliche ist gnädig und pflegt die Kinder nach Wunsch der Aeltern gern aus der Schule zu entlassen oder vom Schulbesuche zu dispensiren. Der Altbajuvarier will, daß der Holzspan sein Journal, das Kerbholz sein Hauptbuch und der Priester sein Halbgott bleibe.

Die Bevölkerung von Altbajuvaria beträgt etwa 39 Prozent von der des Königreichs, die Kriminalfälle in Altbajuvarien aber betragen 53 Prozent des Ganzen. Es kommen also auf je 100 Altbyaern je 14 Verbrechen mehr als auf 100 Neubayern. Ober-

und Niederbayern, also 2 Provinzen unter 8, stellen allein mehr als ein Drittel des Verbrecherkontingents der ganzen Monarchie. Auf je 2312 Oberbayern kommt jährlich ein schwerer Verbrecher. Die Schwurgerichte sind dort in Permanenz. Im Jahre 1868 haben in Oberbayern die Geschwornen 173 Tage lang zu Gericht gesessen. Verurtheilt wurden 354 Personen, darunter 153 wegen Diebstahls, 44 wegen Raufhändeln, Körperverletzungen rc., 45 wegen Fleischesverbrechen und haarsträubender Unsittlichkeiten. Dagegen zählt Bayern über 200 Mönchs- und Nonnenklöster, und Ober- und Niederbayern haben allein 5901 Geistliche, so daß fast auf je dreihundert Seelen ein Seelenhirte kommt. Vivat grex, vivat rex, vivat summus pontifex!

Wenn man in Bayern die Vorschrift der englischen Verfassung, wonach Priester sich an den Wahlen nicht betheiligen dürfen, und die Vorschrift der spanischen und italienischen rc. Verfassung, wonach, wer nicht lesen und schreiben kann, auch nicht wählen darf, einführte, dann würden die Wahlen aufhören, klerikal zu sein. Statt dessen gestattet das bayerische Gesetz den des Schreibens unkundigen Lesern mit ganz ausdrücklichen Worten, statt ihrer Namensunterschrift ein Handzeichen zu machen.

Trotz alle dem ist der bayerische Volksstamm ein außerordentlich tüchtiger und kräftiger. Er hat eine große Zukunft, sobald er einsieht, daß Wissen Macht ist (knowledge is power), sobald er das Einmischen der Priester in das weltliche Regiment beseitigt und dem System der Unwissenheit und des Verbrechens ein Ende macht.

Einstweilen aber hat Bayern 25 Geistliche in die Kammer gewählt; und funfzehn Prozent der neuen Volksvertretung sind katholische Priester. Und die württemberger Föderativ-Republikaner und Demokraten vom reinsten Wasser jubeln darüber. Sie erblicken darin den „Hort der Freiheit!"

Sie werden sich natürlich irren, sofern bei ihnen überhaupt von Irrthum, d. i. von unfreiwilligem Irrthum, die Rede sein kann. Ein Theil der unter klerikalem Einfluß gewählten

bayerischen Deputirten gehört dem Stande der öffentlichen Diener und Beamten an; und auf sie wird die Regierung immerhin einigen Einfluß gewinnen. Der größere Theil dagegen wird gegenüber dem Ministerium Hohenlohe eine äußerst feindselige Stellung einnehmen und dadurch, vermöge des Gesetzes der Entwickelung durch den Gegensatz, alle freisinnigen Elemente zwingen, der Regierung denjenigen Grad von Unterstützung zu leihen, welcher erforderlich sein wird, um zu verhindern, daß der Fürst Hohenlohe durch seine klerikalen Widersacher gestürzt wird. Man sieht also, die von der After-Demokratie des Südens bejubelten klerikalen Wahlen werden zunächst die Wirkung haben, daß die liberale Volksvertretung einen weit gouvernementaleren Charakter annimmt, als sie ohne dieses Ferment gehabt haben würde. Das ist die eine Wirkung. Die andere ist die:

In der bayerischen zweiten Kammer werden für die nächste Zukunft alle anderen Fragen mehr oder weniger in den Hintergrund treten vor der einen, welche sich auf die Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche erstreckt und um dieselbe gruppirt, — eine Frage, deren Lösung in einem Staate, wie Bayern, unendliche Schwierigkeiten bietet, so daß dieselbe, wenigstens die sofortige definitive Lösung, unter den augenblicklichen Konstellationen, auch stärkeren Kräften, als sie das Ministerium Hohenlohe aufzuweisen hat, schwer oder unmöglich sein würde. Die Klerikalen werden voraussichtlich zunächst die gegenwärtig zwischen Staat und Kirche gezogenen Grenzen überschreiten und auf Eroberungen ausgehen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie hierbei zurückgeschlagen und aus der Rolle des angreifenden Theiles in die des vertheidigenden gedrängt werden. Aber man darf nicht verkennen, daß auch die Möglichkeit des Gegentheils sehr nahe liegt. Denn Bayerns Herrscher zeigen seit dem dreißigjährigen Krieg durchschnittlich entschieden klerikale Neigungen. Liberale Anläufe verwandeln sich eben so oft in klerikale Rückläufe; oder man sagt vielleicht richtiger: der klerikale Geisteszustand ist die Regel und der liberale

tritt nur in Gestalt von lichten Zwischenblicken (lucidis intervallis) ein. Warf sich ja doch auch der Großvater des jetzigen Königs, der hellenisirende Kunst-Mäzen Ludwig der Erste alsbald in die Arme der Klerikalen, obgleich dieselben schwerlich eine allzu große Wahlverwandtschaft mit dem Hellenismus aufzuweisen hatten. „Bayerns Ludwig" litt an jenem Eigensinn, der den deutschen Kleinfürsten öfters eigenthümlich ist. Sie sind Götter einer kleinen Welt und daher eher im Stande, in Allem, auch im Kleinsten, wirklich oder vermeintlich selbst zu regieren. Die große Welt ist weit schwerer dazu zu bringen, einen Erdensohn, sei er auch noch so hoch geboren, als Gott oder Halbgott anzuerkennen. Jedenfalls aber muß das Oberhaupt eines größeren Staates nach der Natur der Sache darauf verzichten, Alles selbst und Alles nach seinem eigenen Kopfe machen zu wollen. Der natürliche Lauf der Dinge bringt es dahin, daß er sich Regierungsgehülfen zunächst aus den unparlamentarischen privilegirten Klassen, und später auch aus parlamentarischen Kreisen gefallen läßt, ohne die Bedingung zu stellen, daß diese Gehülfen sich vor ihrem Eintritt in die Staatsgeschäfte geistig entmannen, d. h. dem Herrscher gegenüber auf jede eigene Meinung verzichten. In vielen Kleinstaaten ist letztere Bedingung indispensable.

Ludwig I., der Bayernkönig, hatte eine nicht gering zu veranschlagende Begabung, welche an der Spitze eines größeren Staates vielleicht glänzende Früchte getragen haben würde. Er selbst hielt sich für durchaus liberal und national gesinnt und verkündigte dies am Beginn seiner Regierung der Welt in gereimten wie ungereimten Versen. Allein vermöge jenes launenhaften Eigensinns des Klein-Sultanismus pflegte er sich darüber, daß die Andern die „teutsche" Freiheit nicht akkurat so auffaßten wie er, daß sie über Prosodie und Metrik nicht gleich laxe Ansichten hatten und zuweilen Bayern mit einem I schrieben statt mit einem Ypsilon, so heftig zu ärgern, daß er den Klerikalen verfiel, welche es mit der Orthographie und auch mit manchen

andern Dingen nicht allzu genau nahmen und dadurch den Uebergang aus dem Ultra-Montanism in den Sola-Montanism vorbereiteten.

Solche Perioden, wie die Abel'sche unter Ludwig I., können wieder kommen. Freilich werden sie heut zu Tage nicht mehr so lange dauern; denn das Bayernvolk läßt sich doch dergleichen auf die Dauer schwerlich bieten. Ein Abel'sches Regiment im Jahre 1870 würde vielleicht die Entwickelung der Dinge beschleunigen, statt sie zu retardiren. Jedenfalls aber ist die nächste Zukunft in Bayern in Folge der eigenthümlichen Zusammensetzung des Landtags, welcher fast den Charakter eines Konzils trägt, nicht der nationalen, der politischen, administrativen, legislativen und wirthschaftlichen Reformaufgabe gewidmet, sondern einem Streite über die Grenzen der weltlichen und geistlichen Macht, der möglicher Weise in einen, wenn auch nur mit der Zunge (im Dorfe freilich mit Dreschflegeln, Wagenrungen und dem Schlagring) geführten Religionskrieg ausartet, und die Kräfte der streitenden Theile und der Regierung so sehr in Anspruch nimmt, daß solche hinsichtlich der eigentlichen Aufgaben eines Territoriallandtags vollständig lahm gelegt werden, was dann auch wieder dazu beiträgt, die faktische Gewalt der Regierung zu vermehren auf Kosten der legislativen, finanziellen und Kontrol-Befugnisse der Volksvertretung.

Jedenfalls ist während des Kampfes zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt, zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der hierarchischen Macht an erhebliche Reformen im Staate und in der Gesetzgebung kaum zu denken. Denn die Maschinerie des bayerischen Landtags ist ohnehin eine so schwerfällige und komplizirte, daß das geringste Hinderniß genügt, um sie zum gänzlichen Stillstand zu bringen.

Freilich sagen die württembergischen After-Demokraten: „Das ist es ja grade, was wir wollen; wenn die bayerische Fortschrittspartei die Hände voll zu thun hat, nur um sich unserer guten Freunde, der Pfaffen, (nos amis les ennemis) zu erwehren,

dann können sie keine nationale Politik treiben; der Kampf um's tägliche Brod, um's bayerische Dasein, wird sie hindern, an die deutsche Politik zu denken; höchstens werden sie der deutschen Einheitsidee nur noch eine, in den tiefinnersten Schrein des Herzens eingeschlossene platonische Liebe weihen; und so wäre denn in Bayern, Dank unseren geistlichen Verbündeten, der Marsch zur Einheit bis auf Weiteres sistirt."

Diese Auffassung der württembergischen Radikalen findet ein Echo in Preußen. Dort hört man sagen: „Was haben wir von der bayerischen Fortschrittspartei im Zollparlament? Sie treibt dort keine deutsche, sondern nur bayerische Politik. Sie fürchtet stets, sich zu exponiren und stimmt sogar schutzzöllnerisch. Sie schwankt zwischen der alten Fortschrittspartei Preußens und der jungen, d. i. der national-liberalen, und wagt nicht, sich der einen oder der anderen anzuschließen. Sie bleibt trotz des deutschen „„Liebesfrühlings"", den Dr. Völk verkündet, spezifisch bayerisch."

Ich für meine Person glaube, daß diese Vorwürfe vom nationalen Standpunkte aus unbegründet, und daß ebenso die Hoffnungen der antinationalen Württemberger chimärisch sind.

Die bayerische Fortschrittspartei (oder um mich genauer auszudrücken: die deutsche Fortschrittspartei in Bayern) beobachtet eine ganz richtige Taktik, wenn sie, in Erwägung der schwierigen Lage der Dinge in Bayern, im Zollparlament eine etwas reservirte Stellung einnimmt. Eingedenk des archimedischen „Δός ποῦ στῶ" müssen diese Männer vor Allem ihre Basis in Bayern konserviren; denn auf dieser beruht ihre Stellung in Deutschland. Das Weitere findet sich. Hier ist also die bayerische Politik eine deutsche. Und wenn in Folge dieser Taktik im Zollparlamente uns zuweilen einige Stimmen verloren gehn, so müssen wir uns dessen getrösten, oder noch besser: es ausgleichen dadurch, daß wir dafür sorgen, daß die Reihen der norddeutschen Zollparlaments-Abgeordneten nicht mehr fortwährend durch allerlei klägliche persönliche Sonderinteressen durchbrochen, und da-

durch die süddeutschen Partikularisten und Schutzzöllner, welche alle, mögen sie auswendig schwarz oder roth angestrichen sein, zu jeder Reform, auch zu der heilsamsten und vernünftigsten, stets „Nein" sagen und dem praktischen Erfolge nach auf dem hyperkonservativen Standpunkte des antediluvianischen Mammuth stehen, oft zu ihrem eigenen größten Erstaunen mittelst der Stimmen der norddeutschen Schutzzöllner (worunter namentlich Preußisch-Gouvernementale) in die Majorität versetzt werden.

Aber auch die Hoffnungen der anti-nationalen französisch-klerikalen After-Demokratie, daß der bevorstehende Kampf zwischen „Klerikal" und „Liberal" in Bayern die nationale Bewegung auf die Dauer paralysiren werde, werden sich schwerlich realisiren. Im Gegentheil, ein resultatloses Ringen beider Theile, welches gleichzeitig die Gesetzgebung und die administrative Reform lahmlegt, wird das Bedürfniß des Anschlusses an ein größeres Ganze erst recht wach rufen. Nur ein größerer Staat vermag ohne Besorgnisse der Kirche jene freie Stellung einzuräumen, welche ihr die preußische Verfassung gewährt. Und das Stocken der Gesetzgebung bringt das nationale Reformbedürfniß nicht zum Einschlafen, sondern zu einem desto energischeren Ausdruck.

Freilich hat das in Bayern zur Zeit einige Schwierigkeiten, namentlich in Altbayern. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß ich den altbajuvarischen Stamm für kerngesund, für äußerst bildungs- und entwickelungsfähig halte und glaube, daß ihm noch eine schöne Zukunft tagen wird. Aber gegenwärtig ist er hinter den meisten übrigen deutschen Stämmen noch etwas zurück. Ich will hierüber nicht mein eigenes Urtheil aussprechen, sondern das eines gewiegten Kenners von Land und Leuten, der zugleich ein richtiges Münchener Kind und ein trefflicher Autor ist. Ich meine Ludwig Steub in seinem neuesten Buche („Altbayerische Kultur-Bilder. Von Ludwig Steub. Leipzig, Keil 1869"). Er weist an der Hand der Geschichte nach, wie das partikularistische Absperren gegen die Einflüsse moderner Kultur die Quelle alles Unglücks von Altbayern ist. Er erzählt, wie man von der

Zeit des Königs Max I. an bis zur Gegenwart, deutsche Gelehrte, welche auf den Ruf des Königs aus anderen Gauen des Vaterlandes nach Bayern kamen und Humanität, Kultur, Kenntniß des Alterthums und der Literatur der Muttersprache mitbrachten, stets auf das Aeußerste anfeindete und verfolgte, namentlich wenn sie Protestanten waren auf Thiersch wurde ja sogar ein Mordversuch gemacht, ohne daß es gelang, den fanatischen Attentäter zu ermitteln): wie dagegen andererseits aus allen Himmelsgegenden kriegslustige ultramontane Schriftgelehrte nach München eilten, um dort, während sie selber soeben erst aus der Fremde „zugereist" waren, und „man nicht wußte, woher sie kamen," den Altbayern, über welche sie sich insgeheim lustig machten, und deren Mundart sie nicht einmal verstanden, unter dem Aushängeschild des Ur-Bajuvarismus, des spezifisch-partikularistischen Altbayernthums, einen hieratisch-archaistischen Kultus der Unkultur und der Unwissenheit zu predigen. Steub übersetzt „hieratisch-archaistisch" treffend mit: priesterlich-altmodisch. Der neueste Akt dieses importirten Pseudo-Bajuvarenthums war die Vertreibung Geibel's aus München. Immerhin ein Fortschritt! Denn zur Zeit des Philhellenen Thiersch (des *Κύριος Θύρσιος* der Neu-Athener) gebrauchte man das Eisen. Messerstiche waren damals noch stylus curiae, wie zur Zeit des Frà Paolo Sarpi.

„Das bayerische Leben," sagt Steub, „könnte für angenehm gelten. Tarok, Billard und Kegelbahn verkürzen die Stunden. Jagd und Fischfang gewähren Zeitvertreib. Sommerkeller und Waldausflüge, Wall- und Schlittenfahrten locken aus den hübschen Städtchen in die bajuvarischen Lüfte. Die Frau Posthalterin läßt bald einen „Huchen" aus der Donau, bald Schwarzwild aus dem Park kommen. Sie sorgt für Bock, für Salvator, überhaupt für würdige Schnabelweide. Aber es kommen leichter hundert „Huchen" und zweihundert Wildschweine in ein solches Städtchen, als ein neues Buch, ein neuer Gedanke, eine neue Anregung. Es giebt deren von drei- bis viertausend Ein-

wohnern, die nicht einmal ein Lesezimmer vermissen. Was Bildungsmittel betrifft, so wetteifern überhaupt Edelmann und Bürger in trappistischer Enthaltsamkeit. Begnügen sich ja selbst in der Hauptstadt die reichsten Leute mit den stinkenden Exemplaren der Leihbibliothek, statt alle Jahre nach englischem Vorbild ein paar Louis'dor auf den deutschen Parnaß zu tragen. Von der Literatur der Zeit und des Landes ist überhaupt kaum die Frage. Die Bekanntschaft mit Schiller und Goethe vermitteln nur dürftig die Liedertafeln. Leichter findet man auch ein Dutzend Honoratioren um halb ein Uhr Morgens noch beim Glase, als einen Sonderling um 7 Uhr Abends noch über den Klassikern sitzen. Von öffentlichen Dingen ist selten die Rede; in der Regel sind sie nicht darnach, daß man gern von ihnen sprechen möchte. Als in einem agrikolen Lande, mit wenig größeren Orten, lebt man ganz und gar in der Atmosphäre des Bauern. Während am Rhein der gemeine Mann den feinen Ton der Herren mit Erfolg nachahmt, so ahmen die Herren hier den Bauern nach. Man spricht bäurisch und legt sich auch bäurische Manieren bei. Diesem Zuge des Herzens entstammt wohl auch die allgemeine Beliebtheit der Joppe. Man findet allenthalben eine Menge gemüthlicher Leute, aber selten einen Gentleman, d. h. einen Menschen, der auch jenseits der Grenze als ein gebildeter Mann gelten möchte. Andrerseits kann sich auch der Bauer nur schwer veredeln, da ihm alle „Beispiele des Guten" fehlen. Er bleibt in seiner traditionellen Rohheit, die unter König Max I. nur leise angeschürft worden war. Wer da beim Abendtrunke den Herrn Stadtpfarrer und seine Kapläne, den Herrn Landrichter mit seinen Assessoren und Praktikanten, den Bürgermeister und seine Räthe nach ihren Gesprächen und Manieren betrachtet, und dabei bedenkt, daß Bildung und Wissen Macht ist, der kann leicht auf den Schluß verfallen, daß die Zeit für unsere Macht noch nicht gekommen. Allerdings fühlt man, daß man gar nichts mehr bedeutet, nicht in Bayern — denn die Schwaben und Franken haben weitaus das Uebergewicht — viel weniger in Deutsch-

land. Und wenn ein fremder Gast beim Abendtrunk einen Tischnachbar anspricht, und das gute Bier, das gediegene Essen und die schöne Gegend lobt, so kann der andere leichtlich antworten: „„„Es ist gleichwohl kein rechtes Leben; wir langweilen uns vielmehr entsetzlich und verbauern alle mit einander!““

Immerhin ist das Volk in den freundlichen Landstädten Bayerns nicht so übel, als man es verschreit; es hat gern eine etwas aufgeklärte Religion ohne Erscheinungen und Wunder, einen heiteren, gebildeten Klerus ohne den Menschenhaß der Asceten und die Herrschergelüste der neuern Schule. Es befleißigt sich bis jetzt einer gemäßigten Freisinnigkeit, welche, ohne viel darein zu sprechen, doch den Wunsch hat, mild und wohlwollend regiert zu werden. Der altbayerische Bauer aber ist ein absonderlicher Mensch, an dem sogar der Katholizismus kein Meisterstück gemacht, da er ihn schon dreizehnhundert Jahre erzieht ohne ihn sichtlich vorwärts zu bringen. Er ist gutmüthig, aber ungeschlachtet und zu Gewaltthaten aufgelegt, empfänglich für den Unterricht, aber ohne Verlangen darnach, bei weitem mehr religiös als sittlich, und als schönster Schmuck des Lebens gilt ihm, hin und wieder seine Rohheit auszulassen. Sein Klerus, der fast ganz aus ihm hervorgeht, assimilirt sich auch wieder gern mit seinem Volke. So leben sie mit einander dahin, oft in Frieden, oft in Streit, ohne sich viel darum zu kümmern, daß sie die Mitwelt für zurückgeblieben und unwissend hält.

König Max II. hatte sich längst vorgenommen, dieses in sich selbst versunkene Volk aus seiner Träumerei zu erheben und ihm einen freieren Ausblick in die Welt zu schaffen. Aber auch er konnte sich nicht enthalten der vormärzlichen Abel'schen Reaktionstragödie das Pfordten-Reigersberg'sche Satyrspiel folgen zu lassen. Dieses verletzte die Gemüther, welche Anderes von ihm erwartet hatten. Selbst seine Berufungen wurden von den Freisinnigen im Lande anders ausgelegt, als er sie wohl meinte. Man witterte die alte Lust, das Ausland zu blenden, und die Verstimmung des Inlandes zu über-

hören. Die Berufenen aber, diese fremden Feigenblätter für die einheimischen Blößen, sie mochten finden, daß sie zu früh gekommen. Die Gangsteige zur höheren Wissenschaft waren wieder in bedauerlichem Zustande, — die Schulen und Gymnasien aus der Art geschlagen, die Universitätsprüfungen eine Fundgrube der pikantesten Lächerlichkeiten. Aber aus all dem Trachten des Königs sprach der edle Sinn, sein Volk in die Höhe zu bringen. Wenn es nicht so, nicht so schnell gelang, als er es wünschte, so lag die Schuld nicht an seinem guten Willen, sondern an seiner milden Scheu vor durchgreifenden Maßregeln.

Die letzten Jahre seines Regiments sind die schönsten, welche Bayern bis dahin erlebt hat.

In wehmüthigen Ahnungen faßte er wohl den Gedanken, sein schwer zu begeisterndes Volk zu bajuvarisch-wittelsbachischem Bewußtsein zu erheben. Zuversicht auf die eigene Kraft, Vertrauen zu seinen Lenkern waren diesem im ewigen Wechsel der Systeme ganz verloren gegangen.

Es ist die Frage, ob jener Gedanke noch zur rechten Zeit gekommen sei. Jetzt wird der Bajuvarismus von der pangermanischen Strömung ergriffen und manchem Weisen scheint es räthlicher, die Gloriole der eigenen Ahnen beiseite zu stellen, um nicht als Partikularist verdächtig zu werden."

So Steub. Wir dürfen daher, auch was Bayern anlangt, diesen schönen Theil unseres deutschen Vaterlandes, wo jährlich viele Tausende aus Norddeutschland in der Hauptstadt Kunstgenuß, in dem Gebirge Erfrischung und Wiederherstellung der Gesundheit suchen und auch im reichlichsten Maße finden, mit voller Zuversicht in die Zukunft blicken.

Altbayern ist, wie gesagt, an und für sich ein ferngesundes Land; und wenn es etwas zurückgeblieben, so hat es doch an den Schwaben und Franken in den nördlichen und westlichen Provinzen einen trefflichen Vorspann; und selbst in Tyrol, worauf sich früher der Urbajuvarismus berief und sich stützte, herrscht

gegenwärtig eine Gährung, welche, wenn die Regierung in Wien sich entschließt, mit der klerikalen Partei zu brechen (sie hat es bis jetzt noch nicht definitiv gethan, obgleich gewisse Häupter der italienisch-südtyroler Losreißungspartei zugleich auch Häupter der klerikalen Partei sind und überall deutsche Kultur, Sprache, Sitte abzuwehren und zu verdrängen suchen), zu einem erheblichen Fortschritt führen könnte.

Außerdem herrscht in Altbayern eine wirthschaftliche Krisis, welche keine Wahl läßt, als die zwischen Fortschritt oder Untergang.

Diese Krisis ist das Produkt des reaktionären Regiments vergangener Tage. Die Gegenwart hat glücklicher Weise die Aufgabe der Heilung schon in die Hände genommen.

Die altbayerischen Bauern hielten bisher fest an der Untheilbarkeit der Güter. Ich bin kein Anhänger der Theilbarkeit quand même. Im Gegentheil, ich gebe zu, daß in einem wenig durch die Natur begünstigten Lande, in dem sich jedoch ein gewisser Vorrath an Intelligenz und Kapital bereits gebildet hat, die Untheilbarkeit ihre Vorzüge besitze. Allein diese Voraussetzungen treffen in Altbayern durchaus nicht zu. Denn auch hier kann man mit Wilhelm Tell sagen:

„Das Land ist schön und gütig, wie der Himmel,
Doch die's bebauen, sie genießen's nicht."

Wenn ich auf dem Fluß oder mit der Eisenbahn oder sonstwie von Regensburg donauabwärts fuhr, so empörte sich allemal mein rheinisch-fränkisches Bauernherz darüber, wie wenig hier die Leute aus dem trefflichsten Boden zu machen wissen. Da sollten einmal unsere fleißigen und klugen Bauern vom Rhein und von der Lahn daran kommen! In zehn Jahren wäre das Land in ein Paradies verwandelt.

Es fehlt eben an Kapital und Intelligenz. Der Besitzer eines solchen großen Bauernhofs kann des Fleißes, der Kenntnisse und der Sorgfalt entrathen; oder glaubt es wenigstens zu können. „Ich kann ja doch leben," denkt er. Die Geschwister

werden mit einem Bettel abgefunden. Sie müssen entweder bei ihrem Bruder dienen, oder in die weite Welt gehn. In neuerer Zeit beginnen sie, letzteres vorzuziehen. Dadurch geht die beste Arbeitskraft dem Lande verloren. Ein Ersatz konnte bisher nicht stattfinden, da die Zuzugs- und Niederlassungsgesetzgebung so engherzig, exklusiv und partikularistisch war, wie (Württemberg und einige Schweizer-Kantone ausgenommen) nirgends in ganz Europa, und von den Dorf-Magnaten noch viel schauerlicher gehandhabt wurde, als sie dies an und für sich bereits war. Mit dem Mangel an Arbeitskräften stellte sich auch der Mangel an Kredit ein, um die landläufige Theorie von der „Bodenrente" (— merkwürdig, daß die allerfortgeschrittensten Sozialdemokraten, wie J. B. von Schweitzer, gläubige Anbeter dieser veralteten und albernen Theorie sind! —) auf's Neue zu widerlegen und den Beweis zu führen, daß es die Arbeit ist, welche dem Boden den Werth giebt.

Dieser Nothstand läßt sich nur heben durch Reformen und durch rückhaltloses Eingehen auf dieselben Seitens der Eingeborenen. Weigern sie diese Fortbildung, so verfallen sie dem Schicksal der Thiere der Urwelt, welche zu Grunde gingen, weil sie in einer völlig veränderten neuen Umgebung ihre alten mammuthischen, megatherischen und ichthyosaurischen Lebensgewohnheiten zu konserviren gedachten. Es ist ein weises Gesetz der Volkswirthschaft, daß der Eigenthümer, welcher sein Eigenthum schlecht benutzt, es zur Strafe verliert, und zwar zu Gunsten Desjenigen, welcher dasselbe möglichst produktiv macht und ihm zu seinem eigenen und seiner Mitwelt Besten möglichst viele und möglichst gute Früchte zu entlocken versteht.

In den Städten ging es ähnlich, wie auf dem Lande. Man hängte sich mit der Zähigkeit der Verzweiflung an allerlei Kuriositäten und Antiquitäten, an Zopf-, Zunft- und Realgerechtsame, obgleich der Werth der letztern schon lange bevor, als die Gesetzgebung eingriff, vor dem Hauche der neuen Zeit immer mehr zu schwinden begann. Ueber diesem Götzen-Kultus vernachlässigte man seine wirklichen Vorzüge und Hülfsquellen. In München

kam noch eine von der Regierung aufgestachelte Bauwuth hinzu. Der Charakter der Haupt- und Residenzstadt eines „Mittelreiches" (wie sich der Welfenkönig auszudrücken liebte) heischte gebieterisch neue Straßen mit großen und hohen Häusern und mit glänzend dekorirten Façaden. Man legte also die Straßen an und baute die Façaden, in der Hoffnung, Jemanden zu finden, der ein Haus hinten d'ran klexte. Denn das Haus war Nebensache, die Façade Hauptsache. Der Bauspekulant, der die Nebensache ausführte, erhielt vom Staat Prämien und Subventionen, die ihn immer noch waghalsiger und toller machten. So entstanden ungesunde und unbehagliche Miethkasernen. Der Bauspekulant mußte sich den Wucherern in die Arme werfen; und das Ende vom Liede war, daß er sein Haus verlor, und der Wucherer sein Kapital, von dem er freilich, so lange der Krug noch zu Wasser ging, 20 bis 25 Prozent jährlich gewonnen hatte. Es sind Häuser zu einem Sechstel der darauf haftenden Hypotheken zwangsweise verkauft worden. Die ganze Stadt drohete, dem Bankerott zu verfallen.

Sie hat eben bei Zeiten eingesehen, daß sie auf falschen Wegen wandelte, und ist mit einem kurzen und energischen Entschluß von jenem verderblichen Treiben zu einem vernünftigen Fortschritt übergegangen. Sie folgt dem Rathe Goethe's:

„Kultivirt Eure Eigenschaften!
Eigenheiten bleiben von selber haften."

Die gegenwärtige Münchener Gewerbe-Ausstellung, welche den einen Flügel des 1854er Glaspalastes einnimmt (in dem andern befindet sich die internationale Kunstausstellung), liefert den Beweis, daß München sich auf wirthschaftlich gesunde Produktions-Zweige geworfen hat und sehr Tüchtiges darin leistet. Aber nicht nur in der Wirthschaft, auch in der Politik hat es den Zopf gründlich beseitigt. Alle seine Wahlen fallen jetzt liberal aus; und die Stadt ist sich dieser ihrer Regeneration, ihres Wiederaufraffens aus einer schweren und zum Theil nicht selbstverschuldeten Krisis, mit Stolz und mit Freuden bewußt; und der Auswärtige, der diesen frischen Drang des Daseins und Schaffens

in der Nähe beobachtet, freut sich mit ihr. So sage denn auch ich auf dem Wege nach Tyrol und Istrien der Stadt und dem Lande der Altbayern Lebewohl:

„Die Zukunft steht in Gottes Hand;
Doch ahnt mir, daß sie schön Dir tagt.
D'rum schreite vorwärts unverzagt,
Du liebes altes Bayernland!"

Druck von Otto Wigand in Leipzig.

27 Zollverein and Empire - also 34 sqq. cf. 42
29. Population
76 The Reform-Verein, 1863 - Fürstentag
95 Bluntschli. 94 Bamberger. 88 Kolb. 89 Hohenlohe
83 Moritz Mohl. 75 Varnbüler.
135 Freytag's Bilder.
294 German Parties
313 Aegidi
326 Rochau
330 Rotteck & Welcker
332 German Constitutions (Prussia & the Small States)
333 sqq. The Junker Party (Cf. 340)
326, 334, Stahl.
542. Ewald



Widener Library
3 2044 098 641 087